

# Protokoll

**37. Bundesparteitag**  
**11.–13. September 1989 · Bremen**



**37. Bundesparteitag  
der  
Christlich Demokratischen  
Union Deutschlands**

**Niederschrift**

**Bremen, 11.–13. September 1989**

Herausgeber:

Christlich Demokratische Union Deutschlands,  
Bundesgeschäftsstelle,  
5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

Verlag und Gesamtherstellung:

Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75,  
5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

Eröffnung und Begrüßung: Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB, Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union Deutschlands	5
Wahl des Tagungspräsidiums	8
Beschlußfassung über die Tagesordnung	8
Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission	10
Wahl der Mandatsprüfungskommission	10
Wahl der Stimmzählkommission	11
Grußworte	11, 14, 36, 139, 214
Bericht des Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB	17
Bericht des Generalsekretärs der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Dr. Heiner Geißler MdB	38
Bericht des Bundesschatzmeisters der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Walther Leisler Kiep, und Vorlage des Rechenschaftsberichtes 1987 zur Erörterung (§ 23 Abs. 2 Parteiengesetz)	55
Bericht der Rechnungsprüfer	61
Aussprache zu den Berichten	64
Bericht der Mandatsprüfungskommission	119
Entlastung des Bundesvorstandes	119
Wahl des Bundesvorstandes	120
Wahl des Bundesvorsitzenden	120
Wahl des Generalsekretärs	125
Wahl der 7 Stellvertretenden Vorsitzenden	131
Wahl des Bundesschatzmeisters	131
Wahl der Rechnungsprüfer	132

INHALT	Seite
Wahl der 20 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes	136
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Alfred Dregger MdB	140
Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP	148
Beratung und Beschlußfassung des Antrages: „Unsere Verantwortung für die Schöpfung“ Einführung: Bundesminister Prof. Dr. Klaus Töpfer	153
Grußwort des Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union in Bayern, Bundesminister Dr. Theodor Waigel MdB	214
Beratung und Beschlußfassung des Antrages: „Moderne Parteiarbeit in den 90er Jahren“ Einführung: Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB	240
Beratung und Beschlußfassung der Vorlage zur Ausländer- und Asylpolitik Einführung: Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble MdB	354
Beratung und Beschlußfassung der Anträge zur Änderung des Statuts, der Finanz- und Beitragsordnung sowie der Geschäftsordnung der CDU	391
Beratung und Beschlußfassung aller anderen Anträge	392
Schlußwort des Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands	397
<b>ANHANG</b>	
Beschlußprotokoll	401
Beschlüsse:	
– Unsere Verantwortung für die Schöpfung	429
– Moderne Parteiarbeit in den 90er Jahren	454
– Ausländer- und Asylpolitik	470
– Beschlüsse über Änderungen des Statuts, der Geschäftsordnung und der Finanz- und Beitragsordnung	475
– Sonstige Beschlüsse	476
Namensverzeichnis	479

**Montag, 11. September 1989**

1. Plenarsitzung

Beginn 10.05 Uhr

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Gäste! Liebe Freunde aus der Christlich Demokratischen Union! Hiermit eröffne ich den 37. Bundesparteitag der CDU Deutschlands. Ich darf Sie alle sehr herzlich hier in Bremen begrüßen. Mein besonderer Gruß gilt den zahlreichen in- und ausländischen Gästen. Wir freuen uns, daß Sie auch dieses Mal wieder zu uns gekommen sind.

Sehr herzlich begrüße ich die Repräsentanten und Vertreter der Kirchen. Wir sind den Kirchen in einer besonderen Weise verbunden, denn die Kirchen sind unsere Glaubensheimat. Wer heute früh bei der Andacht im ehrwürdigen Dom von St. Petri dabei war, der hat mitempfinden können, was diese besondere Verbundenheit auch für unsere politische Arbeit bedeutet. Ich darf mich sehr herzlich für diesen Gottesdienst bedanken.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich begrüße die Repräsentanten ausländischer Botschaften, die einmal mehr bei dieser guten Gelegenheit ihr Interesse an der Arbeit unserer Partei bekunden.

Ich heiße besonders herzlich die Vertreter unserer Schwesterparteien im Ausland willkommen, die nachher vom Parteitagspräsidium noch im einzelnen begrüßt werden. Mit Ihrem Kommen, liebe Freunde aus den Schwesterparteien, demonstrieren Sie Ihre enge Verbundenheit mit der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.

Ich darf herzlich den Präsidenten des Senats der Freien Hansestadt Bremen begrüßen, Herrn Bürgermeister Wedemeier.

(Beifall)

Mit dieser Begrüßung, Herr Bürgermeister, verbinde ich meinen herzlichen Dank für die Unterstützung, die Sie, Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Bürgerinnen und Bürger Ihrer Stadt uns bei diesem Parteitag gewährt haben. Wir sind ausgesprochen gerne in diese stolze und traditionsreiche Stadt gekommen. Wir fühlen uns hier wohl, und wir genießen die Gastfreundschaft, die wir hier erfahren dürfen.

Meine Damen und Herren, ich begrüße die zahlreichen in- und ausländischen Journalisten, die von diesem Parteitag berichten. Ihre Zahl ist gewaltig, und wenn ich daraus schließen kann, daß eine ebenso umfassende und faire Berichterstattung über diesen Parteitag stattfindet, dann freut mich das besonders.

(Beifall)

Mein besonders herzlicher Gruß gilt Ihnen, meine Damen und Herren, den Delegierten der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Sie sind die gewählten Vertreter aller unserer Parteimitglieder, die in den Orts- und in den Kreisverbänden, in den Bezirks- und Landesverbänden und natürlich auch auf Bundesebene für unsere gemeinsamen Ideale wirken.

Ich darf Sie alle sehr herzlich zum Bundesparteitag in Bremen willkommen heißen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, dieser Parteitag steht im Zeichen der Vorbereitung auf das Wahljahr 1990. Die Stimmungslage hat sich für uns, für die Union, in jüngster Zeit wieder spürbar verbessert.

Wir haben schwierige Monate durchmachen müssen. Bei der Berliner Wahl und bei den Kommunalwahlen in Hessen, in Rheinland-Pfalz und an der Saar haben wir erhebliche Stimmeneinbußen und Niederlagen hinnehmen müssen. Auch bei der Europawahl erlitten wir hohe Verluste. Entgegen allen Prognosen und manchen Erwartungen blieben wir jedoch bei der Europawahl die stärkste politische Kraft.

Ich will die Gelegenheit nutzen, gleich zu Beginn dieses Parteitages allen in der Partei sehr herzlich zu danken, die bei diesen Wahlkämpfen aufopferungsvoll für unsere Sache gekämpft haben. Ich weiß, es ist bitter, über Jahre hinweg – etwa in den Rathäusern – gute Arbeit zu leisten und dennoch eine Niederlage einstecken zu müssen.

Gerade in solchen Situationen ist es wichtig, um die Verbundenheit der ganzen Partei zu wissen. Es gibt ja nicht Niederlagen einzelner Landesverbände, es gibt nur Niederlagen, die wir gemeinsam als Partei erleiden.

Ziel dieses Parteitages ist es, daß wir neue Kräfte sammeln. Wir müssen zeigen, daß wir zusammenstehen, wenn es darauf ankommt. Wir wollen für die vor uns liegende Zeit unsere programmatische und organisatorische Kraft stärken.

Wir stehen 1990 vor insgesamt acht Wahlen, der Bundestagswahl Ende des Jahres, den Landtagswahlen an der Saar, in Nordrhein-Westfalen, in Niedersachsen und in Bayern sowie drei Kommunalwahlen. Schon in drei Wochen sind in diesem Jahr die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen und kurz darauf in Baden-Württemberg aufgerufen, ihre Kommunalparlamente neu zu wählen.

Meine Damen und Herren, wir gehen mit guten Chancen in diese Wahlen: auf einem Fundament fester Grundwerte, mit einem überzeugenden Programm und mit der notwendigen Perspektive für die Zukunft. Wir haben eine gute Mannschaft, und wir stehen – eingedenk unserer Arbeit in über 40 Jahren zum Wohle unserer Republik – für Verlässlichkeit und Stabilität, für einen klaren Kurs und für politische Erfolge. Aber jeder weiß, und jeder von uns spürt es, daß noch viel zu tun bleibt, wenn wir auch in den kommenden Monaten erfolgreich sein wollen.

Meine Damen und Herren, meine lieben Freunde, es ist eine gute Tradition, zu Beginn eines Parteitages all jener unserer Freunde zu gedenken, die seit dem letzten Parteitag von uns gegangen sind.

(Die Parteitagsteilnehmer erheben sich)

Zunächst wollen wir gemeinsam einen großen Toten aus den Reihen unserer Schwesterpartei, der Christlich Sozialen Union, ehren: Franz Josef Strauß, geboren am 6. September 1915, gestorben am 3. Oktober 1988. Mit ihm haben wir einen außergewöhnlichen Menschen und eine der großen gestaltenden Persönlichkeiten der deutschen Politik verloren. Er war einer der Gründungsväter unserer Republik. Wie kein anderer prägte er unsere Schwesterpartei, die CSU. Als bayerischer Ministerpräsident wirkte er für seine Heimat, die er so sehr liebte. Er war ein überzeugter, er war ein kämpferischer Europäer. Er war ein Patriot, der sich um unser Vaterland verdient gemacht hat.

Liebe Freunde, ich erinnere an Dr. Johann Baptist Gradl, geboren am 25. März 1904, gestorben am 2. Juli 1988. Er gehörte zu den Gründungsmitgliedern der CDU Deutschlands in Berlin. Er war fast zwei Jahrzehnte Mitglied unseres Bundesvorstands und mehr als zwanzig Jahre Mitglied des Deutschen Bundestages. Er war Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte und später dann Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen. Durch 17 Jahre hindurch war er Vorsitzender der Exil-CDU.

Ich nenne Oskar Stübinger, geboren am 25. Dezember 1910, gestorben am 27. Juli 1988. Er war Mitbegründer der CDU von Rheinland-Pfalz. Er gehörte von 1949 bis 1968 dem Landtag von Rheinland-Pfalz an. Er war durch 22 Jahre hindurch Minister für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten. Er war in den vielen Jahren einer unserer agrarpolitischen Sprecher.

Ich nenne Hans-Jürgen Klinker, geboren am 13. Januar 1921, gestorben am 1. August 1988. Er war 1948–1962 Mitglied des Landtages von Schleswig-Holstein und danach mit kurzer Unterbrechung bis 1980 Mitglied des Deutschen Bundestages. Er war Mitglied des Europäischen Parlaments und durch viele Jahre hindurch Vizepräsident des Deutschen Bauernverbandes.

Ich nenne Bernhard Winkelheide, geboren am 4. Mai 1908, gestorben am 25. November 1988. Er war Gründungsmitglied der CDU Westfalen-Lippe. 1948, in der Zeit dramatischer Entscheidungen, war er Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates. Von 1949 bis 1972 war er Mitglied des Deutschen Bundestages. Ein Jahrzehnt lang war er Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Fraktion und einer der herausragenden Sprecher unserer Sozialausschüsse.

Ich nenne Alfred Löffler, geboren am 19. Februar 1909, gestorben am 17. Januar 1989. Er war Mitbegründer der CDU Baden und viele Jahre lang Mitglied des Landesvorstandes. Über 30 Jahre diente er seiner Heimatgemeinde als Bürgermeister. Er war einer der engagiertesten Gründer der Senioren-Union in Baden-Württemberg und Wegbereiter für die Gründung der Senioren-Union auf Bundesebene.

Ich nenne Gustav Niermann, geboren am 15. Dezember 1919, gestorben am 4. Februar 1989. Er war durch viele Jahre hindurch Landrat und Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen. In den Jahren von 1958 bis 1966 hatte er das Amt des Landwirtschaftsministers von Nordrhein-Westfalen inne. Er war auch Mitglied im Bundesvorstand der CDU Deutschlands.

Ich nenne Professor Dr. Georg Strickrodt, geboren am 5. März 1902, gestorben am 28. Februar 1989. Er war Gründungsmitglied und der erste Landesvorsitzende der CDU im Landesverband Braunschweig. In den Jahren 1946 bis 1950 war er Finanzminister des Landes Niedersachsen.

Ich nenne unseren Freund Dr. Heinrich Krone, geboren am 1. Dezember 1895, gestorben am 15. August 1989. Er war einer der jüngsten Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik. Er war ein Mann, der als christlicher Politiker in der Zeit des Nazi-Regimes Menschlichkeit und Mut bewies; er konnte vielen jüdischen Mitbürgern das Leben retten und wurde nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 selbst verhaftet. Er war einer der 35 Mitunterzeichner des Berliner Gründungsaufrufs der Christlich Demokratischen Union Deutschlands vom 16. Juni 1945, und er wurde zu einem der Gründungsväter der Bundesrepublik Deutschland. Von 1949 bis 1969 war er Bundestagsabgeordneter. Er war zunächst Parlamentarischer Geschäftsführer und danach von 1955 bis 1961 Vorsitzender unserer Fraktion. In die Geschichte der Bundesrepublik ging er ein als Weggenosse, Freund und Berater Konrad Adenauers.

Meine Damen und Herren, meine lieben Freunde, wir wollen unseren Heimgegangenen ein stilles Gebet widmen. – Ich danke Ihnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde, in dieser Woche jährt es sich zum 40. Male, daß Konrad Adenauer zum ersten Kanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt wurde. Damals begann die große Tradition der Christlich

Demokratischen Union als der führenden Regierungspartei in der Bundesrepublik Deutschland. Dieses Jubiläum erinnert uns daran, wie stark unsere freiheitliche Demokratie von den Idealen der Union geprägt ist.

Jetzt treten wir an, unser Land in die 90er Jahre zu führen. Wir wollen für die Bundesrepublik Deutschland eine gute Zukunft gewinnen, eine Zukunft in Frieden und Freiheit, eine Zukunft in Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit, eine Zukunft, in der Deutschland seine Einheit in einem Europa freier Völker wiederfindet. Das, liebe Freunde, ist unsere Vision, und wir wollen und wir müssen unseren Beitrag dazu leisten, daß diese Vision Wirklichkeit wird.

Aber wir müssen in diesen Tagen auch sorgfältig über die Lage der eigenen Partei nachdenken. Wir haben zu diskutieren, sicher auch zu kritisieren, wir haben darüber zu reden, wo wir Defizite haben und darüber, was wir anders, was wir besser machen müssen. Ich messe vor allem den beiden Leitanträgen zur Umweltpolitik und zur Reform unserer Parteiorganisation eine ganz besondere Bedeutung bei. Wir werden unsere Antworten auf die Herausforderung durch die Umweltgefährdung, eines der großen Themen der 90er Jahre, deutlich machen, und wir werden uns überlegen, wie wir in unserer Partei noch offener, noch bürgernäher werden können.

In beiden Bereichen, liebe Freunde, geht es darum, die Zukunftsfähigkeit der Volkspartei CDU unter Beweis zu stellen. Diese Arbeit liegt jetzt vor uns. Von diesem Parteitag muß für alle das Signal ausgehen: Die CDU ist da, und sie geht mit Kraft und Entschlossenheit an die Herausforderungen der Zukunft heran. Ich darf Sie alle sehr herzlich dazu einladen, daran auf diesem Parteitag mitzuarbeiten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf dann Tagesordnungspunkt 2 aufrufen:

### Wahl des Tagungspräsidiums

Der Bundesvorstand schlägt dem 37. Parteitag die Parteifreunde für das Tagungspräsidium vor, die in der Vorlage aufgeführt sind. Sie finden die Namen in Ihren Unterlagen. Darf ich fragen, ob dazu das Wort gewünscht wird und ob weitere Vorschläge gemacht werden? – Das ist nicht der Fall. Wer dem Vorschlag des Bundesvorstands seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Das erste war eindeutig die Mehrheit. Damit darf ich die Damen und Herren des Tagungspräsidiums bitten, die Amtsgeschäfte zu übernehmen.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Sehr verehrte Gäste! Das Präsidium bedankt sich für Ihr großes Vertrauen zum Tagungspräsidium. Wir werden uns bemühen, die Verhandlungen des Bundesparteitages ordnungsgemäß, fair und zügig zu leiten.

Ich rufe Punkt 3 der Tagesordnung auf:

### Beschlußfassung über die Tagesordnung

Diese ist Ihnen mit der Einladung zum 37. Bundesparteitag zugegangen. Sie liegt Ihren Tagungsunterlagen mit dem Programm und den organisatorischen Hinweisen vor. Ich bitte um Ihr Einverständnis zu diesem Vorschlag. Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ich stelle fest, daß die Tagesordnung des 37. Bundesparteitages damit beschlossen ist.

Meine Damen und Herren, einige geschäftsleitende Bemerkungen zum zeitlichen Ablauf der heutigen Plenarsitzung. Wir werden im Verlauf des späteren Nachmittags die Neuwahlen des Bundesvorstands zu erledigen haben. Für Wahlvorschläge zur Wahl des Bundesvorstands können nach § 12 Abs. 5 der Geschäftsordnung Meldefristen für die Wahl der Mitglieder des Bundesvorstands vom Bundesparteitag auf Vorschlag des Tagungspräsidiums beschlossen werden. Das Tagungspräsidium schlägt Ihnen vor, die Einreichungsfrist für Kandidatenvorschläge für die Wahl zum Bundesvorstand auf heute, 11. September, 14.30 Uhr festzulegen.

Das Tagungspräsidium weist darauf hin, daß nach § 12 Abs. 4 der Geschäftsordnung Kandidatenvorschläge für die Wahl der Mitglieder des Bundesvorstands nur schriftlich gemacht werden können. Eine Aufstellung aller bis zum 5. September eingegangenen Kandidatenvorschläge liegt Ihnen vor. Für diese Kandidaten erübrigt sich eine weitere Nominierung.

Wir schlagen Ihnen weiterhin vor, für die Einreichung von Initiativanträgen, die von 30 stimmberechtigten Delegierten unterschrieben sein müßten, die Frist für alle Anträge außer zur Ausländer- und Asylpolitik auf heute, Montag, 17 Uhr und für alle Anträge zur Ausländer- und Asylpolitik auf morgen, Dienstag, den 12. September, 17 Uhr festzulegen.

Ich darf Sie fragen, ob Sie damit einverstanden sind. Wenn das der Fall ist, dann bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Ich stelle fest, daß Sie dies so, wie vorgetragen, beschlossen haben.

Hierzu vielleicht noch ein gesonderter geschäftsmäßiger Hinweis, den Sie bitte unbedingt beachten wollen. Er betrifft die Initiativanträge. Diese werden im Tagungsbüro in das Textverarbeitungssystem geschrieben und auf einem entsprechenden Antragsformular mit dem Vordruck für 30 Unterschriften ausgedruckt.

Delegierte, die einen Initiativantrag unterstützen, werden gebeten, zur Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Anträge die auf der Stimmkarte angegebene Delegiertennummer bei der Unterschrift mit anzugeben, damit die Rechtmäßigkeit der Unterschrift an Hand der Delegiertenliste festgestellt werden kann. Nach Vollzug der 30 Unterschriften sind die Initiativanträge beim Tagungspräsidium hier auf der Bühne abzugeben. Soweit die Regularien.

Meine Damen und Herren, zu Beginn unseres Parteitages ist es mir eine besondere Freude, in Ihrem Namen zahlreiche Gäste aus dem In- und Ausland willkommen zu heißen. Sie alle begrüße ich herzlich. Ich bitte Sie gleichzeitig um Nachsicht, wenn ich angesichts ihrer großen Zahl von einer namentlichen Begrüßung im einzelnen absehen muß. Den Teilnehmern des Parteitages liegt eine ausführliche Gästeliste vor.

Wir freuen uns über den Besuch der Gäste und danken ihnen allen für das Interesse, das sie unserer Arbeit und der Arbeit des Parteitages entgegenbringen.

(Beifall)

Lassen Sie mich einige Ausnahmen von der schriftlichen Begrüßung machen. Ich begrüße auf diesem 37. Bundesparteitag recht herzlich die Vorsitzenden unserer ausländischen Schwesterparteien mit ihren Delegationen. In diesem Zusammenhang begrüße ich den Vorsitzenden der Österreichischen Volkspartei, Vizekanzler Josef Riegler.

(Beifall)

Ich begrüße ferner den Vorsitzenden der Europäischen Demokratischen Union, den Außenminister von Österreich, unseren Freund Dr. Alois Mock.

(Beifall)

Ich begrüße den Politischen Sekretär der Democrazia Cristiana Italiens, Arnaldo Forlani.

(Beifall)

Ich begrüße den Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Internationale, Flaminio Piccoli.

(Beifall)

Ich heiße herzlich willkommen den Vorsitzenden der Christlich Sozialen Volkspartei Luxemburgs und Innenminister von Luxemburg, Jean Spautz.

(Beifall)

Ich begrüße ferner den Vorsitzenden der Christlichen Demokraten der Niederlande, Dr. Wim van Velzen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich freue mich auch, einen langjährigen Freund, nämlich den Vorsitzenden unserer schwedischen Schwesterpartei Carl Bildt, begrüßen zu können.

(Beifall)

Liebe Freunde, eine weitere Ausnahme hinsichtlich der Begrüßung scheint mir angebracht. Ich grüße ganz herzlich Frau Hannelore Kohl.

(Beifall)

Nur wenige können ermessen, was Sie, liebe Frau Kohl, für unsere Gesellschaft leisten. Den Dank, der Ihnen dafür gebührt, wollen wir Ihnen abstaten, indem wir Ihren beispielhaften und unermüdlichen Einsatz für hirnerkrankte Unfallopfer in jeder nur denkbaren Weise unterstützen. Sie helfen uns damit, Gutes für andere zu tun.

(Beifall)

Liebe Frau Kohl, als kleines Zeichen unseres Dankes wird Ihnen im Auftrag des Tagungspräsidiums ein Blumenstrauß überreicht werden.

(Beifall)

Lassen Sie mich in Ihrer aller Namen noch einer besonderen Dankespflicht nachkommen. Ich danke dem Herrn Domprediger Karl Hermann Gock, dem Herrn Propst Prälat Klaus Plate, Herrn Pastor Erich Viering, aber auch dem Bauherrn des Petri-Doms, Herrn Lamotte, für die Durchführung des ökumenischen Gottesdienstes heute morgen im St.-Petri-Dom. Wer dabei war, meine Damen und Herren, muß sagen: Es war in jeder Weise eindrucksvoll und nachdenkenswert. Ich glaube, wir sollten einen herzlichen Beifall spenden.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

### Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission

Die Vorlage liegt Ihnen vor. Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen.

Ich darf feststellen, daß die Antragskommission am Dienstagmorgen, dem 12. September, um 7 Uhr im Konferenzsaal der Stadthalle, der sich unmittelbar hinter dem Tagungsbüro befindet, trifft.

Ich rufe dann Tagesordnungspunkt 5 auf:

### Wahl der Mandatsprüfungskommission

Die Vorlage befindet sich bei Ihren Tagungsunterlagen. Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich, seine Stimmkarte zu heben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Auch das ist so beschlossen.

Die Mandatsprüfungskommission wird ihren Bericht heute nachmittag vor der Wahl des Bundesvorstands geben. Die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission werden gebeten, sich um 16 Uhr im Büro des Organisationsleiters zu ihrer Sitzung einzufinden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

### Wahl der Stimmzählkommission

Der Vorschlag des Bundesvorstands für die nach § 10 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu wählenden Stimmzählkommission liegt Ihnen vor. Wenn Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind, bitte ich um Ihr Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist so beschlossen.

Die Mitglieder der Stimmzählkommission treffen sich zu einer Vorbesprechung um 16 Uhr im Studio der Stadthalle Bremen. Das Studio befindet sich direkt im Restaurant des Foyers der Stadthalle neben dem Tagungsbüro.

**Manfred Carstens**, Tagungspräsidium: Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 7:

### Grußworte

Ich erteile zu einem Grußwort dem Präsidenten des Senats der Freien Hansestadt Bremen, Herrn Bürgermeister Klaus Wedemeier, das Wort.

**Klaus Wedemeier** (mit Beifall begrüßt): Sehr geehrte Frau Präsidentin des Deutschen Bundestages! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Exzellenzen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Parteien befinden sich seit geraumer Zeit im Kreuzfeuer vermehrter Diskussionen und Kontroversen. Dabei stehen die Großparteien ebenso stark wie die neuen Bewegungen im Brennpunkt der Medien. Von Integrationsschwächen und Konfliktlösungsdefiziten ist die Rede. Auch politische Struktur, innerparteiliche Ordnung einschließlich Finanzierung stehen mehr und mehr auf dem Prüfstand einer kritischen Öffentlichkeit. Parteien werden als bürokratisch erstarrt, kartellartig abgeschlossen, als ineffiziente und unflexible Funktionärskader hingestellt. Zielscheibe massiver Kritik sind speziell die großen Volksparteien CDU und SPD. Es gibt in der Tat gewisse Legitimationsprobleme, wovon die kleinere Partei, die mit den drei Punkten, seit Jahr und Tag ein noch schlimmeres Lied singen kann.

Das heißt aber nicht, daß jene neue Gruppierung, die nun in die Parlamente einzuziehen sich anheischig gemacht hat, in meinen Augen irgendeine demokratische, geschweige denn moralische Legitimation besitzt.

(Vereinzelt Beifall)

Dies ist nicht der Ort, in tieferschürfende Analysen zu verfallen. Aber dies ist ein Parteitag, der Parteitag der großen Christlich Demokratischen Union, die zwanzig Jahre lang und seit sieben Jahren wieder die Regierung der Bundesrepublik geführt hat und führt. Ich begrüße Sie im Namen aller Bremerinnen und Bremer und heiße Sie ganz herzlich willkommen in unserer alten Stadtrepublik Freie Hansestadt Bremen.

(Beifall)

Ich wünsche Ihnen gute Stunden und gute Beratungen in den Mauern unseres über tausendjährigen Gemeinwesens. Parteitage sind ja nicht nur Heerschauen. Sie sind wichtige Stationen, um den eigenen Platz und Stellenwert im gesellschaftlich-politischen Gefüge zu überprüfen. Unser gesellschaftlich-politisches Gefüge wiederum ist maßgeblich geprägt durch das parlamentarische pluralistische Parteiensystem. Deshalb kann die nun eingetretene Bewegung und Farbigkeit, auch Unruhe im Parteiensystem an keinem Parteitag vorübergehen.

Meine Damen und Herren, das Gewicht und die Durchschlagskraft einer Partei sind jenseits von Stimmenergebnissen, auch jenseits ihrer organisatorischen Strukturen abhängig von ihrer Fähigkeit, neue Fragestellungen aufzugreifen, selber Fragen zu stellen und auch immer wieder in Frage zu stellen. Wir alle müssen angemessene Antworten finden. Entsprechen sie nicht dem Erwartungshorizont der Menschen, die unsere Wählerinnen und Wähler sein sollen, so kehren sich diese ab. Sie wenden sich Leuten zu, die sehr einfache Antworten auf komplizierte Fragen haben. Sie folgen in solchen Situationen politischen Rattenfängern. Diese geben vor, des Pudels Kern zu haben, und niemand merkt, daß an ernsthafte Problemlösungen überhaupt nicht gedacht ist, geschweige denn, daß es irgendwelche Problemlösungsvorschläge gibt.

(Vereinzelt Beifall)

Diesen aktuellen Gefahren gilt es zu begegnen; besonders seitens der beiden großen Volksparteien. Ihr Bemühen muß über bloße Machterhaltung oder auch Machtterringung hinausgehen. Sonst verspielen sie ihre Glaubwürdigkeit.

(Vereinzelt Beifall)

Politische Führung ist immer auch geistig-kulturelle Führung. Unsere demokratische Republik bedarf der geistig-kulturellen Unterstützung und Absicherung. Antidemokratisches Denken bis hin zu verquasten, inhumanen Gedanken sind nicht überall schon getilgt. Demokratie ist weder ein Prinzip des technischen Verfahrens der politischen Willensbildung noch ein Blankoscheck für den vermeintlichen Willen des Volkes. Sie ist eine mit Werten und menschlichen Idealen zu erfüllende Ordnung. Das muß auch von Parteien ausgehen, nicht nur vom Bundespräsidenten oder den Kirchen.

Das gilt um so mehr, als die politischen Parteien privilegierte Träger des demokratischen Willensbildungsprozesses geworden sind. Im normativen Funktionskatalog des Parteiengesetzes vom 24. Juli 1967 sind die beiden gesetzlich herausgehobenen Hauptfunktionen der freien dauernden Mitwirkung an der politischen Willensbildung des Volkes und der Bildung des politischen Willens des Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens en détail spezifiziert. Die politische Institution Partei ist nach meinem Verständnis eben nicht nur ein staatsrechtlicher bundes- und landesgesetzlich privilegierter Mitträger des demokratischen Prozesses, sondern zugleich Transmissionsriemen für die Beförderung – im besten Sinne des Wortes – staatstragender Bausteine. Sie heißen in der Republik u. a. Toleranz, Solidarität, weltbürgerliche Offenheit, auch Zukunftsgewißheit. Erst der Verlust dieser Bausteine würde die Mauern unseres dem Grunde nach gut fundierten demokratischen Gemeinwesens einreißen und den Verfall politischer Kultur einleiten. Die beiden großen Volksparteien müssen sich etwas einfallen lassen, wollen sie der anhaltenden Parteienverdrossenheit begegnen.

Was wir beobachten, ist ein durchaus ernstzunehmender Antiparteieneffekt in weiten Bevölkerungskreisen. Er hat seine Ursachen unter anderem in einer hier und dort zum Alleinzweck werdenden Verselbständigung von Apparaten. Das Anpacken von Sachfragen geschieht schwerfällig und aufwendig, vor allem ineffizient, weil Lösungsvorschläge nicht durchdringen. So kommen zuwenig neue Mitglieder, geschweige denn die Jugend. Die extrem geringe Neigung gerade junger Menschen, in unseren Parteien Mitglied zu werden, ist unbestechliches Indiz.

Kurzum, es gilt, Parteistrukturen und politisch-parteiliche Willensbildung selbstkritischer denn je unter die Lupe zu nehmen, wenn die Großparteien ihre bisherigen Rollen behalten möchten. Das Aufkommen und das Starkwerden neuer Parteien ist vor allem auch Protest und Unwille gegenüber den herkömmlichen.

Meine Damen und Herren, die Freie Hansestadt Bremen ist anderen Völkern und Ländern über Jahrhunderte eng verbunden. Unsere stolzen Traditionen haben weder Selbstanklage noch Selbstbemitleidung je zugelassen. Die Freie Hansestadt fühlt sich dem demokratischen Erbe und einem wahrhaft republikanischen Staatsverständnis tief verpflichtet.

Zur Würde einer Freien Hansestadt und alten Republik freilich gehört ihr Selbstbehauptungswille als hauptstädtische Kommune und selbständiger Zweistädtestaat. Diesen durch nichts zu erschütternden Selbstbehauptungswillen bundesweit zu dokumentieren und durchzusetzen, erfordert zur Zeit all unsere Kräfte. Es bedarf großer Anstrengungen beider historisch gewachsenen Stadtstaaten, immer wieder zu verdeutlichen, daß sie Wunschkinde der Verfassung sind; denn auch Stadtstaaten müssen ihre durch das Grundgesetz zugewiesenen Aufgaben eigenständig und verantwortlich ausfüllen können. Unsere Verfassung will sie, die Stadtstaaten, wie sie sind. Und sie sind eben Großstadt und kleines Bundesland zugleich.

Meine Damen und Herren, vielen unter Ihnen brennen die dramatisch zugespitzten Probleme vor allem großstädtischer Kommunen ohnehin auf den Nägeln. Es bedarf nun des gemeinsamen Handelns besonders der beiden großen Parteien. Ihre Repräsentanten erleben tagtäglich ständig anschwellende, aber nicht mehr zu bewältigende Mehrlasten in den kommunalen Ballungszentren dieser Republik. Immer mehr wichtige und originäre Aufgaben der Gemeinden – nicht zuletzt im sozialen Bereich – bleiben auf der Strecke.

Wir alle stehen vor sowohl alten wie noch größeren neuen Herausforderungen, die sehr viel Geld kosten. Dafür muß den Kommunen wieder Spielraum gegeben werden. Es gilt, die enorme Auszehrung der Haushalte der Kommunen schnell zu stoppen. Vergleichbar mit dem grundsätzlichen Konsens bei der eingeleiteten Rentenreform der Bundesregierung bedarf es dringend einer umfassenden Gemeindefinanzreform an Haupt und Gliedern. Noch dringlicher ist nach wie vor die sofortige Entlastung der Kommunen von den sie erdrosselnden Sozialhilfelasten. Sie sind Folge strukturbedingter Langzeitarbeitslosigkeit, die von den Städten und Gemeinden beim besten Willen nicht weiter finanziert werden kann.

Nur in einem breiten Konsens zwischen Christ- und Sozialdemokraten sehe ich die Chance, unsere Kommunen aus der Zwickmühle zu befreien. Der Dialog hat seit langem in den kommunalen Spitzenverbänden begonnen. Er wird unter Kommunalpolitikern aller Couleur gepflegt. Er muß nun zwischen den großen Parteien aufgenommen und zu einem konstruktiven Ergebnis geführt werden. Die finanzielle Sanierung unserer Gemeinden, Städte und Kreise dient allen und stärkt die Republik.

Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen noch einmal gute Beratungen in dieser Stadt, auch im Sinne meiner Eingangs- und Schlußbemerkungen. Ich wünsche einen erfolgreichen Verlauf dieses Parteitages, der sich dafür einen passenderen Platz fürwahr nicht aussuchen konnte. Für Spannung ist gesorgt. Für Entspannung sorgt die Bremer Innenstadt. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Manfred Carstens**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank Herr Bürgermeister Wedemeier für Ihr Grußwort. Ich bin sicher, daß die Delegierten und Gäste des Parteitagessich in Bremen wohlfühlen werden.

Meine Damen und Herren, bevor ich zu einem erneuten Grußwort aufrufe, darf ich eine Persönlichkeit unter uns noch namentlich begrüßen, die Sie herzlich und gerne begrüßen werden. Ich meine unseren Altbundespräsidenten Professor Karl Carstens.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Zu einem weiteren Grußwort erteile ich nun das Wort dem Vorsitzenden des CDU-Landesverbandes Bremen, unserem Freund Bernd Neumann.

**Bernd Neumann**, Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Bremen: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreundinnen und -freunde der CDU Deutschlands von Nah und Fern! Im Namen der CDU des Landes Bremen heiße ich Sie sehr herzlich willkommen. Ich tue dies auch im Namen der Freunde aus unserer Schwesterstadt Bremerhaven, denn zum Land Bremen gehört ja bekanntlich auch die Seestadt an der Nordsee. Deshalb sind wir ja auch – im Gegensatz zu den Hamburgern, Jürgen Echnernach – ein echtes Bundesland, weil wir wenigstens zwei große Kommunen haben.

(Heiterkeit und Beifall)

Meine Damen und Herren, in Bremen fiebert man seit Wochen diesem großen Ereignis, dem 37. Bundesparteitag der CDU, entgegen. Mit einer Beteiligung von mehr als 1200 Journalisten und Reportern sowie Fotoreportern ist dies das größte Medienereignis der Nachkriegszeit in der Hansestadt. So anziehend, Herr Bürgermeister, wie die CDU Deutschlands war eben in Bremen bisher keiner.

(Heiterkeit und Beifall)

Unser Landesverband wie auch die Stadt Bremen haben sich mit besten Kräften auf das Ereignis vorbereitet. Sanierung und Umbau dieser Stadthalle für ca. 16 Millionen DM, die eigentlich später beendet sein sollte, wurden vorangetrieben und vor wenigen Tagen fertiggestellt. Die Halle präsentiert sich in neuem Gewand. Wir sind der erste Mieter. Also eine gelungene Premiere für diese Halle.

(Beifall)

Im Dezember dieses Jahres wird hier an gleicher Stelle der SPD-Bundesparteitag stattfinden. Die Delegierten werden dann am ökologischen Umbau in der Gesellschaft basteln. Da kann ich nur sagen, liebe Freunde, wenn wir alle wollen und uns anstrengen und nicht weiter bei uns selbst herumbasteln, könnten wir zu dieser Zeit bereits auf dem ökologischen und politischen Vormarsch sein; das hoffen wir.

(Beifall)

Liebe Freunde, lassen Sie mich gleich zu Beginn meines Grußwortes einen Satz zu den aktuellen, uns alle bewegenden Ereignissen in Ungarn sagen. Mehr als 28 Jahre nach dem Bau der schrecklichen Mauer in Berlin wurde es möglich, daß Tausende – mehr als 6000 – Menschen auf einmal in die Freiheit gelangen, die sie lange herbeisehnten, ohne daß auf sie geschossen wird – Deutsche, die von Deutschland nach Deutschland kommen. Wir heißen sie stellvertretend für alle deutschen Landsleute, die bei uns eine neue Heimat suchen, herzlich willkommen.

(Beifall)

Wir bedanken uns bei der ungarischen Regierung. Aber, meine Damen und Herren, dies wurde nur möglich durch intensive, geschickte, schwierige Gespräche und Verhandlungen, die insbesondere unser Bundeskanzler geführt hat. Deshalb begrüße ich an dieser Stelle sehr herzlich Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, unseren Parteivorsitzenden.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Zum erstenmal überhaupt wird in Bremen ein Bundesparteitag veranstaltet. In den früheren Jahren fehlten dementsprechende Veranstaltungs- und Hotelkapazitäten. Das hat sich geändert. Einige Teilnehmer konnten trotzdem nicht in Bremen unterkommen und sind deshalb zu Gast in unseren niedersächsischen Nachbarstädten. Bremen und Bremerhaven sind ohnehin mit dem niedersächsischen Umland eng verzahnt. Wir, die Kollegen in Bonn, sind in die niedersächsische Landesgruppe integriert, ohne daß wir immer darauf hinweisen, daß wir weiterhin selbständig bleiben wollen.

In diesem Zusammenhang begrüße ich sehr herzlich unsere Nachbarn, an der Spitze den Ministerpräsidenten aus Niedersachsen, Ernst Albrecht.

(Beifall)

Liebe Freunde, als Gastgeber ist es nicht üblich, die Gäste mit seinen eigenen Problemen zu belasten. Das ist auch nicht sehr hanseatisch. Ich will das auch weitgehend vermeiden. Bremen und Bremerhaven sind zwei schöne, interessante Städte mit traditionsreicher Geschichte. Die Zeiten der Blüte und des Reichtums durch Handel, Schifffahrt und Verkehr sind allerdings leider längst vorbei; Bürgermeister Wedemeier hat darauf hingewiesen.

Bremen hat zur Zeit die mit Abstand höchste Arbeitslosenquote von allen Bundesländern. Die Finanzlage ist nicht sehr optimal. Die langjährigen Warnungen der CDU und die vorgeschlagenen Alternativen wurden von den regierenden Sozialdemokraten in den Wind geschlagen bzw. viel zu spät aufgegriffen. Wir haben zwar nicht die Wahlen gewonnen, aber mit unserer Kritik voll recht behalten. Recht gehabt zu haben korrigiert keine Wahlergebnisse, aber es gibt Kraft, es gibt Mut, auch in Zukunft für das einzutreten, wovon man überzeugt ist, auch wenn der Wind manchmal voll ins Gesicht bläst.

Meine Damen und Herren, neben den notwendigen Korrekturen in der bremischen Landespolitik braucht das kleinste Bundesland auch Hilfe von außen. Herr Wedemeier sagte neulich in einem Interview: „Ohne Hilfe des Bundes ist Bremen Mitte der 90er Jahre handlungsunfähig.“ Hierzu kann ich sagen: Hätte Bremen nicht schon seit längerem auf vielfältige Weise die Unterstützung des Bundes, wäre es längst handlungsunfähig. Es hat bisher keine Bundesregierung gegeben, die unserem Bundesland mehr geholfen hat als die jetzige. Das wird selbst von den Sozialdemokraten in Bremen nicht bestritten. Dafür möchte ich insbesondere Ihnen, verehrter Helmut Kohl, herzlich danken, der immer ein offenes Ohr für die Probleme Bremens hat. Davon werden wir auch in Zukunft gern Gebrauch machen.

(Beifall)

Richtig an der Aussage von Bürgermeister Wedemeier ist, daß Bremen nur gemeinsam mit dem Bund seine Probleme wird meistern können. Von der phantastischen wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre – die Konjunktur, wie wir alle wissen, verläuft bestens – wird auch das kleinste Bundesland als großer Umschlagplatz profitieren. Deshalb, lieber Herr Wedemeier, sollten wir gemeinsam daran interessiert sein, daß Helmut Kohl auch nach 1990 Bundeskanzler bleibt: Damit es in Bremen aufwärtsgeht.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, von einem Ausflug in die bremische Tiefebene zurück zu unserem heutigen Bundesparteitag. Wir als kleinster Landesverband sind froh und stolz darauf, daß Sie unsere Gäste sind. Für uns ist das eine wertvolle Unterstützung unserer Arbeit auf einem schwierigen Feld. Wir erwarten dadurch für uns und die

gesamte Union in Deutschland Rückenwind. Es liegt an uns selbst, den Delegierten, daß es kein Wind von vorne wird, der ins Gesicht bläst.

Wir haben hervorragende Themen mit zukunftsweisenden Beschlußvorlagen zur Umwelt- und Ausländerpolitik. Das sind Themen, die die Bürger in unserem Land wirklich bewegen, zu denen sie Antworten von uns erwarten. Die Bürger, aber vor allem auch unsere Millionen Mitglieder und Anhänger erwarten von uns, daß wir auf diesem Parteitag diese Themen in den Mittelpunkt stellen, nicht jedoch – wie häufig – uns mit uns selbst und mit den eigenen internen Problemen befassen.

Ich stimme Norbert Blüm völlig zu, der am Wochenende in einem Interview gesagt hat:

Jetzt, wo Entscheidungen und klare Worte in den Führungsgremien gefallen sind, sollte die CDU ihre Phantasie nicht auf Personenstreitigkeiten, sondern auf die großen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen konzentrieren.

(Zustimmung)

Meine Damen und Herren, in der „FAZ“ vom 3. September 1989 lautete eine Überschrift: „Die CDU-Führung übt sich in neuer Verträglichkeit“. Liebe Freunde, für die Basis in der CDU waren Solidarität und Verträglichkeit nie ein Problem. Es ist doch eine tolle Sache, daß nun auch im Präsidium nach längerer Übungsphase wieder mitgemacht wird. Ich finde, wir sollten das unterstützen.

(Beifall)

Unsere Ausgangsposition in der Sache ist hervorragend. In Kommentaren der letzten Wochen von Zeitungen, die häufig die Bundesregierung mit Kritik begleiteten, werden die Erfolge unter dem Kanzler Helmut Kohl schon fast bejubelt. So heißt es in der vorletzten Ausgabe der „Wirtschaftswoche“ – ich zitiere das, weil es besser ist, wenn die das sagen; denn manche von uns sagen das sowieso nicht –:

Helmut Kohl ist in der Sache neben Konrad Adenauer, vielleicht aber sogar vor ihm der erfolgreichste Kanzler der Bundesrepublik. Einen siebenjährigen Wirtschaftsaufschwung, dessen Ende sich immer noch nicht abzeichnet, hat es noch nicht gegeben. Das Jahr 1989 könnte, real und in absoluten Zahlen gemessen, das wirtschaftlich erfolgreichste seit Gründung der Republik werden. Die Beschäftigung ist um gut anderthalb Millionen gestiegen. Unter Kohl wurde die Geldwertstabilität wiedergewonnen, der Bundeshaushalt geordnet, der Staatsanteil am Sozialprodukt . . . zurückgeführt, die Steuerlast gesenkt. Die Arbeitszeit ist gesunken. . . Im Äußeren scheint die Kriegsgefahr geringer als je seit dem Zweiten Weltkrieg, und die europäische Einigung macht nach 15 Jahren der Stagnation wieder kräftige Fortschritte.

Es heißt in der „Wirtschaftswoche“ zum Abschluß:

Ein rundes Bild: Wir leben besser, sicherer, länger, sorgloser denn je.

Und in einer Boulevard-Zeitung, die uns auch nicht immer freundlich behandelt, hieß es vor wenigen Tagen:

Die deutsche Wirtschaft floriert wie seit 13 Jahren nicht mehr. Die Zahl der Arbeitsplätze wächst, die Arbeitslosenquote sinkt. Noch zu Zeiten Helmut Schmidts wäre eine Regierung für solche Wirtschaftsdaten gefeiert worden.

Liebe Freunde, warum feiern wir das eigentlich nicht?

(Beifall)

Lieber Helmut Kohl, Sie haben durch diese Leistung Ihrer Regierung für die Bundestagswahl 1990 eine hervorragende Ausgangsbasis geschaffen, wenn wir sie alle selbst nutzen.

Ich bin nicht der Auffassung, daß wir ein Kanzlerwahlverein sind. Ich möchte auch nicht, daß wir es werden. Ich wünsche mir allerdings schon, daß möglichst viele zu dem Verein gehören, die unseren Kanzler wählen. Dafür sollten wir eintreten.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Kontroverse – das kann man ja ansprechen; es steht ja sowieso täglich in allen Zeitungen – über das Thema „Generalsekretär“ ist in den letzten Wochen ausgiebig geführt worden. Der Parteivorsitzende hat von dem ihm zustehenden Vorschlagsrecht Gebrauch gemacht. Dazu gab es sehr unterschiedliche Meinungen. Es gab eine sehr intensive Diskussion. Ich hoffe, daß sie beendet sein wird. Deshalb möchte ich die Gelegenheit nehmen, Heiner Geißler zu begrüßen und ihm herzlich für die langjährige unermüdliche Arbeit als Generalsekretär der CDU Deutschlands zu danken.

(Anhaltender Beifall)

Zum Abschluß begrüße ich ebenfalls sehr herzlich einen langjährigen persönlichen Freund und früheren Mitstreiter in der Jungen Union, Kampfgefährte in der norddeutschen CDU und seit mehreren Jahren stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU, unseren Freund Volker Rühle.

(Beifall)

Lieber Volker, Du hast vor wenigen Tagen im Deutschen Bundestag – wir konnten es ja unmittelbar miterleben – ein hervorragendes, großes Debut gegeben. In der Haushaltsdebatte, wo eher eine Regierung in Bedrängnis gerät, ist es Dir gelungen, den Spieß umzudrehen und die SPD nahezu auszuzählen. Die sahen völlig hilflos aus. Anscheinend haben die das gar nicht mehr so von uns erwartet. Aber, liebe Freunde, genau dies, finde ich, muß die Meßlatte für uns in der Zukunft sein. Wir müssen uns endlich und ab sofort voll auf die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner konzentrieren. Wenn wir uns nicht selbst schlagen, sind wir unschlagbar.

(Beifall)

Liebe Freunde, dies sollte – das wünschen sich die Gastgeber – die Botschaft sein, die von Bremen ausgeht. Nochmals herzlich willkommen in der Hansestadt.

(Beifall)

**Manfred Carstens**, Tagungsbüro: Lieber Bernd Neumann, herzlichen Dank für die freundlichen, erfrischenden und kämpfenden Grußworte, die Du als Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Bremen gesprochen hast. Mit dem Beifall für Dich haben wir auch den Dank an alle Mitglieder und Freunde der CDU in Bremen verbunden, die diesen Bundesparteitag mit vorbereitet haben.

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Im Drehbuch steht: Den Vorsitz übernimmt der Gastgeber. Das tue ich hiermit und rufe nun Tagesordnungspunkt 8.1 auf:

Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands,

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl** MdB

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**, Vorsitzender der CDU (mit Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! In diesen Stunden bewegen uns aufwühlende Nachrichten und Bilder aus Ungarn und von der Grenze. Wir erleben die erschöpften und zugleich glücklichen Gesichter von Landsleuten aus der DDR, die am Ziel ihrer Hoffnung ankommen. Ihre Hoffnung war und ist die Bundesrepublik Deutschland, der freie Teil unseres Vaterlandes. Wir heißen sie alle sehr herzlich willkommen.

(Beifall)

Wir denken in dieser Stunde auch an die vielen Menschen, die in drangvoller Enge in unserer Prager Botschaft ausharren und jetzt mehr denn je auf die Ausreisegenehmigung hoffen. Wir denken auch an die vielen Landsleute in der DDR, die dort, in ihrer angestammten Heimat, bleiben wollen, unter menschenwürdigen Verhältnissen, mit Menschenrechten, mit Bürgerrechten, und die immer nachdrücklicher auf Reformen drängen.

Man kann sich gut vorstellen, was in dieser Stunde in den Betrieben, in den Büros, in den Familien in der DDR angesichts der Entscheidung der ungarischen Regierung von der vergangenen Nacht und angesichts der Bilder, die man dort sieht, gesprochen wird. Alle diese Menschen hören die Nachrichten aus Polen, aus Ungarn, aus der Sowjetunion. Sie erfahren, daß in Polen jetzt ein Nichtkommunist, ein engagierter Christ zum Regierungschef gewählt wurde. Sie sehen im Fernsehen, wie an der ungarisch-österreichischen Grenze demonstrativ der Stacheldraht durchschnitten wird. Aus der Sowjetunion hören sie, daß jetzt dort frei über das schlimme, bedrückende Erbe Stalins gesprochen und diskutiert wird. Sie fragen sich: „Warum ist das alles nicht auch bei uns in der DDR möglich?“ Wer von uns, liebe Freunde, könnte die Gefühle unserer Landsleute drüben nicht nachempfinden?

Auch dies ist eine bewegende Erfahrung: Die Bilder aus den Aufnahmelagern hier bei uns zeigen uns viele junge, sympathische, optimistische Gesichter. Liebe Freunde, das sind keine Aussteiger, die es sich in der sozialen Hängematte der Bundesrepublik Deutschland bequem machen wollen. Sie wollen ihr Leben selbst gestalten, frei gestalten, so wie wir das können. Deswegen heißen wir sie besonders herzlich willkommen.

(Beifall)

Sie sprechen offen aus, weshalb sie der DDR den Rücken kehren. Es ist der Wunsch nach persönlicher Meinungs- und Bewegungsfreiheit. Es ist der verständliche Wunsch nach besseren Lebensbedingungen, nach mehr Chancen zum Glück.

Liebe Freunde, wir müssen uns mit aller Entschiedenheit gegen jene dümmlichen Stammtischparolen wenden, die da besagen: „Die kommen ja nur zu uns, weil es ihnen hier besser geht.“ Wer so daherredet, hat nichts, aber auch gar nichts von den Sehnsüchten der Menschen verstanden. Er sieht nicht, daß diese Menschen ihre Heimat, ihren Arbeitsplatz, Freunde, Verwandte, ihr Umfeld verlassen, um hier in Freiheit leben zu können. Wie groß muß die Bedrängnis sein, wenn jemand dies alles aufgibt!

Es gehört zu unserer Vorstellung von Freiheit, daß jeder Deutsche das Recht hat, sich einen Lebensstandard zu erarbeiten, der dem unseren entspricht. Wir, liebe Freunde, haben das Glück gehabt, in über 40 Jahren der Geschichte unserer Republik auf der Sonnenseite deutscher Geschichte leben zu dürfen. Niemand von uns hat das geringste Recht, unseren Landsleuten aus der DDR zu verweigern, was hier von uns selbstverständlich in Anspruch genommen wird.

(Beifall)

Natürlich – das sage ich auch – kann es nicht das Ziel einer vernünftigen Deutschlandpolitik sein, unsere Landsleute in der DDR aufzufordern, in möglichst großer Zahl hierher zu kommen. Die Probleme der Menschen in der DDR sind nicht in der Bundesrepublik zu lösen. Sie müssen dort, in der DDR selbst, gelöst werden. Aber es ist doch eine Selbstverständlichkeit, daß jeder, der von dort zu uns kommt, bei uns als Deutscher unter Deutschen aufgenommen wird. Wir weisen niemanden zurück.

(Beifall)

Jeder Deutsche – auch aus der DDR – hat Rechte und Pflichten, die sich aus dem Grundgesetz und aus unserer Rechtsordnung ergeben. Liebe Freunde, das muß jeder wissen: Solange wir, die CDU Deutschlands, das Sagen haben, bleibt es dabei: Wir grenzen niemanden aus!

(Beifall)

Wir stehen dabei in einer besonderen Pflicht. Wer, wenn nicht wir, wird die moralische Kraft aufbringen, sich dieser Pflicht zu stellen? Wer, wenn nicht wir, ist sich der Verantwortung für die kommenden Generationen in besonderer Weise bewußt? Es ist nicht Pathos, es ist nüchterne Feststellung: Unsere Kinder, unsere Enkel werden uns fragen, wie wir als junge Menschen die Generation unserer Eltern einmal gefragt haben: „Was habt ihr damals getan, daß wir in gemeinsamer Freiheit leben können?“ Ich sage dies, weil es eben in diesem wichtigen Feld der Politik keine Gemeinsamkeit gibt. Ich sage dies mit Bedauern, aber es ist eine Tatsache: Die deutsche Sozialdemokratie hat diese Kraft schon längst nicht mehr, weil sie sich immer mehr dem Diktat des Zeitgeistes unterwirft.

(Beifall)

Ich habe nicht vergessen, daß führende Repräsentanten der SPD sich in den letzten Jahren immer wieder für die Anerkennung einer DDR-Staatsbürgerschaft ausgesprochen haben. Meine Damen und Herren, wenn sie jetzt diese damaligen Forderungen unter dem Druck der Ereignisse relativieren, bedeutet das für mich gar nichts. Ich weiß, daß sie in all den Feldern der Geraer Forderungen von Generalsekretär Honecker bereit waren nachzugeben, und ich weiß, daß sie es morgen wieder tun werden, wenn es der Tagesopportunismus als günstig erscheinen läßt.

(Beifall)

Wir haben auch nicht vergessen, daß aus den Reihen der SPD immer wieder die Forderung nach einer Streichung des Wiedervereinigungsgebots aus der Präambel unseres Grundgesetzes erhoben wurde. Die SPD, einst engagierter Anwalt der Freiheit, ist dabei, eine der zentralen Lehren der Geschichte zu verdrängen. Liebe Freunde, es ist und bleibt eine Wahrheit: Die Zeit arbeitet für und nicht gegen die Sache der Freiheit.

(Beifall)

Statt dessen haben die Sozialdemokraten die Gemeinsamkeit mit der SED gesucht. Sie haben sich lange – viel zu lange – bei den kommunistischen Staatsparteien im Warschauer Pakt angebedert. Meine Damen und Herren, dies war nie ein Weg, der uns weiterführen kann.

(Vereinzelt Beifall)

Die Teilung unseres Vaterlandes ist widernatürlich, weil es wider die Natur des Menschen ist, ihm Freiheit und Selbstbestimmung zu verweigern. Es war eben eine Illusion – und bleibt eine Illusion –, zu glauben, daß sich die Menschen in der DDR nach Jahren und Jahrzehnten der Indoktrination mit der Unfreiheit abfinden würden. Dies war für jeden, der geschichtlich denken kann, erkennbar. Und deswegen bleiben wir dabei: Die Idee der Freiheit ist die stärkste Idee. Sie ist auch unsere Idee und wird es bleiben.

(Beifall)

Was haben wir in den 70er Jahren nicht alles an Botschaften der Resignation gehört? Heute erleben wir, daß gerade bei jungen Leuten der Traum von der gemeinsamen Freiheit aller Deutschen lebendig geblieben ist. Ich finde, das ist auch eine Mahnung an unsere eigene Adresse hier in der Bundesrepublik Deutschland –: Unser Wohlstand darf unsere Herzen nicht träge werden lassen. Der Mensch lebt nicht vom

Brot allein – diese Erkenntnis gehört zum christlichen Bild vom Menschen. Im Alltagsgeschäft dürfen wir dies nicht vergessen, – wie wir auch nicht vergessen dürfen, daß „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland“ nicht irgendein alter Spruch ist, sondern eine Prognose für die Zukunft. Das muß immer wieder deutlich gesagt werden.

(Beifall)

Liebe Freunde, in einer Zeit, in der sich – bei uns und überall in der Welt – vieles schnell verändert, müssen wir Kurs halten. Aber wer, wenn nicht wir, die Union, ist dazu eigentlich in der Lage?

Wir sind vom Wähler zur führenden politischen Kraft in unserem Land bestellt worden. Wir wollen es bleiben – auch nach der nächsten Bundestagswahl. Deshalb ist es wichtig, daß wir uns in diesen Tagen hier in Bremen darauf konzentrieren, unsere Partei für den Wahlmarathon der nächsten 15 Monate fit zu machen – und zwar inhaltlich wie organisatorisch. Das wird viel Aufmerksamkeit und viel Kraft erfordern. Darüber muß hier in Bremen gesprochen werden.

Ich gehe heute davon ab, den üblichen Rechenschaftsbericht zu halten – im wesentlichen die Bilanz der Regierungsarbeit der letzten Jahre und vor allem seit dem letzten Parteitag. Sie finden diesen Rechenschaftsbericht in schriftlicher Form. Er enthält eine Fülle von Zahlen und Tatsachen, die Sie gut im Wahlkampf verwenden können. Diese Informationen sind keine geheime Kommandosache, meine Damen und Herren. Es ist ein Angebot an Sie alle, in den Kreisverbänden mit diesem Material zu arbeiten. Und Sie werden mit einiger Überraschung feststellen, was wir in diesen sieben Jahren alles entschieden, bewegt und gestaltet haben.

(Beifall)

Meine Freunde: Wenn wir fähig sind, das in einer verständlichen Sprache vorzutragen, wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Wir alle spüren: Unsere Volkspartei CDU steht vor einer neuartigen Herausforderung; Herr Bürgermeister Wedemeier sprach aus gutem Grund davon: Die politische Landschaft ist in Bewegung gekommen. Die großen Volksparteien – alle Volksparteien – haben bei Wahlen an Vertrauen verloren. Radikale Parteien am linken und am rechten Rand des politischen Spektrums sind gestärkt worden.

Wir sollten uns hüten, diese Entwicklung mit einfachen, holzschnittartigen Antworten erklären zu wollen. Die Ursachen sind in Wahrheit vielschichtig.

Der rasche Wandel bei uns in der Bundesrepublik Deutschland und in der Welt schafft zunehmend Unsicherheiten und Ängste. Traditionelle Bindungen – denken Sie nur an die Lage der Kirchen – lockern sich, und in gleichem Maße gewinnen kurzfristige – oft opportunistische –, rasch wechselnde Stimmungen Einfluß auch auf das Wahlverhalten.

Hinzu kommt eine problematische Seite unseres Wohlstandes. Den allermeisten Menschen in der Bundesrepublik geht es gut; trotzdem – vielleicht auch deswegen – wächst der Egoismus einzelner Gruppen und Personen in unserer Gesellschaft. Ich frage mich aber dennoch: Muß es wirklich so sein, daß Wohlstand der Übergang von der Armut zur Unzufriedenheit sei – wie Zyniker behaupten?

Wir müssen – ob es uns paßt oder nicht – zur Kenntnis nehmen, daß bei einem Teil unserer Bevölkerung auch Verdrossenheit im Spiel ist – Verdrossenheit nicht gegenüber der freiheitlichen Demokratie, aber Ärger über die Parteien und ihr Erscheinungsbild.

Wir müssen uns selbstkritisch fragen, ob wir uns immer Zeit genug genommen haben, mit den Menschen zu sprechen, ob sich Politik nicht – auch bei uns – zu oft als geschlossene Veranstaltung präsentiert. Viele haben – manchmal zu Recht, manchmal auch zu Unrecht – das Gefühl, daß ihre Sorgen von den Politikern nicht genügend zur Kenntnis genommen werden. Alle Volksparteien – auch wir – haben Grund zur Nachdenklichkeit.

Ich sage aber, liebe Freunde, bewußt „Nachdenklichkeit“ und nicht „Verzagtheit“. Denn manche – auch bei uns – starren auf diese Veränderungen wie gelähmt. Sie verlieren dabei den Blick für die Realitäten. Und nicht wenige tragen unbewußt oder auch bewußt zur Übellaunigkeit bei, weil Wichtiges nicht mehr von Nebensächlichem unterschieden wird.

Die Entwicklung ist im Fluß – aber das heißt auch, daß wir darauf einwirken können. Und wahr ist auch: Wir haben eine gute Ausgangslage, um die Wahlen im nächsten Jahr zu gewinnen – eine bessere Ausgangslage als unsere politischen Gegner. Es ist höchste Zeit, daß wir uns dieser Chance wieder bewußt werden.

(Beifall)

Es ist wahr: Wir haben bei der dynamischen Gestaltung von Staat und Gesellschaft, bei einer Politik für die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland Fehler gemacht; durch wichtige Sachentscheidungen wurden sie wieder korrigiert. Das umgebildete Kabinett hat sich gut eingespielt. Wir leisten gute Arbeit. Und ich behaupte: Dieses Team aus CDU/CSU und FDP ist ein schlagkräftiges Team.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir können eine Bilanz vorlegen, die sich sehen lassen kann und auf die man anderswo – man muß es auch hier einmal so formulieren – stolz wäre. Ich leugne nicht, daß es heute und auch in Zukunft ernstzunehmende Fragen gibt, die wir noch nicht gelöst haben. Was wir aber tun konnten, haben wir angepackt.

Und ich frage ganz einfach: Wann sind die drängenden Zukunftsprobleme jemals entschlossener angepackt worden? Wann hat die Bundesrepublik Deutschland jemals größeres Ansehen im Ausland genossen? Dies alles kommt nicht von ungefähr. Es ist der Erfolg unserer Politik in sieben Jahren. Es ist nicht der Erfolg von einzelnen, es ist unser gemeinsamer Erfolg. Lassen Sie ihn uns doch auch vor den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam, und zwar mit Leidenschaft und Kraft, vertreten!

(Beifall)

Wenn Sie die verschiedenen Politikfelder betrachten – ob die Außen- und Sicherheitspolitik, ob die Wirtschafts- und Sozialpolitik, ob die Politik zum Schutz der Umwelt, für die Bewahrung der Schöpfung –, dann stellen Sie fest: Wir sind in all diesen Fragen ein gutes Stück vorangekommen. Diese Erfolge sind eine gute Grundlage für kommende Auseinandersetzungen.

Aber – ich füge dies hinzu – heute gilt mehr denn je, daß der Hinweis auf erbrachte Leistungen nicht ausreicht, um die Bürger auch für die Zukunft anzusprechen. Es kostet harte Arbeit, damit die Wähler uns 1990 ihr Vertrauen wieder erneuern. Ich bin aber sicher, daß wir es schaffen können, wenn wir uns auf unsere eigene Kraft und unseren Mut, wenn wir uns auf die bewährten Tugenden unserer Volkspartei zurückbesinnen.

Ich spreche z. B. von unserem Kampfgeist. Während viele unserer Freunde in den Kreis- und Ortsverbänden harte politische Auseinandersetzungen führen, gibt es andere, die nur bedenklich den Kopf wiegen und sich in der Rolle des Schwarzmalers

gefallen. Ich habe überhaupt nichts dagegen, wenn sie dies für sich persönlich tun. Sie verlieren dann ein Stück Lebensfreude, und dies geschieht ihnen dann auch recht.

(Beifall)

Wenn sie es aber öffentlich tun, ist das ein Skandal für die Partei.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, meine lieben Freunde, es gehört zum Alltag eines Amtes, wie ich es inne habe, daß man – auch wenn es manch einer nicht glaubt – mit wachen Augen in die Welt schaut, daß man vieles sieht und beobachtet. Ich kann eines nicht nachvollziehen, was ich gelegentlich beobachte: Eine politische Partei ist politische Gemeinschaft, ist politische Heimat; es kann dort keine Arbeitsteilung in dem Sinne geben, daß die einen in der Loge sitzen und beobachten, wie sich die anderen auf der Bühne tummeln. Letzteres kann man tun, aber dann werden wir am Ende alle in der Loge sitzen und nichts mehr zu sagen haben. Das haben wir zu Genüge erlebt. Das kann keineswegs unser Rezept für die Zukunft sein.

(Beifall)

Im übrigen: wir brauchen doch in Wahrheit keine Diskussion zu scheuen. Wenn ich eben sagte, daß wir Fehler gemacht haben, so stimmt das. Andere haben aber gar nichts gemacht. Deshalb sind sie nicht in die Gefahr geraten, Fehler zu machen.

(Beifall)

Wir haben wichtige Reformen doch nicht deshalb durchgesetzt, um die Menschen zu ärgern. Wir haben es getan, um die Zukunft des Landes zu sichern – also zum Wohle des Landes. Wir haben Kritik, Diffamierung, Verleumdung einstecken müssen. Jetzt zeigt sich doch von Monat zu Monat deutlicher: Diese Reformpolitik war nicht nur notwendig; sie bringt auch Erfolge. Monat für Monat seit Anfang dieses Jahres erleben wir im Bereich der Gesundheitskosten eine Entwicklung, die vorher rundum bestritten wurde. Meine Damen und Herren, natürlich haben wir gemeinsam unter diesem Einschnitt gelitten. Warum sagen wir jetzt aber nicht draußen deutlicher: Monat für Monat wird deutlicher: Die Gesundheitsreform ist ein Erfolg; sie war dringend notwendig, die Entwicklung bei den Preisen und Kosten zeigt es.

(Beifall)

Natürlich ist auch dies wahr: Wir müssen eine bessere, eine intensivere Überzeugungsarbeit leisten. Das sage ich auch – ich nehme dabei die Bundesregierung überhaupt nicht aus – für jeden in der Bundesregierung. Wir müssen uns, auch auf dieser Ebene, schon überlegen, inwieweit wir im Laufe der Jahre zu wenig flexibel geworden sind, inwieweit bürokratische Hemmnisse sich zwischen uns und die Wähler geschoben haben und inwieweit zu wenig Direktheit im Gespräch da ist. Was wir jetzt brauchen und was ich von jedem erwarte – von Ihnen, von mir, auch von jedem Regierungsmitglied, von jedem, der Verantwortung in der Union trägt –, ist, daß wir in den nächsten 16 Monaten auf die Bürger zugehen und in einer verständlichen Sprache sagen, wo wir herkommen, wie unsere Leistung aussieht und was wir wollen. Das muß für jedermann deutlich werden.

(Beifall)

Wenn ich von mehr Bürgernähe und mehr Offenheit spreche, dann weiß ich natürlich zugleich, daß viele in unserer Partei – und zwar auf allen Ebenen – Hervorragendes leisten. Mir liegt es überhaupt nicht, hier pauschale Urteile abzugeben. All denen, die ich jetzt anspreche, schulde ich viel Dank. Es ist aber wahr, daß es auch bei uns Verkrustungen und festgefahrene Strukturen gibt, und zwar auf allen Ebenen. Wir werden hier auf dem Parteitag in den nächsten Tagen offen über die Befindlichkeit der Partei zu sprechen haben.

Liebe Freunde, wenn wir in Essen einen Beschluß gefaßt haben, daß wir zugunsten des Anteils der Frauen viel tun müssen, und ich jetzt, vier Jahre nach dem Essener Parteitag, feststellen muß, daß wir immer noch zu wenig tun, dann ist es für mich keine erbauliche Kunde, die ich weiterzugeben habe.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn 52 % der Bürger unseres Landes, aber nur 22 % unserer Parteimitglieder Frauen sind, wenn es Landesverbände gibt, in denen es in einigen Ortsverbänden – in einem Landesverband ist das in über hundert Ortsverbänden der Fall – kein einziges weibliches Mitglied gibt, dann hat das einen einfachen Grund: Die Herren dort haben „closed shop“ gemacht – sie wollen unter sich bleiben, um es einmal klar und deutlich auszusprechen. Das ist natürlich ein unerträglicher Zustand.

(Beifall)

Das gilt genauso für andere Bereiche, z. B. im Hinblick auf die jungen Leute. Das gilt übrigens auch im Hinblick auf die Frage: Tragen wir unsere Ideen und unsere Meinungen genügend draußen in den Betrieben und im betrieblichen Alltag vor? Dort werden die meisten politischen Entscheidungen von den Arbeitnehmern reflektiert. Im Kern geht es einfach darum, daß wir in einer sich stürmisch wandelnden Zeit immer wieder überprüfen, ob wir fähig sind, dem Anspruch einer Volkspartei gerecht zu werden. Nur wenn unsere CDU die verschiedensten Gruppen der Gesellschaft widerspiegelt, ihnen politische Heimat bietet, werden wir auf die Dauer unsere Fähigkeit bewahren und stärken, auf die Menschen zuzugehen.

Schließlich brauchen wir auch Solidarität untereinander. Das gilt für jeden. Das gilt auch für die Führungsscrew der Partei. Natürlich muß es hier unterschiedliche Meinungen geben, und natürlich müssen sie ausgetragen werden. Gelegentlich erfolgt das auch mit Härte. Meine Damen und Herren, wenn wir gewinnen wollen, müssen wir aber versuchen, diese Auseinandersetzungen fair auszutragen. Es muß klar sein, daß wir im Dienst einer gemeinsamen Sache stehen. Das heißt, wir sind zunächst und vor allem Mitglieder der Christlich Demokratischen Union und dann erst Mitglieder von Vereinigungen und Verbänden.

(Beifall)

Wir alle sind gemeinsam die CDU. Nur zusammen sind wir stark. Nur gemeinsam zeigen wir dann auch das notwendige unverwechselbare Profil.

Liebe Freunde, ich bewerbe mich erneut um das Amt des Parteivorsitzenden.

(Anhaltender Beifall)

Gemeinsam mit den Parteifreunden, die Sie in die Führungsspitze der Partei wählen werden, gemeinsam mit Ihnen allen wollen wir die Partei zum Sieg führen.

Für den Fall meiner Wiederwahl habe ich mich entschieden, Ihnen Volker Rühle für das Amt des Generalsekretärs der CDU vorzuschlagen.

(Beifall)

Mir ist klar, daß meine Entscheidung, Heiner Geißler nicht mehr für dieses Amt zu nominieren, Diskussionen und Kritik ausgelöst hat. Selbstverständlich stelle ich mich dieser Kritik. Wir haben im Präsidium und im Bundesvorstand offen darüber gesprochen. Sie können sicher sein: Mir ist, nach reiflicher Überlegung, diese Entscheidung nicht leichtgefallen. Mit Heiner Geißler habe ich, wenn ich die Jahre der Zusammenarbeit in der Landesregierung in Mainz hinzuzähle, 20 Jahre lang eng zusammengearbeitet. Wir haben gemeinsam große Erfolge erlitten –

(Heiterkeit)

– Erfolge erzielt und Niederlagen erlitten. Das erste waren die Erfolge, das letzte waren die Niederlagen. So ist das nun einmal. Jetzt wollen wir das, was zuletzt war, wieder ändern.

Ich habe hohen Respekt vor der ganz persönlichen Leistung Heiner Geißlers als CDU-Generalsekretär. Er hat unermüdlich für unsere Sache gearbeitet. Wie wenige andere war er in den Wahlkämpfen präsent.

Er hat viele Pfeile unserer Gegner auf sich gezogen. Er hat unsere Partei, die CDU Deutschlands, auch programmatisch mit vorangebracht. Wir alle verdanken ihm viel.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ein Generalsekretär muß seine Rolle ausfüllen, auch wenn das unbequem ist für ihn, für den Parteivorsitzenden und für andere. Es ist keine einfache Rolle. In der Frage aber, wie sie ihre Ämter verstehen und ausfüllen, müssen sich der Vorsitzende und der Generalsekretär einig sein. Diese Einigkeit hat in der letzten Zeit nicht mehr bestanden, und daraus habe ich die Konsequenzen gezogen. Es war aber von Anfang an mein Wunsch, daß Heiner Geißler weiter an herausgehobener Stelle für unsere gemeinsame Sache tätig sein kann. Ich habe diesen Gedanken mit ihm im Frühjahr bei der Regierungsumbildung besprochen, und ich unterstütze auch aus diesem Grund seine Kandidatur zu einem der stellvertretenden Vorsitzenden der CDU Deutschlands.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, meine lieben Freunde. Bei der Bundestagswahl 1990 steht viel auf dem Spiel. In 40 Jahren haben wir gemeinsam mit vielen Menschen guten Willens ein Gemeinwesen aufgebaut, in dem Frieden und Freiheit, Wohlstand und ein hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit herrschen. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Land, in dem sich die Menschen wohlfühlen, und wir müssen gemeinsam verhindern, daß dies alles durch Radikale von links oder rechts verspielt wird.

(Beifall)

Grüne und Kommunisten, sogenannte Republikaner und NPD – solche Gruppierungen stehen in Tat und Wahrheit für eine andere Republik.

(Beifall)

Während die Grünen von linkssozialistisch-anarchistischen Utopien träumen, wollen die Republikaner zurück ins 19. Jahrhundert. Beides ist gleichermaßen gefährlich und besorgniserregend. Es ist im übrigen – und das wird viel zu wenig beachtet – bezeichnend, liebe Freunde, daß Grüne und sogenannte Republikaner zum Teil durchaus übereinstimmende Ziele verfolgen, vor allem in der Außenpolitik. Beide stellen die NATO in Frage, und beide polemisieren gegen die europäische Einigung. Dieser Gleichschritt von links und rechts weckt unguete Erinnerungen.

(Beifall)

Wir stellen fest, manche haben immer noch nicht aus der Geschichte von Weimar gelernt. Wir stellen aber auch fest, und für die CDU Deutschlands ist klar: Bonn ist nicht Weimar; mit uns ist dies alles nicht zu machen!

(Beifall)

Liebe Freunde, dies heißt aber, daß wir jetzt, in diesen Monaten, draußen in den Dörfern und Städten den Menschen klarmachen, was es bedeutet, wenn sie aus einer Verdrießlichkeit des Augenblicks heraus ihre Stimmen Radikalen geben. Ich frage ganz einfach: Was würde z. B. aus unserem wirtschaftlichen Wohlstand, wenn nach 1990 ein rot-grünes Bündnis das Ruder führte? Bis heute lehnen die Grünen und auch immer mehr Sozialdemokraten entscheidende Teile der Sozialen Marktwirtschaft ab.

Immer wieder gibt es die alten Parolen von der „kapitalistischen Wirtschaftsordnung“. In einem Augenblick, in dem in immer mehr Ländern der Welt die Soziale Marktwirtschaft als die beste Gesellschaftsform freier Völker erkannt wird, in einem Augenblick, in dem in Polen, in Ungarn und in der Sowjetunion die Ideen und die Lehre Ludwig Erhards so populär sind wie nie zuvor, kommen diese Steinzeitsozialisten mit ihren grünen Anhängern und wollen die Republik in ihrem Kern treffen. Mit uns ist das nicht zu machen!

(Beifall)

Liebe Freunde, was würde aus unserem internationalen Ansehen, aus unserer festen Einbindung in die Wertegemeinschaft des Westens, aus unserer engen Partnerschaft und Freundschaft mit den Vereinigten Staaten, aus der engen Partnerschaft und Freundschaft mit Frankreich – ein Traum einer Generation ist hier in Erfüllung gegangen –, wenn unser Land in neutralistisches Fahrwasser abdriftete mit einer Regierungspartei, die den Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO propagiert?

Wie sollten wir die Chance nutzen, die Teilung Deutschlands und Europas zu überwinden, wenn überholter Nationalismus und irrationale, dümmliche Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland den Ton angeben würden? Gerade weil sich die Welt um uns so dramatisch verändert und gerade weil wir von Jahr zu Jahr eine höhere internationale Verantwortung aufgebürdet bekommen, müssen wir alles tun, daß das Land nicht durch radikale Experimente ins Abseits gerät.

Die Furcht vieler unserer Freunde im Ausland, die vorhanden ist, braucht eine Antwort; und unsere Antwort muß heißen, daß wir Front machen gegen alles, was sich da radikal rechts und links bewegt.

(Beifall)

Es ist nicht minder wichtig: Wer sollte schließlich den inneren Frieden in unserem Land sichern, wie will er Bestand haben, wenn Radikale ein Klima der Intoleranz, des Neides und der Feindseligkeit verbreiten? Wir dürfen nicht zulassen, daß Menschen ausgegrenzt werden – weder ihrer Überzeugung noch ihrer Abstammung wegen. Die deutsche Sozialdemokratie – es ist schlimm, daß man es sagen muß – versagt vor der Pflicht, den Radikalen Einhalt zu gebieten.

(Beifall)

Um der blanken Macht willen biedert sie sich bei den Grün-Alternativen an, mit all den schlimmen Konsequenzen, die jetzt jedermann in Berlin erkennen kann. Bundesweit – das ist auch deutlich sichtbar – sucht die SPD jetzt ihr Heil in einem rot-grünen Pakt. Es war doch schon fast zum Erbarmen, wie sich die Sozialdemokraten in diesem Sommer geziert haben, bis auch dem Letzten klar wurde, daß die Weichen für ein rot-grünes Bündnis längst gestellt sind. Man kann es ganz einfach sagen, die deutsche Sozialdemokratie ist bereit, ihr großes Erbe als eine der großen Volksparteien zu verraten.

(Beifall)

Für uns als CDU steht fest: Demokraten dürfen niemals mit Radikalen zusammenarbeiten. Deshalb lehnen wir jede Vereinbarung über eine politische Zusammenarbeit und jede Koalition mit links- und rechtsradikalen Parteien – und ich nenne sie bewußt zusammen: mit den Kommunisten, den Grün-Alternativen, den Republikanern, der NPD und der DVU – entschieden ab. Dies hat der Bundesvorstand beschlossen, und dabei bleibt es.

(Beifall)

Liebe Freunde, auch schon als Minderheit können Radikale demokratische Mehrheitsbildungen in den Parlamenten blockieren – und damit Weichenstellungen für die Zukunft. Nur wir, die Union, CDU und CSU, sind in der Lage, das zu verhindern. Nur wir, die Union, können gemeinsam mit der FDP wieder eine stabile und führungsstarke Regierung bilden. Ich bin entschlossen, mit Ihrer Unterstützung die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der FDP nach einem Wahlsieg bei der Bundestagswahl 1990 fortzusetzen.

(Beifall)

Die Alternative dazu wären Handlungsunfähigkeit, wechselnde Mehrheiten, unsichere Verhältnisse. Instabilität ist aber das Letzte, was sich unser Land leisten kann. Gerade in dieser Zeit dramatischer Veränderungen gilt es, mutige Entscheidungen zu treffen, dies um so mehr – was die wenigsten bisher begriffen haben –, als die 90er Jahre, das letzte Jahrzehnt dieses Jahrhunderts, gewaltige Veränderungen in Staat und Gesellschaft mit sich bringen werden. Ich nenne nur vier besonders wichtige Beispiele, die zugleich ein Stück unserer Zukunftsvision beschreiben: erstens ein vereintes Europa, in dem die Teilung unseres Kontinents in Freiheit überwunden wird; zweitens Freiheit, Selbstbestimmung und Einheit für alle Deutschen; drittens die Bewahrung der uns anvertrauten Schöpfung; und viertens eine solidarische, eine mitmenschliche Gesellschaft, in deren Mittelpunkt die Familie steht.

Liebe Freunde, wir sind jetzt mehr denn je Zeuge beim Aufbruch Europas in eine neue Epoche. Es ist unsere Chance und, wie ich denke, unsere Pflicht, diesen Aufbruch maßgeblich mitzugestalten.

Jeder sieht doch: Die Ideologie des Kommunismus ist am Ende; sie zerbröckelt immer schneller – und mit ihr die verkrusteten Strukturen der Diktatur. Bei unseren Nachbarn in Ost- und Südosteuropa bricht sich der Wille nach Menschenrechten, nach Freiheit Bahn. Die Gesellschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft findet immer mehr Zustimmung. Selbst in der Sowjetunion ist heute bei denen, die wirtschaftliche Verantwortung tragen, Ludwig Erhard viel mehr gefragt als Karl Marx.

(Beifall)

Liebe Freunde, merken wir es eigentlich nicht? Es sind unsere Ideen, die sich jetzt auf dem Kontinent durchsetzen. Es sind die Ideale der CDU, mit denen wir vor über 40 Jahren angetreten sind. Es sind die Ideale von Freiheit und von Frieden, von Wohlstand und von sozialer Gerechtigkeit. Wir haben keinen Grund, unser Programm umzuschreiben, wie andere es tun. Wir müssen nach diesen Prinzipien – ich füge hinzu: entsprechend den Ansprüchen einer modernen Zeit – die Zukunft gestalten. Das muß jedermann deutlich sein!

(Beifall)

Wir haben seit Konrad Adenauer die Vision eines Europas der Freiheit, eines Europas ohne Grenzen, eines Europas, das Krieg nicht mehr kennt. Wir wollen ein vereintes Europa, in dem die Menschen und Völker, auch die Deutschen, in gemeinsamer Freiheit zusammenfinden.

(Beifall)

Ich frage Sie: Gibt es eine großartigere und zugleich anspruchsvollere Aufgabe und Vision, als für die junge Generation Europas eine solche gemeinsame Heimat zu gewinnen? Müssen wir uns nicht fragen, woran es liegt, daß so wenige unter den Jungen begreifen, daß das die Chance ihres Lebens in Freiheit ist?

(Beifall)

Wer hat dafür in diesen 40 Jahren der Geschichte unserer Republik mehr getan als wir, die Union aus CDU und CSU? In 27 dieser 40 Jahre haben wir die Regierungs-

geschäfte geführt. Es ist doch kein Zufall, daß in diesen 27 Jahren CDU/CSU-geführter Bundesregierungen immer wieder die Anstöße für Europa gekommen sind.

(Beifall)

Das große Ziel, bis Ende 1992 den Binnenmarkt zu vollenden, hat zu einer eindrucksvollen Dynamik geführt, die schon heute ein wichtiger Motor für unsere gesamtwirtschaftliche Entwicklung ist. Wir bereiten uns jetzt auf die erste Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion vor. Und über die enge Freundschaft mit Frankreich haben wir die Idee einer Politischen Union und einer Sicherheitsunion wiederbelebt.

Liebe Freunde, was kann den Frieden und die Freiheit unseres Vaterlandes dauerhafter sichern als ein geeintes, freies und starkes Europa? Sind wir uns eigentlich noch der Größe dieser Aufgabe bewußt? Sind wir nicht dabei – das geht mir selbst ja auch so –, im Alltag der Europapolitik, des kleinlichen Streits über die Kommission in Brüssel, das große Ziel aus den Augen zu verlieren? Müssen wir nicht wieder lernen zu begreifen, welch ein Juwel wir hier in der Hand haben?

Wir müssen uns doch fragen: Warum drängen eigentlich die anderen in Europa in diese Europäische Gemeinschaft? Warum sind die Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelszone, der EFTA, dabei, ihr Verhältnis zur EG neu zu überdenken? Warum hat die Sowjetunion unter unserer EG-Präsidentschaft die Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft nach über 30 Jahren endlich normalisiert? Warum verhandeln fast alle sozialistischen Staaten des Warschauer Paktes mit der EG über weitreichende Handels- und Kooperationsverträge? Warum geht Michail Gorbatschow zum Europarat nach Straßburg? Sie alle haben die Chance begriffen. Begreifen wir sie doch bitte endlich auch, überall in unserem Land, weil es die Chance der Deutschen schlechthin ist!

(Beifall)

Liebe Freunde, dies war immer das Markenzeichen der Christlich Demokratischen Union, und bei aller Ängstlichkeit und bei allem, was geredet wird: Geben wir dieses Markenzeichen nicht auf! Aus dieser Politik leitet sich eine andere große Vision ab, nämlich die Vision der Überwindung des Ost-West-Konflikts.

Liebe Freunde: Wer hätte vor wenigen Jahren noch, als Hunderttausende gegen amerikanische Raketen demonstrierten, von einer solchen Perspektive zu träumen gewagt? Wer hätte damals gedacht, daß die Perspektiven für Abrüstung und Entspannung so positiv sein werden wie heute? Das war damals für uns alle eine schwierige Zeit. Der Opportunismus und die Feigheit feierten Triumphe. Ich erinnere mich noch sehr gut an den Druck, der von vielen Seiten ausgeübt wurde: an die „Mahnwachen“ vor den Häusern unserer Abgeordneten und an die Menschenketten. Ich danke auch heute all denen, die stehengeblieben sind, die nicht bei jedem Wind umgefallen sind, die Kurs gehalten haben. Es war der Kurs, der mehr Freiheit gebracht hat!

(Beifall)

Liebe Freunde, wo stünden wir heute in der Abrüstung, wenn wir im Sinne der Vorschläge der Sozialdemokraten überall Vorleistungen erbracht hätten? Wir hätten nichts, aber auch gar nichts erreicht. Es war die Politik auch unserer Freunde in den USA – ich nenne Ronald Reagan für die damalige Zeit und für die heutige Zeit unseren Freund George Bush –, die mit dazu geführt hat, daß wir weitergekommen sind, daß sich die Beziehungen zwischen beiden Weltmächten so entwickelt haben, daß jetzt endlich – und in Wien spürt man das – Abrüstung möglich ist.

Es war auch – ich will das dankbar erwähnen – der Wille von Generalsekretär Gorbatschow, auf diesem Felde voranzukommen, weil er gezwungen ist, tiefgreifende Veränderungen in seinem Lande vorzunehmen. Einige seiner Bündnispartner, Polen und Ungarn, folgen ihm ja nicht nur, sondern sind dabei, ihm weit vorauszuweichen. Diesen Prozeß des inneren Wandels der sozialistischen Staaten und der Verständigung und Zusammenarbeit zwischen West und Ost müssen wir fortsetzen.

Ich habe die Außen- und Sicherheitspolitik unserer Regierung unter das Thema gestellt: Frieden schaffen mit weniger Waffen. Liebe Freunde, wir haben Wort gehalten – Wort für Wort!

(Beifall)

2400 nukleare Sprengköpfe sind in unserer Regierungszeit aus Westeuropa abgezogen worden. Weltweit werden alle amerikanischen und sowjetischen nuklearen Mittelstreckenraketen vernichtet. Wären wir den Ratschlägen der SPD gefolgt, hätten wir jetzt eine Null-Lösung im Westen, aber nicht im Osten. 72 deutsche Pershing I a-Raketen werden abgerüstet. Ich habe die sichere Zusage des Präsidenten der Vereinigten Staaten, daß im nächsten Jahr mit dem Abzug der chemischen Waffen aus der Bundesrepublik Deutschland begonnen wird. Ich will, daß wir alles tun, daß diese chemischen Waffen wie die biologischen weltweit geächtet werden und endgültig verschwinden.

(Beifall)

Der Stand der gegenwärtigen Gespräche in Wien und in Genf berechtigt zu der Hoffnung, daß wir im nächsten und übernächsten Jahr weitere weitreichende Ergebnisse erzielen können:

- ein weltweites Verbot aller chemischen Waffen;
- die Halbierung aller strategischen Nuklearsysteme der Weltmächte;
- eine drastische Reduzierung der konventionellen Waffen in Europa. Das betrifft auch uns ganz unmittelbar;
- weitere Fortschritte bei den vertrauensbildenden Maßnahmen und Kontrollmöglichkeiten.

Liebe Freunde, wenn uns dies gelänge, wäre das ein spektakulärer Fortschritt und Durchbruch.

Was viele nicht wissen – es ist an der Zeit, daß wir auch das stärker nach draußen tragen –: Alle Abrüstungsvorschläge, über die verhandelt wurde und jetzt verhandelt wird, sind vom Westen eingebracht worden. Es ist nicht wahr, daß der Westen mit seinen Initiativen zu spät gekommen wäre. Es sind Forderungen, die vom Westen kamen und die ganz wesentlich von uns, von der Bundesrepublik Deutschland, beeinflußt wurden.

(Beifall)

Liebe Freunde, dies alles sind Ergebnisse unserer Politik, die auf eine andere große Vision hinweisen, nämlich auf die Vision einer dauerhaften und gerechten gesamt-europäischen Friedensordnung.

Vor ein paar Tagen haben wir in einer öffentlichen Veranstaltung des Deutschen Bundestages – viele werden es zu Hause für sich getan haben – auf den 1. September 1939, der 50 Jahre zurückliegt, den Tag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs, zurückgeschaut. Liebe Freunde, das ist ein Tag, der uns zur Selbstbesinnung anregt und der eigentlich jedem von uns klarmacht – das müssen wir vor allem an die Jungen weitergeben, die diese Zeit nicht erleben mußten –, welch wichtiges Gut Friede bedeutet; was es heißt, daß wir in Europa jetzt bald 45 Jahre in Frieden leben können. Das ist die längste Friedensperiode für die Deutschen in der neuen Geschichte.

Wir haben dieses Ziel, die Vision einer dauerhaften und gerechten europäischen Friedensordnung, in der gemeinsamen Bonner Erklärung niedergeschrieben, die Generalsekretär Gorbatschow und ich im Juni unterzeichnet haben. Anders als im Moskauer Vertrag aus den siebziger Jahren werden in dieser Erklärung gemeinsame Wege aufgezeigt, wie der Status quo, wie die Trennung Europas – das ist immer auch die Trennung Deutschlands – friedlich überwunden werden kann.

Wir haben die Prinzipien und die Bauelemente der künftigen Architektur Europas genannt. Es ist die erste Erklärung dieser Art, die es überhaupt mit der Sowjetunion gibt. Wir haben dort die Prinzipien niedergelegt – der Text spricht für sich –:

- der Mensch mit seiner Würde und seinen Rechten muß im Mittelpunkt stehen;
- die Menschenrechte müssen verwirklicht und der Austausch von Menschen und Ideen muß gefördert werden;
- alle Völker und Staaten müssen das Recht haben, ihr Schicksal frei zu bestimmen; das Selbstbestimmungsrecht der Völker muß geachtet werden;
- das Völkerrecht muß in der inneren und internationalen Politik Vorrang haben;
- die Integrität und Sicherheit jedes Staates ist uneingeschränkt zu respektieren.

Dieses Dokument trägt die Unterschrift des Staatsoberhauptes der Sowjetunion und meine. Dies ist bisher ein weltweit einzigartiges Dokument mit der Sowjetunion. Meine Damen und Herren, was ist das für ein Unterschied zwischen der Ostpolitik, wie wir sie verstehen, und jener der SPD in den siebziger Jahren?

(Beifall)

Es ist für jedermann erkennbar, daß damit etwas in Bewegung gekommen ist, was uns als Nation ganz unmittelbar berührt.

Deutschlandpolitik heißt für uns immer: Freiheit und Einheit für alle Deutschen. Viele – auch von uns – haben jahrzehntlang darüber geredet. Viele haben daran gezweifelt. Viele sagten: „Das hat doch mit realistischer Politik überhaupt nichts mehr zu tun. Das mag eine Vision sein, aber realistisch ist sie nicht.“

Dürfen wir heute nicht feststellen, daß wir der Verwirklichung dieses Ziels nähergekommen sind? Vorausgesetzt, wir setzen die Prioritäten richtig und werfen bestimmte Fragen nicht zum falschen Zeitpunkt auf.

Freiheit für alle Deutschen heißt: Verwirklichung der Menschenrechte und Selbstbestimmung. Liebe Freunde, dafür gibt es nur eine realistische Chance, wenn dieser Prozeß auch in der Sowjetunion und auch in den anderen sozialistischen Staaten in Gang kommt und sich durchsetzt.

Ich glaube, wir stehen am Beginn eines solchen historischen Prozesses. Wir müssen jetzt fähig sein, alle Kräfte zu mobilisieren, um diese Entwicklung voranzutreiben.

Liebe Freunde, wer Freiheit, wer die Menschenrechte genießt, wer über seine Zukunft frei und selbst bestimmen kann, der kann auch frei und selbst über die Einheit entscheiden.

Ich frage mich angesichts dieser Entwicklungen: Warum reden wir über einen Mangel an eigenen Visionen? Beklagen können wir doch eigentlich nur, daß es uns noch nicht gelungen ist, möglichst vielen diese Ideen, diese Perspektiven, diese Visionen deutlich zu machen.

Wir werden aber unsere Ziele nur erreichen können, wenn wir die Fundamente unseres Erfolges nicht in Vergessenheit geraten lassen. Wer das Atlantische Bündnis, wer die Europäische Gemeinschaft und die Freundschaft mit den USA, wer die Freundschaft mit Frankreich jetzt vernachlässigt oder gar für überflüssig hält, zerstört am Ende die Chance, daß unsere Visionen eines Tages Wirklichkeit werden können.

Deshalb – das muß jeder wissen – werden wir die Prioritäten unserer Außen- und Sicherheitspolitik nicht ändern. Wir bleiben berechenbare, zuverlässige, treue Freunde unserer Freunde im Westen.

(Beifall)

Das erlegt uns eine hohe – ich sage bewußt –, eine historische Verantwortung auf, auf die viele bei uns noch nicht hinreichend eingerichtet sind.

Wir wollen den Reformprozeß bei unseren Nachbarn im Osten nach Kräften unterstützen. Insbesondere Polen und Ungarn brauchen unsere Hilfe.

(Beifall)

Auf ihrem Weg zu mehr Demokratie verdienen sie nicht nur Sympathie, sondern auch tatkräftige Solidarität.

Meine Damen und Herren, wir haben in diesen Stunden – ich sage das bewußt an die Adresse Ungarns – erlebt, daß unsere Nachbarn dort wohl wissen, was sie den Menschen schuldig sind, und wir wissen, was wir den Ungarn schuldig sind. Ich sage das mit großer Dankbarkeit.

(Beifall)

Das Ziel ist einfach formuliert, obwohl es unendlich schwer ist, die vielen Details dieses Wegs zu gestalten. Es gilt, die dynamische Entwicklung im Westen und den Reformprozeß im Osten unseres Kontinents schöpferisch miteinander zu verknüpfen und so die Teilung Europas und die Teilung unseres deutschen Vaterlandes zu überwinden. Das ist die Aufgabe von heute und morgen, das ist unsere Aufgabe, liebe Freunde.

Dazu gehört, um ein drittes großes Aufgabenfeld anzusprechen, der Schutz unserer Umwelt. Die Welt von morgen ist ohne intakte Umwelt nicht denkbar. „Die Schöpfung bewahren“, so habe ich es in meiner Regierungserklärung von 1987 genannt – das ist eine im besten Sinne des Wortes konservative Aufgabe, denn es geht um das Erbe von Generationen, die vor uns waren, und von Generationen, die nach uns sein werden.

Die Schöpfung bewahren – das gehört auch zu unserer Vision für die Welt von morgen. Es geht dabei nicht nur um Fragen, die allein uns in Deutschland angehen; es geht darum, die Schöpfung überall auf unserer Erde zu bewahren. Wir haben hier eine besondere Verantwortung, denn nach unserem Verständnis wurde die Schöpfung den Menschen anvertraut, und wir tragen Verantwortung für sie. Deshalb müssen wir die Natur mit Behutsamkeit behandeln, wir müssen sie schützen und pflegen, um sie für kommende Generationen zu bewahren.

In diesem Sinne und aus diesem Geist heraus, liebe Freunde, haben wir in den vergangenen sieben Jahren, in denen wir Regierungsverantwortung trugen, Umweltpolitik gestaltet – eine Umweltpolitik, die in Europa Vorbildcharakter hat. Dabei wollen wir – anders als die GRÜNEN und Teile der Sozialdemokraten – keinen Ausstieg aus der Industriegesellschaft. Wir wollen die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie. Das muß unser Ziel sein.

(Beifall)

Das heißt auch: Wir wollen die Kreativität und die Leistungskraft unserer Wirtschaft in den Dienst der Umwelt stellen. Das schließt die Nutzung modernster Technologien selbstverständlich mit ein.

Es ist ein schwieriger Weg mit vielen Widerständen – ein Weg, bei dem viel Unvernunft zu überwinden ist; aber die Soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards muß in unserer Generation um die lebensentscheidende ökologische Dimension erweitert werden. Das ist eine der Aufgaben unserer Generation.

(Beifall)

Liebe Freunde, dabei wird uns immer stärker bewußt, daß Wissenschaft und Technik in Bereiche vorstoßen, die die Grundfragen menschlicher Existenz berühren. Wir spüren sehr deutlich, daß es Grenzen gibt, die wir nicht überschreiten dürfen. Ich denke beispielsweise an die Problematik gentechnischer Eingriffe in menschliches Erbgut oder an die Diskussion über Sterbehilfe. In den Niederlanden ist dies schon jetzt eines der großen Themen. So wird es auch bei uns sein. Ich warne uns, hier aus Opportunismus auf die Stimmungen des Tages, etwa auf Umfragen, zu hören. Hier sind wir an Schranken angelangt, die für einen Christdemokraten nicht überschritten werden dürfen. Auch das muß klar und deutlich gesagt werden.

(Beifall)

Wir spüren mehr denn je – auch ich im Alltag der Regierungsarbeit –, daß sich Wissen und Gewissen nicht voneinander trennen lassen. Wir dürfen weder einem blinden Fortschrittsglauben oder einer Wachstumsideologie erliegen, noch jenem törichtem Zukunftspessimismus unserer Zeit. Beides hat mit christlichem Selbstverständnis nichts zu tun.

Wir als Union müssen unseren Weg konsequent weitergehen, so wie es zum Beispiel der hier vorliegende Leitantrag zur Umweltpolitik beschreibt. Wir wollen in den kommenden Jahren die Soziale Marktwirtschaft noch mehr als bisher um die ökologische Dimension erweitern. Wir wollen ein marktgerechtes System von Anreizen schaffen, das Umweltschäden von vornherein vermeiden hilft.

Bisher, vielleicht zu lange – ich stelle mir diese Frage durchaus selbst –, haben wir uns darauf konzentriert, einen gesetzlichen Ordnungsrahmen von Geboten und Verboten für die Umweltpolitik zu errichten. Wir sind dabei weit vorangekommen.

Aber jetzt, liebe Freunde, geht es auch darum, das marktwirtschaftliche Instrumentarium noch stärker zugunsten des Schutzes der Umwelt zu nutzen. Dabei kommt uns zugute, daß die deutsche Wirtschaft heute zu den leistungsfähigsten in der Welt gehört. Denn konsequenter Umweltschutz und der mit ihm verbundene Strukturwandel erfordern enorme Investitionen, erfordern hohe Milliardenbeträge. Wenn ich dies sage, füge ich hinzu: Ich finde in allen Diskussionen viel guten Willen, mehr für die Umwelt zu tun. Aber wenn es ums Bezahlen geht, meine Damen und Herren, kann ich die gleiche Begeisterung oft nicht mehr feststellen. Auch das gehört zu den Heucheleien unserer Zeit.

(Beifall)

Die weitreichenden Umstellungen auf umweltfreundliche Produkte und Produktionsverfahren können wir nur bewältigen, weil wir auf die freiheitliche Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft setzen. Wir setzen auf die Kreativität und die Leistungsbereitschaft der Menschen im Lande, insbesondere auf die vielen jungen Leute mit ihrer Freude am Forschen, am Entdecken und am Gestalten. Nur eine funktionierende, eine dynamische und innovative Wirtschaft kann Zukunftsaufgaben lösen.

Lassen Sie mich hier eine kurze Zwischenbemerkung zum Thema Wirtschaft machen. Wenn die deutsche Wirtschaft jetzt im siebten, bald im achten Jahr hervorragend dasteht, dann ist das für viele inzwischen so selbstverständlich geworden, daß sie kaum mehr darüber reden. Es erweckt sogar Langeweile bei manchen. Wer Augenmaß bewahrt hat und an die Zeit der Amtsübernahme dieser Regierung 1982 zurückdenkt, der weiß, daß Wachstum und Beschäftigung alles andere als selbstverständlich sind. Ich muß Ihnen sagen, liebe Freunde: Ich würde mir schon wünschen, daß das gelegentlich auch einmal auf der Hauptversammlung einer der großen deutschen Gesellschaften zu hören wäre.

(Beifall)

Wenn man die Berichte über solche Hauptversammlungen liest – ich genieße diese Berichte, weil sie meistens frohe Kunde bringen –, vermisse ich den Hinweis darauf, daß es eine Regierung gibt. Wenn die Berichte schlecht wären, wüßte man allerdings ganz genau, wer schuld wäre.

(Beifall)

Natürlich ist der großartige Erfolg unserer Wirtschaft das Ergebnis der Arbeit von vielen: von großartigen Unternehmerpersönlichkeiten, vom Ideenreichtum der Fachleute. Die Arbeitnehmer leisten einen entscheidend wichtigen Beitrag, auch – alles in allem – die Gewerkschaften. Es ist eine gemeinsame Leistung. Aber, liebe Freunde, ohne die von uns gesetzten politischen Rahmenbedingungen wäre das alles nicht möglich gewesen. Ich habe letzten Dienstag im Bundestag gesagt: Wenn die Sozialdemokraten sieben Jahre lang solche Ergebnisse erzielt hätten, wäre der Beifall im Rheintal überhaupt nicht mehr zu übertreffen. Das ist doch auch eine der Erfahrungen, die wir gemacht haben: daß wir uns selbst in die Lage gebracht haben, daß unsere Erfolge totgeschwiegen werden. Das muß anders werden, wenn wir die Wahlen gewinnen wollen.

(Beifall)

Wir werden zum Schutz der Umwelt vieles tun müssen: beispielsweise Umstellungen im Steuersystem, die hilfreich sein können. Mit unserem Vorhaben, die Kfz-Steuer in Zukunft nach dem Schadstoffausstoß und nicht mehr nach dem Hubraum zu bemessen, betreten wir Neuland im finanz- und umweltpolitischen Bereich. Aber, meine Damen und Herren, wir werden das alles nicht als Vorwand für massive Steuererhöhungen mißbrauchen, wie es andere tun, etwa die Sozialdemokraten.

International setzt sich unser umweltpolitischer Kurs ebenfalls immer mehr durch. Wenn Umweltschutz heute weltweit auf der Tagesordnung steht, haben wir einen wesentlichen Anteil daran. Unser Drängen auf den Weltwirtschaftsgipfeln, in der EG und anderswo trägt jetzt langsam Früchte. Ich muß hinzufügen, bei allen Sorgen ums eigene Land: Die eigentlichen Probleme, wenn wir die Schöpfung bewahren wollen, haben weltweite Dimension. Das Ozonloch über der Antarktis oder die Vernichtung der tropischen Regenwälder betreffen die Menschen in anderen Kontinenten nicht weniger als uns. Die Gefahr weltweiter Klimaveränderungen rührt ohne Unterschied an den Lebensnerv aller Völker. Nur gemeinsam – auch und gerade mit den Ländern der Dritten Welt – werden wir hier Abhilfe schaffen können. Eines ist auch klar: Zum Nulltarif können wir für die Regenwälder in Brasilien nichts tun. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß es um weltweite Verantwortung geht, – um weltweite wirtschaftliche Zusammenarbeit, wenn wir helfen wollen.

(Beifall)

Liebe Freunde, in einer Zeit raschen Wandels suchen die Menschen nach Orientierung. Sie brauchen die Erfahrung des Vertrauten, der Geborgenheit und die Erfahrung von Heimat. Als wir vor ein paar Jahren von Heimat sprachen, galten wir als die ewig Gestrigen. Es ist unübersehbar: Dieses Europa, wie wir es wünschen, wird nur bestehen können, wenn wir, in unserer Heimat verwurzelt, ja sagen zum deutschen Vaterland und ja sagen zu Europa. Heimat, Vaterland, Europa – das ist der Dreiklang, um den es geht.

Wenn wir Heimat und Geborgenheit bewahren wollen, müssen wir die Institutionen stärken, die Halt geben. Ich denke an den Rechtsstaat, der die Schwachen schützt, der inneren Frieden stiftet. Wer zuläßt, daß der Rechtsstaat ausgehöhlt wird, wer rechtsfreie Räume entstehen läßt wie in der Hamburger Hafenstraße, der muß wissen: Er höhlt auch die Grundsätze unserer Republik aus. Das dürfen wir nicht zulassen.

(Beifall)

Unser Platz, liebe Freunde, ist an der Seite derer, die das Recht schützen und den inneren und äußeren Frieden des Landes garantieren. Den äußeren Frieden des Landes garantiert unsere Bundeswehr, die unsere Unterstützung, unsere Sympathie verdient hat. Es sind unsere Söhne, die dort Friedensdienst leisten.

(Beifall)

Die innere Sicherheit und den inneren Frieden unseres Landes garantieren Polizeibeamte, die heute unter viel schwierigeren Bedingungen als früher ihren Dienst tun müssen. Sie brauchen unsere Unterstützung und sie erhalten sie.

(Beifall)

Die wichtigste Quelle von Wärme, Geborgenheit und Halt ist und bleibt die Familie. Sie bestimmt die persönliche Entwicklung des einzelnen. Sie vermittelt Werte und Tugenden. Sie bringt vor allem die Kraft einer Liebe zur Entfaltung, die nicht an Bedingungen, sondern nur an den Menschen selbst gebunden ist.

Ich glaube, wir brauchen nicht darüber zu diskutieren; das ist ein Kernelement unserer Programmatik: Es ist und bleibt unsere vornehmste Pflicht, die Familie zu stärken. Liebe Freunde, wir haben hier in wenigen Jahren grundlegende Neuorientierungen erreicht. Diese Neuorientierung ist bereits vielen zugute gekommen. Ab 1990 werden den Familien jährlich insgesamt rund 18 Milliarden DM mehr zur Verfügung stehen als noch vor dem Jahre 1985.

Für mich ist wichtig: Diese Neuorientierung schlägt sich nicht nur im Materiellen nieder. Es ist ein Wandel der Einstellungen spürbar, nicht zuletzt bei der jungen Generation. Die Familie rückt auch im Bewußtsein der Menschen wieder mehr in den Vordergrund. Das Ja zum Kind wird für viele wieder mehr zu einer Selbstverständlichkeit.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir sind aber noch lange nicht da angekommen, wo wir hinmüssen. Wir sind angetreten, eine familien- und kinderfreundlichere Gesellschaft zu schaffen. Dieser Auftrag ist noch nicht erfüllt. Vor allem für Kinder wird immer noch viel zu wenig getan. Kinder bedeuten Leben, Wärme, Fröhlichkeit und damit Zukunft. Sie brauchen besonderen Schutz, sie brauchen Hilfe und Zuwendung. Das gilt vor allem auch für die schwächste Form menschlichen Lebens, für das ungeborene Kind.

(Beifall)

Ein neues Miteinander der Generationen, Partnerschaft zwischen Mann und Frau, Liebe und Achtung zwischen Eltern und Kindern – all das kann unsere Gesellschaft nur prägen, wenn es sich zuvor zu Hause, in der Familie bewährt hat.

Deshalb muß die Familie im Mittelpunkt unserer Bemühungen stehen. Ist das nicht auch eine große Vision: eine moderne, eine weltoffene Gesellschaft, die zugleich mehr als bisher von Solidarität, von menschlichem Miteinander, von tätiger Nächstenliebe geprägt ist?

Dazu gehört auch, daß wir unsere älteren Mitbürger stärker in die Gesellschaft integrieren. Sie wollen im Alter in einer Weise aktiv sein, die sie in ihrem Lebensumfeld anregt, die sie als befriedigend empfinden. Können wir es uns eigentlich leisten, die Weisheit und Lebenserfahrung einer ganzen Generation – die zudem geprägt ist von den Erfahrungen unseres schwierigen Jahrhunderts – zur Seite zu schieben?

Zu den Defiziten in unserer Gesellschaft gehört für mich der Skandal, daß in der Bundesrepublik Deutschland Prozesse geführt werden, um Altersheime oder Kinderspielfläche aus sogenannten reinen Wohngebieten herauszuhalten.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, ich sage klar und deutlich: Wir werden die Rechtslage überprüfen, und wenn es sich als notwendig erweist, werden wir auch handeln, um notfalls durch Gesetzgebung gegen diese unerträgliche Entwicklung vorzugehen.

(Beifall)

Zu unserem Bild einer von Mitmenschlichkeit geprägten Gesellschaft gehört auch, daß wir vor allem jenen helfen, die beim Tempo des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritts sonst nicht mithalten können. Ich denke hier zum Beispiel an die Langzeitarbeitslosen, denen wir mit einem umfangreichen Programm und mit neuen Ansätzen zur Seite stehen. Ich denke auch an die vielen Kranken und Behinderten, die regelmäßige Pflege brauchen. Nicht zuletzt um ihretwillen haben wir – allen Demagogien zum Trotz – die Gesundheitsreform durchgesetzt. Mit einem beachtlichen Milliardenbetrag haben wir den Einstieg in die Pflegehilfe geschafft.

(Beifall)

Liebe Freunde, ich habe einige der wichtigsten Herausforderungen beschrieben, die die vor uns liegende Zeit beherrschen werden. Ich bin sicher: Nur die Union aus CDU und CSU ist in der Lage, diese großen Herausforderungen zu bestehen. Nur wir – als die große Volkspartei der Mitte – sind fähig, divergierende Interessen zusammenzuführen.

Nur wir können die Kräfte des Erneuerns und des Bewahrens in unserer Gesellschaft auf schöpferische Weise zum Ausgleich bringen. Wir haben klare Vorstellungen von der Zukunft. Wir haben die organisatorische und die programmatische Kraft, diese Zukunft zu gestalten.

Liebe Freunde, wir haben vor allem einen zuverlässigen Kompaß: das ist unser christliches Verständnis von Mensch und Schöpfung. Es nimmt uns in einer besonderen Weise in die Pflicht.

In vielen Diskussionen – nicht zuletzt mit jungen Leuten – werde ich immer wieder gefragt: Ist eigentlich dieses „C“ noch zeitgemäß? Ich gebe hier meine ganz persönliche Antwort: Ich gehöre jetzt der Union seit über vier Jahrzehnten an. Wenn ich die Aufgaben sehe, die wir in den vergangenen Jahrzehnten lösen konnten – oder auch jene, die geblieben sind –, und wenn ich die Herausforderungen sehe, die vor uns liegen, dann bin ich heute mehr denn je davon überzeugt, daß das „C“ in den 90er Jahren noch wichtiger sein wird als in den frühen 50er Jahren, nach Gründung unserer Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Die Antworten müssen heutzutage – bis hinein in die 90er Jahre – vielleicht in einer anderen Form gegeben werden. Aber das ändert nichts am Inhalt.

Das „C“ im Namen unserer Partei drückt aus, was uns verbindet. Es beschreibt das sittliche Fundament, auf dem Menschen unterschiedlicher Herkunft und aus den verschiedensten Berufen in unserer Volkspartei CDU zusammenfinden. Konservative ebenso wie liberale und christlich-sozial engagierte Menschen treffen sich hier in einer gemeinsamen Überzeugung. Erst dieses Zusammenwirken, liebe Freunde, prägt das unverwechselbare Profil unserer Partei. Deswegen darf es nie dazu kommen, daß eine der drei großen Strömungen in unserer Partei keine Heimat mehr hat. Alle sind gleichberechtigt: Die christlich-sozial und die liberal-freiheitlich Denkenden und die Konservativen. Das ist die große Idee unserer CDU seit über 40 Jahren, und das muß so bleiben.

(Beifall)

Auf dem Weg zu einer Gesellschaft des menschlichen Miteinanders ist heute mehr denn je das christliche Menschenbild ein unverzichtbarer Wegweiser. Aus unserem Verständnis von Mensch und Schöpfung kommt auch unser Engagement für die Umwelt. Im christlichen Menschenbild, liebe Freunde, wurzeln auch die Ideale, die Europa geistig vereinen – von den Klöstern und Kapellen Irlands bis hin zu den Kirchen und Kathedralen von Warschau, von Prag und von Kiew.

Wir wollen unser Land in das Europa der Zukunft führen – in eine gute, in eine freiheitliche Zukunft für alle Deutschen. Das ist unsere Hoffnung, das ist unser Wille und das ist unsere Pflicht. Liebe Freunde, für diese Politik trete ich ein. Dafür möchte ich unsere Partei, meine politische Heimat, weiter führen und mit Ihnen gemeinsam zu weiteren Siegen lenken.

Denken wir immer daran: Es geht nicht um Macht und Ämter für den einzelnen. Es geht um eine gemeinsame Verantwortung für diese großartige Ideengemeinschaft der Christlichen Demokraten. Es geht um unser Vaterland.

Die CDU ist für viele zur geistigen und politischen Heimat geworden – auch für mich. Sie ist ein Stück meines eigenen Lebens, und ich weiß, was ich dieser Partei verdanke. Weil ich dies weiß, will ich meine Pflicht tun und Sie einladen, mit mir gemeinsam diesen Weg zu gehen.

(Langanhaltender lebhafter Beifall –  
Die Delegierten erheben sich)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Lieber Helmut Kohl, der Beifall, dem man nichts mehr hinzufügen kann, hat gezeigt, wie dankbar wir alle Ihnen für die 16 Jahre unermüdlichen Einsatzes als Parteivorsitzender und für die erfolgreichen – inzwischen schon – sieben Jahre als Bundeskanzler sind. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, bevor ich jetzt die Plenarsitzung unterbreche, möchte ich Sie gern auf eine beabsichtigte zeitliche Korrektur hinweisen. In der Tagesordnung ist ausgedrückt: Fortsetzung der Plenardebatte um 14.30 Uhr. Wir liegen zwar recht gut in der Zeit, aber damit wir am Nachmittag mehr Zeit zur Aussprache haben, wollen wir bereits um 14 Uhr die Plenarsitzung fortsetzen. Ich möchte Sie herzlich bitten, pünktlich zu sein.

Diejenigen Damen und Herren, die zum Empfang im Rathaus eingeladen sind, möchten sich dort bitte bis spätestens 13 Uhr einfinden. Wir ziehen also auch diesen Termin vor.

Ich schließe die 1. Plenarsitzung.

(Unterbrechung von 12.23 bis 14.00 Uhr)

**Montag, 11. September 1989**

2. Plenarsitzung

Beginn 14.13 Uhr

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Ich eröffne die 2. Plenarsitzung und erteile zu einem Grußwort das Wort dem Vorsitzenden der Europäischen Demokratischen Union, Außenminister Dr. Alois Mock.

**Dr. Alois Mock** (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl! Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen die Grüße der in der Europäischen Demokratischen Union vereinigten christlichen demokratischen konservativen und liberalen Parteien überbringen. Ich darf mich auch sehr herzlich für die stete Unterstützung durch die Christlich Demokratische Union und insbesondere durch ihren Vorsitzenden Helmut Kohl bedanken. Es ist, meine Damen und Herren, keine Routineangelegenheit, wenn ich dies auf den verschiedenen Parteitagungen der CDU schon getan habe. Jedesmal sind wir in der Entwicklung der Europäischen Demokratischen Union dank der Unterstützung durch die CDU und dank der Unterstützung durch Helmut Kohl ein Stück weiter gekommen.

(Beifall)

Wir können für die Zukunft um so mehr Optimismus haben, als es die gesellschaftspolitischen Grundsätze der Christlich Demokratischen Union sind, die die internationale Entwicklung prägen: das Ordnungssystem der Sozialen Marktwirtschaft, die parlamentarische Mehrparteiendemokratie und die Rechtsstaatlichkeit.

Sozialismus, meine Damen und Herren, ist schal geworden. Der reale Sozialismus, wie sich der Kommunismus nennt, versucht, durch einige sprachliche Formulierungen, wie die Rede von der „sozialistischen Marktwirtschaft“ oder von der „sozialistischen Parteiendemokratie“, darüber hinwegzutäuschen, daß der reale Sozialismus politisch bankrott gemacht hat. Es gibt keine sozialistische Marktwirtschaft. Entweder ist ein System ausgerichtet nach dem Ordnungssystem der sozialen Marktwirtschaft, dann ist es nicht sozialistisch, oder es ist sozialistisch, dann hat es nichts mit Marktwirtschaft zu tun.

(Beifall)

Natürlich führt die Reformentwicklung in osteuropäischen Ländern zu einer größeren Instabilität. Aber, meine Damen und Herren, ich nehme diese Instabilität bewußt in Kauf. Es ist dies eine positive Instabilität, weil sie eine Veränderung der politischen Systeme zu mehr Selbstbestimmung der osteuropäischen Nationen, zu Demokratie und Freiheit erlaubt. Wir sollten hier die Entwicklung der letzten Jahrzehnte, den Terror des kommunistischen Systems nicht damit abtun, daß wir immer nur vom Stalinismus reden. Nicht der Stalinismus hat bankrott gemacht, sondern der Kommunismus als ideologisches System hat bankrott gemacht.

(Beifall)

Das, was sich in Polen, in Ungarn und ansatzweise auch in der Sowjetunion entwickelt, ist eine gewaltige Herausforderung für die Soziale Marktwirtschaft und für jene politischen Parteien, die sie vertreten. Es ist dies sicherlich die härteste Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg, weil 40 Jahre Kommunismus aufzuarbeiten sind. Die Reform in diesen Ländern verlangt daher unsere volle Unterstützung, auch wenn es ein Risiko ist, auch wenn wir heute von der Unumkehrbarkeit dieser Reform noch weit weg sind. Es wäre unverantwortlich, meine Damen und

Herren, wenn wir den Reformgruppen in den osteuropäischen Ländern und auch den reformbereiten Mitgliedern der derzeitigen Machthaber durch Risikoscheu und Bequemlichkeit die Unterstützung versagen, nur weil es eben ein Risiko ist. Die Entschlossenheit, mit der Tausende Bürger aus der DDR auswandern und die Freiheit suchen, die Begeisterung und die Freude, die man auf den Fernsehschirmen sehen konnte, als ihnen gestern mitgeteilt wurde, daß sie ab Mitternacht die österreich-ungarische Grenze überschreiten können – alles das, meine Damen und Herren, stärkt mich in der Überzeugung, daß sich auch die anderen Länder des sogenannten realen Sozialismus à la longue dem Reformdruck für Demokratie und Freiheit nicht entziehen können.

(Beifall)

Die Unterstützung, die die österreichische Bundesregierung dem Österreichischen Roten Kreuz gegeben hat, entspricht nicht nur der traditionellen Funktion Österreichs als Asylland, sondern bleibt auch für die Zukunft für uns von einer hohen moralischen Priorität.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wer hätte vor fünf Jahren geglaubt, daß ein kommunistischer Außenminister Ungarns mit mir im Juni den Eisernen Vorhang eigenhändig abbaut? Wer hätte vor fünf Jahren geglaubt, daß eine zum erstenmal freigewählte ungarische Abgeordnete auf einer Parlamentarierkonferenz der Europäischen Demokratischen Union das Wort ergreift? Wer hätte vor fünf Jahren geglaubt, daß es in Polen einen bekennenden Christen als Ministerpräsidenten gibt? Das alles verlangt die volle Unterstützung der christlich-demokratischen und anderen nicht kollektivistischen Parteien.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, so wie es seinerzeit vor einigen Jahrzehnten Christdemokraten waren, ein Adenauer, ein de Gasperi, ein Schuman, die die Dynamik der europäischen Einigung entwickelt und damit die Voraussetzungen für das größte praktische Friedenswerk in den letzten Jahrhunderten geschaffen haben, so müssen die christlich-demokratischen und gleichgesinnten Parteien auch jetzt in vorderster Linie stehen, um mit Engagement und – ich wiederhole es – Risikobereitschaft die demokratische Entwicklung im europäischen Osten in Richtung auf eine neue gesamteuropäische Friedensordnung zu unterstützen.

Wir brauchen dazu eine geschlossene, eine dynamische Christlich Demokratische Union. Wir brauchen dazu einen starken Vorsitzenden Helmut Kohl.

(Beifall)

Aber lieber Freund Helmut Kohl, nicht nur wir brauchen Dich als seinerzeitigen Mitbegründer der Europäischen Demokratischen Union, nicht nur Deutschland braucht Dich, sondern auch Europa braucht Dich in den kommenden Jahren. Deswegen wünsche ich Dir vor allem alles Gute für den hoffentlich sehr kurzen Krankenhausaufenthalt am kommenden Donnerstag.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir bedanken uns bei Ihnen, Herr Dr. Mock, und zwar bei Ihnen und Ihrer Regierung. Denn die Tatsache, daß wir uns bei den Ungarn bedanken, bedeutet ja auch, daß wir uns gleichzeitig bei Ihrer Regierung und Österreich bedanken, daß Sie gegenüber unseren Landsleuten so hilfreich sind.

Bevor wir nun in der Tagesordnung fortfahren, zunächst noch ein geschäftsmäßiger Hinweis: Wir haben heute vormittag zu Beginn der ersten Plenarsitzung festgelegt, daß die Frist für die Einreichung weiterer Wahlvorschläge zur Wahl des Bundesvorstands um 14.30 Uhr abläuft. In der Zwischenzeit werden die Stimmzettel für die einzelnen Wahlgänge erstellt. Ich bitte die Geschäftsführer der Landesverbände und der Bezirksverbände in Baden-Württemberg, sich auf Abruf bereitzuhalten, um die Stimmzettel im Büro des Organisationsleiters abzuholen.

Meine Damen und Herren, ich rufe nunmehr den Tagesordnungspunkt 8.2 auf:

**Bericht des Generalsekretärs der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands,  
Dr. Heiner Geißler MdB**

Ich bitte jetzt unseren Generalsekretär Heiner Geißler, das Wort zu nehmen.

**Dr. Heiner Geißler**, Generalsekretär der CDU (von den Delegierten mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich stand ja nun schon oft in dieser Eigenschaft hier an diesem Pult. Ich gebe diesen Rechenschaftsbericht als Generalsekretär nach zwölf Jahren Arbeit für unsere gemeinsame Sache, für unsere gemeinsame Idee und am Anfang auch eines wichtigen Abschnitts unserer Partei: 14 Monate vor der Bundestagswahl, vor einer Serie von Landtags- und Kommunalwahlen und auch in einer Zeit politischer und gesellschaftlicher Veränderungen von historischem Ausmaß, Veränderungen, die an Umfang und Tempo, aber auch an Gefährlichkeit alles in den Schatten stellen, was sich in früheren Zeiten an Wandel vollzogen hat.

Ich kann nicht zu allem Stellung nehmen, was mich heute bewegt. Sie können sich vorstellen, daß mich vieles bewegt, vor allem, wenn ich einmal Revue passieren lasse, was wir alles miteinander angestellt haben. Wir sind in der Zeit sogar an die Regierung gekommen. Wir haben uns – Sie wissen, daß ich von Natur aus friedlich gesonnen bin –

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall)

angemessen mit den Sozialdemokraten auseinandergesetzt. Und wir haben sogar den Kieler Parteitag überstanden.

(Heiterkeit und Beifall)

Aber was bewegt uns denn nun eigentlich? Und da will ich Ihnen sagen: Mich bewegt vor allem die Sorge um unsere Partei – und damit natürlich auch die Sorge um unser Land –, von der wir alle wollen, daß sie in den Köpfen und Herzen der Menschen fest verankert ist und wieder überall die stärkste politische Kraft wird.

Wenn wir den vor uns liegenden Wahlmarathon gewinnen wollen, dann müssen wir alle an Deck sein. Wenn es allein nach den wirtschaftlichen Erfolgen ginge, müßten wir bei den Wahlen einen Stimmenanteil um die 60 % für uns verbuchen können. Die Wirklichkeit ist aber anders. Man kann diese Wirklichkeit nicht einfach von oben verändern.

Mehrheiten – davon bin ich fest überzeugt – können wir dann wieder bekommen, wenn wir nicht nur den Geldbeutel, sondern auch Herz, Geist und Gemüt der Menschen erreichen.

(Beifall)

Die Menschen wählen heute eben nicht allein die Bilanz, sondern sie wählen auch ihre eigene Zukunft. Junge Menschen, die ihre Zukunft noch vor sich haben, achten besonders darauf. Wenn wir dies miteinander besprechen, können wir nicht so tun, als seien die letzten Jahre spurlos an uns vorübergegangen. Wir können aber auch nicht so tun, als ob wir die Wahlsiege schon in der Tasche hätten. Wir müssen über diese Dinge in Ruhe miteinander diskutieren.

Ich möchte heute nachmittag zu zwei Punkten etwas sagen:

1. zu den geistigen Grundlagen der Christlich Demokratischen Union und
2. zur Zukunft der CDU als moderner Volkspartei.

Dazu möchte ich Ihnen einige Geschichten erzählen, die ich selber erlebt habe und die mit dem Thema Volkspartei zu tun haben.

Mitte der 50er Jahre habe ich – wie viele andere unter uns auch – versucht, Ortsverbände der Jungen Union zu gründen. Damals war ich Landesvorsitzender der Jungen Union von Württemberg-Hohenzollern. Ich erinnere mich z.B. an die Bemühungen in Rottweil, die wir zusammen mit einigen Freunden, die hier auch noch unter uns sind, seinerzeit unternommen haben. Es war eine mühsame Geschichte. Manche Ortsverbände mußte man zwei- oder dreimal gründen. Eines Tages hat sich der Dekanatsjugendführer von Rottweil bei mir gemeldet und gesagt: „Morgen wirst du etwas Schönes in der Zeitung lesen.“ – Ich habe am anderen Tag daraufhin den „Schwarzwälder Boten“ aufgeschlagen. Darin stand ein Aufruf, in dem es sinngemäß hieß: „Nach den schrecklichen Erfahrungen einer gottlosen Diktatur geht es heute darum, ein neues christliches Deutschland aufzubauen. Ich fordere alle Mitglieder des Bundes der Katholischen Jugend auf, in die Junge Union einzutreten und dort mitzuarbeiten. – Unterschrift: Erwin Teufel, Dekanatsjugendführer.“

(Heiterkeit und Beifall)

Von da ab ging es mit der Jungen Union in der Tat aufwärts. Das ist nun 30 Jahre her.

So etwas wie damals ist heute nicht mehr möglich. Dafür fallen einem viele Gründe ein: Wertpluralismus, Rückgang der kirchlichen Bindungen, innerkirchliche Veränderungen nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil usw. Welche Gründe es aber auch immer sein mögen: Es kann uns nicht gleichgültig lassen, daß unsere politische Verankerung im kirchlichen Raum immer weiter nachläßt. Manchmal habe ich auch den Eindruck, daß dort an uns nur noch wenig Interesse besteht.

Sind wir vielleicht nicht offen und interessiert genug an Diskussionen? Sprechen wir denn noch die richtige Sprache, die junge Christen verstehen? Können Christen den Eindruck haben, daß wir in unserem persönlichen Verhalten dem ethischen Anspruch des „C“ immer genügen? Daß sich die CDU mit ihrem „C“ schwertut, aber daß sie es sich mit ihrem „C“ auch umgekehrt manchmal zu leicht macht, läßt sich kaum bestreiten. Dies kann natürlich auch einer der Gründe für die erwähnte Entwicklung sein.

Schwer haben wir es uns mit dem Schutz des ungeborenen Lebens gemacht. Keine Partei hat ernsthafter um die Antwort auf diese fundamentale Frage gerungen, als wir es getan haben. Trotzdem sind wir von der fundamentalistischen Kritik evangelischer und katholischer Christen mehr betroffen als andere. Eigentlich müßte es doch so sein – das wünsche ich mir für die CDU –, daß auf evangelischen und katholischen Kirchentagen Christliche Demokraten wieder mehr Zustimmung erfahren, ja sogar mehr Beifall erhalten als die Vertreter anderer Parteien. So müßte es doch eigentlich sein.

(Beifall)

Das werden wir dann erreichen, wenn wir alle endlich mehr über die Freude am Kind und über die Hilfen für die Mütter reden, die wir beschlossen haben, als über die Strafen bei der Abtreibung.

(Beifall)

Reden wir nicht nur über unsere Exportchancen in der Dritten Welt, sondern genauso laut und deutlich über unsere Pflichten als reiches Land gegenüber den Menschen angesichts von Hunger und Armut.

(großer Beifall)

Mit der Solidarität – auf deutsch gesagt heißt das: mit der Nächstenliebe – machen wir es uns manchmal vielleicht zu leicht. Nächstenliebe bedeutet heute ja, umgesetzt in die Politik, nicht mehr warme Suppen und Lazarette, sondern z. B. Toleranz und Mitmenschlichkeit gegenüber Ausländern, entschlossene Hilfe für Polen, aber auch für die Länder der Dritten Welt, energisches Eintreten für die Menschenrechte überall auf der Welt.

(Beifall)

Wir machen es uns dabei vielleicht ein bißchen zu leicht. Dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn wir Gefahr laufen, in die schiefe Schlachtordnung „Kopf gegen Herz“ zu geraten.

Wir müssen dafür sorgen, daß sich mit uns, unserem Namen und unserer Politik – ich habe es vorhin gesagt – auch Wärme, Herzlichkeit, Verständnis und Liebe zum Nächsten verbinden. Es kommt in diesem Zusammenhang auch sehr auf unsere Sprache an.

Ich habe unsere Diskussion auf dem Wiesbadener Parteitag über den Schutz des ungeborenen Kindes noch einmal nachgelesen. Ich kann eigentlich jedem nur empfehlen, es ebenfalls zu tun. Diese Diskussion ist ein Musterbeispiel dafür, wie eine große Volkspartei um ihre Grundsätze und Ziele ringt. Es war eine eindrucksvolle Diskussion, die uns bisher keine andere Partei und keine andere Organisation nachgemacht hat. In diesem Stil sollten wir auch die anderen grundsätzlichen Fragen miteinander erörtern.

Ich bin froh darüber, daß wir auf diesem Parteitag die Programmarbeit zu dem Thema „Verantwortung gegenüber der Schöpfung“, aber auch zu dem Thema „Verhältnis zu den ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern“ abschließen, eine Programmarbeit, die, soweit es meine Arbeit zusammen mit Helmut Kohl anbelangt, eigentlich auf dem Grundsatzprogramm-Parteitag in Ludwigshafen begonnen hat, programmatische Aussagen, die wir einschließlich der Aussagen zur Sozialen Marktwirtschaft in Wiesbaden auf die Basis unseres Bekenntnisses zum christlichen Menschenbild gestellt haben. Auch der heutige Parteitag, der die Themen Umwelt und ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger behandelt, steht unter der Überschrift: „Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes.“

Nun haben manche – auch in Zeitungen, angesehenen Zeitungen – die Frage gestellt, ob es denn nun ein Ende mit den Volksparteien habe und insbesondere mit der CDU als Volkspartei, vor allem nach dem Aufkommen radikaler Gruppierungen. Das ist in der Tat eine ernsthafte Frage. Die Bindewirkung mancher politischer Sachverhalte hat abgenommen. Deswegen ist die Antwort auf diese für uns zentrale Frage nicht ganz einfach. Aber etwas scheint mir notwendig zu sein: Wir können den Charakter der Volkspartei nur erhalten, wenn wir die innere Kraft aufbringen, die gemeinsame Grundlage, nämlich das christliche Menschenbild, für unsere politische Arbeit zu

erhalten. Eine solche Chance hat keine andere Partei. Unseren Kompaß, das christliche Menschenbild, müssen wir gerade in Zeiten des Wandels und der Veränderung behalten, sonst fallen wir auseinander.

Weder die Genspaltung noch die Kernspaltung, weder humanes Sterben noch der Schutz des ungeborenen Kindes, weder personale noch soziale Menschenrechte noch die Gestaltung unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung können ohne Orientierung an der Würde des Menschen, die in Gott begründet ist, politisch beantwortet werden.

Eine Zeitung hat nach dem Ludwigshafener Parteitag geschrieben: Die CDU hatte den Mut, Gott in ihr Programm hineinzuschreiben. Das haben wir nicht wegen nichts getan, sondern weil dies zentral ist für die Begründung unseres Fundaments, für die Fragen, die damit verbunden sind.

(Beifall)

Allerdings hat das Konsequenzen.

Ich will Ihnen eine weitere Geschichte erzählen. Bitte, nehmen Sie sie zunächst einmal einfach so zur Kenntnis, obwohl sie umstritten ist. Ich will damit etwas verbinden. Es ist eine umstrittene Sache, auch in unseren eigenen Reihen: Das Sommertheater 1987, wie es genannt worden ist, ausgelöst durch die Reise von Norbert Blüm im Auftrag des Parteivorsitzenden nach Chile, wo sich Norbert Blüm mit Pinochet wegen der Menschenrechte auseinandergesetzt hat. Er wurde wegen vielem, was er dort gesagt hat, auch aus den eigenen Reihen angegriffen. Ich habe Norbert Blüm damals gegen alle Angriffe in Schutz genommen. Ich dachte, das gehört zur Aufgabe des Generalsekretärs, wenn einer von uns angegriffen wird.

(Beifall)

Ich würde es auch in Zukunft jederzeit wieder tun, und das sollte für jeden von uns gelten, weil das Eintreten für die Menschenrechte zu unserem Selbstverständnis als Christliche Demokraten gehört.

Allerdings füge ich hinzu, wenn wir die Verpflichtung haben, für die Menschenrechte in Ländern einzutreten, die 9000 Kilometer von uns entfernt sind, dann haben wir erst recht die Verpflichtung, uns für die Menschenrechte unserer eigenen Landsleute einzusetzen. Das ist auch wahr.

(Beifall)

Ich weiß, die Menschenrechtspolitik ist nicht die ganz große Außenpolitik, aber ist sie eine Marotte? Warum sind denn z. B. Chile, Polen, Nicaragua, DDR so wichtig? Wo ist der Zusammenhang? Der Zusammenhang besteht darin, daß es trotz der unterschiedlichen geopolitischen Situationen in allen diesen Ländern um ein und dasselbe Kernproblem geht, nämlich die Durchsetzung der Freiheit, der Demokratie und der Menschenrechte.

Darin unterscheiden wir uns möglicherweise von anderen Parteien, wenn wir jetzt die Zukunft ansprechen, wenn wir sie sogar weltweit beschreiben wollen. Nicht wertneutrale Interessen- und Machtpolitik, sondern Freiheit und Menschenrechte sind der Schlüssel für das Tor zu einer Weltfriedensordnung, in der endlich alle Menschen frei und sozial gerecht zusammenleben können.

Für eine solche Konzeption hätten wir gerne die Unterstützung der SPD. Sie hat aber bisher – und das gilt, ich muß es leider sagen, auch für den Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale, Willy Brandt – ihre internationale Politik eben nicht in

erster Linie an der Freiheit und den Menschenrechten, sondern eben an eher wertneutralen Zielen wie Macht, Status quo, Sicherheitspartnerschaft und ähnlichem orientiert.

Mich hat selten etwas so bekümmert wie das Erlebnis, das ich vor wenigen Wochen gehabt habe, als Napoleon Duarte, der schwer krank ist und nicht mehr lange leben kann – dieser christlich-demokratische Vorkämpfer für Freiheit und Menschenrechte gegen die rechten Todesschwadronen und die linke Guerilla in El Salvador –, zu mir gesagt hat, das bedrückendste Erlebnis für ihn sei gewesen, daß der Vorsitzende der Sozialistischen Internationale, Willy Brandt, nie ihn, aber dafür den kommunistischen Diktator Fidel Castro in Havanna in Kuba besucht hat.

Das ist ein ähnlicher Vorgang wie die Tatsache, daß Willy Brandt und die Sozialdemokraten sich über lange, lange Zeit schwergetan haben mit Lech Walesa und Solidarnosc und lieber ihre Gespräche mit den Kommunisten geführt haben. Deswegen waren die Sozialdemokraten, weil sie hier den Kompaß nicht hatten, in Lateinamerika auf der Seite der Kubaner und Sandinisten und auf unserem Kontinent Gesprächspartner und Vertragspartner der SED und der kommunistischen Parteien Osteuropas. Sie haben eben durch diese Politik – ich muß dies leider sagen – die Schwächung freiheitlicher Bewegungen und die Stabilisierung totalitärer Parteien in Kauf genommen, in der DDR genauso wie in Polen.

(großer Beifall)

Wir haben die freiheitlichen Kräfte gefördert und die totalitären Systeme und Parteien bekämpft, in Chile, in der DDR und in Polen. Die SPD – und ich hoffe, daß sie das ändert, und ich fordere sie dazu auf – hat dem real existierenden Sozialismus immer mehr zugetraut als dem Freiheitswillen der Völker.

(Beifall)

Mir liegt jetzt eine Meldung vor, daß Walter Momper, der Regierende Bürgermeister von Berlin, auf die Frage, ob er die Gründung einer SPD in der DDR begrüße, gesagt hat: „Mit Parteigründungen durch kleine Gruppen kann in der DDR jetzt gar nichts bewegt werden, denn die SED hat in der DDR tatsächlich die Macht, und sie wird sie in absehbarer Zeit behalten; Änderungen gehen nur über diesen Weg.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will das ein bißchen locker nehmen. Ich war immer der Auffassung, man soll auch in der demokratischen Auseinandersetzung Stilmittel verwenden, die da normalerweise nicht Platz greifen, denn ich bin ein Anhänger des politischen Reims.

Ich habe zur Verteidigung der Gesundheitsreform von Norbert Blüm als Antwort auf die verheerenden Aussagen des SPD-Parteivorsitzenden Vogel einmal gesagt: „Lügen haben kurze Beine, kürzer sind dem Vogel seine.“

Wenn ich mir jetzt das vor Augen halte, was Walter Momper da sagt, würde ich den Berlinern eigentlich den Schüttelreim empfehlen:

Von Ost-Berlin wird heiß geliebt,  
was Momper täglich von sich gibt.

(Heiterkeit und Beifall)

Diesen Reim kann man immer wieder verwenden, denn Herr Momper wird mit Sicherheit morgen und übermorgen wieder etwas ähnliches von sich geben.

Das, was mit einer solchen Aussage zutage tritt, ist im Sinne der SPD eigentlich auch konsequent, denn im außen- und deutschlandpolitischen Kapitel des SPD-Grundsatzprogrammwerfs kommt zwar der Begriff „Friede“ – ich habe es einmal

nachgezählt – 26mal vor, aber der Begriff „Freiheit“ nicht ein einziges Mal. Das heißt, die Freiheit ist bei der SPD programmatisch in der Außen- und Deutschlandpolitik auf null gebracht worden. Ich hoffe, daß dies geändert wird!

Nun werde ich eine andere Geschichte erzählen: Am 12. März 1976 fuhr ich mit Helmut Kohl zu der entscheidenden Bundesratsitzung über die Vereinbarungen mit Polen. Die meisten von uns erinnern sich an die fast dramatischen Auseinandersetzungen über die Ostverträge innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Ich habe damals als junger Minister in dem berühmten Zimmer 113 des Bundesrates den Durchbruch der Union zu einem – so will ich es einmal sagen – konstruktiven Verhältnis gegenüber Polen, was diesen Vertrag anbelangt – es ging um die Rentenfrage –, erlebt. Helmut Kohl als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Ernst Albrecht für Niedersachsen, Franz Röder vom Saarland, Gerhard Stoltenberg für Schleswig-Holstein, Hans Filbinger für Baden-Württemberg und – für mich in einer besonders eindrucksvollen Weise – Alfons Goppel als Ministerpräsident von Bayern gaben ein entscheidendes politisches Signal, indem sie den deutsch-polnischen Vereinbarungen zustimmten.

Das hatte auch Folgen, z. B. für den Bundesparteitag in Hamburg 1981, den Jugendparteitag; die meisten von Ihnen können sich an ihn erinnern. Die Beschlüsse, die damals dort gefaßt wurden, waren ein Beitrag zu einer konstruktiven Ostpolitik der CDU.

Ich bin der festen Überzeugung, daß der erwähnte Beschluß eine inhaltliche Voraussetzung für den neuen Anfang war, den wir zusammen mit den Freien Demokraten im Oktober 1982 begannen. Wir waren – darauf mache ich aufmerksam – damals, ein Jahr vor der Regierungsübernahme durch Helmut Kohl, programmatisch und personell auf das Regieren vorbereitet. Das war eine große politische Leistung der CDU als Oppositionspartei, das Ergebnis der geistigen und politischen Erneuerung der Christlich Demokratischen Union in der Opposition.

Wie stellt sich in dieser Hinsicht die Perspektive für das nächste Jahr dar? Die heutige Oppositionspartei, die SPD, hat ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl kein Programm, dafür aber drei Kanzlerkandidaten. Das deutsche Volk kann sich hier sein Urteil bilden und kann Vergleiche anstellen.

Nun sind dramatische Veränderungen in Osteuropa im Gange; es ist darauf hingewiesen worden. Der Ausgang ist ungewiß. Ich möchte vor Ihnen bekennen, daß mich in den letzten Tagen etwas tief bewegt hat. Ich werde so schnell nicht vergessen, wie Lech Walesa vor 14 Tagen im Fernsehen beschwörend sagte: Wenn Polens Weg in die Demokratie nicht gelingt – jetzt zitiere ich –, „dann nicht, weil die Kommunisten uns daran gehindert haben, sondern die Freunde nicht helfen wollten“. Wenige Tage später habe ich mir von meinem Sohn, der Slawistik studiert und in Moskau war, berichten lassen, daß der zum dogmatischen Flügel der KPdSU gehörende Ligatschow im Fernsehen – in Abwesenheit von Gorbatschow, der auf der Krim war – gesagt hat, „politische Aktionen zur Abwehr von Attacken gegen die Partei, die Armee, das KGB und die UdSSR als solche“ seien zu fordern. Das war eine verschlüsselte, aber eindeutige Drohung gegen Perestroika und Glasnost.

Wir wissen nicht, wie sich die Dinge entwickeln, aber ich frage uns alle: Wie würden wir vor der Geschichte dastehen, wenn wir im freien Westen nicht alles unternähmen, um diese Kräfte der Öffnung zu fördern?

(Beifall)

Und wie würden wir vor der Geschichte dastehen, wenn wir durch Halbherzigkeit, Krämergeist und falsche Rücksichten – auch innenpolitische – die Kräfte des Dogmatismus und der Unfreiheit stabilisierten, statt den neuen Anfang in Polen zu fördern? Wir müssen die Frage stellen: Sind wir denn eigentlich inhaltlich, konzeptionell auf die Situation vorbereitet, wenn z. B. in der DDR das einträte, was wir wünschten, was sich in Ungarn bereits vollzogen hat und sich in Polen anbahnt? Welche Rolle könnten westliche Vorschläge – z. B. zur Abrüstung – spielen, um die Entwicklung in Osteuropa zu fördern? „NATO 2000“ – zusammen mit Volker Rühle von uns ausgearbeitet und auf dem Wiesbadener Parteitag beschlossen – das war ein konstruktives Konzept als Antwort auf diese Entwicklungen. Ich finde, es ist höchste Zeit, daß wir Konzepte entwickeln, und zwar im gesamten Westen, in der NATO, Konzepte, die es uns erlauben, nicht nur auf das zu reagieren, was sich dort drüben entwickelt, sondern die Entwicklung selber positiv mitgestaltet.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will auch ein Wort zu der die Polen und uns bewegenden Frage sagen: Was ist mit Schlesien, was ist mit Pommern, was ist mit Ostpreußen? Da haben wir eine klare völkerrechtliche Position, die wir nicht aufgeben. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite müssen wir unseren Bürgern und den Menschen in anderen Ländern aber auch sagen, wie wir uns die gemeinsame Zukunft von Deutschen und Polen vorstellen. Es wird von uns erwartet, daß wir den Mut haben, dies zu entwerfen.

Ich finde, auch hier sind wir doch in einer ganz großartigen Position, auch gegenüber anderen Parteien, und diese Position lautet doch: Europa und Freiheit. Je mehr sich Freiheit und Menschenrechte und Demokratie in Polen, in der Tschechoslowakei, in Ungarn und in der Sowjetunion durchsetzen, desto unwichtiger – damit es ganz klar ist: ich sage nicht „unwichtig“, aber: desto unwichtiger – werden doch die Grenzfragen.

Was geschieht denn, wenn wir in Osteuropa freiheitliche Demokratien bekommen? Dafür ist eine Chance da, auch wenn sie noch ganz entfernt ist, aber sie ist da, und die Chance ist deswegen vorhanden, weil wir heute eine andere Situation haben als früher, wo sich zu Hitlers und Stalins Zeiten die Imperien gegenüber den Einflüssen von außen abschotten konnten. Das ist heute im weltweiten Kommunikationsverbund und im Zeichen des Satellitenfernsehens nicht mehr möglich. Heute sind die Gedanken zum erstenmal in der Geschichte wirklich frei, und die Ideale der Freiheit und der Demokratie können voll ihre ansteckende Kraft entfalten. Deswegen läßt sich – davon bin ich fest überzeugt – dieser Prozeß nicht mehr aufhalten.

Wenn wir diese freiheitlichen Demokratien eines Tages in Osteuropa haben, und wenn wir zu einem gemeinsamen freiheitlichen Europa kommen, dann können eben auch die Schlesier, die Pommern und die Ostpreußen wieder in ihre Heimat zurückkehren, wenn sie dies wollen; aber doch nicht gegen die Polen und nicht gegen die Russen, sondern mit ihnen, und nicht in dem Sinne, wie Helmut Kohl es kürzlich gesagt hat, daß wir den Polen, die nun seit Jahrzehnten dort wohnen, das Heimatrecht bestreiten, sondern daß wir mit ihnen friedlich zusammenleben, so wie wir heute z. B. auch die Probleme zwischen Deutschland und Frankreich – da hat man ja vor 50 Jahren noch aufeinander geschossen, und vor über 100 Jahren fanden die Schlachten bei Weißenburg und bei Wörth statt – gelöst haben. Ich finde, das ist unsere Position, die wir den eigenen Bürgern, aber auch unseren Nachbarn sagen müssen.

Die Grenzen der Staaten in ganz Europa müssen ihren die Menschen trennenden Charakter verlieren. Wir wollen, daß die Menschen zueinanderkommen können. So haben wir es in Wiesbaden beschlossen. Grenzen zu überwinden durch Menschlichkeit und Verständigung mit allen unseren östlichen Nachbarn, das ist unsere Vorstellung von einer europäischen Friedensordnung.

(Beifall)

Auch die deutsche Frage ist eine Freiheitsfrage. Nur durch die Freiheit kommen wir zum Selbstbestimmungsrecht. Wir erleben nun seit 40 Jahren eine weltweite Auseinandersetzung zwischen den Idealen der Freiheit und der totalitären Ideologie des Kommunismus. Heute können wir feststellen, daß der Weltkommunismus diese Auseinandersetzung verloren hat. Die Freiheit ist endlich ein Faktor der Weltpolitik geworden.

(Beifall)

Die Christlich Demokratische Union hat von Anfang an einen wesentlichen Anteil an der geistigen Auseinandersetzung gehabt. Ohne – hier erscheint wieder dieser rote Faden – das christliche Menschenbild als Fundament unserer Politik hätte die CDU doch nicht die innere Kraft gefunden, gegen alle innen- und außenpolitischen Widerstände der kommunistischen Ideologie und der Propaganda in den vier Jahrzehnten nach dem Krieg als einzige Partei die Ideale der Freiheit und der Demokratie hochzuhalten. Die Sozialdemokraten und die Freien Demokraten waren mit dabei, aber es gab schon geschichtliche Perioden, bei denen es in der praktischen Politik darauf ankam, die Fahne hochzuhalten, z. B. 1983, als es um den NATO-Doppelbeschluß und darum ging, in der NATO zu bleiben und dafür zu sorgen, daß dieses Freiheitsbündnis nicht zerstört wurde. Da waren wir fast allein! Fast allein waren wir damals.

(großer Beifall)

Weil wir diese feste Position hatten, haben wir auch den Grund dafür geschaffen, der Hoffnung, daß diese Ideale leuchten konnten für Hunderte von Millionen Menschen in Osteuropa, für die sie ein Signal der Hoffnung waren, daß sich auch bei ihnen eines Tages Freiheit und Demokratie verwirklichen.

Der SPD-Abgeordnete Schmude sagte in der letzten außenpolitischen Debatte zur DDR und den Bürgerinnen und Bürgern der DDR folgendes – das muß man auch vor dem Hintergrund dessen sehen, was sich heute, da Tausende von Deutschen über Ungarn in die Freiheit kommen, abspielt –: „Uns Sozialdemokraten überrascht es nicht, daß engagierte kritische Bürger der DDR sich mit ihren Überlegungen dem demokratischen Sozialismus nahe fühlen.“

Wenn ich die Bilder richtig betrachtet habe, und wenn ich richtig gehört habe, was die deutschen Landsleute in den Lagern in Ungarn, die heute und morgen zu uns kommen, gesagt haben, dann weiß ich das eine: Diese Deutschen haben von jeder Art von Sozialismus heute die Nase voll, und sie wollen nichts anderes als die Freiheit.

(starker Beifall)

Die Machthaber in der DDR – das müssen wir auch sagen – haben weder eine nationale, noch eine moralische oder geschichtliche Legitimation, 17 Millionen Deutschen vorzuschreiben, wohin sie reisen und was sie reden dürfen. Dafür haben sie keine Legitimation.

(Beifall)

Jetzt kommt noch eine Geschichte: Gleich zu Beginn meiner Arbeit als Generalsekretär hat ein Ereignis stattgefunden, das mich bis auf den heutigen Tag nicht losgelassen hat. Das ist auch eine kritische Geschichte, aber ich erzähle sie trotzdem und bitte alle, die das möglicherweise anders sehen, um Generalpardon.

Der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert Gruhl hatte im Jahre 1975 den Bestseller „Ein Planet wird geplündert“ geschrieben. Es war das erste große populäre Umweltbuch in Deutschland, von einem Mann in unseren Reihen, einem Mann, der seit 1954 CDU-Mitglied war. 1978 ist er aus der CDU ausgetreten. Wir alle – ich war damals Generalsekretär; deswegen trifft mich viel mehr Verantwortung als viele andere – haben es zugelassen, daß er uns verlassen hat. Er war eine kantige und schwierige Persönlichkeit und hat uns wahnsinnig viel Ärger gemacht, den Freunden in Niedersachsen und im Deutschen Bundestag. Das weiß ich alles. Aber ich frage mich, ob wir es uns mit unbequemen Positionen und Parteifreunden manchmal nicht zu leicht machen.

(Beifall)

Er hat Ärger gemacht; das ist wahr. Aber morgen reden wir den ganzen Tag über das Thema Umwelt, über ein Thema, das schon vor 15 Jahren sein Thema war. Da kann man sich die Frage stellen: Wie würden wir heute dastehen, wenn wir sensibler und rechtzeitig reagiert, wenn wir diese Probleme früher ernstgenommen hätten? Dann wären die GRÜNEN möglicherweise gar nicht entstanden oder so stark geworden. All diese Fragen kann man nicht mehr beantworten. Das weiß ich auch. Herbert Gruhl ist ja inzwischen in einer anderen Partei. Deswegen will ich wenigstens das eine sagen: Um so besser und wichtiger ist es, daß wir jetzt den Klaus Töpfer haben.

(Beifall)

Er ist sicher der beste und effizienteste Umweltpolitiker, den wir in der Bundesrepublik Deutschland haben. Wir wünschen ihm viel Glück, und wir geben ihm alle Unterstützung, damit er im Saarland Boden gutmacht und damit er im Saarland eine Wende herbeiführt. Lieber Klaus Töpfer und natürlich liebe Saarländer – die saarländische CDU ist eine prima CDU; das möchte ich hier auch einmal sagen; es ist eine gute CDU –,

(Beifall)

Sie können mit unserer Unterstützung rechnen.

Nur, für den politischen Erfolg der CDU als Volkspartei ist es entscheidend, daß sie rechtzeitig bemerkt, welche politischen Fragen virulent werden. Erkennt sie diese nicht oder gibt sie darauf keine überzeugende Antwort, dann machen sich diese Probleme selbständig und suchen sich politisch eine andere Trägerschaft. Die Folgen sind dann neue soziale Bewegungen oder neue Parteien. Dadurch wird die Wählerbasis einer Volkspartei natürlich schmaler.

Aber es gibt glücklicherweise auch positive Beispiele. Wir haben als erste und einzige Partei auf die große Zahl der aktiven, jungen Alten die richtige Antwort gegeben: die Gründung der Senioren Union. Das war eine der besten Erfindungen der letzten Jahre.

Deswegen werden nach meiner Auffassung die Grauen Panther im Gegensatz zu den GRÜNEN bei den Wahlen keinen oder keinen großen Erfolg haben. Man muß richtig und rechtzeitig reagieren.

(Vereinzelt Beifall)

Etwas anderes will ich im nachhinein allen Skeptikern auch noch einmal sagen. Es ist vom Vorsitzenden zu Recht angesprochen worden. Der Frauenparteitag in Essen ist in

der Diskussion in unseren eigenen Reihen nach wie vor ein Problem, vor allem, was die Konsequenzen anbelangt. Aber ich frage Sie: Was wäre eigentlich aus der CDU als Volkspartei geworden, wenn wir den Frauenparteitag in Essen nicht gehabt hätten

(Vereinzelt Beifall)

und als Folge davon z.B. auch nicht – das sage ich ganz bewußt – die politisch bedeutendste, populärste und angesehenste Frau in unserer Mitte, nämlich Rita Süßmuth? Was wäre dann?

(großer Beifall)

Sie ist auch eine, die Ärger macht.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich wiederhole, was ich in Wiesbaden gesagt habe: Die Frauen in unserem Volk werden genau aufpassen, wie wir mit den Frauen in unserer Partei umgehen.

(Beifall)

Etwas anderes will ich auch noch in Erinnerung rufen. Nicht die Sozialdemokraten, sondern wir haben die Neue Soziale Frage formuliert und beantwortet. Das ist ein weiterer Beweis für die Innovationsfähigkeit der CDU als Volkspartei. Das, was Norbert Blüm in der einen Hälfte der Gesundheitsreform durchgeführt hat, nämlich in der einen für die Pflegebedürftigen, ist eine Antwort der CDU auf diese Frage.

Die beste Erfindung der Christlich Demokratisch Union, nämlich die Soziale Marktwirtschaft, beginnt sich – das hat Helmut Kohl vorhin schon gesagt – auf der ganzen Welt durchzusetzen. Im Politbüro in Moskau reden in der Tat die Kommunisten inzwischen mehr über Ludwig Erhard als über Karl Marx. Das einzige Gremium in Europa, in dem noch mehr über Marx als über Erhard geredet wird, ist die SPD-Programmkommission unter Oskar Lafontaine.

(Heiterkeit und großer Beifall)

Zukunftsgerechte politische Konzepte entstehen allerdings nur, wenn, wie ich schon gesagte habe, neue Probleme auch erkannt werden. Aber es gibt auch Kräfte – das will ich hier ganz offen ansprechen –, gar nicht so sehr innerhalb der Partei, aber außerhalb der Partei, die sich mehr als die Oberlehrer und die Klugscheißer der Christlich Demokratischen Union aufführen, Kräfte, die uns nicht nur Frageverbote, sondern auch Denk- und Antwortverbote erteilen wollen. Ein Teil der uns angeblich oder wirklich nahestehenden deutschen Publizistik warnt uns z. B. schon seit Jahren davor, darüber nachzudenken, wie wir wieder eine Mehrheit bei den Menschen unter 45, bei Arbeitnehmern, die mit modernen Technologien arbeiten, oder bei jungen Frauen finden können. Solche Wähler können wir doch nur durch moderne Politik und durch Programme, durch Inhalte überzeugen. Wie sollten wir sonst Volkspartei bleiben? Aber das nennen diese Leute Linksruck. Ich habe den Verdacht, daß sie in Wahrheit die CDU aus der Mitte nach rechts rücken wollen.

(Beifall)

Diese Leute haben keine Ahnung, was eine moderne Volkspartei ist und was sie tun muß. Wir wollen weder eine linke Mitte noch eine rechte Mitte. Wir wollen eine starke Mitte. Das ist das, was wir brauchen.

(großer Beifall)

Es gibt aus der Erfahrung mit unbequemen Leuten ein Fazit. Wir haben lernen und umdenken müssen, und wir waren immer dann gut, wenn wir schneller als die anderen

die Erfordernisse der Zeit erkannten und wußten, wo die Leute der Schuh drückt. Im Jahre 1974 kam eine junge Frau zu mir ins Sozialministerium in Mainz, mit einem vier Monate alten Kind auf dem Arm, und sagte zu mir: „Ich bin völlig allein. Die Eltern sind tot. Mein Freund hat mich verlassen. Was soll ich machen? Behalte ich das Kind, dann bekomme ich Sozialhilfe. Davon kann ich kaum leben. Gehe ich aber arbeiten, muß ich das Kind weggeben.“

Diese menschenunwürdige Situation von alleinstehenden Frauen, die die Kraft hatten, ihr Kind auf die Welt zu bringen, und es nicht abgetrieben haben, das war der bewegende Grund oder zumindest ein bewegender Grund für unsere moderne Familien- und Frauenpolitik, nämlich die Konzeption des Erziehungsgeldes, des Erziehungsurlaubs, der Anerkennung von Erziehungsjahren. Nicht die Sozialdemokraten, sondern wir Christlichen Demokraten haben das geschaffen. Wir haben gesagt, daß Arbeit in der Familie oder Arbeit für pflegebedürftige Familienangehörige zu Hause mindestens genauso wertvoll ist wie die Arbeit in der Fabrik oder im Büro. Neue Arbeit, das ist ein Begriff, den wir nicht nur erfunden haben, sondern aus dem wir in der Regierung praktische politische Konsequenzen gezogen haben.

(Beifall)

Ich will ein weiteres Erlebnis bringen, das auf den ersten Blick gar nichts mit dem zu tun hat, was ich gerade gesagt habe: Ich wollte im Jahre 1986 mit dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten eine Veranstaltung auf dem Campus der Universität Göttingen durchführen, obwohl die Spartakisten dort – Ernst Albrecht weiß das, auch Wilfried Hasselmann; wir haben vorher darüber geredet – seit acht Jahren eine Veranstaltung einer demokratischen Partei verhindert hatten. Sie hatten sich gerüht und hatten gesagt: Wir sorgen dafür, daß auf dem Campus in Göttingen weder eine CDU-Veranstaltung noch eine SPD-Veranstaltung stattfindet. Bernd Vogel war 1978 der letzte, der so etwas gemacht hatte. Herr von Oertzen, der probierte 1980, auf den Campus zu gehen, hat die Sache zwei Tage vorher abgeblasen.

Meine Veranstaltung mit dem RCDS fand statt, aber nur deswegen, weil die Bereitschaftspolizei von Niedersachsen bereit war, dafür zu sorgen, daß ich in den Hörsaal zu den 2000 Studenten, die auf mich warteten, kommen konnte. Ich habe damals mit dem Leiter der Bereitschaftspolizei über die Frage gesprochen. Ich habe dann gesagt: Wenn es ohne Verletzungen abgeht, ja. Denn ich bin der Auffassung, daß es in unserem Staat keine demokratiefreien und damit auch keine CDU-freien Räume geben darf,

(großer Beifall)

auch nicht an den Universitäten. Ich habe heute, lieber Ernst Albrecht, großen Respekt und große Hochachtung vor den hundert Polizisten, die es dem RCDS und mir mit ihrem Einsatz gegen den erbitterten Widerstand der Kommunisten und der linken Chaoten ermöglicht haben, diese demokratische Veranstaltung durchzuführen. Die Polizei – das will ich hier auch einmal sagen – leistet tagtäglich der Meinungsfreiheit, der Demokratie und dem Rechtsstaat einen unschätzbaren Dienst. Dafür schulden wir ihr Dank und Anerkennung.

(großer Beifall)

Ich habe diese beiden Beispiele eigentlich aus einem anderen Grunde erzählt, nämlich um zu belegen, daß in diesem Land Millionen von Menschen – Eltern für ihre Familien

und Kinder, Angestellte und Arbeiter in Betrieben und Büros, Handwerker in ihren Werkstätten, Krankenschwestern in den Krankenhäusern, Beamte in ihren Büros – Tag für Tag ihre Pflicht tun, zur Arbeit kommen, regelmäßig ihre Steuern zahlen, für ihre Familien sorgen und dadurch die Voraussetzungen dafür schaffen, daß diese Gesellschaft und dieser Staat überhaupt funktionieren.

Unser Problem ist nicht, daß wir als Regierungspartei für diese Menschen keine gute Politik machten, sondern das Problem ist ein ganz anderes. Das Problem besteht darin, daß ihre Lebenssituation, ihre Interessen, ihre Motive und ihre Leistungen – also die des sogenannten kleinen Mannes, ich will es einmal so sagen –, daß das alles in der Öffentlichkeit so gut wie verschwiegen wird.

(Beifall)

Die Lebensgefühle, die Interessen dieser Menschen finden in der Öffentlichkeit und auch in den Medien nicht statt. Wir müssen ihre Probleme und Interessen wieder mehr zur Sprache bringen. Unsere Aufgabe muß es sein, daß wir im Bewußtsein dieser Menschen, dieser übergroßen Mehrheit in unserem Volke, verankert bleiben als die große Volkspartei, die für sie da ist, sie versteht und sie vertritt. Diese Menschen müssen spüren, daß wir auf ihrer Seite stehen. Denn sie sorgen durch ihre Leistung auch dafür, daß wir denen helfen können, die zur Leistung nicht mehr in der Lage sind: den Kranken, den Alten und den Behinderten.

Ich habe auf dem Mainzer Parteitag in einem anderen Zusammenhang auch einmal einen Appell an die Medien gerichtet. Ich habe damals gesagt: wenn hundert Leute auf der Straße gegen irgend etwas demonstrieren, dann erscheint dieses Ereignis abends groß im Fernsehen. Gegen dieses Demonstrieren ist nichts einzuwenden. – Ich habe auch schon einmal eine Demonstration mitgemacht. Wir haben alle miteinander eine große Demonstration im Hofgarten gemacht. Demonstrationenfreiheit ist in der Demokratie eine ganz große Sache. –

Aber gleichzeitig, während da vielleicht nur von hundert Menschen demonstriert wird, engagieren sich Millionen von Menschen für ihren Beruf, arbeiten beim Roten Kreuz, bei der Feuerwehr, bei den Turn- und Sportvereinen, bei den kulturellen Vereinen, bei der Bundeswehr und im Zivildienst. Diese Menschen würden sich freuen, wenn auch sie, die das Fundament unserer Gesellschaft und unseres Staates bilden, einmal in der Öffentlichkeit gewürdigt werden würden und im Fernsehen zur Sprache kämen.

(Lebhafter Beifall)

Radikalismus kann eben auch dadurch entstehen, daß Menschen sich der sogenannten veröffentlichten Meinung mit ihrer Leistung nicht mehr wiederfinden.

Im übrigen, was Polizisten anbelangt – das will ich einmal nebenher sagen – führt mich zu dem Thema Rechtsunsicherheit, was auch mit Rechtsradikalismus zu tun hat. Ich will bloß einmal die Frage stellen, wie es sich denn eigentlich auf die Mentalität unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger ausgewirkt hat, daß im deutschen Fernsehen abendfüllend drei Tage lang dieses Geiseltäterdrama in Nordrhein-Westfalen über die Bildschirme lief. Nicht wegen der Polizei, die da versagt hat, sondern weil die politische Führung in Nordrhein-Westfalen die Polizei gehindert hat, da das Richtige zu tun.

Wir sind hier in Bremen. Ja, das war doch eine Katastrophe. Unter Begleitung des Fernsehens sind die Geiseltäter durch ganz Deutschland gefahren. An der Grenze zu Bremen hat die nordrhein-westfälische Polizei die Verantwortung an die bremische

Polizei abgeben müssen. Dann passierte erst mal gar nichts. Die Geiseltäter sind sogar mit ihrer Tussi im Supermarkt einkaufen gegangen. Also ich sage Ihnen: der Dorfpolizist von Madonna di Campiglio hätte das verhindert.

(Heiterkeit und Beifall)

Dann ging die Sache weiter: wieder zurück nach Nordrhein-Westfalen mit dem bekannten Ergebnis: Geisel tot, Verbrecher lebt, Polizisten vor dem Kadi, aber der verantwortliche Innenminister ist immer noch im Amt. Wir müssen doch einmal eine klare Sprache sprechen und sagen, was das für die Einstellung der Bürger gegenüber dem Rechtsstaat ausmacht!

(Lebhafter Beifall)

Also gemessen an der Verbrechensbekämpfungspolitik des Herrn Schnoor war der Hauptmann von Köpenick ein moderner FBI-Agent.

(Heiterkeit)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage das ja nur deswegen, weil wir darauf aufmerksam machen müssen, daß wir auch eine Verantwortung haben für die Befindlichkeit, die Gefühle und die Interessen der Menschen – ich sage es noch einmal, die ihre Arbeit verrichten, ihre Steuern bezahlen – und die wollen, daß diejenigen, die die politische Verantwortung haben, dies auch in ihrer Sprache und in ihrer politischen Arbeit entsprechend berücksichtigen.

Wir alle kennen die Wahlergebnisse der letzten Europawahl, der Landtags- und Kommunalwahlen und die gegenwärtigen Trends. Und da sind wir uns alle einig, da gibt es gar keinen Unterschied: Es ist nicht so, als ob da der eine mehr, der andere weniger interessiert wäre. Natürlich wollen wir die Wahlen gewinnen! Die Bürgerinnen und Bürger haben aber bei diesen politischen Entscheidungen – das muß man sehen – über ihre konkreten Probleme und deren Beantwortung durch die Politik abgestimmt und nicht über irgendwelche Theorien.

Aber die Faktoren der Regierungspolitik erklären natürlich nicht alles. Die Ursachen sind vielfältiger. Es ist jetzt keine Zeit vorhanden, um Analysen vorzutragen.

Alle Untersuchungen und leider auch die Wahlergebnisse der letzten Jahre bestätigen die Wahlanalyse, die ich als Generalsekretär dem Bundesvorstand im Juni 1987 nach der Bundestagswahl vorgelegt habe und die damals mit Zustimmung zur Kenntnis genommen wurde.

Welche Schlußfolgerungen sind daraus zu ziehen. Ich kann nicht alle ziehen; aber einige will ich nennen:

1. Eine zunächst fast selbstverständliche Folgerung besteht darin, daß wir erkennen müssen, daß Wahlkämpfe noch wichtiger werden als früher, und zwar ganz einfach deswegen, weil sich die Menschen kurzfristiger entscheiden. Deswegen kommt es auch auf die aktuellen Themen an. Übrigens ist das auch ein Grund, warum wir bei der Bundestagswahl 1987 solche Probleme gehabt haben. Aber diese Geschichte wärme ich hier jetzt nicht mehr auf, obwohl mich das geärgert hat und es dazu geführt hat, daß wir auch Geld verloren haben.

2. Der Wahlkampf muß geführt werden in einer modernen Mediengesellschaft. Wer dies verkennt, geht mit schlechten Karten in eine Wahlkampfauseinandersetzung hinein. Zu dieser modernen Mediengesellschaft gehören die Tageszeitungen, dazu gehören aber auch die großen Magazine mit ihren Millionen-Auflagen, der Rundfunk, die öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehanstalten. Wenn wir die Mehrheit

gewinnen wollen, dann dürfen wir große Medien nicht ausschließen oder gar bekämpfen. Zumindest erschweren wir uns dann die Arbeit. Richtig ist nämlich die amerikanische Journalistenweisheit: Es gibt keine dummen Fragen, sondern nur dumme Antworten.

(Beifall)

Im übrigen bin ich der Auffassung, daß Interviews eine Chance sind, die wir nutzen sollten. Es kommt nicht auf die Zahl und den Zeitpunkt der Interviews an, sondern auf deren Qualität. Ich habe den Eindruck: von uns werden nicht zu viele gute Interviews gegeben, sondern zu wenig. Wie sollen wir denn eigentlich unsere Auffassungen und Ziele vermitteln, wenn wir die modernen Medien nicht nutzen?

3. Die CDU muß sich immer wieder fragen, ob sie mit ihrer Politik die Lebensgefühle, die Gedankenwelt und die Zukunftsvorstellungen vor allem der jungen Menschen anspricht. Klar ist, daß es auf Inhalte entscheidend ankommt, aber genauso auf Stil und Glaubwürdigkeit. Junge Menschen achten genau darauf, ob Programm und praktische Politik, persönliches Verhalten und ethischer Anspruch übereinstimmen.

4. Dann möchte ich noch etwas zu der Frage der Stammwähler sagen. Ich bestreite – und ich weiß, wovon ich rede; dazu gibt es inzwischen gute und überzeugende Untersuchungen –, daß diejenigen CDU-Wähler, die in Berlin und in Hessen oder bei der Europawahl zu den sogenannten Republikanern übergelaufen sind; in ihrer großen Mehrheit Stammwähler waren. Ganz im Gegenteil! Alle seriösen Umfragen und Wähleranalysen zeigen, daß es sich in der Mehrheit um Leute handelt, die der Gruppe der Wechselwähler zuzuordnen sind, zu einem großen Teil um Leute, die sogar früher SPD gewählt, dann bei der CDU geparkt haben und dann auch zu den Republikanern gewandert sind. Das wissen wir aus der Wahlanalyse in Berlin. Das geschah aus ganz unterschiedlichen Gründen und aus konkreten Problemen.

Das bedeutet natürlich nicht, daß wir diese Leute fallenlassen. Ganz im Gegenteil, wir müssen sie zurückgewinnen; das ist doch ganz klar.

(Beifall)

Wir müssen sie zurückgewinnen!

Aber nochmals zur Frage der Stammwähler: Wer aus aktueller Verärgerung heraus einem Schaumschläger wie dem Herrn Schönhuber nachläuft, der ist kein Stammwähler der Christlich Demokratischen Union.

(großer Beifall)

Als ob Stammwähler auf den ersten Pfiff wegliefen. Wer uns das einreden will, der will das politische Koordinatensystem verschieben.

Aber ich sage trotzdem: Wir müssen diese Wähler genauso zurückgewinnen, wie wir natürlich von der SPD Wähler zurückgewinnen müssen, wenn wir die führende Kraft in der Bundesrepublik Deutschland bleiben wollen.

Ich habe in meinem Wahlkreis eine Initiativgruppe für Asylbewerber. Das sind 12 engagierte Leute: Pfarrer, Lehrer, Winzer, Hausfrauen. Einige von ihnen gehören der CDU an. Die Leute haben mir gesagt: Wir haben die CDU gewählt, seit wir überhaupt wählen können – das sind also die klassischen Stammwähler –, wir haben nie etwas anderes als Christlich Demokratische Union gewählt. Aber sie haben mir gesagt:

Wenn ihr in der Union anfangen solltet – ich habe gesagt, das tut aber bei uns niemand –, über Asylbewerber und Ausländer ähnlich zu reden wie der Schönhuber, dann haben wir euch das letzte Mal gewählt. Auch das sind Stammwähler der Christlich Demokratischen Union, und es sind nicht die schlechtesten.

(Beifall)

Helmut Kohl hat heute morgen und auch auf dem Saarbrücker Parteitag am letzten Samstag – damit komme ich zu dem letzten Kapitel – Gründe dafür genannt – lieber Helmut, ich muß das hier auch ansprechen –, warum er mich nicht wieder dem Parteitag als Generalsekretär vorschlägt. Der persönliche Streit muß zurückgestellt sein. Aber wir müssen klären – weil es für die gesamte CDU wichtig ist –, welche Auffassungen wir über die Führungsstruktur unserer Partei haben.

(Zustimmung)

Es ist in der Tat richtig: Wir hatten in zwei Punkten Differenzen; das kann man doch alles ganz offen und ruhig ansprechen. Wir waren uns nicht einig über die Ursachen der Wahlniederlagen der letzten zwei Jahre. Aber zweitens hatten wir offenbar auch unterschiedliche Auffassungen über die Rolle des Generalsekretärs der CDU dann, wenn sie Regierungspartei ist. Helmut Kohl hat es in Saarbrücken – wenn die Agenturen es richtig wiedergegeben haben – mit seinen Worten so gesagt: Es sei darum gegangen, „ob der Generalsekretär mehr General oder mehr Sekretär“ sei.

Mit einer solchen Argumentation ist in der Tat ein Führungsproblem umschrieben, das im übrigen ausweislich vieler Parteitage und der Diskussionen, an denen sich Helmut Kohl sehr intensiv beteiligt hat, weit in die Geschichte der Partei zurückreicht. Die Diskussion auf dem Braunschweiger Parteitag 1967, als wir das Amt des Generalsekretärs eingeführt haben, aber auch die Diskussion auf dem Saarbrücker Parteitag zu diesem Thema sind nachlesenswert.

Daraus kann man entnehmen, daß die Partei dem Generalsekretär dann, wenn der Parteivorsitzende gleichzeitig Bundeskanzler ist, in der Führungsstruktur der Partei einen Platz einräumt, der das politische Profil und die Eigenständigkeit der Partei in der Regierung und innerhalb der Koalition sicherstellen soll.

(Beifall)

Ob ich das richtig gemacht habe, will ich einmal dahingestellt sein lassen. Aber es ist wichtig, daß man sich darüber unterhält.

Insofern ist das Verhältnis des Parteivorsitzenden zum Generalsekretär nicht alleine oder noch nicht einmal in erster Linie ein Problem der persönlichen Beziehungen – die sind auch wichtig –, sondern ein Problem, das die gesamte Führungsstruktur und die gesamte Partei berührt. Der Generalsekretär wird zwar vom Parteivorsitzenden vorgeschlagen, aber seine politische Legitimation bekommt er vom Parteitag.

(Beifall)

Das ist die Lage der Satzung.

Unbestritten ist, daß die CDU als Regierungspartei die Aufgabe hat, die eigene Regierung zu unterstützen. Das haben wir oft gesagt, und wir haben es im übrigen auch getan. Aber richtig ist auch – das habe ich auf dem ersten Parteitag nach der Regierungsübernahme in Köln gesagt, und zwar unter großer Zustimmung des Parteitags und auch mit Zustimmung von Helmut Kohl –, daß die Partei eine Aufgabe hat, die über den Inhalt einer Regierungserklärung und auch einer Koalitionsverein-

barung hinausgeht. Wir können mit unserem Programm und unserem Profil natürlich nicht identisch sein mit dem, was innerhalb einer Koalition von drei Parteien inhaltlich möglich ist. Deshalb muß klar sein: Der Generalsekretär der CDU ist nicht der Generalsekretär der Regierung. Er ist eben der Generalsekretär der CDU.

(Beifall)

Unsere Inhalte müssen klar unterscheidbar bleiben von dem, was die Koalitionspartner für richtig halten. Das gilt zum Beispiel für die Menschenrechte, für die Ausländerpolitik, für die Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Außen- und Sicherheitspolitik.

Natürlich haben wir unseren Vorsitzenden, und er braucht unsere Unterstützung. Er wird sie auch haben. Aber wenn wir neben dem Vorsitzenden – das gehört auch zum Thema Volkspartei – Männer und Frauen haben, die etwas können, die eigene Kompetenz, eigene Ausstrahlung, eigenes Profil haben, dann müssen wir uns darüber freuen und sie herausstellen. Das nützt uns allen miteinander.

(Beifall)

Wenn wir im Parteipräsidium über eine Aufgabenverteilung gesprochen haben – die ich absolut für richtig halte –, dann auch deswegen, weil wir personelle Akzente gerade auch in den Sachbereichen setzen müssen, wo wir in der Regierung nicht vertreten sind. Wehe der CDU als Volkspartei, wenn die Vielfalt der Persönlichkeiten, ihres Könnens und ihrer Ideen in der Bevölkerung nicht mehr sichtbar werden würde. Was wir brauchen, sind Teamarbeit und Teamgeist, das Wachsen vieler Begabungen und Ideen auf einem gemeinsamen geistigen Boden.

Der Generalsekretär ist, wenn Sie so wollen, der Transportarbeiter der CDU. Er hat die Aufgabe, die Ziele und Erfolge der Bundesregierung in die eigene Partei und vor allem auch in die Bevölkerung hineinzutragen. Sie wissen alle: Das Konrad-Adenauer-Haus hat die erfolgreichen Kanzlerkampagnen für Helmut Kohl gemacht. Über die Steuerreform und über die Gesundheitsreform haben wir die Partei und die Öffentlichkeit – im übrigen aus verständlichen Gründen – oft früher informiert, als das der Regierung möglich gewesen ist. Das muß auch in der Zukunft so bleiben.

Aber der Generalsekretär ist der Transportarbeiter auch in der umgekehrten Richtung. Wenn in der Partei Unruhe vorhanden ist – und es war doch Unruhe, und es ist Unruhe; denn es ist ja nicht alles spurlos an uns vorbeigegangen, nicht zuletzt wegen der verlorenen Wahlen –, dann ist es nicht die Aufgabe des Generalsekretärs, Valium zu verteilen und alles zu beschönigen. Vielmehr muß er das, was Mitglieder in ihrer Sorge artikulieren, auch in der Parteiführung vortragen.

(Zustimmung)

Liebe Parteifreunde, eine große Volkspartei muß für ihre Überzeugungen auch in streitigen Auseinandersetzungen einstehen. Wer um die politische Führung in der Bundesrepublik Deutschland nicht zu kämpfen versteht, von dem nimmt der Wähler an, daß er seiner Sache nicht sicher ist. Wir werden nur dann eine starke Mitte sein, wenn wir entschlossen für die Mitte kämpfen und uns klar gegenüber radikalen Parteien von links und rechts abgrenzen.

Ich sage: Wenn eine Partei wie die sogenannten Republikaner im Berliner Wahlkampf einen Fernsehspot zeigen, in dem Türkenkinder über die Straße laufen, unterlegt mit der Filmmusik „Spiel mir das Lied vom Tod“, dann sage ich, dann sagen wir alle: Mit einer solchen Partei haben Christliche Demokraten auf keiner Ebene etwas zu tun.

(Lebhafter Beifall)

Ich würde mich freuen, wenn sich die Sozialdemokraten – das hat der Parteivorsitzende vorhin schon gesagt – zu einem ähnlich klaren Beschluß gegenüber den Links- und Rechtsradikalen bereitfinden. Wir fordern sie von diesem Parteitag aus auf, einen ähnlichen oder denselben Beschluß zu fassen.

(Beifall)

Meine lieben Parteifreunde, ich möchte noch ein kurzes Wort zu meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Bundesgeschäftsstelle sagen. Sie sind in den letzten Wochen und Monaten in der Diskussion gewesen. Ich will an dieser Stelle sagen: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle – das sagt die unabhängige Presse – haben aus der Bundesgeschäftsstelle eine schlagkräftige, eine moderne Parteizentrale gemacht. Andere Parteien beneiden uns darum.

Das hat Kurt Biedenkopf begonnen, ich habe es fortgesetzt. Das muß auch fortgeführt werden; wir reden ja morgen über alle diese Fragen. Dafür sind zwei Leute von großer Bedeutung. Es sind der Bundesgeschäftsführer und der neue Generalsekretär. Dem Bundesgeschäftsführer, Peter Radunski, danke ich für eine langjährige hervorragende und gute Zusammenarbeit

(Beifall)

stellvertretend für alle hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Volker Rühle wünsche ich viel Glück, Erfolg und Gottes Segen. Ich werde alles tun – das ist ganz klar –, damit er seine Sache gut machen kann. Er bekommt von mir jede Unterstützung und jede Hilfe für seine Arbeit.

(Beifall)

Ich habe den beiden, dem Bundesgeschäftsführer und dem neuen Generalsekretär, noch etwas mitgebracht. Ich mache das eigentlich nur den besten persönlichen Freunden gegenüber, aber ich glaube, der Anlaß ist bedeutend genug. Viele wissen, daß ich zu Hause einen kleinen Weinberg mit etwa 500 Quadratmetern habe. Da bekomme ich 400 bis 500 Flaschen. Wir sind in meiner Familie zu Hause fünf Personen, ergibt also pro Kopf 100 Flaschen pro Jahr. Sie sehen, das ist nicht sehr viel.

(Heiterkeit)

Deswegen muß ich mit dem Wein sorgsam umgehen. Ich habe angefangen, als der sowjetische Botschafter Kwizinski einmal zu mir kam, nachdem er seine feindlichen Aktivitäten gegen die CDU einzuschränken begann. Da habe ich mir gesagt, ich muß ihm auch etwas Freundliches tun, und habe ihm fünf Flaschen Weinbau Heiner Geißler „Gleisweiler Hölle“ überreicht.

(Heiterkeit)

Das stand in der Zeitung. Dann kam der amerikanische Botschafter und hatte gehört, bei mir gibt es Wein. Dann habe ich, um nicht den Eindruck von Äquidistanz zu Moskau und Washington aufkommen zu lassen, dem amerikanischen Botschafter sechs Flaschen gegeben.

(Heiterkeit)

Dann hatte Lothar Späth Geburtstag, und ich habe Lothar Späth sieben Flaschen gegeben. Und dann kam Helmut Kohl. Er bekam acht Flaschen.

(Heiterkeit)

Vielleicht würde er jetzt im Moment nur sieben bekommen.

(große Heiterkeit und Beifall)

Aber die beiden, Peter Radunski und Volker Rühle, bekommen von mir jetzt zehn Flaschen als Dank und als Aufmunterung für die kommende Arbeit.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, heute verabschiede ich mich von Ihnen nur als Ihr Generalsekretär, aber nicht als Heiner Geißler, denn meine Überzeugung, meine Kraft und mein Engagement werden auch in Zukunft unserer gemeinsamen großartigen Sache, der CDU, gehören. Ich bin, Helmut, erst seit 36 Jahren Mitglied der CDU. Sie ist meine politische Heimat. Über die richtige Politik und gute Ideen habe ich mit Ihnen allen viele Diskussionen geführt, und die daraus entstandenen Programme und Beschlüsse – auch zusammen mit Helmut Kohl und in seiner Verantwortung – haben unsere Partei vorangebracht.

Wir haben in unzähligen Wahlauseinandersetzungen Seite an Seite gekämpft. Wir haben auch unterschiedliche Meinungen gehabt, das kann ja gar nicht anders sein. Ich habe mit Ihrer Hilfe und Ihrem Vertrauen in wichtigen Ämtern, die längste Zeit zusammen mit Helmut Kohl, als Landesminister, als Bundesminister, als Generalsekretär für unsere gemeinsame Sache gearbeitet. Dafür bin ich dankbar. Wir haben viel miteinander erreicht. Ich denke, mit Ihrem Vertrauen werde ich meine Arbeit fortsetzen.

Danke schön.

(Langanhaltender Beifall – Die Anwesenden erheben sich)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Lieber Heiner Geißler, besser als dieser langanhaltende Beifall kann der Dank des Parteitages der CDU für Ihre langjährige außerordentlich hervorragende Arbeit als Generalsekretär der CDU Deutschlands nicht ausgedrückt werden. Wir finden es alle hervorragend, daß Sie weiterhin an vorderster Front zur Union stehen und gemeinsam für die Sache streiten.

(Beifall)

Ich füge ein, daß sich die Stimmzählkommission in das Studio auf der linken Seite der Stadthalle begeben möchte.

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 8.5 auf:

**Bericht des Bundesschatzmeisters  
der Christlich Demokratischen Union Deutschlands,  
Walther Leisler Kiep,  
und Vorlage des Rechenschaftsberichts 1987 zur Erörterung  
(§ 23 Abs. 2 Parteiengesetz)**

Ich erteile unserem Freund Walther Leisler Kiep das Wort.

**Walther Leisler Kiep**, Bundesschatzmeister: Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Nach der Abschiedsrede unseres Freundes Heiner Geißler fällt es mir besonders schwer, das Thema zu wechseln und Sie in einer eindrücklichen Weise mit meinem Bericht über den Zustand der CDU-Finanzen zu konfrontieren.

Die Bundespartei, unsere Bundespartei CDU, wird am 31. Dezember 1989 mit etwa 75 Millionen DM verschuldet sein. Ich darf Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, an meine Rede auf dem Parteitag am 9. November 1987 in Bonn erinnern, in

der ich zum erstenmal und dann auf dem Wiesbadener Parteitag immer wieder auf die dramatische Entwicklung der Parteifinanzen hingewiesen habe. Wir haben – Heiner Geißler, Peter Radunski und ich – angesichts der schwierigen Lage im Februar und März 1988 in einer Rundreise durch die Bundesrepublik mit Ausnahme von Bayern alle CDU-Landesvorsitzenden, Generalsekretäre und Geschäftsführer der Landesverbände auf die Situation in persönlichen intensiven Gesprächen und unter Vorlage des Zahlenmaterials unterrichtet.

Die Organisationskommission, die Helmut Kohl ins Leben gerufen hat, hat sich unter dem Vorsitz von Heiner Geißler und später in der zweiten Phase von Helmut Kohl ausführlich und detailliert mit der Finanzsituation befaßt. Diese Verschuldungssituation ist also nicht über Nacht über uns hergekommen, sondern ist die Folge einer Entwicklung, über die wir seit Jahren ernsthaft miteinander sprechen und diskutieren.

Die Vermögensbilanz der Union für 1987 sieht so aus, daß Besitzposten von 27,7 Millionen DM Schuldposten von 59,3 Millionen DM gegenüberstehen und daß die Einnahmen von 59,2 Millionen DM durch Ausgaben von 72,5 Millionen DM zu einem Verlust entsprechender Höhe führten.

Ich muß hier daran erinnern, daß die Gesamtfinanzsituation des, wenn ich es so nennen darf, CDU-Verbundes, also Bundespartei, Landesverbände und nachgeordnete Verbände, nach wie vor ein positives Bild ausweist, daß die Vermögensbilanz positiv ist und daß die Gesamteinnahmen der Partei z. B. aus Spenden in etwa auf dem gleichen Niveau geblieben sind.

Nur, meine Freunde, was sich total und dramatisch verändert hat, ist die Verteilung der Einnahmen auf die verschiedenen Ebenen der Partei, ist – ich werde das im einzelnen darlegen – insbesondere auch die Verteilung der Kosten – sprich: die Anforderungen, die Aufgabenverteilung –, die sich in einem dramatischen Maße von unten nach oben verlagert haben. Das ist im Grunde genommen das Problem, vor dem wir stehen und mit dem wir uns – heute hier und morgen abend in der Diskussion im Rahmen des Berichtes über die Parteiarbeit – auseinandersetzen müssen.

Ich darf an den Anfang meiner Darlegungen die Aussage stellen: Der Einnahmerückgang ist unser Problem, nicht eine Ausgabenexplosion. Ich möchte dies in aller Deutlichkeit und Klarheit gerade als der Redner sagen, der hier nach dem Rechenschaftsbericht unseres ausscheidenden Generalsekretärs zu sprechen hat, damit gar nicht erst der Eindruck entstehen kann, als ob hier etwa die Bundesgeschäftsstelle durch eine maßlose Ausgabenpolitik die Grundlage für die katastrophale finanzielle Entwicklung gelegt hätte.

Der Grund ist ein Rückgang an Einnahmen, und zwar in besonderer Weise im Bereich der Spenden, in dem wir von 11,3 Millionen DM im Jahre 1980, um ein Beispiel zu nennen, auf 3,7 Millionen DM im Jahre 1987 zurückgefallen sind. Ich brauche die Gründe – ich komme darauf nachher noch kurz zu sprechen – für dieses verschlechterte Klima hier jetzt nicht im einzelnen darzulegen.

Die Spenden insgesamt aber – das muß ich noch einmal unterstreichen –, die Spenden, die der Gesamtverbund CDU in diesen Jahren eingenommen hat, sind konstant geblieben und liegen in der Gesamtheit nach wie vor etwa in einem Bereich von 30 Millionen DM. Nur: Verlagerung weg von oben nach unten, zum Teil auch von den Landesverbänden nach unten auf Kreisverbände und Ortsverbände. Aber das Volumen insgesamt ist im wesentlichen stabil geblieben.

Ein weiterer Grund sind natürlich auch der Mitgliederverlust, den wir gehabt haben, und die Tatsache, daß die Mitgliederbeiträge insoweit rückläufig sind, immerhin in einer Größenordnung, die im Jahre 1989 mit etwa 600 000 DM bei uns zu Buche schlägt.

Ein weiterer Grund ist schließlich: Die öffentlichen Mittel sind auf Grund der Wahlergebnisse erheblich zurückgegangen. Auch das bedarf keiner näheren Erläuterungen. Ich möchte nur erwähnen, daß allein das Ergebnis der Europawahl in diesem Jahr gegenüber dem der letzten Europawahl uns ein Minus von 17 Millionen DM gebracht hat.

Die Bundespartei hat in dem Berichtszeitraum wie auch in den Vorjahren und wie auch im Augenblick eine Fülle von Finanzierungsaufgaben übernehmen müssen. Zwischen 1980 und 1989 haben wir in steigendem Maße auch für unsere Vereinigungen Mittel aufwenden müssen; in dem Zeitraum 1980 bis 1989 etwa 42,7 Millionen DM.

Wir haben im Zeitraum 1980 bis 1988 Modellversuche in der Größenordnung von 2,2 Millionen DM finanziert, aber, was viel wesentlicher ist, im Bereich der elektronischen Datenverarbeitung für die nachgeordneten Gliederungen in dem Zeitraum von 1980 bis 1988 14,2 Millionen DM aufwenden müssen. Und wir haben an Zuwendungen für die Landesverbände in diesem Zeitraum, insbesondere im Zusammenhang mit Landtagswahlen, insgesamt 18 Millionen DM aufgewendet und geleistet.

In dieser Zahl, meine Freunde, ist nicht etwa der personelle Einsatz der Bundesgeschäftsstelle mit Mark und Pfennig enthalten und berechnet, sondern dies sind Leistungen, die die Personalkosten der Bundesgeschäftsstelle nicht beinhalten.

Und wir haben aus dem vorletzten Europawahlkampf, wie Sie alle wissen, 12,7 Millionen DM an Wahlkampfkostenerstattung an die Landesverbände weitergegeben. Summa summarum also: 52,9 Millionen DM Leistungen an die Landesparteien im Zeitraum 1980 bis 1988.

Nun wird behauptet, meine Damen und Herren, liebe Freunde: Die Bundesgeschäftsstelle hat zuviel Geld. Ich möchte Sie daran erinnern – das Zahlenwerk liegt Ihnen zusammen mit meinem Bericht, den ich hier erstatte, vor –, daß wir 1985 48 Millionen DM, 1986 43 Millionen DM, 1987 46 Millionen DM – ein Bundestagswahljahr –, 1988 42 Millionen DM ausgegeben haben und daß es 1989 41 Millionen DM sein werden, wobei wir beim Vollzug des Haushaltes 1989 in etwa 1 Million DM von dem vorgesehenen Etat sogar noch einsparen werden. Und wir werden uns in unserer Planung – ich darf sagen: im Rahmen unseres Sanierungskonzepts – bis zum Jahre 1994 darauf einstellen müssen, daß sich die Ausgaben für die Bundesgeschäftsstelle – sprich: der Etat der Bundespartei – ab 1991 nur noch auf 36 Millionen DM belaufen. Also, eine erhebliche Reduzierung der Ausgaben.

Die zweite Behauptung, der wir immer wieder begegnen, ist: Die Bundesgeschäftsstelle hat zuviel Personal. Ich darf Sie daran erinnern, daß die Bundesgeschäftsstelle 1976, bereinigt um den EDV-Bereich, 238 Mitarbeiter hatte, 1982 209, 1989 gemäß Stellenplan ebenfalls 209, während es tatsächlich nur 197 sind. Ich darf weiter daran erinnern, daß der Abbau – den wir auf Grund der katastrophalen Finanzlage beschlossen haben – in Höhe von 25 % der Stellen der Bundesgeschäftsstelle bis Ende 1990 dazu führen wird, daß wir nur noch 157 Stellen haben werden, d. h., ein Minus von 52 Stellen gegenüber dem derzeitigen Planstellen-Soll von 209.

Im Rahmen dieser Personalreduzierung sind bereits 11 Stellen gestrichen, 14 werden durch Nicht-Ersatz bei Fluktuation wegfallen, 20 Mitarbeiter hoffen wir auf Grund eines gezeigten Interesses der Konrad-Adenauer-Stiftung oder der Fraktion dort unterbringen zu können. Es bleibt aber für uns die schmerzliche Notwendigkeit, etwa 14 Mitarbeiter bis Ende 1990 zu entlassen. Ich wiederhole noch einmal: per Ende 1990, in 1991: 157 Stellen.

Und nun möchte ich Ihnen eine kleine Vergleichszahl nennen: Allein das Bundesbauministerium hat 322 Mitarbeiter, das BPA 691 und das BMZ 571. Wer da glaubt, daß diese Bundesgeschäftsstelle über zuviel Personal verfügt, muß sich, meine ich, mit diesen Tatsachen schon auseinandersetzen. Ich darf hinzufügen: Die Reduzierungen, die ich hier darlege, führen zu einer Verminderung der Leistungsfähigkeit der Bundesgeschäftsstelle; das ist völlig klar.

Wir haben sicherlich auch Fehler gemacht. Wir haben mit Sicherheit nicht genügend Energie aufgewandt, um erstattungsfähige Leistungen der Bundespartei von den Landesverbänden auch tatsächlich zurückzubekommen. Und ich meine, daß wir, meine Damen und Herren, auch einen Fehler bei der Gestaltung von zu aufwendigen Veranstaltungen gemacht haben.

(Zustimmung)

Ich glaube, daß wir auch in Wahlkämpfen hier gelegentlich des Guten zuviel getan haben, etwa dadurch, daß wir z. B. bei großen Veranstaltungen unter einem erheblichen Einsatz von Mitteln Parteifreunde aus entfernteren Orten an den zentralen Veranstaltungsort transportiert haben, um die Halle zu füllen und den Eindruck zu erwecken, daß eine große Massenveranstaltung stattfindet. Sicherlich hat das auch eine positive Wirkung in der Öffentlichkeit. Man muß sich allerdings folgendes vor Augen führen. Erstens: Es kostet sehr viel Geld. Zweitens: Die Männer und Frauen, die an einer solchen Veranstaltung teilnehmen, werden ja im günstigsten Fall von 100 %igen zu 150 %igen CDU-Anhängern gemacht. Eigentlich muß es aber doch darum gehen, aus unentschiedenen Wählern solche Wähler zu machen, die entschlossen sind, ihre Stimme der Union zu geben.

Wir haben auch bei den Parteitagskosten – das müssen wir uns ebenfalls vorwerfen, und auch ich muß es mir vorwerfen – des Guten zuviel getan. Ich erinnere Sie daran, daß Sie auf diesem Parteitag schon sehen, daß es ein wenig bescheidener zugeht. Die Folge ist, daß dieser Parteitag etwa 1,5 Millionen DM kostet. Die anderen Parteitage haben demgegenüber im Schnitt 3 Millionen DM gekostet. Wir müssen bei den Kosten der Veranstaltungen, bei den Kosten der Parteitage und auch durch Personalabbau also Konsequenzen ziehen. Wir denken nicht deshalb an einen Personalabbau, weil zu viele Mitarbeiter bei uns beschäftigt sind, sondern deshalb, weil zu wenig Geld da ist, um den Personalapparat zu finanzieren.

Die Sachkosten haben wir im Jahre 1989 um 1 Million DM unter den Haushaltsansatz reduziert. Das wird sich beim Rednereinsatz, wie er von der Bundesgeschäftsstelle betrieben wird, bei der Kongreßorganisation und bei der Medienabdeckung auswirken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, alles dies ist aber noch keineswegs ausreichend. Wenn wir zu einer Konsolidierung und Sanierung der Parteifinanzen kommen wollen, müssen wir darüber hinaus noch andere Schritte unternehmen. Darüber ist in vielen Sitzungen und auch auf Parteitagen diskutiert worden. Der

Bundesausschuß hat auf seiner Sitzung im Mai empfohlen, daß der Beitragsanteil der Bundespartei per 1. Januar 1990 von 1 DM auf 1,25 DM, also um 0,25 DM pro Mitglied erhöht werden soll. Ich darf daran erinnern, daß wir den jetzigen Beitragsanteil der Bundespartei in Höhe von 1 DM seit 1972 haben. Seinerzeit lag der Durchschnittsbeitrag der CDU-Mitglieder bei 3 DM. Heute liegt er zwischen 9 und 10 DM. Der Beitragsanteil der Bundespartei beträgt aber nach wie vor nur 1 DM. Deshalb wird nunmehr empfohlen, diesen Beitragsanteil per 1. Januar 1990 auf 1,25 DM zu erhöhen. Über diese Beschlußempfehlung werden wir morgen abend noch intensiv diskutieren.

Diese Maßnahme muß zusammen mit einer Reihe von Voraussetzungen gesehen werden, die erfüllt werden müssen, wenn das Ziel des Sanierungskonzeptes erreicht werden soll. Wir brauchen natürlich bei den Wahlen im Jahre 1990 und 1994 Wahlergebnisse, die in etwa den jetzigen Ergebnissen, die die CDU erzielt hat, entsprechen. Wenn das Ergebnis bei der Europawahl 1994 für die CDU schlechter ausfallen wird, als es bei der Europawahl in diesem Jahr ausgefallen ist, ergibt sich ein zusätzliches Problem. Eine Voraussetzung sind somit konstante bzw. hoffentlich verbesserte Wahlergebnisse für die CDU. Eine weitere Voraussetzung ist eine konstante Mitgliederzahl, wobei wir von 668 000 Mitgliedern ausgehen. Sehr wichtig ist, wie ich glaube, auch der stabile Fortbestand der Wahlkampfkostenerstattung durch die öffentliche Hand. Ich darf an das Risiko erinnern, das wir im Zusammenhang mit der Normenkontrollklage der GRÜNEN in Karlsruhe sehen müssen.

Wichtig ist ferner eine dramatische Anstrengung der gesamten Partei im Bereich der Spendenwerbung. Wir müssen, wenn wir das für 1994 gesetzte Konsolidierungsziel erreichen wollen, im Zeitraum von 1991 bis 1994 33 Millionen DM an Spenden einnehmen. Die Spendensituation ist schwierig. Ich habe darauf schon hingewiesen. Sie hat sich in den letzten Monaten oder sogar Wochen ein wenig verbessert. Es bedarf im Hinblick auf die Bundestagswahl aber einer großen Anstrengung aller – der Mitglieder des Bundesvorstandes wie auch der Landesverbände und aller anderen Gliederungen –, wenn wir das Ziel eines Spendenaufkommens in Höhe von 33 Millionen DM für die Bundespartei tatsächlich erreichen wollen.

Wir müssen die Voraussetzungen im Haushalt der Bundesgeschäftsstelle schaffen. Ich sprach davon, daß die Ausgaben in den Jahren bis 1994 36 Millionen DM nicht übersteigen dürfen. Wir müssen die Ausgaben für den Bundestagswahlkampf 1990 auf 42 Millionen DM begrenzen. Im Doppelwahljahr 1994 – dann stehen Bundestagswahl und Europawahl an – dürfen wir nicht mehr als 50 Millionen DM für die Wahlkämpfe ausgeben.

Nur wenn wir alle diese Voraussetzungen erfüllen, würden wir am Ende der Periode, am 31. Dezember 1994, einen Schuldensaldo verzeichnen können, der immer noch 35 Millionen DM beträgt. Dies ist ein Schuldenstand, der für 1994 in dieser Höhe nicht vertretbar und nicht verantwortbar ist. Wir müssen deshalb – auch dies wird ein Thema der Diskussion sein; dieses Thema hat den Bundesvorstand gestern mehrere Stunden lang beschäftigt – nach unserer Meinung – ich gebe hier sowohl die Meinung von Helmut Kohl wie meine eigene Überzeugung wieder, und ich tue dies mit ausdrücklicher Unterstützung und Zustimmung von Helmut Kohl – den Beitragsanteil der Bundespartei zum 1. Januar 1991 um weitere 0,75 DM anheben. Wir müssen dafür

sorgen, daß die Kreisverbände und die Betroffenen in dem Zeitraum vom 1. Januar 1990 bis zum 1. Januar 1991 alles ihnen Mögliche tun, um sich auf diese zusätzliche Belastung, deren Bedeutung und zugleich Problematik ich sehr wohl sehe, vorzubereiten. Es ist unsere Absicht – auch darüber wird morgen abend diskutiert werden –, sehr schnell eine Kommission zu bilden, der je ein Vertreter aus den Landesverbänden angehört, die zusammen mit uns, zusammen mit den Rechnungsprüfern bis zum 1. Februar 1990 die Lage, weitere Einsparungsmöglichkeiten und mögliche Aufgabenteilungen untersucht und dem nächsten Parteitag dann Empfehlungen unterbreitet, über die 1990 sodann diskutiert und entschieden werden muß, damit die entsprechenden Maßnahmen am 1. Januar 1991 in Kraft treten können. Wenn wir die erwähnten Maßnahmen durchführen, würden wir am 31. Dezember 1994 einen Schuldenstand von 12 Millionen DM haben. Ich glaube, dies wäre angesichts des per ultimo dieses Jahres zu erwartenden Schuldenstandes von 75 Millionen DM ein Ergebnis, das man sehr wohl als Sanierung und Konsolidierung in einem gerade noch vertretbaren Rahmen bezeichnen könnte. Ich darf Sie, die Sie diesen sicherlich eher unerfreulichen Ausführungen zuhören, sehr herzlich bitten, zur Kenntnis zu nehmen, daß wir die Funktionsfähigkeit der Bundesgeschäftsstelle in dieser schwierigen Finanzlage bis zum Ende des Wahljahres 1990 nur deshalb – und zwar mit großer Mühe – haben sicherstellen können, weil wir einen zusätzlichen Kredit von 15 Millionen DM aufgenommen haben. Daraus resultiert der Schuldenstand von 75 Millionen DM.

Wir werden morgen Abend sicherlich noch ausführlich und im Detail über diese Problematik sprechen können.

Meine Damen und Herren, wir legen mit den Entscheidungen, die jetzt anstehen, den Grundstein für die Funktionstüchtigkeit und Funktionsfähigkeit der Partei für das Superwahljahr 1990 mit all den Landtagswahlen und mit der Bundestagswahl im Dezember nächsten Jahres.

Ich sagte vorhin zu dem Thema Spenden, daß ich nicht im einzelnen darzulegen brauche, warum die Spendenfreudigkeit auf Bundesebene und zum Teil auch auf Landesebene so stark zurückgegangen ist. Das hat zu tun mit den Verfahren, die gegen die Spender der Union in einem großen Umfang stattgefunden haben und auch noch stattfinden. Ich darf nur noch einmal zu Ihrer Erinnerung darauf hinweisen, daß die Bundespartei CDU durch ein von der Landesregierung Niedersachsen bewirktes Bundesverfassungsgerichtsurteil die Spendenfinanzierung gemäß diesem Urteil 1979 umgestellt hat. Die CDU-Bundespartei war die einzige Partei in der Bundesrepublik Deutschland, die diesen Schritt weg von der indirekten Parteienfinanzierung hin zu einer Parteienfinanzierung aus versteuerten Spenden tatsächlich vollzogen hat.

Die Spender für die Parteien haben sich mit ihren Spenden nicht bereichert, sie haben der Union bei der Erfüllung ihrer Aufgaben helfen wollen und geholfen. Dafür sind wir unverändert dankbar.

Ich möchte Sie alle heute daran erinnern, daß wir am 20. April 1983 auf meine Initiative hin ein Gespräch mit den beteiligten Staatsanwälten in Bonn hatten und daß ich in diesem Gespräch angesichts der drohenden Lawine von Spendenverfahren gegen mehr als 1000 Spender der Staatsanwaltschaft das Angebot unterbreitet habe, sie möge doch ein Verfahren gegen die Bundespartei CDU und gegen mich als

Schatzmeister in Gang setzen, eine Art Musterprozeß, um nach dem Ausgang dieses Verfahrens zu entscheiden, ob es tatsächlich gerechtfertigt ist, gegen eine so große Zahl von Spendern gerichtlich vorzugehen. Dies war 1983 am 20. April. Heute ist das Jahr 1989 schon zum größten Teil vorbei, und die Verfahren laufen immer noch weiter.

Ich möchte zum Schluß meiner Ausführungen hier noch einmal in aller Deutlichkeit, aber ohne jedes Pathos, unsere Solidarität mit unseren Spendern und insbesondere mit denjenigen, die angeklagt und verurteilt wurden, bekunden.

(Beifall)

Ich möchte stellvertretend für alle anderen – und die Zahl ist groß – hier Helmut Eberspächer und Hans Merkle namentlich nennen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde, ich möchte Sie am Ende meines Berichts hier herzlich bitten, daß wir morgen Abend ein offenes und klares Gespräch untereinander führen können. Ich möchte Sie alle bitten, daß Sie bei Ihren Diskussionsbeiträgen, bei Ihren Meinungsäußerungen, bei Ihrer Kritik sich immer wieder der Tatsache bewußt bleiben, daß dies Ihre Bundespartei ist und daß Sie genauso wie wir Verantwortung für diese Partei tragen. Ohne diese Bundespartei und ihre Funktionstüchtigkeit sind wir völlig außerstande, unsere politische Aufgabe, von der Helmut Kohl heute morgen und Heiner Geißler heute nachmittag gesprochen haben, überhaupt zu erfüllen. Es geht um unsere gemeinsame Partei, es geht um unsere gemeinsame Sache. Wir müssen auch für die Außenwelt, für diejenigen, die uns hier beobachten, über jeden Zweifel erhaben klarmachen, daß wir auch in Gelddingen eine solidarische Gemeinschaft sind.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Jürgen Echternach**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Kiep, für diesen Bericht, herzlichen Dank aber auch für die Arbeit, die Sie in dem besonders dornenreichen Amt des Bundesschatzmeisters nunmehr seit 18 Jahren für unsere Partei ausüben.

(Beifall)

Wenn Sie in den nächsten Monaten zusammen mit einem Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle wegen dieser Arbeit für unsere Partei einen Prozeß durchzustehen haben, dürfen Sie der ganz besonderen Solidarität und Unterstützung dieses Parteitag und der Christlich Demokratischen Union Deutschlands sicher sein.

(Beifall)

Diesen Beistand schulden wir natürlich auch denjenigen Mitbürgern, die uns in gutem Glauben in der Vergangenheit geholfen haben, in der Erwartung, damit die freiheitliche Demokratie und die Politik der Sozialen Marktwirtschaft zu unterstützen, und die sich jetzt plötzlich von Staatsanwälten verhört sehen und sogar vor Strafgerichten stehen müssen. Auch ihnen gehört unsere Solidarität, unser Beistand, unser Bekenntnis in dieser Stunde.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 10:

### Bericht der Rechnungsprüfer

Da die Rechnungsprüfer Erik Blumenfeld und Alfons Horten an der Teilnahme verhindert sind, wird der von ihnen schriftlich vorgelegte Bericht vom Tagungspräsidenten Bernd Neumann vorgetragen.

Ich erteile das Wort Bernd Neumann.

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe von den beiden Rechnungsprüfern Erik Blumenfeld und Alfons Horten einen fünfseitigen Bericht vor mir liegen. Wenn ich diesen fünfseitigen Bericht vorlese, würde ich, zumals es viele Wiederholungen gibt, einen beträchtlichen Teil der Diskussionszeit in Anspruch nehmen. Deshalb erlaube ich mir folgenden Vorschlag: Die unmittelbaren Ausführungen, die das Testat betreffen, trage ich Ihnen vor. Ich weise bei den Stellen, die Walther Leisler Kiep angesprochen hat, darauf hin, daß ich sie nicht wiederhole. Sie bekommen anschließend diesen Bericht so, wie er mir vorliegt, zugestellt, so daß ich glaube, daß das ein ordentliches Verfahren ist.

Herr Präsident, wenn Einverständnis bestünde, daß wir so verfahren, würde ich das so tun.

**Jürgen Echternach**, Tagungspräsidium: Darf ich fragen, ob es dagegen Bedenken gibt? – Das scheint nicht der Fall zu sein; dann ist der Parteitag mit diesem Verfahren einverstanden. Sie haben das Wort.

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: In dem Bericht der beiden Rechnungsprüfer heißt es:

Herr Horten und ich haben Ihnen – im Anschluß an unseren letzten Bericht an dem 35. Bundesparteitag in Bonn – über die Jahre 1987 und 1988 zu berichten.

Grundlage unseres Berichtes sind die von dem Abschlußprüfer der Bundespartei testierten Jahresrechnungen zum 13. 12. 1987 und 31. 12. 1988; beide Berichte liegen mit uneingeschränktem Prüfungstestat vor.

Soweit das erste Zitat. Dann beschreiben die Rechnungsprüfer die finanzielle Situation der Partei. Auf die hat Herr Leisler Kiep bereits hingewiesen. Es heißt dann weiter:

Am 31. 12. 1987 betrug die Überschuldung 32,3 Mio DM und am 31. 12. 1988 32,1 Mio DM.

Dann folgt ein Zitat, das ich vortragen muß:

Der Abschlußprüfer Prof. Pougine hat in einem Schreiben an die Parteiführung kritische Anmerkungen zu dieser für die Bundespartei bedrohlichen Finanzsituation gemacht, die auch Herr Horten und ich uns zu eigen machen.

Prof. Pougine verbindet seine Feststellung zur Überschuldung der Bundespartei mit dem Hinweis darauf, daß „die politische Partei CDU auf der besonderen Grundlage des Parteiengesetzes, als eine Einheit betrachtet, zum 31. 12. nicht überschuldet ist“, und sagt dann weiterhin dazu: „Es ist jedoch partei- und zivilrechtlich offen, ob die Bundespartei und die nachgeordneten Verbände (einschließlich Vereinigungen und Sonderorganisationen) eine Rechtseinheit (Haftungsgemeinschaft) bilden oder ob jede Gliederung für sich zu betrachten ist.“

Im Hinblick auf eine tatsächliche Überschuldung und die Gefahr, die in Anspruch genommenen Kredite innerhalb von vier Jahren nicht ausgleichen zu können, muß der Vorstand unverzüglich durchgreifende Sanierungsmaßnahmen einleiten bzw. die bereits in Gang gesetzten Maßnahmen verstärken.“

Die hier angesprochene unverzügliche Einleitung von Maßnahmen zum Abbau der Überschuldung haben auch Herr Horten und ich bereits in unserem letzten Bericht dringend angemahnt und wiederholen diese Forderung auch heute mit allem Nachdruck.

In dem laufenden Text wird dann darauf hingewiesen, daß die Rechnungsprüfer die ihnen vorliegende Beantragung der Erhöhung des Anteils um 0,25 DM auf 1,25 DM für bei weitem nicht ausreichend halten und davon überzeugt sind, daß eine Verdopplung des Beitragsanteils auf 2 DM per 1. 1. 1991 notwendig sei. Sie sagen dann weiter:

Wir sind ... der Überzeugung, daß die Landes- und Kreisparteien sich bei zukünftigen Wahlkämpfen (beginnend ab 1990) auch an den Wahlkampfkosten der Bundespartei beteiligen müssen, die von ihnen – z. B. für Veranstaltungen – veranlaßt sind. Die Bundespartei kann diese Kosten nicht mehr allein tragen.

Dann ein abschließender Absatz:

Herr Horten und ich sind aus übergeordneten politischen Gründen bereit zu akzeptieren, daß mit diesem Bundesvorstandsbeschuß – damit ist die Erhöhung von 1 DM auf 1,25 DM gemeint – jetzt endlich jene Maßnahmen auf den Weg gebracht werden, die wir in Übereinstimmung mit dem Abschlußprüfer für dringend erforderlich halten, um die Überschuldung der Bundespartei abzubauen. Wir verbinden damit die Erwartung, daß mit dem vom Bundesvorstand geforderten Aufarbeiten nach dem Parteitag unverzüglich begonnen wird.

Diese Forderung ist Teil unseres Antrages, den wir hiermit stellen, dem Bundesvorstand auf der Grundlage der uneingeschränkten Prüfungstestate des Abschlußprüfers für die Jahresrechnungen 1987 und 1988 der Bundesgeschäftsstelle Entlastung zu erteilen.

Nach mehr als 20 Jahren, die Herr Horten und ich die ehrenamtlichen Rechnungsprüfer unserer Partei waren, haben wir den Parteivorsitzenden um Verständnis dafür gebeten, daß wir von einer erneuten Wiederwahl Abstand nehmen möchten.

Wir danken der Partei für alles Vertrauen, das sie uns in diesen 20 Jahren entgegengebracht hat, danken dem Parteivorsitzenden, dem Bundesschatzmeister und dem Generalsekretär für alle gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit und wünschen den Nachfolgern, aber auch allen, die die verantwortungsvolle und mehr denn je auch politisch gewordene Finanzierungsarbeit auf allen Ebenen unserer Partei übernommen haben und zukünftig übernehmen werden, insbesondere aber auch dem Bundesschatzmeister, gutes Gelingen.

Meine Damen und Herren, so weit der Bericht der Rechnungsprüfer, der Herren Blumenfeld und Alfons Horten. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Jürgen Echternach**, Tagungspräsidium: Vielen Dank für diesen Bericht!

Da die beiden Rechnungsprüfer nicht mehr kandidieren werden, haben wir alle Veranlassung, ihnen für die Arbeit zu danken, die sie seit vielen Jahren für uns geleistet haben, dem erfahrenen Alfons Horten genauso wie Erik Blumenfeld, der ja seit dem Ende des Krieges, seit 1945, nach Konzentrationslager und Nazi-Verfolgung, unmittelbar darangegangen ist, am Aufbau der neuen Demokratie mitzuwirken, der 43 Jahre lang parlamentarisch tätig gewesen ist, von 1946 bis jetzt, zum Sommer

dieses Jahres, und der auf diesem Parteitag sein letztes Wahlamt in unserer Partei abgibt. Ihnen beiden also, Alfons Horten genauso wie Erik Blumenfeld, von dieser Stelle aus herzlichen Dank für ihre Arbeit für unsere Partei!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 9:

### Aussprache zu den Berichten

Ich habe bisher 28 Wortmeldungen vorliegen.

(Zustimmung und Unruhe)

Wenn Sie wollen, lese ich Ihnen die Reihenfolge vor, damit jeder sich darauf einrichten kann. Wortmeldungen liegen vor von Dr. Noack, Herrn Hans, Herrn Tremmel, Herrn Dr. Lehmann, Herrn Böhr, Herrn Dübel, Herrn Diepgen, Herrn Kipp, Herrn Wallmann, Herrn Dr. Albrecht, Herrn Dr. Blüm, Herrn Braun, Frau Professor Süßmuth, Herrn Dr. Stoltenberg, Herrn Stern, Herrn Professor Biedenkopf, Graf Kerssenbrock, Herrn Späth, Herrn Fink, Herrn Hasselmann, Frau Hieke, Herrn Jaeger, Frau Hellwig, Herrn Herrmann, Herrn Kues, Herrn Dr. Peters, Herrn Merkel und Herrn Pieroth.

Ich erteile zunächst Herrn Dr. Noack das Wort.

**Dr. Harald Noack:** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Nachdem sich bereits vor der Rede Heiner Geißlers die Friedenstaube deutlich sichtbar hier in den Sperrn niedergelassen hatte, habe ich für einen Moment damit gezögert, hier meinen Beitrag zu halten,

(Vereinzelt Zustimmung)

aber ich meine, die Partei hat einen Anspruch darauf, hier über das zu diskutieren, was heute morgen in den Ausführungen unseres Vorsitzenden, insbesondere aber in der Rede Heiner Geißlers zum Ausdruck gekommen ist.

Schon zum Bundesparteitag in Wiesbaden sind nicht wenige Delegierte mit Zorn im Herzen und mit formulierter Kritik an Beschlüssen der Bundesregierung im Sinn angegeist. Es bedurfte nach der bösen Sentenz von der Karawane, die da weiterzieht, schon einer fulminanten Rede unseres Parteivorsitzenden am Nachmittag des ersten Tages, um die Stimmungslage zum Positiven zu verändern, einer Rede, die im übrigen Selbstkritik, ja, Selbstironie ausdrückte.

Heuer, meine Damen und Herren, gibt es wohl noch mehr Teilnehmer des Parteitages, die ob der stillösen Entlassung unseres Generalsekretärs mit kaltem Zorn angegeist sind.

(Widerspruch)

Wer da meint, daß die Parteibasis nach kurzem Remonstrieren zur Tagesordnung übergegangen sei, irrt. Die Mehrzahl der Parteimitglieder hat die einsame Entscheidung nicht als Führungsstärke empfunden. Führungskraft äußert sich nicht in einsamen, überraschenden Personalentscheidungen nach dem Urlaub, zumal verbunden mit dem politischen Gesellschaftsspiel: Ätsch, meinen Kandidaten erraten Sie doch nicht.

(Vereinzelt Zustimmung – Zuruf: Aufhören!)

Mir geht es nicht in erster Linie um Stilfragen. Manche Kritik an Art und Weise der Entlassung beruht in Wirklichkeit auf der Sorge, die Berufung Volker Rühes stelle eine Veränderung politischer Akzente dar. Eine überzeugende inhaltliche Begründung für

die Ablösung Heiner Geißlers habe ich bisher vom Parteivorsitzenden nicht vernommen. Das zunächst kolportierte Argument, ein jüngerer Mann müsse her, stellt die Intelligenz der Zuhörer in Frage. Die Vermutung, unser Parteivorsitzender könne das Gesicht Heiner Geißlers einfach nicht mehr sehen, liegt auf gleichem Niveau und unterstellt unserem Parteivorsitzenden zudem die Attitüde eines Duodezfürsten.

Wenn aber veränderte Akzentsetzungen, worin dann? Meine Damen und Herren, Heiner Geißler hat mit großem Geschick – das ist in seiner Rede noch einmal deutlich geworden – Zukunftsperspektiven der Union formuliert, hat wichtige Akzentsetzungen herausgearbeitet. Für viele der 20-, der 30-, der 40jährigen verkörpert er christliche, soziale, konservative, zukunftsweisende, aber auch angriffslustige überzeugende Politik. Unser Parteivorsitzender, soviel Lob ihm nach wie vor zuteil wird, spricht gerade in dieser Altersgruppe die politischen Wünsche und Sehnsüchte nicht aller an. Ich habe Verständnis dafür, daß bei einem inhaltlichen Dissens zwischen Vorsitzenden und Generalsekretär ein neuer, dem Vorsitzenden genehmer Mann berufen wird, aber wenn die politischen Ideen und Zukunftsperspektiven, wenn die Dynamik unserer Partei nicht mehr in vollem Umfang durch ihren Vorsitzenden verkörpert wird, dann ist das nicht Anlaß, die Partei zu verändern. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Peter Hans:** Liebe Parteifreundinnen! Liebe Parteifreunde! Auch ich habe sehr wohl die Friedenstaube aufsteigen sehen, und mir kommt ein Zitat eines preußischen Generals nach der verlorenen Schlacht bei Jena und Auerstedt in den Sinn, das ich in etwas abgewandelter Form vortragen möchte: Die Könige haben eine Bataille geschlagen, Ruhe – ich hätte fast gesagt, Rüge – ist die erste Mitgliederpflicht. Ich meine aber, die CDU braucht eine eingebaute Unruhe; nur dann tickt sie richtig.

(Vereinzelt Zustimmung)

Ich möchte noch einmal die Frage aufgreifen, die auch der Generalsekretär gestellt hat, nämlich: Wieso laufen einer nach herkömmlichen Maßstäben sehr erfolgreichen Regierung – Glückwunsch, Herr Bundeskanzler! –, wieso laufen einer solchen Regierung eigentlich die Wähler davon?

Ich denke fast, die gute Konjunktur, die ja auf unsere Bemühungen zurückgeht, bietet die materielle Absicherung und gibt den Menschen vermehrt Anlaß, Sinnfragen zu stellen. Gerade eine C-Partei sollte doch prädestiniert sein, die richtigen Antworten zu geben.

Ich frage mich deshalb: Haben wir unsere durchaus wertbezogenen Programme immer richtig in die Praxis umgesetzt? Dazu vielleicht ein aktuelles Beispiel. Wir diskutieren morgen mit viel Engagement, wie ich hoffe, über die Frage des Umweltschutzes, des Recyclings, aber wenn ich mich heute hier umsehe und registriere, was wir hier an Einwegverpackungen verkonsumieren,

(Beifall)

dann kann ich mich nicht des Eindrucks verwehren, daß hier in der Tat eine Glaubwürdigkeitslücke besteht.

Ein weiterer Grund dürfte sicherlich auch der Eindruck einer gewissen Orientierungslosigkeit sein. Im Januar wird die Frage der Verlängerung des Wehrdienstes noch als unabdingbar hingestellt, und drei Monate später wird das ad acta gelegt. Als ich gerade die Menschen an der Basis davon überzeugt hatte, daß die Quellensteuer auch unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten notwendig sei, mußte ich schon wieder damit beginnen, die Leute von etwas anderem zu überzeugen.

Ein letztes – ich brauche es kaum noch zu sagen – ist die Frage des Flugbenzins. Wie stolz waren wir hier vor einem Jahr, daß wir einen Beschluß gefaßt hatten. Wir sind mit gestärktem Rücken nach Hause gefahren und mußten, nachdem wir uns zu Hause in den Sessel gesetzt haben, als erstes hören, daß das für die Bundestagsfraktion ja überhaupt nicht bindend sei. Ein bißchen später haben wir das Ganze trotzdem vollzogen.

Uns fehlt also trotz aller politischen Erfolge so etwas wie der politische Sex-Appeal. Entsprechend geringer wird die Zahl der Freier.

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde, diese Regierung hat viele Tore gemacht. Die Gegentreffer waren bisher lediglich Eigentore. Ein solches Eigentor, liebe Parteifreunde, meine Damen und Herren, ist für mich auch der Vorgang um Heiner Geißler. Die Defizite, die ich soeben genannt habe, sind nicht die Folge organisatorischer Schwächen im Adenauer-Haus oder programmatischer Lücken als Partei der Mitte, sondern sie bestehen in handwerklichen Fehlern der Koalition. Wir sollten nicht versuchen, die Querdenker im Konrad-Adenauer-Haus, die die CDU für die Zukunft fitmachen wollen, in die Wüste zu schicken, sondern vielleicht eher den einen oder anderen Quertreiber im Kanzleramt.

Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde, ich meine, Heiner Geißler war nicht das Problem der Partei. Herr Bundeskanzler, er war Ihr Problem.

In unserem Grundsatzprogramm – man kann es nicht immer unter dem Arm mit sich herumtragen, aber es ist an und für sich sehr, sehr nützlich – heißt es in Ziffer 10 unter dem Stichwort „Konfliktlösung“ – ich zitiere –:

Unterschiede der Meinungen und Interessen können zu Konflikten führen. Sie sollen offen und in gegenseitiger Achtung ausgetragen und dadurch fruchtbar gemacht werden.

Ich bezweifle ernsthaft, daß die bisherige Diskussion fruchtbar gewesen ist. Ich hoffe aber sehr, daß diese offene Aussprache auf dem Parteitag zu einer neuen Vertrauensgrundlage und damit fruchtbar wird.

Ich darf mit einem leicht geänderten Zitat John F. Kennedys schließen. Es gilt für diejenigen, die hier oben sitzen, für uns alle. Es lautet: Frage nicht, was deine Partei für dich tun kann, sondern was du für deine Partei tun kannst.

Ich bedanke mich.

(Zustimmung)

**Jürgen Echternach**, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Tremmel aus dem Landesverband Baden-Württemberg. Nach ihm hat der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Herr Böhr, das Wort.

**Fritz Tremmel**: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dies ist der 30. Parteitag, an dem ich teilnehme, und der erste, zu dem ich mit wirklich aufgewühlten Gefühlen gefahren bin. Mit aufgewühlten Gefühlen deshalb, weil, Herr Parteivorsitzender, die Entscheidung, die Sie getroffen haben, viele Menschen und viele Parteifreunde sehr hart getroffen hat.

(Vereinzelt Zustimmung)

Ich möchte weiter sagen – es ist vorhin in einem Referat bereits angesprochen worden –, daß man seinerzeit, als das Amt des Generalsekretärs geschaffen wurde, in der Tat vor Augen hatte, daß die Partei, wenn der Parteivorsitzende Regierungschef ist, daneben auch ihr eigenes Profil haben muß, daß sie die Regierung kritisch

begleiten kann, denn dort müssen ja immer Koalitionsabkommen getroffen und Kompromisse geschlossen werden, und dadurch verliert das Profil der Partei an Kontur.

Ich möchte ein weiteres feststellen: Herr Parteivorsitzender, ich habe in Ihrer Rede auch eine Analyse zu den Wahlverlusten vermißt, die wir in den vergangenen Jahren erlitten haben, obwohl die Partei und die Regierung Hervorragendes geleistet haben.

Ich will einen Vergleich anstellen. Wenn in einer Gemeinde – ich bin vor allen Dingen kommunalpolitisch tätig – ein großes Bauwerk errichtet wird, z. B. ein Bürgerzentrum mit einem wunderbaren Park, dann ist das schön, und dann wird das auch gefeiert, aber wenn ein Zebrastreifen nicht angelegt wird, dann wird in der Tat emotional darüber diskutiert, warum er nicht angelegt wird. Meine beiden Vorredner haben vorhin in der Tat Beispiele genannt: die Flugbenzin-Steuer und einiges andere; ich will es jetzt nicht wiederholen. Das sind im Grunde genommen Peanuts, Kleinigkeiten, gemessen an dem, was die Regierung geleistet hat. Aber diese Kleinigkeiten haben die Arbeit überlagert und die Diskussion in der Öffentlichkeit ganz stark beeinflusst. Das wiederum hat zu einem Negativ-Image geführt. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Meine große Sorge jetzt ist: Wenn wir einen neuen Generalsekretär haben, der andere Eigenschaften als der bisherige haben soll, d. h. der weniger kantig sein soll, der weniger Profil haben soll, der weniger – auch im positiven Sinne – auch einmal widerspricht, dann haben wir, meine lieben Freunde – das muß ich einmal sagen –, einen Hauptgeschäftsführer, und einen solchen brauchen wir im Grunde genommen nicht. Dann müssen wir uns überlegen, ob nicht eigentlich das Modell, das man jetzt im Präsidium erörtert hat, ausreicht und ob man in Zukunft auf einen Generalsekretär verzichten können. Dies ist ein ganz wichtiger Punkt, denn so hat der Generalsekretär in der Form diese Aufgabe – ich muß sagen – leider nicht mehr, da die Funktion eines Generalsekretärs natürlich ganz stark mit von seiner Persönlichkeit geprägt ist. Ich will Volker Rühle nicht zu nahe treten; er hat seine Qualitäten, aber sicherlich, soweit sie mir bekannt sind, auf anderen Gebieten, aber nicht auf dem. Das will ich zum Ausdruck bringen.

Herr Parteivorsitzender, lieber Helmut Kohl, ich habe Ihnen im Zorn einen kurzen Brief geschrieben. Vielleicht würde ich das eine oder andere Wort so nicht mehr wählen. Aber dennoch bleibe ich dabei – das muß auch zum Ausdruck gebracht werden –: Ich kann Sie heute nicht wählen –, was mich nicht daran hindert, Sie, wenn Sie gewählt werden, nachher wieder in voller Stärke zu unterstützen.

(Zustimmung)

**Jürgen Echternach**, Tagungspräsidium: Jetzt hat Herr Böhr das Wort. Nach ihm spricht Herr Dübel, der Vorsitzende der Exil-CDU.

**Christoph Böhr**: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Helmut Kohl hat heute morgen darauf hingewiesen – Heiner Geißler hat diesen Hinweis in seiner beeindruckenden Rede heute nachmittag mit gutem Grund, wie ich denke, aufgegriffen –, daß Leistungsbilanzen heute längst nicht mehr ausreichen, um die Bürger für uns und unsere Politik zu gewinnen. Ich möchte bei diesem Satz eigentlich einmal einen Moment innehalten, weil sich aus ihm Folgen für die Arbeit der Partei und für das Selbstverständnis der Partei ergeben und weil wir, wenn dieser Satz richtig ist, bedenken müssen, und zwar auch und gerade auf diesem Parteitag, was es denn für Folgen sind, die wir in der Arbeit zukünftig zu berücksichtigen haben.

Denn in der Tat werden Wahlkämpfe immer weniger durch Erfolgsbilanzen einer Regierung entschieden, auch wenn sie noch so sehr beeindruckend sind. Es ist das Problem, unser Problem, das Problem der Union, daß unsere Erfolge ja gar nicht bestritten werden, daß wir uns aber trotzdem in einem Tief befinden, in einem Stimmungstief, in einem Meinungstief, und das nicht nur punktuell, nicht nur von Zeit zu Zeit, nicht nur ab und an.

Meine Damen und Herren, das wird um so sichtbarer, um so dramatischer sichtbar, wenn Sie sich einmal das Verhältnis der jungen Generation zu unserer Partei vor Augen führen. Der Vertrauensverlust bei jungen Leuten könnte in den letzten Jahren kaum dramatischer ausgesehen haben.

(Vereinzelt Beifall)

Bei den letzten Wahlen hat unsere Partei bei den Jungwählern in der Regel deutlich unter 30 % erreicht. Da hilft nicht, daß wir diesen Tatbestand verdrängen oder daß wir ihn beschönigen. Dieses Ergebnis ist für uns eine Katastrophe. Dieses Ergebnis muß für uns Grund sein, auch darüber nachzudenken, wo wir denn Fehler gemacht haben, daß wir uns fragen, wo die Gründe liegen, die wir zu verantworten haben. Denn eines scheint mir sicher zu sein: Allein der Mangel an Einsicht bei jungen Leuten hat nicht zu diesem Ergebnis geführt.

Viele junge Menschen finden heute kaum noch einen Zugang zu unserer Politik und unserer Partei. Sie stoßen sich an dem, was Inhalt und Stil unserer Politik ist. Meine Damen und Herren, so sehr kann uns das eigentlich nicht verwundern. Auch in unserer Partei, im alltäglichen Leben unserer Partei spielt Jugend kaum noch eine Rolle. Wir müssen uns einmal fragen, was nach dem Jugendparteitag im Jahre 1981 eigentlich geschehen ist. Das ist inzwischen acht Jahre her. Was haben Partei und Regierung seitdem getan?

(Zuruf: Und die Junge Union?)

Die Antwort, fürchte ich, fällt ziemlich mager aus. Wir müssen an die Diskussion von damals anknüpfen, wenn wir Ergebnisse bei Jungwählern erreichen wollen, wie wir sie erfreulicherweise 1983 verbuchen konnten. Immer mehr junge Leute fragen uns: Für was steht die Union eigentlich? Was macht uns als Union unverwechselbar? Wie läßt sich das Profil der Union beschreiben? Immer häufiger wissen wir auf diese Fragen keine Antwort mehr.

Die Chance dieses Parteitags liegt ähnlich wie die des letzten Parteitags in Wiesbaden auch darin, daß wir wieder einmal den Versuch unternehmen, auf die Frage nach unserer Identität Antworten zu formulieren. Wir wollen die Umweltpolitik aus dem Schattendasein herausholen. Wir wollen endlich die Meinungsführerschaft erringen, wenn es um den Schutz der Schöpfung geht. Die Union muß die führende Umweltpartei in Deutschland werden, so wie sie die Partei der Sozialen Marktwirtschaft und die Partei der Wiedervereinigung ist. Die Umweltpolitik muß Teil unserer unverwechselbaren Identität werden.

Was nach 1945 die große politische Herausforderung darstellte – die Integration von Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik im einheitlichen Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft –, das, denke ich, ist heute im wesentlichen die Umweltpolitik. Die Aufgabe ist ähnlich. Die Aufgabe ist der damaligen Aufgabe vergleichbar. War es damals der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, so ist es heute der Gegensatz von Ökonomie und Ökologie. So wie die Union nach 1945 die Soziale Marktwirtschaft

erfunden hat, so müssen wir heute die ökologische Marktwirtschaft erfinden. Das muß das Markenzeichen der Union der 90er Jahre sein. Hier muß sich ein Stück unserer Identität zeigen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich denke, meine Damen und Herren, die Union läuft Gefahr, ihr Selbstbewußtsein zu verlieren, weil viele es einfach leid sind, immer nur den Diskussionen der Regierung hinterherzulaufen. Die Partei will mitarbeiten. Sie will die Chance der Diskussion vor allem auch vor Entscheidungen der Regierung und nicht nur danach. Die Partei will gestalten. Die Partei will gefragt werden, und nicht nur dann, wenn Handzettel verteilt werden sollen. Die Partei will entscheiden. Sie will mehr sein als Werbeagentur der Regierung. Das, meine ich, muß Selbstverständnis der Partei gerade dann sein, wenn sie führend in der Regierungsverantwortung steht.

In den letzten Jahren war es vor allem Heiner Geißler, der die programmatische Entwicklung der Union zu seiner persönlichen Sache gemacht hat, zu seiner Sache als Generalsekretär. Gerade weil Heiner Geißler für diese Aufgabe in der Partei gestanden hat und weiter dafür einsteht, so hoffe ich, ist die Entscheidung, ihn nicht mehr vorzuschlagen, vor allem im Bereich der jungen Generation auf viel Unverständnis gestoßen. Meine Freunde, deshalb muß Heiner Geißler in der Führung der Union bleiben. Wir können nicht auf ihn verzichten, und wir wollen auch nicht auf ihn verzichten. Wir brauchen ihn weiter.

(Beifall)

Wir brauchen einen Generalsekretär – hier beschreibt sich ein Stück Aufgabe der Partei, denke ich –, der notwendige Spannungen zwischen Partei und Regierung nicht nur aushält, sondern auch sichtbar macht, weil es ohne dieses Sichtbarmachen nicht geht. Wir brauchen einen Generalsekretär, der die Eigenständigkeit der Partei verkörpert. Wir brauchen einen Generalsekretär, der die politische Richtung des Generalsekretärs Heiner Geißlers nicht verändert. Deshalb, meine Damen und Herren, bin ich froh, daß mit Volker Rühle ein Personalvorschlag gemacht wird, der eben keine Korrektur des politischen Kurses beinhaltet, sondern weiter für eine Politik der Mitte steht, wie sie Heiner Geißler vertreten hat.

Viele spekulieren heute – das wurde in den Diskussionsbeiträgen deutlich –, ob Änderungen der politischen Richtung vielleicht notwendig sind. Viele fühlen sich durch das Entstehen einer neuen Partei am rechten Rand verunsichert. Deshalb muß dieser Parteitag mit Nachdruck bestätigen, meine Damen und Herren: Das Auftreten der Rechten darf uns nicht dazu verführen, den Kurs der sozialen Mitte zu verlassen. Nicht die Republikaner, sondern wir selbst und wir allein bestimmen unsere Orientierung und unseren Kurs. Deshalb darf es kein Schielen nach der rechten Seite geben. Mit den Republikanern darf und wird es keine Zusammenarbeit geben, auf keiner Ebene der Partei. Jetzt nicht und auch nicht in Zukunft wird es eine solche Zusammenarbeit geben.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, wer die politische Diskussion in unserem Lande verfolgt, fragt sich manchmal, wo er eigentlich lebt. Ich denke, daß wir in einer Zeit leben, von der eine seltene Faszination ausgeht, in einer Zeit, in der sich die Freiheit Bahn bricht, in einer Zeit, in der Konturen eines freien Europas sichtbar werden, in einer Zeit, in der die Menschen in ganz Europa frei sein wollen und nach Freiheit streben.

(Zuruf: Aufhören!)

Meine Damen und Herren, ich bin persönlich zutiefst davon überzeugt, daß meine Generation erleben wird, daß wir die Spaltung unseres Vaterlandes überwinden.

(Vereinzelt Beifall)

*Wir leben aber auch in einer Zeit, in der uns diese faszinierenden Perspektiven jedenfalls in der öffentlichen Diskussion kaum beschäftigen. Vieles bewegt uns im politischen Alltag. Aber wie klein unsere Sorgen oft sind, stellen wir fest, wenn wir z. B. mit Deutschen sprechen, die als Übersiedler aus der DDR zu uns kommen. Viele, bis in die Partei hinein, die abfällig über Aussiedler reden, sollten vielleicht erst einmal mit ihnen reden, um sich zu informieren, aus welchen politischen Zusammenhängen diese Menschen zu uns kommen. Unsere Zeit eröffnet faszinierende politische Perspektiven.*

Ich möchte noch einen Satz sagen; denn in der öffentlichen Diskussion, finde ich persönlich, entsteht häufig ein falsches Bild. An den faszinierenden Perspektiven, die sich uns heute eröffnen, an dieser Entwicklung hat Helmut Kohl einen sehr viel größeren Anteil, als das in der öffentlichen Debatte oft sichtbar wird. Das im Blick zu behalten gehört auch zum Bild dieses Parteivorsitzenden, der es vielen von uns nicht immer einfach macht, meine Damen und Herren. Wir müssen uns einig sein: einig in der Führung der Partei, einig in der Basis der Union, die Erneuerung der Partei gemeinsam zu wollen, jetzt damit zu beginnen, uns jetzt zu erneuern, während wir in der Regierungsverantwortung stehen, weil wir sonst unseren Führungsanspruch verlieren werden.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Jürgen Echternach**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Böhr. Ich muß auf die Geschäftslage verweisen. In der Zwischenzeit ist die Zahl der Wortmeldungen auf 35 angestiegen. Die Geschäftsordnung räumt dem amtierenden Präsidenten das Recht ein, wenn es die Geschäftslage erfordert, die Redezeit auf fünf Minuten zu begrenzen  
(Beifall)

Ich möchte davon im gegenwärtigen Zeitpunkt noch keinen Gebrauch machen, aber doch alle Redner bitten, nach Möglichkeit diesen Satz nicht sonderlich zu überschreiten. Anderenfalls sind wir gezwungen, von dieser Bestimmung der Geschäftsordnung, dem § 18, Gebrauch zu machen.

Das Wort hat jetzt zunächst Herr Dübel, danach Herr Diepgen.

**Siegfried Dübel**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Süßmuth hat in ihrer Eigenschaft als Bundestagspräsidentin bei den Feierlichkeiten zu 40 Jahren Bundestag und Bundesrat angesichts der ständigen Baustellen ausgeführt: „Wir sehen, das Provisorium nimmt kein Ende.“ Sollte darin eine höhere Weisheit liegen? Ob höhere Weisheit, weiß ich nicht. Aber immerhin, alle Welt redet von der deutschen Wiedervereinigung, die polnische Solidarität fordert sie, der amerikanische Botschafter macht sich dafür stark und der Sunday Telegraph schreibt: „Die Zeit ist gekommen.“

Nur bei den deutschen Politikern – mit Ausnahme des Bundeskanzlers – hat zunächst Schweigen geherrscht, vor allem natürlich wie immer bei der SPD. Um so mehr freue ich mich, an ein Wort von Lothar Späth anknüpfen zu können: die Wiedervereinigung werde in Polen, in Skandinavien, in Großbritannien als die Herstellung eines natürlichen Zustandes angesehen, „und die Spaltung ist nicht hinnehmbar“. Deshalb ist es gut, meine Freunde, daß Helmut Kohl am Ziel der Wiedervereinigung festhält, daß wir uns wehren gegen den Versuch von Sozialdemokraten, das Grundgesetz zu ändern, oder gar, eine besonders raffinierte Tour, wie es Herr Schmude will, es umzuinterpretieren.

Bei aller Freude darüber, daß die deutsche Frage wieder in den Mittelpunkt der internationalen Politik rückt, müssen wir uns ernsthaft fragen: wie real sind denn die Chancen? Ausgangspunkt unserer Überlegungen muß die Erkenntnis sein, daß die Reformpolitik Gorbatschows diese Entwicklung eingeleitet hat, die die Chancen zur Lösung der deutschen Frage sichtbar werden läßt. Deshalb muß oberste Maxime sein und bleiben: diese Politik darf nicht gefährdet werden, ihr darf nicht der Boden entzogen werden. Sie muß behutsam und umsichtig fortgesetzt werden.

Noch hat sie keinen universellen Durchbruch im Osten erreicht, sondern der Spaltung Europas in Ost und West noch eine zweite Spaltung in Osteuropa zwischen reformfreudigen Ländern einerseits und reformunwilligen Staaten andererseits hinzugefügt. Die reaktionären stalinistischen Kräfte sind auch in der Sowjetunion noch sehr stark und wohl auch durch die Entwicklung in China gestärkt worden. Die Reformunwilligkeit Honeckers und seiner Regierung basiert vor allem darauf, daß sie hoffen, daß sich die Reaktionäre im Kreml, die sie heute unterstützen, morgen wieder durchsetzen.

Die Ungarn haben mit Recht bei allen tiefgreifenden Reformen immer wieder betont und Gorbatschow hat es auch als eine Rahmenbedingung vorgegeben, daß das Land Mitglied des Warschauer Paktes bleiben will, weil niemand ein Interesse daran haben kann, das Machtgleichgewicht in Europa zu verschieben.

Deshalb muß im Rahmen der Deutschlandpolitik die Forderung nach Reformen in der DDR sachlich und zeitlich Vorrang haben vor allen anderen Überlegungen. Nur eine Reformpolitik nach dem Beispiel Polens und Ungarns oder mindestens dem der Sowjetunion kann den Menschen in der DDR wieder Hoffnung geben, so daß sie in ihrer Heimat, die ja auch unser aller Heimat ist, meine Freunde, bleiben können und bleiben wollen.

Deshalb müssen die beiden Teilstaaten Bundesrepublik Deutschland und reformierte DDR auch noch eine gewisse Zeit neben- und miteinander existieren, bis der internationale Abrüstungs- und Entspannungsprozeß soweit gediehen ist, daß sich die Blöcke in einem gemeinsamen europäischen Haus auflösen. Jeder Versuch der DDR – auch gerade einer reformierten DDR –, einseitig aus dem Warschauer Pakt auszutreten, würde unweigerlich den Reformprozeß zerstören und damit gerade auch die erstrebte Wiedervereinigung unmöglich machen. Jeder Versuch, Deutschland durch Neutralisierung wiederzuvereinigen, machte den Westen verteidigungsunfähig und würde das in 40 Jahren gewachsene Vertrauen der westlichen Völker in die Deutschen zerstören. Deshalb muß Wiedervereinigungspolitik gebunden bleiben an Entspannungs- und Reformpolitik, und sie ist von ihrem Erfolg abhängig, meine Freunde.

Hier ist mit Recht – gerade Helmut Kohl hat es heute morgen gesagt – viel von der Not derer gesprochen worden, die Zuflucht suchen in Vertretungen der Bundesrepublik oder die über Ungarn zu uns zu kommen versuchen. Helmut Kohl hat heute früh formuliert: „Ihre Hoffnung war und ist die Bundesrepublik Deutschland.“ Ich muß hier Helmut Kohl etwas variieren: Ihre Hoffnung war die Demokratisierung der DDR, unserer mitteldeutschen Heimat, und dann ein in Freiheit wiedervereinigtes Deutschland. Sie kamen heute, weil sie verzweifelten, als Honecker jede Reform verweigerte, und sie ihre demokratische Zukunft in der DDR als hoffnungslos ansehen.

Wir müssen deshalb mehr an die Deutschen denken – und das ist Gott sei dank immer noch die große Masse der Deutschen in der DDR –, die dort bleiben. Je mehr weggehen, um so schwerer haben es die Bleibenden, um so schwerer wird deren Los. Die Krankenschwester, die hier eine Lücke füllen kann, hinterläßt drüben ein Loch, das viel, viel größer ist als je ein Loch hier in der Bundesrepublik. Die Busfahrer, die abwandern, vermehren die Schlange der Leute, die am Bus stehen. Kfz-Mechaniker und die vielen praktischen Berufe hinterlassen Lücken, die drüben kaum zu füllen sind.

Die Not der Mitteldeutschen wächst durch den Exodus, und es wächst auch die Last ihrer Verantwortung für das deutsche Land. Der neue katholische Bischof von Berlin Sterzinsky hat gestern in einer Messe davon gesprochen, daß die Übersiedler den bequemeren Weg genommen haben, und er hat seiner tiefen Sorge um das Schicksal des mitteldeutschen Landes Ausdruck verliehen. Weitblickend hat er gesagt, dies könne auch der gefährlichere Weg sein, wenn diese Menschen ihren angestammten Platz verlassen.

Je mehr demokratisch gesinnte Bürger – ältere wie jüngere – die DDR verlassen, um so schwerer wird die Aufgabe der Mitteldeutschen, demokratische Reformen durchzusetzen. Deshalb muß unsere Politik stärker als bisher darauf gerichtet sein, den mitteldeutschen Demokraten geistige und moralische Hilfe zu geben. Der Anfang aber muß in der DDR mit demokratischen Reformen gemacht werden.

Aber auch die Sowjetunion kann und muß mitwirken. Sicher sind wir froh darüber, daß die Breschnew-Doktrin abgeschafft worden ist. Aber – und das muß Herrn Genscher gesagt werden – es besteht ja fort die Verantwortung der vier Siegermächte, die in Potsdam ein einheitliches und ein demokratisches – nicht ein stalinistisch-totalitäres – Deutschland beschlossen haben. Wir dürfen und wir wollen die Sowjetunion nicht aus dieser Verantwortung dafür und auch nicht aus der Verantwortung dafür, was Stalin aus diesem Teil Deutschlands gemacht hat, entlassen. Wir – vor allem die Bundesregierung – müssen darauf hinwirken, daß sich die sowjetischen Politiker dieser Verantwortung bewußt werden und damit den Weg frei machen, daß auch unsere deutschen Bürger in der DDR nach 40 Jahren Stalinismus – auch dann, wenn er heute in einer etwas gedämpfteren Form da ist – Menschenrechte und Demokratie erfahren können.

(Beifall)

**Jürgen Eckternach**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dübel.

Ich muß noch einmal auf die Geschäftslage zurückkommen. In der Zwischenzeit sind weitere vier Wortmeldungen hinzugekommen, so daß wir nun bei 39 Wortmeldungen sind. Wenn wir alle Wortmeldungen zum Zuge kommen lassen – auch nur mit dem Minimum von fünf Minuten –, sind wir bereits bei acht Uhr. Deswegen möchte ich fragen, ob wir jetzt an dieser Stelle eine Redezeitbegrenzung von fünf Minuten einführen wollen.

(Beifall)

Ich würde gerne darüber abstimmen lassen. Wer dafür ist, die Redezeit auf fünf Minuten zu begrenzen, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Zurufe: Drei Minuten!)

Ich bitte um die Gegenprobe. – Das erste war die große Mehrheit. Dann gilt ab jetzt die nach der Geschäftsordnung vorgesehene Redezeitbegrenzung auf fünf Minuten.

Das Wort hat Herr Diepgen.

**Eberhard Diepgen:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heiner Geißler hat vorhin die Frage gestellt: Was bewegt uns eigentlich? Eben in der Mittagspause habe ich mit meiner Frau telefoniert. Sie hat mir gesagt: Sag mal, worüber diskutiert ihr eigentlich angesichts der Bilder, die im Fernsehen aus Ungarn, aus Österreich und aus Bayern gezeigt werden?

(Beifall)

Natürlich müssen wir uns auseinandersetzen – das sind Themen, die uns zum Teil wirklich betroffen machen, bei denen wir den Weg nach vorne suchen müssen – über die Frage, in welcher Form die Union auch in der Struktur der Parteispitze ihre eigene Identität findet, über die Frage: Wie gewinnen wir die junge Generation wieder? Die Schlüsselbegriffe sind dabei für mich Glaubwürdigkeit, Gerechtigkeit in einer Zeit, in der viele junge Leute beispielsweise grün-alternativ wählen; nicht, weil sie den politischen Zielen, den einzelnen Programmpunkten zustimmen, sondern nur deswegen, weil sie aus Gründen des politischen Stils, aus Gründen der Glaubwürdigkeit, aus Gründen des Protestes gegen traditionelle Parteien sind. Damit müssen wir uns auseinandersetzen.

Aber ich will Ihnen ganz offen sagen: Mich bewegt an dem heutigen Tag, an diesem 11. September 1989, daß es erstmals seit der Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg ganz offensichtlich eine wirkliche Öffnung des Eisernen Vorhanges gibt.

(Beifall)

Viele von Ihnen haben wie ich in der Vergangenheit immer davon geträumt, daß man einmal mit Kindern oder Enkelkindern ohne Kontrollen frei durch das Brandenburger Tor vom Westteil in den Ostteil der Stadt Berlin laufen kann. Das wäre symbolhaft für die Überwindung der Teilung Deutschlands.

Ich glaube, bei allen Problemen, die wir noch sehen müssen – auch angesichts der Tatsache, daß die Breschnew-Doktrin vielleicht gar nicht vom Tisch ist, sondern sich nur das Niveau, die Bereitschaft zum Eingreifen der Sowjetunion verändert hat –, gibt es hier Hoffnungen. Das, was meines Erachtens von diesem Parteitag ausgehen muß – übrigens auch unter dem Gesichtspunkt, daß die großen, die Menschen bewegenden Themen von der Union gestaltet werden müssen –, ist, daß wir als Partei einen Impuls geben, die sich wirklich zu ihrem Namen bekennt: CDU Deutschlands, und das ist ganz Deutschland.

(Beifall)

Mich macht – ich muß das so sagen – immer wieder betroffen – Herr Dübel hat einige Punkte angesprochen –, daß es gerade deutsche Politiker sind – besonders betroffen macht mich, daß es in letzter Zeit verantwortliche Politiker in Berlin sind –, die von Wiedervereinigungsrhetorik reden, die von einer fortbleibenden Spaltung Deutschlands, von einer fortbleibenden Zweistaatlichkeit Deutschlands reden. Sie wissen nicht – ich will das hier einmal sagen –, was die Menschen in der DDR wirklich meinen. Unsere Aufgabe ist es, jetzt ein Instrument zur Weiterentwicklung der Deutschlandpolitik zu entwickeln, mit dem wir auf das eingehen können, was es an faszinierenden Entwicklungen in Polen, in Ungarn und zum Teil in der Sowjetunion gibt.

Für mich ist selbstverständlich: Wir müssen den Polen helfen; übrigens nicht nur wegen der polnischen Entwicklung, sondern weil das Rückwirkungen hat auf die Lösungsmöglichkeiten der nationalen Frage, der Verwirklichung der Einheit der deutschen Nation. Deswegen ist es auch eine Verpflichtung für uns.

(Zustimmung)

Ich will einige weitere Schlußfolgerungen in den fünf Minuten ziehen, die mir gegeben sind. Ich glaube, die Weiterentwicklung der Deutschlandpolitik ist in dem Sinne notwendig, daß wir uns an gesellschaftliche Gruppen wenden, daß wir uns – ich erinnere an die Auflösung der Blockparteien in Polen – auch an andere Parteien, an andere gesellschaftliche Gruppen in der DDR wenden, d. h. nicht nur an die SED. Wir sollten in der nächsten Zeit auch die Ost-CDU als Gesprächspartner vorsehen.

Es ist notwendig, meine Damen und Herren, daß wir auch deutlich machen, zu welchen Anstrengungen wir bereit sind, den Reformprozeß innerhalb der DDR zu unterstützen, weiterzuentwickeln. Wir bleiben natürlich bei der Forderung an die DDR-Führung, daß sie Signale geben muß, die Hoffnungen für die Menschen bringen.

Aber mir geht es vor allen Dingen auch darum, daß wir uns gegen das wehren, was mit rot-grün verbunden ist. Das ist nämlich nicht nur eine Koalition, wo sehr deutlich wird – deutlicher als jemals in der Vergangenheit –, daß die Alternative im Dezember nicht nur Freiheit oder Sozialismus ist, sondern auch die Alternative: entweder Separatismus oder Deutschlandpolitik, die sich an der Einheit orientiert. Das sind die wirklichen Alternativen, mit denen wir uns leider auseinandersetzen müssen.

(Zustimmung)

Dieser Parteitag sollte einen Impuls geben, der zeigt, daß wir die Partei sind, die Deutschland als Ganzes in ganz Europa sieht: in einem Europa des Friedens, der Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit und der Einheit Deutschlands

(Beifall)

**Jürgen Echter**nach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Diepgen.

In der Zwischenzeit sind drei weitere Wortmeldungen eingegangen. Wir sind jetzt bei 42 Wortmeldungen. Darf ich fragen, ob Sie damit einverstanden sind, daß wir die Rednerliste schließen? Gibt es gegen diesen Vorschlag Gegenstimmen? – Ich sehe, daß sich niemand zu einer Gegenrede meldet. Dann können wir darüber abstimmen lassen. Wer dafür ist, die Rednerliste zu schließen, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das erste war die große Mehrheit. Die Rednerliste ist damit geschlossen.

Das Wort hat jetzt Herr Kipp.

**Norbert Kipp**: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde! Jetzt kommt ein ganz frischer Delegierter zu Wort. Das ist auch einmal ganz schön. Ich bin zum erstenmal auf einem Parteitag.

Ich möchte zunächst sagen: Ich bin froh, daß hier keine Stimmung für Radau aufgekommen ist. Sie glauben gar nicht, wie dankbar ich dafür bin. Wir sollten alle dafür dankbar sein. Ich kann nur sagen: Gott sei Dank.

Ich hatte eben den Eindruck, daß man Herrn Diepgen besser zuhören konnte als den Vorrednern, die Dinge gesagt haben, die wir eigentlich gar nicht hören wollen.

(Zustimmung)

Wir hätten ruhig über eine Redezeit von drei Minuten abstimmen können. So lange brauche ich noch nicht einmal; denn ich fiebere schon dem „Bremer Abend“ entgegen, und morgen wollen wir doch über Umweltpolitik diskutieren.

Herr Geißler, eines muß ich Ihnen sagen: Wie Sie sich gerade verhalten haben, war sehr souverän, sehr überzeugend. Das kommt auch bei jungen Menschen an.

Herr Kohl, ich glaube, bei Ihnen war das sicherlich ein Ausrutscher. Sie tun ja in der österlichen Zeit immer Buße. Sie sollten einmal in anderer Form Buße tun. Ich schlage

vor, daß Sie im nächsten Bundestagswahlkampf quer durch die Republik Wahlkampfzeiten verteilen. Dann könnten Sie sich mit der Basis wieder versöhnen.

(Heiterkeit und Beifall)

Karl Carstens sitzt neben Ihnen. Ich glaube, er kennt die Schleichwege der Republik.

Dennoch sollten wir Helmut Kohl gleich, wenn es um die Wahl des Parteivorsitzenden geht, kräftig unterstützen. Eine Art Absolution sollten wir ihm trotzdem erteilen. Wir brauchen einen Vorsitzenden, der kräftig unterstützt wird. Jeder Mensch macht Fehler, wir machen alle Fehler. Als Partei mit dem C im Namen haben wir einen gewissen Anspruch. Wir sollten Helmut Kohl also verzeihen.

Wir befinden uns im nächsten Jahr im Bundestagswahlkampf. Deshalb müssen wir heute schon beginnen, Helmut Kohl zu unterstützen.

(Beifall)

**Jürgen Echternach**, Tagungspräsidium: Herr Kipp, ich danke Ihnen vor allem dafür, daß Sie die fünf Minuten Redezeit nicht ausgeschöpft haben. Das ist ein gutes Vorbild.

Das Wort hat Herr Wallmann.

**Dr. Walter Wallmann:** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich denke, wir haben zwei sehr nachdenkliche Reden des Parteivorsitzenden und des Generalsekretärs gehört. Es ist gut, daß zum Ausdruck gekommen ist, daß auch wir mehr Fragen als Antworten haben. Es entspricht auch der Grundströmung in unserer Zeit. Ich bin der festen Überzeugung, daß viele Menschen gerade nicht jenen Politikern zuhören, die ständig Patentrezepte verkaufen.

Ein Zweites: Beschäftigen wir uns wirklich mit jenen Themen und Fragen, die die Menschen in unserer Zeit tatsächlich bewegen?

Wir wollen auch in aller Offenheit zugeben, daß wir als Union mit der politischen Akzeptanz nicht erst in den vergangenen Wochen und Monaten unsere Probleme gehabt haben.

Die Wahrheit ist ja, daß wir teilweise bittere Stimmenverluste hinzunehmen hatten. Wir haben drei Landesregierungen verloren, und in 14 von 15 größeren Städten stellt die SPD den Oberbürgermeister. Das ist etwas, was mich besonders beunruhigt, weil gerade in den großen Städten die intellektuellen Auseinandersetzungen stattfinden und öffentliches Bewußtsein geprägt wird.

Meine Damen und Herren, wir müssen über die Kategorien von Soll und Haben nicht nur hinausdenken, sondern – ich stimme Heiner Geißler zu – jeder von uns muß sich darum bemühen, daß sein Denken und Handeln übereinstimmen. Ich glaube, viele Menschen empfinden, daß eine Gesellschaft, die alles zu haben scheint, nur noch verlieren kann. Hier sind viele bewegende Fragen angesprochen worden: Gentechnik, Bewahrung der Schöpfung und anderes mehr. Heiner Geißler hat den Wiesbadener Parteitag in unsere Erinnerung gerufen. In der Tat, wir haben es uns in Wiesbaden mit der Frage des Schutzes des ungeborenen Lebens schwergemacht. Aber ich bekenne offen, verehrte Freunde: Für mich jedenfalls ist ein gehöriger Rest geblieben. 200 000 bis 300 000 Abtreibungen pro Jahr in einem der reichsten Länder der Welt, und davon über 90 % Fälle der sogenannten sozialen Indikation, können uns nicht unbeeindruckt lassen.

(Beifall)

Dieses Thema muß von uns weiterverfolgt werden.

Noch etwas. Wenn es uns gelingt, deutlich zu machen, daß Politik mehr ist als technische Administration und Bewältigung aktueller Probleme, dann habe ich keine Sorgen für die Zukunft. Wenn wir dann klarmachen, daß wir begriffen haben – Eberhard Diepgen hat eben davon gesprochen –, daß wir uns in einer Situation eines weltweiten Umbruchs befinden, der eine historische Dimension hat, dann hören uns die Menschen auch wieder zu. Ich möchte das hier ganz freimütig sagen: Wir müssen klar und deutlich sagen, daß es jetzt um wichtigere Fragen geht als um noch mehr Wohlstand, um noch mehr Freizeit. Jetzt geht es darum, Solidarität mit jenen unter Beweis zu stellen, die in besonderer Weise auf uns angewiesen sind.

Unser Freund Dr. Mock hat davon gesprochen: Wir erleben zur Zeit nicht die tiefe Krise oder den Niedergang einer oder einiger kommunistischer Parteien, sondern wir erleben sehr viel mehr: Mit dem Marxismus-Leninismus oder dem real existierenden Sozialismus bricht eine Weltanschauung zusammen. Eine Weltanschauung, die mit dem Anspruch, ein geschlossenes, wissenschaftliches System zu sein und künftige Entwicklungen der Gesellschaft vorhersagen zu können, Millionen von Menschen fasziniert hat.

Jetzt richtet sich doch an uns die schlichte Frage: Was haben wir jetzt zu tun?

Ich will zwei Antworten geben.

Erstens: Das geht nicht nur jene kommunistischen Parteien und jene Staaten des real existierenden Sozialismus an. Es wäre eine verhängnisvolle Antwort, wenn wir sagen würden: Ja, es geht nur die etwas an. Die Wahrheit ist, daß wir über die vergangenen Jahrzehnte und über hundert Jahre hinweg mit dieser Weltanschauung in einem kontradiktorischen Verhältnis gestanden haben.

Wer meint, wir hätten jetzt keine intellektuellen Auseinandersetzungen mehr zu führen, der irrt sich gründlich.

Zweitens: Wir müssen jetzt insbesondere den Polen helfen.

(Vereinzelt Beifall)

Jeder einzelne, jeder Oberbürgermeister, jeder Fraktionsvorsitzende, jede Landesregierung, jeder Regierungschef ist genauso aufgefordert wie die Bundesregierung.

(Vereinzelt Beifall)

Die Fragen richten sich ganz konkret an uns alle.

Wenn heute Politiker mit 50 Journalisten in einer Sondermaschine dort hinfahren, wie Herr Rau, der hilft den Polen ganz gewiß nicht.

(Beifall)

Es geht vielmehr darum, in der Stille zu arbeiten, Projekte vorzubereiten, zu verantworten, was man zusagt. Das ist das Entscheidende.

Ich glaube, meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang sollten wir auch folgendes zum Ausdruck bringen. Wir verzichten nicht auf unser Selbstbestimmungsrecht und wir verzichten nicht auf Wiedervereinigung, wenn wir sagen: Wir wollen eine europäische Lösung, weil der Kern des Anliegens die Freiheit ist – in Polen, in anderen Ländern und auch für uns Deutsche. Wir verzichten nicht auf unsere Anliegen, wenn wir hier zu Hilfe bereit sind.

Vielleicht erinnern wir uns daran, verehrte Freunde: Es hat nicht nur den Hitler-Stalin-Pakt gegeben. Es gab auch die polnischen Teilungen als Folge einer brutalen russisch-preußisch-österreichischen Machtpolitik. Daraus rühren bis heute Traumata im polnischen Volk und in den Erinnerungen dieses Volkes.

Aber es gibt auch ein anderes Bild. Im vergangenen Jahrhundert gab es eine Welle von Solidarität unter den Deutschen für die Polen in ihrem Freiheitsstreben. Ich erinnere nur an das Hambacher Fest oder an die Nationalversammlung in der Paulskirche zu Frankfurt am Main. Wenn wir dort anknüpfen, dann, glaube ich, haben Deutsche wie Polen eine gute Zukunft. Eine Zukunft, auf die wir noch vor kurzer Zeit nicht zu hoffen gewagt hatten.

(Beifall)

**Jürgen Echternach**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Wallmann. Ich darf darauf verweisen, daß die Redezeitbegrenzung natürlich für alle Delegierten des Parteitages gilt.

(Beifall)

Das Wort hat jetzt Ministerpräsident Dr. Albrecht.

**Dr. Ernst Albrecht**: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Dies ist ein wichtiger Parteitag. Dies ist auch kein gewöhnlicher Parteitag, denn es wurde ja schon deutlich, daß wir nicht gerade leichte Jahre hinter uns liegen haben. Wir haben bittere Verluste hinnehmen müssen. Wir hatten den Tiefpunkt in den Meinungsumfragen im April erreicht, dann wurde es besser im Mai, Regierungsneubildung, NATO-Diskussion, Besuche des amerikanischen Präsidenten, des Generalsekretärs Gorbatschow. Dann kam die Trennung zwischen Helmut Kohl und Heiner Geißler, und die Nachwehen spüren wir noch auf diesem Parteitag. Ich will meine Gefühle dazu nicht mehr wiedergeben; ich habe es im Präsidium, im Bundesvorstand gesagt. Wir haben uns darüber ausgesprochen. Es war eine gute Diskussion. Es war auch eine gute Sache, daß wir alles, was sich angestaut hatte, was uns beschwerte, was an Spannungen da war, einmal herausgelassen haben. Wenn die Delegierten solche Spannungen empfinden, so halte ich es auch für richtig, daß sie heute herausgelassen werden.

Aber mein Punkt ist ein anderer. Die Frage ist doch an uns alle: Was ist dann, wenn wir das, was uns beschwert, herausgelassen haben? Dazu möchte ich meine Meinung sagen. Ich glaube, daß dieser Parteitag an einer Wegscheide steht. Ich glaube, daß wir, wenn wir in Ärger, Enttäuschung, Mißmut oder Sorgen verharren, die kommenden Landtagswahlen und auch die kommende Bundestagswahl verlieren. Wir können diese Wahlen nur gewinnen, wenn die Union kämpft, und zwar wenn sie als Gesamtheit kämpft und nicht erst in drei Monaten kämpft, sondern wenn sie ab morgen kämpft, wir haben nämlich keine Zeit mehr.

(Beifall)

Wir haben Wahlen noch nie gewonnen, weil wir die Mehrheit der Medien auf unserer Seite gehabt hätten; das habe ich unseren Mitgliedern immer wieder gesagt. Wir haben Wahlen dann gewonnen, wenn es gelang, daß sich unsere Hunderttausende von Mitgliedern in Marsch setzten, wenn sie alle unsere Sache vertreten haben: am Arbeitsplatz, im Freundeskreis und wo immer es gewesen ist.

Aber wie sollen sie sich eigentlich engagieren, wenn wir in der Führung nicht imstande sind – und zur Führung gehören auch die Delegierten hier –, Aktionseinheit zu beweisen? Deshalb meine Bitte: Stellen wir die persönlichen Gefühle, stellen wir auch persönliche Ziele, die ja legitim sind, zurück! In dieser Situation können wir nicht verharren bei den Verletzungen, nicht bei Sympathie und Antipathie, nicht bei persönlichem Ehrgeiz, sondern wir haben nur eines, was uns bewegen muß, nämlich wie wir den großen Auftrag, den wir zu erfüllen haben, in der richtigen Weise erfüllen.

Mich bewegt das, wenn ich mir klarmache, was auf die Bundesrepublik Deutschland in diesen Monaten und Jahren zukommt, was von uns abhängt. Denn alles, was hier besprochen worden ist – eine neue Chance auf Überwindung der europäischen Teilung und damit auch der deutschen, eine neue Freiheit, die sich Bahn brechen will, ein Prozeß der gleichgewichtigen Abrüstung –, hat doch eines zur Voraussetzung: daß das westliche Bündnis intakt bleibt, daß es handlungsfähig bleibt – da haben wir als Deutsche eine zentrale Aufgabe zu erfüllen – und daß die Europäische Gemeinschaft ihrerseits ihre Anziehungskraft behält und, wenn es geht, stärkt.

Ich sage deshalb: Dies darf kein Parteitag der Zwietracht sein. Dies darf kein Parteitag sein, auf dem alte Rechnungen beglichen werden – hinüber und herüber. Dies ist auch nicht der Parteitag, auf dem Denkkzettel angebracht sind. Ich meine, wir brauchen auf diesem Parteitag einen neuen Aufbruch. Unsere Mitglieder – das ist meine Meinung – warten auf ein Signal, die möchten endlich einmal kämpfen können.

(Beifall)

Deshalb muß dieses Signal von diesem Parteitag ausgehen: daß sich hier eine geschlossene Mannschaft jetzt nach draußen begibt und für die politische Mehrheit in Deutschland kämpft.

Wir wollen in Niedersachsen gewinnen, und wir werden auch gewinnen, wenn wir die Hilfe der ganzen Partei haben. Und dann wollen wir zusammen auch die anderen Landtagswahlen gut bestehen und die Bundestagswahl gewinnen. Das ist meine Bitte.

(Beifall)

**Jürgen Echternach**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Dr. Albrecht. – Das Wort hat jetzt Herr Dr. Blüm.

**Dr. Norbert Blüm**: Meine lieben Parteifreunde – ich meine die Frauen mit –, ich schließe da an, wo Ernst Albrecht aufgehört hat. Wir in Nordrhein-Westfalen wollen gewinnen!

(Beifall)

Auch wir brauchen die ganze Partei dazu. Wir sind mitten im Wahlkampf, im Kommunalwahlkampf.

Am Ende dieses Parteitags muß ein neuer Zusammenhalt dieser CDU stehen. Wir können nicht heimgelassen und unsere Wunden betrachten. Also, Hypochonder haben mich immer gelangweilt. Das sind die Leute, die sich zuviel mit ihrem eigenen Gesundheitszustand beschäftigen. Das ist die eine Seite.

Die andere Seite ist: Am Ende des Parteitags – ein neuer Aufbruch, aber auf dem Parteitag – offene Aussprache. Es kann doch nichts durch Verdrängung gelöst werden. Ich habe zu denen gehört, die es schlecht gefunden haben, daß Heiner Geißler nicht Generalsekretär bleibt. Ich wechsele meine Meinung nicht wie Hemden – das gilt auch jetzt noch –, aber das hindert mich doch überhaupt nicht, den neuen Generalsekretär mit voller Pulle genauso zu unterstützen, wie ich den alten unterstützt habe. Also, wir sind doch ein Verein.

(Beifall)

Ich denke allerdings, wir sollten die Gelegenheit nutzen, noch einmal nachzudenken. Solche Schrittwechsel sind ja auch Besinnungspausen. Ich meine, es hat sich viel verändert, und einfach die Erfolgsrezepte von gestern zu wiederholen, schafft keine

Sicherheit. Die Volksparteien haben keine Überlebensgarantie; sie müssen sich häuten. Die Volksparteien nur als Summe großer, mächtiger Gruppen, Kompromisse untereinander aushandelnd, werden keine Chance haben.

Ich glaube, daß gruppenbezogenes Denken, klassenspezifisches Handeln seine Schubkraft verliert. Der Arbeiter wird nicht in allen seinen Lebensäußerungen durch seinen Arbeiterstand bestimmt. In Mallorca in der Badehose sieht er genauso aus wie ein Bankdirektor; er wohnt im selben Hotel. Die Zeiten haben sich geändert. Die Lebensstile differieren, werden immer breiter. Und da wäre es die falsche Antwort, daß sich die CDU, wenn sich die Gesellschaft differenziert, einengt. Auf Pluralisierung können wir nicht mit Einebnung antworten. Deshalb ermahne ich uns, eine Partei mit vielen Typen zu sein, nicht aber eine Schmalspurpartei. Wir sind keine Kaderpartei – Gott sei Dank, da wäre ich auch völlig fehl am Platze –, keine Klientelpartei. Das sind die, die um 5 % kämpfen. Wir kämpfen um die Mehrheit, und da brauchen wir ein ganz breites Spektrum.

(Zustimmung)

Und ich sehe das stärker als je zuvor in der personalen Repräsentanz. In dieser wortreichen Gesellschaft – es rauschen Worte und Programme durch wie das Wasser durch die Toilettenspülung; die Leute kriegen es gar nicht mehr mit – verlieren, so glaube ich, Programme ohne Gesichter, ohne daß Menschen dahinterstehen, ihre Überzeugungskraft. Deshalb braucht die CDU eine Vielfalt personaler Repräsentanz. Wir brauchen Helmut Kohl, wir brauchen Heiner Geißler – und habt ihr noch ein paar? –, ganz unterschiedliche Typen, um unsere ganze Bandbreite darzustellen – das wäre meine Empfehlung –, und zwar auch in den Ortsvereinen.

Neugierig sein: Ich finde, wir müssen uns mit Fragen auch quälen. Ich habe nicht auf alle Fragen gleich die Antwort. Aber die Fragen müssen wir uns schon vorgeben lassen. Wir haben Glück, wenn wir die richtigen Antworten finden.

Ich finde, daß unsere Politik auch im Tagesgeschäft Teil einer großen Auseinandersetzung sein muß, geht es doch um die Frage: Wie soll die Gesellschaft der Zukunft aussehen? Also müssen auch unsere „Tagesschlägereien“ in die große Auseinandersetzung eingebettet werden: Wie sieht die Gesellschaft aus? Wie soll die Gesellschaft aussehen, die wir unseren Kindern hinterlassen? Gesundheitsreform – große „Schlägerei“. Aber es geht nicht nur um 3,50 DM oder 4,20 DM, es geht nicht nur um Kostendämpfung, sondern es geht auch um die Frage: Wie soll die Gesellschaft aussehen? Wollen wir eine Gesellschaft, in der niemand mehr für sich zuständig ist, in der alles, was Probleme verursacht, andere erledigen? Ist der Krankenschein sozusagen der Freifahrtschein für alle Probleme? Ja, wenn allgemeines Wohlbefinden auf Krankenschein behandelt wird, dann müssen wir demnächst Hochzeiten auf Krankenschein veranstalten. Wir müssen doch die Frage klären: Für was ist der einzelne zuständig, für was die Allgemeinheit? Ich wünsche mir keine Gesellschaft, in der die Menschen von der Wiege bis zur Bahre – ich möchte auch meinen Kindern diese Gesellschaft nicht zurücklassen – von einer neuen Obrigkeit, diesmal in der Maske des Wohltäters, bevormundet werden. Die Gesellschaft ist nicht meine Gesellschaft.

(Beifall)

Ich möchte mich auch abgrenzen gegen die Idee einer Selbstverwirklichung, die nur Alleinverwirklichung ist, gegen eine Freiheit, die nur Ausgelassenheit ist. Ich glaube, es geht in der Tat um eine Mitte, die die Irrtümer des Individualismus wie des Kollektivismus verhindert. Es geht um eine neue, nachbarschaftliche Gesellschaft.

Und die alten Ladenhüter, die wir uns auch in der eigenen Partei manchmal um die Ohren schlagen – links/rechts, alles 19. Jahrhundert –, vergeßt sie doch! Vom Ozonloch ist der Kapitalist genauso betroffen wie der Arbeiter. Laßt die ganzen Klamotten beiseite! Sie versperren uns nur den Blick auf die neuen Probleme, glaube ich jedenfalls.

(Beifall – Klingelzeichen)

– Das war das Klingelzeichen. Aber kurz noch ein letztes Wort zu Polen, über das ich noch so gern gesprochen hätte. Der Sozialismus ist tot, er ist eine Mumie. Mumien kriegt man nicht wieder zum Leben. In Polen ist er durch Christen, durch gläubige Menschen besiegt worden. Das zeigt, daß Glauben eine politische Kraft ist. Und ich denke, es müßte uns beunruhigen, wenn wir aus dem Kontext engagierter Christen herausfallen. Deshalb glaube ich – neues Thema, nicht mehr in fünf Minuten –, wir sollten über das „C“ in unserem Parteinamen nicht nur nachdenken, sondern auch beantworten, was es in dieser Zeit bedeutet.

(Beifall)

**Jürgen Echter**nach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Blüm. – Das Wort hat jetzt Herr Braun.

**Gerhard Braun:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Dieser 37. Bundesparteitag in Bremen kann nur ein Parteitag der Ermutigung und der Zukunftsorientierung sein. Hier ist bereits viel darüber gesprochen worden, was sich in unserer Gesellschaft geändert hat. Ich meine, dazu gehört ebenfalls, daß wir erkennen – es wurde ja immer wieder deutlich, daß nicht mehr allein Sachfragen und Leistungen zählen –, daß inzwischen die Hälfte der Wahlberechtigten nach dem Zweiten Weltkrieg geboren worden ist. Das heißt, rund die Hälfte unserer Wähler empfindet all das, was wir heute haben – Freiheit, Frieden, Wohlstand –, als etwas Selbstverständliches. Man wird also nicht dazu übergehen, solche Leistungen auch noch durch Wählerstimmen zu honorieren.

Ich möchte einen zweiten Punkt ansprechen. Wir dürfen uns, wie ich meine, nicht dazu verleiten lassen, im Hinblick auf diesen Wandel und diese Veränderungen in unserer Gesellschaft Werte aufzugeben und uns auf Grundaussagen zu verlassen. So setzen wir auch weiterhin – und zwar gerade heute – auf Familie, auf Nachbarschaft, auf Subsidiarität, auf Selbstverwaltung und Solidarität. Wir haben im Rahmen der Senioren-Union in den letzten Jahren eine Reihe von Maßnahmen und Aktionen durchgeführt. Ich erinnere an die Aktion „Willkommen“ für die Aussiedler, die zu uns gekommen sind. Ich erinnere daran, daß wir einer Reihe von Rentnern aus der DDR einen Aufenthalt in Familien vermitteln konnten. Wir werden auch jetzt die Landsleute, die in diesen Stunden zu uns gekommen sind und zu uns kommen, wiederum aufnehmen und ihnen mit Rat und Tat bei der Eingliederung in eine neue Umgebung behilflich sein. Ich erinnere aber auch daran, daß wir zusammen mit dem Beauftragten der CDU für die Bundeswehr nicht nur Gespräche geführt haben, sondern auch gemeinsame Aktionen insbesondere für die jungen Soldaten und mit den jungen

Soldaten durchführen. Wir haben zusammen mit dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten einen Aufruf erlassen, daß insbesondere alleinstehende ältere Menschen, die in zu großen Wohnungen leben, Wohnraum für Studenten zur Verfügung stellen.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, wir müssen uns weiterhin vergegenwärtigen, daß in den Zeiten der SPD, aber auch in den Zeiten der sogenannten sozialliberalen Koalition die Familienpolitik auf der Strecke geblieben ist. In diesem Bereich hat sich grundlegend erst etwas geändert, als im Jahre 1982 die Verantwortung wieder von uns übernommen werden konnte. Ich möchte in diesem Zusammenhang den Ministern, die seit dieser Zeit für die Familienpolitik zuständig und verantwortlich waren, ein Wort des Dankes sagen: Heiner Geißler, Rita Süßmuth und Ursula Lehr.

(Beifall)

Ich möchte hinzufügen, daß auf diesem Gebiet zwar noch manches zu tun ist, daß wir aber auch nicht vergessen sollten und immer wieder deutlich machen sollten, was erreicht wurde. Ich nenne einige Beispiele. Wenn im Dezember nächsten Jahres die Bundestagswahlen sind, werden mehr als 6,2 Millionen Mütter in den Genuß von Erziehungszeiten im Rentenrecht gekommen sein – 6,2 Millionen Mütter mehr als zu Zeiten der SPD, die nichts getan hat, sondern hinterher nur darüber geschimpft hat, daß das, was wir erreicht haben, nicht ausreichend sei.

(Beifall)

Lieber Norbert Blüm, gerade wir als Senioren-Union haben die Reformen in den letzten Monaten intensiv verteidigt, und zwar aus Überzeugung. Wir müssen jetzt nur aufpassen, daß diese Erfolge nicht durch bürokratische Auslegungsfinessen kaputtgemacht werden. Hier spreche ich gerade auch den Landesvorsitzenden der CDU von Nordrhein-Westfalen an. Ich führe nur ein Beispiel an. Wenn beispielsweise jetzt, wenige Wochen vor der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen, eine Reihe von Kassen mitteilen, daß die Tageskliniken unter die teilstationäre Versorgung fallen, d. h. daß für das Hinbringen der Betroffenen und für das Abholen der Betroffenen jeweils 20 DM, d. h. 40 DM pro Tag aufgewendet werden müssen bzw. als Eigenleistung erbracht werden sollen, dann ist dies meines Erachtens mit dem Inhalt, aber vor allen Dingen mit dem Geist des Gesetzes nicht in Einklang zu bringen. Man kann davon ausgehen, daß durch solche Maßnahmen eine gute Sache kurz vor der Kommunalwahl wiederum madig gemacht werden soll, also zu einem Zeitpunkt, zu dem eine ganze Reihe von Fraktionen und Kreisparteien in ihre Programme die weitere Einrichtung von Tageskliniken aufgenommen haben.

Lieber Norbert Blüm, ich nenne ein zweites Beispiel. Wir müssen auch dafür sorgen, daß die gute Regelung, mit der wir den Einstieg dazu gefunden haben, daß auch die Pflegenden endlich einmal entlastet werden – ich meine die 1800-DM-Regelung –, nicht dadurch kaputtgemacht wird, daß in den Formularen, die jetzt ausgegeben werden, die Fragen sehr kompliziert sind und am Schluß sogar noch danach gefragt wird, wer beim Ausfüllen der Formulare behilflich gewesen sei. Durch solche Machenschaften können gute politische Aussagen und gute politische Maßnahmen gewissermaßen durch die Hintertür kaputtgemacht werden. Ich wäre dankbar, wenn möglichst hier auf diesem Parteitag im Interesse aller Betroffenen eine Klarstellung in diesem Zusammenhang erfolgen könnte.

Meine Damen und Herren, die Senioren-Union wird weiter dafür arbeiten, daß wir gemeinsam die anstehenden Wahlen gewinnen. Seniorenpolitik ist Zukunftspolitik. An dieser gemeinsamen Zukunft wollen wir alle miteinander arbeiten. Wir wollen mitarbeiten, um diese Zukunft zu gestalten.

(Beifall)

**Jürgen Echternach**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Braun. Jetzt hat Frau Professor Süssmuth das Wort.

**Prof. Dr. Rita Süssmuth:** Liebe Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Helmut Kohl und Heiner Geißler haben heute morgen und heute nachmittag über unsere Aufgaben und über die Zukunft unserer Partei gesprochen. Eben wurde gesagt: Was bedeutet diese Diskussion schon angesichts der weltbewegenden Themen, angesichts dessen, was wir heute erleben, da Landsleute von uns aus der DDR über Ungarn in die Bundesrepublik kommen? Dazu sage ich Ihnen: Wir können die weltbewegenden Themen nicht bewältigen, wenn wir nicht im eigenen Haus Klarheit haben. Zusammenhalt im kleinen sowie Klärungsprozesse sind notwendig, damit man auch die großen Aufgaben lösen kann.

(Beifall)

So wie wir sagen: Derjenige, der seine Heimat nicht liebt, kann kein guter Europäer sein!, so sage ich: Wem es nicht darum geht, daß unsere CDU in Ordnung ist, der kann auch nicht gut für sie kämpfen. – Deswegen tragen wir dies hier aus.

(Vereinzelt Beifall)

Als ich die Chance erhielt, in Bonn in die Politik einzusteigen, habe ich mich an die Vorbereitung auf den Essener Parteitag erinnert. Ich kam abends nach Hause und sagte: Es war ein Erlebnis, mit welcher Offenheit und Sensibilität auf Problemlagen von Frauen und Familien eingegangen wurde, wie überhaupt nicht mit Ideologien gearbeitet wurde, sondern Antworten gesucht wurden. Wir haben in der Folgezeit Antworten gefunden. Es waren nicht – wie bei der SPD – Einheitslösungen, sondern differenzierte Antworten. Die Menschen – gerade die Frauen – vertrauten uns.

(Beifall)

Wir hatten einen völlig anderen Ansatz als die SPD und waren ihr weit überlegen. Heute stellen wir fest: Die SPD schreibt die Antworten von uns ab. Gut, daß sie es endlich begriffen hat. Das kann aber kein Grund für uns sein, kleinstützig zu werden und zu sagen: Eigentlich haben wir die Antworten von Essen nicht so verstanden, daß sie Folgen haben dürften. Aber das geht nicht: Einen Wandel der Gesellschaft und einen Wandel unserer Familien kann man nicht haben, ohne miteinander etwas zu verändern. Dazu sind wir alle aufgefördert.

Ich sage Ihnen ein zweites. Es war nicht nur der Frauenparteitag von Essen, der mich begeistert hat. Ich erinnere an den Jugendparteitag 1981. Für mich ist ganz entscheidend, wie diese Partei mit der Neuen Sozialen Frage umgegangen ist, ihr Engagement für Menschen, die keine Lobby haben, die begründete Skepsis und Ablehnung gegenüber den großen Kollektiven und – für mich etwas ganz Wesentliches – das christliche Menschenbild, das den einzelnen nicht überfordert, sondern dem einzelnen Freiheit und Verantwortung zutraut, ohne ihn ständig durch staatliche Für- und Vorsorge zu gängeln, ein Bekenntnis zum Menschen in seinen Schwächen

und Stärken, bei denen niemand ausgegrenzt wird, niemand alleingelassen wird. Sprechen wir mehr von den Menschen, die unsere Unterstützung brauchen, sonst fühlen sie sich von uns vergessen.

Dazu gehört gewiß die Soziale Marktwirtschaft und – ich sage es noch einmal – der Einsatz für die Menschenrechte überall auf der Welt – wir sehen ja, daß wir vorankommen – wie die Bewahrung der Schöpfung. Aber ich wiederhole es hier noch einmal, so wichtig die Umwelt ist, wenn wir nicht die Zukunft der Menschen, der Kinder, Erwachsenen und Älteren, lösen, wenn wir nicht für die Zukunft der Familien Sorge tragen, geht auch unsere Umweltpolitik ins Leere, denn es hängt entscheidend von den Menschen ab, die die Zukunft gestalten.

(Beifall)

Lassen Sie mich auch sagen, was unsere Frauen und auch mich mitunter sehr beschwert. Unsere Frauen, die sich aufgemacht haben, die in Essen gefaßten Beschlüsse umzusetzen, stoßen oft auf harte und entmutigende Widerstände. Entweder werden sie verdächtigt, zuviel auf einmal zu wollen, oder, was viel schlimmer ist, nur Selbstverwirklichung im Auge zu haben, ihre eigenen Aufgaben als Mütter zu vernachlässigen, andere Frauen unzufrieden zu machen und Unfrieden in die Familien zu bringen. Hören wir doch endlich auf mit dem falschen Gerede von Selbstverwirklichung. Gerade die CDU muß die Partei sein, die nach dem christlichen Menschenbild deutlich macht: Wir sind voneinander abhängig und aufeinander angewiesen. Nur mit wechselseitiger Unterstützung können wir uns entfalten.

(Beifall)

Das macht uns offen für veränderte Bedingungen, für das Ja zu der einen oder anderen Lebensentscheidung, denn es hat keinen Sinn, daß wir außenpolitisch über offene Grenzen sprechen, wenn die Grenzen mitten durch uns hindurchlaufen und wir nicht fähig sind zu Offenheit und Toleranz.

(Beifall)

Deswegen ist es wichtig, daß die jungen Frauen spüren, wir nehmen ihre Probleme ganz ernst, wir schieben sie nicht weiterhin auf. Zu Recht ist gesagt worden, wir sind noch weit entfernt von einer familienfreundlichen Arbeitswelt, und wir kommen zu langsam voran mit einer kinderfreundlichen Gesellschaft. Mit Kindern zu leben ist weiß Gott nicht weniger wichtig, als etwas in dieser Gesellschaft unter dem Gesichtspunkt von Einkommen und Wohlstand zu schaffen. Lernen wir doch endlich, mit Kindern zu leben.

(Beifall)

Unterschätzen wir nicht, welche Aufgaben wir zwischen den Generationen zu bewältigen haben. Auch das gehört zu unseren kleinen Lebenswelten.

Wenn wir so handeln, weiß die Bevölkerung, wissen Frauen und Männer, wofür wir stehen; denn es kommt nicht darauf an, daß der Zug weiterfährt – das wäre nur Physik –, sondern es kommt darauf an, wohin der Zug fährt; das ist Politik.

Sie wissen, daß man in diesem Feld nichts bewegen kann, ohne unbequem zu sein, sonst kommen wir überhaupt nicht voran. Deswegen werde ich weiterhin eine unbequeme Rita Süßmuth sein, eine kritische, eine solidarische und eine kämpferische.

(Beifall)

Bitte, achten Sie darauf, daß die Frauen auch in den Führungsgremien der Partei vertreten sind. Auch das ist eine Frage unserer Glaubwürdigkeit. Dafür stellen wir uns hier auf diesem Parteitag der Wahl. Bitte, unterstützen Sie uns.

(Beifall)

**Jürgen Echternach**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Professor Süßmuth. Das Wort hat Herr Dr. Stoltenberg.

**Dr. Gerhard Stoltenberg:** Herr Tagungspräsident! Meine lieben Parteifreunde! Drei Themen sind immer wieder in den Reden von Helmut Kohl, von Heiner Geißler und in der Diskussion angesprochen. Wir spüren nach wie vor eine Kluft zwischen den Erfolgen unserer Politik und der Wahrnehmung, der Einschätzung sehr vieler Menschen.

Das zweite. Es geht um das Selbstverständnis unserer Partei. Wir sind sieben Jahre die führende Kraft in einer Koalition von CDU/CSU und FDP, und wir sind zugleich in dieser Koalition auch auf Kompromisse angewiesen, die wir begründen müssen. Zugleich – das ist heute ganz deutlich geworden – wollen wir auch als Regierungspartei eine eigenständige, eine lebendige, eine diskutierende Partei sein, die ihr Programm weiterentwickelt mit einem unverwechselbaren Profil. Diese Spannung müssen wir aushalten und schöpferisch bewältigen. Ich rate aber nach sieben Jahren davon ab, daß nur im Ansatz ein Überdruß an den Lasten aus der Regierungsverantwortung und -tätigkeit sichtbar wird. 13 Jahre haben wir nach 1969 gekämpft, um das Ruder der deutschen Politik noch einmal herumzureißen. Wir haben es 1989 geschafft. Das Spannungsverhältnis zwischen Eigenständigkeit und Koalitionspolitik in der Regierungsverantwortung scheint mir immer noch erträglicher zu sein als ein Rückfall in die Situation der 70er Jahre jetzt in einem Szenario der 90er Jahre, das in den Wirkungen für unser Land schlimmer wäre als die sozialliberale Ära.

(Beifall)

Das dritte, meine lieben Freunde – und das wird uns bei den großen politischen Themen entscheidend beschäftigen, wenn wir zu den Anträgen kommen –, Umweltschutz, Energie, Ausländerpolitik. Wir müssen die Kraft erhalten oder gewinnen, von Überzeugungen und guten Traditionen bestimmt, zugleich erneuerungsfähig zu sein und uns auf neue Herausforderungen und Grundströmungen einzustellen.

Wir haben uns in diesen Jahren viel vorgenommen: Gesundheitsreform, Steuerreform, die ja ein Umbau des Steuersystems war, Rentenreform stehen für vieles. Wir haben auch gelernt, daß Eingriffe in überkommene Besitzstände, auch wenn sie im Interesse der Zukunft begründet sind und letzten Endes sozial vertretbar, harte Kritik auslösen und manche schmerzlichen Rückschläge bei Wahlen bewirkt haben. Aber so sehr das wahr ist und so sehr wir auch selbstkritisch manches in diesen letzten Jahren als Hauptbeteiligte betrachten können, ich will auf eines aufmerksam machen, damit das auch ein Gewinn und eine Erkenntnis dieses Parteitages wird: Wir beginnen jetzt auch, die Früchte einer zunächst schweren Politik zu ernten. Es ist keine Selbstverständlichkeit – ich unterstreiche es noch einmal, obwohl es gesagt wurde –, daß wir im siebten Jahr wirtschaftlicher Dynamik nicht nur anhaltendes Wachstum, sondern einen beschleunigenden Wachstumsprozeß haben, eine Dynamik wie zuletzt in den 60er Jahren unter Ludwig Erhard. Es ist auch nicht entscheidend, ob wir 2,5 oder 4,5 % Wachstum haben, entscheidend ist, daß wir jetzt endlich den Durchbruch auf dem Arbeitsmarkt erzielt haben. Das hat uns jahrelang beschwert, daß es so langsam voranging.

(Beifall)

Wenn wir in diesem Jahr mit einer Zunahme der Zahl der Beschäftigten von sage und schreibe 350 000 rechnen können und wenn es gegenüber dem Tiefstand von 1983 fast 1,5 Millionen sind, wenn wir Ende dieses Jahres den Höchststand der Zahl der Berufstätigen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland haben, dann erweist sich der soziale Charakter unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik für jedermann sichtbar, der bereit ist, das zu hören. Es ist unsere Aufgabe, darüber zu reden.

(Beifall)

Wenn hier nach Politik für junge Menschen gefragt wurde, sage ich: Manches mag verbesserungsfähig sein, aber, liebe Freunde, zu den Leistungen der letzten Jahre gehört auch, daß wir die größte Ausbildungsoffensive in der Geschichte der Bundesrepublik verwirklicht haben und daß wir heute im Vergleich innerhalb der gesamten Europäischen Gemeinschaft einen Tiefstand an Jugendarbeitslosigkeit haben. Das ist – was immer sonst noch hinzukommen mag – Politik für junge Menschen!

(Beifall)

Die Sozialdemokraten haben jahrelang davon geredet, den Frieden sicherer zu machen. Mit Helmut Kohl und uns ist er endlich sicherer geworden,

(Beifall)

aber nicht durch opportunistisches Schwanken, sondern durch die feste Verankerung im Bündnis, durch den Beitrag der Bundeswehr, durch die Entschlossenheit, die Chancen der Abrüstung zu nutzen, aber die Verteidigungsfähigkeit nicht in Frage zu stellen. Dies muß weiter gelten!

(Beifall)

Wir müssen offen sein für die Chancen dieser Zeit, müssen aber auch in der Verlässlichkeit konstant sein. Unsere Verbündeten sollen sich auf uns verlassen können, unsere Soldaten sollen sich auf uns verlassen können, auf uns, die Christlich Demokratische Union, die unersetzbar und ohne Alternative ist, wenn es um Frieden und Freiheit und Sicherheit für unser Land geht.

(Beifall)

**Roswitha Verhülsdonk**, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Dr. Stoltenberg!

Das Wort hat jetzt Herr Stern.

**Matthias Stern**: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Nach dem sicherlich notwendigen Schaulaufen unserer Präsidiumskandidaten

(Zustimmung)

wieder ein wenig zurück in die Parteiniederungen: Als ich mich Anfang der 70er Jahre politisch engagieren wollte, haben mir Freunde zwei Bücher geschenkt. Das eine hatte damals ein junger Angestellter der Sozialausschüsse geschrieben. Der Titel wäre heute provokant: Reaktion oder Reform – Wohin geht die CDU? Der Autor hieß Norbert Blüm.

Ein damals ebenfalls noch jüngerer Mann, Heiner Geißler, beschrieb – so nannte er es – „Die Neue Soziale Frage“.

Beide wiesen Zukunftsperspektiven auf, beide brachten Bewegung in die Partei und beteiligten sich mit vielen anderen am Aufbau einer neuen christlichen Volkspartei. Ihnen stand ein junger Politiker zur Seite, der den Kanzlerwahlverein CDU zu einer dynamischen Partei, die mich faszinierte, entwickeln half. Dies ist Ihr Verdienst, Herr Dr. Kohl.

(Zustimmung)

Doch was ist von dem gelebten großen Vorbild der 70er Jahre geblieben – außer der Tatsache, daß seitdem kaum junge Leute nachwachsen? Sicherlich, die Partei diskutiert immer noch, doch leider in der Regel an der Spitze über sich selbst. Der Mann, der mit seinen Ideen die Partei und die Öffentlichkeit zum Nachdenken brachte, der laut, der temperamentvoll, der unbequem war, muß dort, wo ich ihn gern sah, weichen. Ihr Rückgrat, Herr Dr. Geißler, hat mir und vielen Freunden imponiert. Wäre meine Heimat Schleswig-Holstein nicht so flach und würden wir dort Wein anbauen, ich hätte Ihnen heute zwölf Flaschen als Dank mitgebracht.

(Heiterkeit und Beifall)

Erhalten Sie uns Ihren Kampfgeist! Sie waren und sind die Hoffnung vieler in der Union. Ihre Rede hier heute hat mich sehr stark beeindruckt. Sie läßt mich, auch wenn vielleicht die anderen beiden Tage nicht so schön werden, zufrieden nach Hause fahren. Sie haben mir auch gezeigt, weshalb es sich lohnt, in der CDU mitzumachen.

(Beifall)

Herr Dr. Kohl, Sie und Ihr Präsidium haben uns Delegierten in Wiesbaden in die Hand versprochen, daß mit den Querelen Schluß sein soll. Was ist von dem Versprechen geblieben? Sie wollten, nachdem wir gemeinsam die schwierigen Hürden der großen notwendigen Reformen genommen haben, als Parteivorsitzender deutlich machen, wie Sie sich die CDU der Zukunft vorstellen. Die Ablehnung von rot-grün, sei sie auch noch so gut begründet, und immer mehr Wohlstand reichen als Perspektive nicht aus. Es ist Aufgabe unseres Parteivorsitzenden, Defizite aufzuarbeiten. Aber wie soll das möglich sein, wenn noch nicht einmal im Präsidium die Zusammenarbeit klappt?

Diese Kritik, Herr Dr. Kohl, richtet sich selbstverständlich nicht an Sie allein. Es ist Aufgabe des Parteivorsitzenden, die große Meinungsvielfalt dieser Partei nicht zu hemmen, sondern sie zu fördern. Es ist Ihre Aufgabe, Konformität zu verhindern. Es ist Ihre Aufgabe, zu verhindern, daß die Partei Anhängsel der Regierung wird und damit ihre Identität verliert.

(Zustimmung)

Wollen wir, will die Union zukunftsfähig bleiben, müssen stärkere Zeichen gesetzt werden, die den Weg in eine ökologische Marktwirtschaft aufzeigen – McDonald's Müllberge sind sicherlich wenig vorbildhaft –,

(Beifall)

die die Gleichberechtigung der Frau vorantreiben, die die Partei auf allen Ebenen und insbesondere gegenüber den jungen Generationen diskussionsfähig machen. Sie haben die Fragen heute morgen angesprochen, doch Sie sind uns die Antworten noch schuldig geblieben, Antworten, die Heiner Geißler zumindest versucht hat.

Ich weiß, daß Sie immer dann zur Hochform auflaufen, wenn man Ihnen kritische Fragen stellt. Wir haben in den letzten Jahren viel geschafft, und wir haben viele Fehler gemacht. Sagen Sie uns, wie in Zukunft Ungeschicklichkeiten vermieden werden können, wie der Umgang miteinander verbessert werden kann und wie Ihre Perspektiven für weitere zwei Jahre Vorsitz in unserer Partei aussehen sollen. Sagen Sie uns, wie junge Leute angesprochen werden sollen, wenn der Vorstand alle zwei Jahre zwei Jahre älter wird.

Sie, Herr Dr. Kohl, haben vor kurzem gesagt – und ich stimme Ihnen da zu –: Wir benötigen ein stärkeres Wir-Gefühl. Doch darf dies keine Einbahnstraße sein. Sorgen Sie dafür, daß Sie unser Parteivorsitzender, nicht nur unser Kanzler sind. Erst dann sind wir eine Partei. Sie haben hier eine Bringschuld.

Wir bestehen die Wahlen im nächsten Jahr nur, wenn der Parteivorsitzende der CDU – nicht der Kanzler – es schafft, deutlich zu machen, was es an Gestaltungsaufgaben in der nächsten Legislaturperiode gibt, Gestaltungsaufgaben aus der Sicht unserer Partei, nicht aus der Sicht der Bundesregierung; dann wissen unsere Mitglieder in den Ortsverbänden, worum es zu ringen gilt. Machterhalt ist und darf kein Ziel in der Demokratie sein. Ich traue Ihnen das alles zu, Herr Dr. Kohl. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Roswitha Verhülsdonk**, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Stern!

Bevor Herr Professor Biedenkopf das Wort nimmt, eine Durchsage: Die Landesgeschäftsführer können damit beginnen, die Stimmzettel auszuteilen. Es wäre hilfreich, wenn die Delegierten ihre Plätze einnehmen würden; dann ist das Geschäft leichter.

Jetzt hat Herr Professor Biedenkopf das Wort.

**Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf:** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Matthias Stern hat uns – neben anderem Bedenkenswertes – die Frage nach den großen zukünftigen Aufgaben unserer Partei gestellt, um die herum wir alle gemeinsam solidarisch stehen können. Norbert Blüm hat uns zum Schluß seines Redebeitrages einen ganz kurzen Einblick in seine Eindrücke gegeben, in die bewegenden Erfahrungen, die er aus Polen mitgebracht hat, und hat uns – wie ich meine, zu Recht – gesagt, daß das C in unserem Namen sich auch gerade an solchen großen Aufgaben, wie die Veränderungen im Osten sie uns stellen, bewähren wird.

Eberhard Diepgen hat seinen Diskussionsbeitrag mit der Frage eröffnet: Worüber reden wir eigentlich, wenn Tausende von Menschen, vorwiegend junge Menschen, aus der DDR, aus dem Raum der Unfreiheit, auf dem Umweg über Ungarn ab heute nacht, Mitternacht, in die Bundesrepublik kommen können? Dazu möchte ich wenige Sätze sagen.

Helmut Kohl hat in seiner Rede zu Recht festgestellt, daß unsere Kinder und unsere Enkel uns eines Tages fragen werden, was wir denn in dieser historischen Stunde getan haben. Er hat von einer historischen Verantwortung und von unserem Ziel gesprochen, die dynamische Entwicklung im Westen und die Reformen im Osten schöpferisch zu verbinden.

Lassen Sie uns einmal ganz praktisch werden. In den letzten Wochen habe ich in der Zeitung verschiedentlich gelesen, einer der Vorteile der Zuwanderung junger Menschen in die Bundesrepublik Deutschland sei, daß sie an der Schaffung unseres Wohlstandes mitwirken und die Überalterung unserer Bevölkerung korrigieren und das zukünftige Defizit in unseren Rentenkassen verringern könnten. Damit kann man sich natürlich zufrieden geben. Nur, meine Damen und Herren, eine solche Betrachtungsweise ist jedenfalls in bezug auf die Zuwanderung aus der DDR keine gesamtdeutsche Betrachtungsweise, sondern sie geht davon aus, daß die jungen Menschen von dort, die, weil sie drüben verzweifeln, freiheitssuchend hierherkommen, für uns ganz sicherlich auch einen materiellen Beitrag leisten. Gesamtdeutsch gesehen ist das nicht das ganze Bild.

Ich glaube – mehr noch –, ich bin zutiefst davon überzeugt, daß gerade mit diesem Vorgang, der heute nacht um Mitternacht begonnen hat, eine politische Zäsur sichtbar wird: Zum ersten Mal läßt ein früherer Satellit der Sowjetunion, ein Ostblockland, Deutsche aus dem anderen Teil Deutschlands in die Bundesrepublik ausreisen und bricht damit die Kette, mit der die Unfreiheit gegen die Freiheit bisher gesichert wurde.

Für uns muß sich daraus eine langfristige Konsequenz ergeben – auf diese kommt es mir hier an: Wir müssen unsere Politik – gleichgültig, ob es sich um Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Europapolitik oder Investitionspolitik handelt –, wir müssen alle politischen Entscheidungen und Bewertungen in der Zukunft immer auch an der Frage messen, wie die jeweils gefundene Antwort mit unserer gesamtdeutschen Verantwortung vereinbar ist. Wir müssen alles, was wir tun, und bei allem, was wir tun, die Einheit der Deutschen mitdenken, und das heißt: praktizierte Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger in der DDR mitdenken, die ja nach unserer richtigen Überzeugung genauso Deutsche sind wie wir.

Was heißt das für die Menschenrechte? Helmut Kohl hat gesagt, Freiheit einzufordern bedeute, Menschenrechte einzufordern. Aus der Bewegung der großen sozialen Frage des 19. Jahrhunderts bis weit in das 20. Jahrhundert hinein wissen wir, daß es keine politische Freiheit ohne wirtschaftliche Freiheit gibt. Ein Mensch, der wirtschaftlich abhängig ist, der nichts hat, kann nur schwer politisch frei sein. Unsere Pflicht, Menschenrechte zu verwirklichen, schließt deshalb ein, alle wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Menschenrechte sich verwirklichen können.

Unsere Bereitschaft, meine Freunde, zur wirtschaftlichen Mitwirkung in Polen, in Ungarn und vor allem in der DDR kann nicht das Ergebnis von Reformen sein. Für die DDR ist unsere Erklärung, daß wir bereit sind, wirtschaftlich mitzuwirken, die Voraussetzung für eine besser und wirkungsvoller vorgetragene Reformforderung in der DDR.

Einen letzten Gedanken, wenn ich bitten darf. Diese Verpflichtung erwächst uns, weil die Bürger im anderen Teil Deutschlands, in der DDR, nicht nur Bürger sind wie wir, sondern weil wir für sie Treuhänder sind. Wir haben für sie Freiheit gesichert und Wohlstand geschaffen. Die Menschen im anderen Teil Deutschlands sind durch die Kriegsfolgen und die ungleiche Art der Last daran gehindert worden, das gleiche zu tun. Wir haben es treuhänderisch für sie getan. Wir haben die Talente vermehrt, die sie wegen Unfreiheit und Unterdrückung nicht vermehren konnten. Aus dieser Vermehrung haben sie heute einen Anspruch darauf, wenn sich Freiheit eröffnet, an der Arbeit, die wir geleistet haben, mitzuarbeiten.

(Beifall)

Dies ist eine Vision, und zwar eine nationale Vision, gerade für die Jüngeren. Sie können auf dem aufbauend weitermachen, was wir in den letzten Jahren geschaffen haben.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Roswitha Verhülsdonk**, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Professor Biedenkopf.

Als nächster hat Graf Kerssenbrock das Wort.

Während er hier heraufkommt, möchte ich noch eine Durchsage machen. Die Landesgeschäftsführer von Braunschweig und dem Saarland möchten bitte unverzüglich die Stimmzettel für ihre Delegierten beim Organisationsleiter abholen. – Sie haben das Wort.

**Trutz Graf Kerssenbrock:** Frau Präsidentin! Herr Vorsitzender! Liebe Freunde! Ich bin auch einer von denen, von denen Heiner Geißler gesprochen hat: die Ärger machen oder zumindest Ärger gemacht haben. Ob ich heute Ärger mache, weiß ich nicht.

Wir alle wollen einen gemeinsamen politischen Erfolg der Ideen der Union. Das ist eine Binsenweisheit. Aber ich glaube, Voraussetzung dieses gemeinsamen politischen Erfolges ist der Mut zur ganzen Wahrheit, auch wenn diese Wahrheit unangenehm ist. Ich will auch nur einen ganz kleinen Teil dieser unangenehmen Wahrheiten, die es eben auch gibt, hier zum Gegenstand meiner Betrachtung machen.

Die CDU ist bei den 25- bis 45jährigen nicht zur 35-Prozent-Partei, sondern zur 30-Prozent-Partei geworden, schon gar bei jungen Frauen. Dies gehört zum Befund, zu den unangenehmen Wahrheiten. Ich glaube – dies findet in den Debattenbeiträgen hier doch ein bißchen zu wenig Berücksichtigung –, ein wesentlicher – nicht der einzige, nicht der wesentlichste, aber mit ein wesentlicher – Grund dafür liegt darin, daß es – wir haben hier damals erregte Debatten über Parteispendenamnestie u. ä. geführt –, ausgehend von der Parteispendenaffäre, tatsächlich eine neue Kategorie in der Beurteilung politischer Vorgänge gerade bei jüngeren Leuten gibt. Die Moralität, die moralische Integrität des Handelns wird von vielen dieser jüngeren Leute meiner Generation der sogenannten etablierten Politik gegenüber bezweifelt.

Dazu sage ich: Glauben Sie, wenn man dies berücksichtigt, wirklich, daß das Wie – ich meine jetzt nur das Wie; ich meine noch nicht einmal das Ob; das ist Ihr gutes Recht – der Nichtwiedernominierung Heiner Geißlers auch unter diesem neuen moralischen Maßstab das Richtige in der Politik gewesen ist? Glauben Sie wirklich, daß wir mit diesem Akt auch die richtigen gesellschaftspolitischen Antworten auf die Fragen dieser Menschen geben, oder sind solche Antworten vielleicht sogar überflüssig? Gerade um diejenigen hat sich ja Heiner Geißler außerordentlich bemüht.

Ich werde auch von vielen ehemaligen Wählern gefragt – sie haben uns früher einmal gewählt und tun das jetzt nicht mehr; das sind keineswegs immer nur Wähler der Republikaner –: Fürchten wir gemeinsam nicht doch, daß es nach dem Verlust mehrerer origineller, eigenständiger Köpfe auch an unserer Parteispitze irgendwann so etwas wie eine intellektuelle Austrocknung unserer CDU geben könnte? Werden im Ergebnis nicht doch eher diejenigen persönlich gefördert, denen am Ende Loyalität und Karriere doch wichtiger als die Treue zu ihrer eigenen persönlichen Überzeugung sind?

Wir sollten einfach einmal nicht das prüfen, was innerhalb unserer Partei gedacht wird, sondern das, was außerhalb unserer Partei und besonders von denen gedacht wird, die uns eigentlich nahestehen. Das müßte der Maßstab sein. Warum haben sie sich gegenwärtig abgewendet? Ich meine jetzt nicht die Leserbriefschreiber in der FAZ oder in der „Welt“.

Wer die Vielfalt, wer die Toleranz in einer komplexer werdenden Industriegesellschaft will, wer dies also auch in unserer Partei will, der darf es eben nicht nur predigen, er muß es auch positiv leben, er muß es als Bereicherung empfinden, er muß es praktizieren. Ich glaube, wir haben in der Vergangenheit hier die Signale nicht immer in die richtige Richtung gesetzt.

Schönen Dank.

(Beifall)

**Roswitha Verhülsdonk**, Tagungspräsidium: Danke schön, Graf Kerksenbrock.

Das Wort hat Lothar Späth.

**Lothar Späth:** Frau Präsidentin! Liebe Parteifreunde! Ernst Albrecht hat gesagt: Von diesem Parteitag muß eine Aufbruchstimmung ausgehen. Nach diesem Parteitag muß die Union kämpfen. Ich bin nach dem, was ich bisher gehört habe, gar nicht so sicher, ob ein so nachdenklicher Parteitag mit dieser Diskussion am Ende nicht mehr Aufbruchstimmung und Schwung bringen kann, auch wegen der Offenheit zu dem Thema, als der Vorsatz, wir müßten in irgendeinem System da durch. Ich glaube, die Partei kann von der Offenheit gewinnen, auch von einer offenen Diskussion, wenn sie danach klar und geschlossen weitermacht. Dafür gab es heute zwei interessante Ansätze.

Der erste Ansatz war das Thema Betroffenheit. Es gab in den letzten Wochen eine große Diskussion auch führender Politiker, auch von mir über die Reaktion auf die Trennung von Helmut Kohl und Heiner Geißler. Ich habe heute bei der Rede von Helmut Kohl in die Reihen der Delegierten geschaut. Ich habe dieselben Delegierten bei der Rede von Heiner Geißler angeschaut. Nun ist mir klar, warum es soviel Betroffenheit gibt. Das, was die Betroffenheit ausgemacht hat, ist die Tatsache, daß wir uns über zwölf Jahre an dieses Gespann gewöhnt haben und jeder Parteitag genau diese zwei sich ergänzenden Reden als zentralen Höhepunkt angesehen hat, und zwar in ihrer ergänzenden Funktion, einer ergänzenden Funktion, die für die Partei übrigens notwendig ist. Der amtierende Bundeskanzler und Parteivorsitzende muß der Partei zunächst einmal die Führungsaufgaben der Partei, die Wahlziele und die Erfolgsbilanz vermitteln. Ohne diese klare Linie kann die Partei draußen nicht kämpfen und Erfolge holen.

Die Partei braucht aber einen zweiten Teil, die Nachdenklichkeit, das Nachbohren, das Mahnen an die Partei, damit wir auch sicher sind, daß wir das Perspektivische der Partei richtig ausfüllen. Ich glaube, das konnte man auf diesem Parteitag spüren. Es ist auch gar nicht schlimm, wenn das spürbar wird. Wer die beiden reden gehört hat, der hat auch gemerkt, daß zwischen beiden viel mitschwingt, was sie bei dieser Trennung persönlich enorm betrifft. Ich finde, der Schluß von Heiner Geißler war eine ganz souveräne Leistung: Jetzt, nach dieser Betroffenheit, die zum Ausdruck gekommen ist, muß das ausdiskutiert sein. Es ist im Präsidium ausdiskutiert und im Parteivorstand ausdiskutiert. Jetzt ist es auf dem Parteitag ausdiskutiert. Nun ist die Voraussetzung gegeben, daß der Heiner Geißler sagt: Ich helfe selbstverständlich Volker Rühle. Wir alle können sagen: In dieser neuen Formation gehen wir wieder an die Arbeit. So kann etwas ausgeräumt werden.

(Beifall)

Es kann so viel besser ausgeräumt werden, als wenn die einen sagen: Jeder Widerspruch ist eine Verletzung der Solidarität und Loyalität, und die anderen sagen: Wenn wir nicht eine große neue Streitkultur in der Union entwickeln, wird es auf den Parteitag nichts. Ich glaube, der Weg, der heute gegangen wurde, ist richtig.

Ein Zweites ist sichtbar geworden, was wichtig ist: daß wir nicht eine Rechts-Links-Diskussion in der Partei haben, daß wir nicht über Richtungsänderungen in dieser Partei diskutieren, sondern daß wir gemerkt haben, daß die Union nur als eine große Volkspartei eine Chance hat. Daß sie sich nicht in einer Wagenburg verengen darf, daß

sie in allen Bereichen Wähler gewinnen muß. Denn wer eine Volkspartei sein will, der muß 50 % der Wähler ansprechen. Deshalb darf es keine Verengung der Partei geben. Die Partei braucht ihre Breite. Denn die große Gefahr besteht darin, daß sonst die radikalen Strömungen so lange zugewinnen, bis die großen Volksparteien als Volksparteien im Grunde nicht mehr handlungsfähig sind, sondern selbst Interessen- und Klientelparteien werden. Das ist die Schicksalsfrage für die Union. Jemand hat gesagt: Die einzig große Innovation der Nachkriegszeit ist die Union, die Union Deutschlands, die alle Kräfte zusammengeführt hat, die konservativen, die liberalen und die sozialen. Deshalb müssen wir aufhören, in dieser Partei über die Gewichtung zu diskutieren. Wir müssen vielmehr unser Menschenbild zugrunde legen, das für alle drei Elemente dieser Partei Raum gibt.

(Beifall)

Das dritte, was ich sagen will: Wir haben keinen Links-Rechts-Konflikt. Wir haben ein Generationsproblem. Das sollten wir offen ansprechen. Es ist Tatsache, daß wir bei den jungen Wählern – so jung sind die gar nicht mehr – an Rückhalt verlieren. Die Ergebnisse bei der Europawahl haben mich erschreckt. Beispielsweise haben in der Stadt Freiburg von den 25- bis 34jährigen nur noch 11,8 % ihre Stimme der CDU gegeben. Das muß uns alarmieren, und zwar in zwei Richtungen.

Wir können zum einen auf die Erfolgsbilanz nicht verzichten. Wir müssen den Erfolg unserer Politik draußen vortragen. Wir müssen aber sehen, daß die junge Generation heute eine andere Sprache hat. Das können Sie übrigens beobachten, wenn junge Delegierte sprechen. Ich muß sagen: Seit meine Kinder 19 und 21 sind und ich ihnen häufiger zuhören muß, ob ich will oder nicht, seit ich mich nicht mehr zur politischen Arbeit wegschleichen und meiner Frau die Erziehung überlassen kann, seit meine Kinder also plötzlich mit dem Vater diskutieren wollen, fällt mir auf, daß es gut ist, wenn wir nicht nur unter uns diskutieren und uns gegenseitig bestätigen, wie gut wir sind, sondern gelegentlich auch mit dieser kritischen Generation ins Gespräch kommen.

(Beifall)

Jetzt sage ich einmal ganz selbstkritisch: Als wir im Präsidium über unser Verhältnis zueinander geredet haben, habe ich gedacht, wir bräuchten jetzt solche Worte, wie sie junge Leute ganz schnell über die Lippen bringen: Entschuldigung, ich wollte dich nicht verletzen. Entschuldigung, so war es nicht gemeint. Das ist die Sprache von jungen Leuten. Das ist keine Schwachmeierei, sondern das ist eine Sensibilität, die wir aufnehmen sollten. Diese jungen Leute haben nämlich nicht den Hang, zu den anderen zu gehen. Die interessiert die kollektivistische sozialdemokratische Position überhaupt nicht. Diese jungen Leute wollen bei uns die Themen angeschnitten haben, die zu kurz kommen.

Was kommt zu kurz? Analysieren wir einmal 40 Jahre Grundgesetz. Die Idee der Väter des Grundgesetzes war: Der Staat darf nie mehr die Menschen beherrschen. Das, glaube ich, ist gelungen. Das können wir voll Stolz sagen. Die Freiheit hat gesiegt. Der einzelne wird nicht mehr vom Staat beherrscht. Aber dieser Erfolg schlägt in einen Egoismus um, der die Gemeinschaftsinteressen zu kurz kommen läßt. Ich glaube, es ist gerade die junge Generation, die ihre Zukunftsangst zum Teil daraus entwickelt, daß die kollektiven Dinge zu kurz kommen – eine neue Kultur des Helfens, die neue Solidarität, die Zuwendung – den Erfolg teilen. Das christliche Menschenbild in der Solidarität zu verwirklichen, das scheint mir ein zentrales Thema zu sein, auch,

langfristige Entwürfe über das Jahr 2000 hinaus zu machen. Die junge Generation ist von dem Jahr 2000 fasziniert. Wir müssen diese langfristigen Perspektiven unserer Politik formulieren. Der Erfolg in der Praxis, die perspektivische Leistung und dann vielleicht auch mehr der Dialog mit diesen Leuten, mehr Dialog draußen und nicht nur Parteiversammlungen im kleinsten Kreis, das ist das, was die Volkspartei CDU wieder mehrheitsfähig macht. Das muß unser Rezept gegen die Erscheinungen an den Rändern sein. Dann – davon bin ich überzeugt – wird die junge Generation unserem Idealbild einer christlichen individualistischen Gesellschaft viel näher stehen als allen kollektivistischen Versuchen.

(Beifall)

**Roswitha Verhülsdonk**, Tagungspräsidium: Danke schön, Lothar Späth. Wir haben noch 23 Wortmeldungen. Deswegen muß ich darauf achten, daß die Redezeiten eingehalten werden.

Das Wort hat Ulf Fink.

**Ulf Fink**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Es ist ja kein Geheimnis, daß sich die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft einen anderen Vorschlag zum Generalsekretär gewünscht hätte. Auf unserer Bundestagung war das klar und deutlich geworden. Dennoch: Die Entscheidungen sind jetzt gefallen. Heiner Geißler kandidiert für das Amt des stellvertretenden Parteivorsitzenden. Ich wünsche sehr, daß wir diesen Mann, auf den die Partei nicht verzichten kann, mit einem überzeugenden Votum in die Mitte der Partei holen.

(Beifall)

Wir wollen nicht zurückschauen, sondern wir wollen nach vorne schauen.

Wofür treten wir ein? Eine der bewegenden Erfahrungen war die Mitarbeit in der Grundsatzprogrammkommission der CDU. Richard von Weizsäcker war damals der Vorsitzende dieser Programmkommission. Das Wichtige, was wir dort beschrieben haben, war der Charakter der CDU als Volkspartei: daß es eben keine Richtungspartei ist, sondern daß sie breite Strömungen von den Christlich-Sozialen bis hin zu den Konservativen beinhaltet.

Dafür ist es aber notwendig, daß man den Vereinigungen, den Vertretern dieser Strömungen, einen breiten Spielraum der Darstellung – damit sie auch die Interessen richtig vertreten können – auf der Basis gemeinsamer Vorstellungen einräumt. Die Partei darf nicht stromlinienförmig werden, weil sie sonst zu eng oder zu schmal wird.

Deshalb ein zweiter Gedanke. Er lautet: Wir können nicht alle Probleme lösen, aber wir müssen den Menschen zu erkennen geben, daß wir bereit und in der Lage sind, ihre Probleme wirklich ernst zu nehmen. Deshalb müssen wir aufhören mit den Schlagworten, etwa dem Schlagwort von „links“ und „rechts“. Es ist doch nicht „links“, wenn man für die Menschenrechte in Südamerika eintritt, und es ist doch nicht „rechts“, wenn man für die Menschen in der Sowjetunion und im anderen Teil unseres Vaterlandes eintritt.

Ich habe vor kurzem die Memoiren von Jakob Kaiser, dem ersten Vorsitzenden der Sozialausschüsse und ersten gesamtdeutschen Minister gelesen: Gewerkschafter und Patriot. Man ist doch nicht „rechts“, wenn man für die Einheit Deutschlands eintritt, und man ist doch nicht „links“, wenn man für soziale Gerechtigkeit eintritt.

(Beifall)

Dazu gehört, was eben nicht in dieses Schema von „links“ und „rechts“ paßt, nämlich die Familienpolitik. Es sind doch insbesondere Sozialisten, die nie etwas mit der Familie anzufangen wußten. Deshalb ist es doch richtig, daß nicht die Familie dem Staat dafür dankbar zu sein hat, daß er sie unterstützt, sondern der Staat hat dankbar zu sein, daß es die Familie gibt. Wenn es Kindergeld, Erziehungsgeld und Erziehungsjahre gibt, dann sind das keine Geschenke und keine Almosen, die der Staat den Familien gibt, sondern ein ganz selbstverständliches Recht, auf das die Familien auch einen Anspruch haben.

(Vereinzelter Beifall)

Deshalb meine ich: So wichtig es ist, daß wir uns in all diesen Bereichen einsetzen, ganz wichtig wird auch sein, daß wir uns auf die kommenden Betriebsratswahlen richtig vorbereiten. Im nächsten Jahr werden für 700 000 Menschen Mandate in den Betrieben vergeben. Ich bitte Sie, liebe Parteifreunde, unterstützen Sie die Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft bei der schweren, aber wichtigen Arbeit in den Betrieben.

(Beifall)

Wir stehen vor wichtigen Wahlen. Wir haben die Solidarität der Partei sehr oft für uns in Anspruch genommen. Die Partei hat ein selbstverständliches Anrecht darauf, daß auch wir Solidarität geben. Deshalb zum Schluß noch ein kleines Beispiel. Es gibt viele, die verschiedene Blumen lieben. Viele glauben, daß unsere Lieblingsblume die rote Nelke sei. Das ist weit gefehlt. Schon seit Adenauer ist unsere Lieblingsblume die Rose. Adenauer hat genau gewußt, warum er Rosen besonders liebte. Er hat genau gewußt, daß Rosen ohne Dornen nun mal nicht zu haben sind. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Roswitha Verhülsdonk**, Tagungspräsidium: Danke, Ulf Fink.

Das Wort hat Herr Wilfried Hasselmann.

**Wilfried Hasselmann**: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich will einen Versuch machen, mit drei Minuten auszukommen.

(Beifall)

Vielleicht können wir davon alle etwas haben, wenn wir schneller vorankommen.

In der großen Londoner Zeitung Sunday Times hat es eine Untersuchung über die Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland gegeben. Das Ergebnis war, daß wir auf dem zweiten Platz der 229 Staaten der Welt einrangiert wurden nach den Kriterien Wohlstand, Lebenserwartung, Bürgerfreiheit und Umwelt. Sportlich: wir sind Silbermedaillenträger.

Die Bürger scheinen das nicht zu merken. Das scheint mir daran zu liegen, daß es eine bestimmte Gruppe auch von Lautverstärkern gibt, so Medizinmännern in bestimmten Organen auch, die meinen, eigentlich müßten wir unzufrieden sein; eigentlich darf es uns nicht gutgehen; eigentlich dürfen wir uns nicht über das freuen, was wir täglich erleben. Wir leben sozusagen in einer Zeit, in der wir uns in einer Allianz zwischen Wohlstand und Mißmut oder in einer selbstzufriedenen Unzufriedenheit befinden.

Ich bin deshalb dankbar, daß es auch Journalisten gibt – einen nenne ich: Erich Wiedemann –, die diese Nation in Moll oder das Volk in Moll mal ganz deutlich ansprechen und ihm den Spiegel vorhalten. Man empfiehlt uns sozusagen das elfte Gebot mit dem Text: du darfst dich nicht freuen. Denn wenn es uns oft genug gesagt wird, daß es uns eigentlich nicht gut geht, dann suchen wir ja eines Tages, weil uns ja Leiden verordnet wurde, nach dem Erlöser. Dann heißt es: das kann nur rot-grün sein. Es ist zum Knochenkotzen –

(Heiterkeit)

– Entschuldigung, wenn ich das so ausdrücke –, daß offensichtlich nur das berichtenswert ist, was negativ ist. Wenn hier eine kleine Gruppe demonstriert, dann muß das gezeigt werden. Aber wenn ganz andere Dinge in Deutschland geschehen, dann ist das nicht berichtenswert.

Warum sage ich das? Ich komme von der Front und spreche gerne mit Menschen. Da draußen fragt man uns, verehrter, lieber Bundesvorsitzender und meine Damen und Herren: Könnt ihr nicht endlich oben aufhören, euch zu streiten?

(Beifall)

Zweitens fragt man uns: Könnt ihr nicht endlich mal diejenigen zum Rapport rufen, die sich ständig profilieren wollen.

(Beifall)

Könnt ihr nicht mal anfangen, Ursache und Wirkung zuerst in der Fraktion auszurechnen und dann an die Bevölkerung heranzutreten?

(Beifall)

Könnt ihr nicht mal aufhören mit den Reformverordnungen von oben, für die wir unten noch kein Verständnis haben?

(Beifall)

Könnt ihr nicht mal eine Aufklärung unter den Menschen vornehmen, daß einsichtig wird: legitimes Recht alter Menschen auf gesicherte Renten und genauso legitimes Recht junger Menschen, zu fragen: können wir das noch bezahlen?

Es muß doch möglich sein, daß wir zuerst einmal eine Bewußtseinslage schaffen, die uns deutlich macht: Jawohl, wenn wir das System halten wollen, müssen wir reformieren. Aber wir müssen es draußen begreifen.

Und können wir uns nicht mal bequemen – alle!, und ich nehme mich gar nicht aus –, wenn wir mal eine Idee haben, an den Generalsekretär oder an den Vorsitzenden zu gehen und danach erst zu dpa und nicht immer umgekehrt.

(Beifall)

Das ist doch richtig, oder denke ich so falsch? – Das ist doch das, was man draußen hört.

Die Bürger sagen: Ihr seid ja gut, ihr habt eine blendende Politik gemacht. Wir merken das zwar, wir merken das auch. Aber ihr verkauft euch schlecht. – Nun wollen wir nicht über Verkaufsrezepte reden. Aber nun laßt uns mal von uns weg wieder mal den politischen Gegner angucken. Wo steht denn der eigentlich? Was wollen die machen? Wir haben bei uns Herrn Schröder!

(Heiterkeit)

Mein Gott, das macht ja richtig Spaß, Wahlkampf zu machen.

(Beifall)

Wir wollen Ernst Albrecht und von mir aus Herrn Hiersche, aber wir wollen nicht Schröder mit Retin. Das müssen wir doch einmal draußen sagen. Das ist ja ein Volksunglück, wenn solche Leute Führung und Macht über Menschen in die Hand bekommen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Also, wir haben Gutes nachzuweisen in dieser Zeit. Daß wir diesen Platz zwei haben, ist doch nicht selbstverständlich, sondern Ergebnis einer guten Wirtschafts-, einer guten Finanz-, einer guten Sozial- und einer guten Bildungspolitik. Ich darf das mal scherzhaft sagen, Herr Bundeskanzler: Wir leisten uns in Deutschland am Vorabend des Europäischen Marktes die ältesten Studenten, die jüngsten Rentner, die meiste Freizeit und die höchsten Löhne. Ist das nichts?

(Heiterkeit und Beifall)

Das ist doch was! Nun müssen wir mal überlegen, ob wir den Anschluß kriegen. Konzerne bilden, geht ja auch. Aber wir dürfen nicht älter werden als die französischen und britischen Konkurrenzen der jungen Generation. Wir müssen uns mal einfallen lassen: was brauchen wir denn nun wirklich für unser Leben? Und lassen Sie mich auch einmal sagen: Unsere Professoren dürfen nicht alle glauben, daß jede Disziplin, die gelehrt wird, auch gleichzeitig Prüfungsfach sein muß. Das kann ja kein Mensch auf den Hochschulen aushalten.

(Beifall)

Ich weiß, wovon ich rede; ich habe eigene Jungens.

Wenn wir an dieser Ecke weitermachen, dann versteht uns das Volk draußen.

Und noch eine Bitte: Wir sollten in der Politik nicht so tun, als ob wir ständig Fragen beantworten müßten, die noch gar nicht gestellt sind.

(Beifall)

Wir müssen uns mal so ein bißchen daran gewöhnen, was die Menschen draußen eigentlich bewegt, denen es eigentlich gut geht. Dann bekommen wir Beifall.

Und nun lassen Sie uns mal nachdenken über das, was uns Beifall bringt, was gut ist. Leider, lieber Norbert, ist dafür die Zeit zu kurz. Da hätte ich ein paar schöne Vorstellungen. Deshalb freue ich mich auch auf den nächsten Wahlkampf draußen vor Ort, nicht so hoch theoretisch. Die Menschen wollen von uns wissen, was los ist.

Und, Helmut, wir dürfen kein Profil verlieren. Wenn man sagt „Union“, dann muß man wissen, was das heißt in der Deutschlandpolitik. Dann muß man wissen, was das in der Sozialpolitik bedeutet. So einen Schlingerkurs, so mal ein bißchen hier und ein bißchen da – das wollen die Bürger nicht.

Die wollen von uns klare Aussagen: Da stehen wir. Dann haben wir keine Unbequemen und Bequemen, sondern dann haben wir eine Union.

Das mußte einmal gesagt werden. Ich wollte es gerne los sein.

(Lebhafter Beifall)

**Roswitha Verhülsdonk**, Tagungspräsidium: Lieber Herr Hasselmann, mit den drei Minuten hat es zwar nicht geklappt. Aber ich vermute, Sie hätten auch nach drei Minuten denselben lebhaften Beifall erhalten.

Deswegen meine Bitte: Wir versuchen es jetzt mit drei Minuten. Frau Hieke.

**Anneliese Hieke**: Ich komme aus Baden-Württemberg, aus dem Kreisverband Rhein-Neckar-Kreis.

Herr Bundeskanzler, Sie haben in Ihrer Rede anklingen lassen, Sie wünschten sich, daß in den Hauptversammlungen der Aktiengesellschaften auch positiv über die Bundesregierung berichtet würde. Ich kann Ihnen sagen, daß das geschieht. Ich bin Vertreterin einer Schutzgemeinschaft von Kleinaktionären. Von Vorstandsvorsitzenden wird sehr wohl berichtet, daß die hohen Gewinne nur deshalb möglich seien, weil die Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik stimmten. Aber darüber wird nicht geschrieben. Da ist es mit der Ausbeute in etwa so wie bei den Parteitagen: Es wird nur über Kritikpunkte berichtet, und über die positiven Anmerkungen schreibt man nicht.

Allerdings wird in diesen Hauptversammlungen in der letzten Zeit auch immer stärker darauf hingewiesen, daß sich die großen Industrieunternehmen die Zulieferer mehr und mehr im Ausland suchen. Das macht mir Sorge mit Blick auf den Mittelstand. Die

Zulieferer des Mittelstandes beschäftigen mehr Arbeitnehmer als diese großen Industrieunternehmen selbst. Ich glaube, die Meßlatte für Politiker darf nicht allein diese enorm gut verdienenden Aktiengesellschaften sein. Die Hauptmeßlatte der Politiker muß der Mittelstand mit seinen kleinen Betrieben sein, der Arbeitnehmer auch dann behält, wenn es ihm etwas schlechter geht. Ich habe noch nie erlebt, daß Manager von Industrieunternehmen eigenes Vermögen einsetzen, um Arbeitsplätze zu sichern.

(Beifall)

Im Zusammenhang mit dem Mittelstand muß ich die kritische Anmerkung machen, daß mir die Umstellung auf „fast food“ nicht gefällt.

(Zustimmung)

Ich kann mir vorstellen, daß der bremische Mittelstand durchaus in der Lage gewesen wäre, diesen Parteitag zu versorgen. Vielleicht kann man das wieder ändern.

(Zustimmung)

Um bei der Hauptversammlung zu bleiben: Ich muß auch kritisch anmerken, daß mir die Bilanz des Bundesschatzmeisters nicht gefallen hat.

(Zustimmung)

Ein Finanzvorstand bekäme in einer Hauptversammlung, nachdem die Prüfer erklärt haben, daß sie auf ihre weitere Tätigkeit verzichten, mit Sicherheit keine Entlastung durch die Kleinaktionäre.

(Zustimmung)

In diesem Bericht klang mir einfach zuviel Vorwurf an die Delegierten durch. Das ist mit Sicherheit nicht gerechtfertigt.

Im Zusammenhang mit dem Mittelstand habe ich eine konkrete Frage, was den Entwurf des Jugendwohlfahrtsgesetzes betrifft. Ich hoffe doch nicht, daß die selbständigen Unternehmerinnen und die vielen Frauen, die in Partnerschaft mit ihren Männern Betriebe leiten – das sind zusammen immerhin etwa 1,7 Millionen –, in Zukunft für ihre Kinder keinen Kindergartenplatz mehr bekommen. Weil es sich diese Frauen nicht leisten können, nur 19 Stunden in der Woche zu arbeiten, verzichten sie heute schon auf Erziehungsurlaub und Erziehungsgeld. Wir wollen wissen, ob zukünftig das Sozialamt entscheiden soll, ob ein Kindergartenplatz zur Verfügung steht oder nicht.

(Zustimmung)

Ich hoffe, daß Sie den jungen Frauen des Mittelstandes, die immer mehr bereit sind, sich selbständig zu machen und doppelte Arbeit zu leisten, eine befriedigende Auskunft geben können.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Roswitha Verhülsdonk**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Hieke. Über das neue Jugendwohlfahrtsgesetz werden wir morgen oder schon heute ausgiebig beraten.

Das Wort hat Claus Jäger.

**Claus Jäger**: Frau Vorsitzende! Meine lieben Parteifreunde! Herr Bundeskanzler, in Ihrem Rechenschaftsbericht haben Sie folgenden Satz gesagt: „Wir sind angetreten, eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft zu schaffen. Wir wissen: Dieser Auftrag ist noch längst nicht erfüllt.“ Und Sie haben hinzugefügt: „Das gilt vor allem für die schwächste Form menschlichen Lebens: für das ungeborene Kind.“

Das ist – Sie haben völlig recht, Herr Bundeskanzler – ein Stein des Anstoßes für immer mehr unserer christlichen Wähler, und zwar für Stammwähler, lieber Heiner

Geißler, die seit eh und je die Union gewählt haben und die daran leiden, daß auch wir auf diesem Gebiet keine sichtbaren Fortschritte erzielen konnten.

(Zustimmung)

Ich will an dieser Stelle jetzt nicht über das jammern, was wir nicht erreicht haben. Diese Union ist kreativ und produktiv. Ihre Mitglieder an der Basis machen sich Gedanken, wie man im Zusammenhang mit diesem Problem vorankommen könnte. So ist auch von der Basis dieser Partei herauf in den letzten Monaten ein Gedanke gewachsen, der sich ganz nahtlos an das anschließt, was Heiner Geißler vorhin gesagt hat: daß wir zunächst einmal das Problem mit sozialen Hilfen angehen wollen.

Deswegen ist von drei Kreisverbänden der Vorschlag gemacht worden – er liegt als Antrag dem Parteitag vor –, das in die Tat umzusetzen, was Sie, Herr Vorsitzender, in Ihrem Rechenschaftsbericht gesagt haben. Sie haben erfreulicherweise vom ungeborenen Kind gesprochen. Wenn das Kinder sind – das sind sie, das haben wir in Wiesbaden ja auch klar festgestellt –, dann verdienen die Mütter dieser Kinder auch Kindergeld für diese noch nicht geborenen Kinder.

Wenn wir das machen, dann machen wir einen gewaltigen Fortschritt, weil wir Bewußtsein schaffen. Wer Kindergeld bezieht, weiß: Das sind Kinder, und diese Kinder können nicht behandelt werden wie ein Stück Gewebe oder wie ein himbeerähnliches Gebilde, wie es ein hoher Richter einmal ausgedrückt hat.

(Zustimmung)

Das ist ein sozialer Lösungsvorschlag, das ist kein Ruf nach Strafe.

An diesem Punkt frage ich die Antragskommission, lieber Heiner Geißler, warum sie diesen Vorschlag, der doch haarscharf dem entspricht, was Du in Deinen Ausführungen gefordert hast, dem Parteitag nicht zur Annahme empfiehlt. Wenn es wahr ist, was immer wieder gesagt wird – helfen statt strafen –, dann kann man einen solchen Vorschlag in der Lage, in der wir uns befinden – 300 000 Kinder müssen im Jahr im Mutterleib sterben –, nicht ablehnen oder an irgendein Gremium verschieben und überweisen. Dann muß das mindestens im Grundsatz angenommen werden.

Meine lieben Parteifreunde, hier könnten wir mit sozialen Mitteln ein Stück Bewußtseinsänderung schaffen. Helfen Sie mit, daß das gemacht wird. Herr Vorsitzender, ich möchte Sie herzlich bitten: Unterstützen Sie das. Damit könnten wir bei Tausenden unserer Mitglieder und Stammwähler verlorenes Vertrauen zurückgewinnen.

(Beifall)

**Roswitha Verhülsdonk**, Tagungspräsidium: Danke schön; Claus Jäger. Das waren tatsächlich nur drei Minuten.

Zwei Redner haben ihre Wortmeldung zurückgezogen.

(Beifall)

Des guten Beispiels wegen will ich sie nennen: Minister Weiser und Herr Merkel.

Jetzt hat das Wort Renate Hellwig.

**Dr. Renate Hellwig**: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind uns einig, daß die Phantasie die CDU nie verlassen hat und auch nie verlassen wird und daß es auch immer so sein wird, daß wir Fragen, die in der CDU noch umstritten sind, nach vorne bringen müssen. Ich bin seit einem halben Jahr Vorsitzende des Frauenarbeitskreises im Lande. Dieser Frauenarbeitskreis, von unserem Landesvorstand zusammengesetzt, besteht insbesondere aus jüngeren

Männern und Frauen. Als wir im Braintrust fragten: Was ist eigentlich das wichtigste Thema, um gerade die Jüngeren zurückzubringen?, siehe da, es waren 80 % des Arbeitskreises, die zwei Fragen aufgeworfen haben und die geradezu spiegelbildlich sind. Die eine Frage betrifft die Verbesserung der Kinderbetreuung, Verbesserung der Angebote, und die zweite Frage die Flexibilisierung der Arbeitszeit für junge Väter und Mütter, Teilzeitarbeit für beide.

Wir haben zum ersten Thema, nämlich zu der Verbesserung der Betreuungsangebote, jetzt gerade am Samstag einen Kongreß unter dem Motto durchgeführt: „Berufstätige Frauen, wo bleiben die Kinder?“. Ich glaube, es war ein sehr guter Kongreß, ein sehr offener Kongreß. Ich berichte Ihnen. Da war eine katholische Schwester, die stellte ein Kinderhaus in Tübingen vor. Das ist offen für die Kinder von nichtberufstätigen Müttern und von berufstätigen Müttern. Der normale Kindergarten ist integriert. Die Frauen sind entlastet; sie müssen das Kind im Kindergartenalter nicht um acht bringen und müssen es nicht um halb zwölf wieder holen, sondern sie können es einmal eher bringen, sie können es einmal länger da lassen. Das heißt, die Betreuung ist gegeben, und gleichzeitig sind die Mütter in diese Arbeit eingespannt, und das gegenseitige Verständnis der nichtberufstätigen und der berufstätigen Mütter wächst in dieser Zusammenarbeit. Dort gebe es kein Gegeneinander, sondern ein Sowohl-Als-auch. Diese Schwester hat gesagt: Es ist nicht nur politisch klug für die CDU, daß sie sich auch der Probleme der berufstätigen Mütter annimmt. Vielmehr sagte sie es so schön – sie stammt von einem italienischen Orden – in italienischem Schwäbisch: „Es ischt au chrischtlich, wenn wir uns dieser Probleme mehr annehmen.“

Meine Damen und Herren, wir rücken im europäischen Vergleich eh näher zusammen. Unsere Nachbarstaaten haben durchgehende Ganztagskindergärten, Ganztags-schulen, aber offen, die Kinder müssen nicht den ganzen Tag bleiben. Müssen wir jetzt davon ausgehen, daß dort lauter mißratene Kinder großgezogen werden? Meine Damen und Herren, befassen wir uns mit diesem Problem etwas näher: Eine Patenfamilie für meinen Neffen, der im Schüleraustausch in England ist, beide berufstätig, die Mutter hat einen Teilzeitplatz – die bekommen gerade ihr viertes Kind. Das ist überhaupt kein Problem. Bei uns werden 50 % der Drittkinder und 70 % der Viertkinder in den Familien abgetrieben. Das ist ein Teil der Wahrheit, der wir uns stellen müssen.

Wenn Sie einmal dahinterschauen, so sind es nicht nur die ökonomischen Fragen, sondern gerade die Fragen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die junge Frauen und junge Väter interessieren. Junge Frauen sind heute wesentlich besser ausgebildet als ihre Mütter. Sie lieben auch ihren Beruf. Selbst wenn sie eine Zeitlang aussetzen, wollen sie dann sehr bald wieder in den Beruf kommen. Wir machen mit dem Erziehungsgeld drei Jahre Erziehungszeiten, aber nach drei Jahren ist das Problem nicht gelöst. Nach drei Jahren fängt der Kindergarten gerade erst an. Wenn der dann mit Teilzeitarbeit nicht vereinbar ist, beginnen die Probleme. Unsere Barbara Schäfer sitzt da, unsere Landesministerin. Wir machen – vielen Dank, Barbara Schäfer – in Baden-Württemberg eine große Aktion „Schutz des Lebens, Mut zum Kind“. Was stellen wir fest? Das Hauptargument, das von Frauen kommt, die im Abtreibungskonflikt sind, ist: Erste Frage: Bekomme ich eine Wohnung? Und zweite Frage: Wie ist langfristig das Betreuungsproblem gelöst? Das ist sowohl etwas für die alleinstehenden Mütter als auch für junge berufstätige Mütter.

Meine Damen und Herren – Herren insbesondere –, insbesondere die Kommunalpolitiker, die vor Ort: Machen wir einen bundesweiten Wettbewerb: Welches ist die

kinderfreundlichste Gemeinde, welche löst die Konflikte der Vereinbarkeit von Beruf und Familie am besten? Nehmen wir uns dieses Zukunftsproblems an, dann werden wir auch junge Mütter und Väter wieder stärker zur Mitarbeit in der CDU gewinnen.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Roswitha Verhülsdonk**, Tagungspräsidium: Danke schön, Renate Hellwig.

Ich möchte fragen, ob Sie damit einverstanden sind, wenn wir ab jetzt eine Redezeitbeschränkung auf drei Minuten vorsehen. Ich lasse darüber abstimmen. Wer einverstanden ist, daß die weiteren Redner nur noch drei Minuten Zeit haben, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Bei wenigen Gegenstimmen mit großer Mehrheit so beschlossen.

Dann beginnen wir sofort mit Klaus Herrmann und mit drei Minuten.

**Klaus Herrmann**: Frau Präsidentin! Liebe Parteifreunde! Ich bin sehr froh, daß wir hier über das Erscheinungsbild unserer Parteispitze und unsere Regierung auch kontrovers diskutieren. Es sind bei weitem, Herr Bundeskanzler, nicht nur die Jüngeren, die kritisieren, sondern auch viele Ältere, die uns an der Basis in den Orts- und Kreisverbänden auffordern: Geht beim Bundesparteitag heraus, sagt einmal, was uns in den Orten und Kreisen bewegt, damit es auch hier zur Geltung kommt, damit man das auch hier einmal artikuliert. Ich habe nachgelesen, was Sie 1971 gesagt haben, als Sie auf dem Bundesparteitag gegen Rainer Barzel kandidiert haben. Damals haben Sie gesagt, daß die demokratische Auswahl unter mehreren Kandidaten Vorteile bringt. Von dem damaligen Parteitag ging ein Aufbruch aus, weil man auswählen konnte. Diesen Helmut Kohl von damals würde ich aus innerer Überzeugung und mit Freude heute wählen. Aber man spürt von einer solchen Aufbruchstimmung eigentlich schon in den letzten Jahren recht wenig. Was hat Ihre Entscheidung über Heiner Geißler mit der innerparteilichen Demokratie zu tun, die Sie 1971 selber eingefordert haben?

(Vereinzelt Beifall)

Es ist meines Erachtens notwendig, daß wir nicht wie letztes Jahr in Wiesbaden nur davon reden, daß ein Aufbruch wieder kommen soll, sondern wir müssen auch tatsächlich von Ihnen die Zeichen, die Mahnungen bekommen, daß es im positiven Sinn weitergeht. Denn die Karawane ist seit Wiesbaden weitergezogen, das Vertrauen in die Regierung aber geringer geworden, und dafür ist nicht der Generalsekretär, sondern ist der Bundeskanzler verantwortlich.

Ich hoffe, daß wir beim nächsten Parteitag in einem Jahr nicht zusammenkommen, um wieder Wahlniederlagen zu beklagen, sondern daß wir dann über Wahlerfolge reden können. Deshalb bitte ich Sie ganz herzlich: Entwickeln Sie Zukunftsvisionen für unser Land, die auch emotional die Bürger in unserem Land ansprechen!

Nach dem heutigen Parteitag und nach dieser Diskussion, die hart und offen geführt wird, müssen wir wieder gemeinsam nach vorn blicken, zusammenstehen, so wie es Wilfried Hasselmann und Lothar Späth vorher in sehr eindrucksvoller Weise gesagt haben. Wir sind dazu bereit, wenn wir spüren, daß unsere Kritik auch ernst genommen und von Ihnen berücksichtigt wird.

(Beifall)

**Roswitha Verhülsdonk**, Tagungspräsidium: Danke schön. Das waren exakt drei Minuten. – Herr Kues hat das Wort.

**Matthias Kues:** Frau Präsidentin! Herr Parteivorsitzender! Meine Damen und Herren! Es steht außer Frage: Wir wären gern und ohne ein etwas flaes Gefühl in der Magengegend zu diesem Parteitag gefahren und wären hier zu wichtigen Wahlen, die vor uns liegen, aufgebrochen. Aber – mein Ministerpräsident Albrecht hat es gesagt, und ich will danach handeln –, man soll aus seinem Herzen keine Mördergrube machen. Wer die Rede von Heiner Geißler hier heute nachmittag gehört hat, dem fällt es immer noch schwer zu glauben, daß dieser Heiner Geißler in wenigen Stunden nicht mehr unser Generalsekretär sein soll.

(Beifall)

Heiner Geißler hat in den letzten Wochen häufig ein, wie ich finde, ganz sympathisches Zitat verwandt. Er hat gesagt: „Giovanni, nimm dich nicht so wichtig!“ Vielleicht sollte man das auch als Delegierter nicht tun und hier nicht mehr nachkarten. Aber ich muß für mich sagen – das gilt auch für viele in der Jungen Union –, das, was uns in den letzten drei Wochen zugemutet wurde, das war zuviel des Schlechten.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist der Punkt, wo jeder für sich entscheiden muß – für mich ist dieser Punkt jetzt hier und heute gekommen –: Nachkarten hin und her, jetzt gilt es auch, Flagge zu zeigen.

Ich will zwei Punkte aus den letzten drei Wochen ganz konkret ansprechen, nicht um mieszumachen, sondern weil wir daraus lernen können. Das Statut sieht ein Vorschlagsrecht des Parteivorsitzenden für die Besetzung des Amtes des Generalsekretärs vor.

Wir wissen, Gesetze, Satzungen und auch Parteistatuten leben davon, daß diejenigen, die damit umgehen, nicht nur formal nach diesen Statuten, sondern auch im Geiste dieser Statuten handeln. Und da stellt sich mir, wenn ein Parteivorsitzender gegen das überwältigende Votum seiner Stellvertreter, gegen das Votum des Parteivorstandes, dem er vorsteht, gegen das Votum der drei größten Vereinigungen der CDU handelt und dieses formale Recht wahrnimmt, schon die Frage: Nimmt er dieses Recht dann wirklich noch im Geiste dieses Statutes wahr? Ich meine, nein.

(Beifall – Zuruf: Ich meine, ja!)

Und, sehr geehrter Herr Parteivorsitzender, ich denke an den Tag Ihrer Pressekonferenz. Sie haben in den Stunden vor der öffentlichen Bekanntgabe Ihrer Entscheidung all Ihre politischen Mitstreiter im Vorstand übergangen, setzten sich dann am Tag Ihrer Pressekonferenz hin und sagten: Wir müssen das Miteinander betonen. Es ist eine sehr persönliche Frage – ich weiß nicht, ob Sie darauf antworten wollen, aber mich würde es interessieren –: Ist Ihnen zumindest am Abend dieser Pressekonferenz auch einmal der Gedanke gekommen, vielleicht, als Sie ganz allein zu Hause vor Ihrem Spiegel gesessen haben: Lieber Helmut Kohl, hast Du da wirklich redlich gehandelt, als Du auf der Pressekonferenz noch das Miteinander betont hast?

(Vereinzelt Beifall – Vereinzelt Pfui-Rufe und weitere Zurufe)

Ich meine, es ist eine gute Sache, wenn wir vor einer Entscheidung miteinander reden und dann nach dieser Entscheidung auch miteinander handeln.

(Vereinzelt Pfiffe – Glocke der Präsidentin)

– Ich will schließen. –

(Beifall)

Wir machen jetzt nicht mies, und wir stecken den Kopf nicht in den Sand, aber das mußte mal gesagt werden. Wir wollen diese Partei weiterentwickeln zu einer Partei, in der Personen mit Ecken und Kanten, mit Eigenprofil, das zum Gesamtprofil der Partei wird, Platz haben. Ich hoffe, daß wir unsere Wahlen hinsichtlich der Stellvertreter und der Beisitzer heute in diesem Sinne treffen.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Roswitha Verhülsdonk**, Tagungspräsidium: Danke schön. – Das Wort hat Herr Dr. Peters.

**Dr. Leo Peters:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Generalsekretär hat heute die zehnstündige Debatte zur Abtreibungsproblematik in Wiesbaden gewürdigt und ihren außerordentlichen Stellenwert betont. Aber dabei allein darf es nicht bleiben. Wir müssen auch fragen, was aus den dortigen Beschlüssen geworden ist.

(Zustimmung)

Sonst wäre Wiesbaden eine Alibi-Veranstaltung und das dort beschlossene Papier ein Lippenbekenntnis.

Dieser Tagesordnungspunkt ist der Rahmen, in dem die Ausführung der Beschlüsse ganz kurz beleuchtet werden soll. Immerhin hatten wir ja in Wiesbaden als unser oberstes Ziel ausdrücklich definiert, daß das ungeborene Kind besser zu schützen und alles zu tun sei, damit die hohe Zahl von Abtreibungen zurückgeht.

Drei konkrete Maßnahmen möchte ich kurz in Erinnerung rufen, die sich die Partei, soweit sie darauf maßgeblich Einfluß nehmen kann, verpflichtend vorgenommen hatte: erstens die Verabschiedung eines Beratungsgesetzes; zweitens die Änderung der derzeitigen Fassung des § 219 d StGB; drittens eine breitangelegte Aufklärungskampagne über das vorgeburtliche menschliche Leben und über das Wesen der Abtreibung, die die CDU zutreffend als Tötung bezeichnet hat.

Es hat den Anschein, daß wir in der Frage des Beratungsgesetzes eher hinter den Stand des Parteitages von Wiesbaden zurückgefallen sind und daß sich in der Frage der vom Parteitag geforderten Änderungen des § 219 d StGB auch nichts bewegt hat.

Nun mag man die Nichtausführung dieser beiden Beschlüsse teilweise noch auf Schwierigkeiten zurückführen, die uns insoweit vom Koalitionspartner gemacht werden. Ganz auf unser Konto aber geht es, daß die Aufklärungskampagne noch nicht in Gang gekommen ist,

(Zustimmung)

jedenfalls nicht das, was wir uns in Wiesbaden vorgenommen haben. Heiner Geißler in Wiesbaden wörtlich – ich zitiere –:

Wenn wir schon Millionen Mark für die Informationen über Aids ausgeben, dann dürften uns mindestens ebenso viele Millionen Mark für die Aufklärung über das ungeborene Kind nicht zuviel sein.

(Beifall)

Das, meine Damen und Herren, was wir in den Delegiertenunterlagen über die Ausführung der Beschlüsse von Wiesbaden finden, kommt dem von der Partei vor einem Jahr selbst gesetzten Anspruch schlicht nicht nach. Die Redebeiträge von Wiesbaden als Broschüre herausgegeben zu haben, wird als Beleg für eine angemessene Ausführung der Beschlüsse gewertet. Lobenswerte Aktivitäten der Landesver-

bände Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg werden hilfswiese für unzureichende Aktivitäten der Bundes-CDU herangezogen. Meine Damen und Herren, das ist viel zu wenig.

(Beifall – Glocke der Präsidentin)

– Ich komme sofort zum Schluß, Frau Präsidentin. – Wir haben in Wiesbaden die dringend notwendige Bewußtseinsänderung in der Abtreibungsfrage beschworen. Bewußtseinsänderung aber fällt nicht vom Himmel. Wir müssen sie aktiv herbeiführen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Roswitha Verhülsdonk**, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Dr. Peters. – Das Wort hat Elmar Pieroth.

**Elmar Pieroth**: Liebe Freunde! Über Sachfragen sprechen wir morgen; in einer Volkspartei mit breiten Strömungen wird dann auch gestritten werden.

Ich meine, heute kam es auf etwas anderes an. Wir sind Delegierte der Mitglieder der Christlich Demokratischen Union. Unsere Mitglieder erwarten, daß wir ihre Motive kennen. Mitglieder werden Mitglied, um mit uns zusammen für unsere Ideen und gegen unsere politischen Gegner zu streiten. Sie werden nicht Mitglied, um über internen parteipolitischen Streit besser informiert zu werden und näher an ihm dran zu sein.

Offenheit – ja, kritische Fragen – ja, menschlicher Streit – nein, menschlicher Respekt – ja. Ich meine, das hätte dieser Nachmittag gut gezeigt. Somit kann man zum Teil zufrieden sein.

Ich meine aber auch, daß zweierlei noch deutlicher werden muß: Wir müssen nach draußen für die Fortführung unseres Wirtschaftsaufschwunges streiten und propagieren, daß es unsere Politik der sozialen Marktwirtschaft war, die ihn in den letzten sieben Jahren herbeigeführt hat. Das ist etwas zu kurz gekommen.

Es war unsere Haushaltskonsolidierung, unsere Wiedergewinnung der Preisstabilität, unsere Wiederentdeckung des Leistungsprinzips. Diese Wirtschaft dürfen wir nicht an die SPD abgeben. Ich weiß, wovon ich rede; ich komme aus Berlin. Da merkt man rasch, wie die Stimmung umschlägt.

Genauso, liebe Freunde, müssen wir klarmachen, daß das andere große Ziel erreicht ist: daß Gorbatschow seinen Militärs nicht trotz, sondern wegen der Nachrüstung klarmachen konnte, daß das Wettrüsten nicht trägt, so daß es zur Öffnung kommen konnte.

Wer hätte sich heute vor sieben Jahren, in den letzten Tagen der sozialliberalen Koalition, diese Entwicklung vorstellen können, wer hätte sich vorstellen können, daß unsere Bundesregierung sieben Jahre wirtschaftlichen Aufschwung besorgen wird? Es hätte geheißen: An Wunder wird nicht mehr geglaubt. Heute, liebe Freunde, da fragen wir uns, ob Helmut Kohl schwimmen kann. Wir fragen uns das angesichts dessen, was ich für einen hervorragenden Kohl-Witz ansehe, was unser Freund Wolfram Engels in der „Wirtschaftswoche“ beschrieben hat: CDU-Volksfest gegenüber dem Kanzleramt auf der anderen Rheinseite in Beuel; der Kanzler sagt zu. Er bittet den Herrgott: Laß mich meinen Parteifreunden mal zeigen, daß ich Wunder bewirken kann. – Und das Wunder besteht darin, daß er, auf dem Wasser gehend, drüben ankommt. Die Menschen sagen aber nicht: „Donnerwetter, er kommt ja trockenen Fußes rüber,“ sondern: „Kann er denn gar nicht schwimmen?“ Ich meine, das ist unser Problem, und das müssen wir auch aufzeigen.

Ich meine, so kann man auch klarmachen, daß die Bilder von der ungarischen Grenze, von denen Eberhard Diepgen gesprochen hat, nicht selbstverständlich sind, sondern die größte Herausforderung, vor der wir stehen. Was ist das für eine aufregende Zeit, daß wir erstmalig in der Geschichte die Chance haben, daß der europäische Kontinent im ganzen freiheitlich werden kann. Wir wissen noch nicht, wie wir es organisieren sollen. Aber eines weiß ich: Viele von unseren Tüchtigsten – Handwerker, Meister, Vorarbeiter, Geschäftsleute – müssen hin in diese Länder und den Aufschwung bewirken. Dann können wir zeigen: Menschen wollen gefordert sein, nicht nur gefördert werden. Das liegt uns, das liegt der CDU. Damit haben wir eine neue Aufgabenstellung. Dann können wir auch im Inland wieder siegen.

(Beifall)

**Dr. Renate Hellwig**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Elmar Pieroth. Meine Damen und Herren, ich bitte um Ihr Verständnis, wenn ich jetzt ziemlich streng durchgreife. Bisher sind nämlich erst 29 von 41 Wortmeldungen erledigt. Jetzt hat Herbert Helmrich das Wort.

**Herbert Helmrich**: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es freut mich, daß ich Gelegenheit habe, hier zu sprechen, nachdem das C in unserem Namen so oft beschworen worden ist. Ich will über die Flüchtlinge sprechen, die in dieser Stunde zu Tausenden in die Bundesrepublik kommen. Die ungarische Regierung hat heute nacht die Grenzen geöffnet. Das ist ein Akt großer Humanität, wofür wir dankbar sein können.

Ich möchte fragen, wie wir unmittelbar helfen können. Heiner Geißler hat das christliche Menschenbild beschworen. Helmut Kohl hat von Hilfsbereitschaft gesprochen. *Norbert Blüm hat gesagt: Wir wollen nicht in einem Staat leben, in dem wir alles nur den Bürokraten überlassen.* – Viele von denen, die zu uns kommen, haben eine Anlaufstelle – Bekannte, Verwandte und Freunde –, viele aber auch nicht. Ich habe hier in unserem Kreise etliche auf dieses Thema angesprochen. Inzwischen habe ich 20 Adressen für Patenschaften in der Tasche.

Meine Damen und Herren, über christliche Nächstenliebe kann man nicht nur vom Podium herunter reden. Wir dürfen uns nicht wohligh zurücklehnen und uns das, was dazu gesagt wird, einfach nur anhören. Ich möchte die CDU aufrufen, Patenschaften für diejenigen zu übernehmen, die keine Anlaufstelle haben. Frau Wilms und unser Freund Waffenschmidt sind eben hier angekommen und können hier auf dem Parteitag über den unmittelbaren Eindruck berichten, den sie angesichts der derzeitigen Vorgänge gewonnen haben. Am Stand der KPV liegen Listen aus. Wer sich dort betreffend Patenschaft eintragen möchte, kann das gerne tun. Wir werden denjenigen, die sich eintragen, Patenschaften für Menschen vermitteln, die hier keine Anlaufstelle haben. Ich wäre Ihnen für einen solchen Akt christlicher Nächstenliebe dankbar. Außerdem haben wir in dieser einmaligen Situation die Chance, daß die CDU, die hier mit allen Kreisverbänden vertreten ist, schlagartig nach unten agieren kann. Helfen Sie mit!

(Beifall)

**Dr. Renate Hellwig**, Tagungspräsidium: Ich sage dem Redner vielen Dank, vor allen Dingen für die Einhaltung der Redezeit. Nun hat Ruth Asche das Wort.

**Ruth Asche:** Frau Vorsitzende! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich habe mich als Bezirksvorsitzende der Frauen Union aus dem Landesverband Lüneburg zu Wort gemeldet. Am Montag, dem 21. August, waren wir sehr betroffen, als wir so unvorbereitet die Nachricht vernahmen, daß Herr Dr. Geißler nicht mehr als Generalsekretär vorgeschlagen wird.

(Zurufe)

– Stöhnen Sie nicht. Ich will das nur kurz schildern.

In den nachfolgenden Tagen stand mein Telefon nicht mehr still. Ich wurde 1978 als Kreisvorsitzende der Frauen Union in Soltau-Fallingbostel und als stellvertretende Bezirksvorsitzende gewählt. Seit 1984 bin ich Bezirksvorsitzende im Landesverband Lüneburg. In diesen 11 Jahren konnte ich mich mit anstehenden Problemen immer an Herrn Dr. Geißler wenden, und zwar in der Gewißheit, immer schnell Antwort und Hilfe zu bekommen. Dr. Geißler hat uns Frauen stets gut beraten. Manches Problem konnte dadurch auch entschärft und gut gelöst werden. Ich nenne nur ein Beispiel: die heftige Diskussion in unserem Bericht über die Begnadigung der beiden Terroristen Boock und Speitel. Vor allem Polizistenfrauen waren sehr verärgert und drohten auch mit Parteiaustritt. Dr. Geißler hat uns damals in einem langen, ausführlichen Brief die Dinge sachlich dargelegt. So konnten wir diese Diskussion auch in unserem Bereich sehr versachlichen und abblocken. Herrn Dr. Geißler gilt heute hier – dies sage ich auch im Namen der von mir vertretenen Frauen – ein ganz besonders herzlicher Dank für die gute Unterstützung, die er uns in all den Jahren gegeben hat. Von unserem neuen Generalsekretär erhoffe ich für uns Frauen die gleiche Unterstützung unserer künftigen Anliegen. Wir alle wären aber auch gut beraten, wenn wir in Zukunft untereinander mehr Solidarität beweisen würden, denn wir alle engagieren uns ja letztlich für die CDU und für Deutschland.

(Beifall)

**Dr. Renate Hellwig,** Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Asche. Thomas Stritzl, bitte!

**Thomas Stritzl:** Frau Präsidentin! Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist heute eine Menge über die historische Stunde gesagt worden, die wir jetzt in der Bundesrepublik Deutschland erleben: Es bewegt sich etwas in unserem Vaterland, und 6000 Landsleute kommen zu uns. Ich frage mich: Was machen wir eigentlich daraus? Das ist absolut die Krönung! Ich will hier jetzt freilich keine Schleichwerbung für ein Produkt machen. Mir geht langsam aber wirklich die Galle über. Wir sind heute wieder einmal an einem Punkt, wo wir es hervorragend verstehen, über uns selbst zu diskutieren. Mein Vorwurf geht nun nicht an diejenigen, die sich hier kritisch zu Wort melden. Ich habe es langsam satt, daß man als Delegierter, als Mitglied dieser Partei permanent Diskussionen ausgesetzt wird, die fast immer von oben kommen. Was hier passiert ist, worüber wir heute diskutieren, ist in der Tat – ich habe es schon gesagt – die Krönung.

In die Schuldfrage will ich hier nicht mehr einsteigen. Abgesehen davon ist mittlerweile auch klargeworden, daß in dieser heiligen Halle der Macht, die das Präsidium darstellt, weiß Gott nicht nur Heilige sitzen. Ich habe aber keine Lust mehr, die Dinge permanent vor Ort auszubaden. Der heutige Fall ist ja leider auch nur ein Fall in einer ganzen Reihe von Fällen. Sie haben heute viel über Themen wie diese diskutiert: Brauchen wir mehr Fragen? Brauchen wir mehr Profil? Darüber gibt es überhaupt keinen Streit.

Wir brauchen eine gute Bilanzdarstellung. Wir brauchen die richtigen Fragen. Dazu brauchen wir – bitte schön! – oben aber auch ein geschlossenes Präsidium, das an einem Strang zieht. Heute haben hier alle versichert, daß sie dies tun wollen. Auf Grund der Vergangenheit habe ich allerdings den begründeten Verdacht, daß alle zwar an einem Strang ziehen, aber leider jeder in eine andere Richtung. Wenn das Führungsverantwortung sein soll, die hier wahrgenommen wird, und wir es vor Ort ausbaden dürfen, daß einige nur Schaulaufen veranstalten – in welche Richtung auch immer –, wir aber nicht mehr dazu kommen, dem Bürger vor Ort zu verdeutlichen, was wichtig und notwendig ist, wenn wir nur noch zu dem Stellung nehmen dürfen, was personalpolitisch bei uns gerade abläuft, dann haben wir, wie ich glaube, ein Stück von dem abgewirtschaftet, was wir immer als Führungsanspruch für die Bundesrepublik Deutschland und für die christlich-demokratische Idee nach vorne tragen wollen.

Mein herzlicher Appell an alle diejenigen, die hier heute kandidieren und dann gewählt werden, geht in diese Richtung: Führungsverantwortung ist etwas Gemeinsames und muß auch gemeinsam für die gemeinsame Sache geleistet werden. Man darf sie aus Eigensüchteleien nicht auseinanderdividieren.

(Beifall)

**Dr. Renate Hellwig**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Stritzl. Lothar Felleisen, bitte!

**Lothar Felleisen:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich komme aus Baden-Württemberg, und zwar aus dem Neckar-Odenwald-Kreis. Dieser Kreis ist ländlich geprägt. Der Durchschnittsverdienst beträgt dort 2000 DM netto. Sie werden nachher noch merken, warum ich das sage. Unser Vorsitzender sagt immer wieder: Wir sind Spitze! Auch ich bekräftige, daß wir Spitze sind. Bei den Wahlergebnissen sind wir aber nicht Spitze. Hier wird von der Basis gesprochen. Wenn ich meinem Freund Lothar Späth und Erwin Teufel etwas bezüglich der Basis vortrage, wird das Anliegen entweder verwirklicht oder überprüft. Denken wir einmal an die Zeit vor einem Jahr: Was hat die Basis an Herrn Stoltenberg bezüglich der Quellensteuer herangezogen? Die Basis hat recht bekommen. Herr Stoltenberg hat das Vorhaben durchgesetzt und dann vielleicht gemerkt, daß es nicht das Ideale ist. Dann kam einer aus Bayern, der dies sofort gemerkt hat und sagte: Das ist nichts! Er hat den Posten gewechselt und jetzt soll es wieder gut sein. Meine lieben Freunde, glauben Sie, das kommt draußen bei unseren Wählern oder bei unseren CDU-Freunden gut an? Diese sagen uns: Man soll sich das vorher überlegen!

Ich bin der Meinung, daß es richtig wäre, wenn man auf die Basis hört.

Man hat sodann den Spitzensteuersatz von 56 % auf 53 % gesenkt. Das kam den Gutverdienenden zugute. Denken wir aber auch einmal an diejenigen, die nur 2000 DM verdienen, die etwas Trinkgeld bekommen oder eine Nachtzulage erhalten. Denken Sie beispielsweise an eine Krankenschwester. Man hat den Mut gehabt, die Einkünfte solcher Personen weiterhin in gleicher Höhe zu besteuern. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich finde, es ist eine große Schande, wenn man die Einkünfte derjenigen noch besteuert, die samstags oder sonntags arbeiten, sei es im Krankenhaus oder woanders. Wenn die Abgeordneten einen gewissen Stolz gehabt hätten, hätten sie ein Beispiel gegeben und einen eigenen Beitrag geleistet, da sie 7000 DM steuerfrei erhalten; das macht im Jahr 43 Millionen DM aus.

Hier könnte man auch davon reden.

Nun, meine Lieben, ich habe von Trinkgeldern gesprochen. Ich möchte das von den Renten noch sagen, betreffend die Aussiedler. Ich habe bestimmt nichts gegen Aussiedler. Nehmen Sie es mir bitte nicht krumm, aber bei uns kriegt einer, der im Mittelstand verdient, 1800 oder 1700 DM Rente. Wenn einer in der DDR 700 Mark Rente hatte und kommt zu uns, dann hat er 2100 DM, wenn er 800 Mark hatte, bekommt er 2400 DM. Meine lieben Freunde, ich gebe das zu bedenken, wir müssen draußen den Kopf hinhalten.

Ich hätte noch einige Punkte, aber die Zeit ist um. Ich bitte Sie für die Zukunft, doch zur CDU zu halten, bitte aber den Herrn Vorsitzenden, diese Punkte, die ich vorgetragen habe, zu überprüfen, speziell die der Rentenreform.

Danke schön.

**Dr. Renate Hellwig**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Lothar Felleisen. Jetzt Dieter Lorenz bitte und nach ihm Dr. Reinhart Wolfgang, dann Elmar Brok.

Ich bitte all diejenigen, die sich gemeldet haben, sicherheitshalber schon einmal hier heraufzukommen. Wir haben noch Plätze.

**Dieter Lorenz**: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Selten hat man die Chance, als Delegierter von vor Ort hier eine Meinung zu sagen. Ich halte es für notwendig, weil offenbar das Sprichwort gilt: Wer hoch steht, kann weit schauen – aber nicht so genau. Frau Süßmuth sprach die Essener Leitsätze an. Ich habe mir ein einfaches Prinzip angewöhnt, zumindest bei Wahlen. Ich gebe das Kreuz erst allen darauf stehenden Frauen ohne Ansehen der Person, dann kommt die Empfehlung meines Landesvorsitzenden, und dann kommen die anderen Vorschläge. Vielleicht kann man diesem Beispiel folgen.

Meine Damen und Herren, wenn ich als Bürgermeister der Gemeinde Sickte bei Braunschweig, 4500 Einwohner, mit Leuten spreche, so hört man sehr vieles, auch Gutes über die CDU. Norbert Blüms Gesundheitsreform gewinnt mehr und mehr Anhänger. Klaus Töpfers Umweltpolitik gewinnt Freunde, Rita Süßmuth hat Beachtung gefunden und Ernst Albrecht mit seiner Mannschaft kommt mehr und mehr an. Die Meinung ist, daß es weiter so gehen soll. Aber eines hört man immer wieder, was mir gesagt wird: Sag deinen Freunden, daß wir keinen Streit, keine Uneinigkeit in der Öffentlichkeit haben dürfen. Ein Haus, das in sich uneins ist, zerfällt, wissen wir. Warum halten wir uns nicht daran?

Helmut Kohl sagte einmal: „Ein sehr persönliches Wort des Dankes gilt meinem Freund, unserem Generalsekretär Heiner Geißler.“ Das war leider nicht gestern, das war vor zehn Jahren beim Parteitag in Kiel. Wir hätten uns gewünscht, meine Damen und Herren – und das Volk achtet darauf –, wenn sich Freunde als Freunde bezeichnen, daß sie auch so agieren. Wir hätten uns gewünscht, Herr Kohl, daß Sie mit Heiner Geißler gemeinsam vor das Fernsehen getreten wären und gesagt hätten: Wir haben uns geeinigt – Einigkeit! – auf die neue Lösung. Dann hätte es nicht zu der Weinsympathiekundgebung für Heiner Geißler kommen müssen.

Es wird immer gesagt, und auch heute hat es Herr Kohl betont, daß wir zusammenstehen müssen, um den Fragen der Zukunft gerecht zu werden. Wenn wir gewinnen wollen, müssen wir jedoch fair zusammenarbeiten. Wir haben nicht gewonnen. Lag es daran, daß wir nicht fair zusammengearbeitet haben? Die Frage müssen wir uns stellen, meine ich.

Wenn Helmut Schmidt Nullwachstum unter der Bevölkerung verkauft hat, frage ich: Was macht Helmut Kohl bei einem Wachstum von viereinhalb Prozent? Herr Kohl, Sie sind aufgefordert, hier etwas zu tun. Unser Leitwort heißt: Starke Mitte, gute Zukunft. Eine Bitte: Einigkeit ruft uns.

Ich bedanke mich.

**Dr. Renate Hellwig**, Tagungspräsidium: Vielen Dank Dieter Lorenz. Ich rufe Herrn Dr. Wolfgang auf.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen mitteilen, daß Christa Thoben im Interesse des Bremer Abends ihre Wortmeldung zurückgezogen hat.

(Beifall)

**Dr. Reinhart Wolfgang**: Liebe Freunde! Wir sind alle Delegierte, die aus den einzelnen Kreisverbänden, aus der Heimat hierhergekommen sind. Zur Aussprache – dieser Punkt steht ganz bewußt vor der Entlastung – wundert mich, daß bisher kein Mensch ein Wort zum Thema Finanzen gesprochen hat, denn der nächste Punkt wird die Frage der Entlastung sein. Ich darf hier offen zugeben, nachdem ich das zehnte Mal bei einem Bundesparteitag bin, fällt mir die Entlastung heute schwer wie nie zuvor, dies nicht zuletzt aus dem Grunde, daß wir hier heute gehört haben: 75 Millionen DM Verbindlichkeiten. Wir haben ferner gehört, daß es nun eine einfache Lösung zur Teilsanierung geben soll, nämlich daß wir zunächst einmal den Anteil um 25 Pfennig erhöhen, der Vorschlag aber lautet, ab 1. Januar 1991 Erhöhung auf 2 DM pro Monat.

Jeder von uns wird übermorgen nach Hause fahren, und jeder von uns wird in seinem Kreisverband oder Ortsverband gefragt werden. Als Kreisvorsitzender darf ich sagen, wenn ich einen Haushalt hatte, der nicht ausgeglichen war, habe ich zum einen versucht, Mitglieder zu werben, zum zweiten, Spenden zu bekommen. Ich darf sagen, daß dies bei uns in Baden-Württemberg auch vom Landesvorsitzenden gemacht wurde, desgleichen in den Bezirksverbänden. Ich frage heute: Warum läßt man den Schuldenstand auf 75 Millionen DM anwachsen, ohne rechtzeitig etwas dagegen zu tun? Zum zweiten frage ich damit im Zusammenhang, und da fange ich beim Vorsitzenden an: Wie sieht das Sanierungskonzept aus? Widerspricht es nicht unseren elementaren Interessen der Mitgliederwerbung, daß wir die Basis noch mehr belasten wollen? Gibt es darüber hinaus nicht eine Möglichkeit, wenn man von Arbeitsteilung spricht, nachdem der Spendenanteil von 1980 auf heute von sage und schreibe 12 Millionen auf 2 bis 3 Millionen DM zurückgegangen ist, daß man beginnt, beim Vorsitzenden, beim Präsidium, bei den Vorstandsmitgliedern um Spenden zu werben.

**Dr. Renate Hellwig**, Tagungspräsidium: Mein lieber Reinhart, ich muß Sie unterbrechen. Es tut mir furchtbar leid, ich muß zu allen gleich streng sein.

**Dr. Reinhart Wolfgang**: Ich komme zum Schluß.

Ich darf deshalb abschließend sowohl den Herrn Vorsitzenden wie auch den verantwortlichen Schatzmeister darum bitten, daß sie uns ihr Sanierungskonzept erläutern, das aber nicht so aussehen darf, daß man die Partei oben auf Kosten der Unteren saniert.

(Beifall)

**Dr. Renate Hellwig**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Als nächster Elmar Brok. Ihm folgt Ingbert Liebing.

**Elmar Brok:** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Das für mich wirklich Überraschende der letzten drei Wochen ist es gewesen, daß ich hörte, daß die Präsidiumsmitglieder wieder keine Arbeit gehabt haben und sich erst Arbeit haben erkämpfen müssen. Ich hoffe, daß sie in Zukunft intensiv ihre Aufgaben wahrnehmen werden.

Meine Damen und Herren, ich finde es großartig, daß nach den Reden von Helmut Kohl und Heiner Geißler deutlich wird, daß es eine weitere Zusammenarbeit in anderen Funktionen geben wird. Ich kann aber nicht nachvollziehen, was Herr Kues hier zum Ausdruck gebracht hat, als er sagte, der Parteivorsitzende hätte den neuen Vorschlag nicht machen dürfen, weil drei Vereinigungsvorsitzende anderer Auffassung gewesen sind. Wir wollen doch das eine einmal klarstellen. Nach der Satzung hat der Parteivorsitzende das Vorschlagsrecht, weil es ein besonderes Vertrauensverhältnis geben muß. Dann entscheidet der Parteitag und nicht andere Leute. Nur der Parteitag entscheidet, wer der nächste Generalsekretär wird.

(Beifall)

Ich meine, daß Helmut Kohl mit der Auswahl seiner Generalsekretäre bisher sehr erfolgreich gewesen ist und daß das auch beim dritten Vorschlag der Fall sein wird. Dabei wird es notwendig sein, daß wir in Zukunft die Partei mehr an den inhaltlichen Diskussionen beteiligen. Es wäre sinnvoll gewesen, um die Partei mit Umweltschutz näher zu befassen, daß der Antrag zum Umweltschutz nicht in der Sommerpause verschickt worden wäre, sondern bereits im Frühjahr, um eine wirkliche Diskussion zu Wege zu bringen und auf diese Art und Weise die Partei in den Inhalt hineinzubringen, mit den Inhalten leben zu lassen. Nur dann ist sie in der Lage, unsere Position wirklich nach außen zu vertreten und nicht, wenn irgendwelche Programmatik von oben aufgepfropft wird.

Lassen Sie mich eine Schlußbemerkung machen. Ich arbeite seit einigen Jahren im Europäischen Parlament und kann dort feststellen, daß von allen Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft unser Bundeskanzler derjenige ist, der eine klare Konzeption für die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft und für die Entwicklung auf diesem Kontinent hat.

Ich glaube, die Ereignisse in Mittel- und Osteuropa einschließlich dessen, was in diesen Tagen in Ungarn passiert, wären nicht möglich gewesen, ohne daß er an den Rahmenbedingungen entsprechend mitgewirkt hätte. Wir sollten, meine ich, diesen historischen Rahmen sehen und nicht in Kleinkrieg verfallen. Auf dieser Grundlage sollten wir versuchen, 1990 die Bundesrepublik Deutschland als eine Insel der Stabilität aufrechtzuerhalten, um eine solche Konzeption fortsetzen zu können und sie nicht den Sozialisten zu überlassen. Dafür, für eine solche Politik, brauchen wir auf diesem Parteitag ein klares Votum.

(Beifall)

**Dr. Renate Hellwig,** Tagungspräsidium: Vielen Dank! – Das Wort hat jetzt Ingbert Liebing.

**Ingbert Liebing:** Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Gestatten Sie mir eine kurze Bemerkung zum Bericht des Bundesschatzmeisters. Daß wir alle kein Geld haben, daß wir pleite sind, wissen wir. Die roten Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Daß wir aus diesem Schlamassel herausmüssen, wissen wir auch, und daß wir als Kreisverbände, wir als Mitglieder dafür zahlen müssen, ist ebenfalls klar.

Nur eines, liebe Parteifreunde, ist mir nicht klar: die Logik des Bundesschatzmeisters. In seinem Bericht heißt es – wir können es nachlesen, denn wir alle haben das ja noch schriftlich verteilt bekommen –: Wir haben vor allem ein Einnahmenproblem, kein Ausgabenproblem. – Liebe Parteifreunde, ich sehe das etwas anders. Es genügt meiner Auffassung nach nicht, das Einkommen dem gewünschten Lebensstandard anzupassen; manchmal muß man eben den Lebensstandard den vorhandenen Mitteln anpassen.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, es muß sichergestellt sein, daß die CDU ihr Anspruchsdenken auf das Machbare herunterschraubt. Bombastische Prestigeobjekte wollen wir nicht mehr finanzieren; ich nenne nur das Stichwort des ungeliebten Kindes „Deutsches Monatsblatt“.

(Beifall)

Erst wenn erkennbar ist, daß die Partei mit unserem Geld sparsamer umgeht als bisher, sind wir in den Orts- und Kreisverbänden auch bereit, unseren Beitrag zur Sanierung der Partei zu leisten. Mit der zitierten Einstellung des Bundesschatzmeisters aber mag ich am Mittwoch, wenn ich nach Hause komme, nicht vor meine Mitglieder treten. – Schönen Dank.

(Beifall)

**Dr. Renate Hellwig**, Tagungspräsidium: Vielen Dank! – Noch eine erfreuliche Mitteilung: Unser Freund Erwin Teufel verzichtet auch zugunsten unseres Bremer Abends.

(Beifall)

Ich darf jetzt Charly Halft bitten.

**Charly Halft**: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich verzichte nicht zugunsten des Bremer Abends, aber ich mache es kurz,

(Beifall)

und zwar etwa 90 Sekunden.

Der Herr Hasselmann hat eben so schön gesagt, er freue sich darauf, in den Wahlkampf zu gehen und dann wieder zu sagen, wie gut wir doch sind. Nun, ich bin zur Zeit im Wahlkampf, und zwar in Nordrhein-Westfalen, wie Sie auch meinem Idiom anmerken. Ich laufe treppauf, treppab, mache Hausbesuche, gehe in Jugendheime und spreche dort auch mit Jugendlichen, mit kritischen Wählern, mit überzeugten Wählern, auch mit solchen, die uns nicht wählen. Da stellt sich das Problem der Glaubwürdigkeit. Man liest ja in der Zeitung Sätze wie diesen: Schließlich brauchen wir mehr Solidarität, nicht nur in Worten, sondern vor allem in Taten. Das gilt für jeden, auch in den Führungsreihen unserer Partei. Auseinandersetzungen muß es geben. Wenn wir gewinnen wollen, müssen wir jedoch mehr zusammenstehen. Unnötige Querelen, Zänkereien und Profilierungssucht schaden uns. – Das letzte war ein Zitat aus der Rede unseres Vorsitzenden von heute morgen.

Wenn ich dann sehe, was mit Herrn Geißler passiert ist, frage ich mich, ob das dasselbe ist wie das, was mein alter Dechant gesagt hat: Folget meinen Worten, aber nicht meinen Taten.

Wenn ich morgen über das Parteiprogramm der 90er Jahre diskutieren soll, frage ich mich: Ist das vielleicht ein Beispiel dafür, wie wir in einem Jahr miteinander umgehen wollen? Ist das das Beispiel dafür? Können wir uns so draußen darstellen?

(Zuruf: 90 Sekunden!)

– Die sind noch nicht um; es sind noch 20.

Wenn wir diese Diskrepanz zwischen Worten und Taten haben, dürfen wir uns nicht wundern, wenn wir draußen auch Wahlen verlieren und wenn die Leute uns nicht mehr akzeptieren. Denn sie meinen dann, wir würden persönliche Ziele gegenüber sachlichen, parteipolitischen Zielen voranstellen. Ich meine, Heiner Geißler war gerade für die Kritischen, für die Jungen, für die Frauen eine Symbolfigur, und er ist es noch. Er wäre es aber um so stärker als Generalsekretär. Wer ihn geschafft hat, hat der Partei Schaden zugefügt.

(Beifall – Widerspruch und Pfui-Rufe)

**Dr. Renate Hellwig**, Tagungspräsidium: Das Wort hat nun Jürgen Schreier.

**Jürgen Schreier:** Meine lieben Parteifreunde! Heute ist der 11. September 1989, und dieses Datum wird in die Geschichte Deutschlands nicht als der Beginn des Parteitages der CDU eingehen, sondern – das sage ich als Saarländer ganz bewußt – als ein anderer Tag X, der Tag X nämlich, an dem Tausende von Deutschen aus der DDR in den Teil Deutschlands reisen, in dem wir gut und frei leben dürfen.

Meine Damen und Herren, dieses Ereignis bewegt heute die Menschen in ganz Deutschland, und es wühlt mich ebenso auf wie damals der 13. August 1961, als eben diese Menschen eingemauert und eingezäunt worden sind. Deshalb, liebe Parteifreunde, dürfen wir heute nicht bloß hier herumsitzen und uns mit uns selbst beschäftigen, sondern müssen uns dazu aufraffen, die eingefahrene Organisation eines Parteitages einmal zu überwinden. Wir müssen auf die Menschen aus Wismar und Dresden, aus Leipzig und Magdeburg, auf unsere Nachbarn zugehen, auf unsere Nachbarn aus dem anderen Teil Deutschlands. Dieses „zugehen“ meine ich ganz wörtlich. Wir dürfen das nicht den Staatssekretären und den Berufspolitikern überlassen. Ich schlage Ihnen vor, daß wir als Geste der Solidarität eine Delegation von Mitgliedern aus jedem Landesverband bilden und in die Lager fahren, um diese Menschen persönlich zu begrüßen. Diesen Akt der Solidarität sind wir den Menschen schuldig, die wochenlang im Freien bei Wind und Regen gewartet haben, um hierher zu kommen.

Ich hoffe, daß dieser Parteitag, daß die CDU, die sich heute in ihrer Gesamtheit hier versammelt hat, noch so viel Spontaneität und Flexibilität aufbringt. Wenn andere Parteien einen ganzen Parteitag umfunktionieren, um zu einer Anti-Stationierungskampagne zu gehen, sollten wir es fertigbringen, wenigstens eine Delegation aus Mitgliedern der Parteibasis dorthin zu schicken. Das wäre im Sinne der christlichen Solidarität eine Tat und wäre mehr als schöne Worte.

(Beifall)

**Christian Schede:** Frau Präsidentin! Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Heiner Geißler hat vorhin seine Eindrücke von RCDS-Veranstaltungen an der Universität Göttingen geschildert. Ich will dies zum Anlaß nehmen, Heiner Geißler, ganz herzlich für die vielen Universitätsauftritte in den letzten Jahren zu danken. Sie haben damit unsere Arbeit unterstützt, zu verhindern, daß sich an den Universitäten demokratiefreie Räume breitmachen. Deshalb unterstützen wir es auch mit Nachdruck, daß Sie weiterhin in der Parteiführung Flagge zeigen.

Meine Damen und Herren, viel Aufregung erregte das SPD-Positionspapier in den Sommerwochen. Eine intensivere Betrachtung der Hochschulen hätte dieses Erstauen verhindern können. Der Regierungswechsel in Berlin wurde in „autonomen

Seminaren“ während der Hochschulproteste im letzten Wintersemester vorbereitet, in Seminaren, die von Momper inzwischen staatlich anerkannt worden sind. Wen erstaunt es, daß die SPD nun das praktiziert, was ihre Nachwuchsorganisation schon seit Jahren an den Hochschulen vorexerziert, nämlich das Bündnis mit Radikalen, um demokratische Mehrheiten zu verhindern?

Eine moderne Volkspartei muß ihre Fühler ausstrecken. In diesem Zusammenhang heißt das: die Fühler auch auf den Universitätsbereich ausstrecken. Hier muß ertastet werden, was die jungen Menschen bewegt. Das letzte Wintersemester hat deutlich gezeigt, wo die Probleme liegen.

Die Union hat sich bewegt, nicht immer ganz spontan, aber sie hat sich bewegt. Das nehme ich zum Anlaß, auch ganz herzlich für die Initiativen des Bundeskanzlers zu danken. Er hat es nämlich mit Nachdruck vorangebracht, daß das Zwei-Milliarden-Programm und die BAföG-Reform auch durchgesetzt worden sind.

Er hat auch in diesen Tagen mit dem Appell an die Bürger, Zimmer an Studenten zu vermieten, darauf hingewiesen, welche Probleme im Wintersemester auf uns zukommen. Tausende von Studienanfängern suchen Buden, aber es gibt nur wenige Dutzend Buden. Das ist in vielen Städten so, auch hier in Bremen. Hier in Bremen ist die schlechteste Versorgung mit Studentenwohnheimplätzen zu beklagen. Weniger als 5 % finden eine Bude in Studentenwohnheimen.

Meine Damen und Herren, hier ist ein hohes Maß an Solidarität gefordert. Hier sind aber auch langfristige Hilfsmaßnahmen von Kommunen und Landesregierung, aber auch von der Bundesregierung gefordert.

Wenn ich dem Bundeskanzler soeben für seine Sensibilität in bezug auf studentische Themen gedankt habe, dann möchte ich diesen Dank mit Blick auf den RCDS noch ergänzen. Obwohl wir nicht unkritisch waren, haben Sie immer ein offenes Ohr für den RCDS gehabt. Ich denke, daß viele, die mit Sympathie auf unsere Arbeit blicken, ähnlich wie Sie mit anpacken sollten, wenn wir in den Kreisverbänden auf sie zukommen.

Vielen Dank.

**Renate Hellwig**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Christian Schede.

Wir sind damit am Ende der Aussprache. Ich gebe dem Bundesvorsitzenden Helmut Kohl das Wort.

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten

Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir haben jetzt eine vielstündige, intensive Diskussion miteinander gehabt. Wer vorher die Frage stellte, ob wir eine diskutierende Partei seien, der kann sich aufgrund des Ablaufs dieser Diskussion die Antwort selbst geben. Für mich gehört dies ganz selbstverständlich zum Leben einer demokratischen Partei. Ich finde, es ist gänzlich unnötig, daß wir es unentwegt betonen: Wir sind eine offene, eine diskutierende Partei.

Liebe Freunde, ich habe natürlich auch viel Kritik gehört – das ist völlig in Ordnung –: Kritik, die für mich sehr gewichtig und nachdenkenswert ist, Kritik, die gelegentlich auch etwas leichtfertig war. Aber auch das gehört zum Wesen einer solchen Diskussion.

Daß wir eine diskutierende Partei sind, daß wir eine Volkspartei sind, liebe Freunde, hat auch etwas mit dem Helmut Kohl zu tun, der jetzt vor Ihnen steht. Denn als ich

Parteivorsitzender wurde, war das überhaupt nicht der Stil unserer Partei. Deswegen will ich dem einen oder anderen, der sich an der Debatte beteiligt hat, doch sagen: Sie können mir eine Menge nachsagen, aber daß ich Diskussionen scheue, das können Sie mir beim besten Willen nicht nachsagen.

(Beifall)

Die CDU Deutschlands ist in den letzten beiden Jahrzehnten nicht zuletzt unter diesem Parteivorsitzenden eine diskutierende Partei geworden.

Was soll eigentlich die Besorgnis, wir würden ein „Kanzlerwahlverein“? Das waren wir vor 1969. Wir haben lange Zeit hindurch untereinander über dieses Thema diskutiert. Es war ein großes Thema meines Freundes Hermann Josef Dufhues; ich könnte noch andere nennen. Wir haben uns dann aufgemacht zu neuen Ufern, und ich bin hier zu Recht zitiert worden mit dem Ausspruch, es gehe darum, eine diskutierende Partei zu werden. Wir sind kein Kanzlerwahlverein. Lassen Sie sich doch diesen Unsinn nicht einreden!

(Zustimmung)

In keinem wichtigen Sachbereich ist dieser Beweis anzutreten.

Liebe Freunde, Konformismus war nie meine Politik. Wenn ich die letzten sieben Jahre – meine Amtszeit als Bundeskanzler – überblicke, kann ich nicht entdecken, daß ich mich feige, opportunistisch oder konformistisch weggeduckt hätte. Ein Teil unseres Problems – auch bei den Wahlniederlagen – ist doch die Tatsache, daß wir unseren Bürger eher zuviel als zuwenig abverlangt haben. Das ist doch eine der Erfahrungen, die wir – und nicht zuletzt ich – in diesen Jahren gemacht haben.

(Zustimmung)

Wenn ich diese Jahre überblicke und jetzt die Mahnung höre, die Partei müsse in der Mitte bleiben, dann, liebe Freunde, frage ich mich: Wer in diesem Saal hat denn mehr als ich seine politische Existenz in ungezählten Situationen aufs Spiel gesetzt? Ich war genau fünf Monate Parteivorsitzender – 1973 –, als eine ungeheure Woge durch die Partei ging: Damals war paritätische Mitbestimmung die Forderung des Tages. Das wäre ein „Linksruck“ gewesen.

Viele von Ihnen waren doch in Hamburg dabei, als ich Ihnen gesagt habe: Die Mehrheit kann das beschließen, aber Sie müssen sich gleichzeitig einen anderen Parteivorsitzenden suchen. – Ich bin in der Mitte geblieben, und ich brauche von niemandem Nachhilfeunterricht, was politische Mitte ist. Lassen Sie mich das hier auch einmal in aller Deutlichkeit angesichts dieser Debatte sagen.

(Beifall)

Liebe Freunde, da gab es eine andere Zeit: Ende 1979 bis hin zur Kanzlerkandidatur für die Bundestagswahl 1980. Da sind die Propheten von der anderen Seite gekommen. Sie kennen sie alle noch, soweit Sie dabei waren. Es gab leidenschaftliche Debatten, Abstimmungen in der Bundestagsfraktion. Da hieß es: Man muß die Partei nach rechts orientieren. – Wir haben das nicht getan. Wir haben Kurs gehalten. Ich will die Begründung dafür gar nicht weiter geben.

Übrigens: Damals, bei dieser so schwierigen Wahl, war manches für mich menschlich nicht so einfach zu ertragen. Wir haben klar Kurs gehalten, weil wichtige Teile unserer Partei – wie die Sozialausschüsse und die Junge Union – mitgemacht haben, Kurs gehalten haben.

Lassen Sie sich von diesem oder jenem Magazin oder von sonst jemandem, der bei manchen von uns eine viel zu große Reputation hat – bei mir übrigens nicht –, doch nicht einreden, daß wir den Kurs der Union verändern.

(Zustimmung)

Das ist doch unsere Partei, in der wir viele Jahre – bei manchen sind es auch Jahrzehnte – leben.

Ich bin schon erstaunt, wenn man in der Debatte sagt, daß ich bei meinen Personalentscheidungen, die ich zu treffen und zu verantworten habe, konformistisch vorgehe. Ich will jetzt keine Geschichtsforschung machen – aber nicht wenige von denen, liebe Freunde, die heute hier geredet haben, sind doch von mir einmal berufen worden, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Es war nie meine Art, mich dieser Dinge zu berühren, aber es mutet mich schon sonderbar an, daß der eine oder andere hier von Fairneß geredet hat und diese Tatsachen dabei einfach ignoriert hat. Ich gehöre nicht zu denen, die sich gegenüber jemandem, den sie berufen haben, auf irgendwelche Dankespflichten berufen. Ich erwarte nur, und zwar von jedermann, daß er das alles im Ganzen – und nicht nur im Detail – würdigt.

(Zustimmung)

Wir haben Kurs gehalten – ich will es noch einmal sagen –, so schwer dies war – auch in der Koalition. Wo hat sich denn das Profil der Union, der CDU oder der Koalition sozusagen im Nebel verloren?

Es gibt allerdings einen Punkt, den ich als schmerzlich empfinde und der hier von mehreren Rednern zu Recht angemahnt wurde. Das ist die Auseinandersetzung und der Kampf um das Lebensrecht des ungeborenen Kindes. Hier sind wir nicht weitergekommen, und das ist in der Tat eine Frage, die mit dieser Koalition zusammenhängt.

Bloß: Ich will dabei gleich warnen. Ich sehe auch keine andere Koalition, mit der dieses Problem in einer für uns überzeugenden Weise zu lösen ist; denn mit dem, was sich da in Sachen rot-grün zusammenbraut, können Sie über diese Frage überhaupt nicht sprechen – das muß jedermann klar sein.

(Beifall)

Liebe Freunde, schauen Sie sich doch ein paar elementare Beispiele aus den vergangenen sieben Regierungsjahren an. Ich bin stolz darauf, daß ich in der Kontinuität Adenauers stehe, daß wir Europa weitergebracht haben. Das ist doch ein Kapital. Hier haben wir doch bei niemandem Anleihen genommen. Die Ära Schmidt, die Ära Brandt hat auf diesem Wege doch überhaupt nichts erbracht. Wir waren der Motor in diesen Jahren.

(Beifall)

Es war doch nun wahrlich unsere Politik, und es trug unsere Handschrift, daß sich die Beziehungen und die Freundschaft zu Frankreich wieder in einer Weise darstellen, wie wir es uns besser nicht hätten vorstellen können.

Die französischen Sozialisten, liebe Freunde, waren bei der Europawahl vielleicht weitsichtiger als der eine oder andere in einem Landesverband der CDU. Die haben den Helmut Kohl auf ihrem Wahlplakat abgebildet. Die Unterzeile zu diesem Plakat

lautete: Frankreich wird größer durch Europa. Ich kann nur sagen: Kluge Leute! Ich wünsche mir, daß einige in unserer Partei genauso klug werden.

(Beifall)

Thema Abrüstung: Welche Handschrift gab es da, wenn nicht unsere Handschrift? Eines Morgens gab es eine Zusammenrottung vor dem Adenauer-Haus von ein paar Zusammengekartten, die vorgaben, im Namen der CDU zu sprechen. Sie haben erklärt, wir müßten in der Stationierungsdebatte umfallen und nachgeben. Wir haben es nicht getan.

Was habe ich im Januar und Februar vor dem NATO-Gipfel im Blick auf die dritte Null-Lösung nicht alles gehört, auch in unserer Partei? Etwas anderes sei nicht mehr durchsetzbar. Liebe Freunde, wenn die Außen- und Sicherheitspolitik zu einer Funktion der Innenpolitik wird, genauer gesagt: zu einer Funktion der jeweiligen Demoskopie, sind Frieden und Freiheit unseres Landes auf Dauer verspielt. Das ist eine der großen Erfahrungen, die wir gemacht haben.

(Beifall)

Die Beschlüsse des NATO-Gipfels trugen unsere Handschrift. Ich sage dies selten: Es war auch die meine. Wenn Sie nachlesen, was im Februar, im März, im April und im Mai zu diesem Thema geschrieben und diskutiert worden ist, dann werden Sie feststellen: Wir haben uns durchgesetzt, niemand anderes, auch niemand anderes in der Bundesregierung – um das klar und für jedermann deutlich erkennbar zu sagen.

(Vereinzelt Beifall)

Die Beziehungen zu den Ländern in Ost-, in Mittel- und Südosteuropa: Was da geschah und geschieht, das trägt doch wirklich unsere Handschrift. Wir haben nichts von unseren Prinzipien aufgegeben. Ich habe heute früh das Dokument, das Michail Gorbatschow und ich in Bonn unterschrieben haben, zitiert. Das war Geist von unserem Geist. Da war von Menschen- und von Bürgerrechten die Rede.

Was heißt eigentlich: unsere Handschrift in Sachen Deutschland? Ich will einmal in Erinnerung rufen: Auch diese Partei hatte vor Beginn meiner Amtszeit zwar nicht mit Beschluß, aber beiläufig vergessen, ihren Parteitag mit dem Deutschlandlied zu beschließen. So war das.

In unserer eigenen Partei gab es nicht wenige – vor allem jene, die als „Querdenker“ oder als „Vordenker“ bezeichnet werden –, die das Thema Deutschland auch aufgegeben hatten, weil es nicht mehr opportun war, davon zu reden. Ich erinnere mich an die Wahlkampfauseinandersetzung 1976, wo einer wie ich, der vom deutschen Vaterland sprach, als ein ewig Gestriger, als ein tumber Tor abgetan wurde. Das haben wir doch alles hinter uns gebracht. Dann brauche ich hier nicht mit Ihnen gemeinsam die Frage zu diskutieren, ob wir unsere Handschrift in die deutsche Politik hineingebracht haben.

(Beifall)

Thema Umwelt: Liebe Freunde, was haben wir denn 1982 vorgefunden? Viele von denen, die uns jetzt sagen, das hätte alles schneller gehen müssen, sollen sagen, wie wir das 1982/83 angesichts einer katastrophalen wirtschaftlichen Talfahrt bezahlt hätten. Sie können nur dann vernünftige Umweltpolitik betreiben, wenn Sie zuvor auch eine vernünftige Wirtschafts- und Finanzpolitik gemacht haben.

(Vereinzelt Beifall)

Gelegentlich habe ich bei unseren Debatten den Eindruck, als sei einer der Kernsätze Ludwig Erhards wieder dabei, in Vergessenheit zu geraten: nämlich, daß das Geld erst verdient werden muß, bevor es ausgegeben wird.

(Beifall)

Wenn ich sehe, was Fritz Zimmermann begonnen hat, der in Fragen Katalysator-Auto oft sehr ungerecht behandelt wurde, wenn ich sehe, was dann Walter Wallmann und was jetzt unser Freund Klaus Töpfer auf diesem Felde getan haben und tun: In der EG oder auf dem Weltwirtschaftsgipfel höre ich immer nur, die Deutschen verlangen zuviel; die Deutschen wollen immer eine Pilotfunktion übernehmen. Liebe Freunde, wenn das wahr ist, dann braucht hier nicht einer ans Pult zu treten, wie es eben geschehen ist, und mir zu sagen, daß wir der Entwicklung hinterherhinken. Wer handeln muß, wer Verantwortung hat – das weiß ich aus meiner Zeit als Oppositionsführer –, dessen Aussage hat ein völlig anderes Gewicht als die von dem, der Forderungen einfach erhebt.

Aber wir haben das Tor weit aufgestoßen. Wir haben es nicht nur im Materiellen getan, wir haben es auch im Psychologischen getan. Denen, die mir dauernd sagen: „Du mußt dann eben Alleingänge in der EG machen“, kann ich nur entgegenhalten: Wir können nicht in Sachen Export in die EG auf EG-Gemeinsamkeit pochen und dann, wenn es uns in einem anderen Zusammenhang gerade paßt, aussteigen.

Ich habe erlebt, wie ein Mann, den ich hoch schätze, mit dem ich freundschaftlich verbunden bin, wie der französische Staatspräsident Francois Mitterrand vor fünf, sechs Jahren große Probleme hatte, zu glauben, daß das Waldsterben auch über den Rhein hinweg das Elsaß und Lothringen erreichen könnte. Das geschah dann. Wir haben unsere Probleme mit unseren Partnern gehabt, etwa mit meiner britischen Kollegin bei unseren Gesprächen darüber, daß die Situation in der Nordsee und in den Meeren inakzeptabel ist.

Liebe Freunde, auch wir haben für unseren Lernprozeß Zeit gebraucht. Jetzt muß ich das den Kollegen fairerweise auch zugestehen. Lesen Sie das Dokument vom Weltwirtschaftsgipfel vom Sommer dieses Jahres. Ich kann nur sagen: Wir sind so weit vorangekommen, wie es unter den gegebenen Verhältnissen möglich war. Wenn auch wir jetzt im Land herumlaufen und auch noch den jungen Leuten in den Discotheken sagen, wir täten nichts, dann haben sie Grund, das zu glauben. Wenn wir denen aber einmal sagen, was wir tatsächlich tun, etwa in Sachen Ozonloch, in Sachen Regenwald, wenn wir einmal fragen, wer noch außer uns einem Land wie Kenia die Schulden gestrichen hat, damit dieses Geld dort zur Rettung der Regenwälder verwendet wird, dann haben Sie Argumente, daß wir in Europa und in der Welt wirklich eine Pilotfunktion wahrnehmen.

(Beifall)

Da ist das Thema Familie: Natürlich will auch ich – wie Sie – mehr Mittel dafür aufwenden. Aber ich sage Ihnen: Ich glaube nicht, daß wir der Familie helfen, wenn wir nicht eine vernünftige Balance in der Wirtschafts- und Finanzpolitik erhalten. Es nützt uns überhaupt nichts, wenn wir in einem Augenblick, wo die Steuerquellen besser sprudeln, glauben, wir dürften uns eine Politik des leichten Geldes erlauben. Glauben Sie mir – darüber wird nicht viel geredet –: Unsere Wählerinnen und Wähler haben einen feinen Sinn dafür, wie wir mit dem Staatshaushalt umgehen – ob wir Leute sind, bei denen die D-Mark in guter Hand ist. Wenn es am Ende darauf ankommt, ist das

eines der stärksten und durchschlagkräftigsten Argumente auch bei einer Wahl: daß wir die Wirtschaft und die Finanzen unseres Gemeinwesens in Ordnung gebracht haben.

(Beifall)

Noch ein Wort zu Heiner Geißler: Das, was ich zu ihm persönlich zu sagen habe, habe ich gesagt. Liebe Freunde, ich muß Ihre Kritik ertragen. Ich akzeptiere sie in einigen Punkten, in anderen nicht. Ich akzeptiere die Auslegung unserer Satzung, die hier vorgenommen wurde, nicht. Das ist ganz und gar nicht der Sinn dieser Bestimmung. Ich habe meine Gründe genannt. Ich habe nicht die Absicht, weiter darüber zu sprechen, was sich für dieses Amt in einem speziellen Vertrauensverhältnis zwischen Heiner Geißler und mir entwickelt hat. Wie immer im Leben liegt die Schuld nicht nur auf einer Seite. Ich sage das bewußt auch an meine eigene Adresse.

Ich habe mich zu den vielen Dingen, die in der Öffentlichkeit herumgeisterten, nicht weiter geäußert. Ich sage nur: In dieser speziellen Aufgabenteilung zwischen dem Parteivorsitzenden und dem Generalsekretär – darum geht es – bin ich nach Nachdenken und auch nach schwierigen und bitteren Überlegungen zu dem Ergebnis gekommen, das ich dann öffentlich vorgetragen habe.

Meine Damen und Herren, ich habe dabei ehrlich gehandelt. Ich bin nicht vor Sie hingetreten und habe gesagt: Jetzt kehre ich ein Problem unter den Tisch. Ich hätte es mir viel leichter machen können, auch heute hier bei Ihnen. Ich habe das nicht gemacht. Deswegen bleibe ich bei meiner Entscheidung.

Ich bin dafür, daß Heiner Geißler in einer wichtigen Funktion in der Partei mitarbeitet: er ist ein guter Mann und wir brauchen ihn. Aber, meine Damen und Herren – das füge ich hinzu, weil auch das gesagt worden ist –: Wir haben viele gute Leute, und ich bin der letzte, der das nicht bei jeder Gelegenheit herausstellt. Ich bin auch einer der ganz wenigen, liebe Freunde, die ihre Freunde in der Partei öffentlich zu loben pflegen. Das ist übrigens ein Beispiel, wo viele noch Nachholbedarf haben.

(Beifall)

Und, liebe Leute, ich bin natürlich für Teamarbeit. Was haben Sie eigentlich für eine Vorstellung von meinem Alltag, wenn Sie glauben, Sie müßten mir das vorschlagen? Ich bin um jeden froh, der Arbeit übernimmt, und zwar in allen Bereichen. Das gilt für die Bundesregierung wie auch – ganz selbstverständlich – im Amt des Parteivorsitzenden.

Und etwas anderes möchte ich doch auch einmal sagen, zumal ja viele Zeugen dafür hier im Saal sitzen. Ich habe dieses Amt des Parteivorsitzenden in den 16 Jahren weder in meiner Zeit als Ministerpräsident von Mainz noch als Oppositionsführer noch als Regierungschef der Bundesrepublik Deutschland als ein Nebenamt betrachtet. Wer mit mir zu tun hat, weiß das. In letzter Zeit haben viele Damen und Herren über viele Stunden immer Gelegenheit gehabt, in der Organisationskommission mit mir zusammenzuarbeiten. Ich war immer da, ich habe mitgearbeitet, weil dies doch meine Partei ist, weil es ein Stück meines Lebens ist. Wer dabei war, weiß doch: dies ist kein Parteivorsitzender – verglichen mit anderen Beispielen –, der von einem „geschäftsführenden Parteivorsitzenden“ eine Unterstützung braucht.

Hier gibt es viele, die eine Menge von der Partei verstehen. Aber, liebe Freunde, ich bin einer davon.

(Beifall)

Weil das so ist, werde ich mich selbstverständlich auch in Zukunft intensiv um unsere Partei kümmern.

Es ist einmal ein Ton in der Debatte gewesen, den ich nicht akzeptieren kann. Es war eine Anmerkung zu Volker Rühle. Meine Damen und Herren, als Heiner Geißler vor zwölf Jahren Generalsekretär wurde, war er ein ausgewiesener Mann der Sozialpolitik. Damals gab es viele Leute – bei uns gibt es immer viele Leute, die Entscheidungen kritisieren –, die sagten: der Mann ist ja völlig einseitig, und anderes wurde auch gesagt. Wie kommen wir eigentlich dazu, bevor Volker Rühle überhaupt gewählt ist, schon die Frage aufzuwerfen, ob er „einseitig“ sei. Der Mann hat hervorragende Arbeit in einem Landtag geleistet – im Bereich der Wissenschafts-, Bildungs- und Schulpolitik. Er ist jetzt viele Jahre maßgeblich in der Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik tätig. Und damit das ganz klar ist: Für mich als Vorsitzender der CDU Deutschlands ist die Außen- und die Sicherheitspolitik genauso wichtig wie die Sozialpolitik. Auch das muß einmal klar und deutlich ausgesprochen werden.

(Lebhafter Beifall)

Jetzt kommt Volker Rühle in ein neues Amt. Geben Sie ihm doch eine Chance! Ich habe heute dauernd von unseren Prinzipien reden hören, und eines der christlichen Prinzipien ist Sachgerechtigkeit. Das heißt auch: Der Mann muß seine Chance haben. Wir können ja auf dem nächsten Parteitag darüber reden, ob er jetzt nur noch Raketen zählt oder ob tatsächlich seine Parteiarbeit so ist, wie ich sie von ihm erwarte. Dann hat die Kritik einen Grund und auch einen Sinn.

Liebe Freunde, ich freue mich darüber, daß wir jetzt in der Parteiführung in einer offenen – und das ist mein Angebot an jedermann –, in einer freundschaftlichen Weise miteinander reden. Wenn jemand etwas auf dem Herzen hat, dann soll er – das machen ja viele – mir schreiben und mit mir reden. Reden Sie mit mir, nicht über mich. Das ist meine einzige Bitte, die ich in diesem Zusammenhang habe.

(Beifall)

Ich bin auch in 16 Jahren Amtsführung als Parteivorsitzender kein Denkmal geworden. Ich stelle mich der Kritik. Und im übrigen – das will ich auch einmal sagen –: Gibt es denn hier einen im Saal, der auch nur annähernd soviel Kritikerfahrung hat wie ich?

(Heiterkeit und Beifall)

Auch das wird man doch wenigstens einmal sagen dürfen.

Und weil das so ist und weil ich mich dessen nicht rühme, sondern weil es nach meiner Überzeugung dazugehört, weil es um meine Partei geht – nicht im Sinne eines Besitzpronomens; das ist nicht meine Art –, „meine“ Partei, was das Herz und den Verstand betrifft: deshalb stelle ich mich nicht nur der Diskussion, sondern auch der Verantwortung.

Wissen Sie, wenn man das Glück hat – bei allem Ärger ist das ja auch ein Glück –, sieben Jahre Kanzler der Bundesrepublik Deutschland sein zu dürfen, getragen von Ihrem Vertrauen und getragen vom Vertrauen unserer Wähler, dann gibt es immer wieder Stationen, wo es ganz dick kommt, wo man sich die Frage stellt: „Warum machst du das, hast du das eigentlich nötig? Wäre es denn nicht an der Zeit, Schluß zu machen?“ Denn Sie wissen ja: Kanzler, die abtreten in der Bundesrepublik Deutschland, sind in kürzester Zeit auf dem Weg zur Ehre der politischen Altäre. Ich könnte mir sogar gewisse Magazine vorstellen, die dann wieder einmal eine positive

Titelgeschichte über einen machen, und darin würden sie plötzlich vieles von dem gut finden, was jahrelang als miserabel dargestellt wurde.

(Heiterkeit)

Aber das allein ist schon ein Grund, zu bleiben, damit diese Titelgeschichte einstweilen noch ausbleibt. Aber das ist eine ganz andere Frage.

(Beifall)

Aber, meine Damen und Herren, was mich wirklich umtreibt – Ernst Albrecht hat das sehr gut formuliert –, was uns eigentlich doch alle im Augenblick umtreiben muß – ungeachtet unseres Ärgers mit- oder untereinander –: Was ist denn eigentlich die Alternative? Können wir jetzt, in dieser schicksalhaften Situation, angesichts der Veränderungen in Ost wie in West – 1992 zum Beispiel steht der europäische Binnenmarkt vor der Tür –, können wir jetzt den anderen – unseren politischen Gegnern – die Verantwortung dafür überlassen? Ich finde: nein!

Ich bin damals, nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, als Schüler zu den ersten Versammlungen der CDU gelaufen und habe gehört, was die großen Alten – von Jakob Kaiser bis Karl Arnold – uns sagten. Für damalige Verhältnisse stand ich ja „links“. Ich konnte mir nicht vorstellen, daß ein 73jähriger Kanzler wird. So dachten die meisten jungen Leute damals, und Konrad Adenauer kannten wir noch gar nicht. Wir waren aber vor allem – auch als ganz junge Leute – von einem bestimmten Gedanken geprägt. Wir sagten: Das, was geschehen ist, darf nie wieder kommen. – Es kommt auch nicht wieder. Aber es können andere Versuchungen – auch in anderen Gewändern, auch in unserer Wohlstandsgesellschaft – auf uns zukommen. Es war heute von den radikalen Gruppen von rechts und links die Rede. Das ist so ein Beispiel dafür.

Und als ich das alles zusammengezählt hatte, Plus und Minus, bin ich für mich zu dem Ergebnis gekommen, daß ich heute wieder kandidiere und daß ich 1990 auch wieder für das Amt des Bundeskanzlers kandidiere. Ich habe die Hoffnung, daß ich es mit Ihrer Hilfe schaffen kann. Ich will es – und ich denke, Sie auch.

(Langanhaltender, lebhafter Beifall)

**Dr. Renate Hellwig**, Tagungspräsidium: Herr Bundesvorsitzender, lieber Helmut Kohl, wir danken Ihnen für Ihre Stellungnahme. Sie wurden herausgefordert, und Sie haben gekämpft. Wir wissen es ja, und wir konnten es heute wieder einmal erleben: wenn unser Helmut Kohl kämpft, dann ist er am allerbesten.

(Beifall)

Wir danken aber auch dem Parteitag. Ich glaube, bis auf wenige Ausrutscher war das eine sehr offene und eine sehr faire Diskussion. Und wenn einer Zweifel gehabt haben sollte, ob etwa ab heute die Breite der Partei nicht mehr gegeben sei, dann, glaube ich, hat ihn dieser Parteitag eines anderen belehrt.

Wir sind eine offene Partei, und wir bleiben eine offene Partei. Wir können streiten, wir können uns auseinandersetzen, aber wir halten dann auch zusammen.

Ab heute geht es geschlossen, gemeinsam mit Helmut Kohl, mit dem Präsidium, mit dem Bundesvorstand, mit den Mitgliedern in die Bundestagswahl und in die anderen Wahlen. Feuer frei zum Kampf und zur Geschlossenheit.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende des Tagesordnungspunktes „Aussprache zu den Berichten“.

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 12 auf:

## Entlastung des Bundesvorstands

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag auf Entlastung des Bundesvorstands seine Zustimmung geben will, den bitte ich, seine Stimmkarte zu erheben. – Wer ist gegen die Entlastung? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist der Bundesvorstand entlastet.

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 11 auf:

## Bericht der Mandatsprüfungskommission

Ich gebe das Wort Herrn Andreas Penning.

**Andreas Penning**, Mandatsprüfungskommission: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Liebe Parteifreunde und Parteifreundinnen! Die von Ihnen eingesetzte Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft. Wir konnten dabei feststellen, daß alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind. Die entsprechenden Wahlprotokolle einschließlich der Erklärungen der jeweils zuständigen Parteigerichte liegen vollständig bei den Akten der Bundesgeschäftsstelle.

Nach § 28 unseres Statuts besteht der Bundesparteitag aus 750 voll stimmberechtigten Delegierten der Landesverbände. Die Exil-CDU entsendet 30 nicht voll stimmberechtigte Delegierte. Die Mandatsprüfungskommission hat eine Erklärung des Leiters der Abteilung „Verwaltung“ der Bundesgeschäftsstelle entgegengenommen, daß alle Landesverbände die nach § 22 Abs. 2 des Statuts für die Anerkennung des Stimmrechts erforderlichen Beiträge an die Bundespartei abgeführt haben.

Nach unseren Feststellungen waren um 19.30 Uhr von den 750 voll stimmberechtigten Mitgliedern des Bundesparteitages 750 anwesend. Von den 30 Delegierten der Exil-CDU sind traditionell alle anwesend.

Der Bundesparteitag ist beschlußfähig.

Ich danke Ihnen.

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Das Präsidium bedankt sich für die Arbeit der Mandatsprüfungskommission.

Lassen Sie mich vor dem Wahlgang noch darauf hinweisen, daß Dorothee Wilms und Horst Waffenschmidt heute im Laufe des Tages in den verschiedenen Städten um Passau waren und die ersten 1000 Übersiedler aus der DDR begrüßt haben.

(Beifall)

Wir haben vereinbart, daß sie morgen früh einen kurzen Bericht darüber geben. – Der Herr Bundeskanzler macht den Vorschlag, daß wir einen Bericht jetzt gleich während der Auszählung der Stimmen bekommen.

(Beifall)

Ich entnehme Ihrem Beifall, daß Sie damit einverstanden sind. Dann werden wir so verfahren.

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 13 auf:

## Wahl des Bundesvorstandes

Nach § 29 Abs. 2 des Statuts müssen wir die Wahl des Bundesvorstandes in fünf getrennten Wahlgängen vornehmen: erstens den Vorsitzenden, zweitens auf Vorschlag des Vorsitzenden den Generalsekretär, drittens sieben Stellvertretende Vorsitzende, viertens den Bundesschatzmeister und fünftens weitere zwanzig Mitglieder des Bundesvorstands.

§ 43 des Statuts besagt, daß die Wahlen der Mitglieder des Bundesvorstands geheim sind und durch Stimmzettel erfolgen. Bei allen Wahlen ist die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Stimmenthaltungen zählen für die Feststellung der Beschlußfähigkeit mit, jedoch nicht für die Ermittlung der Mehrheit. § 12 Abs. 1 der Geschäftsordnung lautet:

Bei allen Wahlen und Abstimmungen zählen Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen für die Feststellung der Beschlußfähigkeit mit, jedoch nicht für die Ermittlung der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen.

Sie haben eben von der Mandatsprüfungskommission gehört, daß 750 Delegierte wahlberechtigt sind. Die Delegierten der Exil-CDU sind nach § 28 Abs. 3 des Statuts nicht wahlberechtigt.

Das Tagungspräsidium schlägt Ihnen vor, Ihre Stimmen in den Wahlkabinen abzugeben, die an der Seite und in den Zwischengängen inzwischen aufgestellt worden sind. Bitte benutzen Sie alle die Wahlkabine, die von Ihrem Platz aus am nächsten steht. Nach der Stimmabgabe werfen Sie Ihre Stimmzettel in die vor den Wahlkabinen aufgestellten Wahlurnen.

Ich mache alle Delegierten ausdrücklich darauf aufmerksam, daß sie den bei den Wahlurnen stehenden Helfern ihre Stimmkarte vorzeigen müssen, bevor sie ihren Stimmzettel in die dort aufgestellten Wahlurnen werfen können.

Eine herzliche Bitte habe ich an die anwesenden Vertreter von Presse, Fernsehen, Rundfunkanstalten, Bildagenturen und Fotoreporter. Ich bitte Sie, während der Wahlvorgänge den Zugang zu den Wahlkabinen in den Gängen für die Delegierten frei zu halten.

Soweit das Formale.

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 13.1 auf

## Wahl des Bundesvorsitzenden

Vorgeschlagen zur Wiederwahl und einziger Kandidat ist Dr. Helmut Kohl.

(Beifall)

Wir nehmen die Wahl des Vorsitzenden mit dem Stimmzettel Nr. 1 aus dem Stimmzettelblock vor, der Ihnen mit Ihrer Stimmkarte im Tagungsbüro überreicht wurde. Gültig sind alle Stimmen, auf denen der Name Kohl, Ja oder Nein oder Enthaltung steht. Leere Stimmzettel werden als Enthaltung gezählt. Stimmzettel, die einen anderen Namen tragen als den des vorgeschlagenen Kandidaten, sind ungültig.

Meine Damen und Herren, ich eröffne den Wahlgang und bitte die Delegierten, ihre Stimme in der Wahlkabine abzugeben.

Meine Damen und Herren, darf ich einmal fragen, ob alle Delegierten auch Gelegenheit gehabt haben, ihren Stimmzettel abzugeben? – Es scheint so zu sein. Alle Delegierten haben ihre Stimmabgabe vorgenommen. Wenn das der Fall ist, schließe ich den Wahlgang zur Wahl des Bundesvorsitzenden und bitte um zügige Auszählung.

Meine Damen und Herren, wir hatten eben vereinbart, daß wir die Zwischenzeit nutzen, von Frau Minister Wilms und Horst Waffenschmidt einen kurzen Bericht zu hören. Ich erteile Frau Minister Dorothee Wilms das Wort.

**Dr. Dorothee Wilms:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Horst Waffenschmidt und ich sind eben aus Passau, aus Filzhofen, aus Tiefenbach zurückgekommen, den Orten, in denen wir die Auffanglager für die Menschen eingerichtet haben, die in diesen Stunden zu Hunderten, ja zu Tausenden aus der DDR über Ungarn zu uns kommen. Ich möchte Ihnen einfach sagen: Ich bin immer noch bewegt. Es sind Besuche, die man nicht einfach so wegstecken kann. Es ist für mich – lassen Sie es mich einmal so ausdrücken – ein Tag der Menschlichkeit gewesen. Es ist für uns ein Tag gewesen, an dem sich ein bißchen die Menschenrechte verwirklicht haben, über die wir ja so viel sprechen. Es kommen Menschen zu uns, junge Menschen, ausgebildete Menschen, die bei uns Freiheit suchen. Manchem von uns kommt dieses Wort ja abgegriffen vor, aber für diese Menschen ist der Begriff Freiheit noch voller Inhalte und bedeutet für sie das Ziel ihrer Lebensgestaltung.

Meine Parteifreunde, ich habe eine junge Mutter mit zwei kleinen Kindern gefragt, warum sie wohl zu uns kommt. Sie hat mir ganz schlicht gesagt – ich meine, das sagt alles –: Mein Mann und ich sind wegen unserer Kinder zu euch gekommen; wir wollten, daß unsere Kinder eine andere Zukunft haben, als wir sie hatten. – Meine Damen und Herren, ich glaube, dies sagt mehr als viele, viele Erklärungen und Motivsuche, warum diese Menschen wohl zu uns kommen, Menschen, denen ja eigentlich noch die ganze Zukunft offensteht.

Es ist bedrückend, wenn man sieht, daß es Leute sind, die wirklich mit nichts zu uns kommen, die alle Brücken hinter sich abgebrochen haben, um ein neues Leben, ein Leben in eigener Gestaltung bei uns zu beginnen. Aber das Erfreuliche und das, was einem dann auch wieder Auftrieb gibt und was man auch mit großer Rührung sieht, ist der Optimismus, diese Tatkraft, diese Hoffnung, mit denen die Leute herkommen. Sie haben den Wunsch, bei uns wieder neu anzufangen, und sie sind – lassen Sie mich auch das einmal sagen – von der Aufnahme bei uns begeistert. Sie sind überrascht, sie sind erfreut, daß sie hier bei uns nicht als drittklassige oder viertklassige oder als lästige Flüchtlinge angesehen werden. Vielmehr sind sie glücklich darüber, sie sind überrascht darüber, daß sie hier bei uns willkommen sind.

Das andere, was ich noch sagen wollte, betrifft die große, ja die übergroße Hilfsbereitschaft, die wir bei unseren Bürgern in Passau und Umgebung, da wo wir heute gewesen sind, gefunden haben.

(Beifall)

Ich glaube, hier können wir wirklich einfach nur danke sagen, danke an die, die jetzt schon seit zehn Tagen als Rote-Kreuz-Helfer, als sachkundige Bürger, als Bürger-

meister, als Landrat, als Feuerwehrmann Dienst tun, die Lager aufbauen und die seit heute morgen um vier Uhr in den Lagern stehen und auf die Menschen warten, die mit ihrem Trabbi oder mit den Bussen in dieser Stunde kommen. Ich habe wirklich einige ältere Rot-Kreuz-Helfer und -Helferinnen gesehen, die mir gesagt haben: Frau Minister, ich kann jetzt bald nicht mehr; wir sind seit vier Uhr auf den Beinen. – Wir sollten uns herzlich bedanken. Wir sollten uns bei all denen bedanken, die Spenden bringen, Kleider, Schuhe und Spielsachen. Aber, was noch viel wichtiger ist: Wir sollten uns auch bei denen bedanken, die Arbeitsplätze anbieten.

(Vereinzelt Beifall)

Und es sind viele, viele Arbeitsplätze, die angeboten werden. Ich bin überzeugt davon, daß die meisten Übersiedler, die jetzt kommen, ganz schnell eine Arbeit haben. Und neben Arbeitsplätzen werden auch Wohnungen angeboten.

Insgesamt – lassen Sie mich dies abschließend sagen, meine Damen und Herren –: Es sind bewegende Tage, ganz bewegende Tage, die wir hier erleben. Ich denke, daß in Europa wieder etwas wach wird, was wir alle über viele Jahre vielleicht schon vergessen glaubten, nämlich daß der Gedanke der Freiheit in diesen Menschen plötzlich wieder Gestalt gewinnt und daß das etwas ist, für das es sich einzusetzen lohnt.

Und wenn Sie mich fragen, was das für die innerdeutschen Beziehungen und für die DDR-Führung bedeutet, dann lassen Sie mich politisch auch noch dieses sagen: Meine Damen und Herren, wenn so viele Menschen in der DDR – diejenigen, die jetzt kommen, und diejenigen, die in ihrer Heimat bleiben – den Wunsch nach mehr Freiheit haben, nach mehr Menschenrechten haben, nach mehr Selbstbestimmung haben, dann, meine ich, kann die DDR-Führung vor diesem Phänomen auch nicht einfach die Augen verschließen und so tun, als ob es das alles nicht gäbe.

(Beifall)

Ich meine – auch nach diesem Erlebnis heute; Sie entschuldigen, daß ich das auch ein bißchen emotional sage –, von diesem Parteitag sollte auch ein Signal an die Menschen drüben ausgehen: daß wir an sie denken und daß wir uns mit den Möglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen, für sie einsetzen, damit sie mehr Freiheit, mehr Menschenrechte, mehr Selbstbestimmung bekommen. Denn das sind ja die Ziele, unter denen wir als CDU unsere Politik gestalten. Vielen Dank allen!

Ein Letztes noch angesichts eines Zettels, der mir hier gerade hingeschoben wird: Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, ich meine, die CDU sollte jetzt auch Vorbild in der Annahme dieser Menschen sein, die zu uns kommen. Wir sollten nicht von Bremen weggehen, ohne uns vorzunehmen, daß wir uns vor Ort, in den Ortsverbänden ein bißchen umsehen und schauen, wo Übersiedler und Aussiedler sind, ohne uns vorzunehmen, zu diesen Menschen eine Brücke zu schlagen, sie hilfreich bei der Hand zu nehmen.

Das tut die Junge Union in Niedersachsen in anderen Bereichen. Es gibt hier die Möglichkeiten, die Sie hier im Vorraum finden.

Meine Damen und Herren, ich finde, die CDU würde ihrem christlichen Vorzeichen und ihrem freiheitlichen Vorzeichen am besten gerecht werden, wenn sie den Übersiedlern und den Aussiedlern in den kommenden Wochen brüderlich die Hand reicht und ihnen den Weg in unsere Gesellschaft erleichtert.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Horst Waffenschmidt hat das Wort.

**Horst Waffenschmidt**: Meine lieben Freunde! Ich will den Bericht, den Dorothee Wilms über unseren Besuch gegeben hat, noch mit einigen wenigen Informationen ergänzen.

Mit Recht sprach Dorothee Wilms von der großen Hilfsbereitschaft. Tausende ehrenamtliche Helfer sind im Einsatz. Was mich besonders bewegt hat und was wir, glaube ich, mit großer Freude feststellen können, ist, daß viele Hunderte junger Menschen als Helfer im Einsatz sind. Und da zeigt sich einmal mehr: Wenn wir jungen Menschen eine Aufgabe geben, erledigen sie diese vorbildlich. Das spricht für unsere junge Generation, der wir hier einmal ganz besonders Dank sagen sollten.

(Beifall)

Liebe Freunde, mich hat bei den Antworten, die die jungen Leute uns gaben – und es kommen ja zu 90 % Menschen, die zwischen 20 und 30 Jahre alt sind –, bewegt, daß sie gesagt haben: Wir haben in unserer bisherigen Heimat keine Perspektive mehr. Darum sind wir zu Euch gekommen. Wir wollen in Freiheit leben. – Meine lieben Freunde, wer in diesen letzten Tagen und Wochen und auch heute mit solchen Menschen sprechen konnte, der lernt wieder, dankbar für das zu werden, was bei uns selbstverständlich, allzu selbstverständlich geworden ist.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, wir lernen – Dorothee Wilms sprach von den Angeboten bei den Arbeitsplätzen – auch ein Weiteres: Wir haben heute z. B. in Passau gesehen, daß eine private Initiative zusammen mit der Arbeitsverwaltung innerhalb von drei Tagen über 4000 Arbeitsplätze mobilisiert hat. Das spricht doch für die Vitalität unserer Wirtschaft und dafür, daß bei uns viele noch Arbeit finden können. Ich meine, das ist auch ein tolles Signal.

(Beifall)

Und ein Weiteres: Meine lieben Freunde, wir haben im Raum Passau und Umgebung 7000 Plätze für die Aufnahme derer, die jetzt kommen. Wir haben heute etwa 1500 Übersiedler dort begrüßen können. Heute abend kommen noch 78 Busse; morgen werden weitere kommen.

Beim Aufbau haben uns die vielen ehrenamtlichen Helfer unterstützt. Aber ich möchte hier auch ganz bewußt hervorheben: In besonderem Maße haben uns die Bediensteten vom Bundesgrenzschutz und auch unsere Soldaten von der Bundeswehr geholfen. Auch denen sage ich ein ganz herzliches Wort des Dankes für ihren nimmermüden Einsatz, den sie da geleistet haben.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, hier ist heute dazu aufgerufen worden, daß wir die Übersiedler, wenn sie nun in die einzelnen Länder, in die Städte und Gemeinden kommen, dort menschlich annehmen. Ich unterstütze den Aufruf, den schon unser Freund Helmrich hier vorgenommen hat, daß wir Patenschaften übernehmen. Die Liste liegt am Stand der Kommunalpolitischen Vereinigung aus – sicherlich ein guter Ort, weil es um die Hilfe vor Ort geht.

Bei dem Stichwort Patenschaften, liebe Freunde, möchte ich doch noch auf folgendes aufmerksam machen: Wir sprechen in diesen Tagen natürlich ganz besonders von den Tausenden Übersiedlern, die zu uns kommen. Aber wir sollten

auch im Blick haben – und den einen Satz dazu werden Sie mir sicherlich gestatten –, daß zum gleichen Zeitpunkt auch Deutsche aus der Sowjetunion, aus Oberschlesien oder aus Rumänien zu uns kommen, die unsere Hilfe brauchen. Wir grüßen auch diese Deutschen, die aus diesen Gebieten kommen, als unsere deutschen Landsleute und wollen auch ihnen Hilfe und Unterstützung geben, meine Freunde.

(Beifall)

Mich hat eines in diesem Lager in Vilshofen heute bewegt. Dort waren einige junge Leute – solche, die als Übersiedler gekommen sind, und solche, die zur einheimischen Bevölkerung gehören – zusammengekommen, hatten ein großes Transparent gemalt und daraufgeschrieben: Wir sind doch alle Deutsche. Das haben sie in diesem Lager aufgehängt und druntergeschrieben: Wir gehören zusammen. Das bewegt einen schon, wenn man dies sieht.

Was Dorothee Wilms und ich heute erlebt haben, zeigt uns auch: Mit diesen Menschen kommt ein wichtiges Lebenselixier in unsere Gesellschaft. Wir sollten sie bei uns aufnehmen, wissend darum, daß sie nicht nur materiell, wirtschaftlich oder als Arbeitskräfte, sondern auch von ihrer inneren Haltung her ein Gewinn für unser Land sind. Deshalb sind sie auch ein Auftrag für die CDU.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, nun hat noch Frau Süßmuth kurz um das Wort gebeten.

**Prof. Dr. Rita Süßmuth**: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Dorothee Wilms wie auch Horst Waffenschmidt haben uns soeben geschildert, wie es ihnen vor Ort ergangen ist, was sie erlebt haben. Sie haben uns zur Hilfsbereitschaft vor Ort aufgerufen.

Wir Frauen möchten einen Schritt weitergehen – Hilfe beginnt sofort – und zu bedenken geben, ob wir nicht von diesem Parteitag aus ein Signal durch eine Spende geben können. Das ist Akzeptanz und Zeichen zugleich. Wir werden herumgehen und um eine Spende bitten.

Danke schön.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich gebe das Ergebnis der Wahl des Bundesvorsitzenden bekannt. Es wurden 738 Stimmen abgegeben. Ungültige Stimmen: keine, Enthaltungen: 20, gültige Stimmen: 718. Die erforderliche Mehrheit beträgt 310 Stimmen. Für Herrn Dr. Kohl wurden 571 Stimmen abgegeben.

(Anhaltender Beifall)

Nein-Stimmen: 147. Damit sind Sie, lieber Herr Dr. Kohl, erneut mit überwältigender Mehrheit zum Bundesvorsitzenden der CDU Deutschlands gewählt worden. Herzlichen Glückwunsch! Ich frage Sie, ob Sie bereit sind, das Amt anzunehmen.

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich nehme die Wahl an. Ich bedanke mich für das Vertrauen. Ich bedanke mich auch bei denen, die mir ihre Stimme heute nicht gegeben haben. Es gehört zum Leben in einer demokratischen Partei, daß auch Auseinandersetzungen ausgetragen werden. Ich habe sehr viel lieber Ergebnisse, die ganz klar sind, als daß

eine gewisse Verwaschenheit entsteht. Dies ist ein Ergebnis, mit dem ich gut leben kann. Ich hoffe, ich werde mich bessern, so daß beim nächsten Mal wieder eine Vermehrung der Stimmen möglich ist. Im Auf und Ab im Leben eines Parteivorsitzenden besteht ja immer eine Chance, Stimmen dazuzugewinnen. Herzlichen Dank für das Vertrauen.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 13.2 auf:

### Wahl des Generalsekretärs

Hierzu erteile ich dem Vorsitzenden der CDU Deutschlands das Wort.

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich kann es kurz machen. Ich schlage gemäß dem Statut für die Wahl zum Generalsekretär Volker Rühle vor.

Zur Begründung nur ganz wenige Worte. Ich bin überzeugt – viele, die Volker Rühle kennen, haben ja die gleiche Ansicht –, daß Volker Rühle auf Grund seines Werdegangs und seiner Persönlichkeit der richtige Mann für dieses Amt ist. Ich bitte Sie um Ihre Stimme für ihn, damit er eine gute Chance hat.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Ich erteile dem Kandidaten Volker Rühle jetzt zu einer persönlichen Vorstellung das Wort.

**Volker Rühle**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Winston Churchill soll einmal gesagt haben, das Schwierigste bei einer Rede sei der Anfang. Ich muß sagen, daß ich damit heute überhaupt keine Probleme habe. Mein erster Satz kann nur lauten: Die CDU Deutschlands ist Heiner Geißler zu großem Dank verpflichtet. Ich füge ganz persönlich hinzu: Ich bin stolz, daß ich als sein Nachfolger im Amt des Generalsekretärs vorgeschlagen worden bin.

(Beifall)

Für die Unterstützung, die er mir schon vor einigen Tagen und auch heute hier zugesagt hat, bin ich sehr dankbar. Dankbar bin ich natürlich auch für die 10 Flaschen Wein, lieber Heiner Geißler. Ich hoffe nur, daß es trockener Wein ist. Ich habe in dieser Hinsicht meine Erlebnisse im Pfälzischen gehabt. Ich war vor einigen Jahren mit meiner Frau unterwegs, um bei Winzern Wein zu kaufen. Ein Winzer hat mich nicht gefragt, was für Wein – QbA, Kabinett, Auslese usw. – ich haben möchte. Er hat nur gefragt: Wo kommen Sie denn her? Ich sagte: aus Hamburg. Daraufhin erwiderte er: Aha, dann weiß ich etwas für Sie. – Er ging fort, kam zurück und brachte den süßesten Wein überhaupt; es war schon mehr Sirup. Als wir dann sagten, daß er uns nicht schmecke, antwortete er: Dann können Sie nicht aus Hamburg kommen.

(Heiterkeit)

Dazu kann ich nur sagen: So kann man sich in den Hamburgern täuschen.

(Heiterkeit und Beifall)

Im übrigen werde ich höllisch aufpassen, daß aus den zugesagten 10 Flaschen nicht plötzlich 9 werden. Ich habe ja gesehen, wie schnell man von 8 auf 7 rutschen kann.

(Heiterkeit und Beifall)

Wenn all die Leute, die Wein von Heiner Geißler bekommen haben – der Botschafter der UdSSR, der amerikanische Botschafter, der Parteivorsitzende, der Generalsekretär – sich an einen Tisch zusammensetzen und gemeinsam den Wein trinken würden, müßte aus diesem gemeinsamen Gespräch und dem Wein von Heiner Geißler ja ungeheuer Gutes entstehen. Vielleicht machen wir das in den nächsten Jahren einmal.

Meine Damen und Herren, eine wichtige Aufgabe des neuen Generalsekretärs wird es sein, das umzusetzen, was wir auf diesem Parteitag zum Thema „Moderne Parteiarbeit in den 90er Jahren“ beschließen. Damit schaffen wir eine wichtige Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit der CDU als Volkspartei der Mitte in den 90er Jahren.

Politische Überzeugung und Ideen müssen im öffentlichen Bewußtsein durchgesetzt werden. Dazu braucht es die Schlagkraft einer guten Organisation, moderne Formen der Parteiarbeit, vor allem aber den Einsatz aller unserer Mitglieder.

Letztlich entscheidet eben nicht die Menge des gedruckten Papiers über unsere Schlagkraft, sondern unsere Überzeugungsfähigkeit im Gespräch mit unseren Mitbürgern. Nur gut informierte, in den Entscheidungsprozeß voll einbezogene CDU-Mitglieder sind auch überzeugte, selbstbewußte und vor allem überzeugende Vertreter unserer politischen Botschaft.

(Beifall)

Überzeugungsfähigkeit setzt das Gespräch und den Dialog, setzt vor allem Zuhören voraus. Zuhören, in der Sache offen und, wenn nötig, streitig diskutieren, Meinungen zusammenführen und klare Entscheidungen mit Mannschaftsgeist nach außen vertreten – in dieser Weise sollten wir als Partei arbeiten. Ein Weihrauchfaß gehört nicht zu den Insignien eines Generalsekretärs. Nur wenn wir eine offene, diskussionsfreudige Partei sind, so wie wir das heute bewiesen haben, können wir unsere Regierung nicht nur erfolgreich unterstützen, sondern ihr auch den Weg in die Zukunft bahnen. Darauf kommt es in den nächsten Jahren an.

(Beifall)

Unsere Mitbürger wollen eben nicht nur wissen, was wir erreicht haben. Sie wollen vor allem wissen, wie wir uns die Zukunft vorstellen, wie wir künftigen Herausforderungen begegnen. Wir haben erfolgreich gearbeitet, aber wir müssen uns jetzt auch das Mandat für die Lösung der Zukunftsaufgaben unseres Landes erkämpfen.

Dieses wird uns allerdings nicht gelingen, wenn wir nicht wieder stärker auch jüngere Wähler für die CDU gewinnen. Wenn uns heute in manchen Städten weniger als ein Drittel der jungen Menschen wählen und wenn nur 7 % unserer Mitglieder jünger als 30 Jahre sind, dann ist das ein Alarmsignal ersten Ranges. Die Freude über das großartige politische Engagement der Älteren darf nicht diese tiefgreifende Sorge um die organische Weiterentwicklung unserer Partei überdecken. Wenn unten die Wurzeln absterben, hat diese Partei auch keine Zukunft. Deswegen müssen wir dafür sorgen, daß sich dieses in den nächsten Jahren ändert.

(Beifall)

Als Volkspartei brauchen wir eben nicht nur alle Bevölkerungsgruppen, sondern auch alle Altersgruppen.

Unsere Partei erbringt zwar die größten Leistungen für die Zukunft, aber jetzt muß es auch darauf ankommen, daß die Generation der Zukunft von uns gewonnen wird. Deswegen müssen wir unsere Perspektiven und Visionen noch sehr viel deutlicher

machen. Diese Aufgabe, so meine ich, kann unsere Partei nicht länger der Jungen Union und dem RCDS allein überlassen, die mit einem bewundernswerten Einsatz und mit viel Idealismus kämpfen. Dieses Problem gehört in die Mitte der Partei. Es geht jeden von uns an. Dieses müssen wir in den nächsten Jahren gemeinsam mit den jungen Leuten in der Partei leisten.

(Beifall)

Wir müssen auch unsere Verankerung bei den Arbeitnehmern verstärken. Gerade Betriebsarbeit und Betriebsratswahlen können in ihrer Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Aus meiner Wahlkreisarbeit in Hamburg-Harburg, einem Hamburger Industrievorort, weiß ich, wie schwer es unsere Freunde in den Sozialausschüssen vor Ort haben. Bei ihrer schwierigen Arbeit dürfen wir sie nicht allein lassen.

Ich will ein weiteres Problem unserer Arbeit kurz ansprechen. Wir müssen mehr Frauen für uns gewinnen. Frauen müssen stärker als bisher erfahren, daß sie von der CDU in ihren unterschiedlichen Lebensentwürfen verstanden werden. Die Vielfalt der Lebenspläne von Frauen von heute ist nicht eine Folge von Politik, sondern sie ist die Reaktion auf veränderte Lebensbedingungen. Wir sollten endlich einsehen, daß ein Tag im Büro oder an der Werkbank nicht zu einer kompetenteren Betrachtung der Welt führt. Erfahrungen, die wir in der Familie und mit der Erziehung unserer Kinder machen, sind oft sehr viel lebensnäher. Das gilt übrigens auch für Männer, nicht nur für Frauen.

(Beifall)

Liebe Freunde, die Stärke einer Volkspartei ist ihre gut funktionierende Basis. Ich will in den nächsten Wochen und Monaten eine Aktion „Zuhören“ durchführen, denn Bürgernähe muß auch innerparteilich praktiziert werden. Deshalb will ich so viel wie möglich Kreisverbände selbst besuchen. Ich werde dabei nicht mit fertigen Rezepten kommen, sondern mit der Bereitschaft, dazuzulernen.

Die Union steht bundesweit vor einer harten Zeit der Bewährung. Vor uns liegen sieben Kommunal- und Landtagswahlen und schließlich Ende 1990 die Bundestagswahlen. Gemeinsam mit unseren Freunden in der CSU wollen wir sie erfolgreich bestehen. Wir müssen das Bewußtsein dafür stärken, daß diese Wahl eine grundsätzliche Weichenstellung für den Weg der Bundesrepublik Deutschland bedeutet. Die SPD ist schon heute eine ganz andere Partei. Wenn im nächsten Jahr die letzten Schmidt-Getreuen die SPD-Fraktion verlassen wie Annemarie Renger, Hans Apel, Hans-Jürgen Wischnewski, dann ist das bezeichnend für die Entwicklung der Sozialdemokraten. Die koalitionsvorbereitenden Gespräche zwischen Sozialdemokraten und den Grün-Alternativen haben gezeigt, daß die Vorentscheidung für die Regierungszusammenarbeit längst gefallen ist. Eine rot-grüne Bundesregierung – darüber dürfen wir uns nicht täuschen – würde das Aus für die Zusammenarbeit im westlichen Bündnis und in der Europäischen Gemeinschaft bedeuten. In einer außenpolitischen Phase von welthistorischer Bedeutung würde die Bundesrepublik Deutschland zum Unsicherheitsfaktor. Die Wiedervereinigung wäre wohl für immer verspielt. Die Modernisierung unserer Wirtschaft, die Innovationskraft unserer Forschung würde blockiert, und damit würde die Zukunftsfähigkeit unserer Arbeitsplätze gefährdet. Der innere Frieden unseres Landes wäre in Gefahr. Als Hamburger, und ich denke, nicht nur als Hamburger, sage ich, schon eine Hafensstraße ist zu viel.

(Beifall)

Wer meint, aus einer Augenblicksstimmung heraus oder aus einer Protesthaltung heraus rechtsradikal wählen zu sollen, der muß wissen, daß er im Ergebnis links regiert wird, denn wir arbeiten mit Radikalen nicht zusammen.

(Beifall)

Wir stehen an einer Zeitenwende. Selten in der Geschichte verändert sich so viel auf einmal an so vielen Orten und in so vielen Bereichen. Die Idee der Freiheit setzt sich mehr und mehr durch. Was wir aber brauchen, ist ein Wandel ohne Angst. Unsere Welt wird immer komplizierter. Computergesteuerte Maschinen ersetzen die Handarbeit. In atemberaubender Geschwindigkeit werden neue Wissensbereiche erobert, selbst die Erbanlagen des Menschen sind vor dem manipulierenden Eingriff nicht mehr sicher. Dies ist eine hohe Zeit für die einfachen Parolen der Radikalen, die wie Faulgase aus dem Abfall des Fortschritts aufsteigen. Dies ist vor allem aber eine Herausforderung für die CDU, sich gerade bei komplizierten Problemstellungen des ethischen Anspruchs zu erinnern, den wir uns selbst mit dem C gegeben haben.

(Beifall)

Unsere Arbeit muß lebensnah sein, aber sie darf keinen bloßen Pragmatismus huldigen, damit die moralische Verantwortung für die Zukunft unserer Kinder nicht im politischen Tagesgeschäft untergeht.

Unser C muß ein Leuchtfeuer bleiben, wie wir Hamburger sagen würden, um im bewegten Meer unserer Zeit das ethische Ziel nicht aus den Augen zu verlieren: den Menschen, der sich als Geschöpf Gottes versteht, der in Solidarität und Freiheit sein Leben gestaltet.

Manch einem mögen Katholiken- oder Kirchentage als zu unruhig, zu wenig „staatstragend“ erscheinen. Ich meine, wir müssen auch offen sein für die visionäre Unruhe, die dort gerade von jungen Menschen ausgeht. Es geht darum, daß wir den politischen Auftrag der Wähler zur Gestaltung der Zukunft bekommen. Ich will nur ganz kurz drei Fragen ansprechen, die diese Herausforderung deutlich machen:

Erstens. Was bedeutet Solidarität heute unter den Bedingungen einer modernen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft, in der die große Mehrheit der Bevölkerung in einem nie dagewesenen Wohlstand lebt? Die Sicherung des Generationenvertrages, eine neue „Kultur des Helfens“ in einer Zeit nachlassender sozialer Bindungen in Familien und Nachbarschaften.

Zweitens. Wie läßt sich unter den Bedingungen einer Freizeit- und Informationsgesellschaft Geborgenheit erfahren und Identität stärken? Hier sehe ich die zentrale Herausforderung unserer Politik für die Familie, den wichtigsten Ort für die Vermittlung von Lebenssinn und die Einübung sozialer Tugenden.

Drittens. Wie können wir den wirtschaftlich-technischen Fortschritt auch zum Vorteil unserer Umwelt nutzen? Hier geht es darum, den Ordnungsrahmen unserer Sozialen Marktwirtschaft um eine ökologische Dimension zu erweitern.

Es gibt in unserer Gesellschaft nicht wenige, denen es schwerfällt, mit dem rasanten Tempo des Strukturwandels Schritt zu halten. Ihnen muß unsere besondere Aufmerksamkeit gelten, sie dürfen nicht auf der Verliererseite stehen, während die übrige Gesellschaft ihren Wohlstand immer weiter nährt.

(Beifall)

Liebe Freunde, in diesen Wochen, Tagen und jetzt in diesen Stunden flüchten Tausende von Deutschen aus der DDR. Sie haben Hunger, aber nicht auf Brot, sondern auf Freiheit. Ich habe viele von ihnen in Budapest getroffen, und in der Begegnung mit diesen Landsleuten kann man spüren, wie lebendig die eine deutsche Nation ist. Die ungelösten Probleme von Ost-Berlin, Leipzig und Dresden werden noch immer nach Budapest und an die ungarisch-österreichische Grenze verschoben.

Aber der Wind der Veränderung, das ist sicher, wird auch in die DDR hineingehen. Selbstbestimmungsrecht, Freiheit und Menschenrechte sind unteilbar. Der geschichtliche Aufbruch Europas wird nicht an Deutschland vorbeigehen.

(Beifall)

Die Verantwortlichen in der DDR müssen endlich begreifen: Ohne tiefgreifenden Wandel auch in der DDR gibt es keine neue Stabilität.

Von deutschem Boden darf und wird nie mehr Krieg ausgehen, aber auf deutschem Boden dürfen auch nicht länger Menschenrechte verletzt werden.

(Beifall)

Denjenigen, die uns immer geraten haben, in der deutschen Frage von den Realitäten des Nachkriegseuropas auszugehen, müssen wir sagen: Schaut genau hin, zu den Realitäten des Europas von heute gehört der Wille aller Deutschen, frei zu sein und zusammenzuleben.

(Beifall)

Die Politik der deutschen Sozialdemokraten mit ihren exklusiven Beziehungen zur SED und der gleichzeitigen Vernachlässigung der Kontakte zu Oppositionsgruppen in Mittel- und Osteuropa ist gescheitert. Es muß Schluß sein mit einer Politik der falschen Rücksichtnahme auf die SED.

(Beifall)

Die Sozialdemokraten haben die Reform- und Dialogfähigkeit der SED falsch eingeschätzt. Die politisch-moralischen Defizite der SPD-Politik gegenüber der Freiheitsfrage sind heute für jedermann erkennbar.

Egon Bahr hat in den 60er Jahren von einer Politik des „Wandels durch Annäherung“ gesprochen, die die Grundlage für die Ostverträge gelegt hat. Ich meine, durch die engen, ja freundschaftlichen Beziehungen zwischen SPD und SED in den vergangenen Jahren ist dies degeneriert zu einer Politik des „Wandels durch Anbiederung“. Das darf niemals Regierungspolitik in unserem Lande werden.

(Beifall)

Was wir heute tatsächlich in Mittel- und Osteuropa erleben, ist ein Neubeginn durch Freiheit und Selbstbestimmung, ist Wandel durch Beispiel, Wandel durch Anziehungskraft von Freiheit und Demokratie, ist „Wandel durch freie Wahlen“. Das haben wir in all den Jahren immer vertreten.

(Beifall)

Der Kommunismus – das haben heute viele Redner zu Recht gesagt – ist tot. Die Demokratie ist überall auf dem Vormarsch. Das gilt für Europa genauso wie für Lateinamerika.

Alles, was im sowjetischen politischen Denken neu ist, sind Teilanleihen aus unserem Denken. Gorbatschow ist die Antwort der Sowjetunion auf das Versagen des Kommunismus und den Erfolg westlichen politischen Denkens. Der Osten schaut

heute auf den Westen. Bisher ergab sich die Bedrohlichkeit des Ostens aus der Kombination von militärischer Überlegenheit und aggressiver, expansionistischer Politik und Ideologie. Heute steht die Übermacht des Warschauer Paktes am Verhandlungstisch in Wien zur Disposition, und dies nicht zuletzt auf Grund unserer Politik. Nun liegt die Bedrohlichkeit viel eher im Risiko des Scheiterns, in der Gefahr, daß die sowjetischen Reformen ihr Ziel verfehlen. Verteidigung wird damit zur Versicherungspolice gegen das Risiko des Scheiterns. Da aber Zeiten der Veränderung auch Phasen der Labilität sind, dürfen wir unsere Instrumente, die für stabile Verhältnisse sorgen, nicht vernachlässigen, und das sind die Streitkräfte, und das ist das Bündnis.

(Beifall)

Es ist wahr, wir haben Anlaß zur Zufriedenheit und zu vorsichtigem Optimismus, aber nicht zur Selbstzufriedenheit. Die großen Erfolge unseres politischen Systems dürfen uns nicht blind machen für die Schwächen und Probleme, die auch unsere Gesellschaft immer noch hat. Es gibt keine perfekte Gesellschaft, übrigens genauso wenig, wie es je eine perfekte oder vollendete Partei geben wird. Der Niedergang des Kommunismus und die tiefgreifenden Reformen können dazu führen, daß es um die Jahrtausendwende einen neuen Wettbewerb auf neuer Grundlage zwischen verschiedenen Gesellschaften geben wird. Das neue Gegenüber, mit dem wir es möglicherweise zu tun haben werden, wird dann vielleicht nicht mehr nur eine falsche und menschenfeindliche Utopie sein, mit der sich auseinanderzusetzen letztlich einfach ist; das zeigen die Erfolge, die wir gehabt haben. Deswegen müssen wir uns auf diesen neuen Wettbewerb der Gesellschaften vorbereiten.

Wir können stolz sein auf das Erreichte, aber wir müssen auch in der Zukunft die richtigen Fragen stellen und versuchen, neue Antworten zu geben. Wenn die Union hierzu einen entscheidenden Beitrag leistet – und ich sehe weit und breit niemanden, der es sonst tun könnte –, dann bin ich sicher, daß wir von den Wählern nicht nur Zustimmung und Dankbarkeit für das bisher Geleistete bekommen werden, sondern vor allem – und darauf kommt es an – das politische Mandat für die Bewältigung der großen Zukunftsaufgaben, die auf uns zukommen. Dafür will ich mich mit ganzer Kraft einsetzen, und dafür bitte ich um Ihr Vertrauen. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Volker Rühle!

Meine Damen und Herren, wir nehmen die Wahl des Generalsekretärs mit dem Stimmzettel Nr. 2 vor. Gültig sind alle Stimmzettel, auf denen der Name Rühle, „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ steht. Leere Stimmzettel werden als Enthaltung gezählt. Stimmzettel, die einen anderen Namen als den des vorgeschlagenen Kandidaten tragen, sind ungültig.

Ich eröffne den Wahlgang und bitte die Delegierten, ihre Stimme in der Wahlkabine abzugeben.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, wenn Sie gewählt haben, nicht den Saal zu verlassen, weil wir nämlich, sowie der Wahlgang geschlossen ist, nicht die Auszählung abwarten, sondern in die nächste Wahl, in die Wahl des Schatzmeisters, eintreten.

Meine Damen und Herren, ich frage Sie, ob Sie alle haben wählen können. – Ich sehe, das ist der Fall. Dann schließe ich den Wahlgang und gebe das Präsidium an Erwin Teufel weiter.

**Erwin Teufel**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen den Vorschlag machen, daß wir jetzt die sieben Stellvertreter wählen. Ich sehe keinen Grund, dies nicht zu tun, denn die Wahl der sieben Stellvertreter ist formal unabhängig von der Wahl des Generalsekretärs und der Auszählung. Andererseits braucht die Auszählung bei den sieben Stellvertretern am meisten Zeit. Wir gewinnen so Zeit. Darf ich Sie aber formell fragen, ob Sie damit einverstanden sind, daß wir jetzt in den Wahlgang für die sieben Stellvertreter eintreten. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Es ist so beschlossen.

Deshalb rufe ich jetzt Tagesordnungspunkt 13.3 auf:

### Wahl der 7 stellvertretenden Vorsitzenden

Meine Damen und Herren, darf ich noch einmal fragen, ob Sie alle im Besitz des weißen Stimmzettels für die Stellvertreterwahl sind. Diese Stimmzettel wurden durch die Landesgeschäftsführer ausgegeben. – Ich sehe und höre keinen Widerspruch. Damit können wir in die Wahlhandlung eintreten.

Liebe Parteifreunde, ich weise darauf hin, daß nach § 43 Abs. 2 des Statuts mindestens die Hälfte der Zahl der zu wählenden Kandidaten angekreuzt werden muß. Das sind vier Namen.

Stimmzettel, auf denen mehr Namen angekreuzt sind, als es der Zahl der stellvertretenden Vorsitzenden entspricht, sind ungültig. Sieben Stellvertreter sind zu wählen.

Ich halte noch einmal fest: Stimmzettel, die mehr als sieben Namen enthalten, sind ungültig, und Stimmzettel, die weniger als vier Namen enthalten, sind ungültig.

Nun treten wir in den Wahlgang ein. Ich bitte wiederum, die Kabinen zu benutzen und anschließend Ihre Stimmzettel abzugeben. – Meine Damen und Herren, darf ich fragen, ob alle Delegierten Gelegenheit hatten, ihren Stimmzettel abzugeben. – Noch nicht? – Ich stelle noch einmal die Frage, ob alle Delegierten die Möglichkeit hatten, ihren Stimmzettel für die Stellvertreter-Wahlen abzugeben. – Hier ist noch ein Engpaß, Entschuldigung. – Sind jetzt alle Stimmzettel abgegeben? – Ich sehe keine Meldungen mehr und darf damit dem Wahlgang für die Stellvertreter-Wahlen schließen.

Ich möchte Sie jetzt fragen, meine Damen und Herren, ob Sie damit einverstanden sind, daß wir in die Wahl des Bundesschatzmeisters und der Rechnungsprüfer eintreten. – Ich sehe keinen Widerspruch.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13.4 der Tagesordnung auf:

### Wahl des Bundesschatzmeisters

Vorgeschlagen ist der seitherige Bundesschatzmeister, Walther Leisler Kiep.

Wir nehmen die Wahl des Bundesschatzmeisters mit dem Stimmzettel Nr. 3 aus Ihrem Stimmzettelblock vor.

Gültig sind alle Stimmzettel, auf denen der Name Kiep steht oder Ja oder Nein oder Enthaltung. Unbeschriftete Stimmzettel werden als Enthaltung gezählt. Stimmzettel, die einen anderen Namen als den des Vorgeschlagenen enthalten, sind ungültig.

Ich eröffne diesen Wahlgang und bitte Sie wiederum, Ihre Stimmen abzugeben. – Ich höre, daß die Urnen noch nicht zurück sind. Sobald sie da sind, bitte ich, in die Wahl einzutreten. –

Meine Damen und Herren, ich darf fragen, ob alle Stimmzettel abgegeben sind.

(Zurufe: Nein!)

– Ich bitte um Entschuldigung. –

Meine Damen und Herren, darf ich fragen, ob jetzt alle – –

(Zurufe: Nein!)

Meine Damen und Herren, ich frage nun ganz zaghaft. Ich bitte um ein Handzeichen, wo es noch nicht möglich war, den Stimmzettel abzugeben. – Ich stelle fest, daß alle Stimmzettel abgegeben sind. Ich darf damit den Wahlgang zur Wahl des Bundes-schatzmeisters schließen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 14 auf:

### Wahl der Rechnungsprüfer

Vorgeschlagen sind Dr. Franz Möller und Ferdi Tillmann. Meine Damen und Herren, ich frage Sie, ob Sie mit einer Wahl durch Akklamation einverstanden sind

(Beifall)

oder ob dem widersprochen wird. – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann bitte ich Sie um das Kartenzeichen, wenn Sie mit der Wahl der beiden Rechnungsprüfer, die vorgeschlagen worden sind, einverstanden sind. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Ich frage nach Stimmenthaltungen. – Die vorgeschlagenen Rechnungsprüfer sind gewählt. Ich möchte sie herzlich beglückwünschen und ihnen dafür danken, daß sie sich für diese Aufgabe zur Verfügung stellen. Damit verbinde ich den Dank an die beiden ausscheidenden Rechnungsprüfer Herrn Erik Blumenfeld und Herrn Alphons Horten, die diese Aufgabe für die Bundespartei viele Jahre gut wahrgenommen haben.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, in die Wahl weiterer Mitglieder des Bundesvorstands können wir nicht eintreten, bevor wir das Ergebnis der Stellvertreterwahlen haben, weil sich möglicherweise zusätzliche Kandidaturen für den Bundesvorstand ergeben.

Deswegen möchte ich jetzt den Parteitag bis zu dem Zeitpunkt unterbrechen, zu dem ich Ihnen das Ergebnis der Wahl der Stellvertreter und der Wahl des Generalsekretärs bekanntgeben kann. Ich kann den Zeitpunkt noch nicht sagen. Ich unterbreche für etwa 15 bis 20 Minuten.

(Unterbrechung von 21.11 Uhr bis 21.43 Uhr)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich setze die unterbrochene Sitzung fort und darf Sie hier vorne bitten, Platz zu nehmen.

Ich gebe jetzt das Ergebnis zur Wahl des Generalsekretärs bekannt. Abgegebene Stimmen: 746; ungültige Stimmen: 4; Enthaltungen: 38; gültige Stimmen 704. Die erforderliche Mehrheit beträgt 353 Stimmen.

Es wurden abgegeben für Volker Rühle 628 Stimmen.

(Beifall)

Nein-Stimmen: 76. Damit ist Volker Rühle, der wegen der Medien gerade keine Möglichkeit hat, hier hochzukommen, mit großer, überwältigender Mehrheit zum neuen Generalsekretär der CDU Deutschlands gewählt. Herzlichen Glückwunsch, Volker Rühle!

(Beifall)

Ich komme nun zum Ergebnis der Wahl der sieben stellvertretenden Vorsitzenden. Abgegebene Stimmen: 731; ungültige Stimmen: 1; Enthaltungen: keine; gültige Stimmen: 730. Die erforderliche Mehrheit beträgt 366 Stimmen.

Es erhielten: Dr. Ernst Albrecht 438 Stimmen;

(Beifall)

Dr. Norbert Blüm 594 Stimmen;

(Lebhafter Beifall)

Eberhard Diepgen 311 Stimmen;

(Beifall)

Dr. Heiner Geißler 418 Stimmen;

(Beifall)

Lothar Späth 357 Stimmen;

(Vereinzelt Beifall sowie vereinzelt Pfiffe)

Dr. Gerhard Stoltenberg 424 Stimmen;

(Lebhafter Beifall)

Professor Dr. Rita Süßmuth 423 Stimmen;

(Beifall)

Christa Thoben 389 Stimmen;

(Beifall)

Dr. Walter Wallmann 385 Stimmen.

(Beifall)

Nach diesem Ergebnis sind als stellvertretende Bundesvorsitzende in der Reihenfolge der Stimmenzahl gewählt: Norbert Blüm: 594 Stimmen;

(Beifall)

Ernst Albrecht: 438 Stimmen; Gerhard Stoltenberg: 424 Stimmen; Rita Süßmuth: 423 Stimmen; Heiner Geißler: 418 Stimmen; Christa Thoben: 389 Stimmen; Walter Wallmann: 385 Stimmen.

(Beifall und vereinzelt Pfiffe)

Es findet keine Stichwahl statt.

Meine Damen und Herren, das Ergebnis der Wahl zum Schatzmeister steht noch aus. Wir kommen jetzt zum letzten Wahlgang, nämlich zur Wahl der 20 Beisitzer für den Bundesvorstand. Das ist nicht so einfach, und zwar deshalb, weil sich die Stimmzettel ändern. Sie sind zwar nicht ausgeteilt, aber sie müssen sich ändern, weil nach den mir vorliegenden Informationen Eberhard Diepgen zusätzlich als Beisitzer für den Bundesvorstand kandidiert.

(Beifall)

Dies bedeutet, meine Damen und Herren, daß wir auf Grund der Vorschriften der Satzung schnell einen neuen Stimmzettel anfertigen müssen, da die Kandidatur von Eberhard Diepgen nicht voraussehbar war. Ich schlage vor, obwohl ich als Gastgeber des Bremer Abends selbst der Hauptbetroffene bin, daß wir dies noch tun, damit wir den Bundesvorstand dann komplettiert haben.

Sollte es eine Stichwahl geben, so würde diese ohnehin erst nach Vorlage des Wahlergebnisses stattfinden. Wir wollen die Wahl der 20 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes jetzt also noch vornehmen. Jetzt müssen die neuen Stimmzettel unter Einbeziehung der Kandidatur von Eberhard Diepgen gedruckt werden. Das wird sofort veranlaßt. Der Druck der Stimmzettel dauert aber eine bestimmte Zeit.

Ich nutze diese Zeit dazu, einen weiteren besonderen Gast in unserem Kreise zu begrüßen, der aus unseren Reihen kommt und jetzt ein hohes Amt innehat. Ich begrüße sehr herzlich den NATO-Generalsekretär Manfred Wörner.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, ich benutze die Zeit auch dafür, dem ausgeschiedenen Präsidiumsmitglied Frau Hanna Laurien herzlich für die langjährige gute Arbeit im Parteipräsidium der CDU zu danken.

(Beifall)

Sie hat diesem Präsidium seit 1977 ohne Unterbrechung angehört.

Ich mache ferner darauf aufmerksam, daß die Antragskommission zu ihrer ersten Sitzung während des Parteitages morgen, am Dienstag, 7 Uhr zusammentritt. Dann ist der Übergang vom Bremer Abend möglicherweise direkt gegeben.

(Heiterkeit)

Ich kündige hier schon an, daß wir statt um 9 Uhr morgen früh um 9.30 Uhr mit unseren Beratungen beginnen.

Ich habe zu fragen versäumt, ob die sieben Damen und Herren, die in das Präsidium gewählt worden sind, ihre Wahl annehmen. Ich gehe davon aus, daß sie es tun. Ich sehe, daß sich kein vehementers Widerspruch ergibt. Ich kann somit Annahme der Wahl feststellen.

Meine lieben Freunde, es müssen jetzt immerhin mehr als 700 Stimmzettel produziert werden. Ich schätze, daß wir dafür eine Viertelstunde bis 20 Minuten brauchen. Ich unterbreche den Parteitag für diese Zeit. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie sich rechtzeitig wieder hier einfänden, damit wir die Wahl der Beisitzer unmittelbar vornehmen können. Die Auszählung der Stimmen brauchen wir danach nicht mehr abzuwarten. Das Ergebnis der Wahl wird morgen früh bekanntgegeben.

Wir unterbrechen unsere Beratungen für etwa 20 Minuten.

(Unterbrechung)

Darf ich die Kollegen Landesgeschäftsführer und Generalsekretäre bitten, die Stimmzettel für die Wahl der 20 Beisitzer zum Bundesvorstand beim Organisationsleiter abzuholen.

Meine Damen und Herren, die Stimmzettel sind fertig. Die Verbände Nordbaden und Württemberg-Hohenzollern bzw. deren Geschäftsführer werden dringend gebeten, die Stimmzettel beim Organisationsleiter abzuholen.

Ich bitte, die Stimmzettel zu verteilen.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, sich hinzusetzen. Wenn Sie mitten im Gang stehen, ist es für die Geschäftsführer schwierig, die Stimmzettel ordnungsgemäß zu verteilen.

Meine Damen und Herren, haben Sie alle einen Stimmzettel?

(Zurufe: Nein!)

– Die Landesgeschäftsführer müßten über die Stimmzettel verfügen und sie an sich schon längst verteilt haben.

In der Zwischenzeit darf ich das Ergebnis der Wahl des Bundesschatzmeisters bekanntgeben. Abgegebene Stimmen: 599. Ungültige Stimmen: 1. Enthaltungen: 57. Gültige Stimmen: 541. Die erforderliche Mehrheit beträgt 300 Stimmen. Auf Walther Leisler Kiep entfielen 347 Stimmen. Es gab 144 Nein-Stimmen. Damit ist Walther Leisler Kiep erneut zum Bundesschatzmeister der CDU gewählt. Herzlichen Glückwunsch, Herr Kiep!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, bevor wir zum Wahlgang kommen, darf ich sagen, daß mir ein Zettel vorliegt, auf dem steht: Ich beantrage persönliche Vorstellung zumindest der neuen Kandidaten.

(Widerspruch)

Möchten Sie das kurz begründen? – Bitte schön, einen Satz!

**Jochen Fasco:** Liebe Freunde, ich weiß, es ist sehr spät, und ich möchte auch gerne zum Bremer Abend. Wir haben heute aber lange diskutiert, aber ich finde, es wäre eine Frage der politischen Moral und der Tugend, daß sich zumindest diejenigen, die neu kandidieren, nun auch vorstellen.

(Zustimmung)

Wenn sich schon diejenigen, die zum zweiten-, dritten- oder viertenmal kandidieren, nicht vorstellen wollen, sollen sie zumindest den beiden neuen Kandidaten die Möglichkeit lassen. Es dauert ja auch nicht lange.

(Zustimmung)

**Bernd Neumann,** Tagungspräsidium: Ich lasse darüber natürlich abstimmen und möchte auch nicht wertend eingreifen, möchte aber hinzufügen, daß der weitaus größere Teil der Kollegen seit längerem an führender Stelle der Union wirkt. Das heißt, so völlig neu sind die Damen und Herren in ihrer Tätigkeit natürlich nicht.

Aber der Antrag ist mit Recht gestellt worden, und ich lasse auch ganz objektiv darüber abstimmen. Wer stimmt dem Antrag zu, daß sich einige, mindestens die neuen Kandidaten vorstellen? Ich bitte um das Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe! – Das war nicht eindeutig.

(Unruhe)

Wir wollen das ganz korrekt machen. Es war nicht zu übersehen, und deswegen schlage ich vor, daß wir jetzt durch Aufstehen abstimmen. Ich darf also noch einmal fragen: Wer ist dafür, daß eine Vorstellung erfolgt? Ich bitte Sie, aufzustehen und die Stimmkarte hochzuhalten. – Danke. Ich bitte um die Gegenprobe. – Wir sind uns im Präsidium darüber einig, daß das Letztere eindeutig die Mehrheit war. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Jetzt frage ich erneut: Haben alle, die wahlberechtigt sind, einen Stimmzettel?

(Zurufe: Nein!)

– Wo fehlen noch Stimmzettel? – Im Landesverband Nordrhein-Westfalen. Ich wäre dankbar, wenn die Geschäftsführung das jetzt ändern würde.

Ich darf noch einmal fragen: Wer hat noch keinen Stimmzettel? – Es muß doch möglich sein, den drei Damen und Herren aus Nordrhein-Westfalen noch einen Stimmzettel zu vermitteln. – Gehe ich jetzt richtig in der Annahme, daß inzwischen alle über einen Stimmzettel verfügen?

Damit rufe ich Tagesordnungspunkt 13.5 auf:

### Wahl der 20 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes

Da Ihnen diese Stimmzettel vorliegen, bitte ich, damit einverstanden zu sein, daß wir uns darauf verständigen, diese Namen nicht noch einmal vorzulesen. – Ich eröffne den Wahlgang zur Wahl der weiteren 20 Mitglieder des Bundesvorstandes mit der Bitte, Ihren Wahlzettel in den Kabinen abzugeben. – Auf dem Stimmzettel selbst finden Sie im übrigen den Hinweis, daß mindestens 15, höchstens 20 Kandidaten angekreuzt werden müssen. Sonst ist der Stimmzettel ungültig. – Darf ich noch einmal fragen: Ist noch jemand anwesend, der seinen Stimmzettel nicht abgegeben hat? – Ich höre keinen Widerspruch. Deshalb schließe ich den Wahlgang.

Meine Damen und Herren, die Bekanntgabe der Wahlergebnisse erfolgt morgen früh zu Beginn der Plenarsitzung um 9.30 Uhr. Sollte eine Stichwahl erforderlich sein, werden wir sie morgen früh durchführen.

Die meisten sind schon auf dem Wege ins Festzelt gegenüber. Ich darf Sie trotzdem noch einmal herzlich einladen, nun zum Bremer Abend zu gehen.

Ich schließe die zweite Plenarsitzung und berufe die dritte Plenarsitzung auf morgen, 9.30 Uhr ein.

(Schluß: 22.27 Uhr)

**Dienstag, 12. September 1989**

3. Plenarsitzung

Beginn 9.44 Uhr

**Rudi Geil**, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich eröffne die 3. Plenarsitzung und heiße Sie heute morgen alle herzlich willkommen. Ich hoffe, Sie sind trotz des Bremer Abends ausgeruht. Wenn ich mir die Anwesenheit im Saal anschau, habe ich den Eindruck, daß sich noch einige auf der Tanzfläche im Zelt befinden. Vielleicht kann einer von den Ordnern hinüberschauen, um die Delegierten hierher zu holen und sie darauf hinzuweisen, daß wir die Plenardebatte fortsetzen wollen.

Meine verehrten Freunde! Verehrte Gäste! Ich möchte zu Beginn dieser 3. Plenarsitzung Bernd Neumann und dem Landesverband Bremen für den Bremer Abend sehr herzlich Dank sagen.

(Beifall)

Lieber Bernd Neumann, wir danken Ihnen und Ihrem Landesverband, allen, die gestern mitgearbeitet, mitgeholfen haben, für diesen ausgezeichneten und schönen Abend. Wir danken für die Bewirtung. Wir danken für die ausgezeichneten Darbietungen, insbesondere dem Tanzpaar Beer für den Formationstanz, den sie uns präsentiert haben. Ich glaube, meine verehrten Freunde, ich darf sagen: Es war für uns alle ein Erlebnis. Wir denken sehr gerne an diesen Abend hier in Bremen und an Ihren Landesverband zurück. Herzlichen Dank, Bernd Neumann! Herzlichen Dank, verehrte Freunde aus Bremen!

(Beifall)

Meine verehrten Damen und Herren! Vor Eintritt in die Tagesordnung muß ich ein Ergebnis berichtigen. Das Ergebnis der Wahl des Bundesschatzmeisters ist durch einen Übermittlungsfehler falsch wiedergegeben worden. Ich darf das Ergebnis zur Wahl des Bundesschatzmeisters jetzt endgültig bekanntgeben. Wir hatten 599 abgegebene Stimmen, 1 ungültige Stimme, 57 Enthaltungen, 541 gültige Stimmen. Die erforderliche Mehrheit beträgt 300 Stimmen. Auf Walther Leisler Kiep entfielen 397 Stimmen. Mit Nein haben 144 votiert. Herr Kiep, ich frage Sie: Nehmen Sie die Wahl an?

(Walther Leisler Kiep: Ich nehme die Wahl an!)

– Schönen Dank, alles Gutes und viel Erfolg bei der Sanierung unserer Parteifinanzen.

(Beifall)

Meine verehrten Damen und Herren, ich gebe jetzt das Ergebnis der Wahl der 20 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes bekannt. Abgegebene Stimmen: 715, ungültige Stimmen: 4, Enthaltungen: keine, gültige Stimmen: 711. Die erforderliche Mehrheit beträgt 356 Stimmen. Es erhielten Professor Biedenkopf 401 Stimmen, Christoph Böhr 401, Birgit Breuel 560, Eberhard Diepgen 648,

(Vereinzelt Beifall)

Ulf Fink 370, Leni Fischer 445, Wilfried Hasselmann 547, Renate Hellwig 510, Hanna-Renate Laurien 628,

(Vereinzelt Beifall)

Elmar Pieroth 460, Barbara Schäfer 507, Wolfgang Schäuble 660, Stefan Schwarz 289, Christian Schwarz-Schilling 449, Alexander Graf von Schwerin 397, Erwin Teufel 601, Klaus Töpfer 678,

(Vereinzelt Beifall)

Roswitha Verhülsdonk 469, Bernhard Vogel 586, Horst Waffenschmidt 512, Matthias Wissmann 472, Bernhard Worms 460.

Nach diesem Ergebnis sind in der Reihenfolge der Stimmen folgende Mitglieder in den Bundesvorstand gewählt: Professor Klaus Töpfer mit 678 Stimmen,

(Vereinzel Beifall)

Wolfgang Schäuble mit 660 Stimmen, Eberhard Diepgen mit 648 Stimmen, Hanna-Renate Laurien mit 628 Stimmen, Erwin Teufel mit 601 Stimmen, Bernhard Vogel mit 586 Stimmen, Birgit Breuel mit 560 Stimmen, Wilfried Hasselmann mit 547 Stimmen, Horst Waffenschmidt mit 512 Stimmen, Renate Hellwig mit 510 Stimmen, Barbara Schäfer mit 507 Stimmen, Matthias Wissmann mit 472 Stimmen, Roswitha Verhülsdonk mit 469 Stimmen, Elmar Pieroth mit 460 Stimmen, Bernhard Worms mit 460 Stimmen, Christian Schwarz-Schilling mit 449 Stimmen, Leni Fischer mit 445 Stimmen, Professor Kurt Biedenkopf mit 401 Stimmen, Christoph Böhr mit 401 Stimmen und Alexander Graf von Schwerin mit 397 Stimmen.

Nicht gewählt wurden Ulf Fink mit 370 Stimmen und Stefan Schwarz mit 289 Stimmen.

Ich möchte an dieser Stelle Ulf Fink sehr herzlich für seine Arbeit im bisherigen Bundesvorstand danken. Herzlichen Dank für die Mitarbeit, Ulf Fink.

(Beifall)

Meine verehrten Damen und Herren, ich gehe davon aus, daß alle Gewählten die Wahl annehmen.

Eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung: Herr Schwarz!

**Stefan Schwarz:** Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Schönen guten Morgen! Ich bin von guten Freunden ermuntert worden, hier hoch zu gehen. Andere gute Freunde haben gesagt: es ist taktisch unklug, was Du da machst.

Ich bin der Stefan Schwarz, der mit 289 Stimmen ganz unten steht. Ich hätte das alles ganz locker ertragen und ertrage es auch, was das Ergebnis angeht. Eines geht aber, glaube ich, nicht. Es geht nicht – ich habe das noch nie auf einer Veranstaltung erlebt –, daß Kandidaten noch nicht einmal die Chance haben, ein einziges Wort zu ihrer Person bei einer Vorstellung zu sagen; noch nie!

(Beifall)

Ich weiß auch, daß jetzt alle, die gewählt sind, zufrieden sind und daß es ein riskantes Unternehmen ist, hier hoch zu gehen. Nur – und das gehört zum aufrechten Gang, den ich mir angewöhnt habe –: Wir werden heute oder vielleicht morgen über die moderne Parteiarbeit in den 90er Jahren diskutieren.

Ich habe in der letzten Woche in einer anderen Angelegenheit, weil ich Landesvorsitzender einer Vereinigung bin, mit dem Bundesjustitiar der CDU über eine ähnliche Situation sprechen müssen. Er hat mir gesagt, daß eine Vorstandswahl aufgehoben wurde, weil per Mehrheitsentscheidung – wie gestern abend – eine Personaldebatte nicht stattgefunden hat.

Ich finde, es stünde uns gut an, wenn wir dies beachteten. Ich gehe dieses Risiko ein und weiß, daß mich einige dafür nicht mögen werden. Ich gehe aber davon aus, daß es eine Reihe Delegierte gibt, die dieses Delegiertenrecht auch für sich in Anspruch nehmen.

Ich weiß, daß mich jetzt einige nicht mögen, aber ich beantrage, daß wir diese Wahl mit Vorstellung der Kandidaten – es muß wenigstens die Chance gegeben sein – wiederholen.

(Vereinzel Beifall)

**Rudi Geil**, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich bin über das Begehren heute morgen vorinformiert worden. Wir haben die Geschäftsordnung daraufhin noch einmal durchgesehen und das nachgeprüft. Es gibt in unserer Geschäftsordnung keine Regelung über Wahlen und Vorstellungen. Insofern gilt die allgemeine Verfahrensregelung für Parteitage. Vor diesem Hintergrund ist der Parteitag in seiner Entscheidung, ob er eine Personalvorstellung wünscht oder ob er keine wünscht, souverän.

Der Parteitag hat gestern darüber mit Mehrheit, die nicht angefochten wurde, entschieden. Bernd Neumann, der als Tagungspräsident gestern abend die Sitzung leitete, hat darüber zweimal abstimmen lassen.

Ich könnte mir vorstellen, daß Stefan Schwarz eine Entscheidung des Parteigerichtes im Auge hat. Dieser Beschluß des Parteigerichtes bezieht sich allerdings auf einen anderen Fall. In diesem Fall ist befunden worden, daß jemand, der zu einem Kandidaten sprechen will, dazu auch das Wort bekommen muß. Das hat aber nichts mit der Vorstellung für eine Wahl zu einem Vorstand zu tun; das ist ein anderer Fall. Ich bitte um Verständnis, daß dieser Fall hier nicht vergleichsweise herangezogen werden kann.

Wir haben uns darüber heute morgen im Präsidium in einem größeren Kreis – nicht mit allen – abgestimmt, und wir sind der Auffassung, daß gestern über das Verfahren ordnungsgemäß befunden wurde. Der Parteitag hat entschieden, daß keine Vorstellung stattfinden soll, und dann ist in die Wahl eingetreten worden. Das Ergebnis habe ich soeben bekanntgegeben.

Gibt es dagegen Widerspruch, meine sehr verehrten Damen und Herren? – Dies ist nicht der Fall; dann ist so entschieden.

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 7 auf:

## Grußworte

Ich begrüße sehr herzlich in unserer Mitte den stellvertretenden Vorsitzenden der EVP, unserer Europäischen Volkspartei, Herrn Pierre Mehaignerie.

(Beifall)

Herr Pierre Mehaignerie ist Vorsitzender des CDS, unserer Schwesterpartei in Frankreich. Er ist gleichzeitig Fraktionsvorsitzender des CDS in der Nationalversammlung in Frankreich. Heute morgen ist er als stellvertretender Vorsitzender der EVP bei uns, und in dieser Eigenschaft wird er jetzt ein Grußwort sprechen. Bitte schön, Herr Mehaignerie, Sie haben das Wort.

**Pierre Mehaignerie** (mit Beifall begrüßt)

(Niederschrift auf der Grundlage der deutschen Übersetzung):

Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich bin hierher gekommen, um Ihnen im Namen von Jacques Santer, dem Vorsitzenden der Europäischen Volkspartei, die herzlichen Grüße aller europäischen Christdemokraten zu übermitteln. Ich möchte an diese Grüße gleichzeitig auch eine Hoffnung anschließen.

Ich möchte Ihnen diese Grüße übermitteln, weil ich weiß, daß die CDU zu den aktivsten Mitgliedern in unserer großen Familie christdemokratischer Parteien gehört, um nicht zu sagen: das aktivste Mitglied ist, und weil die Bundesrepublik auch im Zentrum unseres Interesses auf dem gemeinsamen Weg zu einem vereinten Europa steht.

(Beifall)

Unsere Hoffnung möchte ich dahingehend zum Ausdruck bringen, daß die CDU den kommenden Wahlkampf erfolgreich abschließen möge und daß dieser Wahlkampf vom Erfolg Bundeskanzler Dr. Kohls gekrönt sein möge; denn ein Erfolg des Bundeskanzlers ist für uns die beste Garantie dafür, daß die europäische Einigung in unserem Geiste weiterbetrieben wird.

(Beifall)

Aber wir hoffen auch auf die wirkliche Vereinigung Europas, auf den Aufbau eines solidarischen, integrierten Europas; denn Solidarität und Integration sind eine Vorbedingung für die Annäherung der beiden Teile Europas.

In Frankreich, in der Bundesrepublik und in allen anderen europäischen Ländern hoffen wir, daß sich die Entwicklung, die wir in Osteuropa beobachten, fortsetzen wird. Die öffentliche Meinung in meinem Land ist zu der Überzeugung gekommen, daß wir nicht länger bloß zusehen dürfen, sondern daß nun die Zeit gekommen ist, aktiv an diesem Prozeß mitzuwirken und gleichermaßen humanitäre, aber auch materielle und finanzielle Hilfe zu gewähren.

(Beifall)

Wir hoffen jedoch auch, daß es uns gelingen wird, in einem geeinten Europa unseren Werten, unseren Idealen und unserer Philosophie zum Durchbruch zu verhelfen, d. h. ein starkes Zentrum zu begründen. Vor diesem Hintergrund und in diesem Sinne möchte ich noch einmal Herrn Bundeskanzler Dr. Kohl viel Glück für den kommenden Wahlkampf wünschen. (Auf deutsch) Viel Glück und viel Erfolg.

(Beifall)

**Rudi Geil**, Tagungspräsidium: Pierre Mahaignerie, wir danken Ihnen für Ihr Grußwort. Wir wünschen Ihnen für Ihre Arbeit in Ihrer Partei, unserer Schwesterpartei, ebensoviel Erfolg, ebensoviel Glück. Wir hoffen, daß Sie in der Nationalversammlung erfolgreich für Frankreich arbeiten. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 8.3 auf:

### Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Alfred Dregger MdB

Ich erteile das Wort dem Fraktionsvorsitzenden, unserem Freund Dr. Alfred Dregger.

**Dr. Alfred Dregger** (mit Beifall begrüßt): Verehrte Gäste! Liebe Freunde! Meine Damen und Herren! Nach den gestrigen Wahlen beglückwünsche ich im Namen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion alle Gewählten auf das herzlichste, insbesondere Ihnen und unseren wichtigsten Mann, den Vorsitzenden der CDU und Kanzler der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall)

Die Bundestagsfraktion hat in ihrer ersten Sitzung nach der Sommerpause am 31. August 1989 die Entscheidung des Parteitages in ihrer Weise vorweggenommen. Sie hat meine damalige Feststellung, wir gehen 1990 mit Helmut Kohl in die Bundestagswahl, und wir werden mit ihm gewinnen, mit demonstrativen Beifall beantwortet. Der Parteitag hat dieses Votum der Fraktion bestätigt.

Wichtiger noch als wir, als die Bundestagsabgeordneten und die Parteitagsdelegierten, sind die Hunderttausende unserer Mitglieder und die Millionen unserer Wähler. Sie haben in den letzten Jahren nicht selten gelitten und manchmal an uns gezweifelt. Unsere Mitglieder und Anhänger konnten nicht überprüfen, ob negative Berichte und Kommentare über uns berechtigt waren oder nicht. Durch innerparteiliche Konflikte im Führungskreis konnten sie jedenfalls nicht ermutigt werden.

Jetzt, mit diesen Wahlen gilt es einen Neuanfang zu machen.

(Zustimmung)

Meine Glückwünsche an die gewählten Mitglieder des Präsidiums und des Vorstandes der CDU sind daher mit dem Aufruf verknüpft, den Dienst an der Partei sowie das Vertrauen und die Zustimmung von Mitgliedern und Anhängern zur Richtschnur des eigenen Verhaltens zu machen.

Nun zum Bericht: Die Bundestagsfraktion ist keine CDU-Fraktion. Sie ist eine CDU/CSU-Fraktion. Sie ist, wie Konrad Adenauer es einmal formuliert hat, ein „die Einheit der Union verkörperndes Organ“. Das war sie immer, und das muß sie bleiben.

Diese Kombination – zwei Parteien und eine Fraktion – wirft natürlich Probleme auf. Die CDU ist souverän, die CSU ist souverän. Beide fassen ihre Beschlüsse in Eigenverantwortung. Es ist Aufgabe der Fraktion, insbesondere ihres Vorsitzenden, diese manchmal unterschiedlichen Wünsche, Willensbildungen und Beschlüsse beider Parteien aufzunehmen und zusammenzuführen.

Ich habe den Eindruck und manchmal die Sorge, daß diese Grundbedingungen einer fruchtbaren parlamentarischen Zusammenarbeit innerhalb der Union nicht immer erkannt werden. Wenn wir es in den sieben hinter uns liegenden Jahren trotzdem immer wieder geschafft haben, dann gebührt das Verdienst neben Helmut Kohl unseren ersten Parlamentarischen Geschäftsführern, zunächst Wolfgang Schäuble, dann Rudi Seiters, jetzt Fritz Bohl, vor allem aber auch den Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe, die zugleich meine ersten Stellvertreter im Fraktionsvorsitz sind. Über Jahre hinweg war es Theo Waigel, der heute nachmittag als Parteivorsitzender der CSU ein Grußwort an den Parteitag richten wird; jetzt ist es Wolfgang Bötsch. Beiden Freunden und Kollegen danke ich vor den Delegierten der CDU Deutschlands für Loyalität und Zusammenarbeit.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, CDU und CSU sind Schwesterparteien, und solange es eine gemeinsame Bundestagsfraktion gibt, sind sie eine politische Einheit.

Das kann von unserem Koalitionspartner FDP natürlich nicht gesagt werden. Die Zusammenarbeit mit der FDP ist auf manchen Feldern nicht einfach. Das gilt insbesondere für das Asylrecht, dessen massenhafter Mißbrauch beendet werden muß,

(Vereinzelt Beifall)

und für das Ausländerrecht, das nur insoweit gleiche Rechte gewähren kann, wie auch gleiche Pflichten übernommen werden. Noch schwieriger ist die Verabschie-

dung des Beratungsgesetzes, bei dem es um den Schutz des ungeborenen Menschenlebens geht, ein Anliegen, das uns besonders am Herzen liegt. Wir, die CDU/CSU, tun das uns Mögliche, um dieses Gesetz noch in dieser Legislaturperiode zur Verabschiedung zu bringen.

Meine Damen und Herren, daß es Meinungsverschiedenheiten und Konfliktpunkte in einer Koalition gibt, gehört zu ihrem Wesen. Entscheidend ist die Art und Weise, wie die Partner in der Koalition miteinander umgehen. Ich glaube, daß wir uns in dieser Hinsicht gegenseitig ein gutes Zeugnis ausstellen können. Die Zusammenarbeit in der nächsten Legislaturperiode fortzusetzen liegt im Interesse unseres Landes, wenn die Wähler dafür die Voraussetzungen schaffen. Meinem Kollegen Wolfgang Mischnick, dem Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion, danke ich für seinen wichtigen Beitrag.

Meine Damen und Herren, mit unserem Bremer Parteitag biegen wir in die Zielgerade zur Bundestagswahl 1990 ein. Es ist noch zu früh für den Endspurt, aber wir haben Anlaß, unsere Leistungen auf der bisher zurückgelegten Strecke zu prüfen. Im Spiegel von Demoskopen, Demagogen, Pessimisten oder Phantasten mag das Feld der Konkurrenten dicht geschlossen und in günstiger Position liegen. Nach den objektiven Leistungen dieser Koalition, dieser Fraktion und damit auch dieser Partei, der CDU Deutschlands, liegen wir vorne, weit vorne! Objektive Wirklichkeit und das für Wahlen entscheidende subjektive Bild der Wirklichkeit in Übereinstimmung zu bringen, das ist die zukunftsentscheidende Aufgabe der nächsten 15 Monate. Die alte Volksweisheit „Tue Gutes und rede davon“ gilt auch für die Politik.

(Vereinzelt Beifall)

Ich habe den Eindruck, daß wir allzuoft allzu zaghaft waren, nach unseren guten Taten auch gut darüber zu reden. Vielleicht war das in den letzten Jahren auch deshalb schwerer, weil wir auch wegen der weitgehenden Untätigkeit unserer sozialdemokratischen Vorgängerregierungen ein riesiges Reformprogramm verwirklichen mußten. Es war schon vorher klar, daß das in vielen Details auf den Widerstand der Interessenten, der Medien und der Opposition stoßen würde. Jetzt aber, meine Freunde, werden die Erfolge der Reformen sichtbar. Das gilt für die Gesundheitsstrukturreform genauso wie für die Steuerreform, deren größte Entlastungsstufe in wenigen Monaten in Kraft tritt. Eine Fülle von angstmachenden Voraussagen der Kritiker wird Schritt für Schritt durch die Wirklichkeit widerlegt. Jetzt müssen wir nachfassen, in die Offensive gehen, denn eine Automatik zu unseren Gunsten wird es natürlich nicht geben.

Es ist doch unverkennbar, daß die Sozialdemokraten und ihre medialen Helfer versuchen, uns mit einem doppelten Schweigegebot zu belegen. Unsere großen Leistungen sollen ebenso verschwiegen werden wie die Mißerfolge der SPD in der Zeit ihrer Regierungsverantwortung vor 1982 und ihre völlige Konzeptionslosigkeit in der Gegenwart. Die Haushaltsdebatte der letzten Woche hat das wieder sichtbar gemacht. Meine Damen und Herren, diese Schweigezumutung müssen wir zurückweisen. So wie wir sie im Bundestag durchbrechen, sollten wir es auch vor diesem Parteitag, vor unseren Anhängern, vor Mitgliedern und Delegierten tun.

Meine Freunde, die Politik der von uns gestellten Bundesregierung ist nicht nur erfolgreich – sie ist ganz ungewöhnlich erfolgreich. Es ist die erfolgreichste Regierung in Europa.

(Beifall)

Sie ist sozial erfolgreich, wirtschaftlich erfolgreich, gesellschaftlich erfolgreich und international erfolgreich! Das hat auch etwas mit der Person des für diese Politik letztlich verantwortlichen Mannes, nämlich des Kanzlers, zu tun.

(Beifall)

Ich bin nun über sieben Jahre Vorsitzender der gemeinsamen Fraktion, und ich weiß, wovon ich spreche: Helmut Kohl ist ein starker Kanzler, er ist auch ein starker Parteivorsitzender. Er läßt seinen Mitstreitern in Regierung und Partei durchaus Gestaltungsspielraum. Aber das, was er nach sorgfältiger Überlegung für notwendig hält, das setzt er auch durch – darauf können Sie sich verlassen –:

(Beifall)

nicht als großer Zampano, der mit den Muskeln spielt, nicht als Held des Schauspiels, sondern als ein Mann, für den die Maximen „Pflichterfüllung“ und „Mehr sein als scheinen“ gelebte Wirklichkeit sind.

Auch ein kritischer Beobachter muß anerkennen: Helmut Kohl hat in seiner Regierungszeit keinen schwerwiegenden Fehler gemacht; dafür aber Erfolge errungen wie keiner seiner Vorgänger. Meine Damen und Herren, einem solchen Mann kann das Schicksal unseres Landes auch in einer Zeit des Wandels mit all seinen Chancen, aber auch Risiken unbesorgt anvertraut werden.

Meine Damen und Herren, ich weiß, es gibt besorgte Strategen, die sagen: Eine Partei wird nicht wegen ihrer Leistungen in der Vergangenheit, sondern wegen der Hoffnungen und der Erwartungen für die Zukunft gewählt. Daran ist gewiß etwas Richtiges. Aber: Welchen besseren Beweis für unsere Leistungsfähigkeit in der Zukunft gibt es als unsere Leistungen heute und in der Vergangenheit? Diejenigen, die sie erbracht haben, verdienen mehr Vertrauen als diejenigen, die mit ihren Schreckensprognosen ständig widerlegt worden sind. Auch das müssen wir, meine Damen und Herren, zum Thema des Wahlkampfes machen.

(Beifall)

Wenn wir nicht gewöhnen, dann würde das rot-alternative Bündnis über Deutschland herrschen. Was wäre von ihm zu erwarten? Das bisherige Verhalten – zunächst in Hessen, jetzt in Berlin –, vor allem aber die Programmatik dieses Kombinars gibt die Antwort: Ausstieg aus der Technik, Abstieg der Wirtschaft, Zerrüttung der Staatsfinanzen, Lähmung der Polizei, unbegrenzte Aufnahme von Ausländern und Leuten, die das Asylrecht mißbrauchen, und Gefährdung der Atlantischen Allianz.

Die Weisheit der SPD in der Innenpolitik erschöpft sich darin, Steuererhöhungen zu fordern. Die SPD steht damit in einer verhängnisvollen Tradition. Sie war schon immer eine Steuererhöhungspartei. Sie will diesem Ruf nach einem eventuellen Wahlsieg 1990 treu bleiben. Käme sie 1990 in die Regierungsverantwortung, stünde eine Erhöhung der Energiesteuern um 30 bis 40 Milliarden DM auf dem Regierungsprogramm. Die Belastung für Verbraucher und Unternehmen würde verdoppelt. Insbesondere den Autofahrern würde es mit einer drastischen Erhöhung des Benzinpreises ans Leder gehen.

Selbst für den ehemaligen SPD-Wirtschaftsminister Schiller ist klar: Mit diesem SPD-Programm werde nur ein Umbau verwirklicht – ich zitiere ihn –, „nämlich der hin zu mehr Steuern“. Das gesamte Programm, sagt Schiller, sei „nicht ausreichend durchdacht und unausgegoren“. Es nenne keine konkreten Zahlen, eine Orientierung sei kaum möglich.

Auch der ehemalige SPD-Finanzminister Apel hält die Vorschläge seiner Partei für „so nicht finanzierbar“. Die Pläne der SPD richteten sich, so Apel – ich zitiere ihn –, „gegen den kleinen Mann“.

Das zweite, was die SPD kennzeichnet, ist ein übles Spiel mit den Links- und Rechtsauslegern in der deutschen Politik.

Ihre klammheimliche Freude über das Anwachsen der Republikaner wurde in der Sommerpause enttarnt. Die SPD-Strategiepapiere zu den Republikanern besagen: je stärker die Rechtsradikalen, desto schwächer die Union, desto besser für die SPD. Ganz entscheidend ist – gerade auch für die Diskussion innerhalb der Unionsparteien – die Tatsache, daß die SPD Linksradikale und Rechtsradikale völlig unterschiedlich behandelt.

Die Rechtsausleger sollen auf Kosten der CDU gestärkt und ihre Wähler zugleich diskriminiert werden, um sie aus dem Spiel der Kräfte auszuschalten. Die Linksausleger, die Grün-Alternativen, sollen dagegen durch Koalitionen auf kommunaler und Landesebene legitimiert und in die Lage versetzt werden, der SPD auf Bundesebene zu einer Mehrheit zu verhelfen.

Man kann das in einem Satz zusammenfassen: Mit den Rechtsextremen taktieren und mit den Linksextremen koalieren, das ist die heuchlerische Strategie der SPD!

(Beifall)

Ein rot-grünes Bündnis in Bonn, das sicherlich bedeutsamer wäre als ein rot-grünes Bündnis auf Landes- oder kommunaler Ebene, würde uns technisch, ökonomisch und sozial zurückwerfen. Mancher wird sich damit trösten, daß ein solches Unglück ja revidierbar sei, daß die Union das in einer erneuten Regierungsperiode wieder in Ordnung bringen könne, wie es ihr nach 1982 ja auch gelungen sei. Wer so denkt, meine Damen und Herren, betrachtet Politik als Spiel und nicht als verantwortliche Gestaltung der Lebensverhältnisse unseres Volkes!

Im übrigen: Der Wettbewerb der Industrienationen wird härter. In Asien treten Konkurrenten an, die uns aus unserem Wohlstandsschlaf heraufstreifen könnten. Wenn wir das nicht rechtzeitig merken und uns nicht darauf einstellen oder gar eine grün-rote Philosophie verwirklichten, dann werden wir später nicht mehr auf den Zug der modernen Industrienationen des 21. Jahrhunderts springen können.

Noch schlimmer wäre ein rot-grünes Bündnis im Hinblick auf die neuen Herausforderungen in Deutschland, Europa und der Welt.

Partnerschaft in einer Führungsrolle der Allianz erwartet der neue amerikanische Präsident Bush von der Bundesrepublik Deutschland. Wie sollte eine grün-rote Regierung diese Aufgabe, Partnerschaft in einer Führungsrolle der Allianz, wahrnehmen?

Heute begrüßen alle die faszinierende Entwicklung in der Sowjetunion, in Ungarn und in Polen. Aber: Ohne unsere Politik der Festigkeit und Beständigkeit, ohne unser Festhalten an der Bündnissolidarität in der Nachrüstungsfrage und ohne unser Festhalten auch an der Offenheit der deutschen Frage wäre es nicht dazu gekommen.

(Beifall)

Jetzt bieten sich neue Chancen für eine gesamteuropäische Friedensordnung. Was würde daraus werden bei den rot-grünen Politik-Harlekinen, die auf die Freiheit und Einheit Deutschlands in einem Augenblick verzichten wollen, in dem sich erstmals eine echte Chance für mehr Freiheit und mehr Selbstbestimmung bietet?

Meine Damen und Herren, SPD und GRÜNE haben sich jahrzehntelang an die Seite der Unterdrückter gestellt. Wir stellen uns an die Seite der Unterdrückten.

(Beifall)

Wir fordern für unsere Landsleute in der DDR das, was sie selbst fordern, nämlich Freiheit. Freiheit steht jedem Menschen zu, auch den Menschen, die von den Kommunisten unterdrückt werden. Zur Freiheit gehören auch freie Wahlen – freie Wahlen, wie sie jetzt in Ungarn stattfinden.

(Beifall)

Vier Jahrzehnte sind seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland vergangen. Die Weimarer Republik, die erste deutsche Demokratie, hat nur 14 Jahre Bestand gehabt. 40 Jahre Bundesrepublik Deutschland – das sind 40 Jahre in Frieden und Freiheit, in Stabilität und Wohlstand. Diese Bundesrepublik Deutschland ist vor allem unser Werk, das Werk der Christlich Demokratischen Union. Wir haben es nicht allein geschaffen, aber wir haben die entscheidenden Weichen gestellt.

Es sind zwei große Entscheidungen, die vor 40 Jahren den Wiederaufstieg unseres Landes aus Trümmern und Not möglich gemacht haben: erstens die Entscheidung für den Westen und zweitens die Entscheidung für die Soziale Marktwirtschaft.

Die Namen zweier großer Unionspolitiker stehen für diese historischen Entscheidungen. Konrad Adenauer steht für die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die Gemeinschaft der freien Völker des Westens, in die NATO und in die Europäische Gemeinschaft. Gesamtdeutsch hat er dafür nichts aufgegeben. Der Versuch des Professor Kaiser aus Bonn, Adenauer das Gegenteil zu unterstellen, hat sich als unseriöser Flop herausgestellt.

(Beifall)

Auch wir, die wir jetzt in der Verantwortung stehen, werden nie Pflichten verletzen, die wir für das Deutschland jenseits der Teilungsgrenze, also für das gemeinsame Vaterland zu erfüllen haben. Wir stehen in der Tradition Adenauers.

(Beifall)

Was Konrad Adenauer für die Außen- und Sicherheitspolitik bedeutet, bedeutet Ludwig Erhard für die Wirtschaftspolitik. Ludwig Erhard hat der schöpferischen Kraft der Freiheit auch in der Wirtschaft den Weg geebnet und unseren fleißigen Bürgern einen Lebensstandard ermöglicht, der zu den höchsten der Welt zählt. Wir, die Union, haben diese Grundentscheidungen, nämlich Westbindung in gesamtdeutscher und gesamteuropäischer Verantwortung – ich betone dabei insbesondere: in gesamtdeutscher und gesamteuropäischer Verantwortung – und Soziale Marktwirtschaft – auch hier füge ich etwas hinzu: Soziale Marktwirtschaft als Instrument der Wohlfahrt des ganzen Volkes –, einst gegen den erbitterten Widerstand der SPD durchsetzen müssen. Wir haben jetzt dafür zu sorgen, daß weder an der einen noch an der anderen Grundentscheidung gerüttelt wird, daß sie lebendige Wirklichkeit unseres Gemeinwesens bleiben.

Angesichts einer SPD, die „rot-grün“ zu ihrer Zukunftsperspektive gemacht hat, ist das eine sehr aktuelle Aufgabe. Es ist unser wichtigster Auftrag, insbesondere 1990 bei der Bundestagswahl, die die Weichen der Politik bis in das nächste Jahrhundert stellen wird.

Zur Vorbereitung des Wahlsieges gehört auch, daß wir uns als das darstellen, was wir sind. Wir sind die große deutsche Volkspartei, die auf der Grundlage des christlichen

Menschenbildes das soziale, das liberale und das konservativ-nationale Element miteinander verbindet. Dieser Zusammenklang begründet unsere Identität, unterscheidet uns von unseren politischen Gegnern und macht uns mehrheitsfähig. Die Konturen unseres Gesamtprofils – auf diese kommt es an – müssen vor allem in zwei Bereichen wieder schärfer werden: im sozialen Bereich und im nationalen Bereich.

(Vereinzelt Beifall)

Zum sozialen Bereich: Die Union ist – wir wissen es – als Partei des kleinen Mannes groß geworden. Das sind wir bis heute geblieben, und wir wollen es bleiben, allerdings nicht durch einen sozialpolitischen Alleinvertretungsanspruch, wie die Sozialdemokraten ihn zu Unrecht erheben. Wir sind die Partei des kleinen Mannes durch praktische Politik. *Unsere Bilanz ist nach sieben Jahren Helmut Kohl auch jetzt wieder hervorragend, gerade für den kleinen Mann. Ich nenne in diesem Zusammenhang nur Stichworte – die Zahlen und Daten haben Sie im Kopf –: Wirtschaftswachstum, Geldwertstabilität, steigende Realeinkommen für Arbeitnehmer und Rentner, weit über eine Million zusätzliche Arbeitsplätze, erheblich verbesserte Sozialleistungen und vor allem mehr Leistungen für Kinder, Mütter und Familien.*

*Wir, der freie Staat der Deutschen, sind heute nicht nur ökonomisch Spitze, sondern auch sozial. Beides gehört zusammen. Wirtschaft ist nicht Selbstzweck. Sie ist die Grundlage für die Selbständigkeit und das Freiheitsgefühl der schaffenden Menschen. Sie ist auch Grundlage einer fortschrittlichen Sozialpolitik.*

Die SPD hat unseren Erfolgen nur Unwahrheiten, unrealistische Pläne und Neidpropaganda entgegensetzen. Damit wird sie keinen Erfolg haben. Unsere Mitbürger wissen Handwerker, die solide arbeiten, und Mundwerker, die nur Sprüche klopfen, voneinander zu unterscheiden.

(Beifall)

Unsere Mitbürger können ihren Lebensstandard auf Urlaubsreisen mit dem unserer Nachbarvölker vergleichen. Wir müssen das allerdings ins Bewußtsein heben, damit es am Wahltag nicht vergessen wird.

Was die nationale Kontur unseres Gesamtprofils angeht, so ist dreierlei notwendig. Erstens dürfen wir nicht den Eindruck erwecken, Europa sei ein Ersatz für Deutschland.

(Beifall)

Europa ist weder ein Ersatz für Frankreich noch für Italien noch für Großbritannien noch für Deutschland. Auch die Europäische Union, die wir anstreben, wird kein Schmelztiegel sein, in dem die nationalen Kulturen der Franzosen, der Deutschen, der Italiener, der Briten und der anderen verschwinden. Letzteres wäre ein Unglück und ein Verlust für die Welt. Nein, Europa wird ein Bund von Nationen sein, deren Vielfalt der Reichtum Europas bleiben wird.

Eine zweite Feststellung. Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwandererland. Das muß auch in der Praxis deutlich zum Ausdruck kommen. Es geht darum, eine gerechte und wirksame Regelung für die Asylbewerber einzuführen, die denjenigen Aufenthalt gewährt, die wirklich verfolgt werden, die die anderen aber wieder abschiebt.

(Beifall)

Bis jetzt hat sich unser Staat als unfähig erwiesen, eine solche Regelung zu treffen. Das verbittert viele Wähler – mit Recht übrigens.

Die dritte Feststellung. Die deutsche Geschichte umfaßt 1200 Jahre. Sie darf nicht willkürlich auf die 12 braunen Jahre der Diktatur verkürzt werden.

(Beifall)

Uns gegen diese Art von Vergangenheitsbewältigung zur Wehr zu setzen, ist eine Zukunftsaufgabe, die wir erfüllen müssen, wenn wir als Nation – und ich nehme jetzt ein Wort von Eugen Gerstenmaier auf – geschichtsfähig bleiben wollen. Wir Deutsche haben Anlaß, auf unser Land auch stolz zu sein, und das müssen wir nicht nur denken, das müssen wir auch sagen.

(Beifall)

Sozial, liberal und konservativ-national, das sind Teilwahrheiten, die durch Verabsolutierung zu Unwahrheiten werden, zu Sozialismus, Liberalismus oder Nationalismus. Das wollen wir nicht. Aber für eine vernünftige Gesamtpolitik ist jedes dieser drei Elemente erforderlich. Deshalb fassen wir sie zusammen auf der Grundlage des christlichen Verständnisses von Menschen.

Eine Mahnung möchte ich damit verbinden. Es wäre falsch, wenn vor allem im Führungspersonal der Partei der eine von uns nur für das eine und der andere nur für das andere stünde. Jeder von uns steht für das Ganze.

(Beifall)

Wir sind mehr als eine Sammelpartei, wir sind alle christliche Demokraten, und als christliche Demokraten machen wir soziale und liberale, aber auch konservative und nationale Politik.

(Beifall)

Das, meine Freunde, hat uns in der Vergangenheit stark gemacht, das hat uns sogar, im Bund allerdings nur einmal, absolute Mehrheiten ermöglicht, auf die zu verzichten auch für die Zukunft ich nicht bereit bin. Wenn eine Partei von vornherein auf eine absolute Mehrheit verzichtet, dann ist sie in meinen Augen nur eine halbe Partei.

(Beifall)

Dieses Gesamtprofil hat es auch verhindert, daß die Mitte ausfranst und von rechts her geschwächt wird, was nicht passieren darf. Ich bin optimistisch, was die kommenden Monate angeht. Die letzten Wochen mit ihren Konflikten haben uns nicht geschwächt. Sie zu klären war notwendig. Jetzt wird es wieder aufwärts gehen, wenn wir alle zusammenhalten und jeder, der ein Amt hat, weiß, daß er das Amt nicht zu seiner Profilierung erhalten hat, sondern um einen Dienst für die Union und für Deutschland zu leisten.

(Beifall)

Dann werden wir bei der Bundestagswahl 1990 gewinnen und auch schon, wie ich hoffe, bei den vorausgehenden Kommunal- und Landtagswahlen, die ebenfalls außerordentlich wichtig sind. Das zu erreichen, meine Freunde, ist unser Ziel, und es zu erreichen, ist auch unsere Pflicht. Es liegt im Interesse unseres Landes.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Rudi Geil**, Tagungspräsidium: Sehr geehrter lieber Herr Dr. Dregger, der Parteitag dankt Ihnen für Ihren Bericht. Er dankt vor allem für Ihre Arbeit, für Ihren Dienst, den Sie in und mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für unsere Partei und für unsere Bevölkerung leisten. Sie stehen mit Ihrer Person und mit Ihrer Führung auch für die Zusammenarbeit für die Union, Sie stehen für Zusammenarbeit mit CDU und CSU. Wir wissen, daß wir nur mit dieser Zusammenarbeit erfolgreich sein werden. Herzlichen Dank! Viel Erfolg für Sie persönlich, aber auch für die gesamte Bundestagsfraktion.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Bundestagspräsidentin Süssmuth hat gestern angekündigt, daß Frauen der Frauunion im Saal herumgehen und um Spenden für Aussiedler bitten werden. Ich möchte Ihnen ankündigen, daß sich die Damen jetzt zu Ihren Tischen bewegen werden. Ich bitte Sie, mit Ihrer Spendenfreudigkeit nicht allzu zaghaft zu sein. – Herzlichen Dank.

Wir fahren in der Tagesordnung fort. Ich rufe Tagesordnungspunkt 8.4 auf:

### Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP

Ich erteile das Wort unserem Freund Professor Dr. Günter Rinsche.

(Beifall)

**Prof. Dr. Günter Rinsche:** Herr Präsident! Herr Bundesvorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Am 18. Juni 1989 beteiligten sich 28,5 Millionen Deutsche an der dritten Direktwahl zum Europäischen Parlament. Mit 62,4 % lag die Wahlbeteiligung um rund 10 % höher, als in einigen Prognosen vorausgesagt, und um 6 % höher als bei der Europawahl 1984. Trotz erheblicher Verluste blieb die CDU/CSU entgegen allen pessimistischen Erwartungen mit 37,8 % stärkste Partei.

Die 32 Abgeordneten der CDU/CSU im dritten direkt gewählten Europäischen Parlament werden diese Stimmenverluste weder verdrängen noch bagatellisieren. Wir werden aber auch keine Zeit und Energie verschwenden, um die Probleme von gestern zu lösen. Wir brauchen Kraft und Kreativität, um die faszinierenden Chancen der Europäischen Gemeinschaft zu nutzen und unsere großen Aufgaben für die Gestaltung der Zukunft zu erfüllen.

Meine Damen und Herren, die große Aufgabe für die Gestaltung der Zukunft, das ist die dauerhafte Vereinigung und Wiedervereinigung Europas in Frieden und Freiheit. Nach einer Phase der Stagnation und Selbstblockade europäischer Politik in den 70er Jahren ist seit Amtsantritt der Regierung Helmut Kohl im Jahre 1982 eine neue Dynamik der Europapolitik in Gang gesetzt worden. Mit einer Vielzahl von Impulsen und Initiativen haben das Europäische Parlament, der Europäische Rat, der Ministerrat und die EG-Kommission die Europäische Gemeinschaft vorangebracht. Die positiven Ergebnisse dieser erfolgreichen Politik sind greifbar. An erster Stelle sind hier die Ausstrahlung und die Anziehungskraft freiheitlicher Politik zu nennen. Ohne diese in der Europäischen Gemeinschaft verkörperten Kraft, die aus dem Dreiklang Freiheit, Ordnung, Menschenwürde entsteht, wären die erregenden Ereignisse und Entwicklungen in Ost-, Mittel- und Südosteuropa nicht denkbar. Es ist nicht zu

leugnen, daß auch die hohe sozialökonomische Effizienz der Europäischen Gemeinschaft einen beachtlichen Einfluß auf die Reformbewegungen im Ostblock ausübt. Die Fortschritte der europäischen Integration vergrößern die Anziehungskraft der Gemeinschaft, erweitern ihr Gravitationsfeld und stellen uns vor neue, historisch zu nennende Aufgaben und Herausforderungen.

Aber – so sagte Chesterton – „Fortschritt ist die Mutter von Problemen“. In einer Zeit, in der laut Schlagzeile einer englischen Zeitung Staaten Schlange stehen, um Mitglied der Gemeinschaft zu werden, in einer Zeit, in der die Wiedervereinigung Europas nicht so utopisch erscheint wie noch vor wenigen Jahren, in einer Zeit, in der die dominierende Kraft europäischer Werte und Kultur über temporäre Ideologien und Irrlehren hinweggeht, in einer solchen Zeitenwende erzeugt die Frage nach dem Ziel und dem Weg eine verwirrende Fülle von Antworten. Begriffe wie „gemeinsames Haus Europa“ oder „Festung Europa“ schaffen Unsicherheiten, wenn sie nicht klar durchdacht und definiert werden. Diskussionen über eine sogenannte Mitteleuropapolitik führen zu Mißverständnissen, auch bei unseren westlichen Nachbarn und Freunden. Das reizvolle Plädoyer für ein „vierstufiges“ Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten enthält mehr Fragen als Antworten.

So wichtig und fruchtbar diese Diskussionen sein können, so notwendig ist es, unseren Kurs zu halten und europapolitische Schlingerbewegungen zu vermeiden.

(Zustimmung)

Mit Recht hat Konrad Adenauer vor jeder Form von Schaukelpolitik gewarnt. Das Wort „gemeinsames Haus Europa“ stammt von Konrad Adenauer, nicht von Michail Gorbatschow. Aber im Unterschied zum sowjetischen Parteichef verband der erste Bundesvorsitzende der CDU den Begriff „gemeinsames Haus Europa“ untrennbar mit dem Begriff der Freiheit.

(Zustimmung)

Am 11. Juni 1961 sagte Konrad Adenauer auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier:

Unser Ziel ist, daß Europa einmal ein großes, gemeinsames Haus für alle Europäer wird, ein Haus der Freiheit.

(Beifall)

Für die Verwirklichung dieses Ziels arbeiten die CDU/CSU-Mitglieder im Europäischen Parlament. Wir wissen sehr wohl, daß diese Zielsetzung nur dann historisch erfolgreich sein kann, wenn sie Schritt für Schritt, mit Geduld und Zähigkeit verfolgt wird. Fortschritte kommen ins Stolpern, wenn der zweite und der dritte Schritt vor dem ersten getan werden. Daher kommt es wesentlich darauf an, die richtige Reihenfolge der Schritte und Maßnahmen einzuhalten und ohne Hast und Hektik, unbeeinflußt von den wechselnden Aufregungen des Tages, die gesetzten Ziele zu verwirklichen.

Leitschnur unseres Handelns im Europäischen Parlament ist das auf dem 36. Bundesparteitag der CDU 1988 in Wiesbaden einstimmig verabschiedete Programm „Unsere Verantwortung in der Welt“. Die für unsere Politik maßgeblichen Sätze lauten:

Die CDU will die Vereinigten Staaten von Europa. Auf dem Weg dorthin bleibt der Ausbau der Europäischen Gemeinschaft zu einer Europäischen Union die entscheidende Zukunftsaufgabe. Die Europäische Union muß eine politische Union, eine Sicherheitsunion und eine Wirtschafts- und Währungsunion umfassen.

(Zustimmung)

Meine Damen und Herren, dieses auf unserem letzten Bundesparteitag einstimmig verabschiedete Programm ist uns Verpflichtung und Auftrag.

Auf dem Gipfeltreffen der Europäischen Gemeinschaft im Februar 1988 in Brüssel wurden wichtige Weichen für die Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes gestellt. Dieser Durchbruch nach vorn – eine europaweit anerkannte historische Leistung des Ratspräsidenten, unseres Bundeskanzlers Helmut Kohl – hat eine neue Epoche europäischer Politik eröffnet.

(Beifall)

Namens aller Freunde im Europäischen Parlament möchte ich unserem Bundeskanzler Helmut Kohl sehr herzlich für diese großartige Leistung danken.

(Beifall)

Meine Freunde, die sozialökonomische Dynamik des Binnenmarktes ist heute unverzichtbar, unvermeidbar und unumkehrbar. Der Binnenmarkt enthält beachtliche Chancen deutscher und europäischer Zukunftssicherung, Chancen, die rechtzeitig erkannt und richtig genutzt werden müssen. Schon jetzt entfaltet die Konzeption des Binnenmarktes eine wohlstandssteigernde Eigendynamik, die z. B. in den Unternehmensinvestitionen und den Exporten der deutschen Wirtschaft zum Ausdruck kommt. So heißt es in der Konjunkturbilanz zur Jahresmitte 1989:

Der Supertreibstoff „EG 92“ hält den Konjunkturmotor weiter auf hohen Touren. ... Lebhaftige Investitionstätigkeit vergrößert den Zuwachs des Produktionspotentials und damit Wachstumsspielräume für die Zukunft; dies ist eine wichtige Voraussetzung für den weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit, aber auch für die Lösung gravierender Probleme wie Schutz der Umwelt.

Meine Damen und Herren, für die CDU/CSU-Mitglieder des Europäischen Parlaments enthält die Herausforderung des Binnenmarktes eine dreifache Aufgabenstellung: erstens die Lösung der Sachaufgaben in den verschiedenen Bereichen und Dimensionen europäischer Politik – das ist die Sachaufgabe –; zweitens die Ermittlung und Vermittlung von Informationen für die beteiligten und mitgestaltenden Bürger in der Bundesrepublik – das ist die Kommunikationsaufgabe –; drittens die Zusammenarbeit mit unseren Freunden in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und in der Bundesregierung; das ist die Koordinierungsaufgabe.

Die Lösung der Sachprobleme steht im Mittelpunkt unserer Arbeit in den Arbeitskreisen der EVP-Fraktion und in den Fachausschüssen des Europäischen Parlaments. Wir sind stolz darauf, daß die CDU/CSU-Mitglieder als Fraktionsvorsitzende – ich nenne mit Dankbarkeit den Namen Egon Klepsch –, als Arbeitskreisleiter, als Obleute und als Präsidenten und Vizepräsidenten der Parlementsausschüsse und -delegationen in der vordersten Linie für die Dynamik der europäischen Integration und die zügige Verwirklichung des Binnenmarktes Verantwortung tragen. Manch ein zukunftsweisender Bericht, viele Ideen und Impulse sind untrennbar mit den Namen von CDU/CSU-Mitgliedern des Europäischen Parlaments verbunden.

Natürlich gibt es auch Schwierigkeiten und Hemmnisse. Wenngleich sich der Entscheidungsprozeß der EG-Institutionen seit dem Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte erheblich verbessert und beschleunigt hat, nicht zuletzt dadurch, daß die EG-Kommission mehr als früher das von uns empfohlene Subsidiaritätsprinzip praktiziert, so bleibt die Umsetzung europäischer Rechtsakte in einigen Mitgliedsländern doch mangelhaft. Zur Lösung dieses Problems nationaler Rückstände und der

damit verbundenen Gefährdung der Rechtssicherheit für alle Beteiligten muß eine politische Konzeption von Rat, Europäischem Parlament und den Mitgliedstaaten entwickelt werden.

Das Europäische Parlament wird in den nächsten Monaten wichtige Vorschläge gesetzgeberisch zu begleiten und zu bearbeiten haben. Hierzu gehören beispielsweise die Vorschläge über indirekte Steuern, finanzielle Dienstleistungen, gewerbliche Schutzrechte, Tiergesundheit, Pflanzenschutz, Luftverkehr, Gesellschaftsrecht und technische Harmonisierung.

Bei der Gestaltung dieser Gesetzeswerke gelten für uns die vier Ecksteine und Erfolgsvoraussetzungen der Europäischen Gemeinschaft: erstens die Rechtsstaatlichkeit, d. h. auch Humanität, zweitens die parlamentarische Demokratie, d. h. auch Legalität, drittens der föderalistische Gemeinschaftsaufbau, d. h. Subsidiarität, und viertens die Soziale Marktwirtschaft, d. h. auch Solidarität.

Ein noch ungelöstes Problem ist die zur Zeit noch relativ geringe Akzeptanz des Binnenmarktes bei Teilen der deutschen Bevölkerung. Im letzten „Eurobarometer“ vom Frühjahr 1989 wurde ermittelt, daß die negativen Meinungen über den Binnenmarkt in der Bundesrepublik, in Großbritannien und in Luxemburg zugenommen haben. Die Mehrheit aller befragten EG-Bürger sieht im Binnenmarkt eine „gute Sache“. Distanz oder Unkenntnis sind aber wohl die Ursachen dafür, daß fast ein Drittel aller Befragten weder eine gute noch eine schlechte Meinung über den Binnenmarkt hat.

Nach unserer Auffassung muß das hier sichtbar werdende Informationsdefizit überwunden werden, wenn die Chancen des Binnenmarktes erkannt und genutzt werden sollen. Dabei soll nicht übersehen werden, daß das Informationsdefizit ein generelles Problem der europäischen Integration ist. Bei Unbekanntem sind Unbehagen, Unmut und Unsicherheit die natürlichen Reaktionen der Menschen. Im Hinblick auf die erwarteten Strukturwandlungen im Binnenmarkt sorgen sich nicht wenige Bundesbürger um ihre Besitzstände. Der Binnenmarkt ist aber kein Nullsummenspiel, bei dem andere das verlieren müssen, was einige gewinnen. Richtig ist vielmehr der Satz von Tyll Necker: „Es ist besser, gemeinsam einen größeren Kuchen zu backen, als sich um die Krümel zu streiten!“.

(Zustimmung)

Eine andere Problematik, mit der wir uns beschäftigen müssen, kommt in einem Ausspruch zum Ausdruck, den Henry Berrath der Kaiserin Theophano, Mutter Ottos III., in den Mund legt:

Sie spricht:

Die Deutschen sind manchmal schwierige Menschen. Sie streben immer in eine – vorgestellte oder wirkliche – Größe. Aber sie bleiben mit einem Ärmel in einer ihnen lieb gewordenen Enge hängen. Die Enge nennen sie ihren Standpunkt oder ihr Recht – und lassen an ihr ungeheure Chancen scheitern. Sie vergessen zu leicht, daß neue Tatsachen durch sich selbst erweiterte Rechte schaffen, welche die Preisgabe überkommener Rechte wettmachen.

Meine Freunde, in diesen und ähnlichen Gegebenheiten und Problemen ist unsere Kommunikationsaufgabe begründet. Überspitzt formuliert lautet die Existenzformel der Europäischen Gemeinschaft: Integration gleich Information plus Kommunikation plus Motivation.

Ohne ausreichende Information über Europa, ohne ausreichende Kommunikation in Europa, ohne ausreichende Motivation für Europa kann die dauerhafte Einigung Europas in Frieden und Freiheit nicht Wirklichkeit werden.

Die CDU/CSU-Mitglieder im Europäischen Parlament erkennen die Notwendigkeit verbesserter Informations- und Kommunikationssysteme in Europa. Diese werden wir schaffen. Wir wissen aber auch, daß die Möglichkeiten der 518 Abgeordneten des Europäischen Parlaments nicht ausreichen, um jene Motivation zu erzielen, die der europäischen Integration die erforderliche Antriebskraft gibt. Deswegen, meine Freunde, danken wir Ihnen, daß Sie die Sache Europas zu Ihrer eigenen machen. Deswegen bitten wir Sie herzlich, uns weiterhin bei der Bewältigung und Gestaltung der Kommunikationsaufgabe zu helfen.

Die zunehmende Interdependenz der verschiedenen politischen Entscheidungsebenen und unserer christlich demokratischen Gestaltungsprinzipien der Subsidiarität und Solidarität lassen die Koordinierung unserer Überlegungen und Handlungen immer wichtiger werden. Dies gilt insbesondere für die Vorbereitung auf den Binnenmarkt, dessen Auswirkungen in zahlreichen Politikfeldern spürbar werden und politischen Handlungsbedarf entstehen lassen. Die soziale Dimension des Binnenmarktes und die damit verbundenen Erfordernisse können hier als ein wichtiges Beispiel genannt werden.

Unter diesen Aspekten kommt der Koordinierung der Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament eine besondere und steigende Bedeutung zu. Wir sind dem Fraktionsvorsitzenden, unserem Freund Alfred Dregger, und allen unseren Freunden in Bonn sehr dankbar für die praktische Solidarität und die konkreten Möglichkeiten einer vertrauensvollen Zusammenarbeit.

Wir möchten die Koordinierung unserer Arbeiten auch weiter systematisieren und ausbauen, weil zahlreiche Probleme, z. B. die innere Sicherheit, die Bekämpfung des Drogenhandels, des Terrorismus und der internationalen Kriminalität sowie die grenzüberschreitende Gefährdung der Umwelt nur in konzertierten Aktionen zu lösen sind. So wie Entdeckungen und Erfindungen häufig durch das Kombinieren verschiedener Elemente und Disziplinen zustande kommen, so kann die Ergiebigkeit parlamentarischer Arbeit auch durch neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit verschiedener politischer Entscheidungsebenen verbessert werden.

Meine Freunde, in diesen Wochen produzieren unsere politischen Gegner ihre Programme für die neunziger Jahre. Sofern in diesen Papieren nationalistische Ressentiments, anarchistische Illusionen und ideologische Ladenhüter des 19. Jahrhunderts den Ton bestimmen, z. B. die alten sozialistischen Versuchungen des Neids und der Nivellierung, der Regulierung und Sozialisierung, kann man das Ganze durchaus mit dem Etikett „Zurück in die Vergangenheit“ kennzeichnen.

Unsere europäische Politik ist offen für die Zukunft.

Zu einer Politik, die offen ist für die Zukunft, gibt es keine vernünftige Alternative, denn – um mit Madame De Staël zu sprechen –: „Man kann die Zukunft nicht an die Kette legen.“ Für uns gilt Konrad Adenauers Wort: „Europa ist die Notwendigkeit für uns alle!“ Wir wissen: Ein Nein zur Notwendigkeit bedeutet Verzicht auf die Zukunft.

Meine Freunde, wir haben die Chance, unsere Kraft und unsere Ideen in ein Gemeinschaftswerk einzubringen, das uns und den kommenden Generationen ein

menschenwürdiges Leben ermöglichen und einen Beitrag zum Weltfrieden leisten kann. Es lohnt sich, für diese Aufgabe zu arbeiten.

(Beifall)

**Rudi Geil**, Tagungspräsidium: Lieber Freund Professor Dr. Rinsche, haben Sie herzlichen Dank für Ihren Bericht und auch für die verantwortungsvolle Tätigkeit der Abgeordneten im Europäischen Parlament. Ein freies Europa ist die Hoffnung von Millionen Menschen. Der Bundesparteitag wünscht Ihnen als dem neuen Vorsitzenden und den Kollegen im Europäischen Parlament eine glückliche Hand bei der verantwortungsvollen Aufgabe, die Sie dort für unser Land erledigen.

(Beifall)

Ich möchte an dieser Stelle auch Ihrem langjährigen Vorgänger als Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Rudolf Luster, sehr herzlich für seine Tätigkeit danken.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir kommen nun zu Tagesordnungspunkt 9:

### Aussprache zu den Berichten

Ich möchte Ihnen dazu aus Gründen der Zeitökonomie einen Vorschlag unterbreiten. Ich möchte Ihnen den Vorschlag unterbreiten, daß wir, weil noch genügend Diskussionsmöglichkeiten auf dem gesamten Parteitag vorhanden sind, hier eine längere grundsätzliche Aussprache möglichst nicht durchführen, wenn Sie damit einverstanden sind, und unserem Freund Prof. Dr. Klaus Töpfer die Möglichkeit geben, jetzt den Antrag „Unsere Verantwortung für die Schöpfung“ zu begründen. Aber natürlich ist der Parteitag autonom, und ich frage deshalb, ob von Ihnen zu den beiden Berichten – zu dem Bericht von Alfred Dregger und dem Bericht von Professor Rinsche – nun eine Aussprache gewünscht wird oder ob Sie unserer Empfehlung folgen, erst den Antrag zu begründen und mit der Antragsdiskussion zu beginnen. – Ich sehe, es erhebt sich kein Widerspruch. Ich bedanke mich.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 15 auf:

### Beratung des Antrages „Unsere Verantwortung für die Schöpfung“

Einführung:  
Bundesminister Prof. Dr. Klaus Töpfer

Zur Einführung erteile ich unserem Freund Bundesminister Prof. Dr. Klaus Töpfer das Wort.

**Prof. Dr. Klaus Töpfer** (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Ich möchte Ihnen, den Delegierten des Bundesparteitags, zunächst sehr herzlich dafür danken, daß Sie mich mit diesem Ergebnis in den Bundesvorstand gewählt haben. Ich danke Ihnen deswegen, weil ich weiß, daß dieses Votum sicherlich nur zu einem kleineren Teil meiner Person und sehr viel mehr der

Sache gilt, die mit meiner Person in Zukunft verbunden ist. Ich sehe deswegen in diesem Votum eine Bestätigung dafür, daß die CDU Deutschlands die CDU an der Saar mit aller Nachdrücklichkeit und mit aller Geschlossenheit unterstützen wird, um an der Saar wiederum eine neue Regierung in der Kontinuität von Franz-Josef Röder und Werner Zeyer zu ermöglichen.

(Beifall)

Das ist das Signal, das von diesem Votum ausgeht, und dafür darf ich Ihnen danken. Ich danke Ihnen auch im Namen der CDU Saar.

Unsere Verantwortung für die Schöpfung: Ist diese Aufgabe, so muß gefragt werden, nicht eine Selbstverständlichkeit für die Christlich Demokratische Union?

Bedarf diese Herausforderung überhaupt der ergänzenden Begründung? Ist sie uns nicht selbstverständlich für die Beurteilung aller politischen Entscheidungen, allen menschlichen Handelns?

Denn was für die Schöpfung unverantwortlich ist, das ist sicherlich auch für die Menschen, das ist für die Menschheit insgesamt unverantwortlich, weil ein solches Handeln lebensfeindlich ist.

Wir stellen im Leitantrag fest: Der Mensch steht in der Schöpfung, er ist ein Teil von ihr. – Verantwortung für die Schöpfung ist somit stets auch und zuallererst Verantwortung für menschliches Leben, für Menschenwürde und Menschenrechte.

So steht dieser Leitantrag in unmittelbarer, in untrennbarer Kontinuität zu unseren Beratungen auf dem Parteitag in Wiesbaden, zu unseren vorbehaltlosen Entscheidungen für den Schutz des ungeborenen menschlichen Lebens. Ungeborenes menschliches Leben ist in unserer Gesellschaft in seiner Schwäche und Wehrlosigkeit ein besonders gefährdeter Teil von Schöpfung. In unserem bedingungslosen Einsatz für das ungeborene menschliche Leben sehen wir den entscheidenden Prüfstand für die Glaubwürdigkeit unserer Verantwortung für die Schöpfung.

(Zustimmung)

Ich glaube, dieser Maßstab sollte allen abverlangt werden, die sehr schnell den Schutz der Schöpfung in ihre Programme hineinschreiben.

(Beifall)

Aber auch das gilt: Angst und Resignation vor apokalyptischen Alpträumen über die Gefährdung unserer Umwelt sind auch für viele junge Menschen eine unterschwellige, oft sogar auch eine bewußte Begründung dafür, Verantwortung für neues menschliches Leben nicht übernehmen zu wollen, die Entscheidung für ein Kind abzulehnen.

Ein Abbau dieser Ängste durch einen glaubwürdigen Einsatz für eine lebenswerte Umwelt wird eine wichtige Auswirkung auf die lebensbejahende, zukunftssichernde Entscheidung unserer jungen Menschen haben. Ich glaube, diesen Zusammenhang sollten wir sehr deutlich in den Vordergrund unserer Beratungen stellen.

(Vereinzelt Beifall)

Verantwortung für die Schöpfung, das heißt: über sich hinaus denken, bei der Beurteilung der eigenen Entscheidungen auch die zeitlich und räumlich entfernten, unmittelbaren und mittelbaren Folgewirkungen zu kalkulieren. Solidarität ist gefragt. Heiner Geißler hat gestern Solidarität mit Nächstenliebe übersetzt. Ich glaube, vor dem Hintergrund dessen, was wir zu beraten haben, müssen wir das fast ergänzen und müssen sagen: Nächstenliebe bedeutet zunehmend Liebe zu den Fernen,

Fernstenliebe, Liebe zu denen, die in Zeit und Raum weit von uns entfernt sind, aber deren Schicksal wir heute mit bedenken müssen, wenn wir in Natur und Umwelt eingreifen.

(Vereinzelt Beifall)

Verantwortung für die Schöpfung bedeutet solidarisches Handeln in Kenntnis der Verantwortung für kommende Generationen. Unser Wohlstand darf nicht mit Hypothesen in Natur und Umwelt bezahlt werden, die kommende Generationen abtragen müssen. Wir wollen ehrliche, auch ökologisch ehrliche Preise für unseren Wohlstand heute bezahlen und kommende Generationen nicht durch unser heutiges Handeln mit Altlasten unseres Wohlstandes belasten.

(Vereinzelt Beifall)

Solidarisch handeln heißt, Verantwortung für die Erhaltung einer Vielfalt von Tieren und Pflanzen zu übernehmen. Diese Verantwortung erwächst dem Menschen allein aus der Tatsache, daß Tiere und Pflanzen Werke desselben Schöpfers sind, dem wir unsere Existenz verdanken. Das bedeutet kein museales Festschreiben. Das verbietet aber Ausbeutung. Die Vielfalt von Natur ist Teil der Schöpfung. Deswegen sind wir verpflichtet, die Natur nicht mehr nur als unsere Lebensgrundlage, sondern auch um dieser Teilhabe an Schöpfung willen zu schützen und zu erhalten. Wir dürfen nicht nur nach der Nützlichkeit fragen, sondern müssen die Teilhabe an der Schöpfung als Begründung für die Erhaltung mitgelten lassen.

Dabei ist unstrittig: Ökologische Vernunft ist langfristig stets auch Existenzsicherung der Menschen. Die Aufnahme des Umweltschutzes in das Grundgesetz wird daher zu Recht von der Fraktion der CDU/CSU mit großem Nachdruck weiter verfolgt. Ich hoffe, daß wir noch in dieser Legislaturperiode zu einem positiven Ergebnis kommen können.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, unser Bundeskanzler, unser Parteivorsitzender hat uns in der Regierungserklärung dieser Legislaturperiode ein klares Leitmotiv genannt. „Schöpfung erhalten – Zukunft gewinnen“, das war die Überschrift der Regierungserklärung. In dieser Legislaturperiode muß daher auch, wie beschlossen, das Naturschutzgesetz neu gestaltet werden. Dabei gilt für uns: Wir wollen Naturschutz mit Landwirten und mit Forstwirten und nicht gegen sie betreiben.

(Beifall)

Das bedeutet konkret: Leistungen, die von Land- und Forstwirten zur Erhaltung einer Vielfalt von Natur und Landschaft erbracht werden, können nicht zum Nulltarif abgefordert werden, können nicht zu Lasten nur dieser Berufsgruppe gehen. Deshalb müssen Ausgleichszahlungen für diese Leistungen an Landwirte gesetzlich verbrieft werden, so wie das bereits für den Schutz des Grundwassers der Fall ist. Die Finanzierung dieser Leistungen, meine Damen und Herren, muß mit der Verabschiedung des Naturschutzgesetzes grundsätzlich geregelt werden. Eine Naturschutzabgabe, die Anreiz zum sparsamen Umgang mit der Natur einerseits und Leistungsentgelt für Naturerhaltung andererseits verbindet, sollte erarbeitet werden. Für eine kurzfristige Finanzierungslösung sind aber durchaus auch andere Wege der Zusammenarbeit von Bund und Ländern zu überprüfen, wobei die grundsätzliche Finanzierungszuständigkeit unverändert bleibt.

Solidarisch handeln in Kenntnis unserer Verantwortung für die Menschen in der Dritten Welt ist ebenfalls gefragt. Diese Menschen wollen zu Recht eine faire Teilhabe an den Lebenschancen, die diese Welt eröffnet. Diese Menschen müssen diese

Teilhabe angesichts der dramatischen Bevölkerungsentwicklung in diesen Regionen unseres Planeten Erde dringender denn je einfordern. Es ist unsolidarisch, wenn 80 % des weltweiten Energieverbrauchs von 20 % der Menschen auf dieser Welt für sich in Anspruch genommen werden. Das ist unsolidarisch und muß verändert werden.

(Vereinzelt Beifall)

In manchen Gesprächen mit Vertretern aus Entwicklungsländern ist sehr viel Bitterkeit festzustellen. Einer dieser Vertreter hat mir gesagt: Wenn eure Umweltpolitik darin besteht, daß die Reichen reich und die Armen arm bleiben sollen, ist es eine schlechte Umweltpolitik. Ich glaube, das sollten wir sehr deutlich einfordern, damit wir nicht mit vordergründigen Moralitäten Umweltpolitik mit Entwicklungspolitik verknüpfen und nicht wissen, was die Menschen an anderen Stellen des Planeten Erde darüber denken.

(Vereinzelt Beifall)

Verantwortung für die Schöpfung: Diese Herausforderung ist in unserer Generation sicherlich dringender denn je. Durch technisch-wissenschaftlichen Fortschritt ist es der Menschheit gelungen, immer tiefere Einblicke in die Bausteine von Natur und Leben, in die Grundmuster und Strukturen dieser Welt zu finden und diese dann auch zu verändern. Zu Recht hat Hubert Markl in seinem Buch mit dem bedeutsamen Titel „Natur als Kulturaufgabe“ geschrieben:

Der ungeheure Machtzuwachs des Menschen gegenüber der Natur verleiht einer einzigen, unserer Spezies, soweit wir dies wissen können, erstmals im Laufe der fast 4 Milliarden Jahre umfassenden Geschichte des Lebens die Fähigkeit, die ganze lebendige Natur auf dieser Erde so nachhaltig zu verändern und zu stören, daß ihre Zerstörung – und damit auch die des Menschen – zur realen Möglichkeit wird.

In dem Maße, in dem die Konsequenz des technischen Fortschritts im Falle des Versagens der Technik oder angesichts der Fehlbarkeit des Menschen nicht mehr umkehrbar ist, tritt die Verantwortung in den Mittelpunkt unserer Aufgabe.

Meine Damen und Herren, schon 1980 hat die Bischofskonferenz ein Hirtenwort zur Frage von Energie und Umwelt veröffentlicht. Dieses Hirtenwort begann mit den folgenden zwei Sätzen:

Der Mensch darf nicht alles, was er kann. Je mehr er kann, desto größer wird seine Verantwortung.

Genau das ist unsere Position. Nicht der Ausstieg, sondern die verantwortliche Nutzung von Technik muß unsere Antwort auf die Probleme der Welt, wie sie sich stellen, sein.

(Beifall)

Drei Bereiche der Verantwortung sind es, die im Mittelpunkt dieses Leitanspruchs stehen: Verantwortung für kommende Generationen, Verantwortung für die Probleme der Menschen in der Dritten Welt und Verantwortung im Umgang mit Technik. Das sind die Pole. Wir antworten damit mit drei zentralen Begriffen, mit drei zentralen Antwortfeldern: erstens mit dem Bekenntnis zu einem ökologischen Generationenvertrag, zweitens mit der Verpflichtung zur globalen Umweltpartnerschaft und drittens mit der Schaffung einer neuen Sicherheitskultur in der Industriegesellschaft. Ökologischer Generationenvertrag, globale Umweltpartnerschaft und Sicherheitskultur in der Industriegesellschaft, das sind die Eckpunkte des Leitanspruchs, über den wir zu diskutieren haben. Das sind Grundlagen, die nicht eifertiger Abklatsch oder kurz-

atmig es Nachlaufen hinter modischen Strömungen darstellen. Sie sind vielmehr konkrete Konsequenz aus den Grundwerten unserer gesellschaftspolitischen Überzeugung, sind konsequente Umsetzung von Solidarität und Subsidiarität, sind selbstverständlicher Handlungsauftrag für eine Christlich Demokratische Union, die sich dem christlichen Menschenbild verpflichtet sieht.

Meine Damen und Herren, im Sinne dieser Politik haben wir gehandelt. Wir haben die Zeit unter der Verantwortung dieses Bundeskanzlers genutzt. Ich glaube, bei aller Notwendigkeit, hier auf dem Parteitag Programmatik darzustellen, ist es auch notwendig, einmal deutlich zu machen, daß Leistungen erzielt worden sind.

(Vereinzelt Beifall)

Lassen Sie mich einige Zahlen anfügen. Als Helmut Kohl die Verantwortung in der Bundesregierung übernahm, gab es in der Bundesrepublik Deutschland null Rauchgasentschwefelungsanlagen. Heute sind es 165 derartiger Anlagen, die mit etwa 15 Milliarden DM durchgesetzt worden sind. Bei den Entstickungsanlagen ist die Entwicklung vergleichbar.

Als diese Regierung die Verantwortung übernahm, gab es null Autos mit Drei-Wege-Katalysatoren, obwohl diese zehn Jahre vorher in den USA und Japan schon vorhanden waren. Heute haben wir bereits über drei Millionen Autos mit dieser besten Abgasreinigungstechnik. Wir werden erreichen, daß im nächsten Jahr 100 % aller Neuzulassungen den Drei-Wege-Katalysator haben. Meine Damen und Herren, wäre das bei Sozialdemokraten der Fall gewesen, man hätte die Glocken von Flensburg bis Berchtesgaden geläutet, um Sieg zu verkünden. Was hier erreicht wurde, ist auch mit ein Stück dieser Politik.

(Beifall)

Aber wenn wir von Sozialdemokraten vielleicht etwas lernen können, dann die Tatsache, daß sie ihre Mißerfolge immer noch besser verkauft haben als wir unsere Erfolge. Vielleicht sollten wir auch einmal bemüht sein, daran ein Stück zu ändern.

(Beifall)

Es geht weiter, meine Damen und Herren. Wir haben diese Umstellung genau mit dem erreicht, was gegenwärtig zur Mode der Saison wird, nämlich mit marktwirtschaftlichen Anreizen. Wir haben die Mineralölsteuer differenziert und damit den Durchbruch von bleifreiem Benzin geschafft. Wir haben die Kfz-Steuer differenziert und damit den Durchbruch des Drei-Wege-Katalysators geschafft. Das waren marktwirtschaftliche Anreize zur Verwirklichung umweltpolitischer Ziele.

Lassen Sie mich die Reihe fortsetzen. Damals gab es allein in den Spraydosen in der Bundesrepublik über 50 000 t FCKW. Heute sind wir in der Gegend von 1000 t, und dies alleine im Bereich medizinischer und spezialisierter technischer Verwendung. Ich bin mir mit dem Vorsitzenden der Enquete-Kommission, unserem Freund Schmidbauer sehr einig, daß wir auch noch unter diese 1000 t herunterkommen. Wir werden auch beispielgebend vorgehen, insgesamt von FCKW wegzukommen, weil wir unseren Wohlstand auf Dauer auch ohne diesen Stoff erhalten können und ohne daß wir damit die Ozonschicht an irgendeiner Stelle weiter gefährden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich das weiterführen. Unter sozialdemokratischer Verantwortung wurden Anfang der 80er Jahre noch insgesamt 1,5 Millionen t

Dünnsäure in der Nordsee verklappt. In diesem Jahr wird mit der Verklappung von Dünnsäure endgültig Schluß sein. So, wie wir das angekündigt haben, wird es verwirklicht: in diesem Jahr keine Tonne mehr. Von diesem Jahr an ist dieses Problem bewältigt.

(Beifall)

Mit diesen Erfolgen, die man – ich möchte fast sagen: beliebig – weiterführen könnte, sind wir europaweit, ja weltweit an der Spitze. Und, meine Damen und Herren, wir sagen das nicht aus Selbstgefälligkeit oder Selbstgerechtigkeit, sondern wir sagen es aus der Erkenntnis und aus der Überzeugung heraus, daß ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland, das technologisch führend ist, das eine außerordentlich hohe Industrie- und Bevölkerungsdichte hat, in ganz besonderer Weise verpflichtet ist, mehr zu tun als andere, im Umweltschutz schneller voranzukommen, weil wir auch höhere Belastungen haben. Das heißt: Wir sind europa- und weltweit an der Spitze. Aber wir müssen es auch sein, weil bei uns der technologische Nachweis erbracht werden kann, daß wir Umweltentlastung und wirtschaftliche Stabilität gewährleisten können.

Natürlich führt eine solche Aussage immer wieder zu besorgter Rückfrage, ob wir mit einer solchen ehrgeizigen Umweltpolitik nicht den Industriestandort Bundesrepublik Deutschland in Frage stellen, ob wir hier nicht zu viele Kosten in die betriebliche Kalkulation zurückverlagern und damit eigentlich die Stabilität wirtschaftlicher Entwicklung gefährden.

Meine Damen und Herren, gestern wurde sowohl vom Bundeskanzler als auch von anderen immer wieder gesagt: So etwas gab es doch eigentlich nicht, sieben Jahre Stabilität, stabiles wirtschaftliches Wachstum. Allein das müßte reichen, um eine Zustimmung von 60 % in der Bevölkerung zu bekommen. Es wurde immer wieder gesagt: warum ist das nicht so? Liegt das nur am Verkaufen?

Ich glaube, viele – gerade auch viele junge Menschen – fragen etwas weiter. Sie fragen: können wir uns dieses Wirtschaftswachstum ökologisch überhaupt noch leisten? Sie fragen: sind nicht die Grenzen des Wachstums bereits überschritten, weil wir mit wirtschaftlichem Wachstum die Umweltbelastungen verstärken, den Energieverbrauch erhöhen, begrenzte Rohstoffe noch stärker in Anspruch nehmen? Sie fragen: warum wollen wir immer mehr? Haben wir nicht schon genug? Sie fragen: müssen wir nicht anders leben, damit andere überleben können? Sie fragen: ob Wachstum denn wirklich auch noch Wohlstandssteigerung ist oder ob wir nicht daran wachsen, die bisherigen Schäden von Wachstum wieder zu beseitigen.

Meine Damen und Herren, wir sollten diese Rückfragen – und ich sage deutlich: die werden nicht nur von jungen Menschen gestellt – sehr ernst nehmen. Wir sollten es uns nicht so leicht machen, wie es der eine oder andere Zeitgenosse tut. Natürlich ist es für manchen hinreichend, zu zitieren, was etwa Odo Marquard gesagt hat:

Je besser es den Menschen geht, um so weniger schätzen sie das, wodurch es ihnen besser geht.

Das ist sicherlich eine wichtige Erkenntnis.

Sicherlich hat Johannes Groß schon 1972 nicht ganz zu Unrecht diagnostiziert:

Ziel nicht weniger Kritiker der Leistungsgesellschaft wird nicht sein, sie zu zerstören, sondern sie zu erpressen.

Natürlich fällt es denen leichter, Askese zu predigen, die in Einkommen und Lebensstandard saturiert sind.

Alles dies ist richtig. Aber, meine Damen und Herren, es zielt wesentlich zu kurz. Wir müssen schon wirklich glaubwürdig Antwort darauf geben, wofür wir wirtschaftliches Wachstum erarbeiten und daß wir ein wirtschaftliches Wachstum gewährleisten, das eben abgekoppelt ist von Energieverbrauch, von Umweltbelastung, von Rohstoffzuwachsen. Dies ist unsere Aufgabe, wenn wir auch Akzeptanz dafür gewinnen wollen, daß wir mit hervorragenden wirtschaftlichen Ergebnissen Mehrheiten in der Bevölkerung gewinnen wollen.

(Beifall)

Ich glaube, daß das sehr wichtig ist.

Allein der Hinweis: wir haben wieder einmal ein Jahr mit 3,6 % realem Wirtschaftswachstum hinter uns gebracht, wird immer weniger motivierend sein, daß man eine dafür verantwortliche Politik auch wählt. Das andere muß dazukommen. Deswegen ist dieser Antrag so außerordentlich bedeutsam.

Lassen Sie mich ein zweites Argument zu der Frage nach dem Standort und den Auswirkungen hinzufügen. Meine Damen und Herren, engagierte Umweltpolitik hat eine bedeutsame Auswirkung. Sie hat die Auswirkung, daß sie Umwelt – Boden, Luft und Wasser – knapp macht, und dort, wo Knappheit da ist, tritt technischer Fortschritt auf. Wir haben es durch diese engagierte Umweltpolitik in der Bundesrepublik Deutschland erreicht, einen geradezu großartigen Prozeß umweltsparender Technik in Gang zu setzen. Wir haben damit die Märkte der Zukunft besetzt. Denn das, was weltweit auf Dauer gefragt wird, sind die umweltfreundlichen Produktionsprozesse, sind die umweltfreundlichen Produkte. Wenn wir hier die Nase vorne haben, durch eine engagierte Umweltpolitik angetrieben, dann ist das eine dauerhafte Sicherung des Industriestandorts Bundesrepublik Deutschland und nicht eine Gefährdung dieses Industriestandorts.

(Beifall)

Dazu soll noch deutlich hinzugefügt werden: Wer wirklich noch glauben sollte, man könne seine internationale Wettbewerbsfähigkeit durch ein Umweltdumping, also durch eine Überwälzung einiger Produktionskosten auf die Umwelt, verbessern, der wird sehen, daß er mittelfristig allein in der Sanierung der damit verbundenen Altlasten mehr zu investieren hat und damit seine Zukunft stärker in Frage stellt als der, der vorsorgende Umweltpolitik direkt durchgesetzt hat.

(Beifall)

Und ein drittes dazu, meine Damen und Herren! Wir machen Politik in einer ganz realen, in einer ganz konkreten Gesellschaft. Unsere Bürger erwarten, daß wir die Umweltwirkungen der modernen Industrieproduktion vermeiden, daß wir sie verhindern. Unsere Bürger wollen weg von der Wegwerfgesellschaft.

Lassen Sie mich das ohne falschen Zungenschlag, aber in aller Deutlichkeit hinzufügen: Es würde der Glaubwürdigkeit unserer Partei und dieses Leitantes besser entsprechen, wenn wir etwa diesen Weg: weg von der Wegwerfgesellschaft auch beim Parteitag vorfinden könnten.

(Beifall)

Es bleibt ein schaler Geschmack übrig, wenn wir in unserem Leitantes stehen haben, daß an der allerersten Stelle der Abfallbeseitigung die Vermeidung von Abfall steht, und wir hier eigentlich nur noch Abfall vorfinden. Das kann irgendwo nicht übersehen werden.

(Beifall)

Ich sage das, meine Damen und Herren, nicht mit dem Zungenschlag dessen, der sich leicht gegenüber den Entscheidungen unserer Freunde profilieren möchte; davon gibt es leider Gottes auch zu viele.

Ich bin der Überzeugung, es wäre falsch, wenn wir daraus nicht auch Konsequenzen ziehen könnten bis hin zu der Tatsache – da können wir unserem Generalsekretär Volker Rühle schon wieder einen guten Hinweis geben –, daß wir die Drucksachen auf dem nächsten Parteitag vielleicht auf Recyclingpapier vorfinden könnten. Das wäre auch wieder ein kleines Stückchen richtiges Verhalten.

(Beifall)

Es mag sein, daß das schon der Fall ist.

Sagen Sie bitte nicht, das sei Symbolpolitik. Wir stehen in einer medienbezogenen Öffentlichkeit, und wir sollten auch diese Dinge sehr ernst nehmen. Ich glaube jedenfalls, es wäre eine gute Sache. Wenn dann gesagt wird, aber dadurch würden wir gesponsort, so muß ich sagen: Jeder, der hier ist, könnte sicherlich statt 50 DM einen Tagungsbeitrag von 70 DM zahlen, um die Mahlzeiten dann entsprechend zu finanzieren. Aber das nur am Rande.

(Zustimmung)

Fazit zu diesem Teil: Eine engagierte Umweltpolitik, wenn sie denn stetig, verlässlich gemacht wird, ist keine Politik, die den Industriestandort gefährdet. Vielmehr sichert sie ihn auf Dauer ab. Die Voraussetzungen aber sind Stetigkeit und Verlässlichkeit.

Meine Damen und Herren, als die Sozialdemokraten 1982 die Regierungsverantwortung abgeben mußten, haben sie uns eine deutliche wirtschaftliche Rezession und einen nicht abgearbeiteten Katalog von Umweltfragen hinterlassen. Die Umwelt war nicht in Ordnung, und die Wirtschaft war nicht in Ordnung. Wir haben 1989 die Umwelt und die Wirtschaft in Ordnung; ein Beleg dafür, daß eine verantwortliche Umweltpolitik sehr wohl mit einer vernünftigen Wirtschaftspolitik in Einklang stehen kann und daß wir uns insoweit nicht zu verstecken brauchen.

(Beifall)

Wenn wir Erfolge haben – ich sage es noch einmal –, dann nicht mit Selbstgefälligkeit und der Aussage, was wir doch für großartige Kerle seien. Vielmehr haben wir immer die besondere Verpflichtung vor Augen. Und wenn wir darauf hinweisen, dann nicht mit dem Beigeschmack, es wäre nichts mehr zu tun. Nein, es bleibt noch sehr viel Zusätzliches zu leisten. Wenn wir das tun, müssen wir genau die Kräfte mobilisieren, die uns in der Vergangenheit bei der Bewältigung anderer Probleme auch geholfen haben.

Wir müssen zurückdenken an die beiden Grundfragen von Subsidiarität und Solidarität. Subsidiarität heißt hier konkret: Wir fordern jeden Bürger in diese Umweltpartnerschaft mit hinein. Umweltschutz ist Bürgerpflicht – so steht es in unserem Leittrag. Diese Ansprache an den mündigen Bürger sollten wir nachhaltig in den Mittelpunkt unserer Diskussion stellen.

(Beifall)

Wir sind beim Umweltbewußtsein unserer Bürger großartig vorangekommen. Sicherlich sind wir auch auf dem Weg dahin, daß sich Umweltbewußtsein in entsprechenden Umwelthandlungen niederschlägt.

Das, was von einem umweltbewußten Verbraucher als Signal in die Wirtschaft zurückgeht, ist häufig sehr viel wirksamer und schneller am Ziel als das, was wir durch

Gesetze, Verbote und Gebote machen können. Diese Rückwirkungen eines umweltbewußten Verbrauchers sind in einer Marktwirtschaft außerordentlich wertvoll, um es ganz klar zu sagen. Deswegen sollten wir diese Möglichkeiten verbessern durch Kennzeichnungspflicht auf Produkten, durch Umweltinformationen, durch Inhaltsstoffausweisung, durch Information über die Auswirkung von Freizeitbeschäftigungen auf die Umwelt usw. usf.

Hier gibt es in der Öffentlichkeitsarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden sicherlich noch vieles zu tun. Wir brauchen das bis in die schulische Ausbildung unserer Kinder hinein. Ich glaube, auch in der Schule sollte sehr viel mehr über Umweltzusammenhänge informiert werden als bisher. Heute können wir dieses Instrument noch nicht als ausreichend ansehen. Das ist eine Aufgabe, der sich unsere Kultusminister sicherlich gerne annehmen.

(Zustimmung)

In diesem Zusammenhang lassen Sie mich ergänzen – wir haben das im Leitantrag sehr deutlich geschrieben: Wir brauchen auch das offene Gespräch mit den vielen Naturschutz- und Umweltverbänden sowie mit allen Bürgerinitiativen. Wir müssen dieses Gespräch mit den Verbänden auch dann suchen – oder vielleicht gerade dann –, wenn uns diese Verbände mit ihren Aktionen und Aussagen nicht gerade Bestätigung sind oder Freude machen. Wir sollten gerade dann zuhören und mit ihnen diskutieren; denn wenn wir mit denen, die uns kritisieren, nicht sprechen, werden wir an ihrer Kritik nichts ändern. Wir wollen die Kritik jedoch aufnehmen. Das ist der zentrale Punkt. Deswegen brauchen wir auch das Gespräch mit allen Verbänden, auch mit den sehr kritischen.

(Beifall)

Ich weiß, daß meine Kollegen in den Bundesländern auf diesem Gebiet eine außerordentlich umfassende Politik machen. Ich finde das großartig. Es ist ein Beleg dafür, daß wir vor Kritik nicht zurückzuscheuen brauchen; denn wir können die besseren Antworten geben.

Meine Damen und Herren, eins muß natürlich auch klar sein: Ein offenes Wort und ein geduldiges Zuhören auch bei Kritik sind gefragt, nicht jedoch das Mißverständnis, die Verantwortung für Entscheidungen gewählter Gremien auf Verbände oder Initiativen übertragen zu können. Da ist für uns die Trennungslinie. Information und Gespräch immer, aber die Verantwortung in der Entscheidung bleibt dort, wo gewählte Vertreter diese auf Dauer zu tragen haben.

(Zustimmung)

Solidarität heißt Aufnahme der ökologischen Zielsetzungen in unsere Soziale Marktwirtschaft. Was wir dazu ergänzend sagen müssen, ist: Unsere Umweltpolitik ist auf dem Weg zu einer ökologischen Sozialen Marktwirtschaft. Eine ökologische Soziale Marktwirtschaft bedeutet, daß wir zwei Säulen haben, auf denen wir Umweltpolitik aufbauen: erstens auf einem klaren Rahmen von Gesetzen, von Geboten und Verboten. Nur so können wir die nachteiligen Auswirkungen, die die Gefährdung der menschlichen Gesundheit oder der Umwelt mit sich bringen, in den Griff bekommen.

Wir brauchen bei einer ökologischen Marktwirtschaft klare Gesetze der Umweltpolitik. Wir haben das in dieser Legislaturperiode nachhaltig vorangebracht. Das ist ein neuer Rahmen dieser Sicherheitskultur, und das reicht von der Umweltverträglichkeitsprüfung über die Frage der Anlagensicherheit in der Störfallverordnung bis hin zu dem Bundes-Immissionsschutzgesetz. Das ist für mich im übrigen ein Anlaß, der Bundes-

tagsfraktion sehr herzlich dafür zu danken, daß sie diesen gewaltigen Arbeitsberg mit abgearbeitet hat. In dieser Legislaturperiode insgesamt sechs Gesetze zu verabschieden ist eine gewaltige Herausforderung. Ich danke unseren Freunden Bernd Schmidbauer und Reinhard Göhner und vielen anderen dafür, daß sie diese Arbeit mitgetragen und uns in der Umweltpolitik so vorangebracht haben.

(Beifall)

Es geht also darum, den Ordnungsrahmen zu ergänzen und zu vervollständigen. Aber zweitens gehören zu diesem Rahmen marktwirtschaftliche Anreize zu mehr, zu verstärkter Umweltvorsorge. Umweltbewußtes Verhalten muß sich bezahlt machen, umweltbelastendes Verhalten muß entsprechend verteuert werden.

Marktwirtschaftliche Anreize in der Umweltpolitik – das ist wesentlich mehr, als den Blick nur auf Steuern und Abgaben zu werfen. Ich warne sehr nachhaltig vor den schlimmen Vereinfachern, die auf jedes Problem nur die Antwort einer Steuererhöhung haben. Wenn das so einfach wäre, wäre Politik in der Tat sehr leicht. Aber dann von Marktwirtschaft zu reden, ist wirklich der Gipfel dessen, was man sich eigentlich noch bieten lassen sollte. Das ist nun wirklich nicht akzeptabel.

(Beifall)

Unserer Meinung nach sind marktwirtschaftliche Anreize wesentlich breiter verankert. Sie fangen an bei der Information für Verbraucher, aber auch bei der Information für kleine und mittlere Unternehmen über umweltentlastende Techniken und Produkte. Sie gehen weiter über die Kompensationsregelung. Wir wollen nicht genau vorgeben, wer was tut, sondern wir wollen sagen, was getan werden kann. Das Minderungsziel ist entscheidend. Wer dann dieses Minderungsziel am kostengünstigsten erreichen kann – das sollten wir der Kreativität des Marktes überlassen. Das hat nichts mit Steuern zu tun, sondern mit Einfallsreichtum im umweltpolitischen Bereich. Wir nutzen diese Möglichkeit etwa bei der Überarbeitung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes hinsichtlich der sogenannten Kompensationsregelung.

Hierzu gehören ebenfalls Lizenzmodelle, Lizenzverfahren, wie wir sie gegenwärtig pilotmäßig bei Abwassersystemen überprüfen. Steuer- und Abschreibungsvergünstigungen, Hilfen für umweltentlastende Investitionen: Ich glaube, wir müssen sehr genau überlegen, ob § 7 d des Einkommensteuergesetzes wirklich entfallen sollte oder ob er nicht mit Blick auf die Bedürfnisse von kleinen und mittleren Unternehmen neu formuliert werden muß, damit integrierte Umweltechnik entsprechend gefördert werden kann und nicht bloß wie bisher die Technik des end of the pipe praktiziert wird, d. h. hinten ein Filter draufgesetzt wird.

(Beifall)

Im Leitantrag ist auch enthalten und von mir noch einmal zu unterstreichen: Wir sollten die passive und aktive Solarenergie gleichwertig fördern und nicht die eine fördern und die andere nicht. Auch dies ist, glaube ich, ein wichtiger Ansatz.

Zu marktwirtschaftlichen Instrumenten wird die Weiterentwicklung der Umwelthaftung. Meine Damen und Herren, wir müssen einen Anreiz haben, daß immer und immer wieder neu über die privat eingegangenen Risiken nachgedacht wird. Dies ist der Anreizeffekt einer Umwelthaftung, die wir in dieser Legislaturperiode ja auch auf den Weg gebracht haben.

Wir brauchen Benutzervorteile für lärmarme Geräte, für die Verwendung in Smog-situationen und anderes mehr.

Dies ist eine breite Palette marktwirtschaftlicher Anreize, die in dem festgefügteten Rahmen klarer Gesetze Umweltpolitik voranbringen. Das ist unsere Aussage. Dazu gehört natürlich auch die gezielte Abgabe und die Differenzierung von Steuern.

Meine Damen und Herren, die Eignung einer Abgabe als umweltpolitisches Instrument ist für uns daran gebunden, wie sie umweltfreundliches Verhalten entsprechend fördert. Nicht die Frage, wieviel Geld sie in staatliche Kassen bringt, ist das Entscheidende. Ganz im Gegenteil, wenn wir eine Abgabe haben, die auf Dauer viel Geld in die Kassen bringt, dann müssen wir uns fragen, ob wir damit noch Umweltpolitik oder nicht Finanz- und Umverteilungspolitik betreiben. Das mag ja gehen, aber das hat dann nichts mit Umweltpolitik zu tun.

(Beifall)

Deswegen sage ich noch einmal: Die Umweltabgabe ist die beste, die sich selbst überflüssig macht, weil sie die Umwelt durch entsprechendes Verhalten entlastet und nicht eine wie auch immer geartete Abkaufmöglichkeit von Umweltbelastungen darstellt. Das ist das Kriterium. Dies fragen wir die Sozialdemokraten, meine Damen und Herren: Wo steht in ihrem Programm, das sie „Fortschritt 1990“ nennen, etwas drin, was denn diesen Zielsetzungen entspricht? Sie wollen durch Energiesteuern 32 Milliarden mehr haben. Ja, meine Damen und Herren, sie müssen sich entscheiden. Wenn diese Energiesteuer 32 Milliarden DM bringt, dann hat sie offenbar ökologisch nicht gewirkt.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn sie das aber nicht bringt, dann können sie nicht 32 Milliarden DM gleichzeitig in viele andere Verwendungen, die mit Umweltschutz nichts zu tun haben, verteilen. Das geht nicht auf, oder wir bekommen eine Steuererhöhung auf indirektem Wege. Das ist die Situation.

(Beifall)

Solange wir dazu keine Antwort haben, können wir dies nicht als ein Ökologieprogramm, sondern nur als ein Steuererhöhungsprogramm oder Steuerverteilungsprogramm bezeichnen.

Dabei, meine Damen und Herren, ist immer auch eines interessant. Da wird massiv die Erhöhung der Energiesteuern gefordert. Vor Jahresfrist ist im Deutschen Bundestag die Erhöhung der Mineralölsteuer beschlossen worden. Wenn Sie einmal nachlesen, wer denn damals dafür gestimmt hat und wer sie nachhaltig abgelehnt hat, dann werden Sie sehen, daß Sozialdemokraten die Erhöhung der Mineralölsteuer gerade wegen der unsozialen Verteilungswirkung der indirekten Steuer mit größtem Nachdruck abgelehnt haben. Recht haben sie, meine Damen und Herren, aber sie müssen es dann nicht hinterher mit 32 Milliarden DM noch einmal nachfordern.

Hier gibt es also ganz sicherlich Verteilungsfragen. Hier gibt es die Frage: Wer wird davon betroffen, wenn wir die Kfz-Steuer auf die Mineralölsteuer übertragen? Davon wird in besonderer Weise natürlich der Betroffene, der im ländlichen Raum nicht die Chance hat, sein Auto stehen zu lassen und im öffentlichen Personennahverkehr zu fahren. Das sind Verteilungseffekte, die muß man ja mit ansprechen dürfen.

(Beifall)

Dies sind meiner Ansicht nach sehr bedeutsame Rückfragen. – Sie sehen, meine Damen und Herren, so gut ist die Regie. Offenbar geht gerade die Sammlung an mir vorbei, während ich spreche. Aber das ist dann ganz sicherlich nicht Sinn der Angelegenheit.

Wenn wir im Gegensatz dazu sagen, daß wir auf Dauer oder zumindest für die überschaubare Zukunft eine Kraftfahrzeugsteuer weiter brauchen, diese dann aber so umgestalten, daß sie an den Emissionen des Autos anknüpft, dann haben wir genau wieder diesen Anreizeffekt. Dann haben wir den Anreizeffekt für diejenigen in den Automobilunternehmen, die auch darüber nachdenken: Wie können wir denn mit besserer Technik ein Auto bauen, das weniger Emissionen hat? Das ist Umweltpolitik. Alles andere ist Verteilungs- oder Steuerpolitik. Darüber sollten wir uns sehr klar sein.

(Beifall)

Daß dies unsere Position ist, meine Damen und Herren, sehen Sie in diesem Leitantrag. Wir sind überall dort an eine Überprüfung von marktwirtschaftlich lenkenden Abgaben oder eine Differenzierung von Steuern herangegangen, wo genau diese Wirkung im Vordergrund steht. Bei dem Abwasserabgabengesetz haben wir es erreicht. Bei der Frage des Sonderabfalls haben wir dies bejaht, weil wir der Überzeugung sind, daß hier ein zusätzlicher Anreiz zur Vermeidung von Abfall im Sonderabfallbereich gegeben wird. Wir sind beim Hausmüll dieser Meinung nicht, weil wir der Überzeugung sind, eine Hausmüllabgabe auf Einwegverpackungen wird nicht die Verpackung ändern, sondern wird das Einzelhandelspreisniveau erhöhen, weil diese Abgabe nämlich auf die Preise überwälzt wird und wir nicht weniger Verpackungen, sondern höhere Preise bekommen, und das sollen bitte Sozialdemokraten unseren Bürgern erzählen, ich bitte nicht. Dies ist die Differenzierung, die wir vornehmen wollen.

(Beifall)

Auch deswegen arbeiten wir im Hausmüllbereich mit dem marktwirtschaftlichen Instrument einer Pfandabgabe, denn dann werden die Kosten der Abfallbeseitigung wirklich auf die zurückverlagert, die den Abfall eigentlich mitverursachen, nämlich unsere großen Einzelhandelsketten, die durch den Selbstbedienungsbereich mehr Abfall und weniger Arbeitskräfte aufweisen. Dies ist eine in sich geschlossene Konzeption einer auch marktwirtschaftliche Anreize nutzenden Umweltpolitik.

Meine Damen und Herren, was wir brauchen, ist die internationale Umweltpartnerschaft. Mehr und mehr sind wir in einer Situation, in der die Verbesserung der Umwelt durch Maßnahmen bei uns nur noch ganz geringe Fortschritte ermöglicht, dasselbe Geld, bei Nachbarn eingesetzt, aber dramatische Verbesserungen der Umwelt auch bei uns und weltweit ermöglicht. Deswegen sind wir der Überzeugung, daß wir mit der Zusammenarbeit etwa mit der DDR oder der Tschechoslowakei sehr nachhaltig Umweltentlastung betreiben können. Wir können die Nordsee als Lebensraum für Tier und Pflanze und vor allen Dingen als unersetzlichen Lebensraum und Erholungsraum für uns Menschen auf Dauer wirklich nur dann erhalten, wenn wir mit der DDR und mit der Tschechoslowakei eine Elbereinhaltepolitik betreiben können. Das steht im Mittelpunkt.

(Beifall)

Ich danke nicht zuletzt Ernst Albrecht dafür, daß er auf Landesebene genau das aufgegriffen hat, was wir in bundespolitischer Verantwortung getan haben. Meine Damen und Herren, die sechs Projekte, die wir in der DDR jetzt machen, um die Elbe zu entlasten, etwa um 7 t Quecksilber, sind wirklich Maßnahmen, die in der internationalen Umweltpartnerschaft ihre Begründung finden. Wir sollten diesen Weg konsequent weitergehen.

(Beifall)

Man mag sich über Begriffe streiten. Natürlich, wer weiß heute noch, was „Marshall-Plan“ war. Aber es war einmal die Hilfe der Vereinigten Staaten dafür, daß wir die Ruinen des Zweiten Weltkriegs bei uns überwinden konnten und diese Entwicklung in ein neues Wirtschaftswunder einfließen lassen konnten. Es gibt auch jetzt Ruinen, es gibt Ruinen in der Umwelt, in der Natur unserer Nachbarn im Osten. Hier ist nicht nur ein ökonomischer Offenbarungseid festzustellen, sondern hier ist auch der ökologische Offenbarungseid notwendig. In einer solchen Situation ist es sehr wohl richtig und sinnvoll, darüber nachzudenken, ob wir nicht so etwas wie einen ökologischen Europaplan brauchen, in dem wir, aber auch alle anderen in unserem westlichen Nachbarbereich mit dazu beitragen müssen, daß das gemeinsame europäische Haus ein Haus ist, in dem man wirklich auch in Zukunft in einer lebenswerten Umwelt leben kann. Dies ist Hilfe für andere, aber auch für uns.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, dies gilt nicht nur für Europa. Wir brauchen eine globale Umweltpartnerschaft. Es ist ganz unstrittig, daß das, was wirklich existentiell von uns abverlangt wird, mit dieser globalen Umweltpartnerschaft verbunden ist. Ich bin sehr der Überzeugung, daß die Themen Treibhauseffekt, Gefährdung der Ozonschicht und Rettung-tropischer Regenwälder in den Mittelpunkt unserer Umweltpolitik gehören. Wir sind dem Bundeskanzler dankbar dafür, daß er es erreicht hat, diese internationalen Themen wirklich auch auf die Agenda der internationalen Konferenzen zu bringen, daß sie dort wirklich ernst genommen werden. Es ist unstrittig sein Verdienst von Toronto bis Paris. Daß der letzte Weltwirtschaftsgipfel in Paris schon fast ein Umweltgipfel war, ist Beleg dafür, daß wir diesen Weg weitergehen können. Wir brauchen etwa mit Blick auf den Treibhauseffekt eine Klimakonvention weltweit, so wie wir das mit Blick auf die Fluorchlorkohlenwasserstoffe in der Wiener Konvention haben. Wir brauchen diese Klimakonvention spätestens bei der UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung 1992. Wir müssen sie dort so weit haben, daß auch konkrete Protokolle mit Maßnahmen und Minderungszielen für die klimarelevanten Spurengase vorgelegt werden können.

Wir brauchen, meine Damen und Herren, eine Verschärfung des Protokolls von Montreal, das vorsieht, die Fluorchlorkohlenwasserstoffe bis 1999 weltweit nur zu halbieren. Wir müssen dazu kommen, daß das, was wir für uns beschlossen haben – in voller Übereinstimmung mit der Enquete-Kommission und in einem einstimmigen Beschluß des Deutschen Bundestages –, Realität wird, nämlich bis 1995 mit FCKW endgültig Schluß zu machen.

(Zustimmung)

Und ich füge hinzu, meine Damen und Herren: Jeder Monat früher ist ein gewonnener Monat. Wir werden uns – mit allen zusammen – massiv anstrengen, Ersatzstoffe zu entwickeln, so daß wir dieses Ziel auch vor 1995 erreicht haben.

(Beifall)

Und ein Letztes: Internationale Umweltpartnerschaft, meine Damen und Herren, auch mit Blick auf die tropischen Regenwälder: Auch hier sei nur; ganz kurz in die Diskussion einleitend, gesagt: Was die Länder mit tropischen Regenwäldern nicht brauchen, sind unsere guten Ratschläge. Und sie brauchen auch nicht unsere vordergründige Moral der isolierten Boykotterklärungen; beides brauchen sie nicht!

(Beifall)

Dies bringt uns möglicherweise hier bei uns zwar schnell eine gute Schlagzeile, aber die Lösung der Probleme bringt es nicht. Was vielmehr gefragt ist, ist wirklich enge Zusammenarbeit. Was gefragt ist, ist technische Hilfe, etwa in der Forstwirtschaft.

(Zustimmung)

Wir gehen ganz selbstverständlich davon aus, daß unsere Wälder Forsten sind, die wir auf der Grundlage unserer Forstgesetze nachhaltig nutzen können. Und dann gehen wir hin und sagen: Aber bei euch nicht. Und dann kommt das zurück, was ich eingangs sagte: Wenn unsere Umweltpolitik darin besteht, daß wir reich und die anderen arm bleiben, dann wird sie nicht überzeugen können. Also, hier werden wir uns die Aufgabe schwerer machen.

Wir wollen die tropischen Regenwälder als unschätzbare Reservoir für Tier- und Pflanzenvielfalt erhalten. Wir wollen sie als entscheidende Voraussetzung zur Bindung von CO<sub>2</sub> erhalten. Aber wir müssen es so machen, meine Damen und Herren, daß wir anderen helfen, ihre wirtschaftlichen Probleme zu bewältigen, ohne Natur übernutzen zu müssen. Dann sind wir glaubwürdig, nicht aber dann, wenn wir vordergründig Moralität verbreiten.

(Beifall)

Und dies gilt insgesamt. Internationale Umweltpartnerschaft – das ist Verpflichtung im verantwortlichen Umgang mit modernen Techniken. Meine Damen und Herren, auch hier ist viel vordergründige Moralität im Spiel. Es ist vordergründige Moralität, zu sagen: Egal, was woanders passiert, wir steigen isoliert und allein aus Kernenergie aus. Das ist vordergründige Moralität! Denn, meine Damen und Herren, wenn wir aussteigen, dann ist das nicht gleichbedeutend damit, daß auch die anderen 300 Kernkraftwerke weltweit vom Netz gehen. Aber wir steigen aus der Verantwortung für die Weiterentwicklung von Kernertechnologie und -sicherheit aus. Dies können wir uns als technologisch führendes Land in der Welt nicht leisten, wie ich meine.

(Beifall)

Hier geht Verantwortung wesentlich weiter.

Ich zitiere an dieser Stelle mit großem Nachdruck Manfred Eigen, einen der großen Nobelpreisträger. Er hat gesagt:

Ob gerade wir eine Wahrheit ans Licht fördern oder nicht, sie existiert so oder so und wird deshalb von irgend jemandem eines Tages entschleierte.

Und er folgert daraus:

Ich halte es für gefährlich, zu glauben, daß man Forschung einfach abschafft, verbietet oder wesentlich einschränkt, statt zu lernen, mit erworbenem Wissen vernünftig umzugehen.

Genau das ist der Punkt, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Wenn wir aus der Verantwortung für schwierige Techniken aussteigen, dann werden wir die Risiken nicht bewältigen, sondern wir werden sie nur exportieren: im besseren Fall in Länder, die mit diesen Techniken genauso gut umgehen können wie wir, im schlechteren Fall in Länder, die damit schlechter umgehen können. Und dann ist es nicht eine bessere Moral, sondern es ist die schlechtere Moral, wenn wir isoliert aussteigen und andere in dieser Verantwortung belassen.

(Beifall)

Nein, meine Damen und Herren, wir stellen uns dieser sehr schweren und sehr wichtigen Verantwortung – nicht aus Übermut und nicht deswegen, weil wir nur noch

die positivistische Aussage zu moderner Technik haben. Wir wissen sehr genau – und ich zitiere noch einmal das, was wir 1980 bei den Bischöfen gelesen haben –:

Der Mensch darf nicht alles, was er kann. Und je mehr er kann, um so größer wird seine Verantwortung.

Aber wenn wir dieser Verantwortung dadurch zu entgehen trachten, daß wir uns diesen Herausforderungen gar nicht stellen, dann, meine Damen und Herren, ist diese Moral sehr vordergründig und wird, glaube ich, von uns nicht geteilt werden können.

(Beifall)

Dies gilt nicht nur für Kernenergie, sondern das gilt für die Gentechnik, das gilt für die Prozesse der modernen Chemie genauso. Das gilt für vieles, was uns als Baustein von Natur und Leben alles noch bekannt werden wird.

Unserer Verantwortung für die Schöpfung, unserer Verantwortung auch für diese Welt mit einer weiter dramatisch ansteigenden Bevölkerung ist nur dann entsprochen worden, wenn wir uns dieser Herausforderung stellen und uns nicht mit dem Hinweis auf moralische Kategorien von vornherein versagen. Hier bindet dieser Leitantrag in unsere Gesamtüberzeugung ein, meine Damen und Herren: daß wir Zukunft zu gestalten haben, daß wir uns darauf nicht nur einzulassen haben, indem wir immer wieder neue Techniken auf andere setzen. Und der so oft – und so oft falsch – zitierte Hans Jonas hat eben nicht nur das „Prinzip Verantwortung“ fixiert, sondern er hat auch darauf hingewiesen, daß das Abenteuer Technik weitergehen muß, weil diese Welt ohne unsere Kenntnis über ihre Bausteine nicht überleben können. Dies ist Auftrag für unsere Diskussion.

Ich danke Ihnen sehr herzlich.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

**Albrecht Martin**, Tagungspräsidium: Lieber Klaus Töpfer, der Parteitag dankt Ihnen ganz herzlich für Ihre Einführung in die Beratung des Antrags: „Unsere Verantwortung für die Schöpfung“. Ich denke, daß ich in aller Namen sprechen darf, wenn ich feststelle: Ihre Rede soeben ist einer der Höhepunkte dieses Bundesparteitags gewesen.

(Beifall)

Ich nutze gern die Gelegenheit, Ihnen – auch hier, denke ich, im Namen aller – ganz herzlich für all das zu danken, was Sie in den letzten beiden Jahren auf dem Gebiet des Umweltschutzes in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa vorangebracht haben. Daß ein Mann, der sich in der praktischen gesetzgebenden und regierenden Arbeit mit diesen Problemen täglich auseinandersetzen muß, eine solche Grundsatzrede halten kann und damit deutlich macht, daß Umweltpolitik heute in alle Bereiche politischen Handelns eingebunden ist und daß dieses Handeln wiederum in unsere Verantwortung eingebettet ist, die wir als Menschen für die Schöpfung und für die Zukunft tragen, macht, wie ich denke, das Besondere einer Politik aus, die von christlichen Demokraten getragen wird. Darin, daß Sie dies heute hier so eindeutig machen konnten, liegt nicht zuletzt der Wert Ihrer Rede.

Wir wünschen Ihnen für die vor Ihnen liegenden Auseinandersetzungen im Saarland und um das Saarland viel Erfolg!

(Beifall)

Ich denke, daß durch Ihre Kandidatur dort – weit über die Grenzen des Saarlandes hinaus – die grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen Christlich Demokratischer Union und Sozialdemokratie auf dem Gebiet der Umweltpolitik geführt wird, die nicht die Auseinandersetzung um ein schmales Ressortgebiet, sondern eine Auseinandersetzung um die Grundlagen politischen Handelns ist.

Vielen Dank für das, was Sie uns heute hier dargeboten haben, und viel Glück für die Zukunft.

(Beifall)

**Otti Geschka**, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich eröffne jetzt die allgemeine Aussprache zu Tagesordnungspunkt 15. Für die Grundsatzaussprache liegen mir bisher drei Wortmeldungen vor. Der erste Redner ist Herr Minister Vetter aus Baden-Württemberg. Nach ihm haben Herr Rau aus Baden-Württemberg und Herr Dr. Arnold das Wort.

**Erwin Vetter**: Verehrte Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Klaus Töpfer hat soeben den Leitantrag zur Umweltpolitik vorgetragen, und zwar in beeindruckender Weise, wie ich meine. Er hat eine Bundesposition vorgetragen. Ich glaube, wir sollten hinzufügen, daß Klaus Töpfer mit dieser Position nicht alleinsteht. Umweltpolitik der CDU wird in unserem Staat zusammen ausgetragen und zusammen diskutiert. Was Gegenstand des heutigen Leitantrages ist, wird von uns auf der Länderseite zu vollziehen sein. Es wird von uns mitgetragen. Wir müssen als alte Parteisoldaten aber auch hinzufügen, daß es jetzt darum geht, dieses geschlossene Konzept in die Kreis- und Ortsverbände hineinzutragen.

Meine lieben Parteifreunde, damit ist eine riesige Chance gegeben, daß die CDU die Meinungsführerschaft in der Umweltpolitik ausbaut. Jeder von uns, der mit den Menschen draußen redet, weiß, daß mit der Umweltpolitik Wahlen gewonnen werden können und ohne sie Wahlen nicht mehr gewonnen werden können.

(Beifall)

Wir stellen fest, daß unsere Positionen bei der jungen Generation nicht immer die besten waren und sind. Dies ist auch darauf zurückzuführen, daß unser Profil gefestigt werden muß. Welches ist das Profil der CDU? Das muß in der Umweltpolitik die entscheidende Frage sein. Unser Profil sollte beinhalten, daß wir nicht bei Kläranlagen und Luftreinhaltungsanlagen ansetzen. Wir müssen uns dem Thema vielmehr vom geistig-ethischen Gehalt her stellen. Wir müssen das Thema in den Kontext von Ökologie und Ökonomie stellen. Wir dürfen nicht nur die Ausgabenseite ansprechen, sondern müssen auch die Einnahmenseite ansprechen. Umweltpolitik ist für uns keine Sache der parteipolitischen Ideologie. Es geht vielmehr darum, das Thema einer gesunden Marktwirtschaft anzugehen. Meine Damen und Herren, unter diesem Aspekt muß man sich den vorliegenden Leitantrag gewissermaßen einmal auf der Zunge zergehen lassen. Er beinhaltet ein geschlossenes Konzept. Es beginnt damit, daß wir die ethische Umkehr deutlich machen: weg von der Herrschaft des Menschen über die Erde, hin zum Prinzip des Dienens. Wir spannen die Wissenschaft für das Thema der Umweltpolitik ein. Wir machen weiterhin deutlich, daß nicht ein Gegeneinander die Umweltpolitik bestimmen darf. Klaus Töpfer hat gesagt, daß auch Umwelt und Landwirtschaft auf einen Nenner gebracht werden müssen. Dies kann aber nicht unter dem Aspekt geschehen, daß Landwirte an den Pranger gestellt werden. Es kann vielmehr nur unter dem Aspekt geschehen, daß wir alle zusammen zu einer Lösung kommen müssen.

Meine lieben Freunde, das Profil der CDU beinhaltet aber auch, daß wir die Zusammenhänge sehen. Wir müssen uns vergegenwärtigen, daß Umweltpolitik über die Tragfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft entscheidet.

(Vereinzelt Beifall)

In der Zukunft werden immer weniger arbeitende Hände dasein, und es werden junge Menschen am Arbeitsplatz fehlen. Wir wissen ganz genau, daß wir dies nur ausgleichen können, wenn wir intelligente Maschinen, Computer und Hochtechnologie einspannen, um das an Bruttosozialprodukt zu erarbeiten, was unser soziales Netz hält. Wir müssen aber auch erkennen, daß dieses Netz nur zu halten ist, wenn wir jetzt keine neuen Folgelasten mehr produzieren, die uns selbst und den nachkommenden Generationen, also unseren Kindern, unglaubliche Folgekosten aufladen.

Meine lieben Freunde, das Thema Umweltpolitik entscheidet über das Thema Soziale Marktwirtschaft. Das Thema Umweltpolitik wird das Kernthema kommender wahlpolitischer Auseinandersetzungen werden.

Welches ist nun das Profil der CDU? Das Profil der CDU muß deutlich von dem der SPD abgegrenzt werden. Die SPD ist nach wie vor eine Partei, die nach Großsystemen sucht, die den Staatsanteil zu vergrößern sucht und der es nicht so sehr darauf ankommt, daß das Eigeninteresse der Bürger angeregt wird. Dem müssen wir ganz eindeutig unser Profil entgegensetzen. Wir selbst – die CDU – müssen anfangen, die Bürger in den Haushalten, in den Vereinen, in den Verbänden müssen anfangen, mit dem Thema Umweltpolitik ernst zu machen.

(Beifall)

Wir müssen uns auch deutlich gegen eine Erhöhung des Staatsanteils und für den Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente, wie sie Klaus Töpfer vorgeschlagen hat, aussprechen, wobei dieser Einsatz abgabenorientiert und auf Problemfelder hin orientiert sein muß, auf Müll, auf Naturschutz, auf Luftreinhaltung und Abwasser. Unsere Aufgabenfelder sind problemorientiert, nicht aber auf Vergrößerung des Staatsanteils ausgerichtet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Bücher sind nunmehr geschrieben. Wir müssen jetzt mit den Konzepten, die CDU-Konzepte sind, ans Werk gehen. Ich nenne in diesem Zusammenhang in erster Linie das Vorsorgeprinzip.

(Lothar Späth betritt den Saal und wird von einem Teil der Delegierten mit anhaltendem Beifall begrüßt)

– Auch ich heiße unseren Ministerpräsidenten jetzt herzlich willkommen.

Meine Damen und Herren, das Vorsorgeprinzip beinhaltet, konsequent den Weg voranzugehen, den wir beschritten haben. In der Zeit der umweltpolitischen Null-Lösungen während der sozialliberalen Koalition gab es nichts. Heute gibt es Vorsorgelösungen. Ich nenne das Chemikaliengesetz und die Abfallgesetze. Es gibt bei uns in Baden-Württemberg heute auch den Wasserpfennig, der von dem Gedanken ausgeht, daß das, was in den Boden oben als Schadstoffe nicht eindringt, auch nicht als Verschmutzung unten im Grundwasser landen kann. Wir betreiben also keine Politik der Filteranlagen, sondern eine Vorsorgepolitik zusammen mit den Landwirten.

Meine Damen und Herren, jetzt muß es Schlag auf Schlag gehen. Es ist Entscheidungszeit in der Umweltpolitik. Entscheidungszeit heißt: Wir unterstützen es, daß das

Naturschutzgesetz – ein zu Herzen gehendes Thema – jetzt durchgebracht wird. Wir bitten die Bundesregierung und alle Verantwortlichen, aufzumerken, daß Umweltpolitik nicht nur mit High-tech betrieben werden kann. Mit dem Thema Naturschutz können Sie die meisten Menschen gewinnen. Deswegen ist es unsere Überzeugung, daß das Naturschutzgesetz so schnell wie möglich verabschiedet werden muß. Dabei muß die Naturschutzabgabe einbezogen werden. Wir können es uns nicht erlauben, Naturschutz auf dem Rücken der Landwirte zu betreiben. Es muß hier vielmehr eine Koppelung geben. Deswegen bitten wir alle Verantwortlichen, dieses Thema ernst zu nehmen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sollten auch das Thema der Abgaben und der marktwirtschaftlichen Instrumente angehen, und zwar felder- und problemorientiert. Wir sollten auch ein drittes Thema angehen, nämlich das Thema der Privatisierung als eines Instrumentes unserer Umweltpolitik. Das Thema heißt: Privatisierung mit Umwelt-TÜV. Es ist besser, das Eigeninteresse der Betriebe zu wecken und die Betriebe zu veranlassen, eigene Betriebsprüfungen durchzuführen, als tausend Polizisten in die Betriebe zu schicken, die dort von Obergkeiten wegen kontrollieren.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es ist besser, wenn wir in der Umweltpolitik dadurch das eigene Interesse wecken, daß wir sagen, wer abfallarme Produktion einführt, bekommt eine steuerliche oder abgabemäßige Entlastung. Wir sollten nicht von Belastungen reden, wir sollten von Entlastungen für Umweltfreunde reden.

Meine Damen und Herren, wir sollten in der CDU deutlich machen, daß mit diesem Leitantrag ein geschlossenes Konzept vorhanden ist, das uns vorwärts bringt, das uns in der CDU zusammen mit der Bundesregierung, mit Klaus Töpfer in einer großen Solidarität und Einmütigkeit verbindet und daß wir in der Partei dieses Thema Umweltschutz als das Thema für die Wahl in unsere Organisationen hineintragen. Meine Damen und Herren, nicht nur Technik, sondern das Herz wird über die Frage entscheiden, wie wir junge Menschen gewinnen und wie wir die junge Generation an uns heranziehen.

Ich bitte Sie und rufe Sie alle dazu auf, nehmen Sie dieses Thema sehr ernst. Es hilft uns, Wahlen zu gewinnen, oder wird dazu beitragen, daß wir in der jungen Generation verlieren. Umweltschutz ist eine Existenzfrage für diese Gesellschaft.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Otti Geschka**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Vetter. Das Wort hat jetzt Herr Helmut Rau aus Baden-Württemberg.

**Helmut Rau:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte um Nachsicht, wir Baden-Württemberger haben eine strenge Nacht hinter uns. Ich möchte mich auf einige Bemerkungen zur Energiepolitik konzentrieren, die aber, glaube ich, auch in die Grundsatz Aussprache gehören. Das Schlimmste, was der Politik zustoßen kann, ist, daß sie als machtlos und einfalllos beurteilt wird. Geschieht dies in einem Bereich, der von den Bürgern als besonders wichtig empfunden wird, so geht dies ans Eingemachte, nämlich ans Wählerverhalten. Umweltminister Werner Remmers aus Niedersachsen spricht zu Recht von einem Vertrauensbruch in weiten Teilen der Bevölkerung, was die Kernenergie angeht. Abgesehen davon, daß es nach

Aussagen aller Experten völlig unsinnig wäre, die Kernenergie zur Grundlage einer weltweiten CO<sub>2</sub>-armen Energiewirtschaft machen zu wollen, es wäre auch nicht durchsetzbar. Politik kann sich nur an Demoskopie orientieren, aber sie muß akzeptiert werden. Wenn sich Energiepolitik im Nachvollziehen von EVU-Positionen erschöpft, wird sie keine öffentliche Anerkennung gewinnen können. Deswegen greift die Parteitagsvorlage in diesem Punkt zu kurz. Es ist einigermaßen tragbar, was darin steht, aber es ist zu wenig. Es läßt eine langfristige Perspektive vermissen. Der Vertrauensverlust, den kriminelle Machenschaften von Nuklearfirmen, Tschernobyl, vertuschte Störfälle und die Wackersdorf-Affäre ausgelöst haben, ist nicht wiedergutzumachen. Wir sind nach Wackersdorf viel zu schnell zur Tagesordnung übergegangen. Was ist dort passiert? Wir haben jahrelang behauptet, Wackersdorf müsse sein. Wir haben von Arbeitsplätzen und von Sicherheit gesprochen. Wir haben Tausenden von Polizisten erklärt, daß sie die Grundfesten des Rechtsstaats am Bauzaun zu sichern haben, und wir haben Tausende besorgter und entrüsteter Menschen in die Nähe von Kriminellen gerückt. Ungerührt hat eine Handvoll Leute, die keinen Wählerauftrag haben, die keinem Parlament Rechenschaft schulden, die aber offensichtlich sehr mächtig sind, die Auseinandersetzungen um Wackersdorf gelöst. Wir haben gerade noch den Zug nach Europa erwischt, und uns wird noch zugemutet, den ganzen Vorgang mit dem Prädikat „weltweit führende Rolle“ in der Parteitagsvorlage abzufeiern. Dieser Vorgang hat die ohnehin geringe Akzeptanz in der Energiepolitik weiter reduziert, er hat sogar die Legitimationsfrage gestellt: Wer betreibt mit welchem Recht welche Energiepolitik?

Da sich großtechnische Entwicklungen in der Energiewirtschaft in langen Zeiträumen abspielen, müssen wir heute die Zielvorgabe formulieren, wenn wir der Energiepolitik wieder zu Ansehen und Respekt verhelfen wollen. Dies heißt, ein klares Wort zu allen fossilen Energiequellen wegen der damit verbundenen Klimarisiken. In der Bundesrepublik Deutschland werden derzeit pro Kopf und Jahr 12 Tonnen CO<sub>2</sub> produziert und in die Atmosphäre gejagt. Die weltweite Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes um 50 % bis zum Jahre 2050, wie sie von der Klimakonferenz in Toronto 1988 mit Zustimmung der Bundesregierung empfohlen wurde, würde dann bei doppelter Weltbevölkerung einen Ausstoß von einer Tonne pro Person und Jahr weltweit zulassen. Diese Reduzierung – ein überlebensnotwendiges Minimum – ist nur mit einer neuen Energieversorgung zu erbringen.

Dies heißt zweitens eine klare Einstufung der Kernenergie als Übergangsenergie. Atomreaktoren sind auslaufende Modelle, manche bevor sie richtig angelaufen sind.

Das heißt drittens eine Festlegung auf eine künftige großtechnische Lösung. Wir plädieren für die Solar-Wasserstoff-Technologie. Hier greift die Vorlage gar zur Notlüge, wenn formuliert wird: „Eine Energieversorgung ohne Kernenergie müßte erst noch erfunden werden.“ Dies ist falsch. Professor Winter, einer der führenden Forscher bei einer so seriösen Einrichtung wie der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt stellt fest, ein solares Wasserstoffenergiesystem bedarf keinesgrundsätzlichen technischen Durchbruchs mehr, seine Komponenten sind verfügbar, technische Unwägbarkeiten sind dadurch eingegrenzt. Solare Wasserstoffenergiesysteme sind ökologisch neutral. Sie sind die einzigen geschlossenen Kreislaufenergiesysteme, deren sich die Menschen bedienen können. Unsere Volkswirtschaft ist eine der innovationsfähigsten der Welt. Sie würde sich große Chancen eröffnen, wenn sie an der Spitze der Bewegung in ein neues Energiezeitalter marschiert.

Lassen Sie uns dem Papier eine Langzeitkomponente hinzufügen. Der Kreisverband Wiesbaden hat einige bemerkenswerte Anträge hierzu formuliert. Ich möchte Ihnen sagen, daß wir vom Kreisverband Emmendingen unsere Anträge zurückziehen, weil wir dort in diesen Anträgen diese Weichenstellung mit sehen. Wir möchten dies mittragen. Ich empfehle Ihnen dieses auch, damit wir zeigen können, daß wir nicht nur jetzt Energiepolitik verwalten, sondern langfristig gestalten.

(Beifall)

**Otti Geschka**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Rau. Jetzt Herr Dr. Arnold aus Baden-Württemberg, dann Herr Josef Krott aus Nordrhein-Westfalen.

**Dr. Michael Arnold**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte ebenfalls etwas zu den Kapiteln Energieversorgung und Umwelt sowie der verantwortlichen Nutzung der Kernenergie sagen. Herr Minister Töpfer, ich bin ein Anhänger Ihrer Politik, gleichwohl erlauben Sie mir zwei kritische Bemerkungen, gewissermaßen um Sie zu weiteren Höchstleistungen herauszufordern. Ich möchte zwei Punkte aus diesen Kapiteln herausgreifen.

Erstens. Die Verfasser des Papiers nehmen, für mich durchaus sensibel, die Dramatik des Treibhauseffektes und die Entsorgungs- und Sicherheitsproblematik bei der Kernenergie auf. In ihren Schlußfolgerungen sind mir jedoch die Aussagen zu halbherzig und für ein Parteiprogramm der CDU zu wenig mutig. Wenn im Papier in Ziffer 45 davon die Rede ist, daß eine umweltverträgliche Alternative zur Kernenergie nicht verfügbar sei, wie es heißt, und eine CO<sub>2</sub>-freie Alternative zur Kernenergie erst noch erfunden werden müsse, so ist dies eine kleinlaute und zum Teil sogar unrichtige Behauptung.

Meine Damen und Herren, es sind z. B. die Bausteine für ein wasserstoffgestütztes Solarenergiesystem vorhanden und auch am Markt. Sie sind nur noch nicht großtechnisch erprobt und nicht zur Serienreife entwickelt. Es gibt aber durchaus schon heute technisch entwicklungsfähige Alternativen zur Kernenergie und zur Verbrennung fossiler Energieträger. Die Frage ist allein, ob wir ihrer großtechnischen Anwendung auch politisch zum Durchbruch verhelfen wollen. Es geht mir – das möchte ich betonen – nicht um kurzfristige Ausstiegsszenarien, aber wir müssen heute darüber reden, wie das Energieversorgungssystem unserer Enkel morgen aussehen soll. Als politische Partei dürfen wir nicht nur passiv abwarten, was uns Industrie und Energieversorgungsunternehmen vielleicht anbieten oder auch nicht, sondern müssen wieder stärker politische Zielvorstellungen entwickeln, wohin die energiepolitische Reise gehen soll.

Eine zweite Bemerkung. In dem Bundesvorstandspapier fehlt eine Aussage darüber, mit welchen Instrumentarien der Strukturwandel in der Energiepolitik weg von den fossilen und nuklearen Energieträgern hin zu ökologisch verträglicheren Technologien erreicht werden soll.

Die Vorlage stellt zwar zu Recht heraus, daß wir heute einen gleich hohen Primärenergieverbrauch haben wie Mitte der 70er Jahre, und das bei 30 % höherem Sozialprodukt, aber das Papier zieht aus dieser Erkenntnis keine folgerichtige Konsequenz. Denn die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch und die damit verbundene stille Revolution in der Energiepolitik waren ausschließlich über den Preis möglich. Energie war in den 70er Jahren und Anfang der 80er Jahre

teuer, was zu dem Innovationsdruck geführt hat, ohne den der Erfolg, der heute da ist, nicht möglich geworden wäre.

Ich möchte hier nicht undifferenziert den von der SPD propagierten Öko- oder Energiesteuern das Wort reden, auch weil es vor allem im Hinblick auf die europäische Konkurrenz verhängnisvoll wäre, solche Steuern auf das bestehende Steuer- und Abgabensystem einfach draufzusatteln; aber die CDU wird nicht umhin können, sich mit den Rahmenbedingungen einer Lenkungsabgabe auf fossile und nukleare Energieträger zu befassen. Denn der Druck auf neue technische Entwicklungen wird nur anhalten, wenn sich das Energiesparen und die Anwendung alternativer Energiequellen und alternativer Energieformen auch ökonomisch lohnen. Mit einer Lenkungsabgabe lassen sich auf marktkonformer Weise ökologische Probleme mit ökonomischen Mitteln lösen.

Genauso, wie es möglich war, über die Mineralölsteuer und die Kfz-Steuer-Ermäßigung die Trendumkehr zum Dreiwegekat zu erreichen, muß es möglich sein, über eine zeitlich gestaffelte Lenkungsabgabe auf fossile und nukleare Energieträger Stück für Stück die Entwicklung und großtechnische Anwendung alternativer Energiequellen auch ökonomisch interessant werden zu lassen. Dies sage ich auch und vor allem mit Blick auf die kommunalen Energieversorger, die bei der Erprobung und Anwendung von dezentralen Systemen des Energiesparens und der Eigenerzeugung von Energie immer schon wichtige Schrittmacherdienste geleistet haben.

Meine Damen und Herren, ich meine, daß all dies am besten – das ist bereits angesprochen worden – im Antrag B 460 des Kreisverbandes Wiesbaden zum Ausdruck kommt. Ich als südbadischer Delegierter habe mich über diesen Antrag sehr gefreut und empfehle hier, ihn zu unterstützen, denn in diesem Antrag kommt unmißverständlich zum Ausdruck, daß sowohl fossile Energieträger als auch die Kernenergie nur als Übergangstechnologien verantwortbar sind.

Unter dieser Zielsetzung kann ich dem Bundesvorstandspapier zustimmen, muß aber hinzufügen, daß dies nicht das Ende, sondern für mich eigentlich erst der Anfang einer Diskussion über unsere energiepolitische Zukunft sein kann. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Otti Geschka**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Arnold.

Das Wort hat jetzt Herr Krott.

**Josef Krott**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich komme aus Jülich, wo eine große Forschungsanlage zu Hause ist, in der Kernforschung betrieben wird. Wir in Jülich sind u.a. in der Nuklearmedizin führend. Professor Feinendegen ist einer der anerkanntesten Nuklearmediziner der Welt.

Warum sage ich das, meine sehr verehrten Damen und Herren? Ich sage es deshalb, weil der energiepolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Josef Vosen, in den „Aachener Nachrichten“ am 2. September 1989 folgendes schrieb: Die SPD fordert umgehend den Ausstieg nicht nur aus der Kernenergie, sondern fordert auch – man höre und staune –, daß in den Atomzentren Karlsruhe und Jülich umgehend auch die Forschung außer dem Bereich Sicherheit – den wollte er ausgeklammert wissen – eingestellt wird.

Deshalb, Herr Minister Töpfer, möchte ich mich ganz herzlich bei Ihnen dafür bedanken, daß Sie am heutigen Morgen eine klare Aussage zur Kernforschung gemacht haben. Herzlichen Dank!

(Beifall)

**Otti Geschka**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Krott!

Das Wort hat jetzt Minister Dr. Riesenhuber.

**Dr. Heinz Riesenhuber:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Es ist hier die Frage nach mehr Forschung, nach mehr Arbeit an regenerativen Energien gestellt worden. Wir haben, seit wir die Verantwortung in der Bundesrepublik tragen, die regenerativen Energien und ihre Erforschung ständig weitergeführt. Wir haben heute ein Programm, das international an herausragender Stelle steht. Wir haben ein Programm, das von den Aufwendungen her – das ist nicht alles, aber es verdient auch gesagt zu werden – größer ist als die Programme aller anderer Länder der Europäischen Gemeinschaft zusammengezählt, ein Programm, das größer ist als das Programm von Japan, das größer ist als das Programm der Vereinigten Staaten. Ich sage nicht, daß wir damit zufrieden sein können, aber ich sage, daß wir damit eine Voraussetzung dafür geschaffen haben, alle Möglichkeiten der neuen Energien so schnell und so zügig zu erforschen und zu eröffnen, wie es geht, und so werden wir es auch weiterhin machen.

(Beifall)

Gesprochen worden ist auch über die Markteinführung. Die Unionsfraktion im Deutschen Bundestag hat dies zum Thema gemacht. Wir haben hier nicht immer von allen – auch nicht von allen in der Koalition – Unterstützung bekommen, aber wir gehen dort, wo wir können, bis an die Grenze dessen, was wir dürfen, auch vom Ressortzuschnitt her. Das 100-Megawatt-Windenergieprogramm, von unseren Kollegen in Niedersachsen und in Schleswig-Holstein mit besonderer Energie vorangebracht, geht bis an die äußerste Grenze der Markteinführung. Es wird dazu führen, daß wir die Windenergie in den nächsten Jahren in allen Techniken – von den kleinen über die mittleren bis zu den großen Klassen – in die Serienreife und an den Markt bringen, auch in die Degression der Kosten und damit zur Durchsetzung am Markt. Auch dies gehört zu einer solchen Strategie.

Bei all dem ist allerdings eines zu sagen: Wir dürfen nicht Illusionen aufsitzen. Wir müssen wissen, daß die erneuerbaren Energien einen wichtigen und großen Beitrag leisten, wir müssen sie erforschen und an den Markt bringen, wo immer wir können, und wir haben dies bei der Photovoltaik und der Windenergie getan, wir haben es in der Grundlagenforschung getan, wir haben neue Materialien: Silizium, Tandemzellen, Dünnschichtzellen.

Gesprochen worden ist vom Wasserstoff. Wir haben zusammen mit Baden-Württemberg ein großes Projekt in Saudi-Arabien: Kombination von Sonnenenergie und Wasserstoff. Zusammen mit einem bayerischen EVU haben wir ein großes Projekt in der gleichen Kombination. Wir haben die Wasserstoffautos in der Praxis erprobt. Wir haben neue Techniken zur Wasserspaltung aufgebaut. Wir haben die ganze Fülle der Technik so angelegt, daß die Möglichkeiten ausgeschöpft werden.

Wir sind auch an die nachwachsenden Rohstoffe herangegangen. Vor drei Jahren galt Rapsöl als Motorentreibstoff als eine spinnerte Idee; heute haben wir Versuche über die ganze Republik hinweg. Damals war es so, daß gesagt wurde: Wenn ein Traktor übers Feld fährt, und das ganze Feld stinkt wie eine Frittenbude, dann ist das kein besonderer ökologischer Erfolg. Inzwischen aber haben wir technische Antworten. Wir verestern das Rapsöl, und wir kommen auf Züchtergebnisse zwischen 1,8 und 2 t Rapsöl pro ha, was vor einigen Jahren nicht abzusehen war. Hier haben wir in einer

Kombination von der Biotechnologie und der Gentechnologie über die Verarbeitung bis hin zum Motorenbau eine umfassende und integrierte Strategie.

(Beifall)

Ich sage dies, um zu zeigen, daß wir alles angehen, was möglich ist. Aber es wäre nicht wahrhaftig, wenn wir sagen würden: Damit ist kurzfristig eine Lösung zu erreichen. Das Reden von der Übergangsenergie und vom Ausstieg hat dann einen Sinn, wenn man weiß, in was man einsteigen muß, aber nicht vorher.

(Zustimmung)

Wir können nicht das aufgeben, was wir haben, bevor wir nicht neue Antworten finden.

(Beifall)

Insofern halte ich das für klug und richtig, was Klaus Töpfer zum Leit Antrag vorgetragen hat, indem er darüber sprach, daß auch Kerntechnik zu einer langfristigen Strategie, in einer begrenzten Welt für eine wachsende Menschheit die Energieversorgung zu gewährleisten, unverzichtbar gehört. Wir können hier nicht Probleme eröffnen, ohne Antworten zu erarbeiten! Wir müssen erst die Antworten, die neuen Techniken, haben, bevor wir irgendwo etwas anderes proklamieren dürfen.

(Beifall)

Sehen wir uns an, wie wir die Arbeit angelegt haben. Unsere internationale Zusammenarbeit, unsere neuen Verträge mit der Sowjetunion, mit der DDR haben die Reaktorsicherheit zum Gegenstand, um unsere Technik auf dem Gebiet der Reaktorsicherheit, die höchstes Niveau erreicht, auch anderen Ländern verfügbar zu machen, um damit die Voraussetzung zu schaffen, daß Kerntechnik nicht nur bei uns die höchsten Standards hat, sondern daß sie auch international auf den höchsten gemeinsam erreichbaren Standard gebracht wird. Nur dann ist sie verantwortbar. Deshalb dürfen wir nicht aussteigen, sondern wir müssen sie nach besten Kräften weiterentwickeln.

(Beifall)

Vor mir hat soeben ein Kollege aus Jülich gesprochen. Jülich hat großartige Arbeit bei der Entwicklung der Hochtemperaturtechnik geleistet. Ich bedauere es, daß durch eine Entscheidung der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen ein geordneter Auslaufbetrieb des Hochtemperaturreaktors nicht möglich gewesen ist. Wir haben hier eine großartige Technik erarbeitet, die wir brauchen werden.

(Beifall)

Was wir hier in der Strategie erkennen, ist folgendes: Je deutlicher den Menschen wird, wie wir in unserer begrenzten Welt mit einer begrenzten, verletzlichen Umwelt umzugehen haben, desto deutlicher wird ihnen, daß wir alle Techniken brauchen, die wir verantwortlich beherrschen können und daß wir hier nichts aufgeben können. Der Hochtemperaturreaktor ist eine Technik mit einem außerordentlich großen Sicherheitspotential, mit großen Möglichkeiten. Alles, was wir tun können, um ihn in der Zukunft als Linie weiterzuführen, die Technik zu erhalten und weiterzuentwickeln, werden wir in dem Maße tun, in dem wir Partner in der Wirtschaft finden können.

(Beifall)

Als wir in der Fraktion vor zehn Jahren über den CO<sub>2</sub>-Effekt sprachen, redete noch niemand davon. Professor Blohm, einer der wenigen deutschen Wissenschaftler, die dieses Problem damals ernstgenommen haben, hat uns einen Vortrag gehalten. Wir konnten dieses Thema damals nicht hochbringen. Wir sind eine sparsame Regierung.

Mein Haushalt ist um 20 %, 25 % gestiegen. Wir haben die Mittel für Klimaforschung um über 600 % gesteigert. Die entsprechenden Ansätze wachsen weiter, weil wir sehen müssen, wo die Probleme sind. Eine Antwort ist nur dann möglich, wenn wir erkennen, wo die Probleme sind, wenn wir sie in internationaler Zusammenarbeit aufarbeiten können und dann die technischen Antworten umfassend erarbeiten können.

Hierzu werden wir alles brauchen: Wir brauchen die neuen Energietechniken; wir brauchen die Kernkraft und die Kohle auf höchstem Sicherheits- und Umweltschutz-niveau; wir brauchen die Energieeinsparung.

Ich bitte, folgendes nicht ganz klein zu schreiben: Es ist zu Recht gesagt worden, daß der hohe Energiepreis die Energieeinsparungstechniken enorm unterstützt hat. Das ist wahr. Aber was gleichzeitig entstanden ist, hat noch nicht jeder gesehen. Gleichzeitig ist eine Entwicklung entstanden, bei der mehr Wachstum nicht notwendigerweise einen Mehrverbrauch an begrenzten Ressourcen, an Energie, an Umwelt und an Rohstoffen bedeutet, sondern bei der mehr Wachstum bedeuten kann, daß Neues erschlossen wird, daß die Grenzen des Wachstums durch Innovationskraft, Erfindungsgeist und technische Intelligenz hinausgeschoben werden. Das bedeutet auch, daß wir Techniken auch zugunsten der Dritten Welt erfinden. Deshalb ist ein Großteil unseres Programms in Kooperation mit Ländern der Dritten Welt – mit Indien, mit Indonesien, mit Brasilien – entstanden, um dort die regenerativen Techniken verfügbar zu machen, sie einzuführen, auf das eine Problemlösung – einschließlich Energieeinsparung – in internationaler Partnerschaft möglich ist.

Lassen Sie mich ein Letztes sagen. Was wir hier erreichen, ist eine wirkliche Energieeinsparung. In den siebziger Jahren wurde von einer Entkoppelung geredet, die vielleicht einmal stattfinden könne. Das Verhältnis zwischen Energieverbrauch und Wirtschaftswachstum: 1 : 0,8; 1 : 0,6. Über die letzten 15 Jahre haben wir ein Verhältnis von 1 : 0,0 in der Bundesrepublik erreicht. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen haben in den letzten 15 Jahren abgenommen. Das Problem ist lösbar. Es setzt voraus, daß wir Technik einsetzen – dies hat Herr Töpfer als ein wesentliches Element des Leitetrags herausgestellt –, und zwar nach unserem besten Können und in internationaler Partnerschaft. Es setzt voraus, daß wir wissen, daß wir in der Welt eine gemeinsame Aufgabe haben und daß wir als eine starke Industrienation einen großen Beitrag zu leisten haben.

Voraussetzung dafür ist natürlich, daß Frieden erhalten bleibt. Aber vielleicht ist es wirklich so, daß in dem Maße, in dem die Menschheit versteht, daß sie große Probleme nur gemeinsam lösen kann und daß die Probleme, die wir gemeinsam angehen können, größer sind als das, was uns traditionell trennt, die Chance zum Frieden und die Chance, die Probleme dauerhaft lösen zu können, wächst. Dazu tragen wir bei, nicht mit Verzicht auf Technik, nicht mit Ausstieg, sondern mit der Bereitschaft, Technik mit allem, was wir können, verantwortlich zu gestalten. Das war die stetige Linie in Umwelt-, Energie- und Forschungspolitik im Rahmen unserer langfristig angelegten Strategie.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Otti Geschka**, Tagungspräsidium: Ganz herzlichen Dank, Herr Dr. Riesenhuber.

Als nächster Redner hat Herr Fritz Tremmel aus Baden-Württemberg das Wort.

**Fritz Tremmel:** Meine lieben Parteifreunde! Ich will keine Rede halten, sondern nur einen kurzen Diskussionsbeitrag leisten. Ich will mir eine Rede ersparen, denn nachdem, was ich vorher nicht wußte, Minister Riesenhuber die Fakten in hervorragender Weise dargelegt hat, erübrigt sich das eigentlich. Ich will deswegen nur noch ein paar Ergänzungen vornehmen.

Meine Damen und Herren, Energiepolitik und Umweltpolitik sollte man nicht nur nach dem Prinzip, Glaube, Hoffnung und Liebe betreiben, sondern sie muß konkret formuliert werden. Wir können Energieträger dann ersetzen, wenn neue Energieträger vorhanden sind. In diesem Zustand, meine lieben Freunde, befinden wir uns heute noch nicht. Dies wird auch im Leitantrag des Bundesvorstandes der Partei sehr deutlich formuliert.

Vorhin wurde der Hochtemperaturreaktor angesprochen. Ich will ergänzend noch den Schnellen Brüter nennen. Ich befürchte, meine lieben Freunde, daß ihm das gleiche Schicksal wie dem Hochtemperaturreaktor beschieden sein wird. Wir werden es in der Zukunft noch bitter bereuen, daß wir uns von Technologien verabschieden, die für die Lösung der Energieprobleme der Zukunft vielleicht dringend notwendig sein werden. Das ist meine Befürchtung, meine lieben Freunde.

Es kann doch nicht so sein, daß wir sagen: Wir müssen Energie einsparen. – Natürlich müssen wir das tun, wo auch immer es geht. Es ist auch leicht zu sagen: Wir machen da eine Pönale drauf, oder wir erheben eine Ökologiesteuer oder wie auch immer man das bezeichnen mag. Wir stehen aber in einem wirtschaftlichen Wettbewerb, wir befinden uns in einer Konkurrenzsituation mit den Ländern, die um uns herum sind. Wir haben schon hohe Löhne, meine lieben Freunde. Wir haben die kürzesten Arbeitszeiten. Deshalb müssen wir sehr vorsichtig sein bei der Frage: Sollen wir Energie unnötigerweise noch besteuern, und was folgt daraus?

Wir müssen alles daransetzen, Energie zu sparen. Das ist richtig. Wir müssen alles daransetzen, neue Energieträger zu entwickeln. Wir dürfen aber nicht übersehen, wo die Grenzen der Möglichkeiten in diesem Bereich sind.

Wenn wir in Israel wären – ich war gerade vor vierzehn Tagen dort –, dann befände sich auf jedem Haus ein Sonnenkollektor von 3 qm und mehr; daneben stünde ein Rollreifenfaß für die Versorgung mit Warmwasser. Dies geht bei uns in der Bundesrepublik nach dem gegenwärtigen Stand der Technik nur über wenige Monate hinweg. Wenn wir einmal so weit wären, das Speicherproblem zu lösen – es ist nämlich eine der entscheidenden Fragen, ob es uns gelingt, auch im Winter warmes Wasser verfügbar zu halten –, dann wären wir einen Schritt weiter. Aber auch hier ist noch viel Forschung zu betreiben. Wann das zu einem Erfolg führen wird, ist noch offen.

Deshalb, meine Damen und Herren und liebe Parteifreunde, sage ich Ihnen: Wenn wir dem Leitantrag des Bundesvorstandes zustimmen, dann sind wir auf dem richtigen Weg.

Vielen Dank.

(Zustimmung)

**Otti Geschka**, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Tremmel.

Mir liegen nun zur allgemeinen Aussprache keine Wortmeldungen mehr vor.

Ich will jetzt gemäß § 20 Abs. 3 Nr. 5 und Abs. 4 unserer Geschäftsordnung zunächst über den Verfahrensantrag B 7 auf Absetzung des Beratungsgegenstandes abstimmen lassen. Sie finden diesen Antrag auf Seite 103 der Antragsbroschüre.

Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, den Antrag B 7 abzulehnen. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Möchte der Sprecher der Antragskommission das Wort? – Nun, die Empfehlung der Antragskommission liegt uns ja vor.

Ich komme damit zur Abstimmung.

Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen! – Enthaltungen? – Das erste war die Mehrheit. Der Verfahrensantrag B 7 ist damit abgelehnt.

Wir kommen zur Beratung des Antrags des Bundesvorstands. Ich will noch bekanntgeben, daß in die Schlußabstimmung über den Antrag des Bundesvorstands die Anträge E 30 und E 42 einbezogen werden, die Ihnen in dem Paket „Sonstige Anträge“ auf den Seiten 310 und 321 der Antragsbroschüre vorliegen.

Ich rufe nun die Präambel des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge B 1 bis B 8. Die Fundstelle für diese Anträge sind die Seiten 100 bis 105 der Antragsbroschüre, die Ihnen vorliegt.

Ich habe eine Wortmeldung zum Antrag B 1 aus Baden-Württemberg: von Herrn Dr. Hansen. Bitte sehr, Herr Dr. Hansen.

**Dr. Wilhelm Hansen, Konstanz:** Frau Vorsitzende! Liebe Freunde! Es war vielleicht ein Irrtum, B 1 anzukreuzen. Ich wollte zum allgemeinen Thema sprechen, zum Leitantrag allgemein. Ich möchte das jetzt tun.

Ich finde es großartig, daß dieser Leitantrag im Zentrum des Parteitags steht, weil Umweltfragen sicherlich die zentrale Herausforderung unserer Zeit sind. Es gibt dennoch einige Anmerkungen dazu.

Wir meinen, daß im Vordergrund unserer Bemühungen in der Umweltpolitik Vermeidungskonzepte stehen müßten. Vermeidungskonzepte sind im Bereich des Mülls anerkannt. Hier geht es darum, Müllanfall von vornherein zu vermeiden, um die Umweltprobleme zu reduzieren. Gleiche Konzepte sollte man beim Energieverbrauch und auch beim Verkehr entwickeln.

Zum Energieverbrauch. Wenn vorhin gesagt worden ist, 20 % der Menschen verwenden 80 % der Energie auf dieser Erde, so ist es eine Illusion, zu glauben, daß man durch Technik erreichen könne, den Drittweltländern und den Menschen, die bisher wesentlich weniger Energie verbrauchen, einen entscheidend höheren Energieverbrauch zu ermöglichen. Wir müssen ganz im Gegenteil in unserem Land Vorbild werden und intensiv darüber nachdenken, wie wir unseren Energieverbrauch reduzieren können. Das ist eine andere Möglichkeit, die Vorwürfe an die Industrieländer zurückzudrängen, daß wir selber in einer Verschwendungsgesellschaft leben und von der Dritten Welt Maßnahmen in Sachen Umweltschutz fordern. Wir müssen uns überlegen: Wie können wir aus dieser Verschwendungsgesellschaft aussteigen? Deshalb sollte im Vordergrund unserer Bemühungen ein Konzept zur Vermeidung von Energieverbrauch stehen.

Ich glaube, daß die Jugend in unserem Land solche Konzepte offen aufnimmt. Wenn wir uns auf diesem Parteitag umschaun, so sehen wir, daß sehr wenig Menschen unter vierzig Jahren hier sind. Die, die unter vierzig sind, stehen unserer Partei auch sehr reserviert gegenüber. Die, die unter vierzig sind, sind aber diejenigen, die bereit

sind, ihre Lebensverhältnisse umzustellen. Ich denke, daß bei diesen Menschen neue Wertvorstellungen bereits vorhanden sind, denen wir nicht nachlaufen sollten. Diese neue Wertvorstellung geht dahin, daß man bereit ist, in der persönlichen Lebensgestaltung Opfer hinzunehmen, daß man bereit ist, darüber nachzudenken, wo man persönlich Energie einsparen kann.

Das gilt in gleichem Maße für die Verkehrspolitik. Wir sollten nicht weiter hingehen und versuchen, dem wachsenden Autoverkehr durch bessere Straßen zu begegnen. Wir müssen versuchen, den Zuwachs des Autoverkehrs zu reduzieren. Das gilt für den Schwerverkehr. Dort müssen die Abgaben so drastisch sein, daß sich der Schwerverkehr nicht mehr weiter auf der Straße vermehrt. Das gilt aber auch für den Individualverkehr, für das eigene Kraftfahrzeug. Was das eigene Kraftfahrzeug angeht, so ist es sicher falsch, die Kilometerpauschale zu erhöhen oder eventuell für Mitfahrer eine Kilometerpauschale einzuführen. Der richtige Weg wäre die Reduzierung der Kilometerpauschale und eine Vergünstigung für den öffentlichen Personennahverkehr, etwa dergestalt, daß die Kosten, die man für den Personennahverkehr aufwendet, bei der Steuer abziehbar sind. Solche Konzepte muß man sich überlegen, um den öffentlichen Personennahverkehr gegenüber dem Individualverkehr wirklich zu bevorzugen. Das geschieht meines Erachtens in diesem Papier zu wenig. Die Verkehrspolitik kommt insgesamt zu kurz.

Es ist auch vom Flugverkehr die Rede. Wir müssen uns überlegen, ob wir nicht den Flugverkehr dadurch reduzieren können, daß wir z.B.B. Start- und Landegebühren erheben, und zwar in einem Ausmaß, daß der einzelne sehr wohl darüber nachdenkt, ob er für 600 DM oder 700 DM nach Mallorca fliegt. So etwas muß nicht unbedingt sein. Das heißt, wir sollten uns überlegen: Wie können wir Verkehrsvorgänge vermeiden? Solche Vermeidungskonzepte sollten absoluter Mittelpunkt unserer Bemühungen sein. Nur wenn das geschieht, werden wir auf Dauer erfolgreich sein. Denn die Art und Weise, wie wir mit Energie umgehen, wie wir Verkehrsvorgänge produzieren, kann nicht Vorbild für die Welt sein. Weil wir als Industrienation mit der höchsten technischen Kapazität in diesem Bereich für die Welt Vorbild sein sollten, sollten wir uns überlegen: Wie können wir zu einer Reduzierung von Verkehrsvorgängen gelangen, jedenfalls zu einem Nullwachstum? Wie können wir zu einer Reduzierung des Energieverbrauchs, jedenfalls zu einem Nullwachstum gelangen, um auf diese Weise auch der Dritten Welt ein gutes Zeichen zu geben?

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

**Otti Geschka**, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Dr. Hansen. Herr Dr. Hansen, Sie haben auf Ihrem Wortmeldezettel eindeutig geschrieben, daß Sie zum Antrag B 1 sprechen möchten. Dann rufe ich Sie natürlich auch zum Antrag B 1 auf.

Ich möchte das aber zum Anlaß nehmen, meine Damen und Herren, Sie alle zu bitten, bei Ihren Wortmeldungen auf dem Wortmeldezettel präzise zu vermerken, zu was Sie gerne sprechen möchten.

Mir liegen jetzt zu den Anträgen B 1 bis B 8 und der Präambel des Antrags des Bundesvorstandes keine Wortmeldungen mehr vor. Wünscht der Sprecher der Antragskommission das Wort?

(Zuruf: Nein!)

– Wenn das nicht der Fall ist – die Empfehlung der Antragskommission ist ausgedrückt –, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen! – Enthaltungen? – Das erste war eindeutig die Mehrheit. Damit ist der Präambel aus dem Antrag des Bundesvorstands zugestimmt.

**Dr. Rudolf Sprung**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich rufe die Ziffer 1 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge B 9 bis B 18. Sie finden sie in der Antragsbroschüre auf den Seiten 106 bis 108. Dazu liegt eine Wortmeldung vor, und zwar von Herrn Hermann-Josef Buchkremer vom Landesverband Nordrhein-Westfalen. Bitte, Herr Buchkremer.

**Hermann-Josef Buchkremer**: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich möchte zu dem Antrag B 11 vom Landesverband Hamburg sprechen. Als ich diesen Satz las, hatte ich den Eindruck, daß darin eine Veränderung unserer Einstellung zur Natur zum Ausdruck kommt, die wir bis dato nicht haben. Wenn Sie das Grundsatzprogramm sorgfältig lesen, werden Sie feststellen, daß es mehr unter dem Aspekt steht: Macht euch die Erde untertan. Von der Einstellung, daß wir Herren dieser Schöpfung mit dieser Schöpfung, weil sie uns hilft und weil sie für uns da ist, umgehen sollen, zu der Einstellung, die in dem Wort unserer Verantwortung für die Schöpfung zum Ausdruck kommt, ist ein Weg, den wir in den letzten elf Jahren zurückgelegt haben. Diese andere Einstellung zur Natur sollte deutlicher zum Ausdruck kommen als mit der Bemerkung, die Natur auch um ihrer selbst willen und nicht nur als Lebensgrundlage des Menschen zu schützen. Ich bin der Meinung, wir sollten diesen Schritt etwas weitergehen und sagen: Die Schöpfung ist in erster Linie als Selbstzweck von uns verantwortlich zu schützen.

Aus diesem Grunde begrüße ich die Formulierung im Antrag B 11, weil sie das deutlicher zum Ausdruck bringt. Ich glaube, daß das auch von der Mehrzahl der Jugend heute so gesehen wird.

**Dr. Rudolf Sprung**, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Buchkremer.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Aber die Antragskommission möchte zu diesen Anträgen das Wort nehmen. Bitte schön, Herr Göhner.

**Dr. Reinhard Göhner**, Antragskommission: Liebe Freunde, wir möchten Ihnen empfehlen, diesem Antrag Hamburgs zu folgen. Wir haben ihn in unser Votum aufgenommen, weil wir in der Tat deutlich machen wollen, daß es nicht nur um den Schutz der Lebensgrundlagen der Menschen geht – das auch, und das steht im Vordergrund –, sondern darüber hinaus auch darum – wie wir es im Leit Antrag formuliert haben –, deutlich zu machen, daß Pflanzen und Tiere Mitgeschöpfe sind, daß sie zur Schöpfung gehören. Deshalb scheint uns die Formulierung aus Hamburg vernünftig zu sein.

(Vereinzelt Beifall)

**Dr. Rudolf Sprung**, Tagungspräsidium: Schönen Dank, Herr Göhner.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dann ist der Antrag einstimmig angenommen worden.

Ich rufe die Ziffer 2 des Antrags des Bundesvorstands auf. Es handelt sich um die Anträge B 20 bis B 23. Fundstelle in der Antragsbroschüre sind die Seiten 108 und 109.

Wortmeldungen liegen dazu nicht vor. Wir können daher über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer der Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Auch diese Empfehlung ist einstimmig angenommen worden.

Ich rufe die Ziffer 3 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge B 19, B 24 bis B 33. In der Antragsbroschüre befinden sie sich auf den Seiten 109 bis 111.

Dazu liegt eine Wortmeldung von Dr. Roland Salchow vom Landesverband Hamburg vor.

**Dr. Roland Salchow:** Herr Vorsitzender! In Ziffer 3 wird der Zusammenhang von Umwelt, Wissenschaft und Technik und Weltbevölkerung thematisiert. Es wird nicht nur eine Zahl von Menschen vorgegeben – nämlich 8 bis 10 Milliarden –, sondern es wird auch behauptet, Wissenschaft und Technik könnten den Lebensraum für diese große Zahl von Erdbewohnern erhalten. Das ist klassischer Positivismus: alles ist machbar.

Der Antrag B 25 von Hamburg möchte einerseits die Zahlenangaben von 8 bis 10 Milliarden herausnehmen. Er möchte zum Thema machen, daß die Überbevölkerung der Erde ein entscheidendes Umweltproblem ist. Wenn wir die Umweltprobleme in Deutschland, Europa und in der Welt darstellen – wegen der Grenzüberschreitung; auch wir in Deutschland sind von allem betroffen –, dann sollten wir das Thema Überbevölkerung aus diesem Text nicht herauslassen. Meine Damen und Herren, derzeit verbraucht ein Westdeutscher 80 mal soviel Energie wie ein Bewohner Schwarzafrikas. Wenn wir aus sozialen Gründen in Südamerika, in Afrika und in Asien einen besseren Lebensstandard wollen, dann wachsen schon deshalb der Energieverbrauch und der Rohstoffverbrauch, und es wachsen auch die Emissionen und die Abfallberge. Und wenn sich dann noch die Weltbevölkerung verdoppelt, wie das in der Ziffer 3 gesagt wird, dann wird die Umweltfrage immer entscheidender, wie wir denn diese Menschen mit Nahrung und Energie versorgen wollen und wie wir gleichzeitig irreversible globale Schäden am Ökosystem verhindern wollen.

Fachleute schätzen den Energieverbrauch weltweit auf mindestens das Zweifache vom jetzigen, die UNO-Brundland-Kommission sogar auf das Fünffache vom jetzigen. Das Zwei- bis Fünffache bedeutet: mehr Kohlendioxid, mehr radioaktiven Abfall, mehr Stickoxide und mehr Schwermetalle. Auch unsere moderne Technik kann das nicht ausgleichen. Katalysator, Entschwefelung und inhärente Reaktorsicherheit sind schön und notwendig. Aber sie gleichen diesen Zuwachs nicht aus. Und wie ist es denn mit diesen Techniken in Kamerun und Sri Lanka?

Meine Damen und Herren, Fazit: Regenwaldabholzung, Zunahme der Wüstenfläche – jedes Jahr wächst die Wüstenfläche auf der Erde in einer Größe der Landesfläche von Bayern – und der Treibhauseffekt, all das sind Folgen der Überbevölkerung und der damit verbundenen sozialen Not. Fazit: Wir können uns Überbevölkerung auf der Erde aus Umweltgründen nicht leisten.

Darum unser Antrag, dieses Thema hiermit in den Parteitagstext hineinzuschreiben. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Dr. Rudolf Sprung**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Salchow.

Wünscht der Sprecher der Antragskommission das Wort? – Das ist der Fall. Das Wort hat Herr Dr. Reinhard Göhner.

**Dr. Reinhard Göhner**, Antragskommission: Meine Damen und Herren, die Antragskommission hatte nicht die Ablehnung dieses Antrags empfohlen. Wir halten ihn inhaltlich für richtig und meinen, daß wir auch die Formulierung aufnehmen sollten. Deshalb schlagen wir vor, das in der Redaktionskonferenz aufzunehmen.

**Dr. Rudolf Sprung**: Schönen Dank, Herr Dr. Göhner.

Wir kommen damit zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das erstere war die überwältigende Mehrheit.

Ich rufe die Ziffer 4 des Antrages des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge B 34 bis B 37. In der Antragsbroschüre sind das die Seiten 111 und 112.

Wortmeldungen dazu liegen nicht vor. Wir können deshalb darüber abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Empfehlung der Antragskommission entsprochen worden.

Ich rufe jetzt die Ziffer 5 des Antrages des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge B 38 bis B 46. Fundstelle in der Antragsbroschüre sind die Seiten 113 und 114.

Hierzu liegt eine Wortmeldung vor von Herrn Professor Dr. Biedenkopf. Herr Professor Dr. Biedenkopf, Sie haben das Wort.

**Prof. Dr. Kurt Biedenkopf**: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Die Ziffern 5 und 6 – ich möchte mit Erlaubnis des Präsidiums die Ziffer 6 in meine Überlegungen mit einbeziehen – enthalten Schlüsselaussagen des gesamten Antrages des Bundesvorstands und zu unserem Thema. Ich sehe eine große Leistung darin, daß die Union mit diesem Leitantrag sich diese Aussagen zu eigen machen will. Ich möchte für diese Aussage sprechen, aber ich möchte auch einige Sätze dazu sagen, was sie heißen. Ich habe nämlich den Eindruck, daß wir uns alle in der Euphorie, Umweltschutz zu betreiben, nicht immer genau Rechenschaft darüber ablegen, was wir uns hier eigentlich vornehmen.

In den beiden Ziffern 5 und 6 sind unter anderem folgende Sätze bzw. Begriffe enthalten: Veränderung der Lebenshaltung – eigenes Verhalten überdenken – Bescheidenheit und Sparsamkeit als Tugenden – ökonomische Zukunftsgestaltung – die Natur an künftige Generationen weitergeben; an anderer Stelle ist von einem „ökologischen Generationenvertrag“ die Rede. All dies baut auf auf dem christlichen Menschenbild und unserer Verantwortung für die Schöpfung.

Aber, meine Damen und Herren, liebe Freunde, die Dimension dieser Herausforderung ist enorm. Wenn man sie in einen richtigen Zusammenhang stellen will, dann kann man sie mit der Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft vergleichen. Die Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft war der über 60 bis 70 Jahre diskutierte und errungene Versuch, in die Wirtschaft die Sozialpflichtigkeit des Wirtschaftenden gegenüber den Menschen einzubeziehen. Das Ergebnis dieser Auseinandersetzung, die mit der Sozialen Frage im 19. Jahrhundert begonnen hat, war die Soziale Marktwirtschaft, die Fähigkeit, die unkontrollierte Freiheit der Wirtschaft zugunsten des Menschen zu binden.

Der Ausgangspunkt dieser Bewegung war die Erkenntnis, daß eine unkontrollierte Wirtschaft den Menschen zerstört, daß sie den Menschen als Proletarier der Maschine unterwirft und daß die Freiheit ohne Bindung eine zerstörerische Wirkung hat. Wir haben von Mitte des 19. bis Mitte des 20. Jahrhunderts gebraucht, um diese Erkenntnis in Politik umzusetzen, und es waren riesige Widerstände zu überwinden.

Wir werden eine ähnliche Erfahrung machen, wenn wir jetzt den zweiten großen Schritt vollziehen, nämlich unsere jetzt sozialpflichtige Wirtschaftsordnung so weiterzuentwickeln, daß sie den Menschen nicht nur direkt in seiner Freiheit und Würde nicht gefährdet, sondern ihn auch vor indirekten Gefährdungen schützt.

Ich respektiere es sehr, wenn wir die Natur auch um ihrer selbst willen schützen wollen. Ich bin nicht ganz sicher, ob die Unterscheidung „um ihrer selbst willen“ und „um des Menschen willen“ wirklich sehr weit führt; denn wir sind Teil der Schöpfung.

(Zustimmung)

Die Trennung zwischen dem Ganzen und dem Teil, der nicht Mensch ist, ist an sich künstlich.

Was wir jetzt versuchen, ist, neben die Sozialpflichtigkeit unserer Verfassung eine Ökologiepflichtigkeit zu setzen. Das hat sehr praktische Wirkung. Eigentum verpflichtet heißt es in unserer Verfassung. Sozialpflichtig soll das Handeln der Eigentümer, aber auch der Verbände sein. Was wir jetzt tun, ist: Wir verlangen auch eine Ökologiepflichtigkeit. Wenn der Eigentümer Grundwasser oder das Flußwasser verschmutzt, verstößt er gegen die Ökologiepflichtigkeit unserer Rechts- und Wirtschaftsordnung. Das ist eine ganz konkrete Verankerung einer neuen Pflicht in der Verfassung unserer Wirtschaft.

Deshalb meine ich, daß hier nicht nur von Ökologiepflichtigkeit, sondern auch von der ökologischen Marktwirtschaft gesprochen werden muß. Was wir hier versuchen, ist eine Fortentwicklung des Erhardschen Konzepts, ist eine Erweiterung um die Dimension Schutz der Schöpfung, des Menschen und – ganz entscheidend – der Zukunft.

Vorhin ist z. B. vom Flugverkehr die Rede gewesen. Es ist gefragt worden, ob es notwendig ist, mit dem Flugzeug überallhin zu reisen, auch zum Vergnügen. Man kann auch sagen: Wenn wir den Skiläufern auf den Skipisten oder den Touristen oder den Autofahrern auf den Straßen heute alle die Kosten auferlegen würden, die sie tatsächlich erzeugen – und zwar heute und in Zukunft, nicht nur unmittelbar, sondern für die gesamte Natur –, dann wären die Möglichkeiten wesentlich beeinträchtigt, Ski zu laufen oder stundenlang in Staus auf der Autobahn zu stehen, um Ferienorte aufzusuchen.

Damit möchte ich auf ein zweites Problem hinweisen: Verwirklichung von Umweltschutz bedeutet Umverteilung. Bitte geben wir uns keinen Illusionen darüber hin, daß diese Umverteilung enorme Dimensionen annehmen kann. Wenn wir das alles einbeziehen, was wir sagen – und ich halte das für richtig –, werden wir viel politische Kraft brauchen. Seine Umsetzung erfordert klare Begriffe. Deshalb möchte ich uns gerade hier, was politische Begriffe und ihre Schlagkraft anbetrifft, dringend empfehlen, den Begriff ökologische Marktwirtschaft zu besetzen.

Zweitens. Es wird vom angemessenen, verantwortungsbewußten Wachstum in unserem Antrag gesprochen. Das ist richtig. Was heißt das? Der Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages hat im Mai 1989 Anhörungen über die ökologischen und

sozialen Folgekosten des Wirtschaftswachstums durchgeführt. Dabei ist deutlich geworden, liebe Freunde, daß unser Stolz auf Wachstumsraten erst dann gerechtfertigt ist, wenn dieses Wachstum, d. h. der Zuwachs des Bruttosozialprodukts und die industrielle Erzeugung, die sich dahinter verbergen, nicht durch entsprechende Schäden an der Umwelt erkaufte worden ist.

(Zustimmung)

Konservative Schätzungen sagen, daß diese Umweltschäden, gerechnet mit ihren Beseitigungskosten, zur Zeit pro Jahr mit zwischen 80 und 150 Milliarden DM zu veranschlagen sind. Sollte das stimmen, dann erzeugten wir in jedem Jahr mehr Umweltschäden als zusätzliches Wirtschaftswachstum. Wir müssen uns damit befassen. Wir müssen herausfinden, wie groß die Schäden sind; denn angemessenes – im Sinne von verantwortungsvollem – Wachstum kann nur ein Wachstum sein, das wir nicht mit einer Beschädigung der Umwelt erkaufen.

Deshalb ist es drittens notwendig, deutlich zu machen, daß wir möglicherweise auch ganz konkret über die Änderung des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes reden müssen. Wir haben in der Anhörung den Vorsitzenden des Sachverständigenrates zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Lage gefragt, was er unter angemessenem Wirtschaftswachstum versteht, ob er darunter auch die Einbeziehung von Umweltfolgen des Wachstums versteht. Darauf hat er gesagt: Ja, selbstverständlich. Nur, er könne das noch nicht messen.

Wir haben den Präsidenten des Statistischen Bundesamtes gefragt, ob es möglich sei, das zu messen. Das Statistische Bundesamt bemüht sich jetzt um Methoden, die Folgen des Wirtschaftswachstums für die Ökologie zu messen.

Meine Freunde, wenn es uns gelingt, die Folgen des Wirtschaftswachstums zu messen, dann werden wir eine andere Wachstumsdiskussion bekommen. Dann werden wir auch andere Wachstumsprioritäten bekommen. Dann wird es möglicherweise darauf hinauslaufen, daß wir erkennen: Verantwortungsbewußtes Wachstum ist nicht Vermehrung von Quantität, sondern Umlernen,

(Zustimmung)

Vermehrung von Intelligenz, von Wissen und Können, die Entdeckung von Wegen, wie man das gleiche Ziel mit ökologisch verträglicheren Methoden erreichen kann. Möglicherweise ist Wachstum dann sogar der Rückgang quantitativer Zahlen, aber die Verbesserung der Qualität unseres Lebens. Wenn wir nicht einbeziehen, daß die Verbesserung der Qualität eine Alternative für die Verbesserung der Quantität sein kann, werden wir das selbst gesteckte Ziel nie erreichen.

Dazu gehört als letztes – das ist mir sehr wichtig – unsere Sprache bei der Umsetzung dessen, was wir wollen. In der Umweltdiskussion ist viel von Verzicht und von Zumutbarkeit die Rede. Liebe Freunde, wenn wir eine Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes betreiben wollen, die mit dem Raubbau an der Natur Schluß macht, dann können wir den Verzicht auf Raubbau nicht als eine Verzichtleistung ausgeben. Vielmehr ist es eine Rückkehr zu einer menschlich und christlich verantwortlichen Politik.

(Beifall)

Wir dürfen uns da nicht umweltpolitisch gewissermaßen ein Bein stellen, indem wir den Menschen sagen: Jetzt müßt ihr schreckliche Verzichtleistungen leisten. Worum es wirklich geht, ist etwas anderes: Wir müssen lernen – das heißt Veränderung der Lebensgestaltung, eigenes Verhalten überdenken und Bescheidenheit und Spar-

samkeit, wie es in dem Antrag steht –, daß die Verbesserung des Gemeinschaftsgutes Umwelt eine Leistung ist, die jedem von uns zugute kommt und die ein Austausch, eine Belohnung, eine Gegenleistung für das ist, was wir tun, wenn wir unsere eigenen, individuellen Ansprüche an unsere Lebensumwelt begrenzen.

Wenn wir unsere individuellen Ansprüche begrenzen – Stichwort Bescheidenheit – und dadurch mehr Qualität der Umwelt gewinnen, dann gewinnen wir insgesamt etwas dazu. Das ist kein Verzicht, sondern ein Gewinn. Das ist keine Zumutung, sondern eine Herausforderung. Nur so können wir Umweltpolitik übersetzen.

(Beifall)

**Dr. Rudolf Sprung**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Professor Biedenkopf, für Ihre Ausführungen.

Da der Sprecher der Antragskommission das Wort nicht wünscht, können wir zur Abstimmung kommen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Empfehlung der Antragskommission entsprochen worden.

Bevor ich die nächste Ziffer aufrufe, möchte ich zwei Mitteilungen machen. Ab 13 Uhr stellen Frau Kohl und Bundesminister Schwarz-Schilling am ZNS-Stand per Video-Konferenzschaltung nach Hannover das Projekt Medkom vor und werben um Spenden für das Kuratorium ZNS.

Eine weitere Wortmeldung von Frau Professor Süssmuth. Sie bittet durchzusagen, daß diejenigen, die noch nicht für die Aussiedler, die gestern aus Ungarn angekommen sind, gespendet haben, dies doch bitte tun möchten, und zwar am Stand der Frauen-Union.

Meine Damen und Herren, ich rufe Ziffer 6 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge B 47 bis B 55 und B 184 sowie B 204. Fundstelle ist die Antragsbroschüre, Seite 114 bis 116 und Seite 148 bis 153. Wortmeldungen dazu liegen nicht vor. Der Sprecher der Antragskommission wünscht ebenfalls nicht das Wort. Wir können deswegen darüber abstimmen. Wer der Empfehlung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Dann ist auch dieser Antrag angenommen.

Ich rufe Ziffer 7 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge B 56 bis 69. Fundstelle ist die Antragsbroschüre, Seite 117 bis 119. Auch dazu gibt es keine Wortmeldungen. Wir kommen deshalb zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei, wenn ich es richtig gesehen habe, einer Gegenstimme ist der Empfehlung der Antragskommission entsprochen worden.

Ich rufe Ziffer 8 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge B 70 bis B 79. Fundstelle ist die Antragsbroschüre, Seite 119 bis 121. Wortmeldungen dazu gibt es nicht. Wir können abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei einer Gegenstimme ist der Empfehlung der Antragskommission entsprochen worden.

Ich rufe Ziffer 9 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge B 80 bis B 96 sowie B 233 bis B 290. Fundstelle ist die Antragsbroschüre, Seite 122 bis 125 sowie die Seiten 166 und 182. Hierzu liegen mehrere Wortmeldungen vor, bis jetzt insgesamt vier. Ich gebe als erstem Herrn Pieroth das Wort.

**Elmar Pieroth:** Liebe Freunde! Wir lesen im Antrag B 80: „Natur ist zu erhalten.“ Ich erschrecke über einen „täglichen Flächenverbrauch von über 80 Hektar“. Ich kann also gut verstehen, wenn wir formulieren, daß der nicht hingenommen werden darf und daß deshalb die „weitere Inanspruchnahme von Flächen, die eine Bodenversiegelung zur Folge hat, in Zukunft abgabepflichtig gemacht werden muß“. Jetzt will ich die Frage stellen, inwieweit der Flächenverbrauch durch eine Abgabepflicht zurückgeht, denn das ist ja das Ziel. Da teilen wir den Flächenverbrauch einmal hinsichtlich derer, die das bewirken, in die öffentliche Hand, in Private und in die Wirtschaft.

**Öffentliche Hand:** Da wird ein Hallenbad gebaut, ob es notwendig ist oder nicht. Wenn es nicht so notwendig ist, hält es der Politiker kurz vor dem Wahlkampf für notwendig, es wird gebaut werden. Durch eine Flächenabgabe wird der Bau etwas teurer, notfalls wird dann von der öffentlichen Hand zugeschossen. Ein anderes Beispiel der öffentlichen Hand – wir wollen das aus Umweltgründen – eine Umgehungsstraße, die endlich die Ortsdurchfahrt, die kleinstädtische Durchfahrt erübrigt und den Menschen dort umweltmäßig Entlastung bringt. Hier muß sogar gebaut werden. Wenn durch die Flächenabgabe der Bau teurer wird, wird entlastet, eventuell ein Erlaß verfügt werden, daß die Abgabe nicht geleistet wird.

Ich komme zu den Privaten: Wir forcieren zur Zeit den Mietwohnungsbau. Wir müssen – aus vielerlei Gründen – Wohnungen bauen. Deshalb wird hier durch eine Flächenabgabe ja nicht weniger gebaut. Es wird teurer gebaut. Als Wohngeld zur Entlastung von einkommensschwächeren Schichten gibt es die öffentliche Hand wieder zurück. Bleibt der Eigenheimbau im privaten Bereich. Da hängen wir in Europa weit hinterher. Wir ermuntern ja dazu, es soll gebaut werden.

Drittens die Wirtschaft: Glauben Sie, daß eine Betriebsansiedlung unterbleibt, weil durch die Flächenabgabe das Bauland so teuer wird, daß ein Betrieb erst gar nicht kommt? Da wird die Wirtschaftsförderung zusammen mit der Kommunalverwaltung schon Wege finden, daß das, was teuer wird, dem ansiedelnden Betrieb wiedergegeben wird. Es bleiben vielleicht die kleinen, ortsansässigen Betriebe, die dann die Dummen sind.

In der Marktwirtschaft gibt es das häufig, daß trotz höheren Preises die Nachfrage nicht zurückgeht. Wir sprechen dann z. B. bei Genußmitteln von einer Preiselastizität der Nachfrage von Null, die Nachfrage reagiert einfach nicht auf den Preis. In den von mir geschilderten Fällen wird das, wenn auch aus verschiedenen Gründen, genauso sein. Einfacher ausgedrückt: Durch die Flächenabgabe, befürchte ich, wird das Bauen in vielen Fällen teurer, auf jeden Fall komplizierter, aber es wird nicht weniger Fläche gebraucht, und das wollen wir doch erreichen.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir, liebe Freunde, weniger Fläche verbrauchen wollen, dann dürfen wir eines bestimmt nicht tun: den Eindruck schaffen, jetzt haben wir eine Abgabe, jetzt ist es erreicht, jetzt kann das Denken, jetzt kann das Motivieren von Menschen, mit weniger Fläche auszukommen, eingestellt werden. Diese Motivation brauchen wir gerade im öffentlichen Bereich. Hier haben wir Mittel: die Umweltverträglichkeitsprüfung, das Baurecht, bei dem oft das etwas höher Bauen noch erschwert wird, wodurch Fläche eingespart werden kann. Im Baurecht kann vieles geleistet werden, so daß der private Bauherr, sagen wir: vor der Garage weniger versiegelt, weil das vielleicht erlaubnispflichtig gemacht wird. Aber die öffentliche Hand muß hier handeln und nicht mit dem Hammer der Abgabe kommen, der wenig nutzt.

Viel kann die öffentliche Hand im Flächenrecycling tun. Es sind viele Flächen versiegelt, die nicht mehr genutzt werden. Das kostet Geld, das kostet häufig staatliches Geld. Da sagt mir heute morgen ein Kollege: Die Flächenabgabe wird ja gerade eingeführt, damit die Gelder dafür eingehen. – Für öffentliche Aufgaben gibt es ein Mittel, und nur ein Mittel: die Steuer, und nicht eine Abgabe, die die trifft, die wir in diesem Fall gar nicht treffen wollen. Also, hier müssen wir uns noch einmal fragen.

Herr Töpfer, Ihre Umweltpolitik ist besser als die der politischen Konkurrenz, weil marktwirtschaftlichen Regelungen mehr erreicht wird. Deshalb sind wir für Preise und auch einmal für Abgabe, und wir dürfen nicht ausweichen, wenn es unangenehm wird. Aber wir müssen hier fragen: Wirkt hier der Preis, oder erschrecken wir nicht lediglich einige und beruhigen wir nicht kommunalpolitisch Handelnde und die in der Verwaltung?

Noch einmal: Wir müssen, um das Ziel zu erreichen, den Flächenverbrauch zu reduzieren, ernsthaft prüfen, inwieweit die weitere Inanspruchnahme von Natur durch eine Abgabepflicht tatsächlich reduziert wird und ob sie, wenn sie reduziert wird – hoffentlich finden wir diese Beispiele –, abgabepflichtig gemacht werden kann. Mit einer solchen Formulierung wird der Auftrag, wird die Motivation deutlich. Das „muß“ in der vorliegenden Fassung sollte dadurch ersetzt werden.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Henning Lemmer**, Tagungspräsidium: Danke schön. Das Wort hat unser Freund Kurt-Dieter Grill.

**Kurt-Dieter Grill**, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, daß wir mit der Ziffer 9 über die Frage einer Naturschutzabgabe einen der zentralen Punkte in diesem Antrag ansprechen, der sich – auch im Hinblick auf das, was Herr Professor Biedenkopf hier ausgeführt hat – mit der Frage der marktwirtschaftlichen Instrumente in der Umweltpolitik beschäftigt.

Ich denke, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland – gerade auch im Hinblick auf unsere Besiedlungsdichte, im Hinblick auf die Probleme, die sich daraus ergeben – eine Antwort auf den Umgang mit dem Flächenverbrauch geben müssen, und zwar unabhängig davon, wer ihn im einzelnen in Anspruch nimmt. Ich meine, daß wir gerade im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme von Natur, von Landschaft auch gegenüber denjenigen beweispflichtig sind, die die Einstellung gegenüber Landschaftsverbrauch und Natur zu Recht zu einer der zentralen Fragen des Umgangs mit Umweltpolitik machen. Denn täuschen wir uns nicht, meine Damen und Herren: In dieser Frage steckt auch eine hohe Emotionalität, in der Frage nämlich, wie wir es mit dem Umgang mit Natur halten.

Ich denke, daß wir bei dieser Frage auch beachten sollten, daß diejenigen, die in den Verdichtungsräumen leben und wohnen müssen – ich will das damit überhaupt nicht kritisieren

(Zuruf)

– ja, ich will das ja überhaupt nicht bestreiten –, auch diejenigen sind, die die Fläche über die Errichtung von Zweitwohnungssitzen, über Kurzerholung und Naherholung im Grunde genommen in Anspruch nehmen und heute – gegenüber früher – einen anderen Anspruch an Natur haben. Sie wollen nicht mehr – ich will das ruhig einmal im Klartext sagen – die Landschaft haben, die ökonomisch etwa auf die Interessen der

Landwirtschaft ausgerichtet ist, meine Damen und Herren. Vielmehr erwarten wir heute eine Natur, die sich – wie auch immer – sozusagen selbst überlassen ist, die schöner ist, als gerade Äcker und Wiesen es sein können, die auf die ökonomischen Erfordernisse und Forderungen der Landwirtschaft ausgerichtet sind. Wenn wir dies aber wollen, wenn wir eine Zurücknahme dieser ökonomischen Ausrichtung von Landschaft wollen, wenn wir dazu auffordern, daß im ländlichen Raum Rücksicht – woanders kann es gar nicht stattfinden, meine Damen und Herren – auf das genommen wird, was Natur und Landschaft auch an Erholungswert haben, dann müssen wir auch ein Instrument finden, einen finanziellen Ausgleich zu schaffen. Denn es kann doch nicht sein, meine Damen und Herren, daß wir sozusagen um jeden Zweitwohnungssitz ein Naturschutzgebiet schaffen, damit diejenigen, die in der Stadt Natur nicht mehr haben, diese Natur dann im ländlichen Raum finden.

Ich denke, wir als Union sollten den ländlichen Raum in dieser Frage allemal nicht im Stich lassen. Denn dies ist eine unserer Fundgruben auch für das, was wir im Hinblick auf Wahlverhalten und ähnliches schon diskutiert haben.

Meine Damen und Herren, ich möchte ein Weiteres sagen: Wir sind sicherlich in der Lage, in diesem Fall auch für die Antragskommission zu sagen: Wir wollen prüfen, ob es zu einer solchen Abgabe kommen soll und wie sie umzusetzen ist. Denn es ist sicherlich nicht nur die Frage „ob“, sondern auch die Frage „wie“. Ich denke, daß wir hier Kompromißbereitschaft in dem Sinne signalisieren, daß wir, bitte schön, auch aus grundsätzlichen Überlegungen heraus ein Instrument zur Flächeneinsparung, zum sorgsamem Umgang mit der Landschaft nicht aus der Hand geben sollten, sondern daß wir uns allenfalls darüber unterhalten, wie wir dieses Instrument einsetzen, damit auch die Dinge berücksichtigt werden können, die Herr Pieroth und andere hier wahrscheinlich noch vortragen, meine Damen und Herren.

Um es gleich vorwegzunehmen: Diese Naturschutzabgabe ist nicht etwa ein Instrument, um den notwendigen Wohnungsbau für neu in die Bundesrepublik Deutschland kommende Deutsche bremsen zu wollen. Aber es darf umgekehrt auch nicht dazu kommen, daß wir mit diesem Argument die Frage eines flächenschonenden Umgangs mit der Natur außer acht lassen und sozusagen aus diesem Programm kippen. Hier ist ein – auch emotional – zentrales Element unserer Umweltpolitik, mit dem wir beweisen müssen, daß nicht nur Technik und Wissenschaft für uns in der Umweltpolitik wichtig sind, sondern auch die Natur, so wie sie nun einmal ist und wie wir sie haben wollen, damit wir uns in unserem Lande auch weiterhin wohlfühlen können.

(Beifall)

**Menning Lemmer**, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Grill.

Bevor ich Herrn Fischer das Wort gebe, bittet das Präsidium Sie alle um Verständnis, daß wir im Hinblick auf den Zeitablauf auf die Mittagspause verzichten, nach dem Motto: Arbeiten ist besser als essen.

(Heiterkeit und Beifall)

– Dem Beifall entnehme ich, daß sich auch das Plenum für diese Regelung ausspricht. Wir werden also so verfahren.

Das Wort hat unser Freund Fischer.

**Dirk Erik Fischer:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Parteifreunde! Eines ist klar: Empfänger dieser Abgabe sollen die Länderkassen sein, Zahlungspflichtige die Investoren. Wenn ein Land selbst investiert, wird Geld von der einen in die andere Tasche getan. Das tut überhaupt nicht weh. Das heißt: Die Länder sind in ihrer Interessenlage dadurch nicht negativ, sondern nur positiv berührt.

Schwieriger ist es schon, wenn der Bund Investitionen tätigt, z. B. im Straßenbau, wenn Bundesfernstraßen gebaut werden, wenn Ortsumgehungen gebaut werden. Und hier ist die Lage ja nicht so, daß sich Länder und Gemeinden gegen derartige Bundesinvestitionen wehren. Vielmehr sind die Mehranforderungen erheblich, die an den Bund gestellt werden.

In der Zukunft soll es dann so sein, daß der Bund die Investition trägt und gleichzeitig – wegen des erweiterten Flächenverbrauchs – eine Abgabe an die Länderkasse zu zahlen hat. Darin sehe ich ein gewisses Risiko für die Investitionsfreudigkeit des Bundes bei Ortsumgehungen und Bundesfernstraßen. Aber es gibt auch noch andere Bundesinvestitionen, die hier berührt sein können.

Besonders schwierig wird es dann, wenn man die Investition im Rahmen einer Gemeinde betrachtet. Ist es eine gemeindeeigene Investition, geht Geld an die Länderkasse. Wird Wirtschaft angesiedelt, dann gibt es den berühmten Bürgermeisterwettbewerb. Das heißt also: Die Gemeinde muß die Wirtschaft, die sich ansiedeln will, von der Abgabe freihalten, muß Gemeindegeld anfassen und an das Land überweisen.

Wird zusätzlich durch Bebauungspläne Wohnungsbaugelände, Eigenheimfläche ausgewiesen, dann ist oftmals der Private das schwächste Glied in der Kette, und der ist dann dran.

(Zustimmung)

Dieser muß seine Abgabe – weitgehend schutzlos – an die Länderkasse überweisen.

(Zustimmung)

Das heißt: Gegenüber der Wirtschaft, die sich ansiedelt, ist er nicht privilegiert, sondern klar benachteiligt.

(Beifall)

Nun, er muß aber bereits Grundsteuer bezahlen. Das heißt also: Irgendwo Gelände zu haben ist auch heute nicht sozusagen von Steuern und Abgaben frei, und es kommt eine neue Belastung hinzu. Und ich muß einmal darauf hinweisen: Der Private hat ja den Bebauungsplan nicht selber gemacht, den hat ja ein Gemeinderat oder ein Stadtrat aufgestellt.

Dann kommt eine besonders pikante Frage – denn wir haben ja im Antrag stehen: „die weitere Inanspruchnahme“ – hinzu. Damit ist wohl nur der Neubestand, nicht aber der Altbestand gemeint. Das heißt also: All diejenigen, die schon ein Haus haben, sind fein raus. Wer neu baut, ist dann endgültig derjenige, der benachteiligt ist. Das wird die Preise für Gebrauchthäuser wahrscheinlich erheblich in die Höhe treiben; denn sie können abgabefrei veräußert werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine Überzeugung ist – und mein Landesverband Hamburg hat einen entsprechenden Antrag eingebracht –: Wenn wir die Idee, den zusätzlichen Flächenverbrauch sehr, sehr zurückhaltend zu betreiben, weiterverfolgen wollen, dann muß die zentrale Verantwortung der Gemeinden und der planenden Körperschaften für neue Inanspruchnahme von Flächen gegeben sein.

(Zustimmung)

Hierbei muß natürlich auch daran gedacht werden, daß eine Wiederherstellung gebrauchter Flächen vor der neuen Inanspruchnahme sehr wesentlich ist und geschehen muß. Aber – insoweit ist unser Antrag aus Hamburg gleichlautend mit dem der Mittelstandsvereinigung – zentral ist die Verantwortung bei den Gemeinden, bei den Planungsbehörden. Ich bitte, sich hier zurückhaltend zu gebärden. Ich glaube, dies muß in den Mittelpunkt unserer Betrachtung, unserer Beschlußfassung gerückt werden.

Ich meine, es sind noch viele Fragen – jedenfalls für mich – ungeklärt, zu viele, um heute schon eine strikte Abgabepflicht zu beschließen. Die Idee sollte durch eine Prüfung weiter verfolgt werden. Insoweit stimme ich dem Kompromißantrag, den Herr Grill hier soeben angedeutet hat, zu. Das ist der richtige Weg, wie wir dieses Thema heute zu behandeln haben.

(Beifall)

**Henning Lemmer**, Tagungspräsidium: Danke schön. – Das Wort hat nunmehr unser Freund Doss.

**Hansjürgen Doss**: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Wir müssen natürlich erst einmal die Schlachtordnung klären. Es ist doch nicht so, daß der, der sagt, dieses Instrument ist möglicherweise nicht geeignet, gegen Umweltschutz ist.

Das wäre zu einfach. Lieber Herr Grill, wir sind uns über das Ziel einig. Worüber wir uns nicht einig sind, ist, ob wir mit einer neuen Abgabe, die darüber hinaus ein bißchen gewagt als marktwirtschaftliches Instrument bezeichnet wird, den Bodenverbrauch reduzieren. Das ist der Punkt, um den es eigentlich geht.

(Beifall)

Ich möchte hier auf die hervorragende Rede von Helmut Kohl bei der Beratung des Kanzlerats verweisen. Helmut Kohl hat dort ohne Konzept gesprochen. Seine Rede hat mir außerordentlich gut gefallen. Das will ich ausdrücklich einmal sagen. In dieser Rede hat er gesagt, die Baubehörden müßten jetzt ein bißchen schneller die Bürokratie überwinden. – Ich bin nicht in der Gefahr, sozusagen in Permanenz mit der Fahne des Beamtenbundes herumzulaufen. Weil ich die Praxis kenne, stelle ich hier aber die Frage: Was muten wir den Baubeamten vor Ort eigentlich alles durch neue bürokratische Auflagen zu, die wir als Politiker beschließen? Zugleich ermutigen wir die Beamten dann, sich über diese Auflagen hinwegzusetzen, damit es möglichst schnell zu Bauanträgen kommt, welche dazu führen sollen, all jenen Menschen, die im Augenblick Wohnungen suchen, Wohnungen zu verschaffen. So funktioniert es also nicht.

Ich bin nicht der Meinung, daß dieses Instrument greift. 50 % des Bodenverbrauchs entfällt auf die Kommunen. Dazu hat Dirk Fischer schon eloquent gesprochen. Für finanzstarke Konzerne – solche gibt es Gott sei Dank auch – stellt sich kein Problem. Sie kaufen so oder so. Für wen stellt sich ein Problem? Für den Handwerksmeister, der unterkapitalisiert ist, der möglicherweise aussiedeln muß oder seinen Betrieb erweitert, stellt sich ein Problem, ebenso für den Häuslebauer. Ich bin mir also wirklich nicht sicher, ob wir hier auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall)

Ich möchte folgende Anregung geben. Wir haben im ländlichen Raum eine ganze Reihe von Aussiedelhöfen. Sie verfügen über eine hervorragende Bausubstanz und auch die gesamte Infrastruktur. Wir brauchen dort keine neuen Straßen zu bauen, keine Elektrizitätsleitungen zu legen und keine Wasseranschlüsse vorzunehmen. Die

Bauordnungspolitik – auch in den Ländern – ist aber restriktiv. In § 1 heißt es: Das Bauen ist verboten. In § 2 wird dann aber gesagt: Folgende Ausnahmen sind möglich ... So verhindern z. B. Fensterabstandsflächen die Ausnutzung vorhandener Bausubstanz. Wir sollten mit Phantasie an das Recycling herangehen.

Abschließend noch ein Wort zur Marktwirtschaft. Marktwirtschaft bedeutet für mich immer positive Anreize. Ich würde finanzielle Anreize geben, damit weniger Boden verbraucht und vorhandene Bausubstanz besser genutzt wird. Ebenso sollte es Anreize geben, vorhandene bebaute Flächen zu recyceln. Dann wären wir, wie ich glaube, auf einem besseren Wege. Ich rege somit an, das Ganze noch einmal zu überdenken. Man sollte vielleicht zu marktwirtschaftlichen Instrumenten greifen.

(Beifall)

**Henning Lemmer**, Tagungspräsidium: Danke schön, Freund Doss. Wir hören jetzt den Freund Graf Kerksenbrock. Nach ihm hat Herr Kansy das Wort. Ihm folgt Bundesminister Töpfer.

**Trutz Graf Kerksenbrock**: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Es geht, wie ich glaube, um die Nagelprobe, wie ernst wir es mit dem Antrag meinen und ob wir wirklich das tun wollen, was wir immer sagen. Wir befinden uns an einer Schnittstelle zwischen der Umweltpolitik und anderen, ebenfalls wichtigen Politikbereichen, wobei ich als Beispiele die kommunale Baupolitik und die Straßenbaupolitik nenne. Wer in dem einen Bereich A sagt, muß auch in den anderen Bereichen B sagen und sich dementsprechend verhalten. Über den Flächenverbrauch – seien es nun 112, 114 oder wieviel Hektar pro Tag auch immer in der Bundesrepublik – sprechen wir jedenfalls seit Beginn der Regierung Helmut Kohl. Schon Bundesinnenminister Zimmermann hat einen Bodenschutzbericht vorgelegt, in dem er sich über dieses Thema ausgelassen hat. Liebe Freunde, wir dürfen es doch aber nicht beim Reden darüber belassen. Bei freundlichen Appellen an die Gemeinden, sich bei der Ausweisung von Flächen ein bißchen zurückzuhalten, dürfen wir es auch nicht belassen. Wer jetzt immer noch das hehre Wort von der Zurückdrängung des Flächenverbrauchs in den Mund nimmt, muß dem auch Taten folgen lassen. Wir müssen uns deshalb schon Gedanken darüber machen, welches das richtige Instrument ist.

Wir wollen nicht nur sagen, daß der Flächenverbrauch in dem bisherigen Umfang nicht mehr hingenommen werden darf. Vielmehr müssen wir konkret formulieren, was wir wollen. Ich beziehe mich auf den Antrag des Kreisverbandes Northeim, den ich sehr gut finde. Deshalb habe ich zu diesem Antrag hier das Wort ergriffen. Wir müssen den Flächenverbrauch drastisch zurückdrängen. Eine solche Formulierung muß in den Text aufgenommen werden.

Wir müssen ferner immer wieder neu prüfen, ob eine Versiegelung, die in jedem Fall eine Umweltbeeinträchtigung darstellt, notwendig ist. Wir haben nur eine Umwelt. Wenn an einer Stelle Versiegelung stattgefunden hat, findet dort kein Leben in Form von Flora und Fauna mehr statt. Wir brauchen mehr Phantasie, z. B. was die Wiederbelebung aufgelassener Industrieflächen und die Wiederverwendung solcher Flächen angeht. Die Lösung kann nicht immer nur sein, ein neues Baugebiet auszuweisen und solche Gebiete erneut zu versiegeln.

Wir brauchen auch schonendere Lösungen im Bereich des Straßenbaus. Warum wird im Bundesgebiet eigentlich immer noch überall versucht, die Straßen vierspurig

auszubauen? Warum wählt man nicht eine schonendere Lösung und versucht es mit einem dreispurigen Ausbau? Letzteres geht doch auch.

(Johannes Gerster: Einspurig ist noch besser! – Weitere Zurufe)

– Ich sehe, daß ich jedenfalls für Aufmerksamkeit gesorgt habe. – Was ich hier fordere, ist nicht Theorie, sondern durchaus mögliche Praxis. Ich finde es gut, daß hier so engagiert Stellung genommen wird. Wir müssen uns jetzt aber wirklich Gedanken über eine Abgabe oder eine Steuer machen. Man kann ja darüber nachdenken, welches das sinnvollere Instrument ist. Eine Steuer kann dazu führen, daß letztlich nur die staatlichen Einnahmen – seien es die der Länder oder die des Bundes – erhöht werden; der umweltpolitische Effekt wäre dann gleich Null. Im Grunde müßte es um eine Lenkung und dann möglicherweise auch sinnvolle Verwendung der erzielten Einnahmen gehen. Deshalb halte ich die Abgabe für das sinnvollere Instrument; eine Abgabe ist schließlich zweckgebunden. Dies ist aber sicherlich eine Abwägungsfrage, über die im Detail noch gesprochen werden muß. Man kann jetzt aber nicht sagen: Wir wollen das alles gar nicht; wir wollen es bei einem freundlichen Appell belassen.

(Beifall)

**Henning Lemmer**, Tagungspräsidium: Jetzt hat Herr Kansy das Wort.

**Dr. Dietmar Kansy:** Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Wir befinden uns hier in einem klassischen Zielkonflikt. Ich glaube, wir tun gut daran, diesen Konflikt auch offen auszutragen. Ich wende mich gegen den zweiten Teil der Empfehlung der Antragskommission, in dem gefordert wird, daß die Gemeinden unbeschadet jener Abgabe, über die hier eben diskutiert wurde, „durch Bauleitpläne und die Genehmigungspraxis sicherstellen, daß Neubauten nur in unbedingt erforderlichem Umfang zum Flächenverbrauch führen“.

Meine Freunde, wir stehen zur Zeit in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, aber auch in den Landtagen, in den Gemeinde- und Stadträten vor einer riesigen Herausforderung, was den Wohnungsbau betrifft.

(Beifall)

Vor wenigen Jahren haben wir eine Bauleitplanung erarbeitet, bei der wir davon ausgingen, unsere Gesellschaft sei eine stagnierende Gesellschaft. Wir sprachen von Wohnungsleerständen und vom Wohnungsrückbau. Heute wissen wir – dies zeigen nicht zuletzt die Bilder, die wir in diesen Stunden am Fernsehschirm verfolgen –, daß dies eine Fehleinschätzung war, daß wir dringende Probleme ohne eine entsprechende Verstärkung des Wohnungsbaus nicht lösen werden, Probleme, die den sozialen Frieden in diesem Lande zwischenzeitlich stören.

Ich gehe nun nicht etwa hin und verlange, daß diese Idee unter den Tisch fällt. Es gibt Möglichkeiten, Baulücken zu nutzen. Es gibt Möglichkeiten, Dachgeschosse auszubauen. Wir lügen uns hier aber etwas in die Tasche, wenn wir glauben, allein damit das Problem zu lösen, das jetzt im Bereich des Wohnungsbaus auf uns zukommt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, was hier in dem letzten Satz steht, bedeutet einen Freifahrtschein für manche Gemeindeverwaltung, die sich heute schon eher als Verhinderer denn als Förderer von Wohnungsneubauten hervortut.

(Beifall)

Ich bitte deswegen, statt des letzten Satzes, der mit dem Wort „Unbeschadet“ beginnt, bestenfalls die folgende Formulierung zu beschließen – ich formuliere es jetzt einmal gewissermaßen aus dem Handgelenk heraus –:

Bei der Bauleitplanung ist der Gedanke des flächensparenden Bauens stärker durchzusetzen. Vor Ausweisung dringend benötigter Flächen für zusätzliche Wohnungen sind vorhandene Baulücken, unausgebaute Dachgeschosse und andere Möglichkeiten vorrangig zu nutzen.

Aber das Ziel des flächensparenden Bauens darf nicht zur Verhinderung dringend notwendigen Wohnungsneubaus führen.

(Beifall)

**Henning Lemmer**, Tagungspräsidium: Danke schön. Das Wort hat jetzt Herr Bundesminister Töpfer.

**Prof. Dr. Klaus Töpfer**: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kansy hat deutlich gemacht: das ist offenbar ein Zielkonflikt. Wenn man Zielkonflikte auflösen will, dann sollte man sie sich einzeln ansehen. Was er gesagt hat, ist auf der einen Seite für uns alle völlig klar: Notwendiger Bedarf etwa an Wohnraum muß befriedigt werden. Da gibt es gar keine Diskussion. Die Frage, die uns gestellt ist, ist doch: Wie befriedigen wir diesen Bedarf? Wir wollen bei einem Umweltschutzantrag dazu kommen, daß wir sagen, dieser als notwendig angesehene Bedarf soll möglichst flächensparend befriedigt werden. Was ist eigentlich dagegen zu sagen? Wer aus dem Antrag herausliest, es kann keine Wohnung mehr gebaut werden, der macht das, was in der Rhetorik sehr angenehm ist, er kommt nämlich immer zu einem Extrem in der möglichen Interpretation: Dann ist, glaube ich, die Diskussion etwas stark belastet. Ich bin also der Meinung, natürlich steht hier nicht drin, es gibt keinen Wohnungsbau mehr, aber wenn er gemacht wird, soll er möglichst flächensparend gemacht werden.

Nun kommt ein zweites dazu, und das ist schon eine ganz beeindruckende Tatsache. Wenn wir die Möglichkeiten suchen wollen, um mehr marktwirtschaftliche Instrumente heranzuziehen, dann wird, wie gerade auch passiert, uns gerade von der Wirtschaft sehr schnell gesagt: Aber bitte hier nicht, hier machen Sie es lieber wieder über den Staat. Was Herr Pieroth gesagt hat, war: Nichts mit Preis und nichts mit Lenkung, sondern zurück in die Bauleitplanung zum Staat, der muß handeln, und wenn an irgendeiner Stelle etwas gemacht wird, muß der Staat das aus steuerlichen Maßnahmen finanzieren – Gemeinlastprinzip. Er bringt also exakt die Argumentation für staatliche Lösungen, wo wir sagen, es muß eine staatliche Lösung sein, aber in diesem Rahmen muß es einen zusätzlichen Anreiz geben.

Das ist der zweite für mich sehr beeindruckende Tatbestand; denn wenn dies so ist, wie Herr Pieroth gesagt hat, müssen wir morgen hingehen und so etwas wie die Abwasserabgabe wieder abschaffen. Die Abwasserabgabe zahlen wir für die genehmigte Einleitung – die genehmigte Einleitung! –, und natürlich verteuert das die Produktion. Das ist völlig richtig. Sie hat aber den Anreiz, darüber nachzudenken, ob man nicht neue Techniken erfinden kann, um weniger Abwasser zu produzieren und damit die Abgabe zu sparen. Das ist Sinn marktwirtschaftlicher Anreize. Ich kann nun nicht marktwirtschaftliche Anreize fördern und sagen: Aber es kostet nichts. Das ist die Methode: „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß.“ Ich kann nicht umhin

zu sagen, dadurch wird tatsächlich ein Anreiz ausgelöst. Die Frage ist: Ist er überhaupt da? Das war die dritte Frage von Herrn Pieroth. Das ist sicher auch die Frage, die Herr Fischer gestellt hat.

Da ist nun der erste Hinweis: Da steckt sich der Staat etwas von der einen Tasche in die andere. Zunächst einmal, das ist keine neue Angelegenheit. Wir erlassen gegenwärtig eine Verordnung bezüglich des Lärmschutzes an Straßen. Wenn also die eben angesprochene Umgehungsstraße, Herr Pieroth, die wir dringlich brauchen, die wir gar nicht verhindern wollen, bauen wollen, müssen demnächst bestimmte Richtwerte, die der Staat festlegt, für den Lärmschutz eingehalten werden. Das heißt, aus dem Etat werden auch Umweltschutzmaßnahmen im Teilbereich Lärmschutz finanziert. Keiner wird etwas dagegen haben.

Wenn wir ein Neubaugebiet ausweisen, werden wir demnächst ebenfalls Lärmschutzvorsorge machen müssen, und wir werden auch dies dort einbringen. Wir machen also an allen Stellen für andere Teilbereiche von Umweltpolitik durchaus eine solche Vorgabe. Daß man aber vielleicht durch eine solche Restinanspruchnahme von Natur ein Stück zusätzlichen Anreiz bekommen kann, halte ich schon für außerordentlich notwendig.

Zum dritten: Ich bin dem Kollegen Vetter sehr dankbar, daß er das vorhin in seinem sehr grundsätzlichen und von mir sehr zu unterstreichenden Beitrag angesprochen hat. Es ist für uns alle als Aufgabe mitgegeben worden, wir wollen Bodenschutz betreiben, und wir müssen Bodenschutz betreiben. Wir wissen, daß der Boden eigentlich der bisher weitgehend vergessene Teil der Umweltpolitik gewesen ist. Nun gehen wir hin und sagen, wir müssen dort auch zusätzliche Instrumente einbringen. Wir können gar nicht anders, als auch hier über marktwirtschaftlich wirksame Instrumente nachzudenken.

Ich sehe das also nicht als ein wie auch immer geartetes Herausfallen aus dem Gesamtkonzept, sondern als eine notwendige Ergänzung des Gesamtkonzepts. Ich bin wirklich der Überzeugung, wir machen es uns zu schwer, wenn hier dann solche – ich sage es einmal sehr deutlich, Herr Fischer – „Horrorgemälde“ gebracht werden, als würde durch diese Abgabe hinterher der Altwohnungsbestand drastisch im Preis erhöht. Meine Damen und Herren, hätten wir das so gemacht, dürfte es auch bei allen anderen Abgabetatbeständen, die wir haben, von vornherein keine Diskussion geben.

Zusammengefaßt: Ich bin der Meinung, es muß zumindest das erreicht werden können, was hier von der Antragskommission vorgelegt worden ist, nämlich ein Prüfungsauftrag. Ich bin der Meinung, man kann aus diesem Antrag durchaus die Bodenversiegelung herausstreichen und kann sagen, bei Inanspruchnahme von Natur muß überprüft werden, ob dadurch über eine Abgabe ein Anreiz zur verminderten Inanspruchnahme möglich ist. Wir sollten uns aber diese Chance wirklich nicht nehmen, weil sie im Vollzug, weil sie in der Politik konkret sehr dringlich ist. Ich meine, so weit muß ein Parteitag gehen können, der sich zum Ziel genommen hat, eine konkrete Aussage über ökologische Marktwirtschaft zu machen.

(Beifall)

**Henning Lemmer**, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Bundesminister Töpfer. Jetzt hat der Freund Dr. Salchow aus Hamburg das Wort, nach ihm hören wir Herrn Jungen aus Nordrhein-Westfalen.

**Dr. Roland Salchow:** Meine Damen und Herren! Ich will das nur noch kurz sagen. Es geht gar nicht um die Verhinderung von Wohnungsbau und den Bau von Einfamilienhäusern. Wer das sagt, der verschiebt den Antrag in eine Richtung, die gar nicht gemeint ist.

Das zweite: Die meisten von Ihnen fliegen vielleicht immer über längere Strecken in der Bundesrepublik Deutschland. Aber fahren Sie doch einmal aus einer größeren mittleren Stadt heraus, dann fahren Sie kilometerweise durch Gelände, wo links und rechts der Supermarkt Nummer eins, der Möbelmarkt Nummer drei, die Tankstellenanlage Nummer vier liegt. Da haben wir einen Flächenverbrauch, der immens ist. Das ist es doch, was man berücksichtigen muß, wenn man über diesen Antrag hier heute spricht.

Meine Damen und Herren, Appelle an Gemeinden sind hier angesprochen worden. Ich komme aus Hamburg. Dort haben wir den großen Möbelkonzern Ikea. Da ist diskutiert worden, ob man dem vielleicht eine Fläche gibt für einen einstöckigen Flachbau. Natürlich hat die Gemeinde, in dem Fall die Gemeinde Hamburg, sich der „Erpressung“ durch einen solchen Konzern ausgeliefert und hat gesagt: Ja, wir brauchen Arbeitsplätze, wir brauchen Steuern. Wer erwartet, daß die Gemeinden von sich aus die Kraft haben, sich gegen die finanziellen Verlockungen großer Konzerne zu wehren, irrt sich.

(Teilweise Beifall)

Die Details, die hier angesprochen worden sind, wie wir es tun, um wieviel Geld es gehen soll, ob es für Einfamilienhäuser genauso gemacht werden soll wie für Fabrikgelände, können alle im Gesetz geregelt werden. Wir sind hier nicht der Deutsche Bundestag, sondern ein Bundesparteitag. Wir dürfen aber nicht den Kernpunkt des Problems außer acht lassen, daß wir an jedem Tag in der Bundesrepublik einen Flächenverbrauch von 144 Hektar haben. Als Hamburger habe ich einmal ausgerechnet, wie lange es dauert, wenn sich dieser Flächenverbrauch nur in der Hansestadt Hamburg vollzieht. Das Ergebnis: In 17 Monaten wäre die Fläche des Bundeslandes Hamburg zubetoniert. Meine Damen und Herren, da können wir nicht mit alten Rezepten rangehen, da müssen wir mit neuen Konzepten ran.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Henning Lemmer,** Tagungspräsidium: Danke schön. Nun hören wir den Freund Jungen aus Nordrhein-Westfalen.

**Peter Jungen:** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich will das sehr kurz machen. Ich verstehe, daß die Argumente auch von Herrn Töpfer natürlich nicht so sein können, daß die Preise für den vorhandenen Bestand explodieren werden. Es ist aber natürlich keine Frage, wir müssen die Marktwirkungen derartiger Abgaben untersuchen, bevor wir darüber beschließen, sie einzuführen. Ich glaube, das ist das Entscheidende.

(Beifall)

Es kann natürlich sein, daß zunächst einmal derjenige davon profitiert, der über Grundstücke verfügt, die erschlossen sind, oder der über ein Haus verfügt, das erschlossen ist, und nicht derjenige, für den wir das vielleicht gerade bauen wollen. Ich meine, wir müssen deshalb prüfen, wie die Marktwirkung ist. Wir müssen ein weiteres machen: wir müssen sehr viel stärker die Möglichkeiten prüfen, die heute bestehen, Hindernisse zu beseitigen, vorhandenen Boden, der benutzt ist, sozusagen zu „recyclen“, alle Hindernisse beispielsweise haftungsrechtlicher Art zu überprüfen,

inwieweit sie einer Wiederverwendung von Boden, der schon benutzt worden ist, gewerblich oder anders, entgegenstehen.

Ich meine deshalb, daß wir durchaus in der Lage sein könnten, beide Gesichtspunkte miteinander zu verbinden, wenn wir den Auftrag erteilen, zu prüfen, inwieweit durch eine solche Abgabe sichergestellt werden kann, daß der Verbrauch von neuem Boden eingeschränkt wird. Dafür, daß wir das tun, sollte sich hier eine Mehrheit finden lassen, die aber weiß und auch sicherstellt, daß die Marktwirkung geprüft wird, bevor die Abgabe endgültig eingeführt wird. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Henning Lemmer**, Tagungspräsidium: Danke schön. – Wir hören jetzt Christoph Böhr.

**Christoph Böhr**: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte ebenfalls zu Ziffer 9 sprechen, aber zu einem anderen Punkt, weil zu Ziffer 9 ja auch der Antrag B 81 von der Jungen Union gestellt wurde, der Sie bittet, einem Vorschlag zu folgen, den wir einmal als die Einführung eines Vetorechts für unsere Umweltminister umschrieben haben, und zwar sowohl was den Bund anlangt als auch was die Ministerräte auf Länderebene anlangt.

Ich glaube, daß das ein Punkt von sehr grundsätzlicher Bedeutung ist, nicht nur was den Vollzug und die Bedeutung der Umweltpolitik insgesamt betrifft, sondern auch hinsichtlich dessen, was als Botschaft von diesem Parteitag ausgeht. In der Öffentlichkeit wird ja an uns die Frage gerichtet: Wie ernst nehmt ihr es denn eigentlich mit der Umweltpolitik, ist das für euch ein Politikfeld unter vielen anderen, das einmal ein bißchen mehr oben und dann wieder ein bißchen weniger oben steht, oder ist es für euch wirklich das zentrale politische Gebiet, die zentrale politische Herausforderung, der wir uns gegenübersehen?

Ich bin in der Tat der Meinung, daß es im Hinblick auf viele Abwägungen, die getroffen werden müssen, kaum einen Bereich gibt, der heute diese Bedeutung besitzt wie die Sicherung unserer ökologischen Zukunft, wie die Sicherung von Natur und Umwelt. Deswegen bitte ich Sie herzlich, in diesem Punkt nicht der Fassung der Antragskommission zuzustimmen, die ja eine sehr salomonische Formulierung gefunden hat, die dem ursprünglichen Antrag überhaupt nicht mehr gerecht wird, sondern der ursprünglichen Fassung des Antrages der Jungen Union zuzustimmen, den Umweltministern im Bund und in den Ländern dieses Vetorecht zu geben. Das ist ja keine neue Einrichtung, sondern der sogenannte Rotstift des Finanzministers bedeutet ja auch, daß der Minister ein solches Einspruchsrecht hat. Wir sind der Meinung, daß wir zumindest in den nächsten Jahren gut beraten wären, wenn wir ein solches Instrument auch unseren Umweltministern zur Verfügung stellten. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Henning Lemmer**, Tagungspräsidium: Danke schön. – Für die Antragskommission hat nun Herr Dr. Göhner das Wort.

**Dr. Reinhard Göhner**, Antragskommission: Der Streit um die Naturschutzabgabe, liebe Freunde, wird ja eigentlich über die Frage geführt, ob diese Abgabe überhaupt eine Lenkungsfunction haben kann. Pieroth und andere haben hier gemeint, daß davon eigentlich keinerlei Lenkung ausgehen könnte.

Es ist sicher richtig, daß wir nicht allein und auch nicht primär mit einer solchen Naturschutzabgabe den Flächenverbrauch vermindern können. Aber es wird

– ebenso wie bei der bewährten Abwasserabgabe – viele Fälle geben, in denen dieses zusätzliche Kostenargument ausschlaggebend dafür sein wird, eine zusätzliche Flächeninanspruchnahme zu unterlassen. Diesen Anreiz herzustellen, das ist die Aufgabe der Naturschutzabgabe.

Wenn ein Industrieunternehmen vor der Frage steht „Wie statte ich denn meinen Parkplatz aus, asphaltieren oder pflastern?“, dann ist beispielsweise eine unterschiedliche Abgabe für Asphaltierung – und damit Totalversiegelung – oder Pflasterung schon ein Anreiz. Wenn eine Gemeinde vor der Frage steht „Mache ich selbst ein Flächenrecycling?“, dann möchten wir doch, daß der Kämmerer dieser Gemeinde der Verbündete der Umweltschützer ist, genauso wie plötzlich durch die Abwasserabgabe ein Kämmerer Bündnispartner der Umweltschützer bei den notwendigen Maßnahmen der Klärwerksanierung war.

Wir haben bei der Abwasserabgabe das Phänomen, daß in aller Regel die Kosten der Umweltschutzinvestition – z. B. einer Klärwerksanierung – höher sind als die Abwasserabgabe, und dennoch hat die Abwasserabgabe psychologisch und wirtschaftlich – sozusagen als I-Tüpfelchen – die Wirkung, daß Abwasserreinigungsmaßnahmen vorangebracht werden. Die gleiche Wirkung kann eine Naturschutzabgabe erzielen – mit vielen offenen Fragen. Wir haben hier nicht den Gesetzentwurf, und es sollte niemand meinen, daß die offenen Fragen, die damit verbunden sind, in dieser Legislaturperiode in Bonn zu klären wären; das wäre völlig illusorisch.

Für mich ist beispielsweise eine offene Frage, ob wir den Eigenheimbau einbeziehen wollen. Offen ist auch die Frage, ob, wie der Kollege Fischer gemeint hat, bei der Bundesstraße von vornherein klar ist, daß der Bund die Abgabe zu zahlen hat. Muß es nicht eher der sein, der die Planung macht und beispielsweise darüber entscheidet, wo die Trasse geführt wird, ob beispielsweise eine alte Trasse in Anspruch genommen wird oder aber die grüne Wiese?

Das sind viele Einzelfragen, die wir noch klären müssen, aber im Grundsatz stimme ich Trutz Kerssenbrock zu, wenn er sagt: Dies ist der Testfall, wie ernst wir es wirklich mit marktwirtschaftlichen Instrumenten meinen. Umweltfreundliches Verhalten belohnen, umweltbelastendes Verhalten verteuern, das ist das Wesentliche an dieser Naturschutzabgabe, und deshalb sollten wir uns einen Ruck geben und in dieser Richtung in unseren Beschluß etwas hineinschreiben.

(Beifall)

Nun möchte ich etwas zu dem sagen, was mein Freund Christoph Böhr hier ausgeführt hat, nämlich zum Vetorecht des Umweltministers. Ich bin dafür, daß wir den Umweltminister so stark machen wie irgend möglich. Aber, in aller Offenheit, ein solches Vetorecht im Kabinett halte ich für blanken „Tinnef“.

(Zustimmung)

Entweder ist ein Umweltminister – wie Töpfer – so stark, daß er auch ohne ein solches formelles Vetorecht erreicht, daß umweltbelastende Gesetze, Gesetze, mit denen er unter umweltpolitischen Gesichtspunkten nicht einverstanden ist, nicht überkommen, oder aber er ist so schwach, daß er das schon jetzt nicht verhindert; dann verhindert er es aber auch mit einem Vetorecht nicht, weil er es nicht ausübt. Deshalb ist in der Frage, was in einem Kabinett überkommt, entscheidend, wie wichtig wir selbst als Partei, als Union, die Umweltpolitik nehmen und wie stark der Umweltminister

politisch ist. Mit einem Wort, Töpfer braucht kein Vetorecht; er ist durch uns, er ist durch seine Politik stark genug.

(Beifall)

**Henning Lemmer**, Tagungspräsidium: Danke schön. – Wir hören jetzt den Freund Doss und nach ihm als vorletzten Redner zu dieser Ziffer den Freund Professor Pinger. – Ist Herr Doss nicht da? – Dann hat Herr Professor Pinger das Wort.

**Prof. Dr. Winfried Pinger**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die SPD will Energie einsparen und den Benzinpreis um 50 Pfennige erhöhen. Ein marktwirtschaftliches Instrument, so könnte man sagen, und dennoch sagen wir, es sei verfehlt, und haben gute Gründe dafür.

(Zustimmung)

Energie soll eingespart werden. Hier nun soll wertvoller Boden nicht unnütz versiegelt werden. Wir wollen deshalb eine Abgabe erheben. Ist das das richtige Instrument? Mit dem Hinweis, es sei ein marktwirtschaftliches Instrument, finden wir jedenfalls die sachgerechte Antwort nicht. Frage: Ist es ein richtiges Lenkungsinstrument? Entweder werden wir mit diesem Instrument Bodennutzung verhindern – das könnte an der falschen Stelle geschehen –, oder es wird trotz der erhöhten Kosten gebaut. Wir werden möglicherweise dadurch, daß die Kosten für Grund und Boden sehr hoch werden, in der Tat verhindern, daß Einfamilienhäuser gebaut werden, und zwar werden wir es gerade bei denjenigen verhindern, die nicht so ohne weiteres das Geld haben.

(Zustimmung)

Das würde unserer Politik jedoch entgegenlaufen. Es ist ein Zielkonflikt.

(Beifall)

Ein weiterer Zielkonflikt: Arbeitsplätze. Meine Damen und Herren, wenn es um die Großunternehmen geht, um deren Neuansiedlungen, dann sind es in der Tat die Bürgermeister und die Stadtdirektoren, die hinter dem jeweiligen Unternehmen herlaufen und sagen: Ja, das mit dem Preis von 500 DM pro qm, erhöht durch die Abgabe, ist doch nicht der Ernst, das ist für Sie doch ganz anders. Wenn es aber ein mittelständischer Betrieb ist, bezahlt er – das wissen wir doch – den vollen Preis.

(Zustimmung)

Heute ist es ja für den mittelständischen Betrieb schon schwer, den Grund und Boden zu erhalten.

Das dritte Beispiel hatten wir eben schon: Wenn wir eine Straße ohne weiteres enger machen, sind wir wieder in einem Zielkonflikt, nämlich bei der Frage, ob es richtig ist, weitere Gefahren für den Straßenverkehr zu schaffen.

Wir haben auch positive Beispiele gehört. Vielleicht ist es zu verhindern – ich würde mir das wünschen –, daß weit draußen großflächige Einzelhandelsbetriebe angesiedelt werden.

Da haben wir das Instrument der Baunutzungsverordnung und anderes. Wir haben also andere Instrumente. Ich warne sehr vor einer solchen Abgabe. Es wird uns dem Ziel nicht näherbringen.

Danke schön.

(Beifall)

**Henning Lemmer**, Tagungspräsidium: Danke schön.

In dieser guten Aussprache zu dieser Ziffer hat der Sprecher der Antragskommission das letzte Wort. Bitte, Herr Grill.

**Kurt-Dieter Grill**, Antragskommission: Die Antragskommission schlägt Ihnen folgende Fassung vor:

Die CDU fordert deshalb zu prüfen, inwieweit die Inanspruchnahme von Natur durch eine Abgabepflicht reduziert und abgabepflichtig gemacht werden kann.

Dann heißt es am Schluß nach „sicherstellen“ im Rahmen der Bauleitplanung: „daß möglichst flächensparend gebaut wird.“

Dies ist der Antrag, den wir Ihnen nach dieser Diskussion zur Beschlußfassung vorlegen. Ich denke, daß wirklich alle diesem Kompromiß guten Gewissens zustimmen können.

**Henning Lemmer**, Tagungspräsidium: Danke schön.

Wir alle haben den Kompromißvorschlag der Antragskommission gehört. Ich lasse darüber abstimmen. Wer diesem Kompromißvorschlag zu Nr. 9 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Einige wenige Gegenstimmen. Haben wir auch Enthaltungen? – Keine. Dann ist so beschlossen. Schönen Dank.

**Peter Kudella**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Sie haben soeben eine Empfehlung der Antragskommission zum Initiativantrag E 96 auf den Tisch bekommen. Das Tagungspräsidium möchte Ihnen den Vorschlag machen, zwischendurch kurz in die Beratung dieses Antrages einzutreten.

Es gib eine aktuelle Situation: Immer mehr Landsleute aus der DDR kommen zu uns. Grundlage für diese Empfehlung der Antragskommission ist der Antrag E 96 der Delegierten Diepgen und anderer. Unter Vorsitz von Volker Rühle hat die Antragskommission getagt und eine Neuformulierung dieses Initiativantrages vorgenommen.

Wir schlagen Ihnen zunächst vor, jetzt kurz in die Beratung dieses Antrages einzutreten. Wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich Sie um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das so beschlossen. Wir beraten jetzt also über die Empfehlung der Antragskommission zum Initiativantrag E 96.

Zur Begründung dieses Antrages hat der Generalsekretär Volker Rühle das Wort.

**Volker Rühle**, Generalsekretär der CDU: Liebe Freunde! Wir möchten Sie bitten, einem Antrag zuzustimmen, der deutlich machen soll, daß wir auch in diesen Stunden der aktiven Sachberatung zum Thema Umweltschutz mit dem Herzen und auch mit den Köpfen bei den deutschen Landsleuten sind, die in immer größerer Zahl zu uns kommen.

(Beifall)

Wenn Sie verfolgt haben, was darüber berichtet wird, wenn Sie die jungen Gesichter gesehen haben, dann, glaube ich, kann jeder verstehen, daß der Satz gilt: Freiheit muß man nicht lernen, und Freiheit kann man auch nicht verlernen, auch wenn man sehr lange unter einem Unrechtsregime leben muß.

Für uns aber ist es wichtig, daß wir Freiheit nicht als Freiheit zur Gleichgültigkeit verstehen. Deswegen sagen wir: Die CDU in allen ihren Gliederungen, in allen Ortsverbänden sollte ein deutliches Zeichen des Willkommens für unsere Landsleute setzen, damit sie schnell und unbürokratisch aufgenommen werden.

(Beifall)

Wir sollten bereit sein, Patenschaften zu übernehmen und auch Mitbürger, Sportvereine dazu auffordern. Ich erinnere mich an ein Gespräch mit einem 14jährigen Jungen in Budapest im Flüchtlingslager. Das erste, was er sagte, war: Ich bin begeisterter Handballer. Wann endlich kann ich wieder Handball spielen? Wenn er jetzt zu uns gekommen ist, dann muß doch der Sportverein in der Stadt und im Dorf auf diesen

Jungen zugehen und sagen: Bei uns kannst du sofort spielen, ohne daß es etwas kostet. – Meine Bitte ist, daß die Vereine auf unsere Mitbürger zugehen und sagen: Kommt zu uns; ihr könnt mitmachen; dort lernt ihr eure Mitbürger auch kennen. – Im übrigen ist es eine unbürokratische Methode, sich hier einzugliedern.

(Zustimmung)

Es wird dann auch darauf ankommen, den Mitbürgern, die unser politisches System bisher nur durch das Fernsehen kennen, auf der Kreisebene, auf der Kommunalebene durch die politischen Parteien, die Landtage und den Bundestag zu helfen, daß sie möglichst schnell auch Wahlbürger werden, die unser politisches System kennen und die mitwirken wollen. Das haben sie über Jahrzehnte vermißt, nämlich in einem freien demokratischen System mitwirken zu können. Auch da sind wir als Partei gefordert.

(Beifall – Zuruf)

– Ja, nicht nur in der CDU. Wir haben die Menschen nicht gerufen. Insofern ist töricht, was Sozialdemokraten sagen: „Heim ins Reich“ sei der Ruf. Nein, der Ruf, der Ruf der Freiheit ist aus diesen Menschen selbst gekommen. Deswegen müssen wir in dieser Stunde auch der DDR sagen: Während wir heute zehntausend und mehr Flüchtlingen helfen, werden zugleich in einer DDR, die sich nicht ändert, schon die Flüchtlinge von morgen und übermorgen produziert. – Deswegen müssen die politisch Verantwortlichen in der DDR begreifen, daß auch sie sich endlich bewegen müssen.

(Beifall)

Das System dort bedeutet eine Vergewaltigung der Gesellschaft. Niemand wird auf die Dauer verhindern können, daß der Westwind die Faszination, die von den freien Demokratien in Westeuropa ausgeht, dorthin trägt und daß der Ostwind den Menschen in der DDR von den Veränderungen in der Sowjetunion, in Polen, in Ungarn kündigt.

Deshalb sollten wir auf diesem Parteitag beides sagen: Wir helfen all denjenigen unbürokratisch, die hierherkommen – die CDU sieht das als ihre Aufgabe an. Aber wir appellieren auch an die DDR, sich so zu ändern, daß es keine Flüchtlinge mehr gibt, die von einem Teil in den anderen Teil Deutschlands fliehen müssen, weil sie die Freiheit suchen.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Peter Kudella**, Tagungspräsidium: Ich bedanke mich bei Volker Rühle.

Meine Damen und Herren, mir liegen zwei Wortmeldungen zu diesem Antrag vor. Es sind die Wortmeldungen von Herrn Landowsky und von Herrn Helmrich.

Das Wort hat Klaus Landowsky.

**Klaus-Rüdiger Landowsky**: Herr Präsident! Liebe Freunde! Ich bin Volker Rühle besonders dankbar, daß er mit diesem Initiativantrag in der Mitte des Parteitages und nicht unter Punkt „Verschiedenes“ klargemacht hat, welchen Wert wir als Christlich Demokratische Union den Ereignissen, die wir nun seit wenigen Tagen verfolgen, auch wirklich beimessen, liebe Freunde. Wir müssen auch aufpassen, daß wir mit unseren Diskussionen nicht Gefahr laufen, an der Emotion der Menschen vorbeizugehen. Deswegen gehört in die Mitte dieses Parteitages das Schicksal von Tausenden von Menschen, denn weitere 15 Millionen Menschen blicken auf uns, wie wir mit diesem Problem und den Menschen umgehen.

(Beifall)

Vielleicht rührt mich als Berliner das mehr als andere an. Ich bin – ich muß das ganz ehrlich sagen, auch vor diesem Parteitag – ergriffen von dem, was sich in den letzten 24 Stunden abgespielt hat. Ich finde es toll, wie die Ungarn, die Österreicher, ich finde es aber auch toll, wie unsere bayerischen Landsleute diese Deutschen aufgenommen haben, liebe Freunde.

(Beifall)

Mir imponiert das.

Daß wir den Menschen ökonomisch helfen, ist eine Selbstverständlichkeit. Das sind wir allen, die in Not sind und denen wir helfen können, schuldig.

Aber was wir noch tun müssen, ist: Wir müssen ihnen in den ersten Wochen aktive Eingliederungshilfe geben. Wir müssen aufpassen, daß, wenn sie aus der Obhut dieser Lager entlassen werden, nicht eines Tages in den Großstädten – ich sage einmal – vereinsamen, weil sie das Leben und die Freiheit, die sie bei uns ja Gott sei Dank genießen können, drüben nicht gewohnt sind. Von der Wiege bis zur Bahre wurden sie drüben an die Hand genommen.

Liebe Freunde, es ist ein freiwilliger Dienst an der Demokratie, wenn alle unsere Funktionsträger – die Abgeordneten, die Kommunalabgeordneten, aber auch die einfachen Parteifreunde – einer Familie behilflich sind, auf den Wegen zu den Ämtern, bei der Suche nach einer Wohnung, bei der Suche nach einem Arbeitsplatz, in den Vereinen, wie Volker Rühle gesagt hat.

Das brauchen sie am Anfang. Lassen wir sie nicht vereinsamen, liebe Freunde. Leisten wir gerade da aktive Eingliederungs- und Lebenshilfe.

(Vereinzelt Beifall)

Noch eines müssen wir tun. Es ist gestern schon angeklungen. Wir müssen gegen das Desinteresse und die Kälte einer Reihe von Mitbürgern vorgehen. Ich halte nichts von Meinungsumfragen: 49 % begrüßen das und 46 % nicht. Sehen Sie sich diese Bilder an. Es gibt nur wenige Hartherzige. Aber es gibt welche. Deswegen ist es unsere politische Pflicht, ins Bewußtsein der Menschen zu bringen, daß wir unseren Landsleuten von dem materiellen Wohlstand und von dem Bewegungsfreiraum, den wir hier haben, wirklich etwas abgeben müssen. Natürlich können wir das Grundproblem nicht lösen. Aber wir werden den Bürgern klarmachen müssen, daß nur unsere Politik in der Lage ist, zu helfen. Diese Tausende von Menschen hätten drüben bleiben können, wenn unsere Politik schon erfolgreich gewesen wäre, meine Damen und Herren. Wir sind die einzige große Volkspartei, die noch heute unbeschränkt für die Einheit in Freiheit eintritt. Das müssen wir den Bürgern sagen. Nur eine Politik, die drüben akzeptable politische und ökonomische Verhältnisse schafft, die das Selbstbestimmungsrecht von der DDR fordert und einfordert, ist in der Lage, den Menschen die Möglichkeit zu geben, drüben in ihrer Heimat zu bleiben, in einem freien Land, in einem freien, einen Deutschland.

Man sollte bei der Diskussion über die Bewegung in Polen und in Ungarn – leider nicht in der DDR auch einmal darüber nachdenken, wie es uns ergangen ist, mir unbewußt, aber unseren Eltern bewußt. Mich erinnern die Bilder von gestern an die Flüchtlings-trecks des Jahres 1945, wo unsere Großeltern aus Ostpreußen, Danzig und Pommern zu uns gekommen sind. Unsere Elterngeneration hat unter viel schwierigeren Umständen diese Millionen Vertriebenen eingegliedert. Es ist eine demokratische Bewährungsprobe unserer Generation, in einem der reichsten Länder dieser Erde diese Herausforderung bestehen zu können.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn unsere Generation das nicht schafft, dann haben wir den Wohlstand, in dem wir leben, eigentlich nicht verdient, liebe Freunde.

(Beifall)

Deshalb bedeutet es, den Bürgern klarzumachen, daß aktive Wiedervereinigungspolitik die Politik ist, die es ermöglicht, daß die Menschen in ihrer Heimat bleiben. Liebe Freunde, Millionen Bundesbürger sind bewegt. Wir sollten uns an die Spitze dieser inneren Bewegung setzen. Es sind junge Menschen, die vom Sozialismus die Nase voll haben. Das wurde gestern schon gesagt. Das wäre eine hervorragende Aufgabe für die Junge Union.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist keine Generation, die mit Aktenkoffern geboren ist. Es ist eine Generation junger Menschen, die bereit sind, alles, was sie hatten, aufs Spiel zu setzen. Es ist eine hervorragende Ausgangsbasis für uns, die Christlich Demokratische Partei, diesen ein Gesprächspartner zu sein, ein Freund im freien Westen. Das ist eine neue Rolle. Die Welt spricht von Wiedervereinigung. Wir haben es in schweren Zeiten getan, als wir kalte Krieger waren. Nehmen wir das Wort auf, daß auch in Zeiten, wo alle Welt von Einheit, Selbstbestimmung und Wiedervereinigung spricht, wir an der Spitze dieser Bewegung bleiben. Den Nachweis legen wir an diesen Tausenden von Bürgern, die in den letzten Tagen zu uns gekommen sind, ab.

Schönen Dank.

(Beifall)

**Peter Kudella**, Tagungspräsidium: Ich bedanke mich bei Herrn Landowsky für diesen engagierten Beitrag.

Meine Damen und Herren, nach Herrn Helmrich haben sich jetzt noch Herr Lange, Herr Schede und Herr Diepgen gemeldet. Wenn Sie einverstanden sind, möchte ich gern die Rednerliste schließen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen. Herr Helmrich hat das Wort.

**Herbert Helmrich**: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf zunächst für die Antragskommission eine Anregung aufgreifen, die eben noch heraufgekommen ist, und zwar, im vierten Absatz in der zweite Zeile das Wort „Eingliederung“ durch „Aufnahme“ zu ersetzen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich möchte hier besonders meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß knapp 24 Stunden nach meiner Anregung die Möglichkeit geschaffen ist, daß dieser Parteitag spontan reagiert und von der CDU aus ein Patenschaftsprogramm angeregt wird.

Mein Dank gilt als erstes all denen, die sich gestern und auch noch heute früh in die Liste draußen am Stand der KPV eingetragen haben. Es haben sich bisher etwa 150 Personen eingetragen, die bereit sind, Patenschaften zu übernehmen,

(Vereinzelt Beifall)

auch ganze Kreisverbände. Der Landesverband der Jungen Union Niedersachsen, der zur Zeit schon eine ähnliche Aktion betreibt, hat in den letzten Tagen für 276 Personen Wohnraum vermittelt.

(Beifall)

Lassen Sie mich als letztes noch sagen, meine Damen und Herren: Es ist keine der üblichen Resolutionen, die wir ohne Adressaten fassen und damit unserer Meinung Ausdruck verleihen. Es ist ein Beschluß, mit dem wir uns selbst, unsere Ortsverbände und unsere Kreisverbände in die Pflicht nehmen, dem C in unserem Namen Gestalt zu

geben und aktive Arbeit folgen zu lassen. Wenn von diesem Parteitag die Initiative ausgeht und wir sie alle in die Kreisverbände und in die Ortsverbände tragen, dann kann bei der Welle an Hilfsbedürftigkeit, die jetzt auf uns zukommt, in der Tat ein Ruck durch die Partei gehen, der uns alle fördert und zusammenschweißt.

(Beifall)

**Peter Kudella**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Als nächster hat das Wort Herr Lange von der Exil-CDU.

**Hans-Joachim Lange**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich bin so angekündigt worden: von der Exil-CDU. Ich bin Mecklenburger. Meine Frau ist aus Sachsen. Während ich hier zu Ihnen spreche, arbeitet meine Frau in einem Lager in Passau und hilft den Menschen, die dort ankommen.

(Beifall)

Ich habe gestern nacht, während wir drüben gefeiert haben, versucht, meine Frau anzurufen. Sie konnte vor Weinen kaum sprechen und hatte Angst vor dem heutigen Tag. Sie hat gesagt: Wie soll ich das aushalten? Diese vielen Tränen! Ich kann doch nicht mitweinen. Ich muß Geld auszahlen.

Mein Junge, elf Jahre, hat bei sich und seinen Freunden die Spielzeugkisten umgewühlt, um für die schreienden, ganz kleinen Kinder, die die Mama nerven, die eh schon keine Nerven mehr hat, Spielzeug zusammenzutragen, um die wenigstens für zehn Minuten, wenn sie in der Schlange stehen, zu beruhigen.

Während wir hier gestern diskutiert haben, ein wenig streitig diskutiert haben, hat sich Weltgeschichte ereignet, meine Damen und Herren, Weltgeschichte in ganz direktem Sinne. Ein Land, das noch vor kurzer Zeit echt kommunistisch war, hat diesen unseren Landsleuten die Möglichkeit gegeben, auszureisen. Das ist Weltgeschichte. Ich habe draußen auf irgendeinem Papier gelesen – der Verfasser möge verzeihen: ich weiß nicht mehr, wo es war –: Nie wieder Flüchtlingsströme von deutschem Boden. Klaus Landowsky – herzlichen Dank – hat eben gesagt: Das ist nach 1945 der größte Treck, den wir erlebt haben. Wenn draußen gelegentlich gesagt wird – auch diese Töne gibt es; darum ist dieser Antrag so gut –: Schaut euch an, wie die kommen, mit einem Wartburg, mit einem Lada oder was es dort drüben gibt, gelegentlich auch mit einem Westauto, das sie sich irgendwie beschafft haben!

Das sind Menschen, die es nicht mehr ausgehalten haben, die vieles zurückgelassen haben, die Freunde und Angehörige zurückgelassen haben, die auch weinen, die im Lager z. B. um ihre Eltern weinen, die sie zurückgelassen haben. Meine Frau hat mir von einer jungen Mutter berichtet, die ein Baby, das gerade wackeln konnte, an der Hand und das nächste unterm Herzen hatte. Den Wagen konnten sie nicht mitnehmen. Meine Frau hat sie gefragt: Mein Gott, wie haben Sie das ausgehalten? Sie hat auf sich gezeigt und hat gesagt: deshalb.

Sie wollen ihre Kinder in Freiheit aufwachsen lassen. Ich meine, das steht jedem Bürger in unserem Lande zu, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Ich habe nur eine Bitte. Ich komme aus Passau. Als Exil-CDU-Mann muß ich ja nicht unbedingt in einem CDU-Bundesland leben. Ich habe in Passau die ganzen Wochen vorher schon miterlebt, was da gearbeitet worden ist. Ich habe die Bitte – und meine Freunde haben das mit unterschrieben –, daß wir dem Antrag vielleicht folgendes noch anfügen, um für das, was dort geschehen ist, danke zu sagen:

Die CDU dankt den freiwilligen Helferinnen und Helfern, die in unermüdlichem Einsatz unseren Landsleuten in den ersten Stunden und Tagen beistehen. Sie dankt auch den Betrieben, die durch Freistellung der Helfer den Einsatz überhaupt erst möglich machen.

(Beifall)

Ein besonderer Dank gilt – das ist oft genug gesagt worden, aber ich meine, es sollte auch mitbeschlossen werden – unseren Nachbarn in Österreich und Ungarn.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, der Raum um Passau – ich will es kurz machen – ist ein mittelständisch strukturiertes Gebiet mit einem großen Betrieb; der große trägt das, aber den kleinen, die mit zwei, drei Gesellen arbeiten, denen fehlt der Mitarbeiter an diesem Tag, wo er für das Rote Kreuz, das Technische Hilfswerk, für die Freiwillige Feuerwehr und ähnliches eingesetzt ist. Denen fehlen die Leute, und die müssen zu ihren Kunden gehen und sagen: dein Auto muß noch einen Tag stehen, mir fehlt der Schlosser. Bei denen sollten wir, bitte sehr, auch einmal als Partei danke schön sagen. – Danke sehr.

(Beifall)

**Peter Kudella**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Lange. Wenn Sie Ihren Änderungsantrag noch schriftlich haben und mir den eben geben können.

Als nächster hat der Vorsitzende des RCDS, unser Freund Schede, das Wort.

**Christian Schede**: Meine Damen und Herren, ich danke im Namen des Ringes Christlich Demokratischer Studenten Herrn Volker Rühle ganz herzlich dafür, daß er sich heute dieses Themas so massiv und deutlich angenommen hat. Er hat deutliche Zeichen gesetzt, damit das „C“ in unserem Namen spürbar wird.

Unter den Tausenden, meine Damen und Herren, die da kommen, sind überwiegend junge Leute, die ihre Heimat in der Sehnsucht nach einer freien Lebensplanung und Lebensgestaltung verlassen haben. Ein solcher Satz war auch in der ursprünglichen Antragsfassung. Ich würde mich freuen, wenn er auch in der neuen Fassung berücksichtigt würde.

Diese jungen Menschen brauchen unsere besondere Zuwendung. In ihnen liegt eine ungeheure Hoffnung, die wir uns heute hier kaum noch vorstellen können. Auch wir vom Ring Christlich Demokratischer Studenten sind uns dieser Herausforderung bewußt. Ab morgen abend ist ein bundesweites Informationstelefon eingerichtet, wo wir Kontakte für die örtliche Betreuung und Studententips vermitteln. Unter diesen jungen Leuten sind 25 %, die ihr Studium hier fortsetzen oder ein Studium hier beginnen wollen. An den bundesdeutschen Hochschulen ist es eng. Nichtsdestotrotz sagen wir ganz deutlich: ihr seid herzlich willkommen. Wir werden uns vor Ort darum bemühen, mit euch gemeinsam in diesen Engpässen vernünftig zurechtzukommen. Dazu brauchen wir aber auch Ihre Unterstützung, meine Damen und Herren, vor Ort, bei der Wohnungssuche und sonstigen Fragen. – Ich bedanke mich sehr herzlich.

(Beifall)

**Peter Kudella**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Schede.

Als letzter hat das Wort Eberhard Dieppen.

**Eberhard Dieppen**: Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dem Antrag und mit den Diskussionsbeiträgen haben wir eben unsere

Solidarität, unsere Bereitschaft zur Unterstützung der Menschen deutlich gemacht. Das ist wichtig. Aber ich glaube, wir sollten bei diesem Parteitag doch noch einen Schritt weitergehen.

Es geht in dieser Situation darum, daß deutschlandpolitisch klargemacht wird, welches die Partei der Einheit der deutschen Nation ist und welche Leistung, welche Möglichkeiten wir für die Zukunft sehen. Angesichts der bewegenden Bilder, angesichts der Tatsache, daß das erste wirklich entscheidende Loch in unsere Berliner Mauer in Ungarn geschlagen worden ist, angesichts der Tatsache, daß mit diesen Menschen die Zusammengehörigkeit der Deutschen deutlich wird – angesichts dieser Tatsachen scheint es mir wichtig zu sein, daß wir hier auch an die Sozialdemokratie eine Aufforderung richten, nämlich die Aufforderung zur Umkehr in ihrer Deutschlandpolitik. Sie hat jetzt die Chance zur Umkehr in der Deutschlandpolitik.

(Beifall)

Ich will sie auffordern, endlich aufzuhören mit Formulierungen wie „überflüssige Wiedervereinigungsrhetorik“, ich will sie auffordern, endlich aufzuhören mit Formulierungen von der „fortdauernden Zweistaatlichkeit Deutschlands“. Ich will sie auffordern, endlich aufzuhören mit Diskussionen über Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR. Ich will sie auffordern, damit aufzuhören, weil sie damit auch zusätzliche Angst schafft.

Womit haben wir es denn beispielsweise bei jener Diskussion zu tun, die ausgerechnet auch von Berlin aus – aber nicht nur von Berlin aus – im Augenblick immer wieder aktualisiert wird? Wenn die Forderung dort diskutiert wird, wir brauchen eine Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR, dann bewirkt das bei den Menschen in Potsdam, bei den Menschen in Dresden, bei den Menschen in Ost-Berlin Ängste. Dann bewirkt das das Gefühl: nun wollen die uns auch noch abhängen. Dann bewirkt das das Gefühl: die wollen uns im Regen stehenlassen.

Es geschieht das, was wir im Augenblick erleben. Die Diskussion, die innerhalb der Sozialdemokratie – und insbesondere innerhalb der Berliner Sozialdemokratie und der Alternativen Liste – um die Anerkennung der Staatsbürgerschaft geführt wird, bewirkt, daß noch mehr Menschen sich entscheiden, die DDR zu verlassen, weil sie Angst haben, weil sie mangelnde Perspektiven für die Zukunft sehen.

Deswegen muß von diesem Parteitag der Union ausgehen: mit uns wird so etwas nicht geschehen. Wir weisen auch darauf hin, daß die ganze Diskussion um die angebliche Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft im Grunde eine Trickdiskussion ist. Niemand in der Bundesrepublik Deutschland erwartet doch irgend etwas von staatsbürgerlichen Pflichten innerhalb dieser Republik von Menschen, die aus Potsdam kommen und bei der Ständigen Vertretung in Bonn arbeiten.

Also die ganze Frage der Anerkennung stellt sich nicht. Im Grunde geht es bei dieser Forderung um etwas anderes, um den Trickbegriff, der da mitberücksichtigt werden muß. Im Grunde fordern diejenigen, die „Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft“ sagen: gebt das deutsche Staatsbürgerschaftsrecht auf. Also nicht etwa Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, sondern Aufgeben unserer staatsbürgerlichen Rechte. Das ist die Forderung, die dahintersteht.

(Beifall)

Das bedeutet: wir sollen nicht mehr Deutsche sein dürfen – bis hin zu den Folgerungen, daß diejenigen aus Potsdam und Ost-Berlin Ausländer sein sollen und demnächst, wenn sie hierherkommen, Asylanträge zu stellen haben.

Hier sollen die Menschen von diesem Parteitag aus wissen: das wird nicht geschehen, solange die Union in der Verantwortung ist.

(Beifall)

Wir haben Verantwortung vor den Menschen und werden sie wahrnehmen, und wir werden das auch juristisch deutlich machen.

(Beifall)

Mir geht es noch um einen anderen Punkt; ich habe ihn gestern kurz angesprochen. Ich glaube, es ist notwendig, daß wir uns Gedanken darüber machen, mit welchen konkreten Mitteln wir Einheit der deutschen Nation noch weiterentwickeln können; daß wir uns Gedanken darüber machen, mit welchen Mitteln – und auch mit dem Einsatz welcher Mittel – wir bereit sind, Reformbewegungen in der DDR in den gesellschaftlichen Gruppen, in den Gesprächen – bis hin zu den Blockparteien – zu unterstützen, aber auch im Hinblick auf die konkreten materiellen, finanziellen, sächlichen und finanziellen Leistungen an die DDR. Ich glaube, es ist notwendig – und das entspricht auch den Hoffnungen und Chancen, die wir heute angesichts der Entwicklung in Polen und Ungarn sehen können –, daß wir klarmachen, welche Möglichkeiten wir für den Termin sehen, wo Reformentwicklungen in der DDR verwirklichtbar sind.

Ich möchte den Vorschlag machen, Herr Generalsekretär, daß die Union eine Arbeitsgruppe „Deutschland 2000“ gründet, die sich genau mit der Frage auseinandersetzt: Was ist unser Instrument, was ist unser Konzept für den konkreten Weg zur Wiedervereinigung, für den konkreten Weg zur Lösung der Probleme, wenn die Grenzen in ganz Europa fallen?

(Beifall)

Das ist eine Aufgabe, die wir – ein Teil öffentlich, ein Teil auch nicht öffentlich – anpacken müssen. Aber das ist das, was man von der Partei der deutschen Einheit, von der Partei der Einheit der deutschen Nation erwartet. Wir sollten an die Lösung dieser Aufgabe gehen.

(Beifall)

**Peter Kudella**, Tagungspräsidium: Wir bedanken uns bei Eberhard Diepgen für diesen hervorragenden Beitrag.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Initiativantrag E 96 in der Fassung, wie die Antragskommission sie vorgeschlagen hat. Dabei sollen folgende Änderungen übernommen werden; die Antragskommission hat jeweils Zustimmung signalisiert.

Im zweiten Absatz wird der Text nach „willkommen“ gestrichen und durch folgende Neufassung ersetzt: Unter diesen Menschen sind besonders viele Jugendliche, die aus Sehnsucht nach freier Lebensplanung und -gestaltung ihre Heimat verlassen haben. Sie alle brauchen unsere besondere Unterstützung und Zuwendung. – Damit ist der zweite Absatz beendet.

Im vierten Absatz soll in Zeile 2 das Wort Eingliederung durch Aufnahme ersetzt werden.

An den Antrag selbst soll ergänzend angefügt werden: Die CDU dankt den vielen freiwilligen Helferinnen und Helfern, die in unermüdlichem Einsatz unseren Landsleuten in den ersten Stunden und Tagen beistehen. Sie dankt auch den Betrieben, die durch Freistellung der Helfer deren Einsatz ermöglichen. Ein besonderer Dank gilt unseren Nachbarn in Österreich und Ungarn.

Wer dem Antrag in der geänderten Fassung zustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, wir kehren zurück zur Beratung des Antrags „Unsere Verantwortung für die Schöpfung“. Ich rufe Ziffer 10 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge B 97 bis B 111. Die Fundstelle ist die Antragsbroschüre auf den Seiten 125 bis 130. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist dieser Passus einstimmig angenommen.

Ich rufe Ziffer 11 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge B 112 bis B 127. Fundstelle ist die Antragsbroschüre auf den Seiten 130 bis 135. Wortmeldungen liegen dazu nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist auch dieser Passus einstimmig angenommen.

Ich rufe Ziffer 12 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge B 128 bis B 130. Fundstelle ist die Seite 30 der Antragsbroschüre. Dazu liegen ebenfalls keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Auch dieser Abschnitt ist einstimmig angenommen.

Ich rufe Ziffer 13 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge B 131 bis B 134. Fundstelle ist die Antragsbroschüre mit den Seiten 136 bis 137. Wortmeldungen dazu liegen ebenfalls nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ebenfalls einstimmig angenommen.

Ich rufe Ziffer 14 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge B 135 bis B 140. Fundstelle ist die Antragsbroschüre mit den Seiten 137 bis 138. Wortmeldungen dazu liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ebenfalls einstimmig angenommen.

Ich rufe Ziffer 15 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge B 141 bis B 149. Fundstelle in der Antragsbroschüre sind die Seiten 138 bis 140. Zur Ziffer 15 liegen ebenfalls keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei 2 Enthaltungen so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 16 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge B 150 bis B 162. Fundstelle ist die Antragsbroschüre mit den Seiten 140 bis 143. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig beschlossen.

Ich rufe Ziffer 17 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge B 163 bis B 169. Fundstelle ist die Antragsbroschüre mit den Seiten 143 bis 144. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag in der Fassung der Antragskommission zustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 18 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge B 170 bis B 179. Fundstelle ist die Antragsbroschüre mit den Seiten 145 bis 147. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag in der Fassung der Antragskommission zustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig beschlossen.

Wir kommen zu Ziffer 19 des Antrags des Bundesvorstands. Dazu gehören die Anträge B 180 bis B 185 und B 637. Fundstelle ist die Antragsbroschüre auf den Seiten 147 und 148 und die Sammlung der Initiativanträge in Abschnitt 2. Wortmeldungen dazu liegen nicht vor. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei wenigen Stimmenthaltungen so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 20 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge B 186 bis B 190. In der Antragsbroschüre finden Sie den Vorgang auf den Seiten 148 und 149. Dazu liegen ebenfalls keine Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig beschlossen.

Ich rufe Ziffer 21 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge B 191 bis B 198 und auch der Antrag B 222. Fundstelle ist die Antragsbroschüre, Seite 149 bis 151 und die Seite 162. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Einstimmig beschlossen.

Ich rufe Ziffer 22 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge B 199 bis B 204. Fundstelle ist die Antragsbroschüre, Seite 151 bis 153. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einstimmig beschlossen.

Ich rufe Ziffer 23 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge B 72, B 98 und B 205 bis B 213. In der Antragsbroschüre finden Sie die Vorgänge auf den Seiten 120, 126 sowie den Seiten 153 bis 157. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen wünscht, bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei einer Stimmenthaltung so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 24 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge B 214 bis B 219. In der Antragsbroschüre finden Sie die Vorgänge auf den Seiten 158 bis 160. Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich komme zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 25 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge B 197, B 211, B 220, B 221 sowie B 223 bis B 250 und E 36. Fundstelle ist die Antragsbroschüre, Seite 150, 157, 160 bis 169 und 316. Dazu liegt eine Wortmeldung vor. Es hat das Wort der Delegierte Hermann-Josef Buchkremer aus Nordrhein-Westfalen.

**Hermann-Josef Buchkremer:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, Sie haben eben in Ihrer Rede darauf hingewiesen, daß einer der Mechanismen, mit denen man den Umweltschutz marktwirtschaftlich verbessern kann, Lizenzen, Umweltabgaben wären. Ich habe dies nach sorgfältigem Durchlesen des gesamten Leitanspruchs nirgendwo gefunden. In Antrag B 231 des Landesverbandes Berlin auf Seite 166, in dem es heißt,

„Bund und Länder sollten, soweit erforderlich, in einem begrenzten Zeitraum sogenannte „Umweltanleihen“ zur Finanzierung . . .“,

ist die geeignete Stelle, Ihre Anregung, die Sie in Ihrer Rede erwähnten, unterzubringen. Ansonsten habe ich sie nirgendwo in unserem Antrag gefunden. Sie haben es als eine sehr positive Möglichkeit dargestellt, umweltpolitisch aktiv zu werden.

Ich bitte die Antragskommission, das vielleicht einzuarbeiten.

**Peter Kudella,** Tagungspräsidium: Wünscht die Antragskommission dazu das Wort? – Bitte sehr.

**Peter Jungen,** Antragskommission: Meine Damen und Herren, wir haben diesen Antrag nicht zur Annahme empfohlen, weil hier etwas ganz anderes formuliert ist. Hier ist formuliert, Umweltanleihen „zur Finanzierung des zusätzlichen öffentlichen Umweltschutzes aufzulegen“. Ich meine, daß das nicht dem entspricht, was Intention des Redners war, der über die Einführung von Lizenzen vor mir gesprochen hat. Also muß die Antragskommission bei ihrem Vorschlag bleiben, diesen Antrag abzulehnen.

**Peter Kudella,** Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen wenigen Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen ist der Antrag so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 26 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge B 251 bis B 268. Fundstelle ist die Antragsbroschüre, Seite 170 bis 176. Dazu hat Herr Linssen aus Nordrhein-Westfalen das Wort.

**Dr. Helmut Linssen:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir behandeln in Ziffer 26 das immer dringender werdende Problem der Klimaerwärmung. Es ist sicherlich ein globales Problem, kann uns aber nicht davon befreien, in diesem Bereich Maßnahmen auch national zu ergreifen, und zwar möglichst schnell. Die Industrieländer sind nach der Enquete-Kommission des Bundes, die dankenswerterweise eingerichtet wurde und zu hervorragenden Beschlüssen gekommen ist, aufgefordert, bis zum Jahre 2050 50 % der CO<sub>2</sub>-Emissionen zu reduzieren. Das heißt, wir müssen uns jetzt Gedanken darüber machen, wie wir zu dieser Reduktion auch in der Bundesrepublik Deutschland kommen. Wir können uns nicht damit trösten, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland nur 3,4 % der Weltmissionen verursachen. Ich meine, wir sollten Carl Friedrich von Weizsäcker sehr dankbar sein, daß er beim ökumenischen Konzil in Basel klar und deutlich formuliert hat:

„Die drohende Klimakatastrophe ist gefährlicher als das, was wir an Risiken aus der Kernenergie zu erwarten haben.“

Meine Damen und Herren, gerade diese Aussage macht deutlich, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland mit einem Energiemix, mit einem Risikomix am besten leben. Ich halte nicht viel davon, wenn wir nun versuchen, die Klimaangst gegen die Kernenergieangst hochzujagen. Aber wir sollten allen Mitbürgern sehr deutlich machen, daß wir es in beiden Bereichen, der Kohleverstromung und der Kernenergie, mit Risiken zu tun haben und daß wir alles tun müssen, um in beiden Bereichen zur Reduktion zu kommen.

Liebe Freunde, 80 % der Klimaerwärmung macht CO<sub>2</sub> aus, den Rest die anderen Spurengase. 800.000 t CO<sub>2</sub> werden allein in der Bundesrepublik Deutschland produziert, und zwar in erster Linie von den Kernkraftwerken, das sind 37 %, vom Hausbrand und von den Kraftfahrzeugen. Wir haben in diesem Papier eine sehr gute Lösung für den Bereich Kraftfahrzeuge angeschritten. Sie haben vorgeschlagen, daß wir die Kraftfahrzeugsteuer demnächst nach Schadstoffen berechnen und hiermit einen ganz wertvollen Lenkungsmechanismus in Gang setzen.

Die SPD meint, sie könne mit der Mineralölsteuererhöhung etwas erreichen. Meine Damen und Herren, die Minderung des Verbrauchs ist nicht das alleinige Kriterium für eine solche Abgabe. Ich glaube, daß wir mit dem in dem Papier vorgeschlagenen Weg, die Steuer schadstoffbezogen zu erheben, Techniken damit zu entwickeln, genau das machen, was mit Lenkungsabgaben gewünscht ist, nämlich diese Abgaben auf Dauer gegen Null zu führen. Der Sinn dieser Abgabe ist ja, daß wir nicht für den Staat neue Finanzströme erschließen, sondern daß wir mit einer solchen Abgabe erreichen, daß wir die Umweltemissionen und damit auch die Abgabe minimieren.

Aber – ich sage das als Nordrhein-Westfale ganz bewußt, als jemand aus dem Land mit der größten Kohleverstromung –: Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir CO<sub>2</sub> auch in diesem Bereich reduzieren. Und ich freue mich, daß auch der Mann, der demnächst die Verantwortung in dem anderen Kohleland der Bundesrepublik, nämlich im Saarland, übernehmen soll, Klaus Töpfer, hier sehr deutlich gemacht hat, daß er in Richtung Lenkungsabgaben auch im Bereich CO<sub>2</sub> denkt.

Meine Damen und Herren, die SPD ist unehrlich, wie es schlimmer nicht geht. Sie wollte eine Energiesteuer erheben, sie wollte sie für CO<sub>2</sub> erheben und hat dann nach dem Einspruch der Lobbyisten gesagt: Wir nehmen die Kohle aus. Meine Damen und Herren, das ist so unehrlich, wie es unehrlicher nicht sein kann!

(Beifall)

Natürlich kann man einwenden, daß wir schon einen hochsubventionierten Energieträger verstromen und die Subvention damit noch höher würde. Aber, meine Damen und Herren, es kann keinen Rabatt in dieser Frage geben! Ich appelliere heute daran, daß wir in den nächsten Monaten in Richtung einer CO<sub>2</sub>-Abgabe weiter arbeiten, auch Nordrhein-Westfalen zusammen mit dem Saarland, damit wir das erreichen, was unbedingt nötig ist: Wir brauchen weitere Einspareffekte bei der Verstromung; wir brauchen die Entwicklung neuer Techniken; wir brauchen die Erhöhung von Wirkungsgraden, damit wir weniger Kohle bei gleicher Stromabgabe einsetzen. Und wir sollten Techniken entwickeln, die die weltweite Umweltpartnerschaft deutlich

machen, nämlich Techniken, die wir exportieren können, gerade in osteuropäische Länder, die uns mit dem Ostwind natürlich auch sehr viel an Umweltschmutz hier herüberbringen. Ich glaube, das ist eine gute Lösung, der Appell, daß wir in den nächsten Monaten verstärkt eine Lenkungsabgabe für CO<sub>2</sub> – gegen die Klimaerwärmung, die so bedrohlich ist – entwickeln.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Peter Kudella**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Linssen. – Als nächster hat das Wort Herr Minister Töpfer.

**Prof. Dr. Klaus Töpfer**: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte Herrn Linssen sehr nachhaltig dafür danken, daß er diese Aussage hier getroffen hat. Ich glaube, wir sind wirklich gut beraten, wenn wir auch in diesem Zusammenhang ehrlich bleiben. Wir wollen damit keine Politik gegen Kohle, sondern eine Politik für Kohle machen. Denn wir werden fossile Energieträger – und damit auch Kohle – auf Dauer nur nutzen können, wenn sie im Einklang mit der Erhaltung der Umwelt genutzt werden können. Und dafür brauchen wir technologische Anreize.

Wir haben durch die Konzentration auf Schwefeldioxid und Stickoxid in der Vergangenheit Techniken zur Rauchgasentschwefelung und zur Entstickung entwickelt. Wir brauchen jetzt auch weiterführende Techniken, um etwa Wirkungsgrade von Kohlekraftwerken zu erhöhen. Das sichert Kohle, sichert sie auf Dauer. Damit tun wir gerade auch denen, die in den Regionen wohnen, in denen Kohle gefördert wird, einen Gefallen. Ich glaube also, dies sollte von uns insgesamt so mitgetragen werden können.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Peter Kudella**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Für die Antragskommission Dr. Göhner.

**Dr. Reinhard Göhner**, Antragskommission: Liebe Freunde, wenn wir diesem Anliegen, das Helmut Linssen und Minister Töpfer hier vorgetragen haben, entsprechen wollen – und ich denke, wir sollten das tun –, dann müssen wir den Satz aufnehmen, daß wir auch die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Abgabe prüfen wollen. Wir haben soeben ein Kapitel unter der Überschrift „Ökologische und soziale Marktwirtschaft“ beschlossen. Und ich denke, wenn der Generalsekretär der nordrhein-westfälischen Union und unser Spitzenkandidat des Saarlandes für die Prüfung einer solchen Abgabe reden, dann paßt das in dieses Konzept.

Wir möchten Ihnen deshalb vorschlagen, in den dritten Spiegelstrich – vorbehaltlich einer redaktionellen Einordnung dieses Satzes – der Empfehlung der Antragskommission folgenden Satz aufzunehmen: „Dabei ist auch die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Abgabe zu prüfen.“

Herr Präsident, ich muß für die Antragskommission eine zweite Anmerkung machen. In den „Empfehlungen“ ist ausgedrückt, daß wir die Ablehnung des Antrages B 266 empfehlen. Dabei handelt es sich um ein Mißverständnis. Wir empfehlen die Annahme dieses Antrages. Darin geht es um ein Exportverbot für solche Pflanzenschutzmittel, die bei uns verboten sind. Wir schlagen die Annahme des Antrages in folgender Fassung vor: „Exportverbot von Pflanzenschutzmitteln, die bei uns aus Gründen des Gesundheits- und Umweltschutzes verboten sind, in Drittländer.“

Damit kein Zweifel aufkommt: Das entspricht deutscher Praxis, das ist erklärte Politik auch der deutschen chemischen Industrie. Und wir wollten durch eine Ablehnung dieses Antrages nicht das Mißverständnis auslösen, als ob wir daran etwas ändern wollten.

Andererseits geht es nur um jene Pflanzenschutzmittel, die bei uns mal zugelassen waren und dann aus Gründen des Gesundheits- und Umweltschutzes verboten wurden. Es geht also beispielsweise nicht um jene Mittel, die bei uns nicht zugelassen sind – weil nie ein Antrag gestellt wurde und kein Bedarf besteht – und deshalb auch bei uns verboten sind. Aber die sind nicht aus Gründen des Umwelt- und Gesundheitsschutzes bei uns verboten. Daß diese bei uns hergestellt werden, ist vernünftig und zweckmäßig.

Um dieses Mißverständnis auszuräumen, um diesen Antrag zu präzisieren, empfehlen wir Ihnen die Annahme in der soeben zitierten Form.

**Peter Kudella**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Sie haben gehört, beim Antrag B 266 gibt es eine Änderung der Empfehlung der Antragskommission, eine geänderte Fassung. Außerdem steht die Ergänzung, die Dr. Göhner vorgeschlagen hat, zur Abstimmung.

Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei zwei Gegenstimmen und 1 Enthaltung ist der Antrag dann so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 27 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge B 269 bis 287. In der Antragsbroschüre finden Sie die Vorgänge auf Seite 176 bis 180.

Es hat sich nun Hubert Hüppe aus Nordrhein-Westfalen zu Wort gemeldet.

**Hubert Hüppe**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte doch kurz auf den Antrag des Kreisverbandes Unna, B 287, verweisen. Wir fordern im Bereich FCKW, daß wir nicht erst 1995 jeglichen Verbrauch und jegliche Herstellung von FCKW einstellen. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß wir dies sehr wohl früher tun können. Wir haben daher das völlige Verbot sowohl für die Produktion als auch für den Verbrauch von FCKW bis spätestens Ende 1992 gefordert.

Ich möchte Sie bitten, diesem Antrag zuzustimmen; denn die Begründung gibt eigentlich der Bundesvorstand selber. Er hat geschrieben: „Was bei den Spraydosen innerhalb von 2 Jahren möglich war“, muß auch bei anderen Produkten möglich sein. Ich denke, wir haben so viel Vertrauen in unsere Wirtschaft, daß wir ihr sehr wohl die Möglichkeiten und auch Fähigkeiten zutrauen, Alternativen auch bei anderen Produkten aufzuzeigen. Ich möchte Sie daher bitten, unseren Antrag anzunehmen.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Peter Kudella**, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission Dr. Göhner.

**Dr. Reinhard Göhner**, Antragskommission: Liebe Freunde, das, was Hubert Hüppe vorgetragen hat, möglichst noch schneller zum angestrebten Ziel zu kommen, ist sicher verständlich. Aber ich möchte darauf hinweisen, daß der Antrag des Kreisverbandes Unna selbst folgerichtig auch eine Übergangsregelung über 1992 hinaus fordert. Ich denke, es ist ehrlicher, wenn wir bei dem realistischen Ziel 1995 bleiben und hinsichtlich der Fristen keine Illusionen wecken.

(Zustimmung)

**Peter Kudella**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wer der Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei einer Reihe von Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen ist der Antrag so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 28 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge B 255, B 288 bis B 304 und E 35. Fundstellen in der Antragsbroschüre sind die Seiten 173, 181 bis 185 sowie Seite 315.

Das Wort hat Professor Pinger.

**Prof. Dr. Winfried Pinger**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin der Meinung, daß der Text hinter dem ersten Spiegelstrich betreffend Importbeschränkungen für Hölzer aus tropischen Primärwäldern gestrichen werden sollte, und zwar aus entwicklungspolitischen Gründen.

Was den Text hinter dem zweiten Spiegelstrich angeht, so bin ich der Meinung, daß mit der Hilfe für umweltverträgliche Forstwirtschaft der richtige Ansatz gefunden wurde. Wenn wir ein Verbot des Holzeinschlages in tropischen Primärwäldern fordern, fordern wir zugleich, daß der Primärwald insgesamt nicht genutzt werden solle. Wir werden dann leider zu der Situation kommen, wie wir sie in Brasilien zu verzeichnen haben, nämlich daß die Regierung und auch die Bevölkerung der Auffassung sind, daß der tropische Regenwald für sie nichts wert ist. Mit verheerenden Brandrodungen wird dann leider das Ziel verfolgt, den Primärwald umzuwandeln und für Zwecke der Viehwirtschaft und Landwirtschaft zu nutzen. Mit einem Verbot des Imports würden wir also genau das Gegenteil von dem bewirken, was wir eigentlich wollen: daß der tropische Regenwald erhalten wird.

Es wird gelegentlich behauptet, es gebe keine Möglichkeit der Nutzung des tropischen Primärwaldes. Natürlich haben wir es hier mit einem schwierigen Problem zu tun. Es gibt aber Beispiele für solche Nutzungen. Ich verweise beispielhaft auf ein deutsches Projekt im Rahmen der technischen Zusammenarbeit in Südmexiko, bei dem es gelungen ist, eine forstwirtschaftliche Nutzung herbeizuführen, allerdings nicht mit staatlichen Organisationen, sondern mit Hilfe der Bevölkerung, die diesen Regenwald auf Dauer für die Kinder und Enkel erhalten will. Das ist der richtige Ansatz.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns also davor hüten, hier mit einem Instrument anzusetzen, das in Wirklichkeit das Gegenteil dessen bewirkt, was es bewirken soll.

Lassen Sie mich noch darauf eingehen, daß in dem Antrag des Bundesvorstandes in der Tat nicht von einem Importverbot, sondern von Importbeschränkungen die Rede ist. Wenn man nur eine Beschränkung will, muß man auch klar sagen, wie die Beschränkung im einzelnen aussehen soll. Die Formulierung, die in dem Antrag jetzt steht, hat denselben Erklärungswert wie der Begriff „Importverbot“. Ein Importverbot wäre aber, wie gesagt, genau das falsche Mittel. Es wäre in der öffentlichen Wirkung zugegebenermaßen plakativ, es wäre scheinbar ein Patentrezept, aber es würde in der Wirklichkeit nicht zu dem führen, was wir gemeinsam wollen.

**Peter Kudella**, Tagungspräsidium: Als nächster hat Klaus Lippold das Wort.

**Dr. Klaus Lippold**: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Ich möchte mich den Worten des Vorredners anschließen. Ich glaube, manchmal ist „gutgemeint“ das Gegenteil von „gut“. Wir haben uns im Rahmen der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“ mit dieser Problematik intensiv auseinandergesetzt und dafür

unendlich viel Arbeit investiert. Wir haben an sechs kompletten Anhörungstagen 150 Experten aus 38 Ländern gehört. Die einhellige Meinung war, daß ein Importverbot und eine Importbeschränkung nicht weiterhelfen.

Der Bundesfachausschuß „Umwelt“ der Union hat über dieses Thema daraufhin in einer Untergruppe noch einmal eingehend beraten und ist zu dem Ergebnis gekommen, auf eine solche Maßnahme zu verzichten. Wir müssen uns klarmachen, daß 70 % der Tropenwaldvernichtung auf Brandrodung und Wanderfeldbau zurückgehen. Auf Großprojekte und viehwirtschaftliche Nutzung entfallen weitere 20 %. Dadurch wird deutlich, wo der Ansatzpunkt liegt. Wenn wir dafür sorgen – wofür wir übrigens als Bundesrepublik Deutschland mit Projekten der technischen Zusammenarbeit hervorragende Modellarbeit geleistet haben –, daß über Agroforstmaßnahmen und über Selbsthaftmachung Ansätze gefunden werden, um den Wanderfeldbau zu vermeiden, so ist das der richtige Weg. Wir haben Technologien entwickelt, um bei selektivem Holzeinschlag deutlich zu machen, daß wir Wald ohne Erosionsprobleme nutzen können. So können wir letztendlich zu abgestimmten Modellen kommen, indem wir Teile als Naturreservate erhalten, auf der anderen Seite aber ganz deutlich machen, daß die vorhin erwähnte Maßnahme entfallen kann.

(Dr. Theodor Waigel betritt den Saal und wird mit Beifall begrüßt)

– Ich möchte dem Tagungspräsidium vorgehen und den Vorsitzenden der CSU, unserer Schwesterpartei, hier herzlich begrüßen.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich bitte um Vergebung, daß ich dies tue. Es lag aber nahe, es zu tun, da Dr. Waigel während meiner Rede hier mit Beifall begrüßt wurde.

Liebe Parteifreunde, eine Importbeschränkung führt uns nicht weiter. Deshalb sollte dieser Passus entfallen. Wir sollten ganz deutlich machen: Wir brauchen vermehrt Hilfe für die Dritte Welt. Der Schuldenerlaß ist hinreichend, aber nicht ausreichend. Wir brauchen zusätzlich Geld, denn Länder, die überhaupt kein Geld haben, können die notwendige Wiederaufforstung nicht leisten. Ich bitte Sie also, dem Antrag der Mittelstandsvereinigung zuzustimmen und den Passus betreffend Importbeschränkung zu streichen.

(Beifall)

**Peter Kudella**, Tagungspräsidium: Wir unterbrechen die Beratungen an dieser Stelle. Ich übergebe die Tagungsleitung an Bernd Neumann.

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich begrüße in unserer Mitte recht herzlich den Vorsitzenden unserer Schwesterpartei, der CSU, unseren Freund Theo Waigel.

(Beifall)

Ebenso herzlich begrüße ich den Generalsekretär der CSU, unseren Freund Erwin Huber, in seiner Begleitung.

(Beifall)

Lieber Theo Waigel, es gehört schon seit Jahrzehnten zur Tagungsfolge auf jedem CDU-Parteitag, daß der Vorsitzende der CSU das Wort nimmt. Das dokumentiert die enge Verbundenheit der beiden Unionsparteien in der Sache wie in den Zielen. Wir freuen uns auf Ihr Grußwort.

**Dr. Theodor Waigel**, Vorsitzender der CSU (mit Beifall begrüßt): Herr Tagungspräsident, lieber Freund Neumann! Herr Bundeskanzler, lieber Helmut Kohl! Meine sehr verehrten Ehrengäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte zunächst um

Entschuldigung, daß Sie Ihre spannenden Debatten und Diskussionen kurz unterbrechen müssen, bin Ihnen aber dankbar, daß Sie mir hier die Möglichkeit zu einem Grußwort geben.

Ich möchte dieses Grußwort natürlich mit einem herzlichen Glückwunsch an den neu gewählten, sehr gut gewählten Bundesvorsitzenden der Christlich Demokratischen Union, Dr. Helmut Kohl, beginnen.

(Beifall)

Mein herzlicher Glückwunsch gilt auch dem neu gewählten Generalsekretär, unserem alten Freund Volker Rühle – alt natürlich nicht nach Jahren, wohl aber was die Jahre der Zusammenarbeit seit den Zeiten der Jungen Union anbelangt –, von dem ich hoffe, daß er noch viele so glänzende Reden halten möge wie vergangene Woche im Deutschen Bundestag, wo er der SPD nichts, aber auch gar nichts erspart hat.

(Beifall)

Übrigens, Herr Bundesvorsitzender, nachdem bei Ihnen jetzt alle Klarheiten vorhanden sind: Damit auch bei uns Klarheit herrscht, habe ich heute in einer Pressekonferenz in München gesagt, daß ich wieder Erwin Huber als Generalsekretär vorschlagen werde. Somit weiß jeder, mit wem er künftig zusammenarbeitet. Ich bin sicher, es wird eine gute Zusammenarbeit sein.

(Beifall)

Nun hat mich natürlich der eine oder andere gefragt, vor allen Dingen von der Presse, wie ich den gestrigen Verlauf Ihres Parteitages bewerte, was ich zu einzelnen Wahlergebnissen sage. Ich habe die vornehme Zurückhaltung, mit der die CSU Ihre Diskussion in den letzten Wochen und Monaten begleitet hat, fortgesetzt, werde das auch heute tun, kann Ihnen das aber nicht bei allen Themen der nächsten Monate oder Jahre zusagen. Dann und wann wird es auch notwendig sein, daß die CSU ihr unverwechselbares Profil in die gemeinsame Union einbringt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, meine lieben Freunde, Ihr Parteitag findet in einer politisch schwierigen Zeit statt. Auch wenn sich Stimmung und Meinungsumfragen in den vergangenen Wochen wieder verbessert haben, so sind die Unionsparteien noch lange nicht über den Berg. Wichtige Landtagswahlen und dann Ende nächsten Jahres die Bundestagswahl stehen vor uns. Wir können diese Wahlen nur dann erfolgreich bestehen, wenn wir jetzt Geschlossenheit demonstrieren, eine positive Erfolgsbilanz vorlegen und überzeugende Zukunftsperspektiven erarbeiten und dem Wähler vorlegen.

Leistungen und Erfolge sind leider in der Vergangenheit durch Darstellungsmängel, Uneinigkeit und Reibungsverluste in der Koalition nicht so dargestellt worden, nicht so in den Vordergrund gekommen, wie sie es eigentlich verdient hätten. Zu der Umbildung des Bundeskabinetts und der begrenzten Korrektur einiger Fehlentscheidungen: Ich meine, meine lieben Freunde, es fällt keinem Politiker eine Perle aus der Krone, wenn er auch einmal einen Fehler einräumt, ihn korrigiert und das dem Wähler auch sagt. Wir sind weder Engel noch Heilige noch Propheten.

(Beifall)

Wir haben gerade in den letzten Monaten neue Herausforderungen angepackt und seit dem Frühjahr dafür gesorgt, daß auf das Stimmungstief wieder ein langsames noch andauerndes Hoch folgt. Wenn die Konjunkturlage der Union sich der Konjunkturlage in der Wirtschaft angleicht und damit unter Beweis stellt, daß der längste Konjunkturaufschwung seit 1949 sich fortsetzt – und alle Daten sprechen für

das nächste Jahr –, dann muß es uns möglich sein, die politische Lage der ökonomischen und sonstigen Lage anzugleichen, wenn wir nicht zu viele Fehler machen, und eigentlich waren es so viele Fehler, daß sie für den Rest der Legislaturperiode ausreichen.

(Beifall)

Mit der Erhöhung des Bundeszuschusses für die Rentenversicherung, den Verbesserungen beim Erziehungs- und Kindergeld, bei der häuslichen Pflege und der Kriegsopferversorgung haben wir wichtige sozialpolitische Akzente gesetzt. Die Leistungen des Bundes für die Familien werden im nächsten Jahr um rund 18 Milliarden DM über dem Niveau von 1982 liegen. Bei allem, was noch zu tun ist, sollten wir keine Sekunde verschweigen: Was wir getan haben, das war die größte familienpolitische Wende seit 1949, mit der wir uns vor die Wähler stellen können.

(Beifall)

Wir sind gerade in den letzten Monaten in der Bundesregierung und in der Fraktion gestaltende Politik angegangen: die Aufstockung der Bundesmittel für den Wohnungsbau, für den Hochschulbau, für den Fernstraßenbau, die Fortsetzung des Städtebauförderungsprogramms, die Aufstockung der Mittel für Stadtsanierung und Dorferneuerung, das sind alles Dinge, wo wir moderne und konservative Antworten auf neue Herausforderungen geben. Damit schaffen wir die Voraussetzungen für die Fortentwicklung unserer leistungsfähigen Infrastruktur.

Wir haben aber nicht nur innenpolitisch einiges vorzuweisen, nicht nur bei Angebot und Nachfrage, sondern auch außenpolitisch. Wenn ich Revue passieren lasse NATO-Gipfel in Brüssel, EG-Gipfel in Madrid, Weltwirtschaftsgipfel in Paris und viele andere internationale Begegnungen, Besuch von Präsident Bush in Bonn, Besuch des sowjetischen Generalsekretärs, dann kann man weiß Gott nicht sagen, daß CDU und CSU hier nicht ihr außen- und sicherheitspolitisches Profil eingebracht hätten. Meine lieben Freunde, wir müssen das fortsetzen, weil wir keine Provinzpartei sind, nicht nur eine Politik nach innen betreiben, sondern weil wir den riesigen Herausforderungen des Wandels in dieser Welt von einer bipolaren zu einer multipolaren Welt mit neuen Kräftezentren und mit ungeheuren Veränderungen im Ostblock und in Mitteleuropa gerecht werden müssen. Wer anders soll darauf eine Antwort geben als wir? Die Sozialdemokraten können das nicht, das haben sie in den letzten fünf, sechs Jahren bewiesen.

(Beifall)

Was wurde uns 1982 nicht alles vorgerechnet, es werde eine Eiszeit in den Ost-West-Beziehungen geben. Es hat eine Eiszeit gegeben, aber nur am Nordpol und am Südpol und in den Gehirnen der SPD, aber nicht in der Politik zwischen Ost und West.

(Beifall)

Wir sind bereit, die wirtschafts- und innenpolitischen Reformen im Osten, vor allem in Ungarn und in Polen, zu unterstützen. Das muß auf der Grundlage geltender Rechtspositionen, also des Deutschlandvertrages, der Ostverträge, den diesbezüglichen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts und der gemeinsamen Entschließung des Bundestages, erfolgen.

Meine Damen und Herren, da wurde mir angedichtet, ich hätte eine Grenzdiskussion geführt. Ich habe weder eine Grenzdiskussion geführt noch habe ich Gebietsansprü-

che erhoben. Ich habe vielmehr nur gesagt, was das Bundesverfassungsgericht zu einem bestimmten Punkt definitiv erklärt hat, und ich bin nicht auf das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vereidigt, um es zu verschweigen, sondern um es zu vertreten.

(Beifall)

Versöhnung erfordert Bereitschaft zu beiderseitigem Entgegenkommen. Wirtschaftliche Hilfen unsererseits, zu denen wir stehen, müssen projektgebunden erfolgen und durch Abkommen beim Investitionsschutz, beim Gewinntransfer oder bei der Doppelbesteuerung gesichert werden. Nicht nur wir sagen, sondern auch die, die die Änderung in Osteuropa herbeigeführt haben und weiter herbeiführen wollen, sagen, ohne grundlegende Reformen beim Preismechanismus, bei den Eigentumsformen, bei der Abschöpfung des Geldüberhangs und bei der klaren Abklärung der künftigen Rolle des Staates im Wirtschaftsprozess versprechen westliche Hilfen keinen Erfolg. Auch Wirtschaftshilfen des Westens können keine Wunder bewirken. Sie sind nicht mehr und nicht weniger als eine Hilfe zur Selbsthilfe.

Es bleibt dabei, daß wir in dem Zusammenhang auch an die Deutschen in den osteuropäischen Ländern denken müssen, an ihre Minderheitenposition, an ihre kulturellen, Sprach- und sonstigen Möglichkeiten.

(Beifall)

All jene, die den Bundeskanzler in den letzten Monaten kritisiert haben, er sei zu spät gereist, er müsse jetzt dringend reisen, er müsse ganz schnell reisen, müßten eigentlich beschämt sein und müßten sich in ihrer Logik überholt vorkommen, denn es ist doch sehr viel sinnvoller und sehr viel besser, jetzt jene, die marktwirtschaftliche Reformen fordern, zu unterstützen und nicht die Falschen, die noch dem alten verrotteten System angehangen haben.

(Beifall)

Der Bundeskanzler hat es mehrfach gesagt, aber ich möchte es auch noch einmal zum Ausdruck bringen: Unser Dank gilt in diesen Stunden der Regierung von Ungarn. Sie hat einen entscheidenden Beitrag für eine humanitäre und freiheitliche Lösung der Problematik der ausreisewilligen DDR-Bürger geleistet.

(Beifall)

Unser Appell geht in diesen Stunden an die Adresse der DDR-Führung. Sie muß durch Reformen im Innern, durch die Gewährleistung der Menschenrechte, durch die Zulassung pluralistischer Vielfalt einen Zustand herbeiführen, der es verhindert, daß sich Tausende von Menschen im Herzen Europas zum Verlassen ihrer angestammten Heimat gezwungen sehen.

Meine Damen und Herren, meine lieben Freunde, wir können weiß Gott auf Erfolge verweisen. Nun weiß ich, das nutzt sich ab; aber niemand wird uns, wenn wir heute Bilanz ziehen, daran hindern können, unsere Erfolge mit den Zahlen und Daten und auch mit den Stimmungen in Vergleich zu setzen, die wir im Herbst 1982 vorgefunden haben. Heute zeigt sich: Unser Kurs war richtig, nicht nur in der Finanz- und Steuerpolitik mit einem unverwechselbaren und großartigen Beitrag von Gerhard Stoltenberg.

(Beifall)

Er war in der Wirtschaftspolitik notwendig und richtig, und heute zeigen sich die Früchte in der Sozialpolitik, nachdem Norbert Blüm unendlich viel Prügel hat beziehen

müssen. Jetzt sollten sich die bei ihm entschuldigen, die ihn jahrelang in einer unverschämten Manier geschmäht, bekämpft und angegriffen haben.

(Beifall)

Wer in der Landwirtschaft und im ländlichen Bereich nicht mit dem zufrieden ist, was wir unter den gegebenen Umständen in einem schwierigen Umstrukturierungsprozeß für die Landwirtschaft getan haben und tun mußten, weil die Vorgänger das Notwendige nicht getan, sondern versäumt haben, wer also damit nicht zufrieden ist und meint, uns weiter heftig attackieren zu sollen, wer meint, sich der Stimme enthalten zu sollen, oder meint, Splitterparteien seien die Heimat für einige Bauern, der muß wissen, daß er mit einer solchen politischen Verhaltensweise jemanden von den GRÜNEN als Landwirtschaftsministerin oder Landwirtschaftsminister bekommt, und ob das die deutsche Landwirtschaft will und wie dann der Deutsche Bauernverband den Glückwunsch an die neue Ministerin oder den neuen Minister formuliert, darauf bin ich noch gespannt!

(Beifall)

Sie haben bereits Stunden über die Umweltpolitik diskutiert. Wir wissen, sie ist ein Schwerpunkt unserer künftigen Arbeit, und sie ist auch schon ein Schwerpunkt gewesen. Wir müssen uns sehr genau überlegen, was von den neuen Vorschlägen der Sozialdemokraten, die Ökosteuern betreffend, aufnehmbar ist und was als eine Überfrachtung des Steuerrechts nicht hingenommen werden kann. Wir müssen vor allen Dingen rechnen und der SPD klipp und klar sagen, daß ihre volkswirtschaftliche Gesamtrechnung in dem Zusammenhang nicht aufgeht und eine große Täuschung darstellt. Ich wundere mich schon über eines: daß man uns bis vor wenigen Monaten wegen einer maßvollen Verbrauchsteuererhöhung gnadenlos kritisiert hat und jetzt eine Verbrauchsteuererhöhung in einer Größenordnung vorschlägt, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland überhaupt noch nie der Fall gewesen ist.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, meine lieben Freunde, CDU und CSU sind nicht nur eine politische Kampfgemeinschaft; sie sind eine Wertegemeinschaft. CDU und CSU sind Parteien, deren Politikverständnis vom christlichen Menschenbild geprägt ist. Wir müssen aber wissen, daß wir mit den großen Erfolgen im ökonomischen Bereich allein die Menschen von heute und morgen nicht mehr gewinnen. Wir müssen die Erfolge und unsere Wirtschafts-, Sozial-, Steuer- und Finanzpolitik mit übergreifenden politischen Ideen begründen und darstellen.

Unsere Außen- und Sicherheitspolitik muß von dem geleitet sein, was Bergstraesser als die große politische Herausforderung dieses Jahrhunderts formuliert hat, nämlich die Gemeinschaft freier Völker. Noch nie war diese Vision so nah, so erreichbar wie heute.

Unsere Politik ist nicht nur von ökonomischen Daten geprägt. Geprägt ist sie von einem Prinzip, von einem Modell, von der Wertordnung der Sozialen Marktwirtschaft, und wenn sich allüberall in der Welt jetzt herausstellt, daß der Fürther Ludwig Erhard endgültig über den Trierer Karl Marx gesiegt hat, dann sollten wir als Union das nicht verschweigen.

(Beifall)

Dabei bitte ich die Trierer, mir nicht böse zu sein; das hat auch gar nichts mit dem Quellensteueramt dort zu tun.

Ein weiterer Punkt, an dem wir Konturen zeigen müssen, ist das Verhältnis von Solidarität und Subsidiarität. Durch unsere Steuerpolitik, durch unsere Finanzpolitik, durch die Reduzierung der Staatsquote, dadurch, daß wir im nächsten Jahr die niedrigste Steuerquote seit 1959 haben werden, durch die Stabilisierung und den Rückgang bei den Sozialabgaben versetzen wir gemäß unserer christlichen Grundvorstellung den Menschen und die Familie wieder stärker in die Lage, ihre eigenen Dinge selber bewältigen zu können, und wir können die Solidarität mehr für jene nutzen, die sie dringend brauchen, z. B. für die Langzeitarbeitslosen, für die wir ein Programm mit fast 2 Milliarden DM in den letzten Monaten auf den Weg gebracht haben.

Hier zeigt sich: Wir haben Erfolg nicht nur, weil wir Glück gehabt haben, meine lieben Freunde, sondern auch weil unsere Politik ethisch fundiert war, so fundiert, daß sie auch ökonomische Erfolge gebracht hat.

Meine Damen und Herren, die 80er Jahre werden später einmal als Zeit des Umbruchs bezeichnet werden. Wir stehen mitten in einem rasanten Wandel von Wirtschaft, Wissenschaft und Technik. Im internationalen Bereich vollziehen sich irreversible Verschiebungen im Machtgefüge. Unser Land steht zunehmend vor weltpolitischen Herausforderungen, und dies nicht nur in den Bereichen der Wirtschaft und der Sicherheit, sondern auch bei den Fragen des Umweltschutzes und des Nord-Süd-Dialogs. Ich wollte, die SPD-Außenpolitiker und -Finanzminister und andere wären bei den internationalen Konferenzen dabei und würden hören, wie die Sozialisten sonst in der Welt über unsere Politik sprechen; die würden sich gar nicht mehr trauen, im nächsten Jahr überhaupt einen Wahlkampf zu beginnen.

(Beifall)

Fertig werden müssen wir mit einem Phänomen des Wertewandels oder, besser gesagt, der Werteakzeptanz, und wir müssen uns den Erscheinungen der Stimmungsdemokratie stellen, die uns mehr bewegen als je zuvor. Daraus ergeben sich für CDU und CSU beachtliche, erhebliche Integrationsprobleme. Wir müssen in unserer politischen Programmatik dem soziologischen Umschichtungsprozeß in Richtung auf einen neuen Mittelstand Rechnung tragen. Wir müssen aber darüber hinaus auch und gerade national- und wertkonservativen Wählerschichten eine politische Heimat ermöglichen. Der Satz, rechts sei nichts zu gewinnen, kann sehr schnell in den Satz „Rechts ist viel zu verlieren“ umschlagen, wie wir in den letzten Wahlen auf allen Ebenen gesehen haben.

(Beifall)

Wir brauchen ein Ausländer- und Asylrecht, das einen weiteren Zuzug von bloßen Wirtschaftsasylanten verhindert. Mit einem großzügigen Asylrecht lassen sich die wirtschaftlichen und politischen Probleme der Länder der Dritten und Vierten Welt nicht lösen. Ich bin sehr dafür, wie Wolfgang Schäuble diese Dinge pragmatisch anpackt, und doch müssen wir bei unserer Forderung bleiben, daß langfristig in Europa eine Regelung nur denkbar ist, wenn auch eine Änderung oder Ergänzung des Grundgesetzes stattfindet, wobei das Grundrecht unangetastet ist, aber wie bei jedem anderen Grundrecht der Vorbehalt des Gesetzes eingeführt wird.

(Vereinzelt Zustimmung)

Meine Damen und Herren, CDU und CSU müssen die Parteien bleiben, die sich auch in Zukunft eindeutig zum Schutz des ungeborenen Lebens bekennen.

(Beifall)

Ich respektiere und achte jeden, der für Naturschutz, für Waldschutz, für Artenschutz und für all diese Dinge eintritt, die unsere Schöpfung beleben.

Ich erwarte aber von jedem, der für Artenschutz, Naturschutz und Waldschutz eintritt, daß er mit der gleichen Leidenschaft auch für die ganze Schöpfung und für den Schutz des ungeborenen Lebens kämpft.

(Beifall)

Die Union muß auch in Zukunft ihre Rolle als glaubwürdiger Garant der inneren Sicherheit spielen. Beim Kampf gegen gewalttätige Chaoten stehen wir hinter der Polizei. Volker Rühe hat dies in seiner bemerkenswerten Rede vergangene Woche, wie ich meine, in aller Klarheit ausgeführt.

Wir dürfen es nicht hinnehmen, wenn unsere Soldaten als potentielle Mörder bezeichnet werden.

(Beifall)

Hier muß die Bundeswehr wissen, daß wir zu ihr und zu ihren Soldaten, zu unseren Soldaten stehen.

Der von uns allen befürwortete Datenschutz darf nicht zu einer Gefährdung der inneren Sicherheit werden.

Aufbauend auf den bekannten Rechtspositionen streben wir mit dem Osten Ausgleich, Versöhnung und Verständigung an. Wenn wir am Ziel der Wiedervereinigung, an der gemeinsamen Nation, an der gemeinsamen Staatsbürgerschaft festhalten und ausreisewilligen Landsleuten aus der DDR eine neue Heimat gewähren, dann hat dies nichts mit Deutschtümelei zu tun, wie es in einem unverantwortlichen Wort aus den Reihen der SPD hörbar war.

(Beifall)

Wir bekennen uns zu einem geläuterten Nationalbewußtsein, das nicht auf die Tennis-, Leichtathletik- und Fußballarenen begrenzt ist und das auch keinen Rückfall in Nationalismus und Chauvinismus darstellt. Nur, meine Damen und Herren, es wird für uns auf die Dauer nicht hinnehmbar sein, daß ein einziges Volk auf dieser Welt zu sich und zu seiner Identität keine Beziehung hat, während dies alle anderen Völker der Welt als ihr selbstverständliches Recht in Anspruch nehmen.

(Beifall)

Es handelt sich dabei um einen Patriotismus, den Lew Kopelew wie folgt umschrieben hat:

Patriotismus, die Liebe zu seiner Heimat, zu seiner Sprache, zu seiner Geschichte bedeutet eine lebhafte ebenso emotionale wie bewußte Verbundenheit mit den Menschen, die die gleiche Sprache sprechen und das gleiche historische Schicksal teilen.

Die Bundesrepublik Deutschland wird nur dann ein kalkulierbarer Partner in Europa, in der NATO, im Ost-West- und im Nord-Süd-Verhältnis sein können, wenn wir auch in Zukunft innenpolitisch stabile Verhältnisse haben. Es wäre gefährlich für unsere Stabilität, für unser Ansehen nach außen, für unsere Wirkungsmöglichkeiten in der Welt, wenn jene stärker würden, die dazu überhaupt keine Kompetenz und keine moralische Autorität aufbringen.

Es ist ein Versäumnis dieser Zeit und eine historische Schuld, daß sich die SPD der notwendigen Auseinandersetzung mit den Radikalen von links und rechts verweigert und uns dies allein überläßt. Das ist eine historische Schuld aus politischem Opportunismus heraus.

(Beifall)

Koalitionen mit den sogenannten Republikanern kommen für die CSU nicht in Betracht.

(Beifall)

Wir müssen uns in der Sache mit ihnen auseinandersetzen. Wir müssen den vollständigen Mangel an konkreten programmatischen Alternativen dieser Partei und ihrer Vertreter herausarbeiten. Wir müssen der Bevölkerung verdeutlichen, was ein EG-Austritt für die Landwirte und den Mittelstand bedeuten würde und welche Auswirkungen ein Rauswurf der Gastarbeiter für die Situation in den Krankenhäusern oder im Gaststättengewerbe hätte. Die Wähler müssen wissen: Die Republikaner verwechseln Sprüche und Demagogie mit konkreten Lösungen. Das müssen wir offensiv mit ihnen ausmachen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, im Hinblick auf die Herausforderungen der neunziger Jahre müssen CDU und CSU ihre programmatische Arbeit verstärken. Wirtschaftspolitische Kompetenz allein ist kein Garant für Wahlerfolge. In Zeiten des Umbruchs erwarten die Bürger Leitvorstellungen für die Zukunft. Unsere Aufgabe ist es, diese Herausforderungen programmatisch aufzuarbeiten und erfolgversprechende und nachvollziehbare Perspektiven für das kommende Jahrzehnt zu erarbeiten.

Vor uns stehen wichtige Wahlen. Im nächsten Jahr in Bayern sind es allein drei. Wir können sie nur erfolgreich bestehen, wenn CDU und CSU Geschlossenheit und ein eindeutiges Profil zeigen, gegenüber der Opposition die Initiative ergreifen und um eigene Mehrheiten kämpfen.

Meine Damen und Herren, 1922 hat der bekannte und berühmte evangelische Theologe Karl Barth in einem beachtenswerten Artikel seine Betrachtung mit der Überschrift versehen: „Zwischen den Zeiten.“ Er schrieb damals sinngemäß: Zwischen den Zeiten weiß man nicht, was kommt, ja, zwischen den Zeiten weiß man nicht einmal, was kommen soll. Man ist zwischen den Zeiten unerbittlich in der Kritik, in der Destruktion, im Opponieren und im Zerstören aller Institutionen. Aber man ist sehr schwach im Positiven, in der Neuerrichtung einer neuen tragfähigen Ordnung oder eines neuen Konsenses.

Meine lieben Freunde, niemand von uns weiß, was die Zukunft bringt. Wir wissen nicht, was kommt, aber auf der Grundlage unseres christlichen Menschenbildes, unser Prinzipien und unserer Überzeugungen wissen wir, was kommen soll, und das unterscheidet uns von denen, die kein Menschenbild haben, keine Prinzipien, sondern nur Ideologien nachhängen.

Auf dieser Basis – dessen bin ich sicher – werden wir gemeinsam im nächsten Jahr Erfolg haben. Ihnen wünsche ich für diesen Parteitag alles Gute. Für uns gemeinsam eine gute Zukunft!

(Anhaltender Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Lieber Theo Waigel, der Parteitag hat Ihnen mit großem Beifall für Ihr Grußwort gedankt. Darin kommt sicherlich auch der Dank dafür zum Ausdruck, daß Sie zum einen Ihr neues Amt als Finanzminister mit Energie und Klugheit erfolgreich ausüben, und zum anderen, daß Sie als Vorsitzender der CSU unbeschadet der unterschiedlichen Profile der beiden Unionsparteien immer wieder – auch vorhin – die gemeinsame Kampf- und Wertegemeinschaft betonen und, was ganz wichtig ist, meine Damen und Herren, für diese Gemeinschaft in Ihrem praktischen Verhalten ein sehr gutes Vorbild abgeben.

(Beifall)

Wir wünschen Ihnen auch weiterhin Erfolg und Glück in Ihren wichtigen Ämtern.

Damit leite ich über zur weiteren Beratung über unseren Antrag „Verantwortung für die Schöpfung“. Ich übergebe das Wort an Frau Roswitha Erlenwein.

**Roswitha Erlenwein**, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Wir befinden uns in der Beratung des Antrags des Bundesvorstandes, in der Ziffer 28.

Dazu hat sich Herr Dr. Göhner gemeldet. Er spricht in diesem Falle als Delegierter und nicht für die Antragskommission.

Das Wort hat Herr Dr. Göhner.

**Dr. Reinhard Göhner:** Ich spreche nicht nur nicht für die Antragskommission, sondern ich wende mich gegen die Empfehlung, weil ich glaube, daß wir an dieser Stelle, die wir vorhin andiskutiert haben, ein falsches Signal geben würden. Es geht in dieser Ziffer um andere Maßnahmen zum Schutze der tropischen Regenwälder. Ich denke, wir heben in diesem Zusammenhang zu Recht die internationalen Maßnahmen und die Initiativen des Bundeskanzlers auf diesem Gebiet hervor.

Wir müssen wirklich alles tun, um unseren Beitrag zur Rettung der tropischen Regenwälder zu leisten. Aber die Frage ist, ob eine Beschränkung des Imports von Hölzern aus Primärwäldern – das ist die umstrittene Forderung in dem Leitantrag – dazu ein geeignetes Mittel sein kann.

Professor Pinger hat vorhin aus entwicklungspolitischer Sicht deutlich gemacht, daß es eine kontraproduktive Wirkung haben kann. Ich möchte das an einem Beispiel deutlich machen.

Es gibt nur noch wenige tropische Primärwälder, vor allem in Afrika und im asiatischen Raum. Davon wollen wir soviel wie möglich erhalten. Die Bedrohung kommt nicht vom Holzeinschlag, sondern von der Brandrodung. Deshalb lautet die erste Frage: Was kann man tun, um die Brandrodung in diesen Bereichen zu verhindern? Das setzt voraus, daß wir für die dort lebenden Menschen, etwa in Uganda, Projekte haben, von denen sie leben können. Deshalb machen wir, die Bundesrepublik Deutschland, dort entwicklungspolitische Projekte, um beispielsweise mit einer vernünftigen, sachgemäßen, nachhaltigen Forstwirtschaft, der Agroforstmaßnahmen folgen, Brandrodung zu verhindern.

Ich kenne ein Projekt in Uganda, das von Mitgliedern des BUND aus meinem Wahlkreis betreut wird. Die Bundeswehr schickt dankenswerterweise gerade in dieses Gebiet alte Lkws, die in der Bundeswehr nicht mehr gebraucht werden. Wir bauen dort konkret ein Projekt in Sachen nachhaltiger Forstwirtschaft auf, damit die Menschen in diesem Gebiet nicht in die Notlage kommen, den Regenwald durch Brandrodung plündern zu müssen und an seine Stelle kärgliche Landwirtschaft zu setzen.

Was heißt dann Importbeschränkungen? Das kann nur eine Quotierung bedeuten. Wenn wir aber den Menschen in dieser Region sagen: Wir wollen das nicht oder nicht mehr in diesem Umfang, dann zwingen wir sie, auf andere Weise ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Ich glaube, es wäre ein falsches Signal, jedenfalls eine falsche Wirkung, wenn wir das in dieser Weise machten.

(Dr. Theo Waigel, Vorsitzender der CSU, ist im Begriff zu gehen)

– Ich dachte, vielleicht wollte jemand den Herrn Waigel verabschieden.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Ich entschuldige mich beim Redner. Ich meine, wir sollten Theo Waigel mit einem herzlichen Beifall verabschieden.

(Anhaltender Beifall)

**Dr. Reinhard Göhner**: Liebe Freunde, ich möchte mit einem Beispiel aus Malaysia schließen und deutlich machen, worum es geht. Wir haben dort noch große Primärwälder, also unberührte tropische Regenwälder. Malaysia ist gleichzeitig das Land, das Primärwälder weltweit am besten schützt, durch Naturparks, und zwar staatlich kontrolliert. In einem Teilbereich, nämlich in Sarawak, findet in einem Primärwaldgebiet nachhaltige Forstwirtschaft statt. 20 % des dortigen Gebietes ist durch Brandrodung bedroht. Wer das verhindern will, muß den Menschen dort eine Alternative ermöglichen.

Deshalb sollten wir nicht so hochmütig sein, zu glauben, daß wir bestimmen könnten, in welchen Bereichen das vertretbar ist und in welchen nicht. Ich denke, gerade aus entwicklungspolitischer Sicht – Herr Pinger hat dazu gesprochen – ist es äußerst problematisch, wenn wir einem Land wie Malaysia, das lediglich ein Drittel dessen an Holz verbraucht, was wir beziehen, vorschreiben wollen, diese Maßnahmen zu lassen.

Ich selbst hatte vor kurzem Gelegenheit, mit Naturschutzorganisationen in Malaysia zu reden. Diese Organisationen haben uns händeringend davor gewarnt, diese Forderung weiter zu erheben, die bei uns beispielsweise von der Regenwaldinitiative immer wieder verbreitet wird. Ich finde, daß wir gerade die Kräfte, die sich vor Ort für den Schutz ihrer Regenwälder einsetzen, nicht im Regen stehenlassen sollten. Deshalb müssen wir diesen mißverständlichen Satz wegnehmen.

(Vereinzelt Beifall)

**Roswitha Erlenwein**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Göhner. Als nächstes hat Frau Hannelore Rönsch vom Landesverband Hessen das Wort.

**Hannelore Rönsch**: Frau Präsidentin! Liebe Parteifreunde! Meine drei Vorredner, die zu diesem Antrag gesprochen haben, haben meines Erachtens den Eindruck erweckt, als würde es mit diesem Spiegelstrich zu einem totalen Verbot des Imports von Tropenhölzern kommen. Das ist aber nicht der Fall.

Schauen Sie sich diesen Spiegelstrich einmal genau an. Es heißt dort:

Importbeschränkungen für Hölzer aus tropischen Primärwäldern

Wir sind es unserer Umwelt, wir sind es den Regenwäldern und der Artenvielfalt in den Regenwäldern schuldig, daß wir bei Primärwäldern Importbeschränkungen vornehmen. Unsere deutschen Holzimporteure haben sich gerade einem Selbstbeschränkungsabkommen unterzogen. Ich meine, das ist für andere in der Welt, besonders für die Japaner, vorbildhaft. Wir sollten aber auch ein Signal an diese Holzimporteure geben und ihnen sagen, daß sie, wenn sie große Schneisen in die Primärwälder schlagen, damit verursachen, daß sehr viele Wanderfeldbauern eindringen, und sie daher dafür sorgen müssen, daß aufgeforstet wird. Ich denke, mit diesem Spiegelstrich, mit den Worten „Importbeschränkungen ... aus ... Primärwäldern“ ist dem Genüge getan.

Wenn wir diesen Spiegelstrich streichen würden, hätten auch unsere deutschen Holzimporteure wieder freie Hand, in die Primärwälder einzudringen und dort Arten mit zu vernichten, die dann auf unserem Globus einfach nicht mehr vorzufinden sind.

Herr Dr. Göhner, Sie haben darauf aufmerksam gemacht, daß wir sehr viel über Entwicklungspolitik machen können und daß wir sehr viel machen müssen. Auch ich

bin der Meinung, daß dies das richtige Instrument ist. Nur sollten wir uns selbst verpflichten, daß wir nicht wahllos Tropenholz z. B. für Schallschutzwände an den Autobahnen oder für Bahnschwellen in die Bundesrepublik Deutschland importieren. Tropenholz hat eine ganz besondere Qualität. Wir brauchen es, wo es wegen dieser Besonderheit der Qualität zwingend erforderlich ist. Aber wir sollten uns verpflichten, gerade bei Primärwäldern genau auszusuchen, wann was wo gemacht werden soll. Ich glaube, das sind wir unserer Umwelt schuldig.

Ich bitte Sie: Lassen wir diesen Spiegelstrich bestehen.

(Vereinzelt Beifall)

**Roswitha Erlenwein**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Rönsch. Für die Antragskommission hat Herr Minister Töpfer das Wort.

**Prof. Dr. Klaus Töpfer**, Antragskommission: Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie haben dieser Diskussion sicher entnommen, daß wir uns in der Antragskommission über dieses Thema sehr umfangreich unterhalten haben. Es gab eine breite Erörterung dieser Frage. Man muß auch deutlich machen: Woher kommt diese Diskussion? Wie wird sie gegenwärtig in der deutschen Öffentlichkeit geführt? Hier ist das generelle Verbot jeglicher Importe von tropischen Regenwaldhölzern, was überall gefordert wird. Wir haben uns zunächst einmal von dieser undifferenzierten Forderung abgesetzt. Ich habe das in meinem Einleitungsvortrag zu verdeutlichen versucht. Wir haben diese undifferenzierte Forderung nicht aufgenommen, weil wir wissen, daß damit entwicklungspolitische Konsequenzen verbunden sind, die nicht gewollt sind.

Wir haben, wie ich meine, einen sehr abgewogenen Vorschlag gemacht. Herr Pinger hat davon gesprochen, daß unser Vorschlag kein Importverbot bedeutet, sondern eine Beschränkung. Das nimmt eigentlich genau das auf, was Herr Göhner und andere gesagt haben, auch was Herr Lippold gesagt hat. Natürlich gibt es hervorragende Demonstrationsprojekte, wo eine solche Nutzung im Einklang mit der Natur vorgenommen wird. Es gibt sie. Ich bin selbst lange genug in der Entwicklungspolitik tätig gewesen, um das belegen zu können.

Wir wollen also nicht von vornherein sagen: So etwas ist gänzlich unmöglich. Aber wir wollen so etwas wie eine Erhöhung der Beweislast für diejenigen erreichen, die in die Primärwälder hineingehen, wenn sie entscheiden: Ist das noch vertretbar oder nicht?

(Vereinzelt Beifall)

Ich meine, das zumindest müssen wir doch erreichen können, daß wir diese zusätzliche Beweislast für die so arg bedrohten tropischen Regenwälder hier mit hineinbringen.

Wir sollten diesen ersten Spiegelstrich nicht ohne Verbindung mit dem zweiten lesen. Dort steht ja exakt das niedergeschrieben, was hier immer wieder eingefordert wird: daß wir diesen Ländern eine entsprechende umweltverträgliche Forstwirtschaft ermöglichen können. Wir bejahen die Möglichkeit, daß dort auch Forstwirtschaft betrieben wird. Aber wo es primär Wälder gibt, soll eine doppelt erhöhte Beweislast gegeben sein, wenn man dort hineingehen muß. Dem trägt dieser Vorschlag hier voll und ganz Rechnung. Wir können dem Antrag so auch wirklich gerecht werden.

Wenn man will, kann man ergänzend dazu sagen, daß zu überprüfen ist, an welchen zusätzlichen Kriterien wir das festmachen wollen, wenn wir diese zusätzliche

Beschränkung nicht gelten lassen. Einen solchen Prüfungsauftrag für Kriterien hinzuzufügen, wäre möglich.

Aber ich bitte herzlich, zu bedenken: das ist ein sehr wohl abgewogener, ganz sicher nicht pharisäerhaft vordergründiger Antrag. Wir gehen in eine intensive Diskussion – lassen Sie uns das ganz deutlich festhalten – auch mit der deutschen Öffentlichkeit schon auf der Grundlage dieses Antrages. Wir werden sehr viel zu begründen haben. Ich freue mich sehr, daß die Enquete-Kommission so engagiert daran gearbeitet hat, bessere Grundlagen dafür zu finden. Aber davon wegzugehen, das wegzustreichen, wäre wirklich ein Symbol und ein Signal, das wir uns auf keinen Fall leisten können. – Recht herzlichen Dank.

(Beifall)

**Roswitha Erlenwein**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Minister Töpfer.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Gegen einige Gegenstimmen und bei einigen Enthaltungen ist dann die Ziffer 28 des Antrags des Bundesvorstandes angenommen.

Ich rufe die Ziffer 29 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehört der Antrag B 295 sowie die Anträge B 305 bis B 310. Sie finden diese Anträge in der Antragsbroschüre auf der Seite 183 sowie auf den Seiten 185 bis 187.

Wortmeldungen zu dieser Ziffer liegen nicht vor, so daß wir zur Abstimmung kommen können. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe, bitte! – Enthaltungen? – Die Ziffer 29 ist damit einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 30 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge B 261 bis B 299 und B 311 bis B 312. Diese Anträge finden Sie in der Antragsbroschüre auf den Seiten 174 bis 187.

Auch hierzu liegen keine Wortmeldungen vor, so daß wir zur Abstimmung kommen können. Wer der Ziffer 30 des Antrages des Bundesvorstandes zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Auch diese Ziffer ist einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 31 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge B 313 bis B 315. Fundstelle der Anträge sind die Seite 174 und die Seiten 187 bis 188.

Auch hierzu liegen keine Wortmeldungen vor, so daß wir zur Abstimmung kommen können. Wer dieser Ziffer die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe, bitte! – Enthaltungen? – Auch die Ziffer 31 ist somit einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 32 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge B 316 bis B 318. Diese Anträge finden Sie in der Antragsbroschüre auf Seite 188.

Auch hierzu liegen keine Wortmeldungen vor, so daß wir über die Ziffer 32 abstimmen können. Wer dazu seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe, bitte! – Enthaltungen? – Auch diese Ziffer ist einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 33 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge B 319 bis B 330. Sie finden diese Anträge auf den Seiten 189 bis 192 der Antragsbroschüre.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Wer der Ziffer 33 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe, bitte! – Enthaltungen? – Somit ist die Ziffer 33 einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 34 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge B 331 bis B 337 und der Antrag E 34. Sie finden diese Anträge auf den Seiten 192, 193 und 315.

Auch hier liegen keine Wortmeldungen vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Ziffer 34 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe, bitte! – Stimmenthaltungen? – Auch diese Ziffer ist einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 35 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge B 338 bis B 341. Diese Anträge finden Sie in der Broschüre auf den Seiten 193 bis 195.

Auch hier liegen keine Wortmeldungen vor, so daß wir zur Abstimmung kommen. Wer dieser Ziffer 35 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe, bitte! – Enthaltungen? – Auch diese Ziffer ist einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 36 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge B 301, B 342 bis B 358. Diese Anträge finden Sie auf der Seite 185 sowie auf den Seiten 195 bis 199.

Auch hier liegen keine Wortmeldungen vor. Wer dieser Ziffer zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Auch diese Ziffer ist einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 37 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge B 359 bis B 365. Diese Anträge finden Sie in der Antragsbroschüre auf den Seiten 199 bis 201.

Auch hier liegen keine Wortmeldungen vor, so daß wir zur Abstimmung kommen. Wer dieser Ziffer seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe, bitte! – Enthaltungen? – Damit ist auch Ziffer 37 einstimmig angenommen.

(Widerspruch)

– Entschuldigung, da gab es eine Gegenstimme. Ich korrigiere: die Ziffer 37 ist bei einer Gegenstimme angenommen worden. – Ich bitte vielmals um Entschuldigung.

Ich rufe die Ziffer 38 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge B 366 bis B 374. Fundstelle sind die Seiten 201 bis 203 der Antragsbroschüre.

Auch hierzu liegen keine Wortmeldungen vor, so daß wir zur Abstimmung kommen können. Ich bitte diejenigen, die dieser Ziffer zustimmen wollen, um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe, bitte! – Enthaltungen? – Bei einer Gegenstimme ist diese Ziffer angenommen.

Ich rufe die Ziffer 39 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge B 371, B 375 bis B 387. Sie finden diese Anträge auf den Seiten 202 bis 206 der Antragsbroschüre.

Hierzu liegt eine Wortmeldung vor. Das Wort hat Dr. Roland Salchow.

**Dr. Roland Salchow:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der Ziffer 39 werden die vier zentralen Aufgabenstellungen der Energiepolitik beschrieben. In dem dritten Punkt heißt es „Entwicklung, Erprobung und Nutzung neuer und erneuerbarer Energieträger und Energiesysteme“.

Wir aus Hamburg wollen daran zwei Dinge ändern; das steht im Antrag B 378. Erstens: Wir wollen dort auch die intensive Förderung hineinschreiben. Das ist ja an sich unbestritten, muß hier aber eben stehen. Wir fördern ja bis heute auch noch Kernenergie und Kohleenergie. Dann müssen wir hier auch die intensive Förderung der regenerativen Energieträger hineinschreiben.

Zweitens wollen wir klarmachen, daß die Entwicklung erneuerbarer Energieträger nicht allein der intellektuellen Idee wegen geschieht, sondern eine konkrete Zielrichtung hat: eben mit dem Ziel des langfristigen Ersatzes der fossilen und nuklearen Energiesysteme geschieht. Das muß man, da man das meint, hier bitte auch konkret sagen.

Wir glauben, daß weder Kohletechnologie – wegen der Emissionen – noch die Kernreakorttechnologie – wegen der Risiken – die letzte Antwort auf das Energieproblem sind. Jede Energieform hat bekanntlich ihre Zeit: die Holzverbrennung früher, die Kohleverbrennung seit 100 Jahren und die Kernenergie vielleicht für ein bis zwei Generationen.

Der jetzige Ausstieg aus der Kernenergie macht keinen Sinn. Verfolgte man nämlich die Ausstiegsszenarien von SPD und Grünen, dann stiege man aus der Kenerenergie aus, aber in die Kohleenergie rückwärts wieder ein. Das ist angesichts der CO<sub>2</sub>-Problematik und des Treibhauseffektes nicht verantwortbar.

Daher glauben wir, daß in diesem Antrag auch ganz konkret gesagt werden muß, was die Zielrichtung dessen ist, was wir in der Energieforschung tun. Das heißt, wir müssen ganz klar sagen, warum wir uns so – wie Herr Riesenhuber es ja dargelegt hat – um die regenerativen Energiesysteme mühen. Darum bitte ich Sie, dem Antrag B 378 Ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall)

**Roswitha Erlenwein,** Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Salchow. Für die Antragskommission hat das Wort Herr Gerstein.

**Ludwig Gerstein,** Antragskommission: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Antragskommission verweist zunächst einmal darauf, daß die Frage der Förderung der erneuerbaren Energien in einem späteren Antrag sehr ausführlich behandelt wird. Das ist der Antrag 43 bzw. B 418. Dem Begehren des Antragstellers aus Hamburg wird, glaube ich, richtigerweise an der Stelle Rechnung getragen.

Zur Frage der Kernenergie hat die Antragskommission den Antrag aus Hamburg insoweit nicht verworfen, sondern gesagt, er solle im Zusammenhang mit Antrag 45 behandelt werden, wo wir die Fragen der Kernenergie ausführlicher diskutieren können.

Ich möchte noch hinzufügen, daß es bei allem Bemühen um die Entwicklung, Erprobung, Nutzung und intensive Förderung neuer und erneuerbarer Energien und Energiesysteme zu weit gegriffen ist – das haben wir vor zwei Stunden auch schon von Herrn Riesenhuber gehört –, jetzt zu sagen, wir könnten eines Tages fossile oder nukleare Energiesysteme ersetzen. Das kann vielleicht sein. Aber niemand kann,

glaube ich, heute mit der notwendigen Sicherheit eine Auskunft darüber geben, ob das wirklich stattfinden wird.

Daher schlägt die Antragskommission Ihnen vor, es bei der Empfehlung der Antragskommission zu belassen; der empfohlene Text befindet sich auf Seite 203.

**Roswitha Erlenwein**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Gerstein.

Herr Dr. Salchow, Sie wollten noch einmal das Wort nehmen? – Bitte schön.

**Dr. Roland Salchow**: Meine Damen und Herren! Wir haben ja formuliert: „mit dem Ziel des langfristigen Ersatzes“. Es kann nicht sein, daß man uns einerseits damit vertröstet, im Antrag 43 stehe es – wenn ich da hineingucke, steht es da nicht –, und zum anderen schreibt, im Antrag 45 stehe es, wo es so auch nicht steht.

Nein, ich finde, man sollte die Forschung an regenerativen Energieträgern nicht als eine intellektuelle Spielerei betreiben, sondern man sollte sagen, daß wir vorhaben – wenn es zum Erfolg führt –, diese in der Zukunft auch anzuwenden. Niemand fordert jetzt einen Ausstieg aus der Kernenergie. Aber wir müssen sagen, was die langfristige Perspektive ist.

Ich erinnere an die Debatte vor zwei Stunden, als wir gesagt haben: Wenn wir über die Zukunft so viele schöne Worte machen, müssen wir dazu auch ganz konkret die Wege aufzeigen. An dieser Stelle können wir es tun. Ich plädiere daher noch einmal nachdrücklich dafür, das, was wir alle wirklich vorhaben und was im Antrag B 378 formuliert ist, in das Parteiprogramm aufzunehmen.

(Beifall)

**Roswitha Erlenwein**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Salchow.

Es gibt eine weitere Wortmeldung zu diesem Punkt. Bitte, Herr Dr. Arnold.

**Dr. Michael Arnold**: Meine Damen und Herren! Ich möchte meinem Vorredner, der gerade gesprochen hat, sehr heftig zustimmen.

(Beifall)

Wir befinden uns ja bei einem sehr entscheidenden Teil des Papiers; im Zusammenhang mit Antrag 45 wird dazu nachher möglicherweise auch noch einmal etwas zu sagen sein.

Ich glaube, es ist niemand im Raum – auch in der Eingangsdebatte hat von südbadischer Seite niemand in diese Richtung gesprochen –, der irgendwelchen Ausstiegsszenarien das Wort redet. Das ist überhaupt nicht unser Problem. Es sollte auch niemand versuchen, Befürworter dieses Antrags in diese Ecke zu stellen. Es geht einfach darum, daß wir als politische Partei – und die CDU ist eine politische Partei, die Zukunftsperspektiven entwickeln muß – nicht einfach abwarten, welche Energiesysteme, welche Energieträger der Zukunft uns vielleicht irgendwann einmal angeboten werden. Vielmehr sollten wir jetzt versuchen, eine Beschreibung der Energiezukunft vorzunehmen, wie sie unsere Enkel vielleicht einmal vorfinden werden.

Es ist eine Zukunftsbeschreibung, ohne daß wir unbedingt schon ganz konkrete Daten nennen müssen. Aber es wäre nicht richtig, wenn wir in einem solchen Papier auf Zukunftsbeschreibungen verzichten und uns statt dessen auf das Abwarten und auf Defensivpositionen zurückziehen würden. Deswegen bitte ich darum, diesen Antrag anzunehmen.

(Beifall)

**Roswitha Erlenwein**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Arnold.

Für die Antragskommission hat noch einmal Herr Gerstein das Wort.

**Ludwig Gerstein**, Antragskommission: Wir haben auf Grund dessen, was vorgetragen worden ist, noch einmal überlegt, wie man das Begehren der Antragsteller aufnehmen kann. Wir schlagen Ihnen vor, den dritten Spiegelstrich des Antrages 39, der sich mit der Frage der erneuerbaren Energieträger und Energiesysteme befaßt, wie folgt zu formulieren: die Entwicklung, Erprobung und Nutzung neuer und erneuerbarer Energieträger und Energiesysteme mit dem Ziel eines möglichst verstärkten Beitrags zur Energieversorgung. Damit wäre dem nachgekommen, was die Antragsteller wollen, daß wir nämlich auch ein Ziel vorgeben, daß wir die erneuerbaren Energieträger so einsetzen und entwickeln, daß sie in Zukunft einen größeren Beitrag zur Energieversorgung leisten können.

**Roswitha Erlenwein**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Gerstein.

Die Antragsteller haben gehört, zu welchem Kompromiß sich die Antragskommission bereiterklärt. Ich gehe davon aus, daß die geänderte Fassung in das Papier eingearbeitet wird, so daß ich den Antrag in der geänderten Fassung jetzt zur Abstimmung stelle.

Ich bitte diejenigen, die der Empfehlung der Antragskommission – mit der geänderten Formulierung – zustimmen wünschen, um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Wir müssen die Abstimmung wiederholen, da nicht genau zu erkennen ist, wo die Mehrheit ist.

Wer folgt der Empfehlung der Antragskommission? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das erste war eindeutig die Mehrheit. Bei einigen Enthaltungen ist der Antrag in der von der Antragskommission empfohlenen Fassung angenommen worden.

Ich rufe Ziffer 40 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge B 289 und B 388 bis B 397. Sie finden diese Anträge in der Antragsbroschüre auf Seite 182 und den Seiten 206 bis 208. Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor, so daß wir zur Abstimmung kommen können. Wer Ziffer 40 des Antrags des Bundesvorstands seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen ist Ziffer 40 des Antrags des Bundesvorstands angenommen.

Ich rufe Ziffer 41 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge B 398 bis B 403. Sie finden diese Anträge in der Antragsbroschüre auf den Seiten 208 und 209. Wortmeldungen hierzu liegen nicht vor, so daß wir zur Abstimmung kommen können. Wer Ziffer 41 in der vorgelegten Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ziffer 41 ist somit einstimmig angenommen.

Ich rufe Ziffer 42 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge B 404 bis B 417. Diese Anträge finden Sie in der Antragsbroschüre auf den Seiten 209 bis 213. Wortmeldungen liegen nicht vor, so daß wir über diese Ziffer abstimmen können. Wer Ziffer 42 in der empfohlenen Form zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 42 einstimmig angenommen.

Ich rufe Ziffer 43 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge B 418 bis B 431. Diese Anträge finden Sie in der Antragsbroschüre auf den Seiten 213 bis 216. Auch hierzu liegen keine Wortmeldungen vor, so daß wir über diese Ziffer abstimmen können. Wer Ziffer 43 in der empfohlenen Form seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 43 einstimmig angenommen.

Ich rufe Ziffer 44 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge B 432 bis B 446 sowie B 386, B 396, B 419 und E 33. Fundstelle dieser Anträge ist die Antragsbroschüre auf den Seiten 205, 208, 214, 216 bis 220 sowie der Seite 315. Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor, so daß wir Ziffer 44 in der von der Antragskommission empfohlenen Fassung zur Abstimmung stellen können. Wer hier seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ziffer 44 ist somit einstimmig angenommen.

Ich rufe Ziffer 45 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge B 446 bis B 460 sowie B 376 bis B 378, B 380, B 383 und B 395. Fundstelle ist die Antragsbroschüre auf den Seiten 204 bis 205, der Seite 207 sowie den Seiten 220 bis 223. Auch zu diesen Anträgen gibt es keine Wortmeldungen, so daß wir zur Abstimmung kommen können. Wer dieser Ziffer in der von der Antragskommission empfohlenen Fassung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und keinen Enthaltungen ist Ziffer 45 angenommen.

Ich rufe Ziffer 46 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge B 461 bis B 464. Sie finden diese Anträge in der Antragsbroschüre auf den Seiten 223 und 224. Auch hier liegen keine Wortmeldungen vor, so daß wir zur Abstimmung kommen können. Wer dieser Ziffer in der vorgelegten Fassung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen wenigen Gegenstimmen und einigen wenigen Enthaltungen ist Ziffer 46 angenommen.

Ich rufe Ziffer 47 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge B 465 bis B 473. Diese Anträge finden Sie in der Antragsbroschüre auf den Seiten 224 bis 226. Auch hier liegen keine Wortmeldungen vor. Wer Ziffer 47 in der von der Antragskommission empfohlenen Fassung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Somit ist Ziffer 47 einstimmig angenommen.

Ich rufe Ziffer 48 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge B 474 bis B 484 und B 387. Diese Anträge finden Sie in der Antragsbroschüre auf Seite 206 und den Seiten 226 bis 228. Auch hier liegen keine Wortmeldungen vor, so daß diese Ziffer in der vorgelegten Fassung zur Abstimmung kommen kann. – Entschuldigung, hier ist eine Wortmeldung. Herr Mattis aus Baden-Württemberg, Sie haben das Wort.

**Marcus Mattis:** Meine Wortmeldung ist ganz kurz. Ich habe nur die Frage an die Antragskommission, wie Antrag B 476 behandelt werden soll. Darüber steht nämlich hier in diesem Buch nichts drin.

**Roswitha Erlenwein,** Tagungspräsidium: Die Antragskommission hat dazu sicher etwas zu sagen. Für die Zukunft bitte ich, sich mit der entsprechenden Ziffer und allem, was der Wortmeldezettel so braucht, hier vorne beizeiten zu melden, dann kommen solche Irrtümer nicht vor. – Das Wort hat Frau Thoben von der Antragskommission.

**Christa Thoben,** Antragskommission: Das Votum der Antragskommission ist beim Ausdruck wohl schlicht vergessen worden. Der zweite Satz lautet:

„Das dabei gewonnene Wissen ist auch mit einem Ausstieg nicht rücknehmbar.“

Der Satz ist nach Auffassung der Antragskommission so richtig, daß wir ihn nicht streichen möchten.

**Roswitha Erlenwein**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Damit ist diese Frage geklärt, so daß wir Ziffer 48 in der von der Antragskommission ergänzten Fassung zur Abstimmung stellen können. Wer Ziffer 48 in der nun vorgelegten Form zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 48 einstimmig angenommen.

Ich rufe Ziffer 49 des Antrags der Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge B 485 bis B 491. Diese Anträge finden Sie in der Antragsbroschüre auf den Seiten 228 bis 230. Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor. Wer der von der Antragskommission empfohlenen Fassung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 49 in der vorgelegten Fassung einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 50 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge B 492 bis B 500. Fundstelle ist die Antragsbroschüre, Seite 230 und 231. Auch hierzu gibt es keine Wortmeldungen.

Ich frage Sie, ob Sie der von der Antragskommission vorgelegten Fassung Ihre Zustimmung geben möchten. Dann bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist die Ziffer 50 in der vorgelegten Form beschlossen.

Da das gerade eine so runde Zahl ist und wir uns verabredet haben, daß wir uns in der Antragsberatung hier abwechseln, damit Sie auch mal andere Stimmen hören, gebe ich jetzt weiter an meine Kollegin Leni Fischer.

(Beifall)

**Leni Fischer**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Roswitha Erlenwein.

Ich rufe nun die Ziffer 51 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge B 501 bis B 505 auf den Seiten 232 und 233 der Antragsbroschüre. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag in der von der Antragskommission vorgelegten Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 52 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge B 506 bis B 519. Fundstelle: Antragsbroschüre, Seiten 233 bis 235. Wird das Wort dazu gewünscht? – Herr Bundesminister Blüm.

**Dr. Norbert Blüm**: Meine Damen und Herren, ich möchte vor diesem Parteitag und vor der Öffentlichkeit sehr nachdrücklich mein Wort für den Verbund Kohle/Kernenergie einlegen, und zwar auch der Bergleute zuliebe. Die Kohle allein wird nicht wettbewerbsfähig sein. Der europäische Binnenmarkt wird auch ein europäischer Binnenmarkt der Energieträger sein. Die Kohle allein wird gegen billigen französischen Kernenergiestrom untergehen. Wer es mit den Bergleuten gut will, kann aus der Kernenergie nicht aussteigen.

(Beifall)

Das ist keine originelle und neue Idee. Diese Idee hat Jahre getragen. Sie war der große energiepolitische Konsens. Ausgestiegen aus dem Konsens – und damit hat sie die Bergleute im Stich gelassen – ist die SPD.

(Beifall)

Wenn wir für diesen Verbund sprechen, dann aus energiepolitischen Gründen und aus Sorge um unsere Bergleute. Deshalb bitte ich Sie, diesen Antrag zu unterstützen.

(Beifall)

**Leni Fischer**, Tagungspräsidium: Danke schön, Norbert Blüm. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wer dem Antrag, Ziffer 52, in der Fassung der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Wir kommen zur Ziffer 53 des Antrags des Bundesvorstandes. Dazu gehören die Anträge B 520 bis B 526. Sie finden sie in der Antragsbroschüre auf den Seiten 235 bis 238. Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit der von der Antragskommission vorgelegten Fassung einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Wir kommen zur Ziffer 54 des Antrags des Bundesvorstandes. Dazu gehören die Anträge B 527 bis B 543. Sie finden sie in Ihrer Antragsbroschüre auf den Seiten 238 bis 242.

Dazu liegt eine Wortmeldung von Herrn Müller aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen vor.

**Holger Müller**: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte die Ziffern 54 bis 56 zusammenfassen. – Ich glaube, wir haben hier einen Problempunkt der Zukunft übersehen. Im gesamten Bereich Verkehr und Kommunikation kommt das Wort „Flugzeug“ dreimal vor.

Es steht fest, daß sich der Flugverkehr bei der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung bis zum Jahre 2000 verdoppelt. Durch die Aufhebung der Preisbindung bei den Linienfluggesellschaften, die in den nächsten Jahren sicherlich kommt, werden die Flugpreise eher nach unten als nach oben gehen. Das heißt also: Wir stehen vor dem Problem, daß wir gerade in der Bundesrepublik Deutschland mindestens eine Verdoppelung des Aufkommens haben werden.

Dazu ist zu sagen, daß die Bundesrepublik Deutschland ein sehr dichtbevölkertes Land ist und von daher natürlich auch sehr sorgfältig mit den Anwohnern der Flughäfen umgegangen werden muß. Der Flughafen Düsseldorf ist kapazitätsmäßig schon voll ausgelastet; da ist nichts mehr zu machen. Andere Flughäfen haben noch Kapazitäten.

Nun bin ich der Meinung, daß gerade dieser Bereich hier noch einmal überarbeitet werden sollte; denn ansonsten würde meine Wortmeldung auch zu lange dauern. Und es ist nicht allein mit leiseren Flugzeugmotoren getan; es gibt da viele Möglichkeiten.

Wenn es noch möglich ist, würde ich hier darum bitten, daß der Parteitag den Bundesvorstand beauftragt, den gesamten Bereich Flughafen/Flugzeuge noch einmal zu überarbeiten, damit wir in diesen Bereichen gerade auch Angriffen von Grünen und SPD gemeinsam entsprechend entgegenwirken können. Sollte das hier möglich sein, würde ich bitten, das zum Antrag zu erheben und abstimmen zu lassen.

Im übrigen bitte ich das Parteitagspräsidium, dafür Sorge zu tragen, daß meine Gedanken und Anregungen dem Präsidium hier in geeigneter Form in kurzer Zeit nahegebracht werden.

(Vereinzelt Beifall)

**Leni Fischer**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Müller. – Für die Antragskommission Dirk Fischer.

**Dirk Erik Fischer**, Antragskommission: Frau Präsidentin! Meine lieben Parteifreunde! Ich darf zu der Anregung des Kollegen Müller sagen, daß wir den Luftverkehr wie alle anderen Verkehrsträger in der Ziffer 55 natürlich mit der Forderung erwähnt haben, daß sie so umweltfreundlich und – verträglich wie möglich organisiert und gestaltet werden müssen.

Die Antragskommission hatte sich nur mit dem Antrag des Bundesvorstandes und mit den fristgemäß eingegangenen Abänderungs- und Ergänzungsanträgen zu befassen. Wenn hier ein Mangel erkannt wird, kann das nur als Anregung für zukünftige Erarbeitung und Beschlußfassung gewertet werden. Ich glaube, ein derartiges Spezialkonzept, das hier soeben verlangt worden ist, kann ja nicht mitten in der Beratung aus dem Stand heraus noch entwickelt werden. Aber ich glaube, der Parteitag wird dies sicherlich als Anregung für künftige Beratung und Beschlußfassung des Bundesparteitages oder möglicherweise auch des Bundesausschusses werten.

Ich möchte Sie aber nun noch über zwei redaktionelle Änderungen in der Ziffer 54, auf die sich die Antragskommission verständigt hat, informieren. Dort ist im vierten Satz das Wort „gehört“ durch die Worte „sollte gelangen“ zu ersetzen, so daß es dann heißt: „Zumindest der Zuwachs des Güterverkehrs sollte auf die Schiene oder das Wasser und nicht auf die Straße gelangen.“

Im folgenden Satz fünf soll es heißen: „Der LKW ist besonders geeignet, die Zubringer- und Verteilerdienste abzuwickeln.“ Beide Änderungswünsche oder -bitten deswegen, weil die bisherigen Formulierungen Interpretationen in unterschiedliche und von uns nicht gewünschte politische Richtungen ermöglicht haben. Deswegen diese Klarstellung.

**Leni Fischer**, Antragskommission: Herzlichen Dank, Dirk Fischer. – Herr Müller, sind Sie damit einverstanden, daß ich Ihrem Wunsche nachkomme, daß das Präsidium von Ihrem Anliegen in geeigneter Form möglichst schnell unterrichtet wird? Und können wir dann so abstimmen, wie Dirk Fischer für die Antragskommission vorgeschlagen hat? – Danke.

Wer Ziffer 54 mit den von Dirk Fischer im Namen der Antragskommission vorgetragenen beiden Änderungen – in Satz 4 soll es statt „gehört“ heißen „sollte . . . gelangen“; Satz 5 soll mit den Worten beginnen: „Der LKW ist besonders geeignet . . .“ – zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 55 auf. Dazu gehören die Anträge B 544 bis B 574 und der Antrag B 638. Sie finden dies in Ihrer Antragsbroschüre auf den Seiten 242 bis 248 sowie in der Sammlung der Initiativanträge II. – Das Wort wird dazu nicht gewünscht.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit der von der Antragskommission vorgelegten Fassung einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 56 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge B 574 bis B 579. Sie finden diese Anträge in Ihrer Antragsbroschüre auf den Seiten 249 und 250. – Das Wort wird dazu nicht gewünscht.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit der von der Antragskommission vorgelegten Fassung einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Es ist so beschlossen.

Wir kommen nun zu Ziffer 57 des Antrags des Bundesvorstandes. Dazu gehören die Anträge B 580 bis B 582. Sie finden sie in Ihrer Antragsbroschüre auf den Seiten 250 und 251. – Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit der von der Antragskommission vorgelegten Fassung einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 58 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge B 583 bis B 586. Sie finden sie in Ihrer Antragsbroschüre auf Seite 251. – Das Wort wird nicht gewünscht.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die von der Antragskommission vorlegte Fassung stimmt, den bitte ich um das Zeichen mit der Karte. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 59 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Zur Ziffer 59 gehören die Anträge B 587 bis B 591. Sie finden sie auf den Seiten 252 und 253. – Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit der Fassung der Antragskommission einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 60 des Antrags des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge B 592 bis B 600. Fundstelle: Antragsbroschüre Seiten 253 bis 255. – Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wer mit der von der Antragskommission vorgelegten Fassung einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 61 auf. Dazu gehören die Anträge B 601 bis B 611. Sie finden sie in der Antragsbroschüre auf den Seiten 256 bis 258. – Das Wort wird nicht gewünscht.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Fassung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 62 auf. Dazu gehören die Anträge B 192, B 612 bis B 619, E 31, E 32 sowie E 37 bis E 39. In der Antragsbroschüre finden Sie diese auf den Seiten 149, 258 bis 261 sowie 313 bis 318. – Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die von der Antragskommission vorgelegte Fassung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Wir kommen zu Ziffer 63. Die dazugehörigen Anträge sind in der Antragsbroschüre aufgeführt. Sie finden sie auf den Seiten 150 sowie 262 bis 277. – Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Fassung der Antragskommission stimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Dann ist so beschlossen.

Vor der Schlußabstimmung hat Peter Jungen noch einmal zum Thema der Schlußredaktion das Wort.

**Peter Jungen:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es hat Ihnen der Antrag B 637 vorgelegen, der von der Antragskommission zur Ablehnung empfohlen worden war. Der Antrag zielte darauf ab, im Text jeweils den Begriff „ökologisch verantwortete Soziale Marktwirtschaft“ zu verwenden. Das Wort „ökologisch“ wird manchmal großgeschrieben, manchmal kleingeschrieben, je nachdem, ob es als Teil des Namens „Soziale Marktwirtschaft“ oder nur als ein Adjektiv verwendet wird.

Ich möchte die Aufmerksamkeit auf folgende Überlegung lenken und damit die Bitte verbinden, bei der Schlußredaktion noch einmal darüber nachzudenken, damit keine Mißverständnisse entstehen. In der Sozialen Marktwirtschaft läßt sich – das zeigt die Entwicklung bei uns – sicher mehr Umweltschutz realisieren als in anderen Wirtschaftsordnungen, die wir kennen. Die Soziale Marktwirtschaft ist für die CDU in über 40 Jahren erfolgreicher Politik ein Markenzeichen geworden. Das ist nie deutlicher geworden als in den letzten Jahren, aber gerade auch in den letzten Monaten, in denen viele andere Länder sich anschicken, sich auf den Weg zu einem solchen Wirtschaftsordnungssystem zu machen.

Ich meine zum Ausdruck bringen zu sollen, ohne damit jetzt einen Änderungsantrag zu verbinden, daß wir nicht durch eine Hinzufügung eines weiteren gleichwertigen Adjektivs zum Wort sozial sozusagen das bisherige Markenzeichen „Soziale Marktwirtschaft“ verkleinern. Es ist wichtig, daß wir auch bisher schon in dem Wort Soziale Marktwirtschaft die Verpflichtung zum Ausdruck gebracht haben, für die Erhaltung der Ressourcen für kommende Generationen zu sorgen und nicht nur für die Verteilungsfrage in der jetzt lebenden und aktiven Generation.

(Teilweise Beifall)

Ich möchte angesichts der vielen Anträge, die dieses Papier zu Recht beinhaltet, noch folgendes anmerken. Umweltpolitik war bisher in hohem Maße Ordnungsrecht. Das ist hier vielfach zum Ausdruck gekommen. Wir sind jetzt dabei, mehr marktwirtschaftliche Regelungen einzuführen. Dabei darf nicht das Mißverständnis bestehen, daß in die Soziale Marktwirtschaft hinein nunmehr mehr Umweltpolitik und Umweltschutz eingeführt werden müssen. Beschlossen worden ist vielmehr an vielen Stellen, daß in die Umweltpolitik mehr marktwirtschaftliche Regelungen einzuführen sind, um sie damit effizienter zu machen, als das durch ordnungsrechtliche Regelungen bisher möglich war. Wir müssen deutlich machen, daß es für die Erhaltung der Umwelt kein besseres Wirtschaftsordnungssystem als die Soziale Marktwirtschaft geben kann. Wir sollten nicht den Eindruck entstehen lassen, als ob die Soziale Marktwirtschaft bisher für die Umwelt nichts getan hätte und jetzt erst durch diesen Antrag Möglichkeiten dafür geschaffen würden. Ich bitte deshalb um eine deutliche Überprüfung bei der Schlußredaktion, wobei erkennbar wird, daß das Gegenteil der Fall ist, daß nämlich die Soziale Marktwirtschaft ein Ordnungssystem ist, in dem Umweltpolitik realisiert wird, und daß sie mehr zur Erhaltung der Umwelt beiträgt als irgendein anderes System. Wenn wir das deutlich machen, haben wir verhindert, daß die Soziale Marktwirtschaft als unser Markenzeichen verkleinert wird, und haben gleichzeitig deutlich gemacht, daß sie das beste System ist, das in der Lage ist, Umweltpolitik zu realisieren. Mit dem Markenzeichen Soziale Marktwirtschaft haben wir etwas, um das uns viele andere Länder beneiden. Wir sollten den Vorteil, den wir dadurch haben, nicht durch unter Umständen mißverständliche Formulierungen

gefährden. Deshalb ist meine Bitte – und das wollte ich hier zu Protokoll geben –, daß wir zum Ausdruck bringen, daß die Soziale Marktwirtschaft das Ordnungssystem ist, in dem Umweltschutz besser als in jedem anderen System bisher realisiert worden ist und auch in Zukunft realisiert werden kann.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Leni Fischer**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Jungen. Ich glaube, ich kann Ihnen bestätigen und Ihnen die Gewähr geben, daß wir unser Markenzeichen Soziale Marktwirtschaft nicht schmälern, sondern höchstens verschönern und verbessern werden. Sie haben es zu Protokoll gegeben.

Herr Peter Schuler hat sich noch zu Antrag E 30 des Landesverbands Rheinland-Pfalz gemeldet.

**Peter Schuler**: Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Leicht sauer, wie die Pfälzer sagen, aber dennoch nicht ungehalten, möchte ich am Ende dieser Grundsatzdebatte den Antrag der rheinland-pfälzischen CDU begründen.

Wir waren der Meinung, daß dieser Antrag „Wirtschaft und Umwelt“ und „Mensch und Natur“ in die Grundsatzdebatte eingefügt werden sollte, weil ein sehr konkreter Terminplan einbezogen war. Es war auch zugesichert worden – das hat mir ein Mitglied der Kommission auch bestätigt –, daß dieser Antrag in die Grundsatzdebatte einbezogen würde. Eine Regie, die ich nicht durchschaue, hat aber diesen Antrag an das Ende gefügt.

Wenn diese Debatte etwas deutlich gemacht hat, dann war es die Umweltpolitik der CDU, die von zwei wesentlichen Wertbegriffen geprägt wird, das war zunächst der Beitrag von Klaus Töpfer und die engagierte Diskussion bis jetzt. Wir haben deutlich gemacht, daß wir Kompetenz besitzen und daß wir glaubwürdig sind. Gerade deshalb waren wir der Meinung, wir sollten diesem umfassenden Umweltplan zeitliche Vorgaben mit auf den Weg geben. Unsere ökologische Offensive der letzten Jahre hat nämlich deutlich gemacht, daß das Konzept der rationalen Umweltpolitik die Umweltprobleme der Vergangenheit bewältigen und der Entstehung von Schäden in der Zukunft vorbeugen wird.

Meine Damen und Herren, immer wenn ich zu solchen Parteitagungen gehe, frage ich mich, wie ich die Herzen und Köpfe der Delegierten erreiche, ich frage mich aber auch, wie ich die Herzen und Köpfe der Menschen erreiche. Da ist es ganz sinnvoll, wenn man seine eigene Frau fragt: Was hältst du denn von unserer Umweltpolitik? An diesem Sonntag vormittag hatte sie gerade die „Sonntag aktuell“, die bei uns im Raume erscheint, gelesen, und da heißt es: „Spezialreiniger sind an sich schon schädlich genug, doch von der Mischung verschiedener Reiniger gehen noch größere Gefahren aus. Wenn beispielsweise ein chlorhaltiger Sanitärreiniger und ein WC-Reiniger kurz hintereinander in die WC-Schüssel geschüttet werden, entsteht das hochgiftige Chlorgas, das im ersten Weltkrieg als Kampfgas eingesetzt wurde.“ Meine Frau sagte ganz schlicht: Ihr habt ein dickes Papier geschrieben, aber was macht ihr denn ganz konkret? Nun hat es sich der Bundesvorstand leicht gemacht und hat gesagt, Umweltschutz sei Bürgerpflicht. Das heißt dann eben, wir erwarten von den Bürgern, daß sie sich umweltgerecht verhalten. Nur, der Bürger, meine Frau und mein Sohn, fragen mich: Warum verbietet ihr dann das Zeug nicht, wenn es so hoch toxisch ist? Deshalb sind wir der Meinung, wir müssen einen solchen Antrag mit einem konkreten Zeitplan versehen.

Es war durchgängig erkennbar, und das ist erfreulich, wir haben in unserer Partei umgedacht oder sind dabei umzudenken. Das war die Aufforderung der klassischen Philosophie wie der jüdischen und der christlichen Offenbarung, und wir haben weiß Gott durch beide Impulse erfahren. Wirksamer Umweltschutz – das ist deutlich geworden – muß auch bedeuten, wie Klaus Töpfer gesagt hat, wir müssen auch auf manches verzichten, was bisher angeblich unser Leben leichter gemacht hat. Da sollten wir uns ernsthaft fragen: Sind wir denn bereit, auf manches zu verzichten und uns manchmal einzuschränken? Das wäre eine Forderung, die am Ende noch einmal deutlich werden sollte.

Klaus Töpfer hat darauf hingewiesen, daß die gemeinsame Sorge um die Gefährdung des Lebens – das war auch der Beitrag in den letzten zehn Minuten – noch nie so viele Menschen verbunden hat, auch angesichts der Gefährdung der Mitgeschöpflichkeit, deren Evolution – das vergessen wir manchmal – Jahrmillionen gedauert hat. Angesichts dessen ist dies unsere moralische Pflicht. Wir sollten deshalb nicht nur sehr konkret auf Zeitpläne verweisen, sondern mit einem Stichtag deutlich machen – das war die Intention des Antrags von Rheinland-Pfalz, daß wir zum 1. Januar 1991 sagen: Schluß mit der Produktion von FCKW, Schluß mit dem Einsatz von FCKW.

(Teilweise Beifall)

Worin unterscheidet sich denn der 1. Januar 1991 vom 1. Januar 1992? Entweder geht es technologisch oder es geht nicht. Wenn es nicht geht, muß man beweisen, warum es nicht geht, wenn also in ganz bestimmten Bereichen, z. B. im medizinischen Bereich, die Substitution bis heute nicht möglich ist. Aber 1. Januar 1992 oder 1. Januar 1993 zu sagen, ohne das zu begründen, das verstehen junge Menschen nicht. Die erwarten eine Antwort. Das sollten wir bei dem Antrag E 30 bedenken, der in dieser sehr differenzierten, sehr detaillierten Form genannt worden ist. Der Leitantrag unseres Landesverbandes zum Leitantrag des Bundesverbandes ist ein Zeichen in diese Richtung.

Meine Damen und Herren, vielleicht ein letztes, das heute zu wenig zum Tragen gekommen ist. Wir sollten immer wieder darauf hinweisen, daß wir in der Wirtschaft eine Kosten-Nutzen-Analyse als richtig erkennen. Diese Kosten-Nutzen-Analyse muß allmählich auch in der Umweltpolitik Platz greifen, es darf aber keine Kosten-Nutzen-Analyse aus rein betriebswirtschaftlicher Sicht sein, sondern es muß eine Analyse aus volkswirtschaftlicher Sicht sein.

Wir sollten, so meine ich, einen Beitrag dazu leisten, daß diese Kosten-Nutzen-Analyse in einer interdependenten Betrachtung von unserer Partei mit auf den Weg gebracht wird. Eben ist semantisch oder philologisch gefragt worden, ob nun der Begriff „ökologisch-soziale Marktwirtschaft“ groß oder klein geschrieben werden soll. Mir kommt es darauf an, daß wir am Ende in einer volkswirtschaftlichen Betrachtungsweise diese Kosten-Nutzen-Analyse anstellen. Wir müssen intensiver als in der Vergangenheit die Auswirkungen berücksichtigen. Ich denke gern an diese Formulierung, die so griffig ist, wie wir uns ja überhaupt immer wieder zwingen sollten, in der Umweltpolitik unsere Sprache sehr anschaulich darzustellen: Klaus Töpfer hat gesagt, wir müßten vom Ende her denken. Das wäre die Aufgabe, die wir ebenfalls mit in die Betrachtungsweise einbeziehen sollten. Das betrifft die Technologiefolgenabschätzung, und es betrifft die Umweltverträglichkeitsprüfung. Deshalb findet sich in

diesem Antrag E 30 unsere klare Vorstellung, ganz konkrete Zeitvorgaben zu machen, und zwar auch im Hinblick darauf, daß neben der Kompetenz die Glaubwürdigkeit ganz entscheidend für die Akzeptanz unserer Umweltpolitik ist. Deshalb muß das Bundesnaturschutzgesetz in dieser Wahlperiode auf den Weg gebracht werden; das hat symbolische Funktion.

(Beifall)

Selbst wenn es bezüglich der Finanzierung der Abgaben noch Fragen gibt, sage ich: Wenn wir dieses Gesetz nicht auf den Weg bringen, werden wir unglaubwürdig, denn man macht uns ja den Vorwurf: Ihr redet ja nur darüber, aber ihr müßt es endlich machen. Auch das ist eine klare Vorgabe in diesem Antrag, und wir erwarten von Ihnen, daß Sie diesen Antrag unterstützen.

(Beifall)

Letztlich bleibt die Aufforderung an uns alle zu sagen: Wir brauchen einen ökologischen Ordnungsrahmen. Dies wird im Hinblick auf das deutlich, was wir an Kompetenz begründen müssen. Ab und zu sollten wir uns intensiver auch mit dem befassen, was vor vielen Jahren oder auch schon vor Jahrhunderten gesagt worden ist. Sie alle kennen dieses Zitat des berühmten Häuptlings Seattle, der gesagt hat: Alles ist miteinander verbunden; die Erde zu verletzen heißt, ihren Schöpfer zu verachten.

In diesem Sinne war der Auftrag zu verstehen, den wir uns für diesen Leitantrag des Bundesvorstands selbst gegeben haben, und sehen Sie deshalb bitte auch dieses Engagement unseres Landesverbandes, sehen Sie die Tatsache, daß wir in der Formulierung sehr viel konkreter geworden sind, als Ausdruck dessen an, daß wir glauben, daß dann, wenn wir auch zeitliche Vorgaben machen, die Glaubwürdigkeit bei der Bevölkerung in dieser Frage wieder auf unserer Seite steht. Ich darf Sie herzlich bitten, den Antrag E 30 in dieser Weise zu behandeln. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Leni Fischer**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Schuler. Die Antragskommission wird die Anträge E 30 und E 42 mit in die Schlußabstimmung einbeziehen.

Bevor wir zu dieser Schlußabstimmung kommen, hat Herr Töpfer zu einer Schlußbemerkung das Wort.

**Prof. Dr. Klaus Töpfer**, Antragskommission: Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Bevor wir zur Schlußabstimmung kommen, darf ich mich beim Parteitag sehr herzlich für die Form, für den Ernst und für die Nachdrücklichkeit bedanken, mit der dieser Leitantrag hier behandelt worden ist. Der eine oder andere mag es in der Breite noch nicht so übersehen, aber dieser Leitantrag ist ein sehr nachhaltiger Startschuß für eine ökologische Soziale Marktwirtschaft, die ein Markenzeichen der CDU werden muß, wenn wir in Zukunft auch die Fragen der Bevölkerung beantworten wollen.

(Beifall)

Ich denke, daß in diesem Leitantrag viele Arbeitsaufträge enthalten sind. Dafür muß sich der Bundesumweltminister bedanken, und er muß sich zugleich darüber beschweren, denn wir werden sehr hart daran arbeiten müssen, das umzusetzen. Hier stehen in unserem Hausaufgabenheft jetzt auch solche Dinge wie die Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes – dies ist hier beschlossen worden – und die Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes. Hier sind Ausweitungen auf die gesamte instrumentelle Schiene mit vorgeschlagen worden. Ich glaube, dies ist ein wirklich grundsätzlicher,

weiterführender Ansatz für die Umweltpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, und wir sollten es auch als Botschaft nach draußen geben, daß hier nicht irgendwo marginal etwas verändert worden ist, sondern daß im Grundsatz weiterentwickelt worden ist, was Umweltpolitik für uns sein soll. Lassen Sie mich ein Drittes sagen. Natürlich bedanke ich mich beim Landesverband Rheinland-Pfalz dafür, daß man auch ein Fristenprogramm hinzugesetzt hat. Es ist gar keine Frage, daß dies natürlich nicht unverbindlich bleiben kann, sondern, wie ich gesagt habe, in Handlungen umgesetzt werden muß. Deswegen ist es für meine Begriffe richtig, daß dieser Antrag in der Weise behandelt wird, daß er der Bundestagsfraktion und der Bundesregierung mit auf den Weg gegeben wird.

Aber es muß auch deutlich gemacht werden, daß vieles von dem, was dort im gefordert wird, ja auch schon in der konkreten Entscheidung steht. Die Tatsache, daß nach aller Planung ein Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz noch in diesem Jahr im Deutschen Bundestag verabschiedet wird, ist ein Beispiel. Natürlich ist es nicht so, daß wir uns nicht irgendwo zu Begründungen für Zeitabläufe durchringen können. Ich habe das in meiner Einbringungsrede im Hinblick auf die Fluorchlorkohlenwasserstoffe gesagt, lieber Peter Schuler. Hierzu hat der Deutsche Bundestag einen einstimmigen Beschluß gefaßt. Darin ist deutlich gemacht worden, für welche Verwendungszwecke Fluorchlorkohlenwasserstoffe eingesetzt werden und wann sie ersetzbar sind. Wenn wir den 1. Januar 1991 beschließen, dann darf ich bei Dir, lieber Peter Schuler, nachfragen, mit was wir demnächst unsere Kühlschränke zu beschikken haben; denn nach dem, was wir jetzt wissen, ist der Ersatzstoff zum 1. Januar 1991 nicht da, und deswegen ist es die eine Sache, hierhin zu kommen und zu sagen „Wir beschließen: ab 1. Januar 1991 überhaupt keine Produktion und Verwendung mehr“, aber die andere Frage ist, wie wir demnächst ein so schlichtes und einfaches Produkt wie den Kühlschrank weiterhin produzieren und nutzen können, was ja auch eine umweltpolitische Fragestellung ist, denn der Kühlschrank von heute hat etwa 40 % weniger Energienachfrage als der von vor 20 Jahren, weil er eben durch eine entsprechende Technik auch mit Schaumstoffen ausgestattet ist.

Ich bitte also darum, hier nicht den Eindruck zu erwecken, als hätten wir gerade einmal das Jahr 1995 gegriffen. Vielmehr ist das eine Abschätzung der Substitutionsmöglichkeiten in den verschiedenen Bereichen. Wer sich einmal die Mühe macht, diesen im Deutschen Bundestag einstimmig beschlossenen Antrag durchzugehen, der sieht, daß für jeden einzelnen Bereich sehr, sehr harte und, wie ich glaube, weltweit am weitesten vorne liegende Fristen fixiert worden sind. Ich füge noch einmal hinzu: Das ist nicht das letzte Wort. Wir wollen noch früher fertig werden. Aber es wäre nicht ganz ehrlich, wenn wir hier früher hineingingen, nur um zusätzlich ein gutes Datum zu haben. Auch dabei gibt es also sehr gute zusätzliche Argumente.

Ein Letztes: Natürlich sind wir nach wie vor der Überzeugung, daß es auch Verbote geben muß. Wir haben das ja auch – es ist bestens bekannt – bei PCP, bei PCB und in anderen Bereichen durchgeführt. Wir werden das weiter tun. Wir können es demnächst besser machen, weil das Chemikaliengesetz von uns überarbeitet worden ist; der Entwurf ist vom Kabinett verabschiedet und liegt im Bundestag und im Bundesrat.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Ich habe allen Anlaß, diesen Tag dieses Bundesparteitages als einen wirklichen Markstein für eine Weiterentwicklung

der umweltpolitischen Strategie der Union anzusehen, und ich habe all denen zu danken, die daran mitgewirkt haben, daß es diesen Leit Antrag geben konnte. In besonderer Weise möchte ich mich bei den auch aus der Wissenschaft kommenden Mitgliedern der Arbeitsgruppe bedanken, die nicht alle unserer Partei angehören. Ich freue mich darüber, daß Herr Professor Winter, Herr Professor Klages, Herr Professor Reiter und Herr Professor Voß sowie die Herren Brunowsky und Dürkop, der Vorsitzende des Deutschen Bundes für Vogelschutz, an der Erarbeitung dieses Leit Antrages mitgewirkt haben. Nur dadurch war es möglich, hier einen so umfassenden und, wie ich glaube, in sich schlüssigen Antrag vorzulegen, der in dieser Form von der Partei mit weit über 500 Anträgen aufgegriffen worden ist. Wir haben damit auch eine innerparteiliche Diskussion ausgelöst. Das ist eine gute, eine zukunftssträchtige Aufgabe für die Umweltpolitik. Recht herzlichen Dank für diese Beratung und für diese Entscheidung!

(Beifall)

**Leni Fischer**, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Minister Töpfer!

Damit kommen wir zur Schlußabstimmung. Gemäß einer Empfehlung der Antragskommission sollen in diese Schlußabstimmung die Anträge E 30 und E 42 mit einbezogen werden. Die Empfehlung der Antragskommission zur Behandlung dieser beiden Anträge bleibt unverändert.

Wer dieser Empfehlung sowie dem Antrag „Unsere Verantwortung für die Schöpfung“ in der durch die Einzelabstimmungen festgelegten Fassung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ich stelle fest: Der Antrag ist einstimmig angenommen.

(Beifall)

Das Präsidium bedankt sich herzlich für die zügige Mitarbeit und für die konzentrierte Beratung. Wir stellen fest: Wir sind gut in der Zeit. Danke schön.

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 15 auf:

### Beratung des Antrages: „Moderne Parteiarbeit in den 90er Jahren“

Einführung:  
Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB

Wir werden den Ablauf so gestalten, daß der Parteivorsitzende einführt und wir bis etwa 19 Uhr beraten und sodann, wie vorgesehen, für eine Stunde unterbrechen. Wir setzen die Diskussion mit anschließender Beschlußfassung um 20 Uhr fort.

Ich erteile das Wort zur Einführung des Antrages unserem Parteivorsitzenden Dr. Helmut Kohl.

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zu Beginn daran erinnern, daß wir auf dem letzten Bundesparteitag in Wiesbaden gemeinsam beschlossen haben, eine Kommission einzusetzen, deren Arbeitsergebnis Ihnen heute – etwas verändert und weiterentwickelt durch die Beratung in den Führungsgremien der Partei – als Leit Antrag „Moderne Parteiarbeit in den 90er Jahren“ vorliegt.

Für Deutschland  
**Starke Mitte – gute Zukunft**

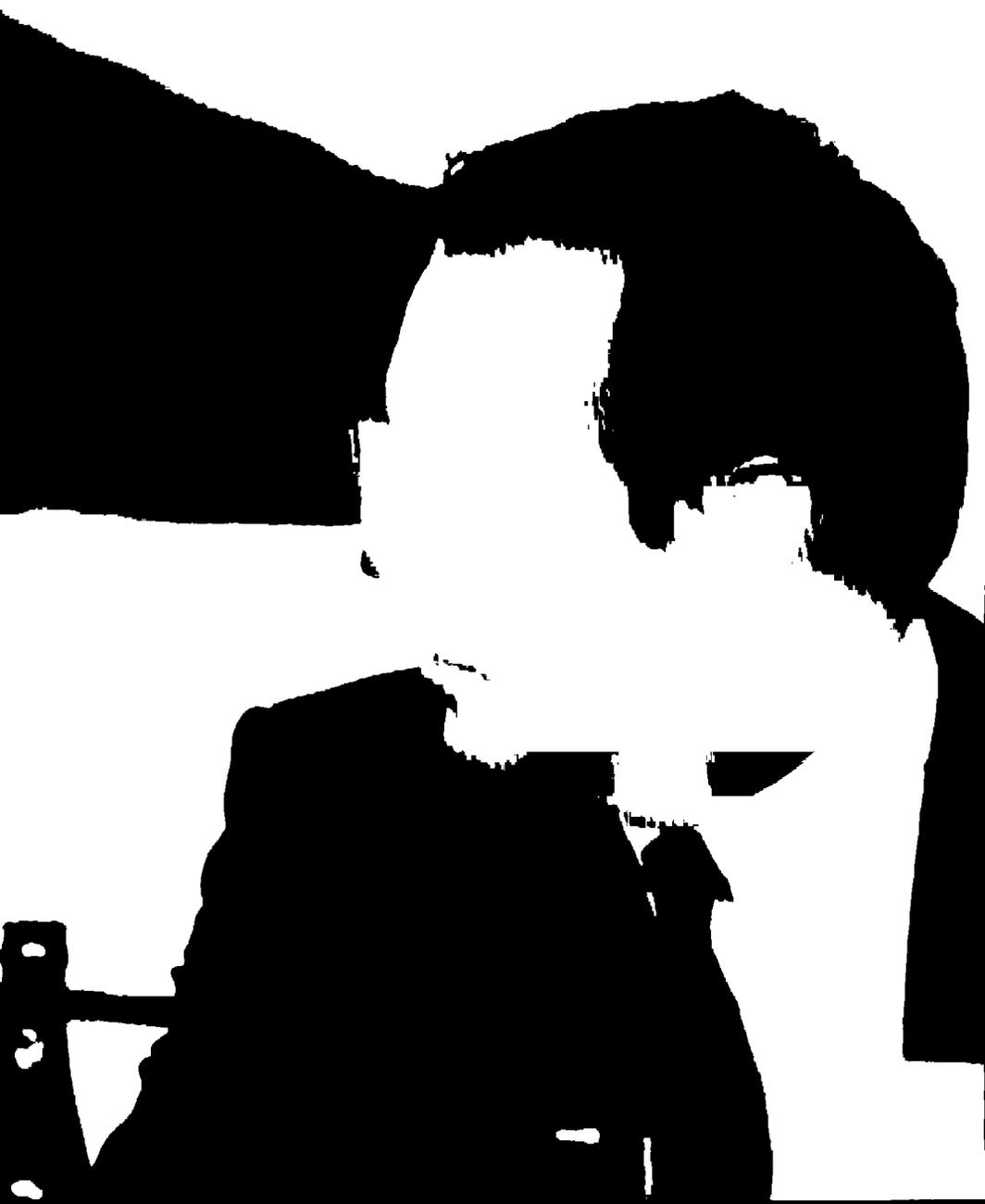
**CDU**  
**II**





ann

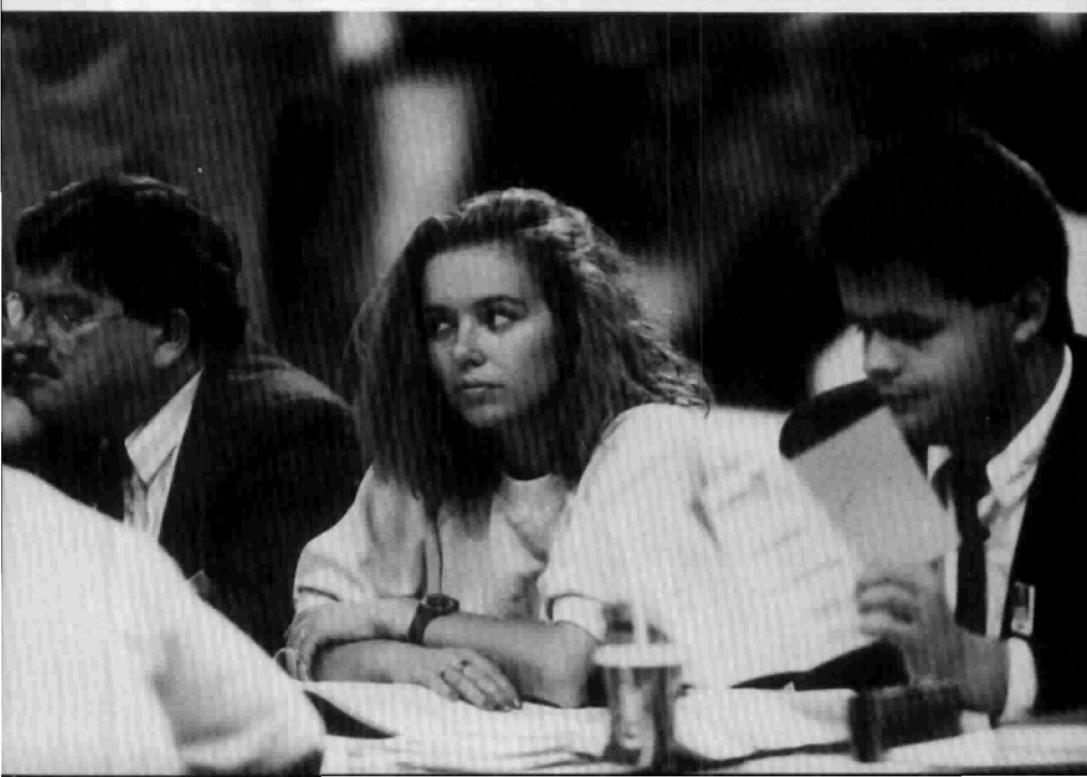
**Kohl**













Thoben **Stoltenberg**









Für Deutschland  
Starke Mitte – gute Zukunft

**CDU**  
**II**



Ich will nur kurz zur Einführung dieses Leitantrages sprechen und beziehe mich ausdrücklich auf meine Ausführungen dazu auf dem Wiesbadener Parteitag. Es war ja mein Vorschlag, eine Kommission zur Vorbereitung des Leitantrages einzusetzen. Aus gutem Grund habe ich auch selbst den Vorsitz in dieser Kommission übernommen. Es war eine Kommission, in der hervorragende Damen und Herren mitgewirkt haben, die haupt- und ehrenamtlich in der praktischen Parteiarbeit auf allen Ebenen tätig sind. Wir haben weit über 30 Stunden zusammengearbeitet – zuzüglich der Zeit, während der in Unterkommissionen gearbeitet wurde. Ich will von hier aus all denen danken, die dabei mitgemacht haben. Sie haben einen wesentlichen Beitrag für die zukünftige Entwicklung unserer Partei geleistet.

Herr Parteitagspräsident, ich schlage vor, die Debatte jetzt so zu führen, daß die Kapitel 1 bis 4 zusammen behandelt werden und daß das Kapital „Finanzen“ noch einmal gesondert von unserem Schatzmeister eingeleitet wird. Ich halte es einfach für zwingend, daß wir die Themen voneinander trennen. Ich werde vielleicht in der späteren Diskussion zu dem letzten Kapitel sprechen.

Der Gedanke, den wir unserer Arbeit zugrunde gelegt hatten – und das hat sich auch als ganz richtig erwiesen – war und ist: Wie können wir angesichts einer veränderten Gesellschaft, angesichts veränderter Rahmenbedingungen die Partei an der Schwelle zu den neunziger Jahren für die Zukunft fitmachen?

Heiner Geißler hat ja in seinem Bericht gestern ein paar ganz interessante Bilder aus seiner Lebenserfahrung aufgezeigt. Es war ein sehr eindrucksvolles Bild dabei, das vielen im Saal – ich konnte ja die Gesichter beobachten –, die aus der gleichen Generation kommen, sofort vor Augen stand. Ich meine die Schilderung der Begebenheit, wie damals der Dekanatsjugendführer Erwin Teufel aufgerufen hat, die Junge Union im dortigen Bereich zu gründen und auszubauen.

Vielen hier im Saal stand die Frage ins Gesicht geschrieben: Und wie ist das heute? An diesem einen Beispiel kann man gut erkennen, daß sich die Dinge in den letzten Jahrzehnten völlig verändert haben. Ich brauche das nicht näher zu erläutern. Sie alle wissen dies auch.

Die Frage ist, ob meine Partei, wie sie sich täglich darstellt – und damit meine ich alle Ebenen – diesen veränderten Anforderungen noch gerecht wird. Wenn wir fair sein und offen sprechen wollen, müssen wir sagen: Diese Frage muß verneint werden. Das gilt übrigens nicht nur für unsere Christlich Demokratische Union. Die gleiche Diskussion findet auch in der anderen großen Volkspartei, bei der SPD, statt, wie Sie ja wissen.

Aber wir müssen anhand unserer Programmatik und mit Hilfe unserer Erfahrungen unsere eigenen Ansätze finden. Ich will jetzt nur drei große Defizite unserer Parteiarbeit noch einmal ansprechen – nicht weil ich glaube, bei jeder Gelegenheit darüber reden zu müssen, sondern weil ich überzeugt bin, daß wir, wenn wir gerade bei diesen drei Defiziten nicht Abhilfe schaffen, vieles von dem, was wir uns für die Zukunft vorgenommen haben, nicht werden durchsetzen können.

Ich habe schon gestern in meinem Rechenschaftsbericht darauf hingewiesen, daß 52 % der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland Frauen sind, aber nur 22 % unserer Mitgliedschaft. Die Zahlen sprechen für sich. Es ist wahr: In den letzten Jahren ist einiges geschehen, aber, meine Damen und Herren, insgesamt gesehen ist die CDU Deutschlands in der Frage, wie Frauen bei unseren Führungspositionen

vertreten sind, leider ziemlich repräsentativ für die deutsche Gesellschaft. Das muß man sagen. Die Verhältnisse sind nicht nur bei uns absolut unbefriedigend, sondern sie sind in unserer Gesellschaft insgesamt unbefriedigend.

Ich sage das nicht ohne Grund, weil wir in vielen Bereichen, auch in manchen staatlichen Stellen dafür Mitverantwortung tragen. Das Gleichheitsgebot des Grundgesetzes ist nun über 40 Jahre alt. Es ist für mich eine bedrückende Beobachtung – das trifft uns auch; ich war selbst lange Ministerpräsident und stand einer Landesregierung vor –, wenn ich etwa feststelle, daß bei der Berufung ordentlichen Professoren an deutschen Universitäten – trotz der Ausweitung der Zahl der ordentlichen Lehrstühle in den letzten 20 Jahren – die Zahl weiblicher Professoren in der Relation zurückgegangen ist. Die Ausreden, die etwa zu meiner Amtszeit – vor 20 Jahren – gemacht wurden – es gebe viel zu wenige Frauen, die dieses oder jenes Fach studiert hätten – greifen heute überhaupt nicht mehr. In vielen Fakultäten, für die meine Kritik zutrifft, gibt es beim wissenschaftlichen Nachwuchs seit vielen Jahren ein Zahlenverhältnis zwischen Männern und Frauen von nahezu 50 : 50. Es ist doch offensichtlich, daß es hier erhebliche Hemmungen gibt, Frauen – bei gleicher Qualifikation – auch in solche wichtigen Funktionen zu bringen.

Das, was ich hier für die Universitäten konstatiere – sie haben eine gewisse Vorbildfunktion –, konstatiere ich in noch gravierenderer Form für die Führungsetagen der deutschen Wirtschaft. Wenn Sie einmal dort hinschauen, werden Sie noch viel negativere Zahlen und Beispiele finden.

Ich sage das nicht zu unserer Entschuldigung, denn es gibt da keine Entschuldigung. Ich sage nur: Es gibt diese Defizite, und sie sind nach meiner festen Überzeugung nicht über eine Quote zu beseitigen. Statt dessen muß bei uns ein Umdenken stattfinden. Umdenken heißt, daß wir in allen Bereichen unserer Gesellschaft das Recht der Frauen auf Wahlfreiheit respektieren. Das heißt: Ob eine Frau berufstätig ist oder nicht, ist ihre ganz persönliche Entscheidung. Das muß sie mit sich selbst, auch mit ihrem Mann, mit ihrer Familie ausmachen.

(Beifall)

Es darf bei uns auch nicht die Situation eintreten, daß eine der denkbaren Entscheidungen als geringerwertig betrachtet wird.

(Beifall)

Ich denke zum Beispiel auch an den dümmlichen Begriff von der „Nur-Hausfrau“. Das ist ein abwegiger und törichter Begriff.

Aber wenn wir dieses Recht auf Wahlfreiheit selbstverständlich anerkennen und verteidigen, dann muß das auch heißen, daß die Frauen die gleichen Chancen bekommen müssen wie Männer und daß bei der Vergabe von Mandaten – wenn ich jetzt „Mandate“ sage, dann meine ich alle Mandate; auch Parteiämter – eine Frau nicht viel besser sein muß als ihr männlicher Konkurrent, um erfolgreich zu sein. Wir müssen hier viel selbstverständlicher in den Kategorien eines Miteinanders denken.

(Zustimmung)

Wenn Sie die Zahlen betrachten, dann sehen Sie, daß noch viel zu tun bleibt. Ich finde – das sage ich sehr prononciert –, das kann man nicht mit einem Parteitagsbeschuß abmachen, denn die notwendigen Beschlüsse haben wir ja alle schon längst gefaßt. Das ist vielmehr auch eine Führungsaufgabe der jeweiligen Verantwortlichen auf allen

Ebenen. So wie ich mich als Bundespartei vorsitzender immer wieder für die Kandidatur von Frauen schlage, so erwarte ich das von allen Landesvorsitzenden – und das darf sich nicht nur auf ein verbales Bekenntnis beschränken. Ich erwarte es aber auch von den Bezirks- und Kreisvorsitzenden bis hinunter zu den Vorsitzenden der Ortsverbände.

Ich habe Beispiele genannt. Es ist nicht in Ordnung, wenn in vielen Ortsverbänden überhaupt kein weibliches Mitglied zu finden ist. Hier ist eine Closed-shop-Mentalität unübersehbar, und da muß man etwas dagegen tun.

Ich spreche das zweite Thema an: die Altersstruktur in unserer Partei. Auch für dieses Problem lassen sich viele Gründe anführen, aber es nützt uns sehr wenig, nur darüber zu sprechen. Nur 7 % der CDU-Mitglieder sind unter 30 Jahre. Es gibt nicht wenige Ortsverbände, die überhaupt kein Mitglied unter 25 Jahren haben.

Wir brauchen nicht darüber zu klagen, wie unsere Situation bei Jungwählern ist, wenn wir darüber praktisch überhaupt keine Ansprechpartner in den eigenen Organisationsbereichen haben. Das heißt, wir müssen fähig sein, auf die Situation junger Leute einzugehen. Das heißt vor allem auch: Wir müssen uns darauf einstellen, daß sich der heute 18-, 19- oder 20jährige in seinen Umgangsformen – und in vielem anderen – von dem unterscheidet, was unser Verhalten im gleichen Alter prägte. Ich habe nicht vergessen, daß ich als 20jähriger auf CDU-Veranstaltungen immer wieder auffiel, weil ich anders war als die damals aus der Weimarer Republik kommende ältere Generation.

Im übrigen haben die meisten von uns doch die persönliche Erfahrung im Umgang mit den eigenen Kindern. Ich warne davor, abweichende Auffassungen einfach zu ignorieren, weil sie althergebrachten Vorstellungen – auch bei uns in der Partei – vielleicht nicht entsprechen. Gerade jungen Leuten gegenüber muß beides möglich sein: Toleranz und Offenheit auf der einen, Inanspruchnahme von Autorität auf der anderen Seite. Ich rede hier nicht jenen das Wort, die sich opportunistisch anbiedern.

Das ist eine Schicksalsfrage für die Partei. Ich glaube nicht, daß das Problem in unserer Programmatik liegt. Wenn ich bestimmte Wahlstatistiken aus jüngerer Vergangenheit beobachte – auch im Blick auf neu aufkommende politische Gruppierungen –, dann stellt sich mir sehr wohl die Frage, ob es auf unserer Seite Probleme damit gibt, sich jungen Leuten verständlich zu machen. Das heißt im Klartext, daß wir die Arbeit der Jungen Union unterstützen müssen.

(Vereinzelt Beifall)

– Ich hoffe, Sie klatschen jetzt gleich noch weiter. – Aber die Partei hat natürlich auch Fragen an die Junge Union.

(Vereinzelt Beifall)

Denn Fragen gibt es ist nicht nur in einer Richtung.

Wir müssen uns schon die Frage stellen – sie stellt sich mir sehr oft, weil ich fast jede Woche, trotz aller zeitlichen Anpassung, Diskussionen mit Schülern führe –, ob die Selbstdarstellung der Jungen Union den Bedürfnissen der Generation, die jetzt nachrückt, auch tatsächlich entspricht.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, zwischen einem 18jährigen und einem 35jährigen kann die Kluft durchaus größer sein als zwischen dem 18jährigen und mir. Ich bin für ihn ein Opa. Der andere ist ein echter Konkurrent.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist eine völlig andere Situation.

Ich habe eine weitere Anmerkung, die manche in der Jungen Union nicht gerne hören. Wenn ich beim Deutschlandtag der Jungen Union in die Reihen schaue, gefällt mir nicht, daß die Zahl der Frauen dort wesentlich geringer ist als etwa die Zahl der Frauen hier auf dem Bundesparteitag.

(Vereinzelt Beifall)

Ich kann Ihnen nur sagen: Auch da habe ich meine Fragen. Ich habe gestern von einer ganzen Reihe unserer jüngeren Freunde Fragen zu hören bekommen. Jetzt – finde ich – ist es richtig, daß der Parteivorsitzende seinerseits die eine oder andere Frage in die umgekehrte Richtung stellt.

Aber das eben Gesagte hat überhaupt nichts mit der Forderung zu tun, daß wir hier mehr tun müssen. Es muß Schluß sein mit dem, was ich immer noch – oder jetzt wieder – beobachte: In einer der ersten Mustersatzungen nach dem Kriege hieß es: Der Kreisvorstand – so hieß es bei uns in Rheinland-Pfalz – besteht aus einer gewissen Zahl von Mitgliedern, darunter wenigstens ein Mitglied der Jungen Union und eine Frau. Das heißt im Klartext: ein Junger und eine Frau dienen als Alibi. Ich spreche sehr praktische Dinge an, die vor allem manche Journalisten hier verwundern werden. Aber Parteivorsitzender sein – das habe ich Ihnen gestern gesagt – bedeutet für mich nicht, über den Wolken zu schweben, sondern mitten in der Partei zu leben und zu arbeiten.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen bitte ich Sie sehr darum, daß Sie die Bedeutung der jungen Leute und der Frauen bei der Kandidatenaufstellung nicht nur symbolisch, sondern effektiv zum Ausdruck bringen. Es ist für mich inakzeptabel – ich nenne ein drastisches Beispiel –, wenn in der jetzigen Bundestagsfraktion der jüngste Abgeordnete 37 Jahre alt ist.

(Zuruf: Hört! Hört!)

Das heißt, er war am Wahltag 35 Jahre alt. Wir waren auf diesem Feld schon einmal sehr viel weiter. Nicht nur ich bin ein Beispiel dafür. Es gibt viele andere.

Wir haben in diesen Tagen bei der Totenehrung an Heinrich Krone gedacht. Wir haben in diesen Tagen erlebt, daß der Sohn von Ernst Lemmer hier präsiert hat. Das sind alles große Namen aus unserer Parteigeschichte. Das waren Männer, die schon als 20- bis 30jährige Mitglied des Reichstags waren. Was damals möglich war, muß auch heute möglich sein.

Wenn ich für eine solche Entwicklung plädiere, setze ich mich nicht dafür ein, daß jemand unmittelbar nach der Volljährigkeit ohne jede Berufsausbildung ins Parlament einzieht. Ich möchte da nicht falsch verstanden werden.

(Beifall)

Aber bei gutem Willen – und bei ernsthafter Suche finden Sie sehr wohl Möglichkeiten. Mein Ehrgeiz ist es, in der kommenden Bundestagsfraktion sowohl mehr Frauen als auch mehr junge Leute zu haben. Ich bitte Sie dafür um Ihre besondere Unterstützung.

(Vereinzelt Beifall)

Ein drittes Feld, das ich ansprechen will, ist die Präsenz der CDU mit all dem, was sie anzubieten hat, in der Welt des Betriebes. Trotz aller Entwicklung zur Freizeitgesellschaft – das gilt insbesondere für die großen Unternehmen in der Bundesrepublik mit ihren vielen Arbeitnehmern – ist der normale Arbeitnehmer an kaum einem anderen Platz einer solchen politischen Einflußnahme oder gar Indoktrination ausgesetzt wie am Arbeitsplatz. Dem etwas entgegenzusetzen – das können die Sozialausschüsse alleine nicht leisten; wir müssen sie dabei unterstützen.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist für die Volkspartei CDU wichtig – gerade auch im Blick auf die Wahlen. Heiner Geißler hat auch dieses Thema gestern angesprochen. Im Zusammenhang mit den Wahlichancen für die Zukunft hat er gesagt, daß eine unserer Chancen in der Facharbeiterschaft liegt. Die Facharbeiterschaft, die einen gut entwickelten Sinn für solche Dinge hat, weiß am Vorabend des Europäischen Binnenmarktes sehr wohl, daß ein rot-grünes Experiment für ihren Arbeitsplatz unmittelbar nachteilige Konsequenzen hat. Wir müssen uns an diese Wähler wenden. Das können wir natürlich an deren Wohnort tun. Aber wir müssen gleichzeitig sehen, in welchem Umfang gerade diese Gruppe von Arbeitnehmern von morgens bis abends am Arbeitsplatz politischen Einflüssen ausgesetzt ist. Deswegen plädiere ich nachdrücklich dafür, daß wir auch auf der Ebene der Kreisverbände – das wird je nach der soziologischen Struktur des Kreises unterschiedlich sein – alles tun, um die Sozialausschüsse in ihrer Arbeit zu unterstützen.

Ich sehe einen ganz wichtigen Auftrag der Sozialausschüsse übrigens auch in einem anderen Punkt – ganz in der Tradition dieser Ausschüsse. In dieser Debatte ist schon einmal Jakob Kaiser genannt worden. Seit seiner Zeit, seit der Teilung unseres Vaterlandes, sind die Sozialausschüsse jene Vereinigung der Partei, die über ihre eigentliche Aufgabe im sozialen Bereich hinaus die Frage der deutschen Einheit, die Frage des deutschen Patriotismus immer wieder aufgegriffen hat. Aus gutem Grund: weil genau diese Frage speziell in der Arbeiterschaft nie untergegangen ist. Das sind keine Leute, die in einer Schickimicki-Gesinnung vergessen, was unser Vaterland ist. Das sind Leute, die dafür ansprechbar sind.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sollten die Chance nutzen, auch auf diesem Feld unsere Leute zu unterstützen.

(Vereinzelt Beifall)

Das führt zu einem anderen wichtigen Punkt, meine Damen und Herren: zu unserem Verhältnis zu den Gewerkschaften. Ich habe oft genug dieses Thema angesprochen. Wir bejahen natürlich die Gewerkschaften: Freie Gewerkschaften sind für eine freie Gesellschaft so notwendig wie die Luft zum Atmen. Wir brauchen Tarifautonomie. Wir wollen – um Gottes willen – keine Veränderung der Dinge dahingehend, daß der Staat in solche Angelegenheiten eingreift. Ich weiß aus den Jahren meiner Verantwortung in Bund und Land, wie verdrießlich es ist, wenn der Staat als Arbeitgeber Tarifverträge abschließt, mit welchen Schwierigkeiten und auch mit welchen unangenehmen Rückschlägen das verbunden ist. Das geht auf diesem Feld eben nicht anders. Aber wenn wir starke Gewerkschaften bejahen, dann müssen wir natürlich auch versuchen, in diesen Gewerkschaften unsere Einflußchancen stärker wahrzunehmen.

(Vereinzelt Beifall)

Nun weiß ich auch, wie die Lage ist. Es wird wohl kaum einer hier im Saal sein, der mit weiten Teilen der Führung des Deutschen Gewerkschaftsbundes schlechtere Erfahrungen gemacht hat als ich. Damit muß ich leben. Das gehört zu meinem Amt. Aber es wird nicht besser, wenn wir unsere Leute von dort abziehen oder gar herausdrängen. Es wird auch nicht besser, wenn diejenigen, die dort tätig sind und sich zur CDU bekennen, in der eigenen Partei als „Verräter“ beargwöhnt werden.

Ich spreche das ganz offen an.

(Beifall)

Das ist eine ganz falsche Entwicklung.

Ich füge allerdings ebenso klar und entschieden hinzu – weil ich auch dazu Grund habe –, daß ich<sup>1</sup> auch den einen oder anderen ansprechen muß, der in den Gewerkschaften tätig und dort etwas geworden ist, weil er der CDU angehört. Er nimmt eine Alibi-Funktion wahr und vergißt gelegentlich völlig, daß seine Heimat die Christlich Demokratische Union ist: Auch das gehört natürlich ins Bild.

(Beifall)

Nur, liebe Freunde, das eben Gesagte ist keinesfalls eine Entschuldigung für Abstinenz im Bereich der Gewerkschaften. Deswegen unterstützen Sie bitte unsere Freunde in den Sozialausschüssen, die es natürlich ziemlich schwer haben. Wenn ich an die letzten Monate, an die Zeit der Diskussion um die Gesundheitsreform zurückdenke und mir überlege, was bei mir zu Hause in Ludwigshafen in dem dort beherrschenden großen Betrieb, der BASF, gelaufen ist, was unsere Mitglieder im Betriebsrat und unsere bekannten CDU-Leute im Betrieb erleiden und erdulden mußten, dann weiß ich wohl, worüber ich rede. Wir müssen denen helfen, die dies für uns auf sich nehmen. Es bedeutet eine wichtige Präsenz in den Betrieben.

Meine herzliche Bitte ist, daß wir versuchen, in diesem Sinne das Notwendige in den genannten Punkten auf den Weg zu bringen.

Vierte Bemerkung! In der Vorlage wird von der Umwelt gesprochen, in der die Partei sich bewegt. Das fängt bei den Kirchen an. An dem Beispiel, von dem Heiner Geißler gestern sprach und das ich soeben zitiert habe, sehen Sie ja die dramatischen Veränderungen, etwa Katholische Jugend damals – Katholische Jugend heute, Kirchentage damals – Kirchentage heute. Dennoch – und ich durfte das mit Ihrer Zustimmung bei Beginn dieses Parteitages tun –, wenn wir sagen, daß das unsere Glaubensheimat ist, dann ist das nicht irgendein Thema. Wenn wir so gern von Glaubwürdigkeit reden, dann müssen wir auch darüber sprechen, wie wir vor Ort Kontakt halten etwa zu den großen kirchlichen Verbänden; auch wie es um die Kontakte bestellt ist zu den Vereinen, auch zu den anderen, auch zu den spontanen Gruppen, wo bürgerschaftliche Initiativen alter und neuer Form ineinander übergehen. Speziell der Kontakt im kirchlichen Bereich ist für uns – ich verwende bewußt dieses Wort – existentiell. Es steht natürlich außer Frage, daß dies alles auch etwas mit Bürgernähe zu tun hat.

Ich will einen weiteren Punkt ansprechen. Dies betrifft das Thema Auswahlverfahren für Kandidaten. Wir haben viel Grund, der großen Zahl von ehrenamtlichen Mitarbeitern in unserer Partei zu danken. Mich stimmt verdrießlich, daß es in der öffentlichen Diskussion inzwischen zum guten Ton gehört, pauschal die Parteien zu diffamieren und abzuwerten, und daß dabei die ungeheure Arbeitsleistung für die Republik, die ehrenamtlich Tätige in den großen Parteien leisten, völlig untergeht. Man stellt an uns

die Erwartung, daß wir für die letzten Dinge menschlicher Existenz befriedigende Antworten anbieten sollen. Man stellt an uns die Anforderung, daß wir gleichsam als ein großes Volksbildungsinstitut tätig sind und alle möglichen Defizite – etwa im Hinblick auf die Geschichtskenntnisse, wo die Schulen oft genug versagt haben – aufarbeiten.

Man hat an die Parteien Erwartungen, denen sie natürlich nicht entsprechen können. Eine Partei ist eine politische Kampfgemeinschaft, ist politische Heimat – um das mit Herz zu sagen. In ihr finden sich Männer und Frauen zusammen, die sich auf eine bestimmte Programmatik verständigt haben und an die Ideale glauben, die sie haben. Ich finde kein besseres Wort als Ideal, wie das früher genannt wurde.

Wir sollten uns nicht wie die anderen – wenn Sie Herrn Vogel zu diesem Thema im Bundestag hören, können Sie nur den Kopf schütteln – an der Politik- und Politikerschelte beteiligen. Wir sollten im Gegenteil leidenschaftlich dagegen Front machen. Wir sollten sagen: die vielen tausend ehrenamtlich Tätigen in den Parteien – auch die in den Kommunalparlamenten und anderen – leisten einen wichtigen Dienst für diese Republik. Ohne diese Parteien wäre unsere Republik so nicht entstanden und geworden.

(Beifall)

Aber, liebe Freunde, wenn das richtig ist, dann müssen sich die Parteien – und damit wiederum auch wir – die Frage gefallen lassen etwa im Blick auf die Auswahlprinzipien, die wir bei Führungspersonal walten lassen. Ich sage bewußt „Führungspersonal“, denn das umfaßt die Partei wie auch die öffentliche Repräsentanz im Gemeindeparlament, im Landtag oder im Bundestag. Wenn man die Frage, ob unsere Anforderungen hinreichend sind, offen stellt, muß man oft genug negativ antworten.

Wir haben lange in der Kommission diskutiert, ob noch einmal an die besondere Führungsverantwortung erinnert werden soll, die Einzelne, Gremien und Vorstände in unserer Partei gerade in dieser Frage haben. Zweierlei muß bedacht werden: Die Erfahrung von Männern und Frauen, die in der Partei großgeworden sind, die über ganz spezielle Erfahrungen und Kenntnisse verfügen, die sich aus einer oft jahrzehntelangen Arbeit ergeben, sollte erhalten bleiben. Zum anderen müssen wir aber auch fähig und offen sein, andere aufzunehmen, die auf ihre Weise und auf ihrem Feld bereits Beachtliches geleistet haben. Sie gehören zum Gesamtbild der Union, das sie dann auch nach draußen repräsentieren. Ich wehre mich dagegen, das in einer Betrachtung des „Entweder – oder“ zu sehen. Wir müssen vielmehr mit einem „Sowohl – als auch“ zu vernünftigen Lösungen kommen.

Das ist um so wichtiger, als zu meinem Bedauern noch keinen Ausweg sehe, wieder von einer Entwicklung wegzukommen, die durch bestimmte Entscheidungen des Gerichts in Karlsruhe mit veranlaßt wurde. Ich spreche davon, daß bei den Mandaten sich überwiegend die Tendenz zum Berufsparlamentarier durchgesetzt hat, und zwar auf Ebenen, wo ich überzeugt bin, daß es so nicht sein müßte.

(Beifall)

Wir müssen angesichts der Entwicklung, die doch keiner leugnen kann, trotzdem darum bemüht sein, repräsentative Demokratie auch bei der Auswahl von Kandidaten für Ämter und Mandate zu verwirklichen. Das muß nicht in einer sklavischen Weise geschehen – derart, daß nun jede Gruppe nach einer bestimmten Quote, wie sie dem Anteil dieser Gruppe an der Gesamtbevölkerung entspricht, mit Mandaten versehen wird. Aber es müssen sich eben möglichst viele Bürgerinnen und Bürger unseres Landes in den Persönlichkeiten, die sie in den Parlamenten repräsentieren, wiederfinden.

Das heißt auch, daß wir es uns nicht leicht machen dürfen. Das reine Abzählen nach der jeweiligen Stärke von Vereinigungen, so, wie die Praxis manchmal eben ist – ich kenne sie so gut wie jeder hier im Saal –, ist allein nicht ausreichend.

Liebe Freunde, ich habe ein paar Gedanken vorgetragen. Ich bin weit davon entfernt – ich habe seit Jahrzehnten praktische Erfahrungen mit der Parteiorganisation, wie Sie wissen –, zu erwarten, daß von dieser Vorlage nun das Heil der Welt oder das Heil der Partei kommt. Die Vorlage will Anstöße geben, das Nachdenken über die Parteiarbeit zu fördern, und in einigen zentralen Bereichen so schnell wie möglich Konsequenzen ziehen. Bei den drei Punkten, die ich vor allem genannt habe, kann man schnell etwas verbessern: das ist die Frage der Repräsentanz der Frauen in unserer Partei, die Frage der Repräsentanz und der Ansprache der jungen Generation und die entscheidende Frage der Auseinandersetzung vor Ort in den Betrieben. Wenn wir es wollen, können wir sehr rasch handeln. Meine herzliche Bitte ist, daß wir das gemeinsam tun.

(Beifall)

**Bernd Neumann:** Wir bedanken uns beim Bundeskanzler für diese Einführung. Ich übergebe das Präsidium an meinen Kollegen Linssen.

**Dr. Helmut Linssen,** Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, liebe Freunde, bevor wir in die Aussprache eintreten, möchte ich Frau Professor Süssmuth das Wort geben.

**Prof. Dr. Rita Süssmuth:** Ich möchte nur ganz kurz das Wort ergreifen und Ihnen für die Spende danken, die Sie gegeben haben. Es ist dabei ein Betrag von 12 523 DM herausgekommen.

(Beifall)

Ich sage mit dem Dank: Die Spontanaktion war doch eine gute Idee.

Ich habe gehört, daß einige gefragt haben, ob das eine Spende „Frauen für Frauen“ sei. Es geht um Frauen, Männer und Kinder. Die Spende geht an die, die die Hilfe brauchen. Wir werden sie der Friedland-Hilfe geben, weil sie immer Sach- und Geldspenden verteilt. Überlassen Sie es uns, wie wir die Spende verteilen; das wird geklärt, wenn wir sie überbringen.

Ich möchte allen Spenderinnen und Spendern ganz herzlich danken. Ich denke, das war ein Zeichen unseres Parteitages.

(Beifall)

**Dr. Helmut Linssen,** Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Süssmuth. Herzlichen Dank vom Präsidium auch an die Initiatoren.

Bevor wir die allgemeine Aussprache beginnen, haben wir über Verfahrensanträge – A 2 und A 6, abgedruckt auf Seite 1 – zu verhandeln. Es geht darum, daß die Beratung über diesen Gegenstand vertagt werden soll. Die Antragskommission empfiehlt, diese Anträge abzulehnen.

Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen und 1 Enthaltung ist der Empfehlung der Antragskommission damit gefolgt.

Der Bundesvorsitzende hat den Vorschlag gemacht, in der Beratung zunächst die Punkte I bis IV aufzurufen und das Kapitel „V. Finanzen“ abzutrennen. Die Antragskommission ist der Meinung, daß das ein sehr vernünftiger Vorschlag ist. Wir würden in der allgemeinen Aussprache also zunächst nur über die Punkte I bis IV beraten.

Ich lasse über diesen Verfahrensvorschlag abstimmen. Wer damit einverstanden ist, so zu verfahren, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen ist das somit akzeptiert.

Wir kommen zur allgemeinen Aussprache. Ich erteile das Wort unserem Freund Kurt Biedenkopf, Nordrhein-Westfalen.

**Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf:** Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Mit dem Leitantrag zur Organisation unserer Partei – so haben wir es im Bundesvorstand, so haben wir es im Bundesausschuß beraten, und so hat es der Bundesvorsitzende vorgetragen – wollen wir organisatorische, aber auch einige inhaltliche Voraussetzungen für die Bewältigung der 90er Jahre schaffen. Ich finde das gut. Ich finde, daß in dem Antrag auch eine ganze Reihe von wichtigen Fragen angesprochen worden sind. Eine Reihe weiterer wichtiger Fragen hat Helmut Kohl eben angesprochen.

Er hat allerdings auch gestern abend in seinem Schlußwort nach unserer umfassenden Diskussion schon eine Reihe von Organisationsfragen angesprochen, die zu diesem Tagesordnungspunkt gehören und zu denen ich auch einige Sätze sagen will.

Mein Eindruck auf Grund der beiden Voten von Heiner Geißler und Helmut Kohl war, daß die Stellung des Generalsekretärs – ich will einmal sagen – der genaueren Präzisierung bedarf. Helmut Kohl hat gesagt, daß er der Auslegung, die Heiner Geißler dem Amt gebe hat, nicht folgen kann. Nun möchte ich sagen, daß das nicht nur ein Problem der Satzung ist, sondern auch eine Frage, wie man den Bundesvorstand und das Präsidium der Partei als Führungsorgane sieht.

Wir haben gestern über das Präsidium gesprochen. Aber das eigentliche, satzungsgemäße Führungsorgan der Partei ist der Bundesvorstand. Ich meine – das habe ich in den letzten Wochen auch in vielfältiger Weise gesagt –, daß die politische Richtung und auch die Selbstständigkeit der Partei im Sinne einer eigenständigen Profilierung in erster Linie Aufgabe des Bundesvorstandes sein muß.

Ich glaube, daß der Bundesvorstand – so verstehe ich auch meine Aufgabe in diesem Gremium – dazu beitragen muß, den Satz zu realisieren, den Helmut Kohl 1983 auf dem Kölner Parteitag – es war der erste Parteitag nach Übernahme der Regierungsverantwortung – vorgegeben hat: Die Partei muß – ich will gleich noch zwei Gründe angeben, warum – gerade auch in der Regierungsarbeit der Ort bleiben, wo die längerfristigen Fragen in der Umsetzung unserer Grundsätze auf die neue Wirklichkeit, in der wir leben, behandelt werden können, Fragen, die nicht in dieser Weise in einer Regierung, noch weniger in einer Koalition vertieft behandelt werden können.

Es muß eine Aufgabenteilung zwischen der Regierung und der sie tragenden Koalition einerseits und unserer Christlich Demokratischen Union andererseits geben. Wenn diese Aufgabenteilung gelingen soll, dann müssen der Bundesvorstand und das Präsidium beide dazu beitragen. Deshalb ist die Frage der Arbeitsteilung, über die gestern diskutiert worden ist, auch in bezug auf die Organisation der Partei von großer Bedeutung.

Aber der entscheidende Punkt, den ich vortragen möchte, ist: Sind wir eine diskutierende und offene Partei? Ich finde, es ist sehr interessant und wichtig, daß in den Änderungsanträgen zum Leitantrag immer wieder vor allem auf diese Funktion der Partei abgehoben wird. Ich finde, es ist für uns und unsere Identität gefährlich, wenn wir uns von außen einreden lassen, Streit, Auseinandersetzung, Diskussion in der Partei stießen die Wähler ab.

Der neue Generalsekretär hat gestern zu Recht darauf hingewiesen – und Theo Waigel hat es heute auch getan –, daß der Erfolg unserer Partei in den kommenden Wahlen nicht nur von den Leistungen abhängt, die wir erbracht haben, sondern auch von den Antworten, die wir auf die Zukunft geben bzw. die zeigen, daß wir diese Zukunft gewinnen können, und zwar im Sinne unserer christlich-demokratischen Prinzipien.

Beide haben aber auch davon gesprochen – ebenfalls Heiner Geißler –, daß wir uns in einer Zeit des Umbruchs oder – wie Theo Waigel es gesagt hat – zwischen den Zeiten befinden. Nun sind solche Zeiten genau die Zeiten, in denen man eben nicht auf jedes Problem eine Antwort geben kann, in denen man nicht weiß, wie die revolutionär veränderte Wirklichkeit inhaltlich gestaltet werden kann. Deshalb brauchen wir Politik als einen Suchprozeß.

Keine Regierung kann ihre Politik auf einen Suchprozeß stützen. Sie muß Antworten geben. Der Suchprozeß muß in der Partei stattfinden. Aber jede neue Idee, jede neue Anregung, jede neue Überlegung stoßen auf Besitzstände. Besitzstände wehren sich. Norbert Blüm hat darauf hingewiesen, welches Gebirge von Besitzständen er bei seinen Reformvorhaben überwinden mußte.

Besitzstände werden jede neue Idee zum Anlaß nehmen, um uns als Partei mit der Drohung unter Druck zu setzen, sie würden uns die Zustimmung entziehen. Wenn wir diesen Drohungen nachgeben, werden wir den Suchprozeß nicht durchführen können. Deshalb müssen wir sagen: Wir stoßen nicht die Wähler ab, sondern wir stoßen die Besitzstände vor den Kopf, wenn wir über neue Fragen in unserer Partei diskutieren.

(Beifall)

Wenn die Wähler merken, daß die Diskussion und die Auseinandersetzung – da die Interessen auch in der Partei integriert sind, auch die innerparteiliche Auseinandersetzung – eine Aufgabe ist, die wir uns gestellt haben, und wenn die Führung diese Auseinandersetzung will, dann werden sie diese Auseinandersetzung nicht als abstoßend empfinden, sondern als das, was sie ist, nämlich als die Arbeit der Partei bei der Suche nach neuen Wegen in einer unsicheren und offenen Zukunft.

Ich möchte in dieser allgemeinen Aussprache dafür plädieren, daß wir diesen Antrag und alles, was damit zusammenhängt, auch und vor allem unter dem Gesichtspunkt beraten: Setzen wir uns in die Lage, die wirklich neuen Antworten auf die neuen Fragen und Herausforderungen zu finden, und zwar im Sinne unserer Politik, und sind wir in der Lage, dabei die Jugend zu beteiligen? Die Jugend will an dieser Arbeit mittun. Aber diese Arbeit muß offen und breit angelegt von unten nach oben geleitet werden, damit es Raum gibt zum Zutun.

(Beifall)

Wenn wir diese Arbeit leisten, dann werden wir auch das einigende Band der Christlich Demokratischen Union stärken. Nach der Europawahl haben wir im Bundesvorstand die Frage diskutiert – es ist eine ganz wichtige Frage –: Was ist heute eigentlich das einigende Band, das uns zusammenhält? Welches sind die großen Herausforderungen, die uns durch die Antworten, die wir auf sie finden, Identität geben? Welches sind die Programme, durch die wir die Mitte definieren und die Mitte für sie zu erobern suchen? Die Antworten hierauf muß die Organisation und müssen wir alle als ihre Mitglieder geben. Meine Aufforderung an uns alle ist, daß wir die

Organisationsdebatte so führen, immer wieder danach fragend: Fördert das die eigentliche Aufgabe unserer Partei, christlich-demokratisches Gedankengut in der neuen Wirklichkeit unseres Landes so umzusetzen, daß die Menschen in den Antworten, die wir geben, den Ausdruck unserer Überzeugung und das Ergebnis gemeinsamer politischer Arbeit sehen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Dr. Helmut Linssen**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Kurt Biedenkopf. Das Wort hat jetzt Holger Müller, Nordrhein-Westfalen.

**Holger Müller**, Jetzt nach dem Wohlgesetzten das fürs Grobe.

(Heiterkeit)

Herr Bundesvorsitzender, Sie haben gestern sehr viel Kritik eingesteckt. Ich möchte mich bei Ihnen bedanken, daß Sie dieses Thema auch ins Zentrum der parteiinternen Diskussion gestellt haben, denn eines darf nicht passieren – ich bin übrigens kein Mitglied der Jungen Union mehr –: daß die CDU eine jugendfreie Organisation wird. Ich frage gerade die älteren Kolleginnen und Kollegen. Ich bin jetzt 42. Wir kämpfen für sie, das tun wir gerne. Ich will aber auch noch Leute haben, die in 20 Jahren für mich kämpfen, und das auch gerne tun. Deshalb brauche ich viele junge Leute.

Daß wir nur 7 % unter 30 Jahren haben, ist ein Skandal. Wir rühmen uns, bis zu den Grünen die jüngste Partei in der deutschen Geschichte zu sein, und haben die wenigsten jungen Mitglieder. Das darf doch nicht wahr sein. Daran müssen wir etwas tun – Sie; ich auch.

Wissen Sie, die Konrad-Adenauer-Stiftung hat eine Analyse zur Berlin-Wahl erstellt. So etwas sollte man hin und wieder einmal lesen. Darin sind viele Gründe aufgezählt, warum wir dann so gut abgeschnitten haben. Dann steht da ein kleiner Satz: 2 % Generationswechsel. – Ich gehe einmal davon aus, daß Sie rechnen können. Dann können Sie ausrechnen, wann es, wenn wir das nicht dramatisch ändern, mit der Verantwortung von uns für unser Land bergab gehen wird.

Ich will Ihnen ein, gestern wurde gesagt: persönliches Erlebnis mitteilen. Ich kam mit 27 Jahren in den Kreistag; da war ich der Jüngste. 15 Jahre später bin ich immerhin schon nicht mehr der Jüngste, aber noch der Drittgüngste. Meine Fraktion ist aber insgesamt über 200 Jahre älter geworden, ein methusalemisches Alter, muß man schon sagen. – Sie sehen mich zum Teil betreten an. Ich will Ihnen doch nicht persönlich ans Fell,

(Heiterkeit und Beifall)

aber Sie müssen doch mit mir zusammen daran interessiert sein, daß sich das ändert.

Noch etwas. Der Bundesvorsitzende hat gesagt, es habe früher eine Regelung gegeben, daß unter anderem auch die Jungen mit einem Mandat im Vorstand vertreten sind. Also bei allem Engagement für die Sache, ich halte nichts davon, daß wir in allen Bereichen einen Konzessionskümmerling einführen, der da zu unserer Gewissensberuhigung sitzt. Es muß jeder bereit und in der Lage sein, sich die eigene Konkurrenz an den Hals zu setzen, und diese Konkurrenz muß jünger sein. Wenn ich nicht mehr in der Lage bin, die in Schach zu halten, dann habe ich es auch nicht mehr verdient.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich bin Ortsparteivorsitzender. Ich wäre ein jämmerlicher Politiker, wenn ich nach 20 Jahren politischen Engagements nicht die Tricks kennen würde, junge Leute

auszutricksen. Aber ich wäre ein elender Vogel, wenn ich es auch täte, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall)

So laufe ich denn in meiner Kreispartei mehr oder weniger erfolglos mit diesen Worten seit Jahren herum.

(Heiterkeit und Beifall – Zurufe)

– Sehr bedauerlich, ja. – Einer hat mir gesagt, ich könne es nicht verwinden, älter zu werden. Wenn das so ist, wäre es schon traurig. Ein anderer läuft herum und sagt, ich habe etwas gegen alte Leute in den Parteien. Also, das ist grober Unfug, aber solange man dieses Thema in diesem Stil behandelt, wird sich eben nichts Dramatisches ändern.

(Vereinzelt Beifall)

Gestern hat hier einer gesagt: Folget meinen Worten, nicht den Taten. Doch, man muß die Taten zeigen. Ich habe von 20 Kandidaten 3 unter 30 Jahren, 2 in guten Wahlkreisen. Natürlich haben die keine Ahnung. Woher sollen sie sie denn haben? Aber ich muß denen doch die Chance geben, daß sie die Ahnung einmal bekommen, um uns künftig zu vertreten.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, über die Quotenregelung der SPD ist von uns viel gesagt worden. Ich halte sie auch nicht für richtig. Tatsache ist, daß die Sozialdemokraten damit einen gewissen Erfolg haben. Eines steht nämlich fest: Jungen Leuten muß man nicht nur die Illusion eines imaginären künftigen Erfolges geben, sondern auch die Möglichkeit, von Anfang an dabei zu sein. Nur die Summe der Hoffnungen, die Summe der Illusionen erhöht die Summe der Chancen, und wenn die Chancen dann noch gegeben werden, sind die jungen Leute auch wieder da, denn die Politik stimmt doch in wesentlichsten Bereichen unserer Partei.

Noch ein Erlebnis. Als wir vor wenigen Monaten unsere Kandidatenaufstellung hatten, da kam ein junger Mann, der noch nie da war. Da waren 100 Leute, 20 von der Jungen Union. Was meinen Sie wohl, wo der sich hingesetzt hat? Er ist automatisch zu den jungen Leuten gegangen und hat sich dazugesetzt, ist doch klar, hätte ich auch getan, bei aller Wertschätzung für jeden einzelnen. Zu wem denn sonst? Man setzt sich doch dahin, womit man sich auch auf den ersten Blick identifiziert, meine sehr verehrten Damen und Herren. Deshalb müssen wir dafür sorgen, daß diese jungen Leute da sind. Einer muß den nächsten nach sich ziehen.

Noch ein abschließendes Wort zur Frauen-Union.

(Vereinzelt Beifall)

– Ja, ja, nicht die Worte, die Taten müssen es bringen.

(Heiterkeit und Beifall)

Unter den 20 Kandidaten bei mir in der Gemeinde sind 6 Frauen.

(Beifall)

Das halte ich doch einmal für eine ordentliche Sache. Jetzt kommt die schlechte Nachricht: Vor dem Saal liegt eine Broschüre der Jungen Union, und wenn Sie die noch nicht gelesen haben, müßten Sie sich die einmal besorgen. Da stelle ich fest, daß im Bundesvorstand der Frauen-Union keine Dame unter 35 Jahren ist. Deshalb, meine ich, meine Damen von der Frauen-Union: Ich unterstütze Ihr Anliegen voll und ganz und beweise das auch zumindest im kleinen. Aber Gruppenegoismus, alleine zu sagen: Nur für mich, führt nicht weiter. Auch Sie sind ein Teil der Gesellschaft, hier müssen auch die jungen Frauen heran, und das sollten Sie ebenfalls fördern.

(Beifall)

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich bedanke mich für den Beifall. Mehr kann es heute nicht mehr werden.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich hoffe, daß Sie einen Teil dessen beherzigen, was ich Ihnen wirklich ehrlichen Herzens gesagt habe.

(Beifall)

**Dr. Helmut Linssen**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Holger Müller, für diesen wirklich erfrischenden Beitrag. – Frau Ruth Asche hat das Wort.

**Ruth Asche:** Meine Damen und Herren! Herr Rühle, ich habe ein kleines Anliegen. Ich kann dabei direkt an das anknüpfen, was Herr Müller hier so sehr treffend gesagt hat. Häufig werde ich von jung und alt gefragt, warum der Plenarsaal bei Sitzungen so spärlich besetzt ist. Mir ist durch eine erst kürzlich in Münster mit Studenten geführte Diskussion – das waren alles Betriebswirtschaftler im siebten Semester, Studentinnen und Studenten – klargeworden, daß viele Menschen in unserem Land überhaupt nicht wissen, was dort oft geschieht, daß die Abgeordneten neben den Plenarsitzungen noch andere Verpflichtungen in Ausschüssen usw. haben. Ich meine, das müßte durch die Presse und das Fernsehen unbedingt schnellstens verdeutlicht werden.

Ich habe an die Fernsehjournalisten, die ja diese Regularien und die Situation gut kennen, die dringende Bitte, daß sie nicht immer besonders genüßlich die leeren Plätze zeigen, so daß die Nicht-Insider wütend sind.

Ein junger Student sagte mir u. a., von den relativ wenigen Abgeordneten der Grünen säßen fast alle im Saal, die anderen aber nicht.

(Widerspruch)

– Ja, so ist die Einstellung. Deshalb ist es wichtig – ich versuche das ja vor Ort –, daß wir diese Dinge auch bekannt machen.

Danke schön.

(Beifall)

**Dr. Helmut Linssen**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Asche. – Herr Dietrich Austermann hat das Wort.

**Dietrich Austermann:** Herr Vorsitzender! Herr Präsident! Die Kollegin Asche hat soeben eine Feststellung getroffen, bezogen auf die Präsenz im Bundestag. Ich kann ihr ganz ausdrücklich sagen, daß die Präsenz der Grünen in der Regel noch schlechter ist. Sie sind noch nicht einmal bei ihren eigenen Anträgen da.

Ich bin jetzt bei meinem eigenen Antrag bzw. bei dem Antrag da, den eine große Zahl von Schleswig-Holsteinern mitunterzeichnet hat und der im wesentlichen den Antrag des Bundesvorstandes in allen fünf Bereichen betrifft.

Man kann als einfacher Delegierter, als Kreisvorsitzender an der Frage, wie so ein Antrag läuft und wie die innerparteiliche Demokratie dabei betrieben wird, vielleicht auch ein bißchen dokumentieren, was besser werden muß.

Wenn man sich mit dem Kreisverband vornimmt, wir wollen auf dem Kreisparteitag – rechtzeitig vor dem Bundesparteitag – einmal das eine oder andere erörtern, was dann auf dem Bundesparteitag diskutiert und beschlossen werden soll, stellt man fest, daß zunächst ein Antrag in der Fassung vom Mai da ist, ein Antrag in der Fassung vom Juni, dann ein Antrag in der Fassung vom Bundesausschuß, der dann in den Kreisparteitag gegeben wird. Heute hat sich Gott sei Dank einiges geändert; denn der ursprüngliche Antrag hatte einige ganz wesentliche Fehler.

Zunächst einmal möchte ich die Tatsache nennen, daß nicht klar unterschieden worden ist: Handelt es sich hier um eine organisatorische Anweisung für die nächsten Jahre, oder handelt es sich gleichzeitig um eine inhaltliche Aussage? Gelegentlich sind an bestimmten Stellen auch inhaltliche Aussagen gemacht worden.

Zum zweiten möchte ich hier anmerken, daß das Thema Deutschlandpolitik im Ursprungsantrag einfach zu diffus gewesen ist und das, was sich zur Zeit tut, in keiner Weise in ausreichendem Maße berücksichtigt worden ist. Wenn wir sagen, wir sind eine Partei der Mitte, muß diese Aussage auch bestimmte deutschlandpolitische Positionen – und zwar an erster Stelle und nicht an letzter Stelle, mit einem zaghaften Hinweis auf die Präambel – enthalten.

Weiter: Finanziell soll ein stärkeres Gewicht zugunsten des Bundes herbeigeführt werden. Da gab es verschiedene Alternativen. Die jetzt vorgelegte Fassung sagt: Statt 1 DM pro Mitglied und Monat sollen künftig 1,25 DM gezahlt werden. – Dies ist übrigens der einzige Satz im ganzen Entwurf, der im Imperativ steht; alles andere ist Möglichkeitsform oder andere Formen. – Dahinter steckt natürlich die Absicht – zumindest geht das aus dem Antrag hervor –, wesentlich größere Zuständigkeiten auf die Bundesgeschäftsstelle zu verlagern.

Ich möchte ganz eindeutig sagen, daß die ideale Partei mit der Basisarbeit für mich nicht die ist, in der man kleine Kreisverbände auflöst, vielleicht noch einen Anrufbeantworter hat, der von einer 440-Marks-Sekretärin bedient wird, und dann, wenn Wahlkampf ist, 440-Marks-Kräfte oder Studenten von der Bundesgeschäftsstelle in einen Ort entsandt werden, um dort Wahlkampf zu machen

(Beifall – Zuruf: Wer will das denn?)

– wenn Sie sich den Antrag genau durchlesen, finden Sie das anhand einzelner Fälle konkret belegt –, und dann schließlich auch noch vom Landesgeschäftsführer entschieden wird, wer Kreisgeschäftsführer sein darf oder nicht. Ich sage: Wenn der Kreisvorstand für die Politik im Kreisverband verantwortlich ist, dann kann nicht der Landesgeschäftsführer oder – generalsekretär das Dienstaufsichtsrecht über den Kreisgeschäftsführer haben.

(Beifall)

Es gibt ein paar andere Hinweise, die diesen organisatorischen Bereich, der ja in gewisser Weise auch schon ins Inhaltliche geht, betreffen. Ich glaube, daß wir hier bei dem gesamten Antrag entschiedenen Widerstand leisten sollten

Wir wollen, daß die CDU Volkspartei ist, daß sie mehr tut, als nur Interessen zum Ausgleich zu bringen, sondern Weichenstellungen für die Zukunft vornimmt. Deshalb war es dringend notwendig, daß der organisatorische Teil dieses Antrags um die Idee der Ausarbeitung eines Programms „Gesellschaft der Zukunft“ oder „Deutschland 2000“ erweitert wird. Wir wollen, daß sich die CDU so organisiert, daß sie eine Partei von Mitgliedern ist, die mehr Mitarbeit der Basis ermöglicht und nicht mehr Arbeit auf die Bundesgeschäftsstelle verlagert, daß die Mitglieder die Möglichkeit und den Eindruck haben, sie arbeiten tatsächlich stärker mit, als dies der Fall ist.

Wir schlagen deshalb eine Beschränkung der Bundesgeschäftsstelle vor, was übrigens auch den finanziellen Aufwand betrifft. Wir sollten hier mit gutem Beispiel vorangehen. Vieles von dem, das dort gedruckt und verteilt wird, wiederholt sich in vielen Fassungen verschiedener Broschüren. Wir wollen eine Stärkung der Organisation der Basis und die Entwicklung eines Programms „Deutsche Gesellschaft für die

Zukunft". Insoweit schlagen wir verschiedene Änderungen für dieses Grundsatzpapier vor in der Hoffnung, die Anträge nicht jeweils begründen zu müssen.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Dr. Helmut Linssen**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Austermann. – Das Wort hat jetzt Herr Sirringhaus, Baden-Württemberg.

**Dieter Sirringhaus**: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich stehe das erstmal hier und habe auch ein bißchen Lampenfieber, weil ich das erstmal Delegierter und kein Politprofi bin. Aber ich habe mir gesagt: Trotzdem will ich hier heute zum Thema moderne Parteiarbeit einmal reden.

Ich bin vielleicht auch ein bißchen ein Exot. Ich bin mit Sicherheit einer der wenigen Stadtjugendpfleger, die in der CDU sind, und mache nunmehr in unserer Stadt seit 19 Jahren Jugendarbeit.

Wenn ich die letzten zwei Tage Revue passieren lasse, was hier auf diesem Parteitag abgeht, wenn ich daran denke, wie die Medien berichten, wie die Presse schreibt, dann denke ich manchmal: Alle reden wir hier von der Jugend, die wir brauchen, von der Jugend, die wir wollen. Manchmal habe ich das Gefühl, wir reden immer nur von einem ganz gewissen Prozentsatz der Jugend, von wenigen, die diskutieren, und meistens von denen, die politisch eh schon festgelegt sind. Jugend – das sind für mich 90 % Jugendliche, die erst einmal unpolitisch sind, die aber nicht gleich links oder extrem sind, sondern die heutzutage viel eher konservativ sind. Das merken Sie in den letzten Jahren auch an der ganzen Kleidung, das merken Sie am Umgang, das merken Sie auch am Unpolitischsein.

Ich meine, diese Jugend bräuchten wir einfach nur abzuholen, da, wo sie steht. Und dazu bräuchten wir einfach nur ein paar neue Ideen. Wir bräuchten uns eigentlich nur ein bißchen mehr in diese Menschen einzufühlen.

Das geht schon los bei Reden. Heute morgen zum Beispiel haben wir hier von einem Primärwald geredet. Gott sei Dank habe ich da ein paar Kollegen sitzen gehabt, die sich da auskennen. Ich wußte nicht, was ein Primärwald ist.

Oder: Wieviel Zeit haben wir über die Quellensteuer geredet? Meine Damen und Herren, fragen Sie sich doch einmal, wieviel Menschen überhaupt wußten, was eine Quellensteuer ist. Und da sie es nicht wissen, diskutieren sie kreuz und quer am Stammtisch. Es ist das übliche Stammtischgeschwätz, auf das man nicht hören soll. Aber das tun leider sehr, sehr viele Menschen. Und dann wundern wir uns, wenn niemand mehr uns versteht.

Oder: Ich muß mich bei Ihnen entschuldigen, ich war heute mittag zwei Stunden in der Stadt zum Essen, weil ich langsam nicht mehr zwischen Würstchen und Hamburger auswählen wollte; ich wollte was Ordentliches essen.

(Beifall)

Aber überlegen Sie sich doch einmal, was wir hier machen. Wir wissen, wie sensibel Jugend gegenüber Abfall und Umwelt geworden ist.

Und was machen wir? Wir bauen auf dem Bundesparteitag einen Hamburger-Stand auf und produzieren hier tagelang Müll. Müll, Müll – ich hätte am liebsten ein paar Säcke nach hier oben mitgebracht.

(Vereinzelt Beifall)

Und dann wundern wir uns, wenn uns die Jugend nicht mehr begegnet?

Hier wird soviel von Ehrlichkeit geredet. Mein lieber Mann, wenn ich so mit der Jugend reden würde, wäre ich schon lange kein Jugendpfleger mehr. Jeder in meiner Stadt – ich komme aus Villingen-Schwenningen im Schwarzwald – weiß, daß ich bei der CDU bin. Trotzdem habe ich im letzten Jahr 54 000 Teilnehmer bei meinen Veranstaltungen gehabt. Ich glaube, wir brauchen uns nicht zu verstecken. Wir müssen ehrlich auf unsere Jugendlichen zugehen.

Wie können wir das tun? Wir reden hier immer über vieles. Wir müssen aber endlich einmal konkret werden. Das vermisse ich ein bißchen. Wir brauchen Politiker zum Anfassen. Ich habe mit unserem Kultusminister den größten Erfolg gehabt. Ihn habe ich einmal nach Villingen-Schwenningen eingeladen. Er hat gesagt: Das kann nichts werden, wenn der Mayer-Vorfelder nach Schwenningen kommt; das gibt Diskussionen! – Ich habe gesagt: Herr Mayer-Vorfelder, Sie machen es an diesem Tage so, wie ich es will, nichts anderes!

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Das muß man den Politikern sagen. Sonst halten sie irgendwo eine Rede, ein paar intellektuelle Gymnasiasten diskutieren stundenlang mit ihnen, und der Rest dreht sich um und geht. Wir haben den Kultusminister in die Jugenddiskothek mitgenommen. In der Jugenddiskothek sagte er: Was mache ich denn jetzt? – Ich sagte: Gar nichts, Sie bleiben nur stehen, trinken eine Cola, und dann reden Sie ein paar Jugendliche an. – Er fragte zurück: Moment, ich und Jugendliche – ? – Ich sagte ihm: Ja, genau Sie – Jugendliche! – Er hat den Mut gehabt, es zu tun. Wir haben daraufhin vier Stunden lang mit Hauptschülern geredet und diskutiert, aber über ganz andere Probleme, als über die er sonst zu reden pflegte.

Im letzten Jahr haben wir in unserem Wahlkampf in Baden-Württemberg versucht, mit unserem Ministerpräsidenten neue Wege zu gehen, wie wir an Jugendliche herankommen. Wir haben Jugenddiscos veranstaltet, und zwar so, daß keine Rede gehalten wurde, sondern daß sich unser Ministerpräsident in der Talkshow Fragen stellen ließ. Er antwortete locker und flockig, wie es seine Art ist. Das kam an. Es waren 800 Jugendliche anwesend, und es gab Applaus für einen CDU-Politiker – und keinen einzigen Buh-Ruf.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben bei uns in Baden-Württemberg ferner eine Kommission eingesetzt. Das ist übrigens ein besonderer Punkt. Wissen Sie, wie ich zur CDU gekommen bin? Bei uns gibt es einen Erwin Teufel. Ihn haben wir als Jugendpfleger einmal eingeladen, mit uns zu diskutieren. Wir hatten eine Fülle von Fragen. Wir bekamen – das war für mich überzeugend – nach zwei Wochen Antworten. Wir bekamen nicht nur positive Antworten, aber wir bekamen Antworten. Das waren wir gar nicht gewohnt.

(Vereinzelt Beifall)

An jenem Tage bin ich in die CDU eingetreten, und zwar deshalb, weil dieser Mann für mich ein ehrlicher Politiker war. Ich bin stolz, daß ich heute mitarbeiten kann und daß wir in Baden-Württemberg im jugendpolitischen Ausschuß des Parlaments heute Fachleute aus der Jugendarbeit sitzen haben. Dort sitzen Leute, die aus der Praxis kommen. Dort sitzen nicht nur Theoretiker und Politprofis, die den ganzen Tag schöne Reden halten. Dort sitzen auch Praktiker. Wo Praktiker sind, weiß man, wie man die Leute anreden kann. Es ist bei uns ein bißchen anders als sonst irgendwo. Wir sind der Landkreis, der in der Liste der deutschen Landkreise mit der geringsten Jugend-

arbeitslosigkeit an zweiter Stelle liegt. Es gibt nur noch 40 jugendliche Arbeitslose bei uns. Derjenige, der dieses gute Ergebnis herbeigeführt hat, ist auch bei der CDU. Wie kam es zu diesem guten Ergebnis? Deshalb, weil wir zu den Jugendlichen hingehen, weil wir mit ihnen reden, weil wir sie abholen. Es ist im Grunde ganz einfach. Man muß sie nur abholen und ihre Sprache sprechen. Man muß den Mut haben, neue Wege zu gehen und dabei auch konsequent voranzuschreiten. Wir haben Erfolg in Baden-Württemberg. Die letzten Wahlen haben es bewiesen. Vielleicht haben es manche noch nicht registriert. Sonst wäre es gestern nicht zu jenem Wahlergebnis gekommen.

(Heiterkeit und Beifall)

Vielleicht ist es aber wirklich so, daß dann, wenn man etwas kritischer und offener wird, furchtbar viele Leute gleich Angst haben. Das macht mich ein bißchen traurig. Politiker haben immer Angst, man wolle ihnen etwas. Mein Gott, wer will denn den Politikern etwas? Sie haben doch alle ihren Posten. Sie sind alle gut versorgt. Es will doch keiner etwas von ihnen. Laßt uns doch einfach einmal gemeinsam versuchen, neue Wege zu beschreiten, und zwar dorthin, wo die Leute sind.

Sie alle halten in den Wahllokalen immer wieder Wahlreden. In die Lokale kommen 30 Leute; davon sind 28 CDU-Mitglieder. Vielleicht sind dann noch zwei weitere da, die immer anwesend sind, um zu motzen. Was bringt denn das? Es ist doch schade um den schönen Abend.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben in diesem Jahr den Europawahlkampf geführt. Die Bundesgeschäftsstelle war in der gleichen Situation, Herr Kohl. Wir haben uns überlegt: Wie können wir unseren Karl von Wogau wieder einmal an die Leute heranbringen, damit sie ihn sehen? Politiker muß man erspüren können. Wir haben daraufhin ein Euromobil konzipiert. Wir haben ein Wohnmobil genommen und es schön dekoriert und haben damit dann 47 Orte angefahren. Wir haben es jeweils nur in Fußgängerzonen und Einkaufszentren postiert. Die ganze Aktion hat den Bezirksverband rund 20 000 DM gekostet. Ich stelle mir im Vergleich nur einmal vor, wie teuer und zugleich unnahbar der Euromarkt war, der bei uns ja ebenfalls gastierte. Mein Gott, überlegt doch einmal: Da sitzen gescheite Leute und Agenturen, die ein Konzept ausarbeiten. Sie werden mit viel Geld bezahlt. Wie kann man denn solch ein Monstrum in dieser Größenordnung losschicken? Es kann in den Städten doch nur dort stehen, wo keiner hingeht.

(Vereinzelt Beifall)

Das Ding steht dann dort und niemand kommt. Ich habe es mir angesehen: Niemand kommt, aber es kostet wahnsinnig viel Geld. Zu dieser Situation kam es, weil ein paar gescheite Leute, die irgendwo am Schreibtisch sitzen, nicht in der Lage waren, Fachleute zu fragen. Wir sollten unsere Listen einmal durchgucken. Ich glaube, wir haben Tausende von Fachleuten in den einzelnen Berufen. Wir müssen diesen Personenkreis einmal durchgehen und fragen, ob die einzelnen mithelfen wollen. Dann braucht man sich nicht an teure Agenturen zu wenden.

Wir können es auch so machen wie bei uns in Baden-Württemberg. Wir haben Arbeitskreise, in denen Rundfunkleute, Jugendpfleger, Sozialarbeiter, Techniker und viele andere Berufsgruppen vertreten sind. Wenn man so verfährt, gewinnt man auch Wahlen. Wir haben sie gewonnen. Ich bin stolz, aus Baden-Württemberg zu kommen. Ich bin bereit, mitzuarbeiten.

(Beifall)

**Dr. Helmut Linssen**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Siringhaus. Meine Damen und Herren, ich habe noch 20 Wortmeldungen vorliegen, davon fünf zur allgemeinen Aussprache. Ich darf die nächsten Redner bitten, sich möglichst kurz zu fassen. Als nächster hat Herr Thomas Rachel aus Nordrhein-Westfalen das Wort.

**Thomas Rachel**: Liebe Parteifreunde! Mir haben die Ausführungen des Vorredners sehr gut gefallen. Ich würde mir wünschen, daß die Bundesgeschäftsstelle solche Freunde unserer Partei, die Erfahrungen im Jugendbereich haben, bei der Vorbereitung der nächsten Wahlkämpfe einfach einmal hinzuzieht und sie fragt: Was habt ihr für Vorschläge? Das wäre doch ein guter Weg.

(Beifall)

Nun zur Repräsentation von Jugend und zu der Frage, was Jugendliche selber tun. Ich will ein Beispiel nennen. Wir befinden uns in Nordrhein-Westfalen gerade im Kommunalwahlkampf. Wir haben dort bei den Aufstellungsversammlungen unsere Erfahrungen gemacht. Ich sage ganz offen: Die Situation für junge Leute ist in der CDU besser geworden, aber nicht deshalb, weil die Lage einfacher geworden wäre, sondern deshalb, weil wir mehr gekämpft haben. Die Luft ist für die CDU zur Zeit sehr dünn geworden. Kein Wunder also, daß alte Platzhirsche vor Ort für junge Keiler nicht Platz machen wollen, sondern ihre angestammte Stellung zu behalten versuchen. Ich kann das auch verstehen. Die Verjüngung der CDU-Kommunalfractionen muß aber stattfinden, wenn unsere Partei die Mehrheitsfähigkeit in den nächsten Jahren und Jahrzehnten bekommen bzw. behalten will. Ich nenne ein Beispiel aus meinem eigenen Kreisverband. Ich bin Kreisvorsitzender und habe mich für die Kandidaten vor Ort eingesetzt. Wir haben in einer Gemeinde eine junge Frau als Kandidatin angeboten. Damit wäre für die CDU die Chance gegeben gewesen, eine zweite Frau in den Gemeinderat zu entsenden. Diese Frau war berufstätig. Sie arbeitete in der Kirche, und zwar im Bereich der kirchlichen Jugendarbeit. Sie ist aber abgelehnt worden. Was sollen wir denn noch für Kandidaten anbieten?

(Beifall)

Bei den jungen Leuten liegen die Stimmenanteile für die CDU in vielen Bereichen bei 20 bis 25 %. So können wir Politik nicht weiter gestalten.

Wie stellt sich die CDU als Partei dar? Nehmen Sie einmal ein paar Jugendliche, die ungebunden sind, die mit der CDU und anderen Parteien nichts am Hut haben, mit zu einer CDU-Mitgliederversammlung. Wie laufen denn viele – ich sage bewußt nicht „alle“ – dieser Parteiversammlungen auf Orts- und Kreisebene ab? Die Tagesordnung sieht so aus: 1. Begrüßung, 2. Bericht des Vorsitzenden, 3. Referat des Fraktionsvorsitzenden, 4. Verschiedenes. Resümee: zwei Stunden Referate, Diskussion: keine oder zumindest unerwünscht. Es könnte ja vielleicht auch eine abweichende Meinung geäußert werden. Das ist für junge Leute doch nicht attraktiv.

(Beifall)

Seien wir doch einmal ehrlich: Es ist doch so, daß sich unsere Mitglieder viel besser mit unserem Programm, mit dem Programm der CDU, identifizieren können, wenn wir eine offene, eine diskutierende Partei sind. Wir alle – Sie und ich, auch die anderen Parteimitglieder, gerade die jungen Parteimitglieder – wollen auf die politische Meinungsbildung und auf die Entscheidungen Einfluß nehmen und nicht nur als Pappkameraden am Rande stehen.

Leider hat dieser Parteitag nach meiner Auffassung ein falsches Signal an junge Leute gegeben, denn gerade die Parteivorstandsmitglieder wie Späth, Geißler, Süßmuth sind eher geschwächt als gestärkt worden, nämlich die, die bei aller Solidarität für unsere Partei auch einmal Kritik üben, nicht stromlinienförmig mitschwimmen, sondern eigene Gedanken bilden und artikulieren. Diese Leute brauchen wir, weil die glaubwürdig sind.

(Beifall)

Damit mich keiner mißversteht, wir brauchen auch die anderen. Wir brauchen einen Helmut Kohl, wir brauchen einen Herrn Dregger, wir brauchen alle. Es darf nicht getrennt werden in unserer Partei, wir müssen zusammenstehen.

(Teilweise Beifall)

Seien Sie nicht immer so erschrocken, wenn junge Leute einmal Kritik üben, wenn die mal peppiger formulieren, mal bissiger. Sehen Sie das doch als eine Bereicherung an. Ihnen will wirklich keiner was. Mir hat der Vorredner richtig aus der Seele gesprochen. Wir wollen doch alle die CDU weiterbringen. Wenn da mal ein paar andere Auffassungen geäußert werden, freuen Sie sich doch darüber.

(Vereinzelt Beifall)

Ein Stichwort noch zur Bundesgeschäftsstelle. Was mich etwas bedrückt hat, ist, der Bundesvorstand der Jungen Union, dem ich nicht angehöre – aber ich weiß es –, hat bei der Bundesgeschäftsstelle im Vorfeld des Europawahlkampfes angefragt, ob man nicht gezielt etwas für die Zielgruppe Jugend machen könne. Die Antwort war, das wäre von der Wählergruppe her nicht interessant und wichtig genug, man müsse andere Schwerpunkte setzen. Ich muß ganz ehrlich sagen, in diesem einen einzigen Punkt macht das die SPD besser. Denken wir an Wahlkampfspots und manche anderen Aktivitäten der Sozialdemokraten. Die haben die Gefühlswelt und die Sprache junger Leute angesprochen. Ich denke, als Partei sollten wir Mut haben. Gedankliche Unruhe ist nicht gefährlich, nein, die ist notwendig, lebensnotwendig für eine Partei, die das neue Jahrtausend gestalten will.

Ich will mit einem Beispiel zum Abschluß kommen. Es wurde gefragt: Was macht die Junge Union? Ich sage ganz offen, Herr Bundeskanzler, wir machen viele Fehler, es läuft viel noch schlecht, wir haben auch noch nicht genügend junge Frauen dabei, aber wir bemühen uns zumindest. Ich glaube, das kann ich auch für meine anderen Mitstreiter in Anspruch nehmen. Wir versuchen, neue Veranstaltungsformen zu machen. Mit Norbert Blüm haben wir einmal im Kreisverband während des Europawahlkampfes eine neue Veranstaltungsform probiert, eine Europarty. 800 junge Leute waren da, von denen vielleicht 200 etwas mit Politik zu tun hatten; das waren die Leute aus der Jungen Union. Die anderen hatten mit Politik nichts am Hut. Da war eine Diskothek, da war Diskolicht, da war heiße Musik, da war Stimmung. Dann kam ein Politiker aus Bonn angefahren und ist da reingekommen. Was passierte erst einmal? Es gab ein riesen Büh-Konzert, dann gab es Pfiße, dann wurde Norbert Blüm begrüßt. Ich sage Ihnen, das war eine Atmosphäre wie an den Hochschulen. Das ist zur Zeit die Situation bei den Jugendlichen. Das muß man einmal sagen. Es gehört Risikobereitschaft auch der CDU-Politiker dazu, sich dieser Diskussion zu stellen. Was ist dann gelaufen? Wir haben dann mit Norbert Blüm in Jülich im Kreis Düren – er wird sich daran erinnern – in einem Randbereich eine Talkshow gemacht, damit die, die tanzen wollten, tanzen konnten und die, die mit Norbert Blüm diskutieren wollten, zu ihm gehen konnten. Dann gab es eine harte fetzige Diskussion, das kann ich Ihnen sagen.

Der Norbert Blüm mußte richtig ran. Der hat erst einmal sein Jackett weggehängt und dann ging es zur Sache. So muß das auch sein. Wir müssen uns der Auseinandersetzung stellen. Dafür möchte ich Ihnen, Norbert Blüm, an dieser Stelle einmal ganz herzlich danken.

(Beifall)

Seien wir ehrlich, es ist doch viel besser, wenn CDU-Politiker, gerade die Prominenten, auch mal in eine Diskothek gehen und nicht wieder auf eine CDU-Veranstaltung, wo aus hundertprozentigen hundertfünfzigprozentige CDU-Mitglieder gemacht werden.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will zusammenfassen: Opas Wahlkampf und Opas Parteiarbeit sind tot. Wir als Junge Union wollen, daß die CDU diskussionsfreudiger wird, daß sie lebendiger wird, daß sie farbiger wird. Helfen Sie uns dabei!

Danke schön.

(Beifall)

**Dr. Helmut Linssen**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Thomas Rachel. Das Wort hat Graf von Schwerin, Nordrhein-Westfalen.

**Alexander Michael Graf von Schwerin**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich hier gemeldet, um ein, zwei, drei Sätze zu sagen, und zwar zu dem Part, den Helmut Kohl angesprochen hat und für den ich eigentlich stehe. Ich bin – ich sage das einmal so – ein lebendiges Beispiel für Betriebsarbeit der CDU, und so sehe ich meine Aufgabe in dieser Partei, im Betrieb und in den Gewerkschaften. Bei der Betriebsarbeit bin ich mit Sicherheit nicht stromlinienförmig, weil allein die Natur mir das verbieten würde – Sie sehen es –, aber ich mag diese Leute auch nicht. Man muß geradeheraus sein, und das sind die Arbeitnehmer in der CDA und in den Betrieben, die hierfür ein Garant sind. Wenn wir oben hinschreiben „Politik der Mitte“ und „Gute Zukunft“, dann gehört für eine Volkspartei die Betriebsarbeit in den 90er Jahren als ein großer Bereich dazu. Wer das nicht erkennt, der wird in den 90er Jahren keine regierungsfähige Mehrheit bekommen.

(Beifall)

Lassen Sie mich zu dieser Betriebsarbeit noch etwas sagen. Helmut Kohl hat es hier angesprochen. Das gesprochene Wort ist zwar schön, das geschriebene auch, nur gehen im Prinzip diese Forderungen an Sie alle. Gerade in den Kreisverbänden, in den Ortsverbänden ist doch das Geschehen, da müssen die Arbeitnehmerkollegen in ihrer Arbeit in den Betrieben unterstützt werden. Das gilt für Jugend und für Frauen natürlich genauso, aber auch für die Arbeitnehmerschaft. Dort wird diese sogenannte Basisarbeit gemacht, von der nicht mehr alle wissen, was es eigentlich ist, und dort muß Betriebsarbeit in den Betrieben, auch kleinen und mittelständischen Betrieben, Großbetrieben, überall da, wo gearbeitet wird, gemacht werden. Dort müssen wir unsere Politik hineintragen, müssen dafür stehen, was wir als Christdemokraten, als Christlich-Soziale an Grundsätzen haben. Das ist überhaupt nicht schwer, das kann man wirklich machen. Hier ist gesagt worden, da würde man schon mal verprügelt oder was weiß ich. Die anderen können es doch auch nicht besser. Die AfA von der SPD ist auch wirklich nur eine Alibiveranstaltung. Wirkliche Arbeitnehmerinteressen werden von der CDU durchgesetzt. Wir sind auch hier heute in den Anträgen ein lebendiges Beispiel dafür.

(Teilweise Beifall)

Bei der Eingangsrede hat eine Rolle gespielt, daß Kollegen in den Gewerkschaften als Schwarze ihre Plätze belegen und sich dann für die Partei nicht mehr einsetzen. Natürlich gibt es so etwas. Das gibt es in allen Bereichen. Das ist nicht nur bei den Arbeitnehmern so. Ich unterstütze voll, CDU-Leute, die in der Arbeitnehmerschaft tätig sind, müssen sich zur CDU bekennen und müssen dort ihr Wort einbringen, aber umgekehrt muß es auch so sein. Es kann nicht so sein, daß derjenige, der das offen, frank und frei tut, dann in der CDU vom Ortsverband, in den Gruppierungen von ganz unten bis ganz oben bei anstehenden Wahlen – wir schreiben es in das Papier hinein, daß er zu Funktionen und zu Mandaten bewegt werden soll –, dann nicht gewählt wird. Er muß dann eben gewählt werden und muß nicht in diesen Organisationsformen der Partei als Exot angesehen werden. Dann müssen Sie, meine Damen und Herren, dafür kämpfen, daß der Arbeitnehmer in Funktion, in Mandate, in Verantwortung kommt. Wenn Sie dieses tun, darf ich Ihnen jetzt schon meinen Dank dafür aussprechen.

Danke schön.

(Beifall)

**Dr. Helmut Linssen**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Graf von Schwerin. Stefan Schwarz, Rheinland-Pfalz.

**Stefan Schwarz:** Meine Damen und Herren! Ich danke dem Holger Müller für eine hervorragende Rede eben. Man sieht, daß der Junge eine gute Schule durchgemacht hat. Das ist auch einer von uns, einer von den sogenannten jungen Alten in der Partei.

Ich will zu ein paar Dingen etwas sagen, weil ich glaube, daß jetzt der Zeitpunkt ist, wo man ein paar ernste Adressen an die CDU richten muß. Ich schicke mal vorneweg, es ist schon so, daß die CDU meine Leidenschaft ist und daß sie direkt hinter meiner Freundin kommt, aber wo viel Liebe ist, ist logischerweise manchmal auch Verdruß, gerade wenn einem etwas lieb ist. Ich wollte, weil es der Bundesparteivorsitzende angesprochen hat, auch über die Defizite reden.

Helmut Kohl hat gesagt, es gebe Jugendliche in der Jungen Union, bei denen die Distanz zu den Alterskollegen riesig groß sei. Das war ausgeteilt. Und weil er vertragen kann oder das Plenum vertragen kann, setze ich oben drauf: Es gibt auch viele CDU-Funktionäre, deren Distanz zum normalen Wahlbürger mindestens ebenso groß ist. Auch das gehört dazu.

(Beifall)

Wir müssen wirklich höllisch aufpassen, daß wir Typen, richtige Typen, Charaktere, innerhalb der CDU nicht mehr kultivieren. Ich sage das nicht so sehr zu dem Bundesparteitag. Ich weiß, daß die Luft da eisenhaltig ist – das haben wir gestern gemerkt –, ich sage das vielmehr so für die Fläche der Partei. Sie müssen einfach registrieren, ob uns das jetzt paßt oder nicht, daß viele von den Jungen eben nicht diese karrieregeilen Aktenkofferträger sind, für die man schnell mal hingestellt wird, sondern daß bei den Jungen wirklich viel Idealismus, Engagement, Leistungsbereitschaft in einem sehr hohen Ausmaß da ist. Die Frage ist nicht mehr, ob sie das mitbringen. Die Frage ist, wo sie es hintun. Da muß man, wenn man das in den letzten Jahren beobachtet, schon sagen, sie geben es eben nicht mehr soviel in Parteien oder in unsere Partei, sondern sie geben es in den Beruf, und sie geben es beispielsweise in andere Organisationen, wo sie den Eindruck haben, daß die Luft vielleicht nicht so schnell so eisenhaltig wird. Sie geben es z. B. – wir mögen uns darüber ärgern – in solche Aktivitäten und Organisationen wie Greenpeace, all die Leute, die uns allabendlich in den Fernsehnachrichten aufregen.

Zum Verständnis will ich etwas zitieren. In dem Antrag des Bundesausschusses steht:

Jungen Menschen ist eine faire Chance einzuräumen:

Von Repräsentanten der jungen Generation kann zum Zeitpunkt der Aufstellung nicht alles an Fähigkeiten erwartet werden, was die erfahrenen Bewerberinnen und Bewerber auszeichnet. Mit jungen Kandidatinnen und Kandidaten sollen auch andere Sichtweisen und Akzente bewußt aufgenommen werden.

Nehmen wir doch viele meiner Alterskollegen, meiner JU-Kollegen. Da sitzt beispielsweise der Volker Hoff. Er ist Vorsitzender der JU in Hessen. Den kann man genauso gut als gestandenen, erfolgreichen Marketingunternehmer bezeichnen. Der Volker wird sich sicherlich freuen, wenn er weiß, daß ihm eine faire Chance einzuräumen ist und daß seine Sichtweise eingebracht werden soll! Das zeigt, wie weit wir uns zum Teil schon von dem entfernt haben, was wirklich an normaler Situation – es ist eben von den 90 % der Jugendlichen gesprochen worden – gegeben ist.

(Vereinzelt Zustimmung)

Das führt natürlich nicht dazu, daß die Leute zu uns kommen, sondern sie sagen: Ja, was seid ihr denn für ein Exotenhaufen? Dann folgt eben die Reaktion, daß sie nicht zu uns kommen, obwohl wir sie doch, wie ich glaube, wirklich gut brauchen könnten.

Weil so viel von Erfahrungen berichtet worden ist, will ich auch eine persönliche Erfahrung schildern. Wir haben in Rheinland-Pfalz mit der Europawahl Kommunalwahlen gehabt, und ich bin mit 29 Jahren der jüngste Kandidat auf der Liste gewesen. Jetzt hatte ich das Pech, daß in meinem Ortsverband ein Rechtsanwalt kandidiert hat und dort nominiert wurde. Nun wählen wir ja offen. Das weiß ja jeder. Jeder hat selbstverständlich eine Chance, aber dann kommen die 50 % Wähleranteil, 50 % CDU-Mitglieder, dann machen wir die Quadratwurzel, nehmen es hoch drei und multiplizieren mit vier, und schon gab es keine Chance mehr für den Jungen. Auf die Liste gekommen bin ich nur, weil ein anderer, ein meiner Meinung nach positiver Energieträger für die CDU, Platz gemacht hat. Dann bin ich aber nicht auf Platz 1 gekommen – das sowieso nicht –, auch nicht auf 10, auch nicht auf 20, auch nicht auf 30, sondern man hat mich auf Platz 34 gesetzt. Ich kann das deshalb gut erzählen, weil die Wähler mich auf Platz 7 nach oben katapultiert haben.

(Zustimmung)

Auch das zeigt, wie unterschiedlich innerhalb der Partei und außerhalb der Partei über solche Dinge nachgedacht wird.

(Beifall)

In aller Deutlichkeit will ich auch folgendes sagen. Ich habe mich in Wiesbaden sehr darüber gefreut, daß der Parteivorsitzende es zu seiner eigenen Sache gemacht hat, Defizite aufzuzeigen. Nur, ich habe nach Wiesbaden vieles erlebt, wiederum nicht Bundesparteitage, aber das, was Thomas Rachel und andere beschrieben haben, was unterwegs so alles passiert. Eines ist klar: Die Konsequenzen sind minimal. Wir haben, glaube ich, einen Bewußtseinsfortschritt erreicht; wir sind nicht mehr so sehr Machos, daß wir die Frauen nicht wählen. Mir scheint, das funktioniert mittlerweile, jedenfalls halbwegs. Das ist auch gut so, und das ist auch wichtig. Aber – ich sage das jetzt nicht im Hinblick auf die aktuellen Wahlen hier – wir tun uns schon schwer, wir tun uns jenseits aller wolkigen Formulierungen dazu, was alles erforderlich sei, schon schwer damit, das auch in die Tat umzusetzen. Deshalb melde ich mich hier auch, um Skepsis anzubringen. Denn Sie müssen sehen: Die 90 % „Normalen“ reden ja mit uns,

wie sie auch sonst reden, und wenn man feststellt, daß Popstars eine größere Beliebtheit und eine höhere Glaubwürdigkeit haben als Politiker, und wenn wir, die wir uns politisch engagieren, uns anhören müssen, daß die Politiker hinsichtlich der Glaubwürdigkeit zu Recht ganz unten rangieren, dann könnte das theoretisch ja auch daran liegen, daß wir uns eventuell für neue Leute nicht weit genug öffnen, ob es nun jüngere sind, Leute mittleren Alters oder ältere. Das könnte ja vielleicht auch ein Stück weit an uns liegen!

Ich bin immer sehr dafür, die CDU zu loben. Das habe ich ja am Anfang gesagt. Das ist mit ein Stück meines Engagements. Wenn ich die CDU lobe, lobe ich mich ja auch immer ein bißchen selber. Aber – das will ich abschließend sagen – die CDU ist nach meinem Empfinden in einer Situation, in der sie höllisch aufpassen muß. Wir befinden uns hier in so einer Art Parteitagsquarantäne. Wir haben uns so ein bißchen angewöhnt, zu sagen: die Partei und die Leute draußen... Wir machen da fein säuberlich Unterschiede, auch im Kopf. Ich glaube, daß wir höllisch aufpassen müssen, daß wir es nicht verlieren, offen miteinander zu reden und zu ringen. Denn daß wir Krach kriegen, daß wir Jungen uns durchsetzen müssen – ich nehme mich da jetzt einmal aus –, ist klar. Wir in der Jungen Union wissen, daß die Alten auf ihren Sesseln kleben und daß sie auch geschubst werden wollen. Ich habe manchmal sogar den Eindruck, sie empfinden ein gewisses Vergnügen dabei, wenn man anfängt, zu sagen, weil sie dann Kampfgeist bei den Jungen sehen. Aber die anderen, die das beobachten, finden es eben nicht ganz so toll.

Das sollten wir nicht vergessen, weil ich eine Befürchtung schon habe: Wenn wir nicht aufpassen, wenn wir nicht mehr miteinander reden, wenn wir uns die Chance nehmen, miteinander zu reden, dann laufen wir Gefahr, daß zweierlei passieren könnte. Das weniger Schlimme wäre, daß wir wegen dieses „nicht miteinander reden“ Krach kriegen. Das viel Schlimmere wäre, wenn wir uns gegenseitig – nicht die Jungen und die Alten in der Union, sondern die Jungen in der Partei und die draußen – egal werden würden. Ich warne uns sehr davor, einer solchen Entwicklung Vorschub zu leisten.

(Beifall)

**Dr. Helmut Linssen**, Tagungspräsidium: Nach Stefan Schwarz hat jetzt Ruprecht Polenz, Nordrhein-Westfalen, das Wort. Ich darf den Appell an ihn und die folgenden Redner wiederholen, sich möglichst kurz zu fassen. Bitte!

**Ruprecht Polenz**: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Eine Volkspartei muß sich unter den Menschen bewegen wie ein Fisch im Wasser. Wir als CDU stehen, glaube ich, in der Gefahr, uns so abzuzappeln wie ein Fisch an Land, wie ein Fisch auf dem Trockenen. Sehen wir uns die Mitgliederstruktur an: Sie ist weder von der Altersstruktur her noch von der Geschlechterzusammensetzung her repräsentativ.

Um unsere Verankerung in der Bevölkerung ist es auch noch aus einem anderen Grunde nicht gut bestellt. Als Kommunalpolitiker weiß ich, daß wir in den traditionellen Vereinen, in den Sportvereinen, den Schützenvereinen usw., noch gut verankert sind, aber wie sieht es mit den neuen Initiativen aus, mit den neuen Formen, die sich vor allen Dingen in den Städten herausbilden, Bürgerinitiativen, in denen auch ein ganz anderer Lebensstil zum Ausdruck kommt? Wo sind da CDU-Politiker, Mitglieder der CDU, die dazwischen sind und die in unsere Arbeit das einbringen, was dort abläuft?

Ich denke, es gibt hier auch einen Zusammenhang mit der Kandidatenauslese, wie wir sie betreiben. Führen Sie sich bitte einmal vor Augen, wie man sich ganz rational, ganz

vernünftig verhält, wenn man irgendwo für eine Bezirksvertretung, für ein Gemeindeparlament oder für einen Landtag aufgestellt werden will. Dann ist es ja nur vernünftig, daß man sich in allererster Linie auf die CDU-Mitglieder konzentriert, denn es sind ja die Delegierten einer Ortsunion, die einen später aufstellen sollen. Es ist also wichtiger, die Mitgliederversammlung im Ortsverein zu besuchen und den Geburtstag des Ortsvorsitzenden nicht zu vergessen, als etwa mit kirchlichen Gruppen zu diskutieren und zu Gewerkschaftsveranstaltungen oder zu Bürgerinitiativen zu gehen. Denn wenn man dort ist, bekommt das von der Partei kaum jemand mit. Meistens ist man – das stellen diejenigen fest, die solche Diskussionen führen – dort, in diesen Gesprächen, ziemlich auf sich allein gestellt.

(Zustimmung)

Meine Damen und Herren, das ist ein strukturelles Problem, und wenn wir das nicht ändern, wenn es so bleibt, daß sich derjenige, der von uns für ein Mandat nominiert werden will, vor allen Dingen auf die CDU, auf uns selbst, konzentrieren muß, damit er aufgestellt wird, daß wir uns also sozusagen nur selber zu gefallen brauchen, um nominiert zu werden, dann werden wir uns weiter von der Gesellschaft entfernen.

Wir brauchen also Verfahren, die eine Öffnung der Aufstellungsverfahren bewirken.

In dem Antrag, der uns vorliegt, ist die Rede davon, wie wir bei Sachentscheidungen, bevor sie durch Parteigremien getroffen werden, Bürgerinnen und Bürger beteiligen wollen. Ich meine, wir müßten auch darüber nachdenken, ob wir dies bei Personalentscheidungen in ähnlicher Form tun sollten. Natürlich muß im Ergebnis die Partei entscheiden, wer für die CDU für einen Gemeinderat, für einen Landtag usw. kandidieren soll. Aber wir könnten beispielsweise – jetzt denke ich an die Diskussion um die Reform der Gemeindeordnung in Nordrhein-Westfalen – durch eine Änderung der Gemeindeordnung, die den Bürgern – wie hieß es soeben? – ein Nach-oben-oder-Nach-unten-Wählen der von der Partei aufgestellten Kandidaten ermöglicht, auch einen strukturellen Beitrag dazu leisten, daß die Partei ihre Wagenburgmentalität, die sie teilweise entwickelt hat, auch wieder überwindet.

Wenn es nicht gelingt, den Verkrustungen entgegenzuwirken, und wenn das hier nur Rederei bleibt – immerhin hat der Parteivorsitzende von Verbonzung und von der Gefahr der Verbonzung gesprochen –, dann, fürchte ich, kommen wir zu diesem Bild: Fisch auf dem Trockenen. Das ist nicht besonders attraktiv und wird unsere Mehrheiten weiter schmälern.

Andere Parteien haben ja auch versucht, diesem Problem der Verkrustung entgegenzuwirken. Die GRÜNEN haben es über die Rotation versucht. Sie haben es selber nicht durchgehalten. Das ist offensichtlich kein tauglicher Versuch. Die SPD hat ernsthaft über eine Trennung von Amt und Mandat diskutiert. Auch das läßt sich so nicht durchhalten.

Nur, meine Damen und Herren, haben wir das Problem, daß etwa Ämter in der Partei vorwiegend zu Mandatssicherungszwecken besetzt bleiben, überhaupt nicht? Wenn wir dieses Problem überhaupt nicht haben, können wir dieses Buch da zumachen. Dann ist alles okay. Wenn wir es aber doch haben, dann kommen wir ja überall dort, wo ein Amt in der Partei zu Mandatssicherungszwecken ausgeübt wird, in die Situation, daß eben nicht der Wettbewerb von Ideen oder Personen von der Partei organisiert wird, daß wir also innerparteilich auf die dynamischen Elemente der Marktwirtschaft verzichten müssen, sondern daß es eben stärker zu den Verkrustun-

gen kommt, von denen auch der Parteivorsitzende gesprochen hat. Ich will darauf aufmerksam machen, daß dieses strukturelle Problem durch den vorliegenden Antrag nicht gelöst wird.

Wenn wir diesen Antrag – in welcher Fassung auch immer – nachher verabschieden, dann müssen wir wissen, daß dieses Problem noch der Lösung harret.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Dr. Helmut Linssen**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Polenz.

Herr Radunski, bitte.

**Peter Radunski**, Bundesgeschäftsführer der CDU: Meine Damen und Herren! Es sind zwei Punkte angesprochen worden, die ich Ihnen vielleicht aus der Sicht der Bundesgeschäftsstelle hier ein wenig erläutere.

Sowohl in der internationalen Werbewirtschaft als auch in der nationalen Werbewirtschaft taucht immer mehr ein Wort auf: sponsoring. Das heißt: Die Werber haben sich entschieden, ihre Produkte nicht nur in Anzeigen und auf Plakaten vorzustellen, sondern sie sagen: Kostet doch einmal unser Produkt! Beißt einmal hinein! Probiert es einmal!

An diese Welle, die wir inzwischen von jedem Sportverein und auch von jedem Bürgerfest kennen, haben wir uns auf diesem Parteitag mit einigen Sponsoren, ein knappes Dutzend, angeschlossen.

Ein Sponsor ist immer wieder angesprochen worden. Das ist die Firma Mc Donald's, die uns hier in diesen zweieinhalb Tagen – jedenfalls jeden, der es wünscht – bewirbt.

(Beifall)

Mc Donald's ist in der Lage gewesen, meine Damen und Herren, die kritischen Fragen, die hier gestellt werden, zu beantworten. Daran sehen Sie, wie clever diese Leute sind. Sie kennen die Fragen nach der Abfallmenge. Sie weisen darauf hin, daß sie das Abfallgesetz so einhalten, wie es der Bundesminister Töpfer von ihnen verlangt. Sie können vom Pressesprecher von Mc Donald's am Stand diese Argumente entgegennehmen.

Das alte Argument, daß hier der meiste Abfall produziert werde, stimmt schon lange nicht mehr. Sie können darauf hinweisen, daß sie alle Anstrengungen unternehmen, um ihre Produkte und vor allen Dingen die Verpackungen – die Verpackung ist ja ein Problem, das vorhin in den Anträgen zur Umweltpolitik eine große Rolle gespielt hat – immer umweltfreundlicher zu machen. Es würde jetzt den Rahmen sprengen, Ihnen das alles vorzuführen.

Ich bitte nur darum – meine Damen und Herren, das gehört auch zum Umgang mit der Gesellschaft –: Wenn wir Gäste haben, die uns unterstützen, die sponsoring machen, dann verdienen sie auch, daß unsere Vorurteile ihnen gegenüber einmal überprüft werden.

(Beifall)

Dann möchte ich auch noch ein bißchen an unsere Contenance appellieren: Wir können nicht mittags essen und abends drüber meckern, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Der zweite Vorwurf betrifft die Parteilarbeit. Diesen Vorwurf nehme ich sehr ernst. Viele der Delegierten vermuten bei uns Strategen am grünen Tisch, die – mit viel Geld – eine Zentralisierung durchsetzen wollen und Sie praktisch zu Marionetten unserer Überlegungen und Konzepte machen wollen.

Wenn Sie sich das Papier zur Parteireform genau angesehen haben, dann entdecken Sie mühelos, daß wir Anhänger genau des umgekehrten Weges sind. Wir wollen eine Dezentralisierung. Wir wollen, daß Sie uns wieder helfen, hin zum Bürger zu kommen. Wir wollen, daß Sie in die Lage versetzt werden, zeitgemäß mit den Menschen in unserem Lande zu kommunizieren, denn die meisten Probleme, die hier aufgeführt sind, sind ja wirklich ernste Probleme einer Volkspartei. Diese Probleme beruhen im Kern auf mangelnde Kommunikation. Wir können mit den jungen Frauen nicht vernünftig umgehen, wir können mit den jungen Leuten insgesamt nicht vernünftig umgehen. Wir haben kaum einen Zugang zu Menschen, die im normalen Arbeitsleben stehen. Wir wollen versuchen, Ihnen dafür einen organisatorischen Rahmen zu bieten.

Wir haben bei der letzten Europa-Wahl beispielsweise den Euro-Markt angeboten. Was haben wir denn gemacht? Wir haben den Euro-Markt in 90 Kreisverbänden aufgebaut. Alles, was unter dem Dach des Euro-Marktes stattgefunden hat, haben Sie, die Basis, organisiert: Junge Union, Frauen-Union, Senioren Union. Lassen Sie mich hier einfach einmal sagen: Die Senioren Union ist immer wieder top dabei. Sie ist das neue belebende Element in unserer Parteiarbeit, und ich hoffe, die Junge Union zieht bald wieder einmal nach.

(Zustimmung)

Wir haben Ihnen hier wirklich die Möglichkeit gegeben, das zu tun, was Sie bei der Kommunikation mit der Basis für richtig halten. Nun kann man sagen: Das Zelt ist ein bißchen kalt. Mir hat es nicht so gut gefallen, sagt der eine. Andere haben uns sehr gelobt. Nur, ich kann Ihnen eines sagen: Wer daran interessiert ist, kann sich einmal die Presseschauen quer durch Deutschland ansehen. Der Europa-Wahlkampf hat sonst nirgendwo richtig stattgefunden, aber die Lokalzeitungen haben im Rahmen dieses internationalen Wahlkampfes durchaus intensiv von diesem Zelt berichtet. Fragen Sie einmal die armen Europa-Kandidaten, die es ja schwer haben, die ja keinen Wahlkreis haben, wie froh sie waren, daß sie einen Ort hatten, an dem sie in bezug auf ihre Themen mit den Bürgern kommunizieren konnten.

(Zustimmung)

Meine Damen und Herren, ich denke, daß Sie uns dabei wirklich unterstützen sollten. Natürlich können wir noch viel lernen. Aber Sie sollten uns dabei unterstützen, den Weg zu gehen, Ihre Leistung dezentral zu erbringen, wenn wir Ihnen das eine oder andere anbieten. Wir können solche Überlegungen bei unserer Finanzsituation ohnehin nur noch bedingt und beschränkt anstellen. Wir wissen, daß vor Ort künftig weniger die kalte, durchorganisierte Form der Parteiarbeit ziehen wird, sondern vielmehr eine neue persönliche und von menschlicher Wärme geprägte Kommunikation, und dabei wollen wir Sie unterstützen.

Danke schön.

(Beifall)

**Dr. Helmut Linssen**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peter Radunski.

Das Wort hat Elke Wülfing, Nordrhein-Westfalen.

**Elke Wülfing**: Meine Damen und Herren! Ich will es ganz kurz machen. Ich will nur noch eine kleine zusätzliche Anregung geben.

Ich muß sagen: Ich kann Herrn Radunski durchaus zustimmen. Der Europa-Wahlkampf unter diesem Zelt war wirklich ein Erfolg. Vor allen Dingen war es ein Wahlkampf an der Basis.

Ich möchte eine zusätzliche Anregung geben. Ich komme aus dem Münsterland, und zwar von der holländischen Grenze. Ich durfte auch den Wahlkampf der CDA, des Christlich Demokratischen Appells, beobachten. Ich muß sagen: Die haben auch einen ganz hervorragenden Stil, den wir wirklich nur nachmachen können. Sie machen folgendes: Sie machen Round-table-Gespräche. Sie geben Interviews, und zwar keine gestellten, sondern mit einem Zeitungsredakteur, der auch einmal von einer Zeitung von der anderen Seite kommt.

Das Offizielle dauert eine Dreiviertelstunde oder eine Stunde. Danach wird Kaffee getrunken, wie das in Holland so üblich ist, oder es wird ein Bier getrunken. Dann gibt es wirklich Politiker zum Anfassen. Jeder, der dort ist, stellt sich tatsächlich den Fragen der jungen Leute oder der älteren Leute, von jedem, der da hinkommt. Ich muß sagen: Wir können, wenn wir über die Grenze gucken, für unseren eigenen Wahlkampf noch etwas lernen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sind in Nordrhein-Westfalen im Kommunalwahlkampf. Wir wagen jetzt vor Ort im Ortsverband Borken einmal diesen Versuch. Ich hoffe, daß er gelingt. Ich werde beim nächsten Mal darüber berichten. Vielleicht gebe ich Ihnen Anregungen weiter, damit Sie das vor Ort nachmachen können, und zwar nicht mit großem Aufwand, wie das hier auf Bundesebene geplant war. Sie sollten den Mut besitzen, sich vor ein Mikrofon zu stellen und hineinzureden. Ich glaube, damit könnten wir viel an Öffentlichkeit gewinnen und für unsere Politiker einigen Erfolg erringen.

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

**Laurenz Meyer**, Tagungspräsidium: Der nächste Redner ist Matthias Stern aus Schleswig-Holstein.

**Matthias Stern**, Ahrensburg: Herr Dr. Kohl! Meine Damen und Herren! Ich will den nachdenklichen Vortrag von Stefan Schwarz ergänzen und mit einem eigenen Beispiel anfangen. Ich bin vor knapp zwölf Jahren Stadtverordneter geworden. Das bin ich heute noch. Ich war damals mit 22 der Jüngste im Stadtparlament. Ich werde sicherlich wiedergewählt. Ich werde auch das nächste Mal der Jüngste sein.

Ich bin damals vor zwölf Jahren Stadtverordneter geworden, weil wir etwa zehn, fünfzehn Leute zwischen 18 und 24 waren, die entweder zur Schule gingen oder studierten oder eine Lehre machten. Von den zehn, fünfzehn Leuten ist keiner mehr übriggeblieben. Die Hälfte ist zwar noch Mitglied der Partei, aber sie hat es irgendwann satt gehabt, ständig als zu jung zu gelten, mit 28, als diplomierter Betriebswirt als unqualifiziert hingestellt zu werden, als jemand, der sich erst einmal Routine aneignen soll. Sie hatten es satt, 4000 DM netto im Monat zu verdienen, im Betrieb hoch angesehen zu sein, aber in der CDU immer noch als Kinder behandelt zu werden.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, ich selbst bin inzwischen von Beruf Lehrer, auch Vertrauenslehrer an einem großen Gymnasium und unterrichte Politik. Jugend für Politik zu interessieren ist nicht nur eine Frage von Inhalt. Es ist in erster Linie eine Frage des Stils. Wir als Union haben vergessen, uns darüber Gedanken zu machen, wo wir die Jugend eigentlich suchen müssen. Wo ist überhaupt die Jugend? Wo treffe ich sie an? Machen wir uns Gedanken darüber, was heute Jugendkultur ist. Wer von Ihnen kann Auskunft über Jugendkultur geben? Was interessiert Jugendliche kulturell?

Wenn Sie dann Erfahrungen machen und sich ein bißchen tiefer eingearbeitet haben und einmal in die Stätten gehen, wo sich Jugendliche abends aufhalten, wo sie sich treffen, werden Sie eine Menge SPD-Politiker treffen. Als Unionspolitiker sind Sie allein. Sie sind in diesem Moment natürlich besonders interessant, weil Sie Exot sind. Man kommt dann auf Sie zu.

Sie treffen aber nie – jedenfalls ist es mir noch nie vorgekommen – Abgeordnete abends an diesen Stätten. Aber die SPD-Abgeordneten aus meiner Region, die ich dort schon getroffen habe, kann ich kaum zählen. Sie kommen dorthin. Sie suchen nicht das Gespräch. Sie bieten sich einfach an. Sie bleiben mit ihrer Frau oder Freundin einfach den Abend da und verbringen ihre eigene Freizeit dort, wo die jungen Menschen sind. Sie sind präsent. Sie sind Politiker zum Anfassen.

Gibt es nicht bei viel zu vielen von uns inzwischen Ressentiments gegenüber Anders-Aussehen, gegenüber Anders-leben-Wollen? Haben wir nicht starke Ressentiments gegenüber anderem Vokabular, einem so richtig geilen Vokabular? Können viele von uns die Sprache der Jugend noch verstehen? Kennen Sie ihre Probleme?

Deshalb denke ich, daß sich das Papier, das hier als Leitantrag vorliegt, redlich Mühe gibt, aber an der Sache noch immer ein wenig vorbeigeht. Professor Biedenkopf hat versucht, einiges aufzuzeigen. Ich denke, daß wir zuerst die gewandelten gesellschaftlichen Strukturen in unserem Land analysieren müssen und dann daraus Schlußfolgerungen ziehen sollten.

Ein letzter Satz: Feiern können die Sozis inzwischen auch besser. Das war in den 70er Jahren einmal anders.

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

**Laurenz Meyer**, Tagungspräsidium: Danke schön. Als nächster hat Herr Mayer-Vorfelder aus Baden-Württemberg das Wort.

**Gerhard Mayer-Vorfelder**: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist natürlich gefährlich, wenn ich als Kultusminister nach einem Vertrauenslehrer spreche. Ich könnte mir nur wünschen – das sage ich zu meinem Vorredner –, daß wir möglichst viele solcher Vertrauenslehrer hätten, die auf unserer Seite stehen. Leider haben wir davon viel zu wenige.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will nur anmerken, daß gerade die Lehrer aufgefordert wären, ein Stück mehr Streitkultur den Schülern zu vermitteln. Denn die Diskussionen mit den Gymnasiasten gehören nicht zum Feinsten. Das muß ich als Kultusminister wirklich sagen.

Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich ein paar Anmerkungen machen möchte. Vorhin hat Herr Sirringhaus gesprochen, ein sehr unkonventioneller Jugendpfleger in unserem Land. Er hat gesagt, ich hätte alles getan, was er mir vorgegeben hat. Das stimmt. Ich tue immer das, was man mir sagt, wenn es gut ist. Das, was ich nach seiner Auffassung zu tun hätte, war auch gut. Nur darf man eines natürlich nicht vergessen: Die Klientel, die er dort betreut, sind keine Gymnasiasten. Es sind Hauptschüler. Es sind Realschüler. Es sind junge Menschen, mit denen man auch als Politiker vollkommen unverkrampft reden kann. Es sind nicht die Gymnasiasten, die, gleichgültig, wann du zu ihnen kommst, immer drei Themen haben: Wehrdienstverweigerung, Atomkraft und Abrüstung. Das sind die drei Themen. Über die Probleme, die die Jugend über diese Themen hinaus wirklich bewegen, kommt man mit ihnen kaum ins Gespräch.

Was ich damit ausdrücken möchte: Ich möchte auch einmal etwas zur Ehrenrettung der Politiker sagen. So miserabel sind sie auch nicht. So schlimm sind sie auch nicht. Man läuft pausenlos herum, springt von morgens bis abends gerade bei jungen Leuten herum und soll sich dann noch entschuldigen, daß man Politiker ist. Am schlimmsten sind langsam die Männer dran, die älter werden.

(Vereinzelt Beifall)

Frauen und Jugendliche gehen noch, auch älter werdende Frauen noch. Aber Männer, die älter werden und Politiker sind, das ist das Allerletzte.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall)

Die alten Römer haben schon gesagt: sexagenarios de ponte – schmeißt sie in den Tiber, die Alten. Ein paar sollen schon noch auf der Brücke stehenbleiben, zumindest dann, wenn sie sich bemühen, die Zeichen der Zeit zu erkennen.

Wovor ich etwas warnen möchte, ist, daß wir bei den Diskussionsbeiträgen langsam einen Kult entwickeln: nur die Jungen, nur die Frauen, und nicht auch den Sachverstand der Älteren einbeziehen, die ja auch etwas geleistet haben und die wir in unserer Gesellschaft auch brauchen.

(Beifall)

Nun bin ich nicht nur Kultusminister, sondern auch Kreisvorsitzender. Das möchte ich jetzt auch einmal sagen. Ich bin immer als Macho verschrien. Aber sehen Sie sich einmal unsere Gemeinderatsliste an. Da sind Frauen genug drauf, mehr, als ihr Anteil an der Mitgliedschaft ausmacht. Es gibt auch drei junge Leute auf den vorderen Plätzen, so daß sie auch gewählt werden. So einfach ist das alles für die Praktiker nicht. Denn dann muß man Gemeinderäte, die viel geleistet haben, weiter hinten plazieren. So locker bekommt man das nicht hin. Deshalb sollte man hier immer ein bißchen vorsichtig sein.

Jetzt möchte ich der Jungen Union noch einen kleinen Vorhalt machen. Als wir in der Jungen Union waren, waren wir noch in anderen Verbänden tätig. Wir waren nicht nur in der Jungen Union, sondern wir waren z. B. auch in der katholischen Jugend. In der katholischen Jugend gab es nicht nur Gymnasiasten. Da gab es auch noch andere.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb haben wir auch noch gewußt, wie andere denken. Heute ist die Junge Union – lassen Sie mich das überspitzt sagen – ein Gymnasialverein. Die wissen gar nicht mehr, wie andere junge Leute denken.

(Vereinzelt Beifall und vereinzelt Pfiffe)

Das ist wahr. Schaut doch die Junge Union landauf, landab an. Schaut auch, wie viele Leute aus dem Arbeiterstand dabei sind. Die trauen sich gar nicht mehr in die Junge Union hinein, weil ihre Sprache dort nicht gesprochen wird und ihre Probleme dort nicht diskutiert werden.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist ein Vorhalt, den ich der Jungen Union machen muß.

Es kommt noch etwas hinzu. Die Junge Union bei mir im Kreisverband ist sehr gut. Sie nimmt mich hart ran. Da falle ich aber nicht gleich aus dem Schuh. Aber jetzt muß ich der Jungen Union sagen, sie darf auch nicht gleich aus dem Schuh fallen, wenn man ihr einmal sagt, was wir Älteren in diesen Fragen zu sagen haben.

Was ich mir wünsche, ist folgendes: Wenn wir die Diskussion führen, dann soll sich die Junge Union auch wieder einmal als das verstehen, was sie sein soll, nämlich eine

junge Bewegung in unserer Partei, die aber in erster Linie aufgefordert ist, junge Menschen an uns heranzuführen – auch in der kritischen Distanz zur Mutterpartei, aber auf der gleichen Wertegrundordnung, auf der wir leben.

Das letzte! Meine Damen und Herren, ich habe vorhin schon gesagt: macht die Politiker auch in den eigenen Veranstaltungen nicht immer so schlecht; sie werden durch die Medien schon schlecht genug gemacht. Steht auch hin und wieder mal zu denen, die den Kopf draußen auf allen Ebenen hinhalten müssen. Vom Feldherrnhügel herab ist es immer viel einfacher, die Dinge richtig zu beurteilen, als dies bei demjenigen der Fall ist, der im Gefecht steht und im Gefecht handeln muß und im Gefecht natürlich manchmal auch falsch handelt. Macht sie nicht zu schlecht!

Was ich noch sagen möchte, ist folgendes: Ich halte es für sehr wichtig, daß wir von der klassischen Form der Diskussion mit der Jugend wegkommen. Die klassische Form der Diskussion mit der Jugend ist die, bei der der Politiker oben steht und unten 300 oder 400 aufgepumpte Jugendliche, die einmal ans Mikrophon kommen, eine Frage stellen, wobei sie natürlich in ihre Frage ungeheuer viele Teilaspekte einbauen. Der Politiker bemüht sich dann, das differenziert darzustellen. Der Junge kommt aber gar nicht mehr zu Wort, weil er dann wieder hinten anstehen muß. Diese Form der Diskussion ist überlebt. Du brauchst heute – und dann kannst du mit jungen Leuten ungeheuer ins Gespräch kommen – die kleine Gruppe. Du brauchst sechs, acht, zehn junge Leute, die in der Wechselrede dir auch paroli bieten können. Dann kannst du es erreichen: nicht daß sie mit deiner Meinung fortgehen, aber daß sie ein Stück nachdenklich werden.

Wenn wir diese Diskussion führen – und das ist dann wieder ein Appell an uns Politiker –, dann sollten wir es uns nicht so einfach machen, zu glauben, wir könnten die Jugend damit gewinnen, daß wir ihr mit heraushängender Zunge hinterherlaufen. Es ist gerade die Aufgabe der Politiker, manchmal auch fest im Sinne zu beharren, nämlich dort, wo aus ihrer Lebenserfahrung und Lebensweisheit heraus gesagt werden muß, daß es so nicht geht, wie junge Leute wollen. Das ist oft viel schwieriger.

(Beifall)

Deshalb, meine Damen und Herren, haben wir von der Union es mit jungen Leuten oft schwieriger als all die Willfähigen anderer Parteien, die bereit sind, alles und jedes zu unterschreiben, was junge Leute wollen, während wir uns bemühen, sachgerecht unsere Lebenserfahrung mit einzubringen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Laurenz Meyer**, Tagungspräsidium: Das Wort hat als nächster Herr Soénius.

Ich mache darauf aufmerksam, daß zur Zeit noch sieben Wortmeldungen zur allgemeinen Aussprache vorliegen. Ich bitte die nachfolgenden Redner, sich kurz zu fassen.

**Heinz Soénius**: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein solches Papier kann immer nur einen Extrakt dessen wiedergeben, was in einer derartigen Kommission beraten worden ist. Aber wenn Sie mir zu Anfang eine Bemerkung gestatten – weil das heute nicht mehr so selbstverständlich ist –: Der Herr Bundesvorsitzende hat sehr gelobt, was da geschehen ist. Da fühle ich mich auch geehrt. Aber ich muß sagen, es hat auch Spaß gemacht, in einer solchen Kommission zu arbeiten, weil da eben auch gelacht worden ist und es nicht nur über den Tisch so

trocken hin und hergegangen ist. Das ist ja in der heutigen Zeit auch schon viel, vielleicht mehr als das, was in der Öffentlichkeit immer zelebriert wird.

Ich will eine Anmerkung machen zum Statut und zum Status der Vereinigungen. Nun ist es nicht so ganz leicht, in diesem Kreise etwas zu sagen, welche Empfindungen man hat, wie das gestern war, welche Empfindungen man gestern hatte. Man ist ja mehr angesehen, wenn man über das von übermorgen spricht, weil man dann nicht unbedingt zu beweisen braucht, was man heute tut. Solche Zukunftsvisionen sind ja sicherlich notwendig. Aber es gibt ja auch das Wort, daß nur der weiß, wohin er geht, der weiß, woher er kommt.

In dem Zusammenhang will ich einmal sagen, wie das vor über 40 Jahren war, was die Faszination für einen jungen Mann wie mich damals ausmachte, Mitglied der Christlich Demokratischen Union zu werden, etwa in der Zeit, zu der in Ahlen das Ahlener Programm erarbeitet und verkündet wurde. Die Faszination war unter anderem – unter anderem – die Vielfalt der Volkspartei Christlich Demokratische Union. Damals gab es keine andere Volksparteien. Es gab nur Parteien, die Kaderparteien waren, oder die eine ganz strenge Geschlossenheit hatten, wo jeder Abweichler – für uns heute unvorstellbar – sofort an den Rand der Partei gestellt wurde.

Die Christlich Demokratische Union hatte die Vereinigungen mit einer gewissen Autonomie, mit einem großen Freiheitsraum, den wir fast alle in der Jungen Union dann – wie heute auch – genutzt haben. Das war die Faszination. Ich bin nicht so ganz sicher, ob das nicht auch für die Zukunft wieder faszinierend ist, ob die großen Organisationen überhaupt noch in der Lage sind, in unserer Gesellschaft so zu wirken, wie das in den letzten 20, 30 Jahren der Fall war und ob sie sich nicht in sich gliedern müssen, sozusagen auch Subsidiarität in der Organisation zeigen müssen, um weiter attraktiv und funktionsfähig zu bleiben.

Deshalb auch ein Wort für die Vereinigungen. Es ist auch zu Recht Kritisches zu den Vereinigungen gesagt worden. Selbstkritik kann nie etwas schaden. Ich meine, wir sollten alle miteinander – in welcher Vereinigung wir auch sind, und auch diejenigen, die überhaupt nicht in einer Vereinigung sind – dazu beitragen, diese Vielfalt der Christlich Demokratischen Union, ausgedrückt in ihren Vereinigungen, als etwas Positives herauszustellen, und das nicht, weil es schon einmal etwas schwieriger ist und eine Stunde mehr Diskussion untereinander verlangt, als einen Nachteil bezeichnen. Diese Vielfalt, auf die Einheit hin ausgerichtet, ist ein großer Vorteil.

Lassen Sie mich eine zweite Anmerkung – und das werden Sie mir nachsehen – für die Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft, für die Sozialausschüsse, machen. Ich habe das sozusagen auch schon in dieser Kommission zu Protokoll gegeben und dort auf die Vergangenheit hingewiesen. – Herr Kollege Mayer-Vorfelder, ich habe zwar nicht die schneidige Stimme, aber ich habe Ihnen zugehört; wenn Sie so freundlich wären, das auch bei mir zu tun.

(Vereinzelt Beifall)

Dieser Sonderstatus der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft, der im Jahre 1946 erarbeitet worden ist, machte ja auch einen Sinn. Die christlichen Gewerkschaften wurden nicht wieder gegründet. Es ist hier nicht der Ort, darüber länger zu reden. Diese Zwei-Beine-Theorie der Sozialausschüsse machte einen Sinn. Sie wollen sowohl in der Partei als Vereinigung ihre Verantwortung haben, aber auch Teil der

Arbeitnehmerbewegung sein. Damit wollen sie auch ihren Anspruch in den Gewerkschaften anmelden, in der Arbeitnehmerbewegung mitzureden, mitzuwirken, weil sie ein Teil davon sind und weil sie nicht von außen hineinwirken.

Zu diesem Sonderstatus, den wir aus der Geschichte herleiten, der aber heute noch genauso richtig ist und dessen Anspruch wir ständig wieder anmelden müssen, sollte auch in einem solchen Kreis, wenn ein solches Papier verabschiedet wird, etwas gesagt werden, und es sollte um Verständnis geworben werden. Vielleicht ergibt sich auch da und dort bei Ihnen zu Hause Gelegenheit, sich in Ihren Kreisparteien, aus der Geschichte schöpfend, aber für die heutige Zeit nutzbar machend, mit diesem Inhalt noch einmal zu beschäftigen.

Es nützt wenig, wenn wir in den Gewerkschaften Kritik anmelden. Der Herr Bundesvorsitzende hat das zu Recht als ein Feld angemeldet, wo wir präsent sein müssen. Wenn wir aber präsent sein wollen, dann ist das von dieser Position – Teil der Partei, aber auch Teil der Arbeitnehmerbewegung zu sein – sehr viel eher möglich. Das hat dann auch eine größere Durchsetzungskraft, und man kann dann auch einen größeren Anspruch begründen, als wenn das nicht der Fall ist.

Das lassen Sie mich nur zur Einführung in diesen Teil sagen. Das, was an Kritik zu den Vereinigungen zu sagen ist, können wir sicherlich noch im Rahmen der Beratung von Anträgen miteinander austragen. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Laurenz Meyer**, Tagungspräsidium: Vielen Dank Herr Soénius.

Als nächster hat Herr Frings aus Nordrhein-Westfalen das Wort.

Darf ich zwischendurch mal folgendes sagen. Ursprünglich war vorgesehen, daß wir vom Präsidium Ihnen vorschlagen, um 7 Uhr eine Pause von einer Stunde einzulegen. Wir würden Ihnen jetzt vorschlagen – wenn Sie diese Pause nicht unbedingt wollen – daß wir durchmachen, damit wir mit diesem Thema auch wirklich fertig werden.

(Beifall)

Wir verstehen diesen Beifall als Zustimmung dazu. Wenn nicht jemand einen anderen Antrag stellt, brauchten wir auch nicht abzustimmen. – Wir machen also durch. – Danke schön.

Dann hat Herr Frings das Wort.

**Leo Frings:** Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich bin unserem Bundesvorsitzenden dankbar, daß er als einen Schwerpunkt der Kommission die Arbeit in den Betrieben und in den Gewerkschaften besonders hervorgehoben hat.

Ich habe mich aber deshalb gemeldet, zu diesem Thema etwas zu sagen, weil ich solche Appelle in unserer Partei natürlich schon seit vielen Jahren immer wieder gehört habe. Tatsächlich hat sich nach meiner Ansicht aber nichts gebessert.

In dieser Diskussion über moderne Parteiarbeit ist immer wieder gesagt worden, wir müßten besser vertreten sein, um bessere Wahlergebnisse zu erzielen. Wenn ich von der Betriebsarbeit spreche, muß ich sagen, daß es dabei um dieses Thema überhaupt nicht geht. Vielmehr geht es darum, uns vor Ort in besserer Weise der Leute anzunehmen, die diese schwierige Arbeit dort machen. Ich weiß, wovon ich spreche; ich mache seit über 40 Jahren diese Arbeit sowohl in den Gewerkschaften als auch als Vorsitzender eines großen Personalrates und muß mich immer wieder der Basis stellen. Dann wissen Sie, wie das dort vor sich geht.

In Betrieben ist man der schwarze Lämmel. Wenn man Glück hat, wird man in der Partei zwar noch nicht beschimpft. Aber meistens geschieht das eben doch. Das ist das Problem. Wer soll das denn durchhalten?

Die Situation ist doch die: Wir haben genügend CDU-Leute in den Betrieben. Wir könnten in manchen Betrieben wahrscheinlich so stark sein, wie die SPD dort auftritt. Leider scheuen sich unsere Mitglieder, sich dort zur Partei zu bekennen. Da müssen wir uns doch einmal fragen: Wieso kommt es, daß die dort den Schwanz zwischen die Beine ziehen und nicht unsere Politik vertreten? Eigentlich müßte es doch die Aufgabe unserer Leute in den Betrieben sein, sich zu unserem Gedankengut zu bekennen und es dort zu transportieren, dort darüber mit den Kolleginnen und Kollegen zu diskutieren. Umgekehrt sollte natürlich auch die Möglichkeit bestehen, aus dem Betrieb heraus etwas in die Partei zu transportieren.

Ich glaube, diese Wege sind einfach nicht ausgebaut. Sie sind verschüttet, weil wir es eben nicht verstehen, uns dieser Leute anzunehmen.

Ich will nur ein paar Beispiele geben, die zeigen können, was wir unten vor Ort vielleicht verbessern könnten. Wie wäre es denn, wenn wir – wie wir das mit den Leuten der Wirtschaft oder des Handwerks machen – am Tag vor dem 1. Mai als CDU-Bürgermeister oder als CDU-Oberbürgermeister einmal die Leute aus dem Betrieb einladen und für sie einen Empfang geben? Das trüge sicherlich zur Stärkung des Wertgefühls dieser Leute bei. Das ist vielleicht hier und da der Fall. Es sind aber Ausnahmen, wo das so praktiziert wird.

Oder: Wir müßten in den Parteivorständen überlegen, wie wir dort Hilfestellung anbieten können. Denn wenn jemand unser Gedankengut in Betrieben vertreten muß, muß er auch wissen, welches Gedankengut in der Partei vorhanden ist, worüber diskutiert wird, was er weitergeben soll. Dann muß er eingebunden sein. Das ist einfach nicht in dem Maße der Fall, wie es sein könnte.

Deshalb möchte ich, wenn wir uns über moderne Parteiarbeit unterhalten und auch Festlegungen vornehmen, an Sie alle appellieren – denn Sie sind die Basis unten –, jetzt in ein solches Programm nicht nur so etwas hineinzuschreiben. Vielmehr müssen wir alles daransetzen, daß es unten auch mit Leben erfüllt wird.

(Beifall)

**Laurenz Meyer**, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Gallandt das Wort.

**Nico Gallandt:** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Lieber Herr Mayer-Vorfelder, ich möchte mich bei Ihnen recht herzlich für Ihre Ausführungen bedanken. Sie waren wahrlich geeignet, nach außen motivierend auf die Jugend zu wirken, in der CDU mitzuarbeiten.

(Zustimmung)

Ich habe auch den Eindruck, daß bei diesem Vortrag eine kleine Verwechslung stattgefunden hat. Ich weiß nicht, ob Herr Mayer-Vorfelder mit dem Gymnasialverein wirklich die Junge Union gemeint hat, in der ich selber Mitglied bin und von deren Basis ich weiß, daß das bei weitem nicht zutrifft. Vielleicht hat er eher sein Ministerienkollegium gemeint. Ich denke, dort gibt es viel mehr Akademiker als bei uns. Auch darüber sollten wir uns dann einmal Gedanken machen.

Liebe Parteifreunde, unser Bundesvorsitzender hat in seinen Ausführungen gezeigt, daß er zumindest sein Gespür für die Problemfelder dieser Partei nicht verloren hat. Von den verschiedenen Rednern der angesprochenen Gruppen in unserer Partei

wurden diese Ansätze zu Recht vertieft und der Partei ins Stammbuch geschrieben. Ich denke, das jetzt nicht weiter vertiefen zu müssen. In zwei Jahren werden wir die Rechnung aufmachen und sehen, was dabei herausgekommen ist.

Nur, liebe Parteifreunde meiner Generation, der CDA und meine verehrten Damen, eines müssen auch wir uns ins Stammbuch schreiben: Die Arbeit, nicht die Position steht im Vordergrund für alle von uns. Den Anforderungen, die wir zu Recht an Positionen stellen, müssen wir in der Arbeit auch gerecht werden. Aus diesem Grunde lassen Sie mich – auch wenn das nicht so populär ist – dazu aufrufen, nicht nur oder überwiegend zu aktueller, nachrichtenträchtiger Tagespolitik und Positionsproblematik zu sprechen. Ich denke, auch in die Antragsberatung müssen wir uns verstärkt einbringen. Nur so sind wir glaubwürdig und geben den Forderungen des Kanzlers die Dynamik, die tatsächlich zu Änderungen führt.

(Zustimmung)

**Laurenz Meyer**, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Schauerte das Wort.

**Hartmut Schauerte**: Herr Vorsitzender! Liebe Parteifreunde! Ich bin seit 18 Jahren Kreisvorsitzender und seit 22 Jahren Delegierter des Bundesparteitages. Ich bin deswegen bei solchen Organisationsdebatten immer ein bißchen skeptisch. Sie erinnern mich allzu häufig an die ach so beliebten Debatten über Satzungsfragen.

Daß wir modern sein müssen, daß wir tüchtig sein müssen, daß wir moderne Technik anwenden müssen, ist eigentlich alles selbstverständlich. Ich meine, man kann intelligente Parteiarbeit nicht verordnen. Man kann sie im Prinzip sogar nicht beschließen. Man muß sie tun.

(Beifall)

Deswegen sollte mein Beitrag heute eigentlich nur darin bestehen – dann will ich eingedenk der Bitte, sich kurz zu fassen, das Podium wieder verlassen –, daran zu erinnern: arbeiten, arbeiten, arbeiten.

(Beifall)

**Laurenz Meyer**, Tagungspräsidium: Jetzt hat Herr Fasco das Wort.

**Jochen Fasco**: Wenn man in der CDU oder in der Jungen Union mit Jugendlichen und für Jugendliche Arbeit macht, ist es ein Teufelskreis. Die CDU ist – es tut mir leid, das sagen zu müssen – bei jungen Leuten nicht attraktiv. Das weiß jeder im Saal. Weil wir nicht attraktiv sind, bekommen wir übrigens weniger und ganz selten gute Leute. Weil wir weniger und ganz selten gute Leute haben, sind wir nicht attraktiv.

Woran liegt es? Mit Sicherheit liegt es auch daran – darüber ist heute schon lange diskutiert worden –, daß wir mehr aufeinander zugehen müssen, daß wir mehr integrieren müssen; vielleicht einen, vielleicht zehn Jugendliche in die Vorstände. Aber meiner Meinung nach ist das nicht der Hauptpunkt.

Der Hauptpunkt ist: Wir müssen es schaffen, die Politik, die von der Regierung gemacht wird und die gut ist, unseren Mitgliedern zu verkaufen. Dann müssen wir es schaffen, daß diese Mitglieder unsere Politik draußen verkaufen. Wir brauchen keine Abgeordneten – ich möchte das ganz klar sagen; es ist vorhin angeklungen – in der Disco. Wir brauchen auch keine Kreisvorsitzenden am Stammtisch, keine Kaffeerrunden. Die Leute, die wir jeden Tag sehen – das wird jeder verstehen –, brauchen wir nicht auch noch in der Disco zu sehen. Wenn der Abgeordnete – es mag auf den einen oder anderen nicht zutreffen – in seinem Anzug in der Disco steht, ist das wirklich nichts Schönes. Meistens geht ihm jeder aus dem Wege.

Deshalb: Was wir schaffen müssen, ist, daß die Leute, die in der Disco sind, die am Stammtisch sitzen, die im Betrieb arbeiten, unsere Politik verkaufen. Das können wir nur dadurch schaffen, daß wir bessere, verstärkte Schulungen durchführen, das Informationsmaterial besser verkaufen. Unsere Mitglieder müssen endlich nach draußen gehen. Dafür müssen wir kämpfen. Erst dann schaffen wir es, daß sie nicht an der Arbeitsstätte oder in der Gastwirtschaft den Schwanz einziehen, sondern mit frechen und auch bestimmten Tönen unsere Politik verkaufen. Dann werden wir auch gewinnen.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Laurenz Meyer**, Tagungspräsidium: Danke schön. Jetzt Frau Süssmuth.

**Prof. Dr. Rita Süssmuth**: Ich möchte doch noch einmal etwas zur Jugend sagen, vor allen Dingen zu den Klischeebildern, die wir mit uns herumtragen. Ich habe den Eindruck, daß die Jugend heute nicht weniger schwierig oder weniger leicht ist als früher. Deswegen sollten wir sie so nehmen, wie sie jetzt ist.

(Vereinzelt Beifall)

Zunächst muß ich einmal sagen, wir haben mit den 60er Jahren und frühen 70er Jahren viel schwierigere Zeiten als heute hinter uns. Wir haben eine Jugend, die in großen Teilen bereit ist zuzuhören, auch auf unsere Argumente einzugehen, selbst wenn ihnen diese Argumente nicht passen.

Das zweite, was ich sagen muß: Die Jugend ist an den verschiedensten Orten anzutreffen. Die sprechen uns auf der Straße an, in den Schulen. Ich muß auch sagen, mir fällt es schwer, in Discos zu gehen. Es ist etwas anderes, wenn Herr Stern in die Disco geht oder wenn ich das tue. Es gibt Orte, die weniger geschickt sind, und andere Orte, die gut passen. Die Jugend hat ein genaues Gespür dafür. Es stimmt auch nicht, daß die Jugend das hören will, was wir meinen, sondern sie will unsere Auffassung argumentiert hören. Sie kann nur mit unserer Auseinandersetzung und mit unserem Widerstand erwachsen werden. Deswegen würden wir ihr einen schlechten Dienst tun, wenn wir ihr nach dem Mund reden würden.

(Beifall)

Der Gerhard Mayer-Vorfelder hat es leichter als viele von uns. Da er ein Fußballfan ist, müßte er eigentlich die gesamte baden-württembergische Jugend hinter sich haben. Wenn er dann noch Probleme hat, so kann es gar nicht sein.

Es gibt auch nicht den Kult der Zielgruppen. Wenn hier zu Recht von jungen Leuten gesprochen worden ist, dann ist zutreffend, daß junge Menschen und junge Frauen uns weniger wählen, als sie andere Parteien wählen. Also müssen wir uns ihnen mehr stellen, als es vielleicht andere tun müssen. Nur hat das überhaupt nichts damit zu tun, daß die Älteren nicht gefragt sind. Ein Problem, das wir offenbar haben, ist, daß wir bei den jungen Leuten – da hat Herr Stern recht – immer gleich fragen – ich erlebe das auch bei den jungen Frauen –, was sie denn an Erfahrung einbringen, welche Kompetenzen sie einbringen, welche Zeugnisse sie einbringen, junge Familienfrauen, welche berufliche Qualifikation sie einbringen. Wir sagen immer, man lernt das meiste durch Tun. Dann müssen wir das den jungen Menschen auch zubilligen; anders können sie es nicht lernen.

(Beifall)

Wir erleben sehr wohl – jetzt auch bei den Kandidatinnenaufstellungen und Bewerbungen für die Bundestagswahlen –, daß die Jüngeren mit dem Argument zurück-

gewiesen werden, sie wiesen nicht jene Fähigkeiten auf, die die Älteren hätten. Davon müssen wir Abstand nehmen, so können wir sie nicht gewinnen.

(Beifall)

Ein Letztes noch. Wenn wir uns so stellen, wie wir sind, und nichts Aufgesetztes tun, dann ist die Jugend viel eher bereit, uns anzunehmen, als wenn wir mit dem Schlagwort auftreten: Ich verkauf' dir heute abend etwas. – Verkauft haben möchten sie nichts, sondern sie möchten Argumente hören, warum wir so und nicht anders gehandelt haben. Vielleicht müssen wir Politik mehr als Prozeß vermitteln, deutlich machen, wie mühsam es ist, Kompromisse zu finden, und daß man schnell Ideale aufstellen kann, aber daß der Weg dorthin ein sehr mühsamer ist.

(Beifall)

**Laurenz Meyer**, Tagungspräsidium: Danke schön. Als nächster Herr Böhr.

**Christoph Böhr**: Meine Damen und Herren! Wer Parteireform will, muß Kritik ertragen können, und er muß auch zur Selbstkritik fähig sein. Nur, denke ich, es ist eine durchaus gute Übung, daß man Kritik gut begründet und nicht einfach so in den Raum stellt, nach dem Motto: Man trifft ein beliebtes Vorurteil, das gibt Applaus im Saal, und man ist wieder einmal derjenige, der in der öffentlichen Diskussion dann recht behält.

Ich habe mich hier gemeldet, weil in die Diskussion ein falscher Zungenschlag hineinkommt, nämlich ein Zungenschlag, demzufolge wir eine Gruppe in der Partei gegen eine andere ausspielen und rechthaberisch so tun, als wenn die einen besser wären als die anderen. Wir haben gemeinsam bestimmte Probleme. Wenn wir jetzt anfangen, sie einzelnen Gruppen in die Schuhe zu schieben, werden wir diese Probleme nie lösen. Wir werden sie nur gemeinsam lösen, und darum möchte ich bitten.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn wir anfangen, darüber zu reden, was junge Leute heute interessiert und wie wir junge Leute ansprechen können, so, meine ich, gibt es überhaupt keine Notwendigkeit, so zu tun, als wenn dieses Engagement in irgendeinem Gegensatz zu dem der Senioren-Union stünde. Meine Damen und Herren, ich habe mich hier gemeldet, weil Peter Radunski eine Bemerkung gemacht hat, die ich so nicht akzeptieren kann. Peter Radunski hat das Engagement der Senioren-Union begrüßt; ich tue das ebenfalls ausdrücklich. Meine Damen und Herren, wenn Sie sich einmal vor Ort in der Arbeit Ihrer Kreispartei kundig machen, werden Sie feststellen, daß es viele, viele gemeinsame Veranstaltungen von Junger Union und Senioren-Union gibt. Es gibt keine Spannungen zwischen diesen Vereinigungen. Aber man darf da nicht sagen, daß man sich erhofft, daß das Engagement der Jungen Union dem Engagement der Senioren-Union hoffentlich bald einmal nachzieht. Meine Damen und Herren, unsere Mitglieder sind sich in der Parteiarbeit für keine Arbeit zu schade, heute nicht, in der Vergangenheit nicht, und das wird auch in Zukunft nicht der Fall sein.

(Vereinzelt Beifall)

Wir arbeiten mit. Und glauben Sie, wir haben genausoviel zu ertragen wie Sie. In der Auseinandersetzung mit denjenigen, die unsere Gesprächsgruppen sind, haben wir im Hinblick auf politische Debatten, Aussehen und Ansehen der Union, Engagement der Bundesparteien in diesen Fragen genausoviel zu ertragen wie Sie, nicht weniger. Unsere Diskussionen sind nicht weniger schwieriger zu führen als die in anderen Gruppen. Sie werden nicht erleben, daß beispielsweise Junge Union nicht mehr Wahlkampf macht. Aber, meine Damen und Herren, wir sind in der Regel diejenige

Gruppe in der Partei, die am wenigsten eigene Kandidaten auf den Listen hat, und wir machen trotzdem Wahlkampf, und es ist gut so, daß wir trotzdem Wahlkampf machen. Aber dann gibt es überhaupt keinen Grund, uns gegen andere auszuspielen.

(Beifall)

Wenn Sie sich einmal überlegen, wenn heute junge Leute irgendwo antreten – das hat spürbar abgenommen; fragen Sie sich einmal, wo junge Leute in Personalauseinandersetzungen noch antreten – und für irgend etwas kandidieren, so ist kein Argument zu schade und zu dumm, als daß es nicht gegen junge Leute ins Feld geführt würde. Es gibt den Zwanzigjährigen mit dreißigjähriger Berufserfahrung nicht, den wird es auch in Zukunft nicht geben. Da ist die Junge Union in der Tat nicht in der Lage, den zu präsentieren, den können wir Ihnen nicht anbieten.

Wenn heute eine Einladung zu einer Diskussion kommt, von der man im Vorfeld wissen kann, daß sie einigermaßen schwierig wird, werden Sie in der Regel folgendes erleben, das ist der Alltag einer Kreispartei, und nicht nur einer Kreispartei, sondern der Alltag der Kreispartei der CDU Deutschlands –: daß der Kreisvorsitzende an diesem Abend sowieso verhindert ist, daß die stellvertretenden Kreisvorsitzenden in der Regel auch verhindert sind,

(Zurufe)

daß die Abgeordneten sowieso verhindert sind

(Zuruf: Hör doch auf!)

und daß dann der Kreisvorsitzende der Jungen Union die Einladung bekommt. Der darf da hingehen und sich alleine streiten. Das ist der Alltag in der Partei, nicht nur in einem Kreisverband.

(Vereinzelt Beifall – Zurufe)

Deshalb, meine Damen und Herren, wir jammern nicht über mangelnde Unterstützung, obwohl sich in diesem Zusammenhang vieles sagen läßt. Aber mangelndes Engagement uns vorzuwerfen, geht an der Sache vorbei. Das ist nicht der Aufbruch, den wir mit der Organisationsreform schaffen wollen. Da, finde ich, sollten wir gemeinsam an die Probleme herangehen.

(Beifall)

**Laurenz Meyer**, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Böhr. Jetzt hatte sich Helmut Kohl zu Wort gemeldet. – Als letzter, gut. Dann kommt jetzt erst Herr Sager aus Schleswig-Holstein. Bitte schön.

**Reinhard Sager**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich dafür, daß ich vor dem Bundeskanzler zunächst noch etwas sagen darf. Es geht hier in Wahrheit doch nicht um die Frage „Alle Macht der Jugend“, nehmen wir das bitte einmal zur Kenntnis. Der Kernpunkt ist doch einfach der, ob die Jugend angemessen vertreten ist. Das ist für mich die entscheidende Frage. Es geht darum, daß die soziologische Gewichtung innerhalb der Partei insgesamt stimmt. So muß es sein. Damit eines klar ist, auch an Ihre Adresse, Herr Mayer-Vorfelder –: Ohne die Jugend sähe es in unserer Partei, in der CDU, ein ganzes Stück trauriger aus.

(Vereinzelt Beifall)

Mein Landesvorsitzender der CDU Schleswig-Holsteins hat in einer Veranstaltung kürzlich gesagt, die Junge Union ist das Wichtigste, was es gibt. Es liegen doch Welten zwischen dem Vorschlag von Herrn Mayer-Vorfelder und dieser Aussage, meine Damen und Herren.

Meine Damen und Herren, entscheidend für das Gewinnen von Vertrauen bei der Jugend ist doch die richtige Ansprache der Jugend. Und ich habe diese Diskussion – da bin ich mit dem Bundeskanzler, mit dem Vorsitzenden einig – als eine Art Ideenbörse begriffen: daß wir nach den bestmöglichen Veranstaltungsformen suchen, nicht nur die Jugend, sondern die Menschen insgesamt anzusprechen. Da ist doch die beste Idee gerade gut genug für eine CDU, die schwierigen Zeiten entgegengeht.

Ich denke, da ist nicht nur die Jugend allein gefordert. Da sind wir alle gefordert: Da sind die Jungen wie die Älteren gefordert, da sind die Frauen so gefordert wie die Männer. Wir sollten da gemeinsam an die Sache gehen; denn nur gemeinsam kommen wir weiter.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Laurenz Meyer**, Tagungspräsidium: Als nächstes Herr Schwarz.

**Stefan Schwarz**: Lieber Herr Mayer-Vorfelder, damit wir uns nicht mißverstehen: Wir können es auch anders machen. Ich habe soeben versucht, in Ruhe und in aller Gelassenheit einige Dinge zu sagen, die mir wichtig erscheinen. Aber ich sage Ihnen jetzt mal ganz sportlich: Sie müssen mir nichts von Kampf erzählen. Ich bin Klassensprecher gewesen, bin Vertrauensmann bei der Bundeswehr gewesen, bin Jugendvertreter und Mannschaftskapitän gewesen, ich habe in der Kneipe ausgeholfen. Also, erzählen Sie mir bitte nicht, wie das praktische Leben ist! Und bezeichnen Sie mich und meine Kollegen nicht als Gymnasiastenclique; das ist unfein.

(Beifall)

Wir sind auch keine Milchbubis, Herr Mayer-Vorfelder. Ich fahre im Jahr – ich erzähle das nicht oft – ca. 60 000 Kilometer mit meinem Auto – mit 25 Pfennig –, damit andere wie Sie Großartiges leisten und das auch mit dem Dienstwagen machen können; damit das klar ist.

(Beifall)

Nächster Punkt: Sie haben von katholischer Jugend geredet. Ich kenne viele, die in der katholischen Jugend sind. Bei uns im Dorf – wir haben 1500 Einwohner – kann man das noch überblicken. Ich weiß nicht, wann Sie zum letztenmal mit denen diskutiert haben. Ich gehe davon aus, daß Sie zwar frisch, fromm, fröhlich und frei das Gespräch pflegen. Nur, wenn Sie das Gespräch so pflegen wie hier, können Sie vielleicht nach Hause gehen und sagen: Ich habe es denen gezeigt. Aber es ist etwas mehr nötig, als den anderen nur die Meinung zu sagen. Man muß auch versuchen zu überzeugen.

(Beifall)

Lassen Sie mich noch sportlich einen kleinen draufsetzen: Wenn man so etwas macht, kann das auch zum Selbsttor werden, Herr Ligaausschuß-Vorsitzender.

Und ich will Ihnen noch etwas sagen: Die Jungen und die Alten in der CDU – täuschen Sie sich da nicht – kommen miteinander erheblich besser klar, als das manch einem aus Ihrer Generation, wenn man mal darüberguckt, lieb ist; damit das klar ist. Wir kommen mit den Alten erheblich besser klar als mit vielen – nicht mit allen – aus dem „Mittelalter“.

Das hat auch einen Grund: Die Alten haben den Laden, auf dem Sie stehen, auf dem ich stehe usw., aufgebaut. Und die Alten haben eine viel bessere Antenne – das ist mein Eindruck – als viele derjenigen, die im Saft stehen, dafür, wenn im Laden etwas nicht stimmt. Und die sagen es dann, die sagen es auch uns.

(Beifall)

Und ich will eine letzte Bemerkung machen: Helmut Kohl hat ja die Zahlen hier im Antrag und die ganze Geschichte in Wiesbaden nicht umsonst gemacht. Also, wenn es nach Gerhard Mayer-Vorfelder geht: Raus, Leute, Kampf – fertig! Also, mir braucht wirklich keiner etwas davon zu erzählen. Nur, es muß drin sein – das ist meine dringende Bitte, und deshalb ist der Schlagabtausch von mir aus hier beendet –, daß wir anständig miteinander reden und nicht so, daß das Mikro trieft, hier Volksreden halten. Ich halte den anderen Weg für wesentlich besser.

(Beifall)

**Laurenz Meyer**, Tagungspräsidium: Mit der Wortmeldung von Helmut Kohl wird dann die allgemeine Aussprache zu Ende sein, so daß wir in die Beratung der Anträge einsteigen können.

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren, als erstes will ich einmal sagen: Ich finde es sehr gut, daß wir hier auch eine richtige Talentschau erleben. Auch das finde ich ganz beachtlich.

(Beifall)

Ich habe mich gemeldet, um noch einige kurze Bemerkungen zu machen.

Zunächst einmal, weil mir sehr daran liegt – Heinz Soénius hat hier gesprochen, Graf von Schwerin für die Sozialausschüsse –, daß aus meinen Ausführungen auf gar keinen Fall der Eindruck mitgenommen wird, ich wolle die traditionelle Aufgabe der Sozialausschüsse verändern. Heinz Soénius, es ist völlig klar – das ist in früheren Zeiten als „Zwei-Beine-Theorie“ bezeichnet worden –: Tätigkeit in der Partei und Tätigkeit in der Gewerkschaft bejahe ich selbstverständlich; ich habe ja immer dafür geworben. Nur, ich will noch einmal sagen: Die Partei muß die tragen, die aus unserer Union in der Gewerkschaften arbeiten. Doch umgekehrt gilt auch: Die, die in der Gewerkschaftsbewegung stehen und dort – nicht zuletzt, weil sie Unionsmitglieder sind – gewählt werden, müssen zu unserer Sache stehen und kämpferisch dafür eintreten. Das ist ein Prinzip auf Gegenseitigkeit.

(Beifall)

Ich denke, daß wir darin völlig einer Meinung sind.

Und es ist auch wahr – aber das gilt doch nicht nur für die Sozialausschüsse –, daß jede Vereinigung in einem besonderen Umfeld arbeiten muß, das auch eigene Bedingungen hat. Das gilt genauso für die Junge Union. Wenn die Junge Union erfolgreich arbeiten will, muß sie sich sinnvollerweise auf das Umfeld, in dem sie arbeitet, auf dessen Bedingungen einstellen.

Oder ich nehme eine andere Gruppe, die keine Vereinigung ist, die aber doch aufs engste mit uns verbunden ist. – Ich habe das vorhin leider vergessen; das ist auch ein Grund, warum ich mich noch einmal gemeldet habe. – Ich nenne den Ring Christlich-Demokratischer Studenten. Liebe Freunde, es gehört an vielen deutschen Universitäten heute Mut dazu, sich als RCDS-Mitglied für die Sache der CDU hinzustellen – mehr Mut, als in nahezu allen anderen Bereichen unserer Gesellschaft.

(Beifall)

Deswegen verdient diese Gruppe unsere ganz besondere Unterstützung.

Aber das Umfeld, in dem sich die jungen Leute im RCDS bewegen – auch was das äußere Erscheinungsbild angeht – entspricht zum größten Teil natürlich überhaupt nicht den althergebrachten Vorstellungen in vielen Kreisparteiorgans. Dabei finde

ich, es wäre eine Hilfe für viele, wenn sie nicht ihre eigenen Erfahrungen von vor 30 Jahren als Maßstab anlegten, sondern sich einmal ihre eigenen Kinder anschauen würden; denn die laufen ja genauso rum wie die jungen Leute vom RCDS.

Was mir nicht gefallen hat, so schön ich die Debatte in ihrer Offenheit fand, ist, daß manchmal so pauschale Urteile abgegeben werden. Vielleicht können wir das abstellen; das würde es erleichtern, politische Kultur, eine gute Streitkultur zu wahren, von der Kurt Biedenkopf gesprochen hat. Im Nachklang zu gestern sage ich übrigens: Ich will doch einmal darauf hinweisen, wer diese Debatte, die wir jetzt führen, angeregt hat, damit das nicht ganz untergeht und ganz vergessen wird: so viel zum Stichwort „diskutierende Partei“.

(Beifall)

Also, lieber Herr Stern, ich bin immer gespannt auf Ihre Beiträge, weil sie aus dem vollen Herzen kommen und auch Ecken und Kanten haben. Aber das will ich Ihnen schon sagen: Sie können nicht pauschal behaupten, Abgeordnete seien nicht in Diskotheken bei jungen Leuten. Sie können höchstens sagen: Ich selbst habe das in meinem politischen Leben noch nicht erlebt. Denn das muß ich Ihnen sagen: Ich kenne eine Menge Abgeordnete – übrigens auch solche, die hier oben sitzen; ich zähle mich ausdrücklich dazu –, die diese Art der Diskussion schon vor Jahrzehnten gepflegt haben.

(Zustimmung)

Es ist einfach nicht fair, wenn wir so pauschale Urteile fällen.

Und unser Freund Mayer-Vorfelder – er ist ja ein Freund, der Herausforderungen genießt, aber er hat dann natürlich auch die Retour-Kutsche zu ertragen –: er hat natürlich auch nicht recht, wenn er pauschal sagt: Die Junge Union, das sind alles Gymnasiasten. Das weiß natürlich auch jeder, daß das so nicht ist,

(Zustimmung)

daß eine Mischung besteht. Aber daß da ein bißchen was dran ist, lieber Freund Böhr, ist auch wahr.

Aber eines will ich jetzt einmal sagen – als einer, der in politischen Gremien auch einmal einer der Jüngsten war – es sitzen ja auch altgediente frühere Vorsitzende der Jungen Union hier oben –: Wir haben damals natürlich auch schon darüber geklagt, daß wir nicht zum Zug kommen würden. Und dieser leicht wehleidige Ton, lieber Freund Böhr, den man dabei herausgehört hat, den mag ich nicht.

(Beifall)

Stefan Schwarz, der hier gesprochen hat, hat die Gabe von seinen Eltern übernommen, klar und offen zu formulieren,

(Heiterkeit)

was jetzt keine Herabminderung von Vater und Sohn ist; ich kenne sie beide viel zu lange. Aber eines ist doch wahr: Daß ein Abgeordneter dann, wenn ein anderer kommt, und sagt: „Ich will Abgeordneter werden!“ nicht in Jubel-Geschrei ausbricht, ist doch ganz selbstverständlich. Vielleicht kann man sich verständigen, vielleicht gibt es dann aber auch eine Gegenkandidatur. Wissen Sie, wir sind immer sehr groß, wenn wir sagen: Es muß demokratisch zugehen, es müssen möglichst viele Kandidaten da sein. Bloß, wenn wir selbst betroffen sind, meine Damen und Herren, dann wird ein großes Geschrei gemacht, dann nennt man das „Richtungskämpfe“ und vieles andere mehr. Ich halte von so etwas überhaupt nichts. Ich bin in meinem Leben oft genug angetreten und auch einige Male bei wichtigen Wahlen durchgefallen.

Man schimpft nun darüber, daß die Alten oder die sogenannten „Mittelalterlichen“ den Jungen nicht Platz machen. Was heißt heute schon „alt“? Das ist einer von den Ausdrücken, die ich früher auch gebraucht habe. Jetzt gehöre ich selbst in diese Kategorie. Im Klartext heißt das doch: Solche Diskussionen wird es immer geben.

Ich gebe eines zu: Als Gerhard Stoltenberg und viele andere hier – auch ich – in den 50er Jahren über die Junge Union in unserer Partei eine Rolle zu spielen begannen, hatten wir einen Vorteil, der nicht von unseren Leistungen abhing, sondern der durch andere Umstände bedingt war: Viele der Angehörigen der Generation vor uns waren gefallen, oder sie sind quasi „weg-entnazifiziert“ worden. Das hatte einen Übergang von relativ Alten direkt zu relativ Jungen zur Folge. Das gab uns Chancen. Wir sind schneller in Ämter gekommen als andere in anderen Zeiten. Dies beruhte wahrlich nicht nur auf unseren Leistungen, sondern war auch ein Stück Fortune.

Ich kann schon verstehen, daß nicht wenige aus der ganz jungen Generation und der jüngeren Generation angesichts des jetzigen Altersaufbaus in unseren Reihen solche Fragen, wie sie hier gestellt wurden, aufwerfen. Eine vernünftige Altersstruktur unserer Partei muß – auch was die Führungsfunktionen betrifft – natürlich auch die verschiedenen Generationen widerspiegeln. Laßt uns das offen miteinander besprechen und die Meinungsverschiedenheiten, wenn es sein muß, auch streitig austragen. Kandidatur und Gegenkandidatur ist doch nie eine Schande. Wer in einer solchen Abstimmung aber nie richtig Prügel bezogen hat, der lernt auch nicht gewinnen, lieber Freund Böhr. Das ist meine Lebenserfahrung.

(Beifall)

**Elke Wülfing**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Kohl.

Wir kommen nun zur Behandlung der Anträge. Es sind jetzt die Anträge A 1 sowie A 3 bis A 5 aufgerufen. Die Antragskommission empfiehlt Annahme in der von ihr vorgeschlagenen Fassung. Zu diesen Anträgen hat sich Herr Wolfgang Schwade aus Nordrhein-Westfalen zu Wort gemeldet.

**Wolfgang Schwade:** Meine lieben Parteifreundinnen und Parteifreunde! Im Vorfeld der Diskussion über das Papier „Moderne Parteiarbeit in den 90er Jahren“ war oft das Argument zu hören, das Papier diene letztlich nur der Sanierung der Parteikassen, und die erforderliche Beitragserhöhung solle nur einen schönen Rahmen erhalten. In der Tat sind 30 % der Anträge zu dem Papier letztlich nur auf die Beitragsfrage gerichtet.

Andererseits enthält das Papier aber neben einer Reihe von Selbstverständlichkeiten, die aber vielleicht auch einmal in der CDU so zum Ausdruck gebracht werden mußten, eine Menge guter Vorschläge, erstrebenswerter Ziele und zum Teil auch echter Herausforderungen an unsere Partei. Damit diese Thesen kein Schubladenprogramm werden, das nach der Diskussion, die wir hier gemeinsam führen, in den Aktenordnern der Partei verstaubt, sind wir vom Kreisverband Soest der Auffassung, daß der Bundespartei kontinuierlich über die Umsetzung und Verwirklichung dieses Papiers berichtet werden sollte. Deshalb bitten wir darum, den Antrag des Kreisverbandes Soest entgegen der Empfehlung der Antragskommission in der Ihnen vorliegenden Fassung zu verabschieden und den Generalsekretär zu beauftragen, alle zwei Jahre auf einem Bundesparteitag über die Umsetzung der in dem Programm niedergelegten Ziele zu berichten. Wir wünschen also eine Berichterstattung ähnlich der, wie sie im Rahmen des Frauenberichtes erfolgt, der immer wieder eine Menge wichtiger Zahlen

liefert. Ich will Ihnen einige davon nennen: Von 259 Kreisvorsitzenden sind nur 6 Frauen. Unter 10 Landesgeschäftsführern gibt es keine Frau. Von 227 Kreisgeschäftsführern sind nur 39 Frauen. Allein solche Fakten zu erfahren, läßt es als sinnvoll erscheinen, kontinuierlich einen Bericht entgegenzunehmen. In gleicher Weise wünschen wir uns einen Bericht über die Umsetzung des Papiers „Moderne Parteiarbeit in den 90er Jahren“. Ich bitte Sie daher, unserem Antrag zuzustimmen. Das bedeutet gleichzeitig, daß über die Anträge einzeln abgestimmt werden muß. Darauf möchte ich hier gleich hinweisen.

Ich möchte auch gleich die Gelegenheit nutzen, Sie auf Antrag A 5 hinzuweisen. Das vorliegende Papier stellt eine Analyse unserer Parteiarbeit dar und richtet sich damit natürlich an die CDU. Immer dann, wenn problematische Punkte angesprochen werden, wenn kritische Fragen erörtert werden, ist in dem Papier nicht mehr von der CDU, sondern von „den Parteien“ die Rede. Ich meine, es ist eine Frage der Ehrlichkeit und auch der Glaubwürdigkeit, jeweils die CDU zu nennen. Ich bitte Sie, auch diesem Antrag des Kreisverbandes Soest zu folgen.

(Beifall)

**Elke Wülfing, Tagungspräsidium:** Zu Antrag A 5 hat Herr Dr. Pohl das Wort.

**Dr. Ottmar Pohl:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Der Tendenz zur Berufspolitik auf Landesebene muß entgegengewirkt werden.“ Richtig! Warum aber nur auf Landesebene? Das ist die erste Frage.

Die zweite Frage lautet: Was haben wir denn eigentlich unternommen – Herr Radunski, ich habe Sie das schon einmal gefragt –, um das blödsinnige Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahre 1976, das uns eben jenes auf Landesebene verschrieben hat, durch einen Musterprozeß aus der Welt zu schaffen? Damals hat ein saarländischer Abgeordneter wegen der Entschädigung geklagt. Das Bundesverfassungsgericht hat in das Urteil damals hineingeschrieben – Gottfried Milde, Du weißt es doch noch –: Die saarländischen Landtagsabgeordneten sind Berufspolitiker. – Wir waren alle dagegen. Wir waren auch in Nordrhein-Westfalen dagegen. Wir mußten dann aber die Konsequenz aus diesem Urteil ziehen. Meine Damen und Herren, wir haben dies doch nicht erfunden. Herr Geißler, das Bundesverfassungsgericht hat dies erfunden. Meine Frage lautet also: Was tun wir denn, um dieses Urteil aus der Welt zu schaffen?

Ich will eine weitere Frage stellen: Wie gehen wir tatsächlich vor? Ich will nicht so weit wie der Kreisverband Pirmasens-Land gehen, der gesagt hat, das, was geschrieben worden sei, sei zu wenig und unausgegoren. Wir wissen doch aber – das habe ich von meinem Landesvorsitzenden Blüm gelernt –: Es gibt keinen Königsweg, der aus solchen Misereen herausführt. Es gibt nur eine Vielzahl von Wegen, die nebeneinander besritten werden müssen. Es müssen doch Tatsächlichkeiten geändert werden. Das ist von einem Kreisverband auch vorgeschlagen worden. Es müssen Entschädigungsgesetze geändert werden. Warum gewinnen wir für uns denn keine Ärzte und Rechtsanwälte? Weil diese Leute als Freiberufler auf den Kontakt mit den Menschen angewiesen sind. Wenn sie sich einen Angestellten in ihre Praxis setzen und nach fünf Jahren, wenn sie nicht mehr wiedergewählt werden, zurückkommen, sagt der Angestellte: Ich habe den Kundenstamm der Praxis inzwischen übernommen; suchen Sie sich einen neuen Kundenstamm. – Wir müssen uns also etwas Tatsächliches

überlegen. Überlegungen im Zusammenhang mit der Inkompatibilitätsregelung reichen nicht aus. Diese Regelung soll überprüft werden, ob nun im Blick auf Landräte, Beigeordnete, Dezernenten oder wen auch immer. Wir müssen etwas tiefer graben.

Nun kommt der Kreisverband Pirmasens-Land und schreibt – ich verstehe die Antragskommission, was diesen Punkt angeht, nicht –: Wir müssen jetzt eine Kommission einsetzen – Herr Radunski, es muß ja keine große Kommission sein –, um den Dingen einmal nachzugehen. Gottfried – Willi Rawe war auch dabei –, was haben wir uns damals Mühe gegeben, um dieses Urteil nach Möglichkeit nicht so umsetzen zu müssen, wie es uns das Urteil eigentlich vorgeschrieben hat. Laßt uns doch jetzt einmal gemeinsam überlegen, wie wir verfahren wollen. Statt dessen wird aber gesagt: Das brauchen wir nicht zu tun. Wir machen allgemeine Ausführungen und schreiben einfach hinein: Was interessiert uns das Bundesverfassungsgericht? Wir sind ja sonst immer verfassungsgerichtstreu. Urteilsschelte darf es auch nicht geben. Wir machen das einfach so. Damit wird doch aber wieder etwas deklariert, was in der Tatsächlichkeit auf Grund rechtlicher Hindernisse zunächst einmal nicht geht. Tatsächliche Vorschläge werden nicht gemacht.

Ich bitte deshalb die Antragskommission, ernsthaft zu überlegen. – Ich sehe gerade, daß Herr Ministerpräsident Wallmann nicht anwesend ist. Er hat im Hessischen Landtag doch auch gerade so einen Anlauf gemacht. Was ist denn eigentlich daraus geworden? Abgesehen davon, daß die Leute das nicht wollten – das ist eine andere Frage; eine Deklaration zu beschließen ist ganz einfach –, muß doch auch einmal überlegt werden: Wie geht das denn rechtlich? Welche Maßnahmen muß ich denn tatsächlich ergreifen? Der Kreisverband Pirmasens-Land hat recht, wenn er sagt, daß das, was gesagt wird, zu wenig und noch unausgegoren sei.

Wenn man es ernst meint, sollte man so verfahren, wie es der eine Kreisverband beantragt hat: Setzen wir einmal drei Leute dafür ein – mehr brauchen wir dafür nicht –, wirklich konkrete Vorschläge zu erarbeiten. Ob sich das Ganze dann immer noch auf die Landesebene bezieht, werden wir sehen. Wir brauchen qualifizierte Leute. Wir haben hier darüber diskutiert, warum wir in der Krise sind.

Wir haben immer noch nicht gemerkt, daß alle Großorganisationen zusammen in der Krise sind, daß die Bindung an Großorganisationen abnimmt. Sehen Sie, ich bin einer von den gescholtenen Kreisvorsitzenden.

**Elke Wülfing**, Tagungspräsidium: Herr Dr. Pohl, darf ich Sie einmal kurz unterbrechen. Sie hatten auf Ihren Zettel geschrieben „A 5“. Wir wundern uns schon die ganze Zeit über das Thema. Wir sind in der allgemeinen Aussprache.

**Dr. Ottmar Pohl**: Nein, wir sind nicht in der allgemeinen Aussprache. Ich bin erst einmal dran, klarzumachen, wie wir denn dahin kommen, daß wir weniger Berufspolitiker haben. Das ist A 5.

(Zuruf: Nein, A 50!)

– Nein, A 5.

**Elke Wülfing**, Tagungspräsidium: Nein, wir sind zur Zeit bei den Anträgen A 1 und A 3 bis A 5, und Sie sprechen zu A 50. Sie hatten auf Ihren Zettel A 5 geschrieben.

(Heiterkeit)

**Dr. Ottmar Pohl:** Nein, nein, dann melde ich mich noch einmal an der Stelle, aber von dem Inhalt, Frau Präsidentin, nehme ich kein einziges Wort zurück.

(Erneute Heiterkeit)

**Elke Wülfing,** Tagungspräsidium: Wir freuen uns auf Ihren Beitrag nachher. Jetzt spricht für die Antragskommission Herr Zeyer.

**Werner Zeyer,** Antragskommission: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Lassen Sie mich zu Beginn dieser Diskussion darauf aufmerksam machen, daß es sich um die Fassung der Präambel handelt. Die Präambel ist – das ist ganz natürlich – in der Kommission bereits sehr eingehend beraten worden. Sie ist auch im Bundesvorstand und im Bundesausschuß beraten worden. Natürlich ist eine Formulierung nie so gut, daß sie nicht noch besser werden könnte. Nur bitte ich um eines, es muß hier bedacht werden, daß eine teilweise Änderung unter Umständen dann Folgen für den gesamten Duktus in der Präambel hat. Das müssen die Antragsteller bei ihren Anträgen, die teilweise nur Halbsätze betreffen, teilweise nur Wörter, berücksichtigen.

Lassen Sie mich nun zu den Änderungsanträgen unmittelbar Stellung nehmen. Die Antragskommission geht davon aus, daß selbstverständlich der Generalsekretär in seinen regelmäßigen Berichten vor den Parteitagen auch darüber Bericht erstattet, wie es mit der Ausführung der von diesem Bundesparteitag beschlossenen Richtlinien für die Parteiarbeit steht. Wir waren aber der Meinung, daß darüber hinaus keine besondere Berichtspflicht statuiert werden sollte, weil dies mit einem erheblichen Verwaltungsaufwand verbunden wäre, zumal der Antrag darauf abzielt, daß ähnliches auch auf Landesverbands- und Kreisverbandsebene geschehen soll. Wir sind der Meinung, daß das mit der allgemeinen Berichtspflicht auf allen Ebenen der Partei genügt.

Zum Antrag A 5 vom Kreisverband Soest. Wir bitten sehr herzlich darum, es bei der Formulierung „den Parteien“ zu belassen. Die Formulierung ist sehr sorgfältig ausgewählt, und sie entspricht dem ganzen Duktus des Papiers. Wir bitten deshalb, den Antrag in der Fassung, wie von der Antragskommission empfohlen, anzunehmen.

**Elke Wülfing,** Tagungspräsidium: Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen angenommen.

Wir kommen zur Präambel des Antrags. Ich rufe Ziffer 1 des Antrags des Bundesausschusses auf. Dazu gehören die Anträge A 7 bis A 26 und A 425 bis A 426. Fundstelle ist die Antragsbroschüre Seite 2 bis 8 sowie die Sammlung der Initiativanträge 3 Seite 2. Dazu liegt folgende Wortmeldung vor: Herr Heinz Schwarz aus Rheinland-Pfalz zu A 7. – Herr Heinz Schwarz, bitte.

**Heinz Schwarz:** Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte für die Fassung sprechen, wie sie der Bundesausschuß vorgelegt hat. Ich möchte allerdings eine Angelegenheit unterstreichen: Auf den Seiten 3 und 4 stehen hehre Worte. Ich habe den Eindruck, daß es notwendig ist, daß wir uns auch an das halten, was wir verkünden. Ich habe heute in den Zeitungen gelesen, daß es für den Parteivorsitzenden Adenauer Stimmresultate von 100 % gab. Ich war damals dabei. Damals stimmten wir noch per Akklamation ab. Wir waren auch mal jung. Wir haben dann mit viel Mühe in dieser Partei durchgesetzt, daß man geheim wählt, weil wir wußten, wir Jungen haben nie eine Chance, wenn es in einer Honoratiorenpartei darum geht. Alle sind dafür, keiner hat sich getraut, dagegen zu stimmen.

Wir haben gestern einen Parteivorstand gewählt und hatten nicht die Zeit, daß sich die Kandidaten vorstellen. Wenn wir von Aufrichtigkeit reden, wenn wir von Offenheit reden und wenn dann Bier wichtiger ist als Kandidatenvorstellung, dann entspricht das nicht dem, was wir hier aufgeschrieben haben;

(Teilweise Beifall)

denn das bedeutet dann, daß dieser Junior nicht einmal die Chance hat, sich hier hinzustellen und zu fragen: Wen sollen wir denn wählen? Nein, wenn wir Parteiarbeit ernst nehmen, dann müssen wir uns auch an das halten, was wir aufgeschrieben haben. Ich habe alle Parteitage dieser Partei miterlebt. Den Vorgang von gestern abend hat es zum zweiten Mal auf einem Parteitag der CDU Deutschlands gegeben. Ich finde, Kandidatenvorstellungen, Personaldebatten dürfen nicht der Mehrheitsentscheidung unterliegen, genausowenig wie das, was wir in unsere Satzung geschrieben haben, daß geheim gewählt werden muß.

(Teilweise Beifall)

Wenn wir von Stil reden, dem wir uns verpflichtet fühlen, dann ist meine dringende Bitte an uns als Kreisvorsitzende, als Ortsverbandsvorsitzende, vielleicht auch an die Bundestagspartei – da kommen ja auch einige aus der Jungen Union und haben für Chancengleichheit gekämpft –, daß wir das beachten, was wir hier gesagt haben. Das ist mein dringender Wunsch an diesen Parteitag, wenn wir von Glaubwürdigkeit reden. Wenn abgewogen wird, ob überhaupt eine Chance besteht, sage ich mir ja schon als ein theoretisch mögliches Mitglied der Senioren-Union: Müssen wir in der Union noch die Schwarzen Panther gründen, damit wieder etwas von dem herauskommt, wofür wir gekämpft haben, nämlich Chancengleichheit für alle in dieser Partei?

(Beifall)

**Elke Wülfing**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Schwarz. – Jetzt Herr Charly Halft aus Nordrhein-Westfalen zum Antrag 7. – Oder ist er nicht im Saal?

**Charly Halft**: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Präsidentin, Sie müßten vorher ankündigen, wer das Wort ergreifen soll, dann kann man sich darauf präparieren, dann geht es auch zügiger. Nur weil Sie so viel Wert auf schnellen Ablauf legen – mit Recht, wie ich sagen muß.

Ich habe mich zu Wort gemeldet, obwohl ich wahrscheinlich gleich das erleben werde, wovon der Bundesvorsitzende gesagt hat, man müsse auch mal Prügel einstecken, um Lebenserfahrungen zu gewinnen. Lebenserfahrung habe ich schon eine Menge, Prügel eingesteckt habe ich auch schon eine Menge in dieser Partei, ich bin trotzdem noch dabei, und es macht mir auch weiter Spaß.

Ich will etwas zu dem Passus sagen, der sich in dieser Präambel mit der Vereinbarung einer politischen Zusammenarbeit oder einer Koalition mit links- oder rechtsradikalen Parteien auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene befaßt. Erstens habe ich etwas gegen einen Zentralismus, der uns von oben par l'ordre de Mufti etwas verordnet, was wir unten wesentlich besser überblicken können. Zweitens habe ich etwas gegen die Enumeration, die diesem allgemeinen Satz folgt. Da steht also etwa drin „die Grünen“. Ich kann aus meiner Erfahrung sagen, daß die Grünen nicht alle radikal sind. Ich kann das in Siegburg, wo ich herkomme, seit Jahren überblicken. Ich habe ein gutes Verhältnis zu denen. Die kommen zum Teil aus der Jungen Union, zum Teil aus der SPD, zum Teil aus der FDP und haben sich vor einigen Jahren zu den Grünen zusammengeschlossen. Das sind durchaus nicht radikale Leute, sondern Leute, die zum Teil mit mir alt geworden sind, aber auch jüngere.

Aber die meisten sind in meinem Alter. Die GRÜNEN haben eben auch das Jugendproblem.

Da kann ich sagen: Das sind keine Radikalen. Bei manchen Umweltsachen ist das Gegenteil der Fall. Da kann ich auch wieder von Siegburg reden. Wir haben schon 1970 – da dachte noch keiner an die GRÜNEN – einen Arbeitskreis Umwelt gegründet. Wir haben das Problem also frühzeitig erkannt, und wir haben auch – um noch einen Satz zum Thema „Jugend“ zu sagen – eine 21jährige Kandidatin. Wir sehen also auch zu, daß wir Nachwuchs in den Rat kriegen.

Ich kann aber eben nur sagen, daß das dort keine Radikalen sind, sondern daß sie bei gewissen Projekten durchaus mit uns zusammenarbeiten – oder wir mit ihnen. Ich könnte mir durchaus vorstellen, daß man in gewissen Bereichen auch mit denen zu einer Vereinbarung oder zu einer politischen Zusammenarbeit käme.

Wenn aber das, was hier steht, festgeschrieben wird, erleidet dieses Papier nach meinem Eindruck das Schicksal vieler Papiere, nämlich daß man es beschlossen hat, und dann legt man es zu den Akten und handelt ganz anders. Ich meine – und habe das gestern schon gesagt –, da sollten wir uns unsere Glaubwürdigkeit bewahren und nur solche Dinge ins Programm schreiben, die wir auch zu realisieren bereit sind.

Ein letzter Satz zu den Jungen oder jungen Erwachsenen: Auch für die meisten von denen sind die GRÜNEN keine radikale Partei. Wer mit den Leuten draußen spricht, wird das feststellen. Die Diskussion über die GRÜNEN, die einige auf Bundesebene führen, schlägt nach unten nicht durch, und etwa in Sachen Gewalt steht das auch nicht so in deren Papieren. Auch da sollten wir also durchaus die Realität auf Ortsebene überblicken können, und von daher schlage ich vor, die gesamte Aufzählung herauszulassen und dann den einzelnen entscheiden zu lassen, was er auf der Basis unseres Parteiprogramms und unserer Ansichten meint tun zu können und was nicht. Wir sind da am Ort Mann und Frau genug, das selber entscheiden zu können.

(Vereinzelte Zustimmung)

**Elke Wülfing**, Tagungspräsidium: Wünscht der Sprecher der Antragskommission das Wort dazu? – Nein, der Generalsekretär spricht dazu. Bitte!

**Volker Rühe**, Generalsekretär der CDU: Es ist doch gar keine Frage – das gilt für alle angesprochenen Parteien –, daß nicht jeder, der vor Ort arbeitet, ein Radikaler ist. Schon gar nicht gilt das für die Wähler; das sind ganz vernünftige Leute.

Aber schauen Sie sich doch einmal an, was die GRÜN-Alternativen in der Sommerpause zur inneren Sicherheit vorgelegt haben:

(Zustimmung)

Abschaffung des Verfassungsschutzes. Dann wird das Gewaltmonopol des Staates, das nun wirklich zu den demokratischen Errungenschaften gehört – in der Demokratie hat der Staat dieses Monopol –, in schärfster Weise angegriffen. Schauen Sie sich an, wie viele GRÜN-Alternative mit Leuten zusammenarbeiten, die auch nahe an der terroristischen Szene sind. Wir kennen das in Hamburg von der Hafensstraße.

(Zustimmung)

Es gibt keine Distanzierung der GRÜN-Alternativen von der Gewaltanwendung in der Hafensstraße. Die Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz wird nicht garantiert.

Ich meine also, es gibt hier gute Gründe, genauso wie bei den anderen Parteien, ohne daß man von jedem einzelnen vor Ort – wir kennen sie ja alle – sagen müßte, es sei ein

Radikaler. Aber wir sagen in aller Klarheit: Was das Verhältnis zur Demokratie, zum Rechtsstaat, zur Frage des Gewaltmonopols des Staates angeht, handelt es sich bei den GRÜN-Alternativen um eine radikale Gruppierung. Deswegen meine ich schon, daß wir dies nach links wie nach rechts in aller Deutlichkeit sagen sollten. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Elke Wülfing**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Volker Rühle. Die Antragskommission wünscht nicht das Wort. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? Bei wenigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen ist es so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 2 des Antrages des Bundesausschusses auf. Dazu gehören die Anträge A 27 bis A 41 und A 427. Fundstellen sind die Antragsbroschüre, Seiten 9 bis 12, und die Sammlung der Initiativanträge III, Seite 3. Dazu hat sich Herr Wolfgang Schwade gemeldet. Er spricht zum Antrag A 36.

Ist Herr Schwade nicht im Raum? – Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist einstimmig so beschlossen.

**Helmut Sauer**, Tagungspräsidium: Wir kommen nun zum Kapitel I: Repräsentanz in staatlichen Vertretungskörperschaften. Ich rufe die Ziffer 3 des Antrages des Bundesausschusses auf. Dazu gehören die Anträge A 42 bis A 48 sowie A 428. Fundstellen sind in der Antragsbroschüre die Seiten 12 bis 14 und in der Sammlung der Initiativanträge III die Seite 3.

Zu Wort gemeldet hat sich niemand. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 3 mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe Ziffer 4 des Antrages des Bundesausschusses auf. Das ist der Antrag A 49. Fundstelle ist die Seite 14. Dazu ist das Wort ebenfalls nicht gewünscht worden. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke schön. Wer ist dagegen? – Stimmenthaltungen? – Einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 5 auf. Dazu gehören die Anträge A 50 bis A 66. Die Fundstelle sind die Seiten 15 bis 18 der Antragsbroschüre.

Dazu haben sich die folgenden Parteifreunde gemeldet: zum Antrag A 50 Herr Günter Schwank und zum Antrag A 56 Herr Dr. Ottmar Pohl, Nordrhein-Westfalen, danach Herr Dr. Hans Burggraf aus Hessen, Mittelstandsvereinigung, der Landtagsabgeordnete Kurt Grill aus Niedersachsen und Jochen Fasco, Rheinland-Pfalz.

Zunächst hat Herr Günter Schwank das Wort.

**Günter Schwank**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe natürlich zur Kenntnis genommen, daß dieses Thema noch sehr viel umfassender behandelt wird als in bezug auf die Berufspolitiker. Mir kommt es da aber auf einen Punkt an, an dem ich meine: Wehret den Anfängen. Es geht ja darum, dem Trend zum Berufspolitiker entgegenzuwirken. In diesem Zusammenhang wird vorgeschlagen, die bestehenden Inkompatibilitätsregelungen zu überprüfen. Das mag in manchen Bereichen seinen Sinn haben und eine gute Idee sein; kein guter Gedanke ist aber das Beispiel, das in

unseren Unterlagen angeführt wird, das Beispiel, das in der alten Fassung „Bürgermeister und Landräte“ hieß und jetzt „kommunale Wahlbeamte“ heißt. Wer die Verhältnisse aus den Landtagen aus der Zeit kennt, als wir die Unvereinbarkeit von Amt und Mandat in diesem Bereich noch nicht hatten, weiß, daß wir in den Landtagen Dienstversammlungen von Bürgermeistern und Landräten hatten, was wenig ergiebig war. Es brachte außerdem ein Maß an Ämterhäufung, das wir uns eigentlich für eine moderne Parteilarbeit der 90er Jahre auch nicht leisten können. Ich meine deshalb, entweder verzichtet die Antragskommission freiwillig, oder Sie sollten diesen Satz als Beispielsatz streichen. – Danke.

(Zustimmung)

**Helmut Sauer**, Tagungspräsidium: Danke schön, Herr Schwank.

Das Wort hat Herr Dr. Pohl.

**Dr. Ottmar Pohl**: Liebe Parteifreunde, zunächst beziehe ich mich auf das, was ich schon gesagt habe.

(Heiterkeit)

Aber lassen Sie mich zur Notwendigkeit qualifizierter Persönlichkeiten noch etwas sagen. Der Parteivorsitzende hat ja hier ausgeführt, daß es dringend notwendig ist, wieder stärkere Bindungen an die Volksparteien herzustellen. Nun sind wir dem Problem nachgegangen, denn wir gescholtenen Kreisvorsitzenden haben ja einen Bruder im Kreisvorsitz; der heißt Tacke, kommt aus Bielefeld und ist Geschäftsführendes Mitglied des Emnid-Instituts.

Er untersucht ja so etwas. Er hat uns folgendes gesagt: Erstens: Die Leute interessieren sich für vieles, am wenigsten für Politik. Zweitens: Alle Großorganisationen sind durch abnehmende Bindung gekennzeichnet. Drittens: Es kommt im wesentlichen auf das Gefühl und auf die Gefühlsansprache an. Viertens: Mit vielen Sachaussagen kriegt ihr nichts hin. Ihr müßt Persönlichkeiten herausstellen, von denen die Leute sagen: Solange der in der CDU ist, ist die CDU meine Partei.

Deshalb ist es dringend notwendig, daß wir dieses Problem anpacken. Das ist existentiell, wenn wir als Volkspartei nicht zerfallen wollen. Deshalb brauchen wir – wie die Franzosen es nennen – „Leuchttürme“, die für bestimmte Bereiche der Politik stehen.

Ich bekenne es: Wir haben das damals im Rheinland falsch gemacht. Wir hätten unseren Parteifreund Hupka wieder aufstellen sollen, denn er ist so ein „Leuchtturm“. Ob er uns hinsichtlich seiner politischen Aussage immer paßt, ist etwas anderes. Der scheidende Generalsekretär hat ja von Herrn Gruhl gesprochen. Das ist auch so ein „Leuchtturm“.

Wir brauchen qualifizierte Kandidaten als „Leuchttürme“. Sie sprechen das Gefühl an. Deshalb ist es notwendig, daß wir in diesem Punkte weiterkommen, aber bitte praktisch, rechtlich und tatsächlich.

Danke schön.

(Beifall)

**Helmut Sauer**, Tagungspräsidium: Wir werden Sie nachher noch einmal hören.

Jetzt hat Herr Dr. Burggraf das Wort.

**Dr. Hans Burggraf**: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach den sehr temperamentvollen Ausführungen meines Herrn Vorgängers darf ich vielleicht doch einmal sagen, daß wir bei dem angesprochenen Problem doch schon

etwas weiter sind, als er vielleicht vermutet. Vielleicht kommt das auch daher, daß er aus einem anderen Landesverband kommt.

(Zurufe)

Nein, das ist nicht negativ gemeint; das ist sehr positiv gemeint.

(Zurufe)

**Helmut Sauer**, Tagungspräsidium: Vielleicht könnten die lieben Parteifreunde aus Nordrhein-Westfalen etwas ruhiger sein.

**Dr. Hans Burggraf**: Unser Landesvorsitzender, Herr Ministerpräsident Dr. Wallmann, ist angesprochen worden. Ich muß hier sagen: In der Tat, Herr Dr. Wallmann und auch Herr Milde, unser Innenminister in Hessen, und mit ihnen die gesamte CDU-Landtagsfraktion waren sehr engagiert gerade bei diesem Problem der Parlamentsreform. Ich glaube, wenn wir in Hessen die Mehrheit hätten, d. h. nicht nur als Regierung, sondern auch als CDU-Fraktion, dann wären wir bei diesem Problem in der Tat schon wesentlich weiter. Ich glaube, das darf man doch um der Wahrheit willen einmal sagen.

Im übrigen unterstütze ich voll das, was meine Vorredner gesagt haben. Allerdings muß man das, glaube ich, doch etwas konkretisieren. Wir haben soeben den Antrag A 42, d. h. die Ziffer 3, auf Seite 13 des Antragsbuchs beschlossen. Dort heißt es, daß es wichtig ist, daß sich die Bürger durch die Parlamente repräsentiert fühlen. Auf den nächsten Satz kommt es an: „Unterrepräsentiert in unseren Volksvertretungen sind heute junge und alte Menschen, Frauen, Arbeitnehmer aus den gewerblichen und technischen Berufen, Selbständige, Kunst- und Kulturschaffende.“

Ich glaube, man muß sich diese Aufzählung doch einmal vor Augen führen und dann die richtigen Schlußfolgerungen daraus ziehen. Es ist schon schwierig genug, all die hier Aufgezählten in den Parlamenten unterzubringen, aber wenn wir das machen wollen, dann können wir diesen Katalog nicht erweitern, indem wir jetzt auch noch die Inkompatibilitätsregelungen überprüfen, ganz gleich, ob man nun sagt – wie es hier heißt – „Bürgermeister und Landräte“ oder ob man, wie die Antragskommission es formuliert hat, „kommunale Wahlbeamte“ wieder in die Parlamente hineinbringt. Ich glaube, das ist die Quadratur des Kreises. Das ist nicht durchführbar.

Infolgedessen bitte ich Sie sehr herzlich, für Satz 4 zu stimmen, der lautet: „Die Unvereinbarkeit von Amt und Mandat für hauptamtliche kommunale Wahlbeamte...“. – So erscheint es in dem Antrag der Jungen Union, den ich übrigens sehr begrüße und mit dem ich voll übereinstimme; das darf ich ausdrücklich sagen. Ich bitte Sie sehr herzlich, den Satz in der Ziffer 5 – „Inkompatibilitätsregelungen – z. B. im Hinblick auf Bürgermeister, Landräte... – sind zu überprüfen“ – vollständig zu streichen. Dies ist der Antrag der Mittelstandsvereinigung. In der Tendenz ganz ähnliche Anträge haben der Kreisverband Frankfurt und weitere Kreisverbände gestellt. Wie gesagt, der Antrag der Mittelstandsvereinigung liegt auf der gleichen Linie. Man könnte dem genauso gut folgen.

Was mir allerdings auffällt – hier muß ich mich an die Antragskommission wenden –, ist folgendes: Hier steht: „Die Antragskommission empfiehlt die Annahme der Anträge A 50 und A 51...“. Hier bitte ich die Vertreter der Jungen Union einmal um Aufmerksamkeit. Ihr Antrag ist also zur Annahme empfohlen. Wenn ich dann aber das studiere, was in dem Text der Empfehlung der Antragskommission steht, dann steht

dort genau das Gegenteil von dem, was in Ihrem Antrag steht. Ich würde sagen, hier ist doch ein Irrtum passiert. Vielleicht hat man deshalb auch die Mehrheitsverhältnisse hier auf dem Parteitag etwas falsch eingeschätzt; ich weiß es nicht.

Weil das, was hier gefordert wird, die Quadratur des Kreises ist, würde ich darum bitten, daß man diesen Satz 4 streicht. Ich würde auch darum bitten – das hat ein Vorredner schon gesagt –, jetzt § 21 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung zum Zuge kommen zu lassen. Es handelt sich hier nämlich um Änderungsanträge, und über die ist zuerst abzustimmen.

Ich möchte also vorsorglich auch förmlich beantragen, daß man über diese Änderungsanträge gesondert abstimmt. Diesen Antrag stelle ich hier ausdrücklich. An sich steht es schon in der Geschäftsordnung, aber ich will noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen.

Ich möchte Sie sehr herzlich bitten, diesem Antrag zu folgen.

Schönen Dank.

(Zustimmung)

**Helmut Sauer**, Tagungspräsidium: Ich gehe davon aus, daß die Antragskommission das alles verstanden hat.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Grill.

**Kurt-Dieter Grill**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will mit zwei Bemerkungen auf die Frage Parlamentsreform und öffentlicher Dienst eingehen.

Ich merke dazu vorab an, daß ich selber als Ingenieur auch dem öffentlichen Dienst angehört habe, damit diejenigen, die im öffentlichen Dienst sind, sich darüber nicht erregen.

Ich möchte sagen: Wenn wir überhaupt über die Frage der Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in einem parlamentarischen Gremium mit der Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst diskutieren, dann empfinde ich es als eine wenig sachgerechte Lösung, wenn wir in diesem Zusammenhang über Quoten reden, was wir in anderem Zusammenhang auch nicht tun. Dann gibt es vielmehr eigentlich nur eine radikale Lösung: Nach dem englischen Vorbild ist es grundsätzlich verboten, daß Angehörige des öffentlichen Dienstes Mitglieder von Parteien sind. Sie dürfen an parteipolitischen Veranstaltungen nicht teilnehmen.

Ich sage das ganz bewußt, meine Damen und Herren, weil wir doch allesamt immer wieder erleben – wir in Niedersachsen im Augenblick in sehr deutlicher Form –, daß manche und vielleicht sogar nicht wenige Beamte, die etwa der SPD angehören, meinen, sie müßten bei einem erkennbaren Wandel der Stimmung der Wähler ein halbes Jahr, ein dreiviertel Jahr oder ein Jahr vor Wahlen und vermuteten Ergebnissen ihre Loyalität gegenüber der Landesregierung aufkündigen, um im Grunde genommen der Partei zu dienen.

Mich hat beim deutsch-englischen Parlamentariertreffen vor einigen Jahren in Cardiff nachhaltig beeindruckt, daß selbst der Chefberater von Maggy Thatcher eine Ausnahmegenehmigung haben mußte, um auf diesem Parlamentariertreffen über die englische Umweltpolitik zu reden. Ich finde, daß das, was wir hier gesagt haben – ich empfinde das genauso wie mein Vorredner –, eben nicht ein Weg zu einer konsequenten Parlamentsreform ist.

Ich will es aber dabei bewenden lassen. Denn in dem gleichen Absatz von der Jungen Union, den wir jetzt annehmen sollen, wird die Unvereinbarkeit von Amt und Mandat konsequent fortgesetzt. Genau das haben wir verändert, meine Damen und Herren.

Wir haben die kommunalen Wahlbeamten hineingeschrieben. Das zeigt die ganze Crux etwa der unterschiedlichen Kommunalverfassungen. Ich kann als Niedersachsen doch nicht dafür plädieren, daß in Zukunft mein Stadtdirektor oder mein Oberkreisdirektor auch noch Landtagsabgeordneter werden soll.

(Vereinzelt Beifall)

Das heißt, wir beschließen in dem gleichen Absatz die Reduzierung des öffentlichen Dienstes auf die Quote und erklären anschließend, daß wir einen ganz bestimmten Teil des öffentlichen Dienstes am liebsten wieder im Parlament hätten. Stellen Sie sich das bitte einmal vor. So kann das jedenfalls nicht stehenbleiben. Denn es gibt die unterschiedlichen kommunalen Verfassungen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir sollten sauber argumentieren und in der Linie bleiben.

Ich denke, daß das möglicherweise auch für die Wissenschaftler gilt. Ich bitte sehr dringend darum, daß wir den Antrag A 51 der Jungen Union in seiner ursprünglichen Fassung – der ist konsequent – annehmen, weil er Klarheit schafft und nicht die einen herausjagt und die anderen gleichzeitig hineinnimmt.

(Vereinzelt Beifall)

**Helmut Sauer**, Tagungspräsidium: Danke schön. Das Wort hat Herr Jochen Fasco aus Rheinland-Pfalz.

**Jochen Fasco:** Herr Präsident! Liebe Freunde! Wir haben gute Abgeordnete, sehr gute sogar. Aber wir müssen immer wieder erfahren, daß viele, oft sogar die besten, kein Interesse haben, Abgeordnete zu werden. Wenn wir das hinterfragen, kommen wir zum Thema Teilzeitabgeordnete. Daß da vielen Abgeordneten das Herz in die Hose sinkt und die Knie zittern, ist klar. Nur: Wenn hier ein Kreisverband ausdrücklich wünscht, daß eine Kommission eingesetzt wird – nicht mehr, eine Kommission –, die sich mit diesem Thema beschäftigt – Antrag A 62 des Kreisverbandes Pirmasens –, dann bitte ich Sie, auch die verehrte Kommission, diesem Antrag stattzugeben und eine solche Kommission einzusetzen.

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

**Helmut Sauer**, Tagungspräsidium: Danke schön. Das Wort hat Herr Kleinhammer.

**Fritz Kleinhammer:** Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Ich fühle mich um zwanzig Jahre zurückversetzt. Ich bin, wenn jetzt auch im Ruhestand, Beamter im öffentlichen Dienst, technischer Beamter der Bundesbahn. Damals hat uns unser Brötchengeber für Jahre mehr oder weniger hart untersagt, uns politisch zu betätigen. Ich habe mich sechs Jahre aus der Kommunalpolitik zurückgezogen.

Es wurde eben schon gesagt: Es gibt verschiedene Gemeindeverfassungen. Wir haben in Niedersachsen keine Wahlbeamten in dem Sinne, wie es gemeint ist. Wenn der Passus, der hier gefordert wird, am Ende beinhaltet, daß wir Beamten im öffentlichen Dienst wieder politische Menschen zweiter Wahl werden, dann sagen Sie das bitte. Ich kann nur eines sagen: Ein großer Landtagsabgeordneter aus Niedersachsen hat einmal kräftig auf die Beamten im öffentlichen Dienst geschimpft. Eine Viertelstunde später hat er mir einen Auftrag verpaßt, etwa acht Tage Arbeit für ihn als Landtagsabgeordneten. Ich mache das gerne. Aber ich will nicht politische Tätigkeit nur für andere ausüben dürfen.

Meine Damen, meine Herren von der Antragskommission, aber auch vom Präsidium, überprüfen Sie bitte diesen Passus und sagen Sie ganz klar, wer und was hier gemeint ist. Ich als Beamter im öffentlichen Dienst fühle mich diskriminiert durch diese unklare Aussage, wenn ich sage, daß ich Politiker bin.

(Vereinzelt Beifall)

**Helmut Sauer**, Tagungspräsidium: Danke schön. Das Wort hat die Antragskommission.

**Dr. Franz-Josef Jung**, Antragskommission: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst eine Klarstellung im Hinblick auf Mißverständnisse zu den Anträge und den Vorschlägen der Antragskommission. Zu dem Antrag A 51 der Jungen Union schlägt die Antragskommission vor – wie Sie auf Seite 15 sehen –, den vierten Satz in folgender Fassung anzunehmen: „Inkompatibilitätsregelungen – z. B. im Hinblick auf kommunale Wahlbeamte (...) und Hochschullehrer – sind zu überprüfen.“

Lassen Sie mich grundsätzlich, weil hier ein paar Themen, auch vom Kollegen Pohl, angesprochen worden sind, ein paar Punkte aus der Debatte aufnehmen und vortragen, warum aus meiner Sicht nicht nur die Kommission sondern auch der Bundesausschuß mit überwältigender Mehrheit diesen Beschluß so gefaßt hat und der Bundesparteitag entsprechend aufgerufen ist, diesen Beschluß zu fassen. Herr Pohl, es ist richtig, was Sie gesagt haben: daß sich nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts 1976 in den Landesparlamenten die Entwicklung zum Vollzeitparlamentarier ergeben hat. Ich weise nur darauf hin, daß seit 1987 ein neues Urteil da ist, in dem Sie eine andere Tendenz feststellen können, was die Frage der Landtagsabgeordneten und die Frage des Vollzeitparlamentariers angeht.

Ich füge aber hinzu: Ich glaube, wir haben hier keine verfassungsrechtliche Diskussion zu führen. Hier geht es um eine politische Diskussion. Wir müssen uns die Frage stellen, ob nicht beispielsweise auch in den Landesparlamenten die Kluft zwischen Bürgern und Parlamentariern dadurch besser überwunden werden kann, daß die Ausübung des Berufs möglich wird, das heißt, daß Beruf und Mandat gleichzeitig ausgeübt werden können und der Einstieg in die Politik nicht zwingend den Ausstieg aus dem Beruf erforderlich macht. Zur Wiedererlangung von Vertrauen, von Sachnähe und von Bezug zur Bürgerschaft halte ich diese Diskussion für notwendig und wichtig. Wir sollten sie aufnehmen. Deshalb plädiere ich auch namens der Antragskommission dafür, daß wir diesen Antrag so annehmen.

Meine Damen und Herren, ich weise auch darauf hin: Hier geht es nicht um eine Quote für den öffentlichen Dienst, wie es hier angesprochen worden ist. Wir können uns die Zusammensetzung der Parlamente anschauen. Wenn wir die Diskussionen verfolgen, müssen wir uns Gedanken darüber machen, ob nicht letztlich andere Entwicklungen notwendig sind. Die Frau Präsidentin des Deutschen Bundestages hat in ihrer Rede letzte Woche auf die Zusammensetzung der Parlamente hingewiesen.

Lassen Sie mich noch einen letzten Gedanken anführen. Die Frage, ob die Inkompatibilitätsregelung, so wie sie heute besteht, nicht überprüft werden sollte, ist eine sehr ernstzunehmende Frage. Ich denke z. B. daran, welche wichtige Rolle Hochschullehrer in unserem parlamentarischen System gespielt haben. Heute haben sie nicht mehr diese Möglichkeit. Auch andere Berufsgruppen sind im Grunde genommen ausgeschlossen oder können ihren Beruf überhaupt nicht mehr ausüben.

Ich glaube, daß es der zukünftigen Entwicklung des parlamentarischen Systems dient, auch der Entwicklung des Vertrauens in die Parlamente, wenn wir wieder ermöglichen, daß Beruf und Mandat zumindest auf der Landesebene zusammen ausgeübt werden können, so daß der Einstieg in die Politik nicht den Ausstieg aus dem Beruf erforderlich macht. Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, bitte ich Sie namens der Antragskommission, diesen Antrag so anzunehmen, wie ihn die Antragskommission vorschlägt.

Besten Dank.

(Vereinzelt Beifall)

**Helmut Sauer**, Tagungspräsidium: Danke schön. Während der Vertreter der Antragskommission gesprochen hat, hat sich noch Herr Volker Hoff gemeldet. Legen Sie Wert auf die Wortmeldung?

(Volker Hoff: Ja!)

– Bitte schön, Herr Hoff.

**Volker Hoff**: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin dem Vertreter der Antragskommission, Herrn Dr. Jung, sehr dankbar, daß er hier die politische Notwendigkeit dieser Diskussion, die wir in unserem Bundesland Hessen führen, noch einmal dargestellt hat und daß er insbesondere die politische Begründung in den Vordergrund gestellt und deutlich gemacht hat, daß politische Entscheidungen notwendig sind. Das hat auch dazu geführt, daß wir als Junge Union beantragt haben, daß der Parteitag eine klare politische Festlegung trifft, wohin die Reise gehen soll. Das hat nichts damit zu tun, daß wir den Vertretern des öffentlichen Dienstes in irgendeiner Form zu nahe treten wollen. Wir haben eine Festlegung dahin gehend beantragt, daß der Anteil derjenigen, die aus dem öffentlichen Dienst kommen, nicht höher sein darf als ihr Anteil in der Gesamtbevölkerung.

Ich glaube, daß wir hier in der Tat einen ganz schwierigen Punkt der aktuellen Diskussion oder auch der aktuellen Situation treffen. Denn wir beobachten, daß gerade die Länderparlamente in zunehmendem Maße von Vertretern des öffentlichen Dienstes beherrscht werden.

(Vereinzelt Beifall)

Da ist es nicht möglich, daß wir hier mit mehr oder minder vagen Formulierungen über diese Frage hinwegtrösten, sondern hier sind klare Antworten gefordert, und die Junge Union gibt hier eine klare Antwort.

Im zweiten Teil unseres Antrags bitten wir darum, daß die Unvereinbarkeitsregelungen überprüft werden, daß aber im Bereich der kommunalen Wahlbeamten ebenfalls eine klare Festlegung erfolgt. Wir gehen davon aus, daß es keinen besonderen Sinn macht, wenn wir alle gemeinsam darüber nachdenken, wie wir neuen Berufsgruppen, wie wir Vertretern von Schichten, die heute in den Parlamenten nicht vertreten sind, verstärkt den Zugang zu den Parlamenten eröffnen können, wenn wir aber umgekehrt wiederum eine Gruppe in den Stand setzen, die gegenüber allen anderen Berufsgruppen und auch anderen Schichten einen erheblichen Wettbewerbsvorteil hat.

Ich möchte für die Junge Union herzlich darum bitten, daß wir dieser klaren politischen Aussage, wie sie in dem Antrag der Jungen Union begründet ist, auf dem Parteitag folgen und damit wirklich für eine zugegebenermaßen wirklich ganz schwierige Frage der aktuellen Situation eine konstruktive Antwort finden. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Helmut Sauer**, Tagungspräsidium: Das Wort hat der Bundestagsabgeordnete Scharrenbroich.

**Heribert Scharrenbroich:** Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Ich bin Bundestagsabgeordneter, ich bin Berufspolitiker und meine aber trotzdem, daß wir die kritischen Anmerkungen unserer Bürger und unserer Wähler sehr ernst nehmen müssen. Deswegen halte ich es nicht für richtig, daß es im ersten Satz der Ziffer 1 heißt: „Den Trend zum Berufspolitiker auf Landesebene muß entgegengewirkt werden.“ Wieso ist das nur ein Problem der Landesebene? Dies ist meiner Ansicht nach auch ein Problem der Bundesebene. Es kann allerdings auch sein, daß es notwendig ist, diesem Problem auf Landesebene und auf Bundesebene mit unterschiedlichen Mitteln zu begegnen. Das heißt, es kann durchaus sein, daß der Teilzeitabgeordnete das Problem auf der Landesebene lösen kann. Auf Grund meiner Erfahrungen ist dies aber sehr wahrscheinlich nicht die Lösung auf der Bundesebene.

Deswegen schlage ich doch vor, daß die Antragskommission sich bereiterklärt, den Antrag A 65 zu akzeptieren, wonach die Worte „auf Landesebene“ gestrichen werden sollen. Wir sollten generell sagen, den Trend zum Berufspolitiker muß entgegengewirkt werden. – Das ist der erste Wunsch, den ich an die Antragskommission richte.

Zum zweiten möchte ich noch einmal folgendes sagen: Wenn man diese Diskussion jetzt erlebt, dann muß man doch feststellen, daß wir heute eine materielle Lösung dieses Problems nicht ausdiskutieren können. Deswegen halte ich eigentlich den Antrag von Pirmasens-Land für richtig. Man kann ihn ja etwas anders fassen, man braucht ja nicht zu sagen, daß die Empfehlungen unausgegoren sind.

Ich würde sagen, daß wir eine Kommission vorsehen sollten, die insgesamt dieses Thema Berufspolitiker ausdiskutiert und konkrete Vorschläge macht. Wenn wir bei dem bleiben, was wir jetzt haben, dann haben wir lediglich einen Appell. Dieser Appell wird dann – das befürchte ich – zum Kandidaten hin auch noch mißbraucht, je nachdem, wie es dem einen paßt. Deswegen muß die Partei dieses Problem konkret angehen. Das können wir heute nicht, und deshalb brauchen wir dafür noch eine Kommission. – Danke schön.

(Beifall)

**Hemut Sauer:** Tagungspräsidium: Danke schön, Heribert.

Sind zu dem Thema noch weitere Wortmeldungen da? – Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich die Antragskommission noch einmal.

**Dr. Franz-Josef Jung,** Antragskommission: Zu den letzten vorgetragenen Punkten zwei Anmerkungen.

Erstens. Wir haben bewußt zunächst die Landesebene genommen. Hier sollte diese Diskussion geführt werden. Wir glauben, daß es schon ein Unterschied ist, ob ein Abgeordneter im Deutschen Bundestag seine Verantwortung wahrzunehmen hat oder ob für die Landesebene eine Regelung gefunden werden soll, um – wie ich es formuliert habe – den Einstieg in Beruf und Mandat zu finden.

Zweiter Punkt. Wir haben hier eine politische Entscheidung zu treffen, die dann auf der einzelnen Landesebene umzusetzen ist. Ich halte es nicht für klug, wenn wir uns hier vor der politischen Entscheidung drücken und das wieder an eine Kommission weitergeben. Der Bundesausschuß – darauf weise ich nur hin – hat diesen Antrag bei nur zwei Gegenstimmen angenommen. Ich meine, daß wir dieses Votum des Bundesausschusses auch hier entsprechend zustimmend zur Kenntnis nehmen sollten; das heißt, daß wir hier dem Antrag zustimmen sollten.

Lassen Sie mich in dem Zusammenhang noch einen letzten Punkt anführen. Ich denke, daß wir das, was von der Jungen Union vorgeschlagen wird, hier nicht reinnehmen sollten. In diesem ersten Satz ist mit dem, was Volker Hoff vorgetragen hat, für den Bereich des öffentlichen Dienstes eine Quotenregelung formuliert. Ich glaube, wir sollten generell gegen Quotenregelungen sein. Dies ist eine Entscheidung, die man zu treffen hat, wenn Kandidaten und Kandidatinnen aufgestellt werden.

Wir sollten deshalb dem Votum der Antragskommission folgen, dieses politische Signal hier zu setzen, und dann die Umsetzung auf der einzelnen Landesebene vornehmen.

(Vereinzelt Beifall)

**Helmut Sauer**, Tagungspräsidium: Wir kommen damit zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Das zweite dürfte die Mehrheit sein.

(Widerspruch)

Meine Damen und Herren, ich bitte, die Abstimmung zu wiederholen. Für mich war das zweite die Mehrheit. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich, aufzustehen. – Wer ist dagegen? – Ich hatte mich also nicht getäuscht, das zweite war die Mehrheit.

Danach müssen wir jetzt über die Anträge 51, 62 und 65 getrennt abstimmen.

Ich rufe den Antrag A 51 der Jungen Union auf. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Das zweite ist die Mehrheit; der Antrag A 51 ist abgelehnt.

Wir kommen zum Antrag A 62 von Pirmasens-Land. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Darf ich bitten, noch einmal aufzustehen; man kann es dann doch besser erkennen.

(Zurufe)

– Zu der Stunde ist das ganz sportlich. Wer ist dagegen? – Das erste war die Mehrheit; damit ist der Antrag von Pirmasens-Land angenommen.

Der Antrag 65, für den sich Scharrenbroich ausgesprochen hat, ist der Antrag von Verden. Danach soll „auf Landesebene“ gestrichen werden. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. –

(Zurufe: Erledigt!)

Wer ist dagegen? – Das erstere war die Mehrheit.

Meine Damen und Herren, wir kommen nunmehr zu Ziffer 6 des Antrages. Dazu gehören die Anträge A 67 bis A 72; Fundstelle ist die Seite 18 bis 19 in der Antragsbroschüre.

(Günter Schwank: Zur Geschäftsordnung!)

Bitte schön!

**Günter Schwank**: Herr Präsident! Ich ärgere selten Präsidenten mit einer Geschäftsordnungsmeldung. Aber es müßte auch noch über unseren Antrag A 56 – Grafschaft Bentheim – abgestimmt werden. Ich habe ja dazu gesprochen. Es geht dort darum, daß die kommunalen Wahlbeamten gestrichen werden sollen.

(Zurufe: Der ist abgelehnt!)

– Der ist nicht abgelehnt.

**Helmut Sauer**, Tagungspräsidium: Wir kommen also zur Ziffer 6. Dazu gehören die Anträge A 67 bis A 72. In der Antragsbroschüre sind das die Seiten 18 und 19.

Das Wort hat der Landesvorsitzende der Sozialausschüsse von Braunschweig, Hubert Schill, Betriebsrat aus Goslar.

(Zuruf)

– Nein, das ist mir gerade falsch zugelegt worden. Entschuldigung, man hat mir den Zettel hier hingelegt.

Dann wird dazu nicht das Wort gewünscht, auch nicht von der Antragskommission.

Wir kommen also zur Abstimmung. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. –

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit angenommen.

Wir kommen zur Ziffer 7 des Antrags des Bundesausschusses. Dazu gehören die Anträge A 73 bis A 88. Sie finden das in der Antragsbroschüre auf den Seiten 19 bis 23.

Dazu haben sich zwei Parteifreunde zu Wort gemeldet. Zunächst Herr Wolfgang Schwade.

**Wolfgang Schwade:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zum Antrag A 83 des Kreisverbandes Soest sprechen. Es geht darin um das Nachdenken über eine Beschränkung der Dauer der Parlamentszugehörigkeit. Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

Wir haben eben in den einleitenden Ausführungen unseres Bundesvorsitzenden gehört, daß Frauen und Jüngere verstärkt unterstützt werden sollten. Das geht natürlich nur dann, wenn diejenigen, die jetzt die Plätze innehaben, diese Plätze nach Ablauf einer bestimmten Zeit wieder frei machen. Nur so ist auch inhaltlich eine Verbesserung der Parlamentsarbeit möglich. Wir wollen auch in diesem Bereich Erneuerung und Innovation. Wir wollen neue Ideen, und diese neuen Ideen können sich am besten in neuen personellen Alternativen verwirklichen.

Wer kennt nicht die Abgeordneten, die nach ihrer zweiten Nominierung sagen, dies ist nun aber meine letzte Wahlperiode, und dann fleißig weiterkandidieren? Wer kennt nicht die Oppositionsabgeordneten, die jahre- oder jahrzehntelang die harten Bänke der Minderheitsfraktion drücken und schon alleine wegen der daraus folgenden ständigen Frustration mehr oder weniger ein verkümmertes Dasein fristen? Wenn nicht wirklich Vorgaben gemacht werden, die zu einer Beschränkung der Dauer der Zugehörigkeit zu den Parlamenten führen, verkümmert, meine ich, ein Teil des Parlamentarismus.

Ich möchte Ihnen noch folgende Zahlen mit auf den Weg geben, die Ihre Entscheidung möglicherweise erleichtern. Von den 519 Abgeordneten des Deutschen Bundestages gehören 144 Abgeordnete mehr als vier Wahlperioden dem Deutschen Bundestag an. 144! 87 Abgeordnete sind bereits vier Wahlperioden im Deutschen Bundestag. Wir haben bei der Nichtnominierung von Heiner Geißler gehört, daß 12 Jahre Generalsekretär genug seien. Ich meine, 16 Jahre Bundestagsabgeordneter müssen auch genug sein.

(Zustimmung)

**Helmut Sauer,** Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Glaser.

**Klaus-Michael Glaser:** Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Ich möchte in dieselbe Richtung sprechen. Ich bin nicht einverstanden mit der Empfehlung der Antragskommission, diesen Antrag an die Bundestagsfraktion und die Landtagsfraktionen zu überweisen. Da können wir die lieben Abgeordneten ja gleich fragen: Wollt ihr

gezwungen werden, auf eure Wiederkandidatur zu verzichten? Natürlich wollen sie es nicht. Politik ist eine Art Droge. Wir müssen ihnen mit einer richtigen Entzugsmöglichkeit helfen.

(Heiterkeit)

Dazu gehört eben, daß die Alten irgendwann abtreten müssen, wenn wir neue, gute Leute in die Parlamente haben wollen. Da ist es sinnvoll, daß man sagt: Zwei, drei oder vier – je nach Definition – Wahlperioden sollten die Regel sein; für besonders qualifizierte Abgeordnete gibt es eine Wiederwahlmöglichkeit durch besondere Quoren der Parteitage. Wenn wir da nicht einmal einen Riegel verschieben, werden wir in dem Sinne überhaupt nichts zuwege bringen.

Wir haben vorhin die Durchlässigkeit gefordert, was Führungspersönlichkeiten in der Politik und in der Wirtschaft angeht. Durchlässigkeit muß in beide Richtungen gehen. Abgeordnete müssen eben nach ein paar Jahren auch wieder in die Wirtschaft gehen; sonst wird das zu einer Einbahnstraße.

(Beifall)

**Helmut Sauer**, Tagungspräsidium: Jetzt hat das Wort die Antragskommission.

**Werner Zeyer**, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In die Antragsbroschüre hat sich ein Druckfehler eingeschlichen. Es muß heißen: Die Antragskommission empfiehlt, den Antrag A 83 an die CDU-Landesverbände und an die Bundespartei zu überweisen.

Wir wollen damit sicherstellen, daß die Diskussion dort geführt wird, wo sich das Problem stellt: für die Landtagsabgeordneten in der Landespartei und hinsichtlich der Bundespartei in der Spitze der Bundespartei. Ich bitte, diesen Druckfehler zu entschuldigen.

Ich bitte um Zustimmung zu der Empfehlung der Antragskommission, d. h. den Antrag A 83 an die Landesverbände und die Bundespartei zu überweisen.

**Helmut Sauer**, Tagungspräsidium: Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei zahlreichen Gegenstimmen und Enthaltungen ist der Antrag angenommen.

**Roswitha Erlenwein**, Tagungspräsidium: Ich rufe Ziffer 8 des Antrags des Bundesausschusses auf. Dazu gehören die Anträge A 89 bis A 96. Sie finden diese Anträge in der Antragsbroschüre auf den Seiten 23 bis 25. Wortmeldungen liegen zu dieser Ziffer nicht vor, so daß wir zur Abstimmung kommen können.

Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen ist Ziffer 8 angenommen.

Ich rufe Ziffer 9 des Antrages des Bundesausschusses auf. Dazu gehören die Anträge A 97 bis A 101 und A 429. Diese Anträge finden Sie in der Antragsbroschüre auf den Seiten 25 bis 26 sowie in der Sammlung der Initiativanträge III auf Seite 3.

Hierzu gibt es eine Wortmeldung. Herr Dr. Biedenkopf, bitte schön.

**Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf**: Frau Tagungspräsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich gegen den Antrag A 97 in der Fassung der Antragskommission aussprechen, weil ich glaube, daß das, was vorgeschlagen wird, wenig vereinbar ist mit dem, was wir gestern und heute über die Offenheit der Partei und ihre Diskussionsbereitschaft etc. etc. vorgetragen haben. Ich will das jetzt nicht vertiefen.

Hier steht – ein vollkommen selbstverständlicher Satz –, daß die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit des Parlaments voraussetze – hier ist ja nicht die Rede von Kandidatinnen und Kandidaten, sondern von den Mandatsträgern, die in den Parlamenten sitzen, also von den Bundestags- und Landtagsabgeordneten sowie den Vertretern in den Kommunalparlamenten –, daß die Kandidatinnen und Kandidaten den Willen zur parteipolitischen Solidarität aufbrächten. Und anschließend wird dann noch festgestellt: „Ohne diese Bereitschaft zur Solidarität ist eine erfolgreiche politische Arbeit in den Parlamenten nicht möglich.“

Ich sehe keinen Handlungsbedarf für einen solchen Beschluß. Ich kann nur sagen: Wir haben in der Bundestagsfraktion – Alfred Dregger ist darauf stolz – fast nur einstimmige Beschlüsse. Wir brauchen uns doch jetzt nicht dem Verdacht auszusetzen, als ob wir in der CDU ein imperatives Mandat beschlössen.

Jetzt lesen wir den Text einmal zusammen weiter: „Die vielfältigen Interessenrichtungen, die in der CDU zusammenfließen, müssen aufeinander abgestimmt werden.“ Das ist für mich eine außerordentlich holperige Vorstellung von dem, was unsere Volkspartei macht. Dann geht es weiter: „Deshalb muß – unbeschadet der grundgesetzlich verankerten Gewissensfreiheit des Abgeordneten –...“ dann geht es mit einem imperativen Mandat weiter. Wir machen uns doch lächerlich, wenn wir so etwas beschließen.

(Beifall)

Wir können doch nicht hingehen und setzen gewissermaßen den Art. 38 in Bindestriche, über die man hinweglesen darf, weil sie ja nicht zum eigentlichen Gegenstand des Satzes gehören, und im übrigen feststellen, daß bei uns Kommando von oben und alles läuft.

Ich möchte wirklich, daß wir das ernst nehmen. Ein Teil der Parteikritik in diesem Lande lautet: Nicht die Abgeordneten sind Vertreter des Volkes, sondern die Parteien. – Die Sprache ist auch hier ein sehr unverdächtiger und aufschlußreicher Zeuge. Wenn Sie abends die Nachrichten einschalten, heißt es: „Die im Bundestag vertretenen Parteien...“ Von Abgeordneten ist da nicht die Rede. Jetzt schreiben wir das hier auch noch hinein, daß wir sagen, es wird alles schön kontrolliert. Der Begriff Solidarität ist hier sehr euphemistisch, wird auch noch durch das Parteiprogramm unterstützt. Ich möchte herzlich bitten, daß wir uns nicht eine solche Blöße geben. Das haben wir in der CDU nicht nötig.

(Beifall)

**Roswitha Erlenwein**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Biedenkopf. Ich frage das Plenum, ob zu diesen aufgerufenen Anträgen weitere Wortmeldungen gewünscht sind? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann schließe ich die Beratung und gebe der Antragskommission das Wort.

**Werner Zeyer**, Antragskommission: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich darf darauf aufmerksam machen, daß es bei Ziffer 9 einmal um die Offenheit und um die Solidarität in der Partei geht. Hier ist besonders die Solidarität angesprochen. Herr Kollege Biedenkopf, ich darf darauf aufmerksam machen, daß es sich nicht um Abgeordnete handelt, sondern sich auf Kandidatinnen und Kandidaten bezieht. Gerade bei Kandidatinnen und Kandidaten muß auch bei der Auswahl die Bereitschaft zur Solidarität vorhanden sein, denn nur dann wird eine erfolgreiche Arbeit in den Parlamenten ermöglicht. Man kann sicher darüber streiten, ob diese Formulierung

nicht verbessert werden kann. Dann würde ich aber meinen: Machen Sie einen anderen Vorschlag. Die Antragskommission bleibt sonst dabei. Sie empfiehlt Ihnen den Antrag in der vorliegenden Fassung zur Abstimmung.

(Zurufe: Ganz streichen!)

**Roswitha Erlenwein**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Herr Dr. Biedenkopf, Sie wollten sich dazu noch einmal zu Wort melden? – Bitte schön, dann haben Sie das Wort.

**Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf**: Ich habe an die Antragskommission nur zwei Fragen. Die erste Frage ist: Wenn es sich nur um Kandidaten handelt, warum ist dann auf Art. 38 des Grundgesetzes verwiesen?

(Beifall)

Zweitens. Welchen Sinn soll ein solcher Beschluß haben? Soll er bedeuten, daß Sie ein Revers unterschreiben müssen, wenn Sie als Kandidaten aufgestellt werden, daß Sie sich dann auch nach dem Einzug in den Bundestag in diesem Rahmen bewegen, oder ist der Beschluß dann anschließend *hinfällig*? Und wenn er anschließend *hinfällig* ist, was haben dann die ganzen Ausführungen über die Arbeitsweise im Parlament für einen Sinn?

(Vereinzelt Beifall)

Hier wird davon geredet – ich will es noch einmal vorlesen, nur damit das klar ist –:

Ohne diese Bereitschaft zur Solidarität ist eine erfolgreiche politische Arbeit in den Parlamenten nicht möglich.

Kandidaten arbeiten, soweit ich weiß, nicht im Parlament, sondern bereiten sich darauf vor.

(Beifall)

Wenn es überhaupt einen Sinn machen soll, was hier steht, dann ist die Klärung des Sinns mit der Ausführung der Antragskommission nicht erledigt. Ich bleibe dabei: Wir sollten es streichen.

(Beifall)

**Roswitha Erlenwein**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Biedenkopf. Es sind zwei konkrete Fragen an die Antragskommission gerichtet worden. Möchten Sie noch einmal das Wort nehmen? –

(Zurufe aus dem Plenum: Nein!)

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer Ziffer 9 in der von der Antragskommission vorgelegten Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. –

(Zurufe: Über beide Absätze getrennt abstimmen!)

Ich muß hierzu sagen, wir haben keine Anträge zur Geschäftsordnung nach getrennter Abstimmung. Von daher werden wir in der Form abstimmen, die die Antragskommission vorgelegt hat. – Ich bitte Sie jetzt um Ihr Kartenzeichen, ob Sie der Fassung der Antragskommission folgen wollen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Die Ablehnung der von der Antragskommission vorgelegten Fassung war die überwältigende Mehrheit. Damit wird der Antrag, der hier gestellt wurde, in unser Programm eingearbeitet.

(Widerspruch)

Damit ist die Ziffer abgelehnt und somit *hinfällig* geworden, Entschuldigung.

Ich rufe Ziffer 10 des Antrags des Bundesausschusses auf. Dazu gehören die Anträge A 102 bis A 112 und A 430. Sie finden diese Anträge in der Antragsbroschüre auf den Seiten 26 bis 28 sowie in der Sammlung Initiativanträge III, Seite 3. Hierzu gibt es zwei Wortmeldungen. Ich rufe Herrn Matthias Kues vom Landesverband Niedersachsen auf.

**Matthias Kues:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte einige Gedanken zum Antrag A 103 vortragen, der ja von der Antragskommission eingearbeitet ist, wie das so häufig der Fall ist, aber faktisch in seiner Substanz zur Ablehnung empfohlen wird. Kern unserer ganzen Diskussion ist hier die Frage: Wie schaffen wir es, mehr Leute, neue Leute für unsere Partei zu interessieren, neue Mitglieder zu gewinnen, wie schaffen wir es, daß unsere Partei wirklich so spannend ist, daß jemand noch sagt – so wie wir das irgendwann einmal getan haben –: In den Laden gehe ich hinein, da macht es Spaß mitzugestalten und da hat man auch Möglichkeiten mitzugestalten. Wir wissen alle, dann kommt häufig, ob das um die Junge Union oder um die CDU geht, das Argument: Was soll ich da, ich kann ja ohnehin nichts bewegen. – Dies ist ein Argument, das einem bei mühevoller Überzeugungsarbeit dann doch entgegengehalten wird. Ich meine, ein wichtiger Schritt, um dieses Argument zu entkräften, wäre, daß wir den Mitgliedern, wenn sie dann endlich Mitglied geworden sind, da, wo immer möglich, in unserer Partei auch volles Stimmrecht einräumen, und das eben auch bei Kandidatenaufstellungen für Landtage, bei Kandidatenaufstellungen für Bundestage.

Ich komme aus einem Ort – aus Meppen im Emsland –, in dem zu Beginn der letzten Landtagsperiode ein neuer Landtagskandidat gewählt wurde. Der alte ist abgetreten, gar kein großer Krieg, er wollte nicht mehr. Es waren drei Leute, eine Frau und zwei Männer, die sich dafür interessiert haben. Der Kreisverband hat ca. 2000 Mitglieder. Dann hat man gesagt, wir machen ein demokratisches Verfahren – der Saal in der Stadt war groß genug, das ist die Voraussetzung –, jedes Mitglied hat die Möglichkeit, hinzukommen und über diesen Landtagskandidaten zu entscheiden. Von den gut 2000 Mitgliedern waren letztlich 1500 im Saal. Das war eine ungeheuer spannende Angelegenheit. Das ist knapp ausgegangen, das ist friedlich ausgegangen, es hat keinen Ärger gegeben. Aber die Mitglieder hatten das Gefühl: Hier habe ich endlich einmal die Möglichkeit, etwas ganz konkret mitzubestimmen. – Ich meine, daß deshalb Antrag A 103 der Jungen Union vielleicht ihre Zustimmung haben sollte, daß wir immer da, wo es möglich ist, wo die organisatorischen Voraussetzungen gegeben sind, den Mitgliedern dieses Recht nicht nehmen.

Ich weiß, es kommt das Gegenargument – das habe ich auch schon einmal erlebt –: Dann kommen ja die Buskarawanen. – Aber dann muß ich sagen, daß dann eben diejenigen, die kandidieren, auch so anziehend sein müssen, daß sie ihre Mitglieder in den Gemeindeverbänden motivieren, wenigstens an einem Abend auf so eine Kandidatenaufstellung zu kommen. Es ist bei allen Wahlen das Problem, es ist jetzt hier im Saal das Problem, daß ich mich frage, ob die Niedersachsen wohl da sind. Dann muß ich eben dafür sorgen, daß sie da sind und mich mit unterstützen.

Wenn wir sagen: Wir wollen in der Regel ein repräsentatives Verfahren, müssen wir uns wirklich die Fragen stellen, ob wir unseren Mitgliedern nicht letztlich doch ein bißchen die Mündigkeit absprechen. Nur wenn wir sagen: Wir haben so viel Vertrauen zu euch, daß ihr auch so eine Kandidatenaufstellung sachgerecht durchführt, können wir, meine ich, auch Leute überzeugen, hier in unserem Laden mitzumachen.

Danke schön.

**Roswitha Erlenwein,** Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Kauder aus Baden-Württemberg das Wort.

**Volker Kauder:** Frau Tagungspräsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich rede zum zweiten Absatz der Ziffer 10, und zwar zum Vorschlagsrecht für Kandidaturen auf Kreisebene.

Da fällt mir zunächst einmal auf, daß von einem Vorschlagsrecht von Vorständen und auch vom Bundesvorstand die Rede ist, aber nicht von einem Vorschlagsrecht der Mitglieder. Hier kann es sich wohl nur um ein Versehen handeln. Denn jedes Mitglied kann in einer Versammlung jemanden als Kandidaten vorschlagen. Das ist hier nicht genannt.

(Beifall)

Es bedürfte einer redaktionellen Ergänzung, um auch klarzumachen, daß es eben nicht nur darum geht, daß Vorstände auf Kreis-, Bezirks-, Landes- oder Bundesebene hier etwas allein vorzuschlagen haben.

Wichtiger ist mir aber – dazu haben wir auch einen Antrag formuliert –, daß wir der Auffassung sind, daß nicht in ein solches Papier hineingeschrieben werden darf, daß für Kandidaturen in Wahlkreisen der Landesvorstand oder der Bundesvorstand ein offizielles Vorschlagsrecht bekommen soll.

(Vereinzelt Beifall)

Von Herrn Böhr ist vorhin von den Kreisverbänden gesprochen worden. Ich kenne viele Kreisverbände im Landesverband Baden-Württemberg, aus dem ich komme. Ich kann es nicht bestätigen, daß wir dort in Diskussionen nur durch die Junge Union vertreten sind; auch durch die Junge Union sind wir dort vertreten. Aber da gibt es sehr viele Parteifreunde – Damen und Herren –, die bereit sind, sich Diskussionen zu stellen. Und wenn ich mir das Bild der Union in der Bundesrepublik Deutschland immer mal wieder vor Augen halte, habe ich gerade nicht den Eindruck, daß wir in unseren Kreisverbänden die größten Fehler machen, sondern daß die größten Fehler irgendwo anders gemacht werden.

(Beifall)

Deswegen, meine ich, haben wir überhaupt keine Veranlassung, uns von oben Vorschläge machen zu lassen, womöglich noch nach dem Motto: Bei uns wird ein Bundestagswahlkreis frei. Wir müssen nun den Herrn Hauptgeschäftsführer fragen, ob ein Vorschlag vom Bund kommt. Erst dann dürfen wir uns mit der Sache befassen.

Liebe Freunde, wehret diesen Dingen! Der Bundesvorsitzende hat noch immer genügend Gelegenheit, zu sagen: Ich hätte gern, daß dies oder jenes geschieht. Im übrigen gibt es da auch noch die Landeslisten. Wir müssen in unseren Kreisen selber dafür sorgen, daß wir geeignete Kandidaten aufstellen, und dürfen uns diese Kandidaten nicht von oben aufkotroyieren lassen.

(Beifall)

Deswegen bitte ich: Wehret diesen Anfängen! Stimmen Sie für den Antrag, daß wir dies nicht haben wollen.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Roswitha Erlenwein,** Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Gibt es weitere Wortmeldungen zu den von mir aufgerufenen Anträgen zu Ziffer 10? – Das scheint der Fall zu sein.

Das Wort hat Herr Dr. Blens aus Nordrhein-Westfalen.

**Dr. Heribert Blens:** Meine Damen und Herren, auch ich möchte Ihnen empfehlen, den Antrag A 102 in der Fassung der Antragskommission abzulehnen. Es geht darum, den

Landesvorständen und dem Bundesvorstand das Recht einzuräumen, für die Aufstellung der Wahlkreiskandidaten Vorschläge zu machen. Ich halte das für falsch.

(Zustimmung)

Es geht hier darum, Machtverteilung, Machtverschiebung von unten nach oben zu betreiben. Hier wird den Kreisverbänden in ihre Rechte eingegriffen, und die Landesvorstände und der Bundesvorstand sollen mehr Rechte bekommen.

Ich glaube auch nicht, daß das Verfahren der Kandidatenaufstellung dadurch besser wird. Wir haben doch – das ist doch einhellige Meinung des Parteitages; das steht doch auch in diesem Papier – beschlossen, daß wir Kandidaten haben wollen, die bürgernah sind. Und ich bin der Meinung: Darüber, ob ein Kandidat bürgernah ist oder nicht, kann der Kreisverband, der den Kandidaten an der Basis in seiner Arbeit tagtäglich beobachtet, besser und sachverständiger entscheiden als der Landesvorstand.

(Beifall)

Und schließlich: Die Landesvorstände haben ja Möglichkeiten, etwa übergeordnete Interessen einer Parlamentsfraktion ins Spiel zu bringen, durch ihren entscheidenden Einfluß auf die Landeslisten und deren Zusammensetzung. Und ich meine, der reicht. Ob der immer im Interesse der Sache ausgeübt wird, nämlich nur so, daß es wirklich um eine möglichst qualifizierte Zusammensetzung der Fraktionen geht, das ist eine andere Frage. Ich habe gehört, es soll Landesvorstände geben, die so eine Art Mandatssicherungs- und -beschaffungsverein auf Gegenseitigkeit sind. Aber das ist eine andere Sache; das brauchen wir hier nicht zu besprechen.

Ich meine nur: Wir kommen aus den Kreisverbänden und sollten uns unsere Rechte, die wir bei der Besetzung unserer Wahlkreise haben, von niemandem beschneiden lassen. Deshalb schlage ich Ihnen vor, den Antrag in der Form der Antragskommission abzulehnen.

(Beifall)

**Roswitha Erlenwein**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Blens. – Gibt es weitere Wortmeldungen zur Ziffer 10? – Da kommt eine Wortmeldung, die ich nicht entziffern kann. – Entschuldigung, Frau Dr. Laurien.

Das Wort hat Frau Laurien.

**Dr. Hanna-Renate Laurien**: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich hoffe, auch wenn der ganz schnell geschriebene Name nicht entzifferbar war, daß es doch gelingt, in den Worten entzifferbar zu werden.

Ich habe folgendes Problem: Ich bin einerseits dafür, daß man aus dem Antrag der Jungen Union die Sache mit den Mitgliederversammlungen aufnimmt.

(Zustimmung – Zuruf)

– Ich sage ja, ich bin dafür. – Aber ich bitte mit Blick auf den Antrag der Antragskommission, andererseits doch zu verstehen, warum dieses Reinrederecht auch einen Sinn hat.

Wenn wir von Helmut Kohl gehört haben, daß es mehrere Kreisverbände gibt, in denen keine Frau irgend etwas zu sagen hat, und wenn wir uns die Kandidatenaufstellungen – darüber reden wir hier – von jungen Leuten, von Frauen, von Selbständigen ansehen, die in der Stammtischdiskussion eben nicht durchkommen, dann wird deutlich: Der Sinn – verzeihen Sie, daß ich das so deutlich sage – dieser Sache hier ist, daß auch einmal eine Gruppe reinkommt, die sonst nicht beachtet wird. Das ist der Sinn: daß neben dem örtlich zuständigen Parteivorstand auch andere Parteiebenen hier zum Zuge kommen sollen.

Nun kann man dagegen einwenden, daß die Autorität eines Vorsitzenden, der nicht die Autorität hat, seinen Kandidaten dem Kreis vorzuschlagen und durchzudrücken, auch durch einen solchen Beschluß nicht gestärkt würde. Ich meine, es wäre deshalb die Ursprungsfassung besser als die Fassung der Antragskommission, weil in der Tat in ihr, so meine ich, das Vorschlagsrecht drin ist, aber in der Tat auch die Mitgliederbefragungen so enthalten sind.

Meine Damen und Herren, ich bin ja nicht in diesem Gremium gewesen. Ich weiß nur, da wir im Bundesvorstand auch darüber geredet haben, wie intensiv die Meinung war, daß gerade dann, wenn in unserer Partei auch Minderheitengruppen zur Kandidatenaufstellung kommen sollen und nicht feste Seilschaften immer wieder alles schon vorher regeln, eine solche Möglichkeit einer Parteiführung auch da sein muß. Ich bin ziemlich sicher, meine Damen und Herren, daß dieses mögliche Instrument uns auch zu mehr Pluralität unter den Abgeordneten verhelfen kann. So verstehe ich es jedenfalls. Denn niemand muß sich mehr rechtfertigen, als wenn ein Parteichef eine solche Weisung gibt. Wenn er das tut, wird er derart kritisch unter die Lupe genommen, daß ich einen Mißbrauch dieser Möglichkeit eigentlich ausschließe.

So unbequem es ist – ich hatte deshalb so unleserlich geschrieben, weil ich lange gezögert habe, ob ich dies sagen soll –: Da ich festgestellt habe, daß vom Bundesvorstand von denjenigen, die Stunden darüber beraten haben, nur wenige im Saal sind, habe ich es als ein Stückchen Stellvertreterfunktion empfunden, das hier zu sagen.

(Beifall)

**Roswitha Erlenwein**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Laurien. – Inzwischen gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren. Es hat sich nun Herr Paul Chruscz aus Nordrhein-Westfalen gemeldet.

**Paul Chruscz**: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich hatte eigentlich vor, Zuhörer zu sein. Wenn allerdings – wenn auch zur fortgeschrittenen Stunde – bestimmten Anträgen das Wort geredet werden soll, dann muß man auch flexibel sein können.

Ich komme aus einem Kreisverband mit etwas über 10000 Mitgliedern. Wir haben einen Kreistag, der von zehn Städten beschickt wird. Eine Stadt davon hat 500 Mitglieder, eine andere hat 2000.

Wenn wir jetzt Mitglieder befragen und die Kreistagskandidaten aufstellen, dann werden wir ganze Regionen nicht berücksichtigen. Bisher raufen wir uns immer so zusammen, daß Grundmandate zunächst auf jede Stadt entfallen. Wenn wir nun aber sagen, daß wir uns dagegen wehren, daß Landesvorstände und Bundesvorstände bei der Aufstellung etwas zu sagen haben, können wir hinterher nicht dazu übergehen, dem Parteivolk so etwas im Sinne von Zufälligkeiten zu übertragen. Ich bin der Meinung, daß die Dinge unter dem Gesichtspunkt der Praktikabilität in den Kreisen und in den Gemeinden gesehen werden müssen. Wer zu anderen Verfahren greift, erreicht vielleicht Augenblickserfolge. Im Augenblick erleben wir doch, welche Rolle freie Wählergemeinschaften und dergleichen mehr spielen. Wenn wir als Kreispartei nicht ordnend eingreifen können, werden nicht die CDU-Kandidaten, sondern die freien Wählergemeinschaften ohne parteipolitische Bindungen demnächst das Sagen haben. Ich bitte also, dem Antrag nicht zu folgen.

(Beifall)

**Roswitha Erlenwein**, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Pfeffermann aus Hessen.

**Gerhard Pfeffermann**: Frau Vorsitzende! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In diesem Jahr bin ich 20 Jahre Kreisvorsitzender. Das ist nach der Diskussion von heute sicherlich zu lange. Ich will das einräumen. Es hat mich aber nicht daran gehindert, ein paar Erkenntnisse zu gewinnen, die ich an dieser Stelle in die Diskussion einführen will.

Die Satzung der CDU Deutschlands hat noch niemanden daran gehindert, Mitgliederbefragungen durchzuführen, wenn dieses vor Nominierungen als geeigneter Weg in einer schwierigen Situation erschienen ist – auch wenn es der Popularität dient. Im übrigen erlebe ich in unseren Kreisverbänden, wenn Wahlkreise frei werden, immer wieder, daß gerade die Vorstellungen der verschiedenen Kandidaten in Mitgliederversammlungen wie selbstverständlich in das Vorfeld eines geordneten Verbandes gehören.

(Zustimmung)

Wenn ich ein entsprechendes Petikum schriftlich in dem Antrag der Jungen Union wiederfinde, habe ich das Gefühl, daß wir uns ein Armutszeugnis ausstellen.

(Zustimmung)

Freunde, es gab einmal jemanden, der gesagt hat, mit ihm fange die Demokratie erst richtig an. Wir wollen es nun wirklich nicht übertreiben. Wir sind in diesen Tagen doch stolz darauf, 40 Jahre Demokratie gelebt zu haben und sie mit Leben erfüllt zu haben. Wir wollen das Kind doch nun nicht mit dem Bade ausschütten.

Ich halte diesen Antrag, um es ganz klar zu sagen, für falsch, wenn die beabsichtigte Regelung als zwingend ausgestaltet wird, weil es eine Fülle von Situationen geben kann, bei denen der erwähnte Lauf der Dinge falsch ist, wenn man das zweite Anliegen verwirklichen will, nämlich daß der Bundesvorstand ein Vorschlagsrecht hat. Wie wollen Sie denn in einer öffentlichen Mitgliederversammlung klarmachen, wer in der Partei das Sagen hat und Vorschläge einbringt, und wie wollen Sie dieses dann auch noch auf einem Parteitag durchsetzen, wenn der von außen Nominierte und der Platzhirsch gegeneinander antreten? Das ist doch – aus der Praxis heraus gesehen – einfach Blödsinn.

(Beifall)

Sie können dann dem, der von Bundes- oder Landesebene aus den Vorschlag macht, doch gewissermaßen nur die Hose ausziehen. Es kann doch nicht der Sinn einer Satzung sein, daß wir einen solchen Weg gehen. Der Ansatz, der dahintersteht, ist vernünftig, nämlich Nominierungen öffentlich, publizitätsträchtig und glaubhaft zu machen. Es geht aber nicht an, daß wir mittels eines zweiten Ansatzes gleichzeitig Wege gehen, die das Verfahren unglaublich schwierig machen.

Nun zu dem zweiten Teil des Antrags. Der erste Teil des Antrags der Jungen Union soll eine mitgliederwerbende Funktion haben und Offenheit herbeiführen. Der zweite Teil, der beinhaltet, daß der Bundesvorstand und der Landesvorstand ein Vorschlagsrecht haben, ist als Satzungsinhalt – die entsprechende Regelung müßte ja, wenn wir sie beschließen, Bestandteil der Satzung werden – genauso blödsinnig. Es mag sein, daß ein Landesvorsitzender meint, er solle einem Kreisverband einen ordentlichen Vorschlag machen. Wenn dieser Landesvorsitzende Rückgrat hat, soll er sich vor die Kreispartei stellen und – über den Kreisvorsitzenden oder wen auch immer – seinen Vorschlag unterbreiten. Das Vorschlagsrecht behalten wir uns als Kreisverbände aber allemal vor. So muß es laufen.

(Beifall)

Es geht nicht an, daß man sich hinter irgendwelchen dubiosen Beschlüssen von Landesvorständen versteckt, in etwa nach dem Motto: Wir beschließen im Rahmen einer Sitzung des Landesvorstandes; die dort unten sollen es ausbaden. Wenn der Landesvorsitzende will, daß der Kreisverband XY die Dame Z als Kandidatin für ein Abgeordnetenmandat aufstellt – ich spreche aus Erfahrung; die Hessen wissen, was ich meine –, dann muß er auch den Mut haben, zu sagen: Wir wollen dies so. – Er soll dann auch gefälligst zur Kreisversammlung kommen. Wenn er einen ordentlichen Kreisvorsitzenden oder eine ordentliche Kreisvorsitzende hat, kann er sich die Reise dorthin freilich sparen, weil er die Dinge vorher ordentlich regelt. Einfach Satzungsregelungen zu beschließen, die beinhalten, daß der Bundesvorstand und der Landesvorstand ein Vorschlagsrecht haben, bedeutet nicht mehr Demokratie. Freunde, es ist vielmehr ein Rückfall in alte Hierarchien, die wir wirklich nicht wieder in der Satzung verankern wollen. Ich bin dafür, daß der Antrag abgelehnt wird.

(Beifall)

**Roswitha Erlenwein**, Tagungspräsidium: Jetzt hat Herr Professor Luger das Wort.

**Prof. Adolf Luger:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In dem Antragskomplex sind insgesamt drei Einzelpunkte angesprochen, zu denen ich kurz Stellung nehmen möchte.

Der erste Einzelpunkt ist der einfachste. In dem Antrag der Jungen Union steht, daß die Häufung von Ämtern und Mandaten vermieden werden müsse. Ich halte das im Interesse einer möglichst breiten Repräsentanz für erforderlich. Deswegen bin ich der Meinung, daß dieser Punkt in den endgültigen Beschluß aufgenommen werden sollte. Ich glaube, dies ist auch kein Kritikpunkt in der Diskussion.

Der größte Kritikpunkt – darüber scheint mir durchaus Einigkeit zu bestehen – ist der Versuch, ein Vorschlagsrecht der oberen Institutionen – je nachdem, wo Kandidaten aufgestellt werden – zu verankern. Meine Damen und Herren, die jeweils zuständige Mitglieder- oder Delegiertenversammlung muß das Recht haben, allein zu entscheiden, aus ihrem Kreise, aus ihrem jeweiligen Vorstand heraus die Vorschläge für die Delegierten zu erhalten. Wenn man seitens anderer Institutionen beispielsweise im Falle eines frei werdenden Mandates jemanden von außen unterbringen möchte – wir haben den Fall ja schon häufiger erlebt –, dann wird man, wie ich annehme, seitens dieser anderen Institutionen genug Kontakt zu dem jeweiligen Adressaten, beispielsweise dem Kreisvorstand, haben, daß man in der Lage ist, die betreffende Person über persönliche Kontakte ins Gespräch zu bringen und auszuloten, ob die betreffende Person erwünscht ist. Ich habe kürzlich bei der Neunominierung eines Landtagskandidaten – der bisherige Kandidat wollte nicht mehr kandidieren – diesen Fall erlebt. Es sollte jemand seitens des Landesverbandes empfohlen werden. Man hat dies relativ vorsichtig gemacht. Seitens des Kreisverbandes hat man darauf verwiesen, daß man mehrere sehr gut geeignete Kandidaten habe. Man hat sich seitens des Landesverbandes daraufhin gehütet, den Kandidaten in das Rennen zu schicken, weil man wußte, daß die Chancen nicht groß sind.

Vielleicht gibt es ja auch Fälle, in denen keine ausreichende Anzahl qualifizierter Kandidaten zur Verfügung steht, und der entsprechende Kreis freut sich direkt, einen Kandidaten zu bekommen.

Meine Damen und Herren, das andere ist die Frage der effektiven Entscheidung über die Mandate. Hier bin ich der Meinung, die Entscheidung sollte so getroffen werden,

wie sie im ursprünglichen Antrag vorgezeichnet ist, d. h. nicht auf offenen Mitglieder-  
versammlungen. Wir haben häufig genug erlebt, daß offene Mitgliederversammlungen  
von einzelnen Gruppen mißbraucht worden sind. Man hat dort die Mitglieder mit  
Macht zusammengekartt oder hat die Veranstaltung soweit wie es geht hinausgezo-  
gen, damit diejenigen, die am nächsten Tage arbeiten müssen, bereits gegangen  
sind, wenn anschließend die Entscheidungen getroffen werden.

Meine Damen und Herren, das sollte man den jeweiligen Gremien überlassen. Meine  
Tendenz geht für diese Aufstellungen zur Delegiertenversammlung. Da ist die  
Mitgliederschaft gleichmäßig repräsentiert.

Danke schön.

(Beifall)

**Roswitha Erlenwein**, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir eine Bemerkung zur  
Geschäftsordnungslage. Wir haben noch weitere sechs Wortmeldungen zu Ziffer 10,  
und es ist 21 Uhr. Wir kommen nachher noch zu einem sehr wichtigen Punkt, nämlich  
zu den Finanzen. Ohne Ihnen jetzt zu empfehlen, wichtige Diskussionen abzubrechen,  
möchte ich doch vorschlagen, daß wir damit die Rednerliste schließen, denn es sind  
inzwischen wirklich alle Argumente ausgetauscht worden. Es wäre sicher für die  
Diskussion sinnvoll, nach den Wortmeldungen zur Abstimmung zu kommen. Sind Sie  
damit einverstanden, daß wir mit diesen Wortmeldungen die Rednerliste zu Ziffer 10  
mit allen dazugehörigen Anträgen zu schließen? Wer damit einverstanden ist, den  
bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Einige wenige Gegenstimmen?  
– Keine Enthaltungen. Damit wollen wir die Rednerliste zu dieser Ziffer abschließen.

Jetzt hat Herr Josef Merkel das Wort. – Bitte schön, Herr Merkel.

**Josef Merkel**: Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Zuerst eine Vorbemerkung.  
Ich bedauere sehr, daß bei dieser Debatte fast niemand vom neu gewählten  
Bundesvorstand anwesend ist.

(Beifall)

Ich hätte mich darüber gefreut, wenn die neu gewählten Damen und Herren sich diese  
Diskussion angehört hätten.

(Beifall)

Zur Sache. Ich bin dafür, daß wir das so, wie es in der Vorlage ist, bestehen lassen, daß  
es den Bezirken und den Landesverbänden bzw. den Kreisverbänden überlassen ist,  
wie sie die Kandidaten aufstellen, in Mitgliederversammlungen, Delegiertenversamm-  
lungen, so wie wir das bisher gehandhabt haben.

Zur Frage des Vorschlagsrechts bitte ich Sie wirklich, diesen Artikel vor diesem  
Absatz zu streichen, auch im Interesse von Kandidaten, denn die Erfahrung ist, daß  
dadurch, daß ein Kandidat von einem Landes- oder Bundesvorstand vorgeschlagen  
wird, unter Umständen gewährleistet ist, daß er nicht gewählt wird; denn so souverän  
sind unsere Mitglieder, daß sie sich das nicht vorschreiben lassen. Wenn ein Kandidat  
diese Fürsprache braucht, dann hat er unter Umständen die Grundlage seiner  
Nichtwahl gelegt. Damit tun wir denen, denen wir helfen wollen, den allerschlechte-  
sten Dienst. Streichen wir deswegen diese Geschichte und nehmen sie vom Tisch.

(Beifall)

**Roswitha Erlenwein**, Tagungspräsidium: Nun hat Herr Dr. Görgens das Wort.  
Anschließend bitte ich schon einmal Herrn Fritz Kleinhammer aus Niedersachsen und  
Herrn Jürgen Quensell nach vorne zu kommen.

**Dr. Bernhard Görgens:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag der Jungen Union und der Antrag des Bundesausschusses haben eines gemeinsam: Die Junge Union hält die Kreisverbände für zu dämlich, ihre Verfahren zur Kandidatenaufstellung selbst regeln zu können,

(Vereinzelt Beifall)

und der Bundesausschuß hält die Kreisverbände für zu dämlich, geeignete Kandidaten selbst aufstellen zu können. Mit all diesen Idioten auf der Kreisebene, die zu dumm sind, richtige Verfahren zu finden und richtige Kandidaten aufzustellen, machen wir nach der Kandidatenaufstellung Wahlkampf, da gehen wir auf die Straße, da erzählen wir den Bürgern, wie gut unsere Programme sind, da erzählen wir den Bürgern, wie gut die Leute sind, die wir aufgestellt haben. Irgendwo paßt das doch nicht mehr zusammen.

Demokratie ist eine schwierige Geschichte, manchmal kommen auch falsche Ergebnisse heraus. Das gilt für alle Gremien, nicht nur auf der Ebene der Kreise. Da gibt es auch andere Gremien. Auch die innerparteiliche Demokratie ist schwierig. Das aber dadurch korrigieren zu wollen, daß man in die Verfahrenshoheit der Kreisverbände eingreift, desgleichen die Aufstellungshoheit der Kreisverbände, halte ich, mit Verlaub gesagt, für etwas zu pessimistisch gedacht. Ich schlage Ihnen vor, die Anträge A 102 und A 103 abzulehnen. Dann erledigt sich der Rest bis A 112 von selbst, und wir können uns wieder den Aufgaben zuwenden, für die wir eigentlich hier hingeschickt worden sind.

(Beifall)

**Roswitha Erlenwein,** Tagungspräsidium: Vielen Dank. Das Wort hat Herr Kleinhammer.

**Fritz Kleinhammer:** Frau Präsidentin! Ich möchte nur zu den zwei Ausführungen über die beiden Anträge etwas hinzufügen. Ich halte den Vorschlag der Antragskommission, uns Vormundschaften aus den Vorständen zu geben, für einen Hohn auf die Disziplin, die wir gestern bewiesen haben, daß nämlich Solidarität in dieser Partei noch existiert.

Zum Antrag selbst kann ich mich nur dem anschließen, was gesagt worden ist: Bleiben wir bei dem, was wir hatten. Oder meint der Bundesausschuß oder die Antragskommission, alle, die wir bis jetzt in die Mandate geschickt haben, hätten nichts getaugt?

**Roswitha Erlenwein,** Tagungspräsidium: Vielen Dank. Als nächster hat Herr Jürgen Quensell das Wort, dann Herr Ministerpräsident Wagner. – Frau Süßmuth, Sie ziehen Ihre Wortmeldung zurück?

**Jürgen Quensell:** Ich bin Bundesvorstandsmitglied der Jungen Union, und ich möchte zu diesem Antrag der Jungen Union sprechen. Ich bin, wenn wir über die Anträge A 102 und A 103 sprechen, mit vielen von Ihnen der Meinung, daß man den Absatz der Antragskommission, der sich auf das Vorschlagsrecht der überörtlichen Gremien bezieht, streichen sollte. Ich bitte deshalb das Präsidium von vornherein, getrennt darüber abstimmen zu lassen, damit wir nicht den ganzen Antrag ablehnen, den ich von seinem Grundwert her für gut halte. Ich danke Frau Laurien, daß sie diesen Antrag der Jungen Union begrüßt hat, denn die Erfahrung – und ich sage das sowohl als Bundesvorstandsmitglied der Jungen Union als auch als stellvertretender Parteivorsitzender der CDU in Duisburg – hat gezeigt, daß wir viele Mandatsträger haben, die sich in der Tat in Seilschaften befinden und die sich über einen langen Zeitraum

festgesetzt haben und nicht mehr bereit sind, irgend etwas zu bewegen. Das gilt – das kann ich nun weniger beurteilen – nach meiner Meinung auch für Bereiche der Landes- und Bundespolitik.

Wenn wir da etwas bewegen wollen, dann können wir doch nicht so argumentieren, daß wir Totschlagargumente nach dem Motto nehmen, das ist unpraktikabel, und wir haben das immer so gut geschafft. Meine lieben Freunde, ob wir das immer so gut geschafft haben, möchte ich bezweifeln, denn bei vielen unserer Kandidaten scheint doch das Persönlichkeitsprofil nicht mehr auszureichen, ansonsten würden sie möglicherweise häufiger auch einmal gegen den Trend gewinnen. Insofern möchte ich Sie bitten, diese Möglichkeit hier hineinzuschreiben. Es wird ja nicht Bestandteil einer Satzung, sondern ist ein politischer Vorschlag. Es ist der Vorschlag, es künftig so zu handhaben und da einmal einen neuen Weg zu gehen. Ich bitte Sie, dem zu entsprechen, damit wir auch jungen Leuten gegenüber verkaufen können, daß das zukünftig nicht nur über Delegiertengremien entschieden wird, sondern durch eine breitere Mitbestimmung.

Ich danke Ihnen.

(Vereinzelt Beifall)

**Roswitha Erlenwein**, Tagungspräsidium: Jetzt hat Herr Ministerpräsident Wagner das Wort, und damit ist dann die Wortmeldungsliste abgearbeitet. – Bitte schön, Herr Wagner.

**Dr. Carl-Ludwig Wagner**: Frau Tagungspräsidentin! Meine lieben Freunde! Wir sprechen bei dieser Ziffer in der Tat über zwei völlig verschiedene Sachverhalte, und ich bin deswegen auch dafür, darüber nachher getrennt abzustimmen, und zwar in der Fassung der Antragskommission.

Zum ersten Punkt geht es darum, ob der Antrag der Antragskommission angenommen wird, der eine differenzierte Lösung möglich macht, zwar mit dem Wunsch, möglichst viel Mitgliederbeteiligung zu haben, aber doch auch über Delegiertenversammlungen zu gehen.

Ich möchte Ihnen sagen, daß in unserem Landesverband, der der Grundtendenz der Fassung der Antragskommission zugestimmt hat, bereits sehr viele Mitgliederversammlungen bei Kandidatenaufstellungen veranstaltet werden. Das machen die Kreisverbände von sich aus. Das halte ich auch für richtig. Es gibt aber auch Fälle, in denen sich das wirklich nicht empfiehlt. Vorhin haben wir gehört, daß wir Kreisverbände mit bis zu 10 000 Mitgliedern haben. Solche haben wir in Rheinland-Pfalz nicht, aber Bundestagswahlkreise mit 6000 oder 7000 Mitgliedern haben wir sehr wohl auch. Dann ist es schon eine Frage eines vernünftigen Verfahrens, ob man da nun durchweg, so über einen Leisten, überall Mitgliederversammlungen vorschreiben will. Das schlägt ja nun in der Tat die Junge Union vor. Sie sagt:

Die Aufstellung von Kandidaten soll in Mitgliederversammlungen der Wahlkreise für Landtag, Bundestag und kommunale Parlamente vorgenommen werden.

Bei kommunalen Parlamenten hat das sicher sehr viel Sinn, auch sicherlich in dem einen oder anderen Fall eines Landtagswahlkreises oder Bundestagswahlkreises, aber das sollte nicht zentralistisch geregelt werden. Überlassen wir es den Landesverbänden

(Beifall)

und auch gegebenenfalls den Kreisverbänden, wie sie das machen. Dem entspricht der erste Absatz der Fassung der Antragskommission, und ich meine, der ist vernünftig. Er enthält ja auch den Wunsch, möglichst viel Mitgliederbeteiligung sicherzustellen. Das ist der allgemeine Trend, und dieser Trend ist richtig, aber nicht in Form dieser zwingenden allgemeinen Vorschrift.

Nun zu dem aus meiner Sicht heikleren Punkt, der hier auch viel diskutiert wurde, zum Vorschlagsrecht. Meine lieben Freunde, ich spreche mich für dieses Vorschlagsrecht aus. Das hat unser Landesverband auch getan. Es ist doch abwegig, hier von einer Entmündigung zu sprechen oder etwa zu sagen, hier würde unterstellt, in den Kreisverbänden seien die Mitglieder oder die Delegierten zu dumm, richtige Kandidaten aufzustellen. Das Recht der Kandidatenaufstellung wird ja um kein Jota beschnitten. Es wird nur eine Möglichkeit eingeräumt, daß sich ein übergeordneter Vorstand, meinestwegen auch ein Vorsitzender, mit einem Vorschlag an der Willensbildung beteiligt.

Meine lieben Freunde, das hat einen ganz bestimmten Sinn. Wir klagen darüber, daß wir keine wünschenswerte Zusammensetzung unserer Parlamente haben, daß wir zu wenige junge Leute haben, zu wenige Frauen haben, zu wenige Arbeitnehmer und, wie wir bei uns auch hören, zu wenige Vertreter aus der Landwirtschaft haben. Es ist doch eine Erfahrungstatsache, daß es sehr schwer ist, etwa in einem Landesverband eine einigermaßen ausgewogene Zusammensetzung der Kandidatenliste hinzukriegen, weil sich eben alles in den Wahlkreisen abspielt. Jeder Wahlkreis geht natürlich nach seinen Gesichtspunkten vor und hat nicht das Gesamtbild als Richtschnur – er kann es ja auch gar nicht haben –, welches sich dann im Landesverband oder auf Bundesebene ergibt. Um hier ein bißchen auszugleichen und zu steuern – es ist ja nur ein Vorschlagsrecht, von dem dann mit Sicherheit auch nur in bescheidenem Umfang Gebrauch gemacht würde –, halte ich diesen Antrag auch in seiner Ziffer 2 im Prinzip für richtig.

Im übrigen bin ich dankbar dafür, daß ein Vorschlag des Landesverbandes Rheinland-Pfalz, ein solches Vorschlagsrecht des Landesvorstandes auch für die Bundestagswahlkreise vorzusehen, nicht nur für Landtagswahlbezirke, von der Antragskommission – im Gegensatz zum ursprünglichen Text – aufgenommen worden ist.

In diesem Sinne, meine lieben Freunde, würde ich für die Annahme beider Absätze plädieren, ganz bestimmt für die Annahme des ersten Absatzes, aber, wenn es nach mir geht, auch für die des zweiten.

(Beifall)

**Roswitha Erlenwein**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident Wagner.

Damit sind die Beratungen zu dieser Ziffer abgeschlossen, und Herr Hegemann von der Antragskommission hat das Wort. Ich bitte Sie aber, Herr Hegemann, auch folgendes mit einzubeziehen. Es ist ein Antrag zur Geschäftsordnung gestellt worden, der besagt, daß wir über die beiden Ziffern der Antragskommission getrennt abstimmen. Wenn Sie es möchten, sollten Sie bitte auch dazu eine Äußerung machen.

**Lothar Hegemann**, Antragskommission: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mein Vorredner hat gezeigt, daß man sich sehr wohl zur Geschäftsordnung melden und dann zur Sache reden kann. Dennoch meint die Antragskommission, daß sie diesem Wunsch entsprechen sollte und daß getrennt über die beiden Ziffern abgestimmt werden sollte.

Nun zur Sache: Was hat die Kommission dazu bewogen, dieses Thema überhaupt mit in dieses Organisationspapier aufzunehmen? Nehmen wir als Beispiel einmal unseren Aufnahmeantrag oder Werbematerial für die CDU. Darin steht: CDU-Mitglieder sind besser informiert, können mitgestalten und können mitwirken. Stimmt das denn? Wenn es stimmte, müßten wir eine ganz andere Mitgliederentwicklung haben. Deshalb bin ich auch dafür dankbar, daß hier von der Jungen Union ein solches Instrument eingebracht wird, mit dem man den Leuten vielleicht wirklich einmal das Gefühl gibt, sie könnten etwas mehr mitwirken.

Aber dies muß nicht verbindlich sein, wie die Junge Union es fordert, sondern dies kann in den Landesverbänden geregelt werden, es sollte in den Kreisverbänden so geregelt werden, wie sie es gerne hätten, und insbesondere bei der Jungen Union selbst sollte es so praktiziert werden, wie sie es hier gerne hätte. Das ist überhaupt keine Frage. Das ist nicht neu, aber wir müssen ja nicht nur neue Sachen in dieses Papier hineinbringen. Dort also, wo es sinnvoll ist, wo es wünschenswert ist, kann man Mitgliederversammlungen machen. Dort, wo sich das Delegationsprinzip bewährt hat, kann man danach verfahren.

Es ist doch auch eine Frage der Praktikabilität, die Frage, ob man eine Halle hat, in die 3000 Leute hineingehen. Ich meine – das war auch die Meinung der Kommission –, daß man durchaus einmal über andere Formen nachdenken muß, auch über Mitgliederbefragungen. Nur eines kann es nicht geben: die Briefwahl. Wer in der CDU mitbestimmen will, muß seinen Hintern schon hochheben und in die Versammlung kommen.

(Vereinzelt Zustimmung)

Meine Damen und Herren, zum zweiten Punkt, zum Vorschlagsrecht. Ich nenne einmal einen völlig anderen Aspekt, der sicherlich im Ruhrgebiet von besonderem Interesse ist. Warum können die Direktwahlkreise, die dicken Wahlkreise, immer nur von den Wahlkreisen selbst besetzt werden, und warum muß für den soziologischen Ausgleich die Reserveliste erhalten? Ich meine, wenn ein Wahlkreis frei wird, könnte man den soziologischen Ausgleich – das, was der Bundesvorstand oder ein Landesvorstand in einem Parlament unbedingt drinhaben will – auch einmal einem solchen Wahlkreis empfehlen. Die Delegierten sind doch völlig autonom, dann zu entscheiden, was sie damit machen. Aber ich kenne persönlich Fälle, wo Vorschläge der Landespartei einfach gar nicht zur Kenntnis genommen worden sind, wo Briefe nicht vorgelesen worden sind, wo Kandidaten da waren, die sich nicht vorstellen konnten. Ja, was soll das denn? Ich bin selbst Abgeordneter und habe keine Angst, wenn mir da einer einen anderen empfiehlt. Wenn ich gut bin, kann der Bundeskanzler vorschlagen, wen er will; dann werde ich auch gewählt. Ich meine also, es sollte nicht so sein, daß man nur bei der Reserveliste sagt: Es müssen fünf Frauen und drei von der Jungen Union drauf. Vielmehr sollten wir hier durchaus ein Vorschlagsrecht einräumen.

(Unruhe)

Ich würde mich allerdings freuen, wenn die Landesvorsitzenden, die dies gefordert haben, jetzt auch hier wären.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, den Anträgen der Kommission Folge zu leisten. Ich schließe mich hier den Worten des Vorredners Wilhelm an.

(Zuruf: Wagner! – Heiterkeit)

– Entschuldigung, Wagner! Wir werden nicht reglementieren, aber wir müssen andere Instrumente finden, damit die Parteiverdrossenheit wieder aufhört. Die Mitgliederentwicklung gibt uns recht.

**Roswitha Erlenwein**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Das Wort hat nun unser Vorsitzender Dr. Helmut Kohl.

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**, Vorsitzender der CDU: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Genau über diesen Punkt haben wir natürlich auch in der Kommission lange, lange diskutiert. Was jetzt die Empfehlungen der Antragskommission betrifft, so bin ich der Auffassung, daß am wichtigsten – und es hat schon seinen guten Grund, daß das bei uns in einem Parteitagsbeschuß niedergelegt wird – der erste Teil ist, in dem es um die Frage der Anhäufung von Ämtern und Mandaten geht. Ich finde, gegen den Antrag dazu kann man vernünftigerweise wirklich nichts einwenden.

Die Debatte zum zweiten Teil verstehe ich nicht; das muß ich Ihnen offen sagen. Ich habe die Position, die hier beschrieben wird, immer vertreten. Da Sie mich zum Parteivorsitzenden gewählt haben, werde ich mir das Recht nehmen, den Verantwortlichen in einem Wahlkreis zu schreiben mit der Bitte zu prüfen, ob diese oder jene Personalentscheidung im Wahlkreis möglich ist. Das habe ich auch als Landesvorsitzender so gehalten. In der Bundesrepublik gibt es eine Reihe von ganz wichtigen Persönlichkeiten, die aufgrund solcher Briefe in einem Wahlkreis nominiert wurden.

Nun muß ich die Kommission in Schutz nehmen. Es kann doch gar keine Rede davon sein, daß diejenigen, die das so formuliert haben, die Absicht hatten, Wahlkreisdelegiertenversammlungen sozusagen unter Vormundschaft zu stellen. Es scheint sogar schon vorgekommen zu sein, daß ein solcher Brief, wenn er vor Ort eintraf, den Entscheidungsgremien nicht einmal zur Kenntnis gebracht wurde. Das gehört auch zur Parteigeschichte.

Aber ich muß Ihnen ganz offen sagen: Ich werde mir als Parteivorsitzender immer das Recht nehmen, in vernünftigen Gesprächen das zu sagen, was ich für richtig halte. Für mich ist der erste Punkt wichtig. Wenn Sie gegen den zweiten Punkt stimmen, dann nehmen Sie wenigstens zu Protokoll, daß jeder von uns, der ein Amt in der Partei hat, nicht nur das Recht, sondern möglicherweise auch die Pflicht hat, im Blick auf solche Entscheidungen einen Brief zu schreiben. Wenn wir uns darin einig sind, ist das für mich kein Punkt, in den ich mich verbeiße.

Ich muß nur eindeutig die Kommission in Schutz nehmen. Hier ging es wirklich nicht um Vormundschaft, sondern da sind gravierende Fälle – ich will sie hier jetzt nicht nennen – vorgetragen worden, die mich davon überzeugt haben, daß unser Vorschlag sinnvoll ist.

Wenn der Parteitag hier sagt: Wir wollen dies nicht, aber in der Auslegung ist das, was der Parteivorsitzende gesagt hat, unser gemeinsamer Wille, dann kann ich – und jeder, der meine Ansicht teilt – damit leben.

(Zustimmung)

**Roswitha Erlenwein**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Dr. Helmut Kohl.

Damit sind die Beratungen abgeschlossen. Wir kommen zur Abstimmung über Ziffer 10. Es ist beantragt worden, über die Ziffer, die zwei Absätze hat, in der von der Antragskommission vorgeschlagenen Fassung getrennt abzustimmen.

Ich rufe also erst einmal den ersten Abschnitt der Ziffer 10 auf und bitte diejenigen, die sich für diese Fassung aussprechen, um das Kartenzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe! – Einige wenige Gegenstimmen. Enthaltungen! – Damit ist der erste Absatz der Ziffer 10 in der von der Antragskommission vorgelegten Fassung angenommen.

Ich rufe nun den zweiten Absatz der Ziffer 10 auf und bitte diejenigen um das Kartenzeichen, die dem Absatz zustimmen wollen. – Ich bitte um die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Damit ist der zweite Absatz der Ziffer 10 in der vorgelegten Fassung mit überwältigender Mehrheit abgelehnt.

(Vereinzelt Zustimmung)

Ich habe hier eine Durchsage des Geschäftsführers der Antragskommission zu machen. Er bittet alle Mitglieder der Antragskommission, sich unmittelbar nach dem Ende der Plenardebatte des heutigen Tages zu einer weiteren Sitzung zusammenzufinden. Der Ort ist bekannt.

Wir kommen zum Kapitel II: Aktive und informierte Mitgliedschaft als Basis einer Volkspartei.

Ich rufe die Ziffer 11 des Antrags des Bundesausschusses auf. Dazu gehören die Anträge A 113 bis A 117. Sie finden diese Anträge in der Antragsbroschüre auf den Seiten 29 bis 31. Wortmeldungen hierzu liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die vorgelegte Fassung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Mit einigen wenigen Enthaltungen ist Ziffer 11 angenommen.

Ich rufe die Ziffer 13 des Antrags des Bundesausschusses auf. Dazu gehören die Anträge A 121 bis A 133 und A 433. Fundstelle ist die Antragsbroschüre, Seite 33 bis 36 sowie die Sammlung der Initiativanträge III, Seite 5. Wortmeldungen hierzu liegen nicht vor.

Wir können zur Abstimmung kommen. Wer für die Ziffer 13 in der von der Antragskommission vorgelegten Fassung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen.

(Zurufe)

Ja, einen kleinen Moment; wir stimmen hier erst einmal ab. – Die Gegenprobe! – Einige wenige Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer 13 beschlossen.

Ich entschuldige mich: Ich habe hier eine Seite überschlagen. Ich rufe nun die Ziffer 12 des Antrags des Bundesausschusses auf. Dazu gehören die Anträge A 118 bis A 120 sowie A 431 und A 432. Sie finden diese Anträge in der Antragsbroschüre auf Seite 31 bis 32 sowie in der Sammlung der Initiativanträge III, Seite 3 bis 5. Auch hierzu liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir können über diese Ziffer abstimmen. Wer für die von der Antragskommission vorgeschlagene Fassung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Einige wenige Gegenstimmen. – Enthaltungen? – Damit ist die Ziffer 12 angenommen.

Ich rufe nun die Ziffer 14 des Antrags des Bundesausschusses auf. Dazu gehören die Anträge A 134 bis A 139. Die Fundstelle ist die Antragsbroschüre, Seite 36 bis 37. Auch hierzu liegen keine Wortmeldungen vor.

Wer für die von der Antragskommission vorgelegte Fassung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Die Ziffer 14 ist somit einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 15 des Antrags des Bundesausschusses auf. Dazu gehören die Anträge A 140 und A 141. Fundstelle ist die Antragsbroschüre, Seite 37 bis 38. Auch hierzu liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Ziffer 15 in der Fassung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Ziffer 15 einstimmig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 16 des Antrags des Bundesausschusses auf. Dazu gehören die Anträge A 142 bis A 147. Fundstelle ist die Antragsbroschüre, Seite 38 bis 39. Auch hierzu liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir können zur Abstimmung kommen. Wer für die von der Antragskommission vorgeschlagene Fassung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Bei einigen wenigen Gegenstimmen ist auch die Ziffer 16 hiermit beschlossen.

Nun möchte ich das Mikrophon an meinen Kollegen weitergeben, damit Sie jetzt einmal wieder eine andere Stimme hören können.

(Beifall)

**Peter Jacoby**, Tagungspräsidium: Wir kommen zum Kapitel III: Bürgernahe Formen der Parteiarbeit.

Ich rufe die Ziffer 17 des Antrags des Bundesausschusses auf. Dazu gehören die Anträge A 148 bis A 151. Fundstelle ist die Antragsbroschüre, Seite 40 bis Seite 41. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 18 des Antrags des Bundesausschusses auf. Dazu gehören die Anträge A 152 und A 153. Fundstelle ist die Antragsbroschüre, Seite 41. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 19 des Antrags des Bundesausschusses auf. Dazu gehören die Anträge A 154 bis A 157. Fundstelle ist die Antragsbroschüre, Seite 42 bis Seite 43. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich komme zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Dann ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 20 des Antrags des Bundesausschusses auf. Dazu gehören die Anträge A 158 bis A 161. Fundstelle ist die Antragsbroschüre, Seite 43. Hierzu gibt es eine Wortmeldung. – Herr Dr. Pohl, Landesverband Nordrhein-Westfalen.

**Dr. Ottmar Pohl**, Köln: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das ist jetzt der richtige Antrag. Hier steht:

Die traditionelle Veranstaltungs-Praxis ist zu überprüfen. Die CDU muß mehr offene Veranstaltungen anbieten.

Ich bin sehr einverstanden. Nur gibt es, Herr Bundesvorsitzender, in diesem Zusammenhang immer zwei Fragen, auf die ich gerne mal auch aus der Antragskommission eine Antwort gehört hätte.

Die erste Frage betrifft die Regelintervalle für Parteiwahlen, die wir durchführen müssen. Wir hatten früher im Betriebsverfassungsgesetz und im Personalvertretungsgesetz eine zweijährige Amtszeit, so wie sie auch im Parteiengesetz vorgeschrieben ist. Inzwischen haben wir in den ersten beiden Gesetzen die Laufzeit auf drei Jahre verlängert, weil eine Periode von nur zwei Jahren zu einer großen Häufung von Wahlen führte. Meine Frage lautet: Warum ist das im Bereich des Parteiengesetzes bisher nicht diskutiert worden?

Zweite Frage. Ein großes Ärgernis ist die Diskrepanz zwischen den Voraussetzungen, die einerseits nach den Satzungen für die Wahl von Parteivorständen gegeben sind und andererseits nach den Wahlgesetzen. Wir können mit unserem Kreisparteitag in Köln in aller Regel die Landtagsabgeordneten, die Ratskandidaten und die Bundestagsabgeordneten nicht aufstellen. Wir haben andere Wahlvoraussetzungen: nach Wohnsitz, nach Alter, nach Zugehörigkeit. Die Wahlgesetze sind sehr formal und schreiben hier andere Zeitpunkte und andere Voraussetzungen vor.

Hier ist also eine Divergenz gegeben, die uns wegen der vielen Wahlen in steter Regelmäßigkeit zwingt, neben dem zweijährigen Turnus für die Vorstände zwischen- durch immer noch Mitgliederversammlungen zur Wahl der Vertreter für die Vertreter- versammlung zur Aufstellung der Kandidaten durchzuführen.

(Vereinzelt Beifall)

**Peter Jacoby**, Tagungspräsidium: Herr Dr. Pohl – –

**Dr. Ottmar Pohl**, Köln: Ich bin sofort fertig. – Das führt zu dem Zwang, Herr Präsident, geschlossene Mitgliederversammlungen in einer Häufung und Anzahl durchzuführen, die wir eigentlich gar nicht wollen. Wir wollen viel mehr offene Veranstaltungen durchführen. Deshalb bitte ich die Bundestagsfraktion, einmal ernsthaft zu erwägen, ob sie nicht bei den Regelwahlen für die Partei den Zweijahresturnus zum Dreijahres- turnus erweitert.

Ein Zweites bitte ich zu erwägen. Das habe ich jetzt beim Antrag D 5 des Kreisverbandes Gütersloh entdeckt. Die sind auch auf den Trichter gekommen. Die haben gesagt, das mit den Wahlgesetzen und den ganzen Voraussetzungen geht doch nicht; mit den regulären Satzungsorganen kann man nicht wählen. Das müßte angepaßt werden.

Nun sind die Wahlgesetze sehr formal. Dann müssen wir es eben über die Satzung regeln. Wir müssen versuchen, unsere Satzungen den Wahlgesetzvoraussetzungen anzupassen. Beides, Herr Tagungspräsident, wäre einmal des Nachdenkens wert. Dann können wir auch der Forderung nachkommen, die CDU müsse mehr offene Veranstaltungen durchführen. Das tun wir gerne, wenn wir nicht durch andere Normen immer wieder gezwungen sind, mit uns selbst zu tagen: zur Aufstellung von Vertretern zur Aufstellung der Vertreter.

(Vereinzelt Beifall)

**Peter Jacoby**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Pohl. Mit Ihrer Schlußbemer- kung ist der Bezug zum Antrag A 158 hergestellt worden. Insoweit möchte ich sagen, daß durchaus zum Antrag gesprochen worden ist, allerdings auch nur insoweit.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wünscht die Antragskommission das Wort? – Bitte schön.

**Lothar Hegemann**, Antragskommission: Lieber Ottmar, der Antrag auf dreijährigen Turnus kommt etwas später im Antragstext, mit zustimmender Empfehlung der Antragskommission. Du warst wieder etwa eine Viertelstunde voraus.

**Peter Jacoby**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 21 des Antrags des Bundesausschusses auf. Dazu gehören die Anträge A 162 bis A 165 und A 167. Fundstelle ist die Antragsbroschüre Seite 44 bis 45. Wortmeldungen sind keine eingegangen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen ist so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 22 des Antrags des Bundesausschusses auf. Dazu gehören die Anträge A 166 und A 168 bis A 172. Fundstelle ist die Antragsbroschüre Seite 45 bis 46. Wortmeldungen sind keine eingegangen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen ist so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 23 des Antrags des Bundesausschusses auf. Dazu gehören die Anträge A 173 bis A 178 sowie A 100. Fundstelle ist die Antragsbroschüre Seite 47 bis 48. Wortmeldungen sind keine eingegangen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 24 des Antrags des Bundesausschusses auf. Dazu gehören die Anträge A 179 bis A 185. Fundstelle ist die Antragsbroschüre Seite 48 bis 50. Wortmeldungen sind keine eingegangen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen und einer Enthaltung ist so beschlossen.

Wir kommen zum Kapitel IV: Organisation als Voraussetzung für erfolgreiche Parteiarbeit.

Ich rufe die Ziffer 25 des Antrags des Bundesausschusses auf. Dazu gehören die Anträge A 186 bis A 195 und A 434. Fundstelle ist die Antragsbroschüre Seite 50 bis 53 sowie die Sammlung der Initiativanträge III, Seite 5.

Hierzu ist eine Wortmeldung eingegangen. Ich rufe den Parteifreund Kurt-Dieter Grill auf, CDU-Landesverband Niedersachsen.

**Kurt-Dieter Grill**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt einen inneren Zusammenhang zwischen den Ziffern 25, 30 und 31. Sie beschäftigen sich insgesamt mit der Frage der Organisation der Arbeit und den Fähigkeiten einer Kreisgeschäftsstelle. Es wird die Frage diskutiert, inwieweit die kleineren Kreisverbände in der Lage sind, ihre Arbeit zu leisten.

Um das klarzustellen: Ich komme aus dem Landkreis Lüchow-Dannenberg mit einer Fläche von 1200 Quadratkilometern und 47 000 Einwohnern. Sie können sich etwa ausrechnen, was das bedeutet. Es soll nicht zwingend vorgeschrieben werden, daß

Kreisverbände zusammenzulegen sind. Nur weiß ich nicht, ob wir nicht schon am Anfang deutlich machen müssen – deswegen rede ich hier überhaupt –, daß bei der Zusammenlegung von Kreisverbänden zu befürchten ist, daß wir die Identität unserer Organisationsstrukturen mit unserer Heimatstruktur verlieren und damit ein ganz wesentliches Element der Verhaftung vor Ort in unseren Regionen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich füge hinzu: Der Bezirksverband Lüneburg, dem ich seit 1976 als Schatzmeister angehöre,

(Vereinzelt Beifall)

war einmal das Opfer des ersten Versuchs eines Dienstleistungszentrums, der Zusammenlegung von mehreren Kreisverbänden. Ich kann nur sagen: Ich würde mich um keinen Preis, selbst dann nicht, wenn ich mich mit meinen 945 Mitgliedern noch mehr knüppeln müßte, um meine eigene Kreisgeschäftsstelle zu erhalten, nach Lüneburg oder Uelzen in eine gemeinsame Geschäftsstelle begeben, weil ich fünfzig Kilometer fahren müßte, um zu meiner Kreisgeschäftsstelle zu kommen.

Dies darf eigentlich auch nicht ansatzweise in unseren Papieren auftauchen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben als Kontrahenten bei uns die SPD mit einem Unterbezirksverband, der die Geschäftsstelle im Nachbarkreis hat. Wir merken sehr deutlich, daß wir mindestens bei uns im Landkreis einen hervorragenden Vorteil gegenüber der SPD haben, weil wir ein Sprachrohr für den Landkreis haben, was die SPD nicht hat. Diesen Vorteil würden wir mit dieser Organisationsfrage aufgeben. Dagegen möchte ich mich aussprechen.

Wenn die Zustandsbeschreibung einer Kreisgeschäftsstelle – und ich kann Ihnen sagen, ich empfinde das schon so, wie es hier niedergelegt ist – so korrekt ist, dann sind die Schlußfolgerungen, die vom Bundesausschuß daraus gezogen worden sind, meines Erachtens unvollkommen und jedenfalls nicht bis zu Ende gedacht.

Ich will das einmal noch aus einer anderen Perspektive ansprechen. Unsere Bundestagsabgeordneten haben jetzt eine Ausstattung mit PC und Telefax und all diesen Dingen gekriegt. Meine Damen und Herren, wir haben hier viel über innerparteiliche Demokratie und ähnliche Dinge geredet. Ich kenne zwei Bundestagswahlkreise, in denen der Bundestagsabgeordnete ohne jede Diskussion diese technische Einrichtung dahin gesetzt hat, wo der größere Kreisverband ist, sprich: wo die Mehrheit der Delegierten für die Nominierungsveranstaltung herkommt. Ich als kleinerer Kreisverband – das hat mit meinen Freunden in Lüneburg überhaupt nichts zu tun – muß die 30 000 DM für die technische Ausstattung aufbringen, weil ich sie von meinem MdB nicht zweimal kriege.

Hierauf gibt dieser Antrag und dieser Vorschlag keine Antwort. Hier werden die Kreisverbände, die eben in einem solchen Wahlkreis die Minderheit darstellen, im Grunde genommen sich die Nase wischen, um das etwas salopp auszudrücken. Ich finde den Einstieg falsch, und ich finde die Antworten auf die Frage unbefriedigend: wie kommen die kleineren Kreisverbände mit diesem Papier so zurecht, daß sie in der Fläche und in der Identität mit ihrer Heimat verhaftet bleiben?

(Beifall)

**Peter Jacoby**, Tagungspräsidium: Das Wort hat die Antragskommission.

**Lothar Hegemann**, Antragskommission: Die Zustandsbeschreibung, Herr Grill, ist unstrittig. Ich würde allerdings nicht so oft und so laut erzählen, wo welche Geräte stehen. Das ist sicherlich nicht hilfreich, auch nicht um diese Uhrzeit.

Es kann jeder eine Geschäftsstelle dort unterhalten, wo er sie finanzieren kann. Es gibt überhaupt nichts darüber zu diskutieren, wo Fraktionsgeschäftsstellen, wo Stadtverbands-, wo Bezirksgeschäftsstellen unterhalten werden. Hier ging es nur darum, ein bestimmtes Leistungsprofil für eine Kreisgeschäftsstelle aufzuzeigen, was eine Kreisgeschäftsstelle können muß.

Es gibt auch andere Beispiele. Man muß durch Kooperation von Geschäftsstellen nicht die Eigenständigkeit eines Verbandes aufgeben. Eine solche Kooperation klappt ganz gut. Wir machen zum Beispiel die Technik für zwei andere Kreisverbände mit. Die sind mit uns sehr zufrieden, und wir sind wesentlich billiger als die Landespartei. Also ich glaube, der Konflikt, den Sie hier bei Ihrer Schlußfolgerung aufgezeigt haben, ist vielleicht gar nicht so groß.

**Peter Jacoby**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Das letztere war die Mehrheit.

(Beifall)

Das Wort hat nochmals der Vertreter der Antragskommission.

**Lothar Hegemann**, Antragskommission: Herr Präsident, die Antragskommission möchte jetzt wissen, über was wir abgestimmt haben.

(Zurufe)

Wir haben über einen Antrag abgestimmt, der unstrittig war. Herr Grill hat zu diesem Antrag gesagt, er teile die Meinung der Zustandsbeschreibung. Dieser Antrag ist zur Abstimmung aufgerufen worden. Dieser Antrag war bisher völlig unstrittig. Jetzt können wir per Mehrheit feststellen, daß es nicht so ist, wie es war. Nur, wir haben in der Tat über etwas abgestimmt, was bisher nicht kontrovers war.

**Peter Jacoby**, Tagungspräsidium: Die ursprüngliche Fassung des Antrags ist eben durch das Votum abgelehnt worden. Es ist ein Änderungsantrag gestellt. Folglich muß jetzt erneut in ein Abstimmungsverfahren über diesen Änderungsantrag eingetreten werden. Deshalb frage ich: Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Bitte, Herr Grill.

(Zurufe)

Es handelt sich bei dem Änderungsantrag um den Antrag A 192.

**Kurt-Dieter Grill**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben den Antrag der Antragskommission – das heißt die Ziffer 25 plus die vorgeschlagene Änderung – soeben abgelehnt. Damit ist der gesamte Antrag weg. Dies ist die Geschäftsgrundlage. Ich habe gesagt: wir wollen keinen Einstieg in diese Frage. Dies ist mehrheitlich vom Parteitag so akzeptiert worden. Ich glaube, das ist klar.

(Vereinzelt Beifall)

**Peter Jacoby**, Tagungspräsidium: Mir wird seitens des Justitiars bedeutet, daß Abstimmungsgrundlage nunmehr der gestellte Änderungsantrag sei. Deshalb eröffne ich noch einmal die Aussprache über den gestellten Änderungsantrag.

(Zurufe und Unruhe)

– So, Freunde, wir wählen jetzt einen Weg, der uns auch über diese Klippe bringt, und zwar in einem ordentlichen Verfahren. Es ist ein Änderungsantrag gestellt.

(Zurufe: Von wem? – Wie heißt der?)

– Das ist in der Antragsmappe Seite 52 der Antrag A 192. Wir treten jetzt in ein Abstimmungsverfahren über diesen Antrag ein, wobei ich vorher noch einmal frage, ob es hierzu Wortmeldungen gibt. (Zuruf)

– Bitte schön, zur Geschäftsordnung. Bitte, kommen Sie zum Mikrophon.

**Fritz Kleinhammer:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu jedem Antrag des Bundesausschusses sind die Anträge angeführt, die hier zusammengefaßt worden sind. Hier war der Antrag A 191 mit drin. Er ist angeführt. Oder kann ich nicht mehr lesen? Der ist eingearbeitet und somit überlegt worden.

Ich muß jetzt die Antragskommission fragen, ob bei Abstimmungen, die mit Nein ausgehen, ein Trick versucht wird, um das Nein der Delegierten wieder aufzuheben.

**Peter Jacoby,** Tagungspräsidium: Das Wort hat Franz-Josef Jung.

**Dr. Franz-Josef Jung,** Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich meine, auch zehn vor zehn sollten wir uns gemeinsam bemühen, nicht sachwidrige Entscheidungen zu treffen, sondern richtig zu verfahren.

Erste Feststellung. Wenn ich es richtig gesehen habe, hat der Präsident über die Formulierung der Antragskommission abstimmen lassen, und diese ist abgelehnt worden. Die Antragskommission versucht eine Bündelung der verschiedensten Anträge.

Im Grunde genommen stellt sich jetzt die Frage, ob weitere Änderungsanträge gestellt werden. Die Frage des ursprünglichen Antrages steht ja hier noch. Es gibt ja auch die Diskussion – darüber hat noch niemand gesprochen – über die verschiedene Stufigkeit.

Beispielsweise beinhaltet der Antrag Main-Taunus – ihn will ich auch formal einbringen –, daß wir von der Vierstufigkeit ausgehen. In der ursprünglichen Formulierung war dagegen die Dreistufigkeit vorgesehen. In unserem Statut ist aber mit guten Gründen – auch mit Hinblick auf Basisarbeit und Basisdiskussion – die Vierstufigkeit zugrunde gelegt, d. h. die Ortsverbände und die Gemeindeebene werden einbezogen. Darüber ist überhaupt nicht diskutiert und auch nicht abgestimmt worden. Ich glaube auch, daß hier niemand negativ entscheiden wollte.

Deshalb beantrage ich, daß über den Antrag des Kreisverbandes Main-Taunus abgestimmt wird, damit diese Formulierung mit den Formulierungen in unserem Statut übereinstimmt.

(Beifall)

**Peter Jacoby,** Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Klaus Herrmann, Baden-Württemberg.

**Klaus Herrmann:** Wenn der Antrag von Main-Taunus, der eben aufgerufen wurde, angenommen werden sollte, fällt eine ganz wichtige Passage heraus, und zwar der erste Absatz oben auf der Seite 51, der nach der Empfehlung der Antragskommission angenommen werden soll.

Es geht hier darum, daß wir in einigen Landesverbänden, z. B. in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, Bezirksverbände haben. Das darf aus diesem Papier keinesfalls herausfallen. Wenn wir den Antrag Main-Taunus annehmen, bitte ich deshalb darum, daß über den ersten Absatz oben auf Seite 51 ebenfalls noch einmal abgestimmt wird; denn das muß im Papier enthalten sein.

**Peter Jacoby,** Tagungspräsidium: Auch nach dieser Wortmeldung bleibt es bei dem Verfahren, daß zunächst über den Antrag von Main-Taunus abzustimmen ist. Dann wird das weitere Vorgehen noch einmal zur Diskussion gestellt. Aber nachdem eben

der Antrag der Antragskommission abgelehnt worden ist, kann jetzt im weiteren Verfahren zunächst nur über diesen Änderungsantrag Main-Taunus befunden werden.

Das Wort hat Herr Schauerte, Nordrhein-Westfalen.

**Hartmut Schauerte:** Ob das richtig ist oder nicht – wir sollten uns einfach darauf verständigen, daß wir versuchen, auf diesem Weg den Knoten durchzuhauen. Mit Rechthaberei kommt man auf so einem großen Parteitag einfach nicht weiter.

Im Antrag A 192 steht: „Nur die Gemeinden und Stadtverbände haben den tatsächlichen Kontakt ... Sie müssen zukünftig über Teilzeitgeschäftsstellen ...“ Wir sind im Moment nicht in der Lage, unsere bestehenden Geschäftsstellen zu finanzieren, wenn ich die Diskussion über die Parteifinanzen richtig im Kopf habe. Ich warne dringend davor, eine solche Muß-Vorschrift aufzunehmen. Das schaffen wir doch gar nicht. Ernsthaft zu meinen, wir könnten deswegen Landesgeschäftsstellen und die Bundesgeschäftsstelle so abmagern, daß wir das damit auffangen, ist zwar sehr schön formuliert, hält aber der Praxis nicht stand.

(Zustimmung)

Das wissen wir doch.

Deswegen kann dieser Antrag dann, wenn das mit „müssen“ so stehenbleibt, nicht akzeptiert werden. Das wollte ich noch als Warnung sagen.

**Peter Jacoby,** Tagungspräsidium: Das Wort hat Freund Koch, Landesverband Hessen.

**Roland Koch:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich war mir der Wichtigkeit des Kreisverbandes Main-Taunus gar nicht so bewußt.

Ich will versuchen, einen Vorschlag zu machen, indem ich den Satz auf Seite 51 oben, der die Regelung der Bezirksverbände einbezieht, in unseren Antrag übernehme, damit wir nicht noch mehr kontroverse Abstimmungen in diesem Punkt durchzuführen haben. Dann ist das vielleicht eher abstimmungsfähig.

**Peter Jacoby,** Tagungspräsidium: Als nächster hat das Wort Herr Linssen, Nordrhein-Westfalen.

**Dr. Helmut Linssen:** Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Wir haben die Ziffer 25 in der Fassung der Antragskommission abgelehnt. Ich glaube, nach der Diskussion ist es unstrittig, daß die Zusammenlegung, die hier vorgesehen worden ist, von Ihnen so nicht akzeptiert wird. Deshalb haben Sie diesen Antrag abgelehnt.

Wenn wir eine Situationsbeschreibung als Einstieg in das Kapitel IV geben wollen, dann bitte ich Sie, noch einmal die Seiten 50 und 51 sowie den Antrag Main-Taunus zur Hand zu nehmen, über den wir jetzt dauernd sprechen. Ich glaube, er erledigt sich, wenn wir den ersten Teil der Fassung der Antragskommission – und nur diesen ersten Teil – nehmen:

Organisationsstufen der CDU sind:

- (1) die Bundespartei,
- (2) die Landesverbände,
- (3) die Kreisverbände,
- (4) die Stadt-/Gemeindeverbände bzw. Stadtbezirksverbände.

Einzelne Landesverbände haben als weitere Organisationsform zwischen Kreis- und Landesverband den Bezirksverband. Die Regelung der jeweiligen Zuständigkeit von Landes- und Bezirksverband ist Aufgabe des Landesverbandes.

Soweit, so gut. Das ist der Einstieg in dieses Kapitel. Der zweite Teil wurde abgelehnt.

Wenn wir diesen ersten Teil – hoffentlich – verabschieden, dann sind wir bei der nächsten Ziffer 26.

(Zustimmung)

**Peter Jacoby**, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Dr. Noack.

**Dr. Harald Noack:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir können wieder ganz nüchtern diese Abstimmung durchführen. Wir haben den Antrag in der Fassung der Antragskommission abgelehnt. Das bedeutet, wir müssen jetzt in der Reihenfolge über Änderungsanträge zum Antrag des Bundesausschusses abstimmen; denn dieser Antrag ist noch nicht abgelehnt. Deswegen brauchen wir jetzt auch nicht in irgendwelche Hektik zu verfallen.

Jetzt ist Antrag A 192 aufgerufen. Er steht zur Diskussion. Ich halte den Antrag so, wie er gestellt ist, nicht für richtig. Ich spreche mich gegen ihn aus. Wir haben in Niedersachsen auch Bezirksverbände. Sie sind bei einem Flächenland wie Niedersachsen notwendig. Es ist also erforderlich, daß die Bezirksverbände erhalten bleiben. Das steht auch im ursprünglichen Antrag des Bundesausschusses. Deswegen spreche ich gegen den Antrag A 192.

**Peter Jacoby**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, Sie haben die Diskussion über den Antrag A 192 gehört. Von dem letzten Redner ist vorgeschlagen worden, ihn abzulehnen, weil die Formulierung „die Bezirksverbände“ darin nicht enthalten ist, die wir jedoch dringend brauchen. Baden-Württemberg und Niedersachsen haben z. B. diese Gliederung.

Ich meine, wir sollten jetzt über den Antrag A 192 abstimmen. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Es gibt weitere Wortmeldungen. Herr Köppinger.

**Dr. Peter Köppinger:** Ich möchte den Antrag von Helmut Linssen vom Ansatz her unterstützen. Wir brauchen doch zum Einstieg in dieses Kapitel eine Situationsbeschreibung. Er hat den Vorschlag gemacht, die beiden ersten Kapitel voranzusetzen. Ich habe an dieser Stelle keine Diskussion gehört. Das Thema Vereinigungen – auch das wird später aufgegriffen – muß also in der Situationsbeschreibung am Anfang erwähnt werden.

Ich möchte daher den Antrag stellen, jetzt über Antrag A 186 des Bundesausschusses abzustimmen, und zwar bis einschließlich „(Statut § 39.1)“.

**Peter Jacoby**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ist verstanden worden, was vorgetragen worden ist? Ich wiederhole: Die ganze Sache mit der Zusammenlegung war streitig. Ich darf Sie bitten, auf die Originalformulierung des Antrages 25 auf den Seiten 50 und 51 zurückzukommen. Der erste Absatz in der Fassung der Antragskommission lautet – ich habe ihn vorhin vorgelesen –:

Organisationsstufen der CDU sind:

- (1) die Bundespartei,
- (2) die Landesverbände,
- (3) die Kreisverbände,
- (4) die Stadt-/Gemeindeverbände bzw. Stadtbezirksverbände.

Landesverbände haben als weitere Organisationsform zwischen Kreis- und Landesverband den Bezirksverband. Die Regelung der jeweiligen Zuständigkeit von Landes- und Bezirksverband ist Aufgabe des Landesverbandes.

(Zurufe)

Ja, vielleicht stimmen wir abschnittsweise ab, damit das klar ist.

Wer diesem ersten Abschnitt als Zustandsbeschreibung zustimmen will, den darf ich um das Kartenzeichen bitten. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist das bei einigen Enthaltungen angenommen.

Ich rufe aus dem ursprünglichen Antrag den zweiten Absatz auf, weil der, glaube ich, auch unstrittig ist:

Für die spezielle Einwirkung auf gesellschaftliche Gruppen gibt es als organisatorische Zusammenschlüsse die Vereinigungen mit dem Ziel, das Gedankengut der CDU in ihren Wirkungskreisen zu vertreten und verbreiten sowie die besonderen Anliegen und den Sachverstand der von ihnen repräsentierten Gruppen in der Politik der CDU zu wahren (Statut § 39 Punkt 1).

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann komme ich zur Abstimmung. Wer diesem Absatz zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Das ist einstimmig angenommen.

Ich lese den dritten Absatz vor:

Die CDU verfügt auf Kreis-, Landes- und Bundesebene über hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die gewählten ehrenamtlichen Funktionsträger in ihrer politischen Arbeit unterstützen.

Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Wer mit dieser Formulierung einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Das ist einstimmig so angenommen.

Ich glaube, dann brauchen wir über den nächsten Absatz nicht mehr abzustimmen, weil der in der ursprünglichen Diskussion bereits abgelehnt wurde. Ich glaube, damit wäre Ziffer 25 verabschiedet. Ich bedanke mich.

(Beifall)

Ich rufe Ziffer 26 auf. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das Wort wird nicht dazu gewünscht. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit einstimmig angenommen.

Ich rufe Ziffer 27 des Antrags des Bundesausschusses auf. Dazu gehören die Anträge A 197 bis A 201 und A 435. Fundstelle ist die Antragsbroschüre, Seite 53 bis 55, sowie die Sammlung der Initiativanträge III, Seite 6. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit einstimmig angenommen.

Ich rufe Ziffer 28 des Antrags des Bundesausschusses auf. Dazu gehören die Anträge A 202 bis 206. Fundstelle ist die Antragsbroschüre, Seite 55 bis 57. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit einstimmig angenommen.

Ich rufe Ziffer 29 des Antrags des Bundesausschusses auf. Dazu gehören die Anträge A 207 bis A 212. Fundstelle ist die Antragsbroschüre, Seite 57 und 58. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen angenommen.

Ich rufe Ziffer 30 des Antrags des Bundesausschusses auf. Dazu gehören die Anträge A 213 bis A 234 und A 436 sowie die Anträge E 9 und E 11. Fundstelle ist die Antragsbroschüre, Seite 58 bis 62 sowie 301 und 302 und die Sammlung der Initiativanträge III, Seite 6. Mir liegen dazu zwei Wortmeldungen vor. Zunächst hat Kurt-Dieter Grill, Niedersachsen, das Wort.

**Kurt-Dieter Grill:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Ziffer 30 geht es im wesentlichen um den gleichen Sachverhalt – ich brauche das hier nicht weiter auszuführen – und im Prinzip um den zweiten Absatz der Ziffer 30 in Antrag A 213 der Fassung des Bundesausschusses bzw. dem Vorschlag der Antragskommission dazu. Ich beantrage daher auch hier, das, was die Zusammenlegung betrifft, herauszunehmen und zu streichen. Das gleiche gilt dann im Grunde genommen auch für Ziffer 31. Damit ist das von vornherein klar. Wir sollten getrennt abstimmen, was ich hiermit beantrage, damit wir deutlich wissen, worüber wir hier dann auch Entscheidungen treffen.

Danke schön.

**Peter Jacoby,** Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Grill. Das Wort hat jetzt Herr Mertens, Hamburg.

**Johannes Mertens:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe eben gehört, daß die Zusammenlegung entfallen soll. Das ist richtig, denn sonst hätte es keinen Sinn gemacht, daß der letzte Absatz der Ziffer 25 abgelehnt wurde. Deshalb kann ich meine Wortmeldung hiermit beenden.

**Peter Jacoby,** Tagungspräsidium: Das Wort hat die Antragskommission.

**Lothar Hegemann,** Antragskommission: Die Antragskommission ist der Meinung, daß an Kreisgeschäftsstellen Mindestanforderungen gestellt werden müssen. Das war ein umfangreiches Thema in der Kommission. Es kann auch andere Bürgertreffs, Anlaufstellen und andere Sachen geben, aber Kreisgeschäftsstellen müssen mit einem Mindeststandard an Technik und hauptamtlichem Personal ausgerüstet sein.

**Peter Jacoby,** Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, es war der Antrag gestellt worden, über die einzelnen Absätze getrennt abzustimmen. Ich lese die Absätze deshalb vor. Ich lese Ziffer 30 vor:

Es ist erforderlich, die Funktion der Kreisgeschäftsstelle neu zu beschreiben:

– Kreisgeschäftsstellen sind Kommunikations- und Dienstleistungszentren, hauptamtlich besetzt und mit modernen Kommunikationstechniken ausgestattet. Sie sind z. B. zuständig für die Betreuung von Parteigremien, für politische Informationen und die Organisation von Wahlkämpfen sowie die Verwaltung der Mitgliederkartei.

Wer dafür ist, daß der erste Spiegelstrich so formuliert wird, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Das ist einstimmig angenommen.

Der zweite Absatz des ersten Spiegelstriches lautet in der Fassung der Antragskommission:

Wo Personalbestand, technische und finanzielle Ausstattung zur Erfüllung dieser Aufgabe nicht ausreichen, ist eine gemeinsame Geschäftsstelle für mehrere Kreisverbände zweckmäßig.

Ich lasse über diesen Abschnitt abstimmen.

(Zurufe: Der Text geht weiter! Weiterlesen!)

– Okay, es ist richtig, dann lese ich weiter:

Durch das Zusammenlegen von Kreisgeschäftsstellen darf die Übersichtlichkeit der zu betreuenden Bereiche nicht verlorengehen. Besonderer Wert ist auf die verkehrsgünstige Lage der für mehrere Kreisverbände zuständigen Geschäftsstelle zu legen. Eine solche Zusammenlegung darf allerdings nicht zu einem Rückzug aus der Fläche führen.

Will jemand noch das Wort dazu nehmen? – Das ist nicht der Fall. Wer in diesem Absatz für die Formulierung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Meine Damen und Herren, das ist etwas unübersichtlich. Ich darf einmal bitten, daß sich diejenigen von den Plätzen erheben, die für die Formulierung der Antragskommission sind. – Wenn sich jetzt die, die dagegen sind, erheben! – Mir wird signalisiert, daß das erste die Mehrheit war.

(Widerspruch)

– Dann müssen wir auszählen. Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob Sie das wünschen.

(Zurufe: Auszählen!)

Wir müssen noch einmal wiederholen und versuchen, zu zählen oder jedenfalls grob zu zählen. Wer für die Formulierung der Antragskommission ist, in der die Zweckmäßigkeit enthalten ist, den bitte ich, sich zu erheben. – Wenn sich jetzt diejenigen, die dagegen sind, erheben! Nunmehr ist es klar. Das letzte scheint ganz knapp die Mehrheit zu sein.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, damit erübrigt sich der dritte Spiegelstrich, wenn ich das hier richtig sehe.

Wir hätten noch über den vierten Spiegelstrich abzustimmen: „Ein Dienstleistungsabend wird auch in CDU-Geschäftsstellen eingeführt.“ Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich zur Abstimmung. Wer für diesen Spiegelstrich in der Formulierung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Das erstere war eindeutig die Mehrheit.

Damit ist Ziffer 30 in der von mir vorgetragenen Form beschlossen.

Wir kommen zu Ziffer 31 des Antrags des Bundesausschusses. Dazu gehören die Anträge A 235 bis A 261 und A 437. Fundstelle ist die Antragsbroschüre, Seite 63 bis 68, sowie die Sammlung der Initiativanträge III, Seite 6.

Mir liegen drei Wortmeldungen vor. Zunächst hat Herr Roland Koch aus Hessen das Wort.

**Roland Koch:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir bürsten das Papier im Augenblick in ziemlich einheitlicher Richtung quer; das geht auch bei dieser Passage weiter.

Ich möchte über den fünften Absatz sprechen, in dem es heißt: "Die Einstellung der Geschäftsführer erfolgt durch den jeweiligen Landesverband." Ich möchte mich nachdrücklich dafür aussprechen, daß diese Regelung entfällt.

(Beifall)

Es ist die Frage, wie wir moderne Parteiarbeit in Zukunft betreiben wollen, wie wir uns gegenseitig motivieren wollen. Und ich frage nach der Realisierbarkeit eines solchen Vorschlages. Wenn es ein Vorschlag ist, den der Landesverband gegen den Kreisverband durchsetzen kann, dann sollten wir lieber das Geld für die Arbeit dort sparen; denn dabei wird nicht viel Vernünftiges herauskommen. Wenn es aber ein Vorschlag ist, mit dem der Landesverband leben könnte, dann ist es doch gut, daß diejenigen, die Verantwortung übernehmen, und daß diejenigen, die darüber nachdenken, ob sie richtig entschieden haben, nachher die Konsequenzen daraus zu tragen haben. Und das sind die Kreisverbände.

Also, was bringt diese Regelung? Sie verschiebt Verantwortung dorthin, wo man nicht mehr unmittelbar persönlich tagtäglich damit zu tun hat, und sie wird uns keine Verbesserung der Qualität von Kreisgeschäftsführern bringen. Deshalb meine ich, wir sollten die Verantwortung dort lassen. Wenn die Kreisverbände in der Lage sind, Kreisgeschäftsführer selbst zu finanzieren – und dahin wollen wir ja überall kommen –, dann sollten sie auch die Möglichkeit haben, diese Kreisgeschäftsführer zu bestellen. Darum würde ich Sie sehr herzlich bitten.

**Dr. Helmut Linssen**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Koch. – Herr Mertens bitte.

**Johannes Mertens**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte meinen Vorredner voll unterstützen. Es ist hier die Frage nach der Selbständigkeit der Kreisverbände gestellt. Selbständigkeit der Kreisverbände heißt, inwieweit die Kreisverbände flexibel, beweglich sind. Diese Beweglichkeit brauchen wir, wenn wir die kommunikativen Prozesse einleiten wollen, die heute von der Partei vor Ort gefordert sind.

Die bisherige Beschlußfassung des Parteitages lief darauf hinaus, die Kreisverbände in ihrer Selbständigkeit zu erhalten. Deshalb bitte ich Sie, auch in dieser Abstimmung und auch in der nächsten Abstimmung entsprechend zu votieren.

(Beifall)

**Dr. Helmut Linssen**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Mertens. – Frau Hebestreit, bitte.

**Ellen-Heidi Hebestreit**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Klarheit halber möchte ich sagen: Ich schließe mich meinen beiden Vorrednern in Satz 1 an und befaße mich jetzt nur noch mit Satz 2. Da beantragen wir, der Kreisverband Pinneberg, die Streichung des zweiten Halbsatzes in Satz 2 mit folgender Begründung: Der Entwurf – Ziffer 31 – des Absatzes 5 Satz 2 zweiter Halbsatz sieht u. a. eine Vorgesetztenfunktion der Landesebene gegenüber den Kreisgeschäftsführern vor. Das lehnt der Kreisverband Pinneberg aus rein organisatorischen Gründen und natürlich auch aus Gründen der Personalführung – für alle verständlich – ab. Es wird als nicht zumutbar beurteilt, daß eine Person zwei Vorgesetzten dienen bzw. zugeteilt werden soll, so frei nach dem Motto: Man kann nicht zwei Herren bzw. zwei Frauen dienen.

Ich bitte Sie deshalb, dem Pinneberger Antrag zu folgen.

(Vereinzelt Beifall)

**Dr. Helmut Linssen**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Hebestreit. – Das Wort hat Herr Schauerte, Nordrhein-Westfalen.

**Hartmut Schauerte**: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Die nordrhein-westfälische Situation ist so, wie der 5. Absatz lautet. So wird es zur Zeit praktiziert, und wir haben im Prinzip eigentlich gute Erfahrungen damit gemacht.

Wir müssen an eines denken: Die Geschäftsführer legen großen Wert darauf, daß sie nicht einzig und allein bei den jeweiligen Kreisverbänden in Dienst gestellt worden sind. Sie möchten bei einem größeren, besser abgesicherten Arbeitgeber sein. Da spielt in diesem Zusammenhang auch ein Stück sozialer Besitzstand eine Rolle. Die Altersversorgung und anderes sind hier zu beachten.

(Beifall)

Soweit zu diesem Passus.

Ich würde für Satz 1 des Abs 5 eine Formulierung vorschlagen wollen, die vielleicht allen Interessen gerecht wird und auch die ehrlichste ist, nämlich die, daß man sagt: „Die Einstellung der Geschäftsführer erfolgt durch die Organisationsstufe, die den Geschäftsführer bezahlt.“

(Zustimmung)

Dann haben wir es doch. Wenn dann der eine oder andere im Landesverband sagt, ich möchte ihn unbedingt selber bezahlen, dann mag er das bitte tun. Aber ich möchte in Nordrhein-Westfalen von unserer bewährten Regelung nicht abweichen.

(Zustimmung)

**Dr. Helmut Linssen**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, jetzt hat noch die Antragskommission das Wort.

**Lothar Hegemann**, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Niedersachsen – zum Teil –, in Nordrhein-Westfalen, in Rheinland Pfalz, in Baden-Württemberg sind die Kreisgeschäftsführer von den Bezirken angestellt, klappt dieses Verfahren, das hier festgeschrieben worden ist. Ich komme aus Nordrhein-Westfalen, ich bin Vorsitzender des größten Kreisverbandes. Ich sage Ihnen: Wir könnten den Kreisgeschäftsführer locker allein bezahlen. Aber es geht auch um Solidarität, Herr Grill, daß wir z. B. einen kleinen Kreisverband mitfinanzieren. Insofern kann der Landesverband hier einen Ausgleich treffen, daß man sagt: Jeder kriegt erst einmal einen.

(Zustimmung)

Also, im halben Bundesverband, in drei Viertel des Bundesverbandes wird das praktiziert, was vorgeschrieben ist. Ausdrücklich nicht praktiziert wird es in Schleswig-Holstein.

Und ich sage Ihnen noch eines: In den meisten Fällen wird eine Kreisgeschäftsführerstelle im Einvernehmen zwischen Kreisverband und Landesverband besetzt, mag es auch einmal hier und da Änderungen geben. Ich meine, das, was sich bewährt hat, sollten wir einführen.

**Dr. Helmut Linssen**, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

(Zurufe)

– Ich wollte Ihnen gerade einen Vorschlag machen. Vielleicht machen wir es so, daß wir zunächst einmal über die ersten vier Absätze – den letzten Absatz nehmen wir einmal aus der Abstimmung raus – abstimmen. Wird das Wort dazu noch gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer der Formulierung der ersten vier Absätze in der Form, wie die Antragskommission sie vorgeschlagen hat, zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Das ist einstimmig angenommen.

Für den 5. Absatz wird der Vorschlag gemacht, den ja auch der Kreisverband Pinneberg im Antrag A 257 hier vorgelegt hat: „Die Einstellung der Geschäftsführer erfolgt durch den jeweiligen Landesverband nach Rücksprache mit dem entsprechenden Kreisverband.“

(Zurufe: Im Einvernehmen!)

– Im Einvernehmen mit dem entsprechenden Kreisverband.

**Lothar Hegemann**, Antragskommission: Die Antragskommission sagt ja.

**Dr. Helmut Linssen**, Tagungspräsidium: Ich habe allerdings den Antrag Pinneberg zur Abstimmung zu stellen. Oder wäre Pinneberg, so frage ich ganz einfach mal, auch mit einer solchen Formulierung einverstanden?

(Zurufe: Nein, „im Einvernehmen“!)

– Dann muß Pinneberg vielleicht doch einmal eben etwas dazu sagen, damit wir das hier auch formal richtig machen.

(Zurufe)

– Ja, Moment! Wir haben aber auch den Antrag Pinneberg hier vorliegen.

Es gab einen Vorschlag von Herrn Schauerte: „Die Einstellung der Geschäftsführer erfolgt durch die Organisationsstufe, die den Geschäftsführer bezahlt.“ Es geht nicht, daß wir diesen Antrag zur Abstimmung stellen. Er müßte 30 Unterschriften tragen. Die Antragskommission hat die Formulierung nicht vorgetragen.

(Erneute Zurufe)

– Moment!

Ich wiederhole meinen Vorschlag noch einmal und nehme dabei die Formulierung aus dem Antrag des Kreisverbandes Pinneberg auf:

Die Einstellung der Geschäftsführer erfolgt durch den jeweiligen Landesverband nach Rücksprache mit dem entsprechenden Kreisverband.

Ich lasse nun über Ziffer 31 Absatz 5 unter Einbeziehung der soeben vorgetragenen Formulierung abstimmen. Wir können später gegebenenfalls auch noch eine andere Formulierung zur Abstimmung stellen. Wer für Absatz 5 in der erwähnten Fassung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Die vorgeschlagene Formulierung ist mit klarer Mehrheit abgelehnt worden.

Ich mache nun einen zweiten Formulierungsvorschlag:

Die Einstellung der Geschäftsführer erfolgt durch den jeweiligen Landesverband im Einvernehmen mit dem entsprechenden Kreisverband

Wer für Ziffer 31 Absatz 5 unter Einbeziehung der soeben vorgetragenen Formulierung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei zahlreichen Gegenstimmen ist es so beschlossen.

Wir müssen nun noch über Ziffer 31 Absatz 6 befinden. Sie finden den Text auf Seite 64 der Antragsbroschüre. Der Absatz beginnt mit den Worten „Anstellungsvoraussetzung für hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter . . .“. Wird zu Absatz 6 das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer Absatz 6 zustimmen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei einigen Gegenstimmen ist Absatz 6 so angenommen.

Ich rufe Ziffer 32 des Antrags des Bundesausschusses auf. Dazu gehören die Anträge A 262 bis A 268 sowie A 438. Fundstelle ist die Antragsbroschüre, Seiten 68 bis 70, sowie die Sammlung der Initiativanträge III, Seite 6. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei wenigen Gegenstimmen ist Ziffer 32 so angenommen.

Ich rufe Ziffer 33 des Antrags des Bundesausschusses auf. Dazu gehören die Anträge A 269 bis A 281 sowie A 199 und A 201. Fundstelle ist die Antragsbroschüre, Seiten 70 bis 73. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei wenigen Gegenstimmen ist Ziffer 33 so angenommen.

Ich rufe Ziffer 34 des Antrags des Bundesausschusses auf. Dazu gehören die Anträge A 282 und A 283 sowie A 439. Fundstelle ist die Antragsbroschüre, Seite 73, und die Sammlung der Initiativanträge III, Seiten 6 und 7. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen. – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen so angenommen.

Ich rufe Ziffer 35 des Antrags des Bundesausschusses auf. Dazu gehören die Anträge A 284 bis A 289 sowie A 125, A 129, A 131, E 6 und E 14. Fundstelle ist die Antragsbroschüre, Seiten 73 und 74 und Seiten 301 und 302.

Klaus Herrmann aus Baden-Württemberg hat sich zu Wort gemeldet.

**Klaus Herrmann:** Herr Vorsitzender! Liebe Parteifreunde! Ich spreche zum Antrag A 129. Es ist sicherlich unstrittig, daß wir in unserer Partei eine bessere Information der Mitglieder, bessere Hintergrundinformationen und bessere Argumentationshilfen brauchen, damit wir die Politik unserer Partei vor Ort besser verkaufen können. Dazu ist es unserer Meinung nach notwendig, das „Deutsche Monatsblatt“ in der bisherigen Form einzustellen. Es reicht nicht, es umzustrukturieren. Unseres Erachtens muß vielmehr eine neue Mitgliederzeitung geschaffen werden.

(Vereinzelt Beifall)

Im Grundsatz hat wohl auch die Antragskommission mein Anliegen aufgenommen, denn sie formuliert, daß das „Deutsche Monatsblatt“ geändert werden soll, indem man mehr politische Informationen und mehr Argumentationen einfügt. Das „Deutsche Monatsblatt“ hat in der Zwischenzeit bei den Mitgliedern aber einen so schlechten Ruf, daß es nur durch eine Änderung des Titels, der Aufmachung und eine völlige Umgestaltung möglich ist, diese Mitgliederzeitung zu einem echten Blatt zu machen, das uns auch etwas bringt.

(Beifall)

Wir haben in Baden-Württemberg vor einigen Jahren eine neue Art von Mitgliederzeitung eingeführt, in der es auch einen lokalen Kreisteil gibt, der sich auf den ersten Seiten findet. Im Innenteil werden dann die notwendigen Informationen gegeben, die die Mitglieder vor Ort brauchen.

Ich bitte Sie ganz herzlich, daß wir auch im Bundesverband in ähnlicher Form verfahren. Ich bitte Sie also, Antrag A 129 des Kreisverbandes Ludwigsburg anzunehmen.

**Rudi Geil**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Wünscht die Antragskommission das Wort? – Herr Radunski, bitte.

**Peter Radunski**, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Es kann schnell Einigkeit darüber hergestellt werden, daß wir das „Deutsche Monatsblatt“ neu und besser gestalten müssen. Es kann schnell Einigkeit darüber hergestellt werden, daß die Anregungen aus Baden-Württemberg betreffend die neue, eben skizzierte Mitgliederzeitschrift auch für uns interessant sind. Wir haben uns neulich auf der Landesgeschäftsführerkonferenz auch mit den Einzelheiten befaßt.

Ich bitte Sie aber, eines zu beachten. Wir haben beim „Deutschen Monatsblatt“ mit Partnern aus der freien Wirtschaft eine Vertragslage, die uns in die Lage versetzt, daß die Kosten für das „Deutsche Monatsblatt“ in den nächsten zwei Jahren von den privaten Trägern in Eigeninitiative getragen werden. Wir können einen Beschluß, das „Deutsche Monatsblatt“ einzustellen, von unserer Seite aus nicht fassen, weil wir vertraglich für etwa fünf Jahre gebunden sind. Ich bitte Sie deshalb um Verständnis, daß wir den Verbesserungen zwar in jeder Form zustimmen können, aber der Vertragslage durch einen Beschluß des Bundesparteitages nicht widersprechen können. Daher bitte ich Sie, den Antrag ohne den Satz, der sich auf die Einstellung des „Deutschen Monatsblattes“ bezieht, anzunehmen.

**Rudi Geil**, Tagungspräsidium: Herr Herrmann wünscht noch einmal das Wort. Bitte schön!

**Klaus Herrmann**: Lieber Herr Radunski, in unserem Antrag steht nicht, daß das „Deutsche Monatsblatt“ zu einem bestimmten Zeitpunkt eingestellt werden soll. Selbstverständlich muß man die Verträge berücksichtigen. Ich bitte darum, daß wir den Grundsatzbeschluß, wie er im Antrag des Kreisverbandes Ludwigsburg enthalten ist, hier fassen. Die Details können dann unter Einbeziehung aller vertraglichen Grundlagen von der Bundesgeschäftsstelle geregelt werden. Wenn die Verträge zwingend über fünf Jahre laufen, wissen wir zumindest, daß wir in fünf Jahren ein neues Blatt haben werden. Der Grundsatzbeschluß sollte jedenfalls gefaßt werden.

(Zustimmung)

**Rudi Geil**, Tagungspräsidium: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Radunski!

**Peter Radunski**, Antragskommission: Meine Damen und Herren! Als Grundsatzbeschluß können wir das akzeptieren. Ich muß Sie aber darauf hinweisen, daß die Vertragslage dem gegenwärtig entgegensteht. Wenn die Formulierung des Antrages so aufgefaßt wird, wie es eben dargestellt wurde, könnte ich aus meiner Sicht dem Antrag zustimmen.

**Rudi Geil**, Tagungspräsidium: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Ich muß zuerst über Antrag A 284 abstimmen lassen. Wer diesem Antrag in der Formulierung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Ich muß die Abstimmung wiederholen lassen.

Wer für Antrag A 284 in der Fassung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Das zweite ist die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich lasse nun über Antrag A 129 des Kreisverbandes Ludwigsburg abstimmen. Sie finden ihn auf Seite 35 der Antragsbroschüre. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe, bitte! – Das erste war die Mehrheit. Der Antrag ist angenommen.

Ich rufe jetzt Ziffer 36 des Antrags des Bundesausschusses auf. Dazu gehören die Anträge A 290 bis A 307. Sie finden die Anträge auf Seite 74 bis 78. Ich habe drei Wortmeldungen vorliegen. Zunächst Frau Lenz, dann Herr Dirk Fischer und dann Frau Leni Fischer. – Zunächst Frau Marlene Lenz, Nordrhein-Westfalen.

**Marlene Lenz:** Meine Damen und Herren! Wie das Ungeheuer von Loch Ness tauchen seit einigen Jahren immer wieder ganz bestimmte Anträge auf, und sie kommen auch immer wieder aus den gleichen Ecken. Lassen Sie mich dazu folgendes sagen. Offensichtlich scheint in diesen Ecken die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Kreisverbänden, Landesgeschäftsstellen oder wem auch immer, nicht so zu funktionieren wie in anderen. Ich komme aus einem Kreisverband, wo wir damit niemals Probleme hatten – übrigens trotz offener Mitgliederversammlung.

Sie müssen eines sehen, wenn man diesem Antrag, der aus Hamburg kommt, nachgibt, bedeutet das für die Kreisgeschäftsstellen, die Sie in dem eben verabschiedeten Punkt 25 als schwach, schwierig, klein und schwer zu finanzieren bezeichnet haben, eine zusätzliche Arbeit, die auf sie zukommt. Das ist der eine Punkt. Eine Frauenvereinigung, die in dieser Form umgestellt werden müßte, würde einer erheblich besseren finanziellen Ausstattung bedürfen. Die Frauenvereinigungen – heute heißt das Frauen-Union – haben in vielen Gegenden Deutschlands, sofern sie überhaupt existieren als Ortsvereinigung oder Ortsunion, große verwaltungsmäßige Schwierigkeiten. Dieses würde das noch verstärken. Sie leisten andererseits ganz erhebliche Dienste an organisatorischer Arbeit von Plakatekleben, Austragen, Familienfesten, Kinderbetreuung und was es sonst noch alles gibt. Man kann sicher darüber reden, ob man auch Nichtmitglieder aufnimmt. Die Frauenvereinigung hat das vor 23 Jahren umgestellt, weil sie damals nicht die Struktur hatte und keine Kreisgeschäftsstellen, die das verwaltungsmäßig verkraften konnten. Diese Umstellung habe ich seinerzeit selbst als Bundesgeschäftsführerin gemacht. Ich weiß also, wovon ich rede.

Ich wäre also dankbar, wenn Sie den Antrag der Antragskommission in der Form annehmen würden. Dies würde uns erlauben, zunächst einmal eine neue Form zu praktizieren, die wir sicherlich brauchen. Wenn die Bundespartei 22 % Frauen als Mitglieder hat, dann ist das keine Erhöhung, sondern ein Rückgang. Das ist Stagnation. Was wir brauchen, ist eine wirklich gut arbeitende Frauen-Union an der Basis, die mit den anderen Vereinigungen und mit der Kreispartei zusammenarbeitet. Dieses gibt es Gott sei Dank in weitem Maße auch noch in der CDU.

Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

**Rudi Geil,** Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Lenz. – Herr Dirk Fischer, bitte schön.

**Dirk Fischer:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Abschlußentwurf der Organisationskommission vom 29. März 1989 steht: „Die Mitgliedschaft in den Vereinigungen bedarf künftig einer entsprechenden Willenserklärung.“

(Vereinzelt Beifall)

Dieser Entwurf wurde vom Bundesparteivorsitzenden mit Schreiben vom 3. April 1989 an die Vorsitzenden und Geschäftsführer der Kreisverbände und Vereinigungen übersandt und damit in die Meinungsbildung der Partei gegeben. Das war auch sein gutes Recht, denn wir hatten in der Parteiorganisationskommission diese Forderung, die, soweit ich sehe, nur von der Frauen-Union als einziger Vereinigung nicht erfüllt wird, einmütig beschlossen. Es hat in unserer Kommission in diesem Punkt eine Überzeugungsbildung gegeben, daß zwar der Altbestand so verbleiben soll, wie er nun einmal gewachsen ist, daß sich aber mit einer gehörigen Übergangsfrist auch diese Vereinigung darauf einstellen muß, daß Mitglieder ihr nur beitreten können, wenn sie eine entsprechende Willenserklärung abgegeben haben.

Meine Damen und Herren, ich meine, daß diese Überzeugungsbildung aus guten Gründen geschehen ist, und ich will hier eigentlich nur sagen, warum ich die Auffassung der Parteiorganisationskommission unter Leitung des Bundeskanzlers nach wie vor vertrete und zu ihr stehe, die aus irgendwelchen Gründen in der Zwischenzeit auf der Strecke geblieben ist. Mein Landesverband Hamburg hat den Antrag A 294 eingebracht, dessen Inhalt ich, um Ihnen das einmal ins Gedächtnis zu rufen, kurz zitieren möchte:

Die Mitgliedschaft in den Vereinigungen bedarf – soweit dieses nicht ohnehin schon praktiziert wird – künftig einer eigenständigen Willenserklärung. Dies ist für alle Vereinigungen ab 1. Januar 1995 verbindlich. Die Vereinigungen sollen unbeschadet eines Zuschusses der Parteigliederungen durch eigene Mitgliedsbeiträge zur Finanzierung ihrer Arbeit beitragen.

Ich habe im Antragspaket im Kern gleichlautende Anträge der Kreisverbände Kiel und Ludwigsburg gefunden, A 298 und A 299.

Meine Damen und Herren, beim CDU-Beitritt von Frauen haben wir eine eigentümliche unklare Paketlösung. Die Wirkung ist, sie sind plötzlich Mitglied einer weiteren Vereinigung, ohne sich daran erinnern zu können, einer Vereinigung beigetreten zu sein. In etlichen Fällen erzeugt das Ärger. Ich habe auch einen Austritt in meinem Kreisverband gehabt, weil ich in diesem Fall nicht abhelfen konnte. Die Masse der weiblichen Mitglieder begegnet diesem Vorgang der Zwangsvereinigung mit Gleichgültigkeit und Ignoranz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Antrag, daß die Frauen-Union mit einer sehr, sehr langen Übergangsfrist und nur für neue Beitritte, Frau Lenz, damit das hier nicht falsch dargestellt wird, verpflichtet wird, eine eigenständige Willenserklärung für Vereinsbeitritte zu verlangen, soll, wie ich meine, Schluß machen mit der Praxis der Zwangskorporation, die im klaren Widerspruch zu unserem Menschenverständnis steht,

(Beifall)

soll eine Gleichbehandlung aller Vereinigungen sicherstellen. Warum bei so viel Vereinigungen, wie wir haben, ausgerechnet bei der Frauen-Union in den Kreisgeschäftsstellen das Chaos losbrechen soll, Frau Lenz, vermag ich nicht einzusehen, denn das wird weder durch die Sozialausschüsse noch durch die Union noch durch die Mittelstandsvereinigung noch die neue und sehr dynamische gewachsene Senioren-Union erzeugt, wo wir in kürzester Frist 60 000 Willenserklärungen in der Partei haben verarbeiten können. Ich meine, daß wir auf den Boden der Tatsachen zurückkehren müssen, um diese Frage beurteilen zu können.

Es soll auch dafür sorgen, daß die Frauen-Union mit eigenen Mitgliederbeiträgen neben den fortbestehenden Zuschüssen aller Parteigliederungen zur Finanzierung ihrer Arbeit beitragen sollen. Ich sage hier ausdrücklich, wenn wir einem 14jährigen Schüler in der Jungen Union einen eigenständigen Beitrag abverlangen, dann ist dieses auch in der Frauen-Union nach meiner Auffassung verkraftbar und wird dort auch gehen.

(Beifall)

Meine Parteifreunde, ich glaube, es wäre ungerecht, wenn eine Vereinigung nur deswegen höhere Parteizuschüsse empfangen müßte, weil sie zur Selbstfinanzierung im Unterschied zu allen anderen nichts beiträgt. Man würde faktisch diejenigen alle bestrafen, die ihren Beitrag zur Selbstfinanzierung leisten.

Ich bin überzeugt davon, daß ein solcher Schritt die Frauen-Union nicht schwächen, sondern sie erheblich stärken würde, weil sie die Chance zu einem wirklichen Vereinigungsbewußtsein überhaupt erst durch eine bewußte Beitrittserklärung erlangen würde. Ich hielte dies für sehr wünschenswert, um den Anteil politisch mitwirkender Frauen zu erhöhen, wofür ich persönlich – ich sage das hier ausdrücklich – in meinem Kreisverband Hamburg-Nord seit 1975 längst vor den Essener und Wiesbadener Beschlüssen systematisch gearbeitet habe und dieses auch durch einen Frauenanteil von 48 % und sehr hohe Repräsentationsquoten nachweisen kann, so daß ich von der nachfolgenden Rednerin nicht in eine falsche Schublade gesteckt werden muß. Ich wäre sehr glücklich, tagtäglich weitere aktive Mitstreiterinnen hinzugewinnen zu können, die wir – ich sage das ganz deutlich – mehr als dringend brauchen.

Wenn ich einmal daran erinnere, was wir teilweise an Funktionen und auch an öffentlichen Ämtern dringend mit Kandidatinnen – neben den benötigten Kandidaten – zu besetzen haben und wie wir teilweise Mitglieder unserer Partei nach sehr kurzer Frist in solche Ämter wählen müssen, dann ist es, so glaube ich, wichtig, daß wir hier einen echten Zugewinn haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Thema „Frau in der CDU“ hat eben zwei Seiten. Die Männer müssen unzeitgemäße Verhaltensweisen ablegen, aber auch die Frauen-Union muß die völlig unzeitgemäße Zwangskorporation abschaffen,

(Beifall)

wenigstens nach langer Übergangsfrist für künftige Mitgliedschaften. Deswegen sollten wir, so meine ich, heute abend ganz so entscheiden, wie die Parteiorganisationskommission unter der Leitung des Bundesparteivorsitzenden es ursprünglich einmütig vorgeschlagen hat.

(Beifall)

**Rudi Geil**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, angesichts der fortgeschrittenen Zeit wäre ich dankbar, wenn die Beiträge etwas kürzer gefaßt werden könnten.

(Zustimmung)

Ich glaube, dann kann man inhaltlich genau das gleiche aussagen.

Es dauert bei diesem Punkt länger. Mittlerweile habe ich weitere sechs Wortmeldungen. Zunächst spricht Frau Leni Fischer.

**Leni Fischer**: Es ist sicherlich nicht zu befürchten, daß die inhaltlichen Aussagen von Herrn Fischer und mir in der Bewertung übereinstimmen würden. Ich sage also: Das ist der Herr Fischer, ich bin die Leni Fischer, nicht verwandt und nicht verschwägert;

sonst hätte ich vielleicht schon einmal privat die Chance gehabt, einiges an Aufklärungsarbeit zu leisten.

Ich würde sagen, wir sind nicht eine Zielgruppe, wie das bei anderen Vereinigungen ja durchaus zu sehen ist, sondern wir haben eine Zielgruppe, und das sind die vielen verschiedenen Frauen in den unterschiedlichen Lebenssituationen. Die Frauen-Union ist der organisatorische Zusammenschluß der weiblichen Mitglieder. Ich denke, es ist eine ganz wichtige Sache, dabei festzustellen, daß es uns in erster Linie auf die Wechselwirkung ankommt: das Ideengut der CDU bei den Frauen, die nicht Mitglied sind, zu verbreiten und gleichzeitig die Sorgen, die Nöte und die Wünsche dieser Frauen auch in die CDU hereinzutragen.

(Zustimmung)

Ich meine, wir sollten in der Arbeit miteinander das eine oder andere ein wenig ernsthafter betrachten. In Hamburg ist der Anteil der CDU-Frauen – wir haben es gehört – mit 48 % weiß Gott sehr hoch.

(Beifall)

Aber seit Irma Blohm aus dem Bundestag ausgeschieden ist – das müßte 1976 gewesen sein –, hat es in Hamburg oder von Hamburg her noch keine Frau wieder geschafft, in irgendeiner Form dabei unterstützt zu werden, vielleicht auch einmal mit einem Mandat zu erscheinen. Bei einem so großen Frauenanteil kann ich mir überhaupt nicht vorstellen, daß da nicht eine einzige gewesen wäre.

(Zustimmung – Zuruf: Zum Thema!)

Nun ein anderer Punkt: die Frage der erklärten Mitgliedschaft. Ich finde es nicht besonders schön – ich sage das jetzt einmal frotzelig –, daß wir gesagt kriegen: Wir sind der Altbestand, d. h. die, die ab 1995 von der Bühne möglicherweise weg sind. Bis dahin fehlt einfach ein großer Teil der jungen Frauen, die nämlich im Augenblick weder unsere Wählerinnen noch unsere Parteimitglieder sind. Der Anteil an den Wählerstimmen bei den jungen Frauen liegt bei 13 %! Ich bin nicht der Meinung, daß wir uns die Arbeit dadurch erleichtern, daß wir jetzt sagen: Wir wollen den Frauen, die die Arbeit schon tun und die mit einer abgerundeten Meinungsbildung in die Partei hineingehen, jetzt noch erklären, daß sie zusätzlich in diese oder jene Vereinigung gehen sollen.

Wir haben in unserer Frauen-Union die Mitglieder der Sozialausschüsse genauso wie die mithelfenden Ehefrauen aus dem Mittelstand, und wir haben die Landfrauen. Von daher bin ich der Meinung: Solange wir die Frauen-Union in dieser Stärke haben, wird das, was wir in unserer Partei häufig genug als Flügelkämpfe zu beklagen haben, nicht weiter verstärkt, sondern dann, wenn die Frauen-Union nach langem Meinungsbildungsprozeß mit einer Meinung als Konsens herauskommt, darf man das nicht als das Ergebnis einer Zwangskorporation hinstellen, sondern es ist wirklich das Ergebnis der Arbeit der weiblichen Mitglieder dieser Partei für die Sache der CDU.

Ich bitte ganz herzlich, den Antrag von Hamburg abzulehnen und den Kompromiß des Bundesausschusses, den wir nach wirklich langen Diskussionen gefunden haben, zu unterstützen.

(Beifall)

**Rudi Geil**, Tagungspräsidium: Jetzt Frau Dr. Laurien, bitte.

**Dr. Hanna-Renate Laurien:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es wird Sie nicht verwundern, daß ich die Meinung von Leni Fischer teile. Zur Argumentation möchte ich nur sagen: Erstens: Wir begrüßen es – und wir werden das selbstverständ-

lich auch tun –, daß für alle Vereinigungen, auch für die Frauen-Union, künftig gilt: Man kann in ihr Mitglied werden, ohne Mitglied der Partei zu sein. Große Zustimmung zu diesem Satz!

(Vereinzelt Beifall)

Die zweite Bemerkung – und darum geht es jetzt –: Wenn man als Frau Mitglied der CDU wird, ist man automatisch auch Mitglied der Frauen-Union. Marlene Lenz möge mir verzeihen, aber das Argument, daß wir dann, wenn es anders wäre, an der Belastbarkeit der Geschäftsstellen scheitern würden, kann ich nicht teilen; das ist nicht mein Argument.

(Zustimmung)

Aber in der Sache sind wir uns einig. Lassen Sie mich Tacheles reden, Leute: Wenn wir so viele Frauen in Funktionen haben, wie es unserer gemeinsamen Vorstellung entspricht, kann man auch über eine solche Regelung reden. Aber wir sind noch nicht so weit. Wir werden ja wieder einmal einen Parteitag haben, wo wir dann, wenn wir weiter sind, vielleicht anders als heute entscheiden können. Aber wenn wir heute so entscheiden – verzeihen Sie, ich sage es einmal so scharf, wie ich es denke, und ich hoffe, ihr nehmt es nicht ganz so scharf auf –, dann sind all die Frauen, die nicht mit einem Partner, sondern mit einem Pascha verheiratet sind, von der Mitgliedschaft in der CDU nahezu ausgeschlossen.

(Teilweise Zustimmung, teilweise Widerspruch)

Na ja, hier sind keine solchen, und deshalb stimmen die mir auch zu.

Letztlich noch sehr ernst und vielleicht zu offen: Ich weiß doch wie Sie, daß es da und dort einmal eine Frau gibt, die sagt: Na, Mensch, in die CDU gehe ich, aber in den Frauenclub gehe ich nicht. Das gibt es immer einmal.

(Zurufe: Richtig!)

Da haben wir miteinander immer wieder klare Lösungen gefunden, daß wir als Frauen die Betroffenen unterstützt haben, auch wenn sie ihren Weg nicht über die Frauen-Union gegangen sind. Ich bin so mutig, zu sagen: Frau Breuel ist genau das Beispiel. Sie bekommt immer unsere Stimmen, obwohl sie nicht eine Frau der Frauen-Union in diesem Sinne ist. Sie ist aber eine, die wir voll stützen und tragen; so viel Korpsgeist haben wir immer wieder.

Die Realität sähe dann aber so aus, daß es zwei Sorten von Frauen gibt. Die eine Sorte arbeitet in der Frauen-Union, und die andere Sorte ist die, die die Männer sich ausgesucht haben. Meine Herren, die Zeiten haben wir hinter uns!

(Beifall)

Weil ich da innerlich emotionsfrei bin, will ich noch sagen: Wir haben darüber wirklich mit unseren Frauen geredet, nicht nur mit den Vorständen. Wir haben mit ihnen wirklich debattiert, und, bitte, fragen Sie einmal in Ihrer Orts- oder Kreisvereinigung nach, wenn es z. B. um die Wahl der Delegierten zu einem Bundesparteitag geht. Nun ist diese Sache von Berlin her ja auch nicht gerade billig, aber ich kann Ihnen nur sagen, daß bei einigen meiner Frauen nicht selten das Argument kommt: Zwar ist meine Familie, zwar ist mein Mann damit einverstanden, daß ich da in der CDU mitarbeite, aber daß ich dafür dann soviel Geld ausgeben, das machen die nicht mit.

Bitte, meine Herren, die Sie ja alle – sonst wären Sie nicht hier – für die Partnerschaft sind, stehen Sie uns dadurch bei, daß Sie zu diesem Zeitpunkt, vor dem Bundestagswahlkampf, eine solche Entscheidung, wie der Antrag aus Hamburg sie enthält, die von den aktiven Frauen als gegen sie gerichtet empfunden würde, heute nicht treffen!

Zeigen Sie Ihre Versöhnungsbereitschaft dadurch, daß Sie akzeptieren, daß wir sagen: Wir sind ja bereit, in einigen Jahren, wenn es überhaupt keine Machos mehr in der CDU gibt, über eine andere Lösung zu reden.

(Beifall)

**Rudi Geil**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Laurien.

Meine Damen und Herren, hier liegt ein Geschäftsordnungsantrag auf Redezeitbegrenzung vor. Ich lasse darüber abstimmen. Wer für die Redezeitbegrenzung auf fünf Minuten ist, den bitte ich um das Handzeichen.

(Lebhafte Zurufe: Nein!)

– Meine Damen und Herren, die Geschäftsordnung sieht zunächst einmal vor, daß bei Sachanträgen eine Redezeitbegrenzung auf fünf Minuten festgesetzt wird; nur bei Geschäftsordnungsanträgen sind es drei Minuten. Ich muß mich an die Geschäftsordnung halten. Wer also für fünf Minuten ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Das erste war die Mehrheit. Ich empfehle trotzdem, nur drei Minuten zu reden. Das kann jeder selbst entscheiden, meine verehrten Damen und Herren.

Heribert Scharrenbroich ist der nächste Redner.

**Heribert Scharrenbroich**: Herr Vorsitzender! Liebe Parteifreunde! Die Sozialausschüsse wie einige andere Vereinigungen haben ja bereits dieses Verfahren. Ich kann Ihnen sagen: Das schafft uns auch sehr viele Probleme. Das ist mit einer der Gründe, warum wir auch relativ wenige Mitglieder haben.

Was mich jetzt hier hingetrieben hat, ist, daß ich mich etwas errege. Wir klagen die ganze Zeit darüber, wie schwer es die Frauen in der Partei haben, und jetzt hat die Frauenvereinigung gesagt, sie wolle diesen Weg aber gehen. Ich meine schon, alle sollten der Frauenvereinigung eigentlich zugestehen, daß sie selber beurteilen kann, welches der richtige Weg ist.

(Beifall)

Deswegen meine ich, daß man das hier respektieren sollte, so wie die Frauenvereinigung es wünscht.

Danke schön.

(Beifall)

**Rudi Geil**, Tagungspräsidium: Vielen Dank, vor allen Dingen auch für die Kürze.

Nächste Wortmeldung: Frau Johannknecht.

**Gertrud Johannknecht**: Ich mache es ganz kurz. Ich darf als Frau vielleicht auch sagen, daß ich den Antrag der Hamburger unterstütze, weil er dem Grundsatz der Gleichbehandlung entspricht.

Danke.

(Beifall – Vereinzelt Buh-Rufe)

**Rudi Geil**, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Die nächste Wortmeldung: Klaus Herrmann.

**Klaus Herrmann**: Herr Präsident! Liebe Parteifreunde! Ich möchte zunächst eines feststellen: Uns – sicherlich auch den Hamburgern – geht es nicht darum, daß man gegen die Frauen-Union und gegen die Frauen der Union entscheidet, wenn man diesem Antrag zustimmt. Es gibt sicherlich die einen oder anderen, die das gerne hätten, aber das ist nicht der Sinn unserer Anträge, denn es ist richtig, daß wir eine Stärkung der Stellung der Frauen in der Partei brauchen.

Aber mit dem gleichen Argument könnten wir bei der Jungen Union die gleiche Regelung einführen, die es hier glücklicherweise und aus guten Gründen nicht gibt. Die Argumente, die Frau Laurien vorgetragen hat, liebe Parteifreunde, beziehen sich in

erster Linie darauf, daß die Frauen auf Grund des letzten Satzes, der im Hamburger Antrag enthalten ist, einen eigenen Beitrag in der Frauen-Union zahlen müßten. Ich bin tatsächlich der Meinung: Über diesen Punkt kann man natürlich reden. Deshalb bitte ich darum, daß wir über den ersten Teil des Hamburger Antrags und dann über den letzten Satz des Antrags getrennt abstimmen, denn der erste Teil des Antrags ist meines Erachtens zustimmungsfähig. Dem letzten Teil des Antrages kann man aus den Gründen, die Frau Laurien vorhin vorgetragen hat, eigentlich nicht zustimmen, und man sollte ihn ablehnen.

Falls das so angenommen wird, hat sich der Antrag A 299 von unserem Kreisverband Ludwigsburg erledigt.

**Rudi Geil**, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Nächste Wortmeldung: Frau Hebestreit.

**Ellen-Heidi Hebestreit**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hier steht solch ein Zwangsmitglied. Ich kann Ihnen nur sagen: Ich bin gerne Zwangsmitglied.

(Zustimmung)

Ich kann natürlich auch nur eines tun, denn sonst müßte ich sofort meine gesamte Tätigkeit als Kreisvorsitzende der Frauen-Union in Pinneberg aufgeben: Ich kann natürlich nur gegen Hamburg sprechen.

Ich bin der Meinung, daß man das einfach mal ganz anders aufzäumen muß. Sind Sie hier denn der Meinung, daß Sie über die Sache der Frauen überhaupt befinden können? Ich frage jetzt allen Ernstes einmal die Antragskommission: Können Sie sich hier heute abend mit der Satzung der Frauen-Union auseinandersetzen und überhaupt über Mitgliedschaft oder Nicht-Mitgliedschaft und Beiträge abstimmen lassen?

Dann möchte ich anknüpfend an Dirk Fischer einige Dinge ausräumen, die immer noch durch die Köpfe einiger Herren und offensichtlich auch einiger Damen geistern. Wir erhöhen die Anteile. Ich hoffe, daß es die Männer auch tun. Wir sind doch diejenigen, die vor Ort die Arbeit leisten. Denken Sie bitte nur an die Wahlkämpfe. Es ist nicht nur die JU, sondern es sind doch in erster Linie die Frauen, die die Arbeit vor Ort leisten, weil die Frauen auf den Wochenmärkten etc. präsent sind, nicht aber die Herren, weil sie meistens arbeiten.

Zu den eigenen Beiträgen kann ich Ihnen nur sagen: Denken Sie auch einmal an unsere sogenannten Nur-Hausfrauen. Davon haben wir doch noch eine ganze Menge in unserer Partei. Sie könnten nämlich die Beiträge meistens nicht mehr finanzieren, und sie sind von ihren Männern abhängig. Sie müßten dann ihr Taschengeld angreifen. Das ist auch eine Frage.

Die Frage einer Zwangsmitgliedschaft überlassen Sie, wie gesagt, doch bitte uns.

Dirk Fischer, zu höheren Zuschüssen. Ich kann Ihnen nur sagen: Solange ich Kreisvorsitzende bin – ich mache es jetzt in der dritten Wahlperiode –, kämpfe ich jedes Jahr wieder wie um das eigene Bett, um überhaupt einen Zuschuß zu bekommen. Ich bin bei uns im Kreisverband an unterster Stelle. Das hat ganz bestimmt nichts mit den Frauen zu tun. Jede Vereinigung bekommt mehr Geld als die Frauen-Union. Ich weiß von vielen Kreisvorsitzenden, daß es ihnen ähnlich ergeht.

(Beifall)

**Rudi Geil**, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Nächste Wortmeldung: Frau Vollbrecht.

**Regina Vollbrecht:** Meine Damen und Herren! Ich bin zwar auch Frau, möchte aber nicht zu dem Hamburger Antrag, sondern zu dem Antrag der Jungen Union – Antrag A 292 – sprechen.

In Ziffer 36 fordern wir die Streichung des vierten Spiegelstriches und die Streichung des Satzes: „Die Geschäftsführung der Vereinigungen soll durch die Kreisgeschäftsstellen der Partei erfolgen.“ Wir sind der Auffassung, daß – zumindest in der Jungen Union ist es so – im Moment in sehr vielen Bereichen die Geschäftsführung sehr gut durch ehrenamtliche Helfer der Jungen Union gewährleistet ist und daß überhaupt keine Notwendigkeit besteht, von oben herab den Vereinigungen in einer Soll-Vorschrift vorzuschreiben, wie die Geschäftsführung laufen soll. Im Moment läuft das sehr gut durch ehrenamtliche Kräfte. Es bedeutet zugleich auch eine Entlastung der CDU-Mitarbeiter, wenn das von den Vereinigungen in eigenständiger Regie durchgeführt wird.

Deswegen bitten wir, diesen Absatz zu streichen, da wir zur Zeit keine Notwendigkeit dafür sehen.

(Zustimmung)

**Rudi Geil,** Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Nächste Wortmeldung: Dr. Schneider, Niedersachsen. Es ist nicht erkennbar, ob es sich um einen Mann oder um eine Frau handelt. – Doch, es ist ein Mann. Jetzt ist es erkennbar. Aber es war nicht erkennbar vom Wortmeldungszettel her.

**Dr. Ulrich Schneider:** Auf den Zetteln für die Wortmeldungen gibt es noch keine Rubrik für männlich oder weiblich. Vielleicht sollte man das einmal einführen.

Meine Damen und Herren! Ich spreche auch zu dem Antrag: Geschäftsführung der Vereinigungen durch die CDU. Wir haben heute lange über Aufgabe und Darstellung der Jungen Union, der Jugend überhaupt gestritten und haben unterschiedliche Meinungen gehört, die ich hier nicht weiter vertiefen will. Aber eines steht doch fest: Auf Grund veränderter Umweltbedingungen, auf Grund vermehrter Freizeit u. ä. steht die Jugend und die Junge Union in einem ganz anderen Spannungsverhältnis. Wir stehen in Konkurrenz zu Sportvereinen im Dorf, wir stehen in Konkurrenz zu Feuerwehren und müssen uns in diesem freizeitorientierten Umfeld behaupten. Dies können wir schlechterdings nur, wenn wir dafür auch öffentliche Mittel in Anspruch nehmen können.

Ich bitte Sie ganz herzlich, hierbei einmal folgendes zu berücksichtigen: Die öffentlichen Mittel werden auf Kreisebene durch die Ringe politischer Jugend verteilt. Sie werden auf Landesebene durch die Bezirksregierungen verteilt. Die Richtlinien, die dafür bestehen, sehen eine gewisse Unabhängigkeit vor. Diese Unabhängigkeit geben wir durch einen solchen Beschluß, wie er hier im vierten Spiegelstrich vorgeschlagen wird, auf. Wir liefern den Bezirksregierungen und Kreisverwaltungen sozusagen auf dem Silbertablett die Argumente, die Förderung der Jungen Union auf Kreisebene einzustellen.

Ich darf Sie ganz herzlich bitten, diesen Antrag, so wie er von der Antragskommission formuliert ist, hier nicht zu unterstützen. Er ist einer von vielen Vorschlägen – ich meine ohnehin, daß es hier viele Vorschläge gibt, die wir hier einfach ohne Not beschließen, ohne daß dafür ein sachlicher Handlungsbedarf besteht –,

(Vereinzelt Zustimmung)

die hier drinstehen und die einfach ohne Not vom Zaun gebrochen werden. Meine Damen und Herren, es läuft doch in den Kreisverbänden. Warum wollen wir hier im

höchsten Beschlußgremium der CDU Deutschlands Beschlüsse über die Köpfe von Kreisverbänden hinweg fassen, in denen alles funktioniert, und ihnen ohne Not Vorschriften machen und ihnen das Leben sogar noch unnötig erschweren?

(Beifall)

**Rudi Geil**, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Nächste Wortmeldung: Frau Klinkhammer.

**Helga Klinkhammer**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich stimme Frau Laurien zu. Was mich bei der ganzen Diskussion stört, ist, daß alle Männer generell als Machos abgestempelt werden.

(Beifall)

Ich habe bei Veranstaltungen der Frauen-Union oder bei CDU-Veranstaltungen generell oft genug erlebt, daß die Männer eher die Frauen unterstützt haben, als die Frauen sich selbst gewählt haben.

(Beifall – Vereinzelt Buh-Rufe)

Es braucht nämlich nur eine Frau anzukommen, die jung oder attraktiv ist oder auch noch intelligent, dann könnte das eine Konkurrenz darstellen.

(Vereinzelt Beifall)

Als Zweites möchte ich sagen – ich weiß, daß es notwendig ist, daß das in dem Antrag steht, obwohl ich es eigentlich traurig finde –, daß auch die Arbeit der Hausfrau und Mutter anerkannt wird. Dieser Satz sollte auf jeden Fall im Antrag bleiben. Er bleibt es auch. Darüber haben wir schon abgestimmt.

Ich muß Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich weiß, was meine Mutter geleistet hat, als sie drei Kinder großgezogen hat. Mir ist das bewußt.

(Vereinzelt Beifall)

All diejenigen, die Mütter oder Schwestern haben oder jemanden in der Verwandtschaft oder Bekanntschaft, die Kinder erzogen haben, die nicht erkennen und diese Werte nicht ganz klar herausstellen, leben sehr, sehr oberflächlich. Das sind Grunddenkweisen, die geändert werden müßten.

Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

**Rudi Geil**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Rauen.

**Peter Rauen**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin in einem Kreisverband Vorsitzender, wo die Mitarbeit von Frauen in den Vorständen und in den Räten seit vielen Jahren eine Selbstverständlichkeit ist. Ich möchte das vorausschicken, weil ich den Antrag von Hamburg ausdrücklich unterstützen will. Ich möchte die Argumente von Herrn Dirk Fischer nicht wiederholen, weil ich mich kurzfassen will. Ich möchte aber ein Beispiel aus den letzten Monaten meiner Erfahrung mitteilen.

In meinem Kreisverband ist eine Frau, eine Ärztin, die eine große Reputation in ihrem Bereich hat, die für unsere Partei positiv gewirkt hat, aus der Partei ausgetreten, weil sie die Zwangsmitgliedschaft in der Frauen-Union nicht mehr haben wollte.

(Vereinzelt Beifall)

Sie hat sich mit diesem Thema sachlich auseinandergesetzt. Frau Süßmuth kennt diesen Vorgang. Diese Dame ist ausgetreten. Es ist ein großer Schaden für unsere Partei, daß sie ausgetreten ist, weil sie diese Zwangsmitgliedschaft einfach nicht mehr haben will.

Ich bin der Auffassung, das Selbstbewußtsein in der Frauen-Union sollte groß genug sein, dem Antrag von Hamburg zuzustimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin sehr wohl dafür, daß, wenn eine Frau Mitglied der CDU ist und durch Willensbekundung erklärt, auch Mitglied der Frauen-Union zu sein, keinen zusätzlichen Beitrag zahlen sollte. Aber sie soll nicht Zwangsmitglied in der Frauen-Union sein.

Schönen Dank.

(Beifall)

**Rudi Geil**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, ich habe jetzt fünf weitere Wortmeldungen vorliegen. Ich schlage Ihnen Schluß der Rednerliste zu diesem Punkt vor. Wer für Schluß der Rednerliste ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! –

Das erste war die Mehrheit. Es war sogar einstimmig. Vielen Dank.

Dann rufe ich Frau Heßler aus Schleswig-Holstein auf.

**Carola Heßler**: Liebe Parteifreunde! Ich möchte mich für den Antrag des Landesverbandes Hamburg aussprechen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin auch eines dieser Zwangsmitglieder. Im Gegensatz zu einer meiner Vorrednerinnen möchte ich gar nicht unbedingt Mitglied sein. Mich hat nie jemand gefragt. Ich kann auch nicht austreten. Ich bin auch nie eingetreten. Ich müßte theoretisch aus der CDU austreten, um aus der Frauen-Union auszutreten, und das muß nicht unbedingt sein.

(Vereinzelt Beifall)

Hier wurde mit Recht auf zahlreiche Aktivitäten der Frauen-Union hingewiesen. Ich frage mich bloß: Warum sollte das nicht weiterhin möglich sein? Wenn Frauen, die bisher aktiv mitgearbeitet haben, ihre Mitgliedschaft erklären und ihre Arbeit fortsetzen, ist das doch kein Dollpunkt. Oder besteht vielleicht die Befürchtung, daß viele Frauen gar nicht ihren Beitritt erklären oder dann austreten?

Zum Beitrag muß ich sagen: Wir haben in der Jungen Union einen Mitgliedsbeitrag zwischen 1 DM und 2 DM monatlich. Das ist sehr wenig. Ich bin der Ansicht, daß jede Frau in der Lage ist, 1 DM oder 2 DM monatlich aufzubringen.

Zuletzt wollte ich noch darauf hinweisen, daß der Landesverband Schleswig-Holstein einen Landesparteitagsbeschluß gefaßt hat, der den Antrag des Landesverbandes Hamburg wiedergibt.

(Vereinzelt Beifall)

**Rudi Geil**, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Mir liegt ein Antrag zur Geschäftsordnung vor. Frau Limbach, Sie haben das Wort.

**Editha Limbach**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich fürchte, wir diskutieren hier über ein Thema, das wir auf diese Art und Weise gar nicht lösen können. Denn alle Satzungen, von der Bundessatzung der Frauenvereinigung bis zu den Landessatzungen, die von den genehmigenden Gremien jeweils genehmigt sind, sehen vor, daß die Frauen-Union der Zusammenschluß der weiblichen Mitglieder der CDU ist. Wir können also durch einen solchen Beschluß, wie er hier diskutiert wird, diesen Zustand nicht ändern, weil das in Satzungsrecht eingreift, andere Mehrheiten, andere Antragsfristen und dergleichen bedeutet. Deshalb bitte ich die Diskussion zu diesem Punkt zu schließen, d. h.: Schluß der Debatte.

(Vereinzelt Beifall)

**Rudi Geil**, Tagungspräsidium: Der Geschäftsordnungsantrag läuft darauf hinaus, daß Schluß der Debatte zu diesem Punkt beantragt ist. Alles andere untersuche ich heute abend nicht mehr. Wer für den Antrag von Frau Limbach auf Schluß der Debatte ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Das erste war die Mehrheit. Damit ist alles, was zu Antrag A 294 gehört, erledigt. Ich gebe der Antragskommission das Wort.

**Werner Zeyer**, Antragskommission: Herr Tagungspräsident! Wir bitten zur Abstimmung zu kommen. Es stehen sich hier zwei gegensätzliche Positionen gegenüber. Das muß durch Abstimmung entschieden werden.

(Vereinzelt Beifall)

**Rudi Geil**, Tagungspräsidium: Meine verehrten Damen und Herren! Wir kommen zur Abstimmung über den zweiten Spiegelstrich, und zwar in der Form der Empfehlungen der Antragskommission, ausgedrückt auf der Seite 75, rechte Spalte. Wer für diese Formulierung ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe! – Das erste ist die Mehrheit.

(Zurufe: Nein!)

– Meine verehrten Damen und Herren, das Präsidium ist sich im klaren. Ich habe nachgefragt. Das erste war die Mehrheit. Ich stelle das hiermit fest.

(Zurufe: Nein! Es muß gezählt werden!)

Es besteht Unklarheit. Es gibt weitere Wortmeldungen. Wir haben im Augenblick nur über den zweiten Spiegelstrich abgestimmt. Nächste Wortmeldung: Stefan Schwarz.

**Stefan Schwarz**: Meine Damen und Herren, ich will es ganz kurz machen. Ich bitte Sie jetzt, aufmerksam zuzuhören. Wenn der Bundesparteitag beschließt, daß die Geschäftsführung der Vereinigungen zwingend durch die Kreisgeschäftsstelle der CDU durchgeführt wird, laufen wir ein sehr großes Risiko – Ansätze dafür gibt es –, daß wir uns die Beine für eine öffentliche Förderung der Jungen Union wegschlagen.

Das sind Beträge, die gehen in die Hunderttausende. Ich kann Sie nur dringend davor warnen, das verpflichtend vorzuschreiben. Ich möchte Sie dringend bitten, auch die finanziellen Aspekte dieser Entscheidung zu berücksichtigen. Ich habe den Eindruck, es ist überhaupt nicht klar, was alles dahintersteckt. Ich könnte Ihnen die Urteile und die Rechnungsprüfungsberichte alle runterdiskutieren. Sie sind alle bei uns bekannt. Sie können das nicht tun, ich bitte Sie dringend darum.

(Beifall)

**Rudi Geil**, Tagungspräsidium: Weitere Wortmeldungen? – Wünscht die Antragskommission das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag A 290 ohne den zweiten Spiegelstrich, denn der ist bereits erledigt. Wer für den Antrag A 290 ist, –

(Unruhe – Zuruf)

Ist das ein Geschäftsordnungsantrag? – Das konnte ich nicht sehen. Ich glaube, es ist Herr Fischer.

**Dirk Fischer**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn ich das richtig sehe, sind zu dem Antrag A 290 des Bundesausschusses heute abend in der Diskussion zwei Änderungsanträge artikuliert worden. Der eine war der, den der Herr Schwarz eben für die Junge Union begründet hat – A 292, Geschäftsführung der Vereinigungen –, und der andere war der Antrag von Hamburg zu der Frage der Mitgliedschaft in den

Vereinigungen, zu dem ein anderer Redner hier getrennte Abstimmung über die Frage der Beitrittserklärung und über die Frage des Mitgliedsbeitrages beantragt hat. Deswegen, glaube ich, müssen wir –

**Rudi Geil**, Tagungspräsidium: Herr Fischer, darf ich Sie unterbrechen!

**Dirk Fischer**: Deswegen müssen wir über die einzelnen Absätze des A 290 mit der jeweiligen Alternative abstimmen, damit die Delegierten auch ihrer Meinung Ausdruck geben können.

(Beifall)

Zum Beispiel müssen sie beim zweiten Spiegelstrich darüber entscheiden können, ob eine eigenständige Mitgliedschaft notwendig ist oder nicht. Möglicherweise kann so auch die Frage des Beitrags entschieden werden. Wenn man alles sozusagen in einen Topf wirft, dann ist diese Meinungsäußerung und Abstimmung gar nicht möglich. Dann wissen die Delegierten am Ende gar nicht, worüber sie entschieden haben.

(Beifall)

**Rudi Geil**, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrter Herr Fischer, die Antragstellung der Antragskommission geht grundsätzlich vor. Wir haben über den zweiten Spiegelstrich – ich habe das mehrfach wiederholt – in der Form der Antragskommission abgestimmt. Damit ist A 294 erledigt.

Damit ist A 294 erledigt.

(Zurufe: Nein!)

(Erneute Zurufe: Nein!)

Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, der 294 ist damit erledigt!

(Zurufe: Nein! – Unruhe)

Es steht jetzt ein Änderungsantrag zum vierten Spiegelstrich. Das ist der Antrag A 292 der Jungen Union. Ich lasse zunächst –

(Zuruf)

Dazu die Antragskommission. – Die Antragskommission will das Wort nicht.

Zu dem Antrag A 292 hat die Antragskommission eine Formulierung vorgeschlagen, und zwar ebenfalls in der Empfehlung auf der Seite 75 unten in der rechten Spalte. Ich lasse über diese Formulierung jetzt abstimmen. Wer für diese Formulierung ist, den bitte ich um das Handzeichen.

(Zurufe: Welche?)

Meine Damen und Herren, darf ich noch einmal wiederholen.

(Erneute Zurufe)

Nein, es war unklar, über was abgestimmt wird.

(Zurufe)

Einen Augenblick, bitte.

Zu dem Antrag A 292 der Jungen Union hat die Antragskommission eine Formulierung auf der Seite 75, rechte Spalte, vorgeschlagen. Ich lasse über diese Formulierung der Antragskommission abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Das ist die Mehrheit, eindeutig.

Es gibt einen weiteren Antrag zur Geschäftsordnung: Herr Gerster.

**Johannes Gerster**: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben bei der Abstimmung über den zweiten Spiegelstrich darüber entschieden, ob die Mitgliedschaft in allen Vereinigungen ohne Mitgliedschaft in der Partei möglich sein soll. Das haben wir positiv entschieden. – Das war die eine Alternative.

Die zweite Alternative ist, ob ein CDU-Mitglied zugleich Mitglied in einer Vereinigung – in dem Fall der Frauen-Union – sein muß. Zu diesem Sachverhalt ist weder im Antrag A 290, noch etwas in der Stellungnahme der Antragskommission ausgesagt.

(Beifall)

Das heißt, der Parteitag hat keine Möglichkeit gehabt, über den sachlichen Inhalt des Antrags A 294 – Landesverband Hamburg – zu entscheiden.

(Beifall)

Ich bin schon der Meinung, wenn über einen Gegenstand, über einen Antrag, über den hier mehr als eine Stunde diskutiert wurde, nicht abgestimmt wird, dann wird der Parteitag manipuliert. Deswegen muß ich darauf bestehen, daß wir über den Antrag A 294 gesondert abstimmen, denn mit der Abstimmung über den zweiten Spiegelstrich ist über diesen Sachverhalt nicht entschieden worden.

(Beifall)

Dabei möchte ich darum bitten, auch den Vorschlag aufzunehmen, über den Antrag A 294 in zwei Etappen abzustimmen: erst den Antrag ohne den letzten Satz und dann über den letzten Satz gesondert. – Ich bedanke mich.

(Beifall)

**Rudi Geil**, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin der Auffassung, daß das in dem Antrag der Antragskommission, in der Formulierung, durchaus enthalten ist.

(Widerspruch)

Ich bitte, dann noch einmal die Antragskommission zu hören.

(Zurufe und Unruhe)

Meine verehrten Damen und Herren, darf ich das noch einmal zu klären versuchen; wir kriegen das sicherlich heute abend noch hin.

Die Antragskommission vertritt die Meinung, ich will das noch einmal wiederholen –

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, darf ich jetzt folgenden Vorschlag machen.

(Fortgesetzte Unruhe und Zurufe)

Meine Damen und Herren, da Unklarheit im Plenum besteht, lasse ich jetzt über A 294 abstimmen, damit wir Klarheit kriegen.

(Beifall – Unterhaltung im Präsidium)

Wie ist Ihr Name? – Herr Hermann hat beantragt, daß über den letzten Satz separat abgestimmt wird. Ich folge diesem Vorschlag.

Wir stimmen also zunächst über den A 294 ohne den letzten Satz ab. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Das erste war die Mehrheit.

(Beifall)

Letzter Satz, bitte! Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Das ist die Mehrheit; damit ist er abgelehnt.

(Zurufe: Nein!)

Der letzte Satz natürlich, Entschuldigung, der letzte Satz ist abgelehnt.

(Unruhe)

Bitte, zur Geschäftsordnung.

**Leo Frings**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich stelle den Geschäftsordnungsantrag, die heutige Plenarsitzung zu schließen;

(Beifall)

denn es ist doch keine vernünftige Verhandlung mehr möglich. Weder das Präsidium noch die Antragskommission sind in der Lage, für eine zügige Beratung zu sorgen. Wir tagen seit heute morgen 10 Uhr. Das ist eine Katastrophe. Ich stelle den Antrag auf Schluß der Plenarsitzung.

**Rudi Geil**, Tagungspräsidium: Wird Gegenrede gewünscht?

(Zurufe: Nein!)

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Natürlich weiß jeder von uns, was er an diesem Tag leisten mußte und wie er gefordert wurde. Wenn ich sage: jeder von uns, dann schließe ich mich bewußt ein. Aber es geht doch nicht, daß wir beim jetzigen Stand der Beratungen, wo wir bei etwas gutem Willen ohne weiteres eine vernünftige Abstimmung garantieren können, womöglich auseinanderlaufen und in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, als ob wir einen Parteitag nicht zu Ende führen könnten.

(Beifall)

Soll ich Sie noch einmal daran erinnern, wie die Überschrift des Kapitels heißt, das wir gerade behandeln? Das hat etwas mit der Partei von morgen und unserer Fähigkeit zur Reform zu tun. Ich gebe ja zu, daß es spät ist; für uns alle ist es spät.

(Zurufe)

– Ich weiß wirklich nicht, was dabei jetzt ironisch ist. Ich versuche doch wirklich, mit Ihnen gemeinsam eine Lösung zu finden, um die Abstimmung zu Ende zu bringen. Ich glaube nicht, daß dies eine gute Gelegenheit ist, womöglich andere Gefühle abzureagieren.

Meine herzliche Bitte ist, dem Präsidenten jetzt die Chance zu geben, diese Abstimmung in einer vernünftigen Weise zu Ende zu führen.

(Beifall)

**Rudi Geil**, Tagungspräsidium: Ich folge dem Vorschlag des Bundesvorsitzenden und werde zunächst den letzten Satz noch einmal vorlesen, der auf Vorschlag der Jungen Union aufgenommen werden soll.

(Zurufe: Abstimmen über den Antrag zur Geschäftsordnung!)

Der Satz lautet: „Die Geschäftsführung der Vereinigungen soll auf Kreisebene durch die Kreisgeschäftsstellen der Partei erfolgen.“

Dann stimmen wir ab über die Absätze 1, 3, 4 und 5. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen.

(Zurufe: Nein! Geschäftsordnungsantrag!)

– Meine Damen und Herren, ich darf noch einmal in aller Ruhe vortragen. Es ist nicht so schwierig, wie es im Augenblick aussieht. Wir haben über den zweiten Spiegelstrich abgestimmt. Er ist durch Antrag A 294 in der beschlossenen Form erledigt.

Es bleiben übrig der erste, dritte, vierte und fünfte Spiegelstrich. Die Junge Union hat beantragt, den letzten Satz im fünften Spiegelstrich in folgender Form zu verabschieden – dieser Antrag ist bereits verabschiedet –:

(Zurufe: Es sind doch gar nicht fünf, es sind doch nur vier Spiegelstriche!)

„Die Geschäftsführung der Vereinigungen soll auf Kreisebene durch die Kreisgeschäftsstellen der Partei erfolgen.“ Dieser Antrag ist abgelehnt. Das wird nicht

eingefügt. Deshalb lasse ich über den Rest abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. –

(Zurufe: Nein! Geschäftsordnungsantrag!)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das erste war die Mehrheit.

Meine verehrten Damen und Herren, es ist Schluß der heutigen Sitzung beantragt worden. Ich habe darüber noch nicht abstimmen lassen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Das erste war die Mehrheit. Dann schließen wir jetzt die Sitzung.

Ich berufe die nächste Sitzung für morgen früh um 9 Uhr ein.

Die Sitzung der Antragskommission findet jetzt sofort statt.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß: 23.25 Uhr)

Mittwoch, 13. September 1989

4. Plenarsitzung

Beginn: 9.03 Uhr

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie sehr herzlich zu unserer letzten Plenarsitzung.

Im Hinblick auf die gestrige Diskussion über den Antrag A 294 hatte es innerhalb dieses Plenums einschließlich auch der Frauen Mißverständnisse gegeben. Frau Dr. Laurien hat mich gebeten, noch einmal das Wort zu bekommen, um eine Erklärung abzugeben. Im Einvernehmen mit dem Präsidium möchte ich Ihnen vorschlagen, weil es gestern abend recht spät und hektisch war, daß wir Frau Laurien diese Möglichkeit geben. – Ich sehe, daß Sie damit einverstanden sind. Frau Dr. Laurien, ich bitte Sie, das Wort zu nehmen.

**Dr. Hanna-Renate Laurien**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man könnte über die Formalien von gestern reden; das wollen wir nicht, denn wir gäben dann in Stunden, in denen draußen Weltgeschichte geschieht, das Bild einer Partei, die nichts Wichtigeres zu tun hat, als über Verfahrensabläufe bei Parteitag zu reden.

(Beifall)

Wir haben das, was gestern abgestimmt worden ist, zur Kenntnis genommen und ziehen daraus unsere Konsequenzen. Nun bitte ich Sie, mit Ihrem Beifall vorsichtig zu sein, weil der Satz etwas anders endet als er beginnt.

Wenn Sie den Antrag A 294, Hamburg, nehmen, so steigen wir formal durchaus in ihn ein. Aber Sie wissen, Mann und Frau, da gibt es einen kleinen Unterschied. Wir wollen deshalb eben nicht, meine Damen und Herren, was hier im zweiten Absatz steht:

„Die Mitgliedschaft in den Vereinigungen bedarf . . . künftig einer eigenständigen Willenserklärung.“

Nein, wir wollen noch deutlicher sein. Wir möchten zu dem Datum – zum Datum mache ich gleich noch eine Bemerkung – die Auflösung der Frauen-Union. Bis zu dem Zeitpunkt werden wir – ich bitte Frau Süßmuth als unsere gewählte Vertreterin, diese Aufgabe zu übernehmen – eine eigenständige Frauenarbeit innerhalb der Union aufzubauen. Beim Datum gibt es einen Unterschied. Hier denken wir anders als die Hamburger in Parteitagrhythmen. Deshalb wäre der Bundesparteitag 1994 dann der Ort, an dem über die Struktur dieser Frauenarbeit endgültig entschieden wird.

Aber, meine Damen und Herren, ich darf eines sagen. So wie gestern mit dem in zahlreichen Sitzungen doch besprochenen Ergebnis der Antragskommission umgegangen worden ist und wie man damit den Frauen klarmachen wollte, daß sie sich letztlich doch immer wieder, Absprache hin und her, bestimmten Richtungen zu fügen hätten, so können wir nicht mit uns umgehen lassen.

(Beifall)

Wir ziehen daraus die Konsequenz, daß wir zur Selbständigkeit noch intensiver ja sagen, als es im Hamburger Antrag getan wird. Ich formuliere den Antrag noch einmal, damit es geschäftsordnungsmäßig keine Unterschiede gibt. Dem ersten Absatz des Hamburger Antrags stimmen wir durchaus zu.

(Zurufe)

– Ich höre den Zwischenruf: „Das ist abgestimmt“. Ich habe gesagt, über diese Dinge wollen wir nicht reden, denn dann könnte man einiges zur Geschäftsordnungslage

sagen, was mit angenommenen Anträgen von Antragskommissionen ist. – Wir sind dann der Meinung, daß hier folgender Beschluß zu fassen ist:

„Die Frauen-Vereinigung wird bis zum Bundesparteitag 1994 aufgelöst.“

Bis zu diesem Zeitpunkt legen wir ein Konzept einer eigenständigen Frauenarbeit innerhalb der Union vor. Wir haben damit auch die Freiheit, Gruppen anzusprechen, die vielleicht sonst nicht so für uns ansprechbar sind.

(Vereinzelt Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Das Wort hat der Herr Parteivorsitzende.

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**, Vorsitzender der CDU: Meine Damen und Herren, ich möchte diesen Antrag unterstützen. Wir haben eine recht turbulente Diskussion gehabt. Ich finde, es hat auch gar keinen Sinn, nachzukurieren. Da ist aus der Emotion heraus das eine oder andere gesagt worden – was verständlich ist, vor allem auch bei jenen Damen, die zum Beispiel in den Kreisverbänden besonders engagiert sind. Auf dem Parteitag bringt uns das aber nicht weiter. Meine dringende und herzliche Bitte ist: Lassen Sie uns jetzt in dem Sinne, wie eben vorgeschlagen, beschließen und dann gemeinsam diese Arbeit tatsächlich leisten.

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, dieser Vorschlag bedeutet nicht und kann nicht bedeuten, daß der Beschluß, den wir gestern gefaßt haben, rückgängig gemacht wird. Der Beschluß über den Antrag von Hamburg steht.

(Vereinzelt Beifall)

Den kann ich auch nicht rückgängig machen. Ich sehe darin auch keinen Widerspruch. Der Antrag, der hier vorgeschlagen worden ist, will vielmehr die Modalitäten deutlich machen, um dem Beschluß, der gestern gefaßt wurde, Rechnung zu tragen.

(Dr. Rita Süßmuth meldet sich zu Wort)

– Frau Süßmuth, ich bin nicht bereit, den Beschluß, der gestern unter relativ vollem Plenum gefaßt worden ist, rückgängig zu machen. –

(Vereinzelt Beifall)

Ich habe es so aufgefaßt, daß der Antrag, der noch nicht vorliegt, den Sinn haben soll, hier zusätzlich als Entschliebung gefaßt zu werden. Nur so kann ich das geschäftsordnungsmäßig handhaben. – Zur Geschäftsordnung Frau Professor Süßmuth.

**Prof. Dr. Rita Süßmuth**: Das, was Frau Laurien vorgetragen hat, haben wir in dieser Nacht überlegt und beschlossen, weil gestern abend durch Mißverständnisse oder wodurch auch immer ein Abstimmungsergebnis zustande gekommen ist, das die Frauen-Union im Augenblick handlungsunfähig macht.

(Vereinzelt Beifall)

Es sind nämlich Beschlüsse gefaßt worden, bei denen der eine Teil, die Willenserklärung, ab sofort Gültigkeit hat, die Frage der Umorganisation aber gar nicht aufgenommen worden ist. Faktisch war es so, Herr Neumann, daß der Antrag der Antragskommission alles dies enthielt und, nachdem über ihn abgestimmt war, als einziger hätte aufrechterhalten werden müssen. Deswegen ist das, was Frau Laurien vorgetragen hat, die einzige Möglichkeit, das bis 1994 zu organisieren.

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Darf ich noch einmal fragen, Frau Professor Süßmuth. Der Antrag von Hamburg über den zweiten Spiegelstrich betrifft ja nicht nur die Frauen-Union, sondern er bezieht sich auf alle Vereinigungen, gestern so beschlossen. Was schlagen Sie jetzt konkret als Antrag vor?

**Prof. Dr. Rita Süßmuth:** Herr Neumann, der Antrag A 294 ist nicht in Gänze so abgestimmt worden, daß er in allen Teilen Zustimmung gefunden hat. Dem Satz, der die Organisations- und Finanzierungsfrage 1995 betrifft, ist gar nicht zugestimmt worden. Also brauchen wir einen neuen Beschluß.

(Zurufe)

**Bernd Neumann, Tagungspräsidium:** Liebe Freunde, wir können jetzt noch lange über die Geschäftsordnung debattieren und kommen nicht zu den wichtigen politischen Fragen, was das Asylrecht betrifft. Deswegen müssen wir jetzt – es ist für das Präsidium schwierig – eine pragmatische Lösung finden. – Frau Laurien.

**Dr. Hanna-Renate Laurien:** Lassen Sie uns doch folgendes aufnehmen. Erstens. Der Parteitag hat gestern abgestimmt. Diese Abstimmung steht. Satz eins.

Mit dem Ergebnis dieser Abstimmung können wir wegen der Datendiskrepanz, nämlich sofort auflösen und erst dann weitersehen, nicht leben. Deshalb habe ich sozusagen einen für die Frauen-Union zutreffenden Anschlußantrag gestellt. Dieser Anschlußantrag lautet – damit es absolut klar ist:

Die Frauen-Union als Vereinigung wird bis 1994 aufgelöst. Gleichzeitig wird in dieser Zeit ein Konzept eigenständiger Frauenarbeit erarbeitet. Über dieses Konzept wird auf dem Bundesparteitag 1994 abgestimmt.

Mit diesem Sachinhalt können wir leben und verlangen niemand anderem ab, sein Gesicht zu verlieren. Aber wir haben unser Gesicht auch nötig.

(Beifall)

**Bernd Neumann, Tagungspräsidium:** Vielen Dank. – Ich habe dies von Anfang an vorgeschlagen. Die Abstimmung von gestern steht, das hier ist ein Zusatzantrag. Ich glaube, Frau Laurien hat es klar formuliert. Sie haben recht: Er liegt uns zwar nicht schriftlich vor, aber ich halte die Delegierten für in der Lage, diese wenigen Sätze, die Frau Laurien nun zweimal vorgetragen hat, zu behalten. Damit wir weiterkommen, lasse ich jetzt, wenn Sie einverstanden sind, darüber abstimmen. Einverstanden? – Gut.

Wer diesem Zusatz, von Frau Laurien soeben formuliert, zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist dieser Zusatzantrag mit großer Mehrheit angenommen worden.

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt zum Kapitel V: Finanzen. Zu diesem Kapitel hat der Bundesvorstand den Initiativantrag A 424 eingebracht. Die Antragskommission hat dazu gestern morgen eine Empfehlung vorgelegt. Sie finden Antrag und Empfehlung in der Sammlung der Initiativanträge III auf den Seiten 1 und 2.

Meine lieben Freunde, die Antragskommission empfiehlt Ihnen, die Einzelberatung des Kapitels V, einschließlich der dazu vorgelegten Änderungs- und Ergänzungsvorschläge, auszusetzen und statt dessen den in der rechten Spalte empfohlenen Text zu beschließen.

Für alle, die zu diesem Kapitel Anträge gestellt haben, weise ich ausdrücklich darauf hin, daß die eingebrachten Anträge der unter Ziffer 2 genannten Kommission überwiesen werden sollen mit der Maßgabe, daß die in diesen Anträgen aufgeworfenen Fragestellungen in dem Kommissionsbericht aufgegriffen werden.

Meine lieben Freunde, wenn wir jetzt an den zeitlichen Rahmen denken, ist das, glaube ich, ein sehr sinnvoller Vorschlag. Es geht also kein Antrag unter. Die Anträge

werden der Kommission überwiesen, die sich über die langfristige Sanierung der Finanzen Gedanken macht, und zu diesem Zeitpunkt werden die Anträge aufgerufen. Und wir konzentrieren uns auf den von mir genannten Antrag, den der Kollege Kiep gleich begründen wird.

Ich darf fragen, ob Sie mit diesem Verfahren, das zur Zügigkeit des Ablaufes des Parteitages beiträgt, einverstanden sind, und bitte um das Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Wir haben also dieses Verfahren beschlossen.

Ich bitte nun Walther Leisler Kiep, das Wort zu nehmen.

**Walther Leisler Kiep:** Herr Tagungspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Der Antrag des Bundesvorstandes A 424 in der Formulierung, wie die Antragskommission ihn vorgelegt hat, stellt nach langen Diskussionen über mehrere Jahre hinweg den Versuch dar, die Finanzausstattung der Bundespartei in einem ersten Schritt zu verbessern.

Im einzelnen enthält er: erstens die Anhebung des Anteils der Bundespartei am Mitgliedsbeitrag von gegenwärtig 1 DM auf 1,25 DM.

Zweitens sieht er vor, daß eine Kommission eingesetzt wird, in der alle Landesverbände durch von ihnen benannte Vertreter repräsentiert sind, und daß diese Kommission unter Einbeziehung der Rechnungsprüfer dann zusammentritt, um die Gesamtheit der Aufgabenverteilung und der Mittelverteilung innerhalb der Union und ihrer verschiedenen Ebenen zu diskutieren, um bis zum 1. Februar 1990 eine Empfehlung zu all diesen Fragen vorzulegen, die dann den nächsten Bundesparteitag im Jahre 1990 beschäftigt wird.

Es besteht gar kein Zweifel darüber, daß diese Kommission – und das war ja ein Punkt der Diskussion, die wir gestern am Rande des Parteitags geführt haben – in ihren Entscheidungen vollständig frei ist, daß sie Empfehlungen abgeben kann und daß über diese Empfehlungen dann vom Bundesparteitag entschieden werden muß.

In diesem Zusammenhang möchte ich hier, meine Damen und Herren – das ist wirklich eine sehr wichtige Sache, und ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie eine Sekunde zuhören würden –, sagen, daß der Abs. 4 dieses Antrags der Antragskommission entbehrlich ist, in dem sinngemäß steht, daß der nächste Bundesparteitag über eine weitere Anhebung der Beiträge beschließen soll. Eine solche Empfehlung ist denkbar – ich werde für eine solche Entschließung eintreten –, aber dieser Antrag bestimmt noch in gar keiner Weise den Ausgang der Beratungen der Kommission. Das wollte ich in aller Deutlichkeit sagen, um Ihnen, die Sie in dieser Hinsicht Bedenken hatten, die Möglichkeit zu geben, hier zuzustimmen.

Die Kommission, die sich, wie gesagt, aus den Vertretern der Landesverbände, den Rechnungsprüfern und dem Bundesschatzmeister – selbstverständlich auch der Bundesgeschäftsstelle – zusammensetzt, soll dann einmal in großer Offenheit die Finanzsituation, die Aufgabenverteilung und die Finanzierung der Parteaufgaben analysieren und offenlegen. Denn mich hat beim Lesen der Anträge zu diesem Parteitag doch bekümmert, daß mehr Transparenz, mehr Durchblick auf allen Ebenen der Partei notwendig ist, wenn wir das schwere Problem lösen wollen, vor dem wir stehen.

(Beifall)

Ich bin mit allen der Meinung, daß es für unsere Kreisparteien z. B. schon notwendig ist, daß sie diesen vollen Durchblick und dieses volle Verständnis der Lage haben,

wenn sie so schwerwiegenden Beschlüssen wie etwa einer Anhebung des Beitragsanteils der Bundes- oder eventuell auch der Landesparteien zustimmen sollen.

(Zustimmung)

Ich verspreche mir von dieser Kommission, die nicht irgendeine Verlegenheitskommission ist, die man deshalb ins Leben ruft, weil man über die Sachen hier nicht diskutieren will, sondern die notwendig ist, um diese Informationen nach beiden Seiten zu vermitteln, mehr Klarheit und mehr Verständnis in beiden Richtungen.

Ich habe am ersten Tag unseres Parteitags vor der Wahl in, glaube ich, ziemlich schonungsloser Offenheit die Lage geschildert. Ich selber bin für die Möglichkeit sehr dankbar, daß wir nun in den nächsten Monaten bis zum 1. Februar einmal in großer Offenheit darüber sprechen können.

Ich bin mir völlig klar darüber, daß die Situation äußerst kritisch ist. Ich habe am Montag versucht zu sagen, daß unsere Finanzsituation dramatisch ist. Ich möchte Sie alle daran erinnern, daß diese Dramatik eben dadurch entstanden ist, daß wir auf der einen Seite Aufgabenzuteilungen haben, die sich in verstärktem Maße auf die Bundespartei konzentrieren, und auf der anderen Seite gleichzeitig eine Veränderung in der Zuteilung der Einnahmen haben, die die Bundespartei benachteiligt.

Ich will hier nicht wieder in die Details einsteigen. Ich möchte Ihnen nur eine einzige Ziffer nennen, die ich zu bedenken bitte, wenn wir nachher abzustimmen haben. Zwei Drittel der Mitgliedsbeiträge und 70 % der Spenden der gesamten Union fließen den Kreis- und Ortsverbänden zu. Das ist ein Faktum, das nicht etwa zu kritisieren ist. Ich kritisiere dies also gar nicht. Ich muß es hier aber erwähnen, um Ihnen klarzumachen, warum wir eine solche Kommission brauchen und warum wir darüber sprechen müssen.

Zum Schluß dieser Einführung in die Diskussion über diesen Antrag möchte ich auch noch eine persönliche Bemerkung an Sie richten. Ich habe für das Amt des Bundesschatzmeisters auf diesem Parteitag erneut kandidiert, weil es jetzt in einer äußerst kritischen Zeit um die Sanierung der Parteifinzen geht. Es geht um die Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit der Partei im Jahre 1990. Ich bitte Sie, sich bei Bedenken gegen diesen Antrag und bei der Debatte über diesen Antrag auch an die vielen Worte zu erinnern, die wir hier am Montag in der Diskussion entweder selber vorgetragen haben oder denen wir zuhören durften. Wir haben große Worte gehört. Es war von der Solidarität und von der Schicksalsgemeinschaft die Rede. Ich möchte höflich daran erinnern, daß der Finanzverbund unserer Volkspartei, der Union, sichtbarer Ausdruck der Solidarität ist und daß das Nichterkennen dieses Verbundes letztlich dazu führt, daß unsere Solidarität nach außen in schwere Zweifel gerät.

Erlauben Sie mir als Bundesschatzmeister, der ich dieses Amt jetzt seit 18 Jahren ausübe, noch eine weitere Bemerkung. Ich meine sie wirklich nicht in irgendeiner Weise offensiv oder kritisch gegenüber irgendeiner bestimmten Äußerung, die hier gefallen ist. Ich bitte Sie, doch um Himmels willen einzusehen, daß die Finanzen der Union und ihre Sanierung bei Gott der falsche Kriegsschauplatz sind, um Ärger über einzelne Ereignisse, über Wahlergebnisse oder über Äußerungen anderer hier abzureagieren.

(Zustimmung – Zurufe)

Ich bitte Sie ganz besonders herzlich darum, jetzt nun nicht so zu handeln wie derjenige, der sagt: Es geschieht meiner Mutter ganz recht, wenn mir die Finger erfrieren. Warum kauft sie mir keine Handschuhe?

(Vereinzelt Widerspruch)

Ich brauche Ihre Hilfe und Unterstützung, wenn ich das mir übertragene Mandat in den nächsten zwei Jahren erfolgreich wahrnehmen soll. Dafür bitte ich sehr herzlich um Ihre Unterstützung.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, da inzwischen wieder eine Reihe von Delegierten in den Saal gekommen ist, sage ich Ihnen noch einmal, worüber wir jetzt diskutieren. Wir haben vorhin den Beschluß gefaßt, daß wir bis auf den Antrag des Bundesvorstandes alle Anträge an die Kommission überweisen. Das bedeutet, daß Wortmeldungen, die zu diesen Anträgen vorliegen, jetzt logischerweise nicht aufgerufen werden. Es bleibt somit die Empfehlung der Antragskommission übrig, die sich im wesentlichen auf den Beschluß des Bundesvorstandes und des Bundesausschusses stützt, wobei Absatz 4 dieser Empfehlung, in dem es heißt:

Über eine weitere Beitragsanteilerhöhung soll auf dem 38. Parteitag Beschluß gefaßt werden.

zurückgezogen worden ist. Es ist schließlich wichtig, daß wir nicht über etwas diskutieren, was gar nicht mehr Gegenstand der Beratung ist. Der Schatzmeister hat zwar geäußert, daß er eine weitere Beitragsanteilerhöhung nach wie vor für richtig und wichtig halte. Dieser Punkt ist aber gestrichen worden.

Es verbleibt also ein Antrag, der nur aus drei Punkten besteht. Der erste Punkt, daß die Finanzsituation der Bundespartei zu verbessern ist, kann wohl nicht strittig sein. Der zweite Punkt, daß wir eine Kommission einsetzen, um über die vielen Anträge und Anregungen zu beraten, kann auch nicht strittig sein. Der dritte Punkt beinhaltet, daß wir den Beitragsanteil der Bundespartei ab 1. Januar 1990 von 1 DM auf 1,25 DM erhöhen wollen. Dies wiederum ist nach ausführlicher Debatte vom Bundesausschuß schon einmal beschlossen worden und vor wenigen Tagen auch vom Bundesvorstand mit überwältigender Mehrheit beschlossen worden.

Liebe Freunde, angesichts dieser Sachlage wäre es natürlich absurd, wenn wir jetzt eine riesige Debatte führten und uns die Zeit für die wichtigen politischen Punkte stehlen, die danach noch zur Debatte stehen.

(Beifall)

Bitte fassen Sie dies nicht als Bevormundung auf. Als Parteitagpräsident bin ich aber natürlich interessiert daran, daß wir über das diskutieren, worüber es sich zu streiten lohnt.

Mir liegen derzeit nur wenige Wortmeldungen vor. Ich weiß gar nicht, ob sie alle aufrechterhalten werden. Norbert Blüm hat sich zu Wort gemeldet. Ich frage einmal, ob die Wortmeldung von Claus Jäger aufrechterhalten wird.

(Zuruf: Ja!)

Sie wird aufrechterhalten.

Der Kollege Laumann hat sich ebenfalls zu Wort gemeldet. Wird diese Wortmeldung aufrechterhalten?

(Zuruf: Ja!)

Auch diese Wortmeldung wird aufrechterhalten. Mehr Wortmeldungen liegen mir zu dem allgemeinen Teil bisher nicht vor. Nun hat Norbert Blüm das Wort.

**Dr. Norbert Blüm:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer das Staatshaus in Ordnung bringen will, muß auch sein eigenes Haus geordnet haben.

(Beifall)

Wir haben die Staatsfinanzen in Ordnung gebracht. Gleiches müssen wir nun auch in der Partei schaffen. Man kann nicht von anderen etwas verlangen, was man bei sich selber nicht schafft. Unser größtes politisches Pfund war in der Vergangenheit – es wird auch in der Zukunft so sein – eine solide Finanzpolitik. Deshalb reden wir jetzt nicht nur über parteiinterne Dinge, sondern auch über die Darstellung der CDU in der Öffentlichkeit. Die CDU Nordrhein-Westfalen hat es auch in dieser Frage schwer. Das will ich bekennen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen drei Wahlen vor uns: die Kommunalwahl im Oktober dieses Jahres, die Landtagswahl im Mai des nächsten Jahres und die Bundestagswahl. Sie werden verstehen, daß uns ein solcher Beschluß nicht leichtfällt, zumal wir, wie ich gestehe, auch in der Landespartei die Umlage erhöhen mußten, was großer Anstrengungen bedurfte. Das ist uns allen nicht leichtgefallen.

Auch heute fällt uns eine Zustimmung, wie ich von meinen Freunden weiß, nicht leicht. Es muß schließlich alles in Orts- und Kreisparteien durchgesetzt werden. Dennoch empfehle ich uns, die Erhöhung um 0,25 DM vorzunehmen. Der erste Schritt ist, wie ich denke, doch der, daß wir ein Zeichen setzen müssen, daß wir mit der Sanierung bei uns beginnen. Dieser erste Schritt wird freilich nicht ausreichen. Es muß eine Kommission eingesetzt werden, die alle weiteren Möglichkeiten der Sanierung prüft, wobei ich nicht nur an die Einnahmenseite, sondern in gleicher Weise auch an die Ausgabenseite denke.

(Beifall)

Ich denke, wir sind es auch unseren hauptamtlichen Mitarbeitern schuldig, klare Verhältnisse zu schaffen. Dies ist ein Stück Fürsorgepflicht, die wir gegenüber denjenigen haben, die für uns arbeiten. Auch das ist ein Grund, warum ich hier für Anstrengungen der Partei plädiere. Ich denke, es fällt uns leichter, wenn die Brücke gebaut wird, den letzten Absatz der Empfehlung der Antragskommission wegzulassen. Wenn die Kommission eingesetzt wird, können alle Möglichkeiten – nicht nur die Beitragsmöglichkeiten – unter Hinzuziehung aller Landesparteien geprüft werden.

Ich möchte hier die Gelegenheit nutzen, um Walther Leisler Kiep für seine Arbeit Dank zu sagen. Er hält den Kopf für uns hin.

(Beifall)

Ich meine dies fast im wörtlichen Sinne. Ich erinnere auch an die großen Worte von der Solidarität. Fangen wir damit doch einmal in der Nachbarschaft an. Meine Nachbarschaft in dieser Frage ist Walther Leisler Kiep.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsident: Wir haben zwei Wortmeldungen vorliegen. Ich bitte die Kollegen, hier schon nach oben zu kommen: Claus Jäger, Karl Josef Laumann. Wenn dann keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, gebe ich der Antragskommission noch einmal abschließend das Wort.

**Claus Jäger**: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Zunächst einmal möchte ich für meine Freunde aus Baden-Württemberg die Unterstellungen zurückweisen, die Sie, Herr Bundesschatzmeister, in bezug auf kritische Anmerkungen eben vorgenommen haben.

(Teilweise Beifall)

Wenn wir Bedenken gegen den Antrag haben, den der Bundesvorstand hier vorgelegt hat, dann haben diese Bedenken mit irgendwelchen Abstimmungs- und Wahlergeb-

nissen nichts zu tun. Wir gehen ja davon aus, daß auch Ihre kritischen Anmerkungen nichts mit Wahlergebnissen zu tun haben.

(Teilweise Beifall)

Meine lieben Parteifreunde, gegen diesen Antrag bestehen erhebliche Bedenken. Er erweckt so, wie er hier in der Fassung der Antragskommission auf dem Tisch liegt, den nach meiner Meinung unzutreffenden Eindruck, als sei das Problem der Bundesfinanzen nahezu ausschließlich das Problem der unberechtigten Beteiligung der Bundespartei an den Parteifinanzen. Deswegen kann der Antrag so meines Erachtens nicht stehen bleiben, denn dieses ist nicht allein das Problem der Bundespartei. Ich darf an Ihren eigenen Bericht erinnern, Herr Kiep, den Sie uns gegeben haben. Sie haben – und für diese Offenheit sind wir Ihnen dankbar – selbst dargelegt, welche erheblichen Millionenbeträge die Bundespartei zur Unterstützung von Organisationen, Landesverbänden usw. ausgegeben hat. Das heißt, es kann gar keine Rede davon sein, daß die Finanznot, in der sich die Bundespartei befindet, ausschließlich auf ein zu geringes Fließen von Einnahmen zurückgeht, sondern auch auf Ausgaben. Sie haben selbst erwähnt, daß es Ausgaben gibt, die in sich übertrieben waren, etwa Aufwand bei Parteitag und dergleichen. Es kann also einfach nicht wahr sein, wie es hier in diesem Antrag zum Ausdruck kommt, daß nur die schlechte Einnahmeseite die Finanzmisere der Bundespartei verschuldet hat.

(Vereinzel Beifall)

Ich weise zweitens darauf hin, daß es keineswegs so ist, daß hier nur in einer Richtung eine Verschiebung gewesen ist. Ich kann mich noch gut erinnern, Herr Bundesschatzmeister, an Zeiten, wo die Kreisverbände noch an der Bundeswahlkampfkostenerstattung beteiligt waren, ich kann mich noch erinnern, wo wir – mindestens die Landesverbände – noch Geld aus der Europawahlkampfkostenerstattung bekommen haben. Das alles findet doch nicht mehr statt, sondern bleibt in der Kasse des Bundesverbandes.

(Vereinzel Beifall)

Sie können also doch nicht hier im Ernst davon reden, daß die reichen Kreisverbände und Ortsverbände sozusagen den Bund aushungern, am ausgestreckten Arm verhungern lassen. Das ist einfach eine schiefe und falsche und im Kern unzutreffende Schilderung der Situation.

(Beifall)

Wenn das so ist, meine lieben Freunde, dann kann der Antrag so nicht stehen bleiben, ohne daß mindestens zur Sparsamkeit bei den Ausgaben der Bundespartei etwas gesagt wird. Wenn Sie alle diese Anträge, die sich auf das sparsame Verhalten beziehen, an eine Kommission überweisen, die in einigen Jahren irgend etwas vorlegt, dann verabschieden wir einen Antrag, der eine Ohrfeige in das Gesicht unserer sparsamen Kreis- und Ortskassierer ist, und das kann ich nicht akzeptieren.

(Beifall)

Herr Vorsitzender, ich möchte noch ein Wort zu Ziffer 3 sagen. Da soll jetzt konkret eine Anhebung von 30 % beschlossen werden. Ich möchte die Frage an den Bundesschatzmeister stellen, weshalb eigentlich auf diese Weise verfahren wird. Mit diesem Vorschlag treffen Sie vor allen die kleinen und armen Verbände, denn die müssen, egal was sie einnehmen, in erster Linie die 25 %-Erhöhung tragen. Warum hat der Bundesvorstand nicht vorgeschlagen – die Mark, die zur Zeit abgeführt wird,

sind 20 % des Mindestbeitrages –, wir erheben einfach künftig 25 %? Es gibt ja auch Mitglieder, die in der Lage sind, bessere Beiträge zu zahlen. Wenn von diesen besseren Beiträgen auch 25 % abgeführt werden, hätte der Bundesverband auch etwas, aber es träfe nicht die armen Ortsverbände, sondern die etwas wohlhabenderen, und die können es vielleicht noch verkraften. Hier liegt ein negativer Lastenausgleich vor, den ich nicht für richtig halte.

(Zurufe)

– Meine lieben Freunde, ich habe hier keinen Vorschlag gemacht, ich habe eine Frage gestellt, warum hier ein Vorschlag gemacht wird, der so, wie er gemacht wird, die Schwächsten am härtesten trifft, und das halte ich nicht für richtig. Letzter Punkt. Herr Vorsitzender, ich kann auch Absatz 4 so nicht akzeptieren, wie er da steht.

**Bernd Neumann**, Tagungspräsident: Herr Kollege, Absatz 4 ist gestrichen.

**Claus Jäger**: Wenn Absatz 4 gestrichen ist, brauche ich in der Hinsicht nichts zu sagen.

Meine lieben Parteifreunde, ich beantrage, den Antrag in dieser Fassung nicht zu verabschieden, weil er die Finanzlage der Partei unzutreffend darstellt und in der Öffentlichkeit ein falsches Bild der Finanzlage unserer Partei gibt.

(Teilweise Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsident: Als nächster hat Herr Laumann das Wort.

**Karl Josef Laumann**: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil einem als Kreisvorsitzenden eines Kreisverbandes die Zustimmung hier sehr schwerfällt. Diese Regelung, die wir jetzt machen, kostet mich im Kreis Steinfurt 24 000 DM im Jahr zusätzlich. Es wird uns schwerfallen, das Geld zusammenzukratzen. Wir haben bei uns im Kreis lange überlegt. Wir werden zustimmen, weil es nicht anders geht.

(Beifall)

Meine lieben Parteifreunde, ich habe aber eine Bitte ganz besonders an den Bundesvorsitzenden Helmut Kohl, und das ist der Grund meiner Wortmeldung. Sie kennen unsere Partei sehr gut. Überlegen Sie einmal, ob wirklich die Mitgliederzahl das einzige Kriterium bleiben kann, wonach Abführungen erhoben werden; denn die Mitgliederzahl sagt alleine sehr wenig über die Finanzkraft einer Kreispartei aus. In einem Landkreis, wo viele kleine Dörfer sind, haben wir eine andere Mitgliederstruktur als bei meinen Freunden in Köln oder Düsseldorf. Das ist doch ganz normal. Wir haben einen sehr hohen Anteil von Nur-Hausfrauen, wenn ich das einmal so sagen darf. Gehen Sie da einmal hin und sagen denen, die sollen 10 DM im Monat bezahlen. Da bekommen Sie hier und da Probleme. Das gilt auch für die kleinen Landwirte oder die Gott sei Dank noch große Zahl gewerblicher Arbeitnehmer, die bei uns in den Dörfern noch Mitglied sind. Ich bin von Beruf Maschinenschlosser und führe eine Kreispartei. Bei uns ist das alles noch ziemlich in Ordnung. Da bekommen Sie aber nicht die Durchschnittsbeiträge. Der Durchschnittsbeitrag im Kreis Steinfurt liegt bei gut 6 DM. Wir werden auch die Beitragserhöhung bei Neumitgliedern ohne Probleme durchziehen, davon bin ich fest überzeugt. Wir werden aber dicke Probleme bei denjenigen bekommen, die seit 20 oder 30 Jahren in der CDU sind, wenn wir 10 DM haben wollen oder auch 7 DM. Die sind teilweise noch bei 3 DM.

(Beifall)

Wenn Pro-Kopf-Beiträge das einzige Kriterium bleiben, bin ich als Kreisvorsitzender irgendwann gezwungen, mich von denjenigen zu trennen, die 30 Jahre in der CDU sind und von denen ich die 10 DM nicht kriegen kann.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn das alle in den Landkreisen machen, werden wir uns wundern, wie viele Mitglieder wir dann in Nordrhein-Westfalen oder im Bund noch haben. Das können wir uns gar nicht leisten.

Von daher müssen andere Überlegungen her. Ich sage Ihnen ganz offen – ich mag da jetzt von dem einen oder anderen Buhrufe bekommen –, aber wir kommen nicht daran vorbei, daß ein bestimmter Prozentsatz festgelegt wird. Das hat der Kollege aus Baden-Württemberg ja auch gesagt. Ich kann auch sehr gut damit leben, wenn wir uns darüber verständigen, daß von den Beitragssteigerungen, die ja da sind – der Beitrag ist ja nicht gesunken, er ist immer eigentlich ein bißchen gestiegen –, die Bundespartei und auch meine Landespartei etwas abbekommen. Das können wir alles machen. Eine Pro-Kopf-Regelung halten wir nicht durch. Überlegen Sie sich das bei der Arbeit in der Kommission bitte einmal. Ich glaube, wir werden einen Weg finden; daß alles läuft.

Wir müssen heute auch aus einem anderen Grunde zustimmen. Ich kenne in meiner Partei niemanden, der mit der Abführung so stabil war wie die Bundespartei. Die Landespartei hat bei uns in der Zeit bestimmt sechs- oder siebenmal erhöht; hier ist nie erhöht worden. Auch das muß man anerkennen. Dabei muß ich sagen, Helmut Kohl, wenn wir etwas eher erhöht hätten und dadurch nicht so viele Schulden hätten, wäre das vielleicht auch gut.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Das Wort hat der Parteivorsitzende.

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**, Vorsitzender der CDU: Herr Laumann, darf ich Sie direkt ansprechen: Das, was Sie hier über die Formen, wie wir das regeln wollen, gesagt haben, hat ja bei uns in der Diskussion eine große Rolle gespielt, und es gab auch die Überlegung, so wie es in Ihren Vorstellungen angedeutet wird, zu einem Mischsystem zu kommen, etwa über eine Umlage.

Angesichts des Problems und angesichts der Schwierigkeiten, die nicht zuletzt – wie Herr Laumann es gerade angesprochen hat – in den Landkreisen bestehen, ist es dringend notwendig, über das Ganze in aller Offenheit zu sprechen. Nur, Herr Jäger, Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen: Wir haben jetzt wirklich, was das Sparen betrifft, drastische Maßnahmen nicht nur auf den Weg gebracht, sondern zum Teil schon vollzogen. Wir brauchen heute die Bestätigung des Parteitages für diesen Beschluß, den der Bundesparteiausschuß und der Bundesparteivorstand nach langer Diskussion gefaßt haben. Deswegen bitte ich Sie dringend, jetzt diesen Beschluß zu fassen.

Ein Zweites: Wir werden diese Kommission benennen, Herr Jäger, und ich werde dafür sorgen, daß Sie dabei sind.

(Zustimmung)

Ich bin dafür – und ich sage das jetzt schon –, daß Sie dann auf dem Parteitag den Bericht über die Arbeit dieser Kommission erstatten. Ich habe das Vertrauen, daß Sie das korrekt und souverän machen, daß Sie dann berichten werden: An diesem und jenem Punkt waren die Vorgaben des Schatzmeisters eben doch zutreffend, und wir müssen ihnen folgen. Das werden Sie dann auch sagen!

Meine dringende Bitte ist also, daß Sie diesen Antrag in der jetzt vorliegenden Form annehmen. Wir werden sehr rasch die Kommission benennen. Das ist keine Vertagungskommission! Ich will, daß dort alle Landesverbände vertreten sind, und zwar durch jemanden, der auch im Landesverband jeweils Rede und Antwort steht. So werden wir eine gute Diskussion miteinander führen können. Das ist jetzt meine Bitte. Bitte lassen Sie uns abstimmen!

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Zum Abschluß gebe ich noch kurz für die Antragskommission unserem Freund Jürgen Wohlrabe das Wort.

(Jürgen Wohlrabe, Antragskommission:

Ist nicht nötig! Besser kann ich gar nicht sein!)

– Er verzichtet. Dann komme ich zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission in der vorliegenden und durch Streichung des Punktes 4 geänderten Fassung zustimmt, den bitte ich um das Erheben seiner Stimmkarte. – Danke. Ich bitte um die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das erste war die große Mehrheit. Damit ist dieser Antrag angenommen.

(Beifall)

Ich rufe Ziffer 45 des Antrages des Bundesausschusses auf. Dazu gehören die Anträge A 421 bis A 424. Fundstelle ist die Antragsbroschüre, Seite 99. Es handelt sich um den allgemeinen Schlußabsatz.

Wortmeldungen dazu liegen mir nicht vor. Deshalb kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist auch diese Ziffer so beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit kommen wir zur Schlußabstimmung. Wer dem Antrag „Moderne Parteiarbeit in den 90er Jahren“ in der durch die Einzelabstimmungen festgelegten Fassung zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Danke. Ich bitte um die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei ganz wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist dieser Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 15 auf:

### Beratung und Beschlußfassung der Vorlage zur Ausländer- und Asylpolitik

Zur Einführung in den Antrag des Bundesvorstandes erteile ich dem Bundesminister des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble, das Wort.

**Dr. Wolfgang Schäuble** (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Die Ausländerpolitik ist gerade für die Christlich Demokratische Union ein besonders schwieriges Thema. Wir wollen uns jedem einzelnen Menschen zuwenden, vor allen Dingen denjenigen, denen es schlechtergeht als uns, die sich in Not befinden. Aber wir schulden unseren Bürgern auch eine Ordnung, die das friedliche Zusammenleben der Menschen sicherstellt. Wir brauchen beides.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein ausländerfreundliches Land, und wir wollen es auch bleiben. Wir Christdemokraten sind verpflichtet und entschlossen, alles dafür zu tun, daß diese Bundesrepublik Deutschland ausländerfreundlich bleibt.

(Beifall)

Aber wer dies will und wer seine Verantwortung ernst nimmt, der muß die Grenzen seiner Handlungsmöglichkeiten rechtzeitig bedenken, und der muß seiner Verantwortung entsprechend handeln.

Wir sind unter den größeren Flächenstaaten Europas der am dichtesten besiedelte, auch und nicht zuletzt als Folge von Teilung und Vertreibung. In dieser Bundesrepublik Deutschland, in diesem dichtbesiedelten Land, leben viereinhalb Millionen Ausländer. Wir haben die Verpflichtung, offenzubleiben für alle Deutschen, fähig zur Aufnahme zu bleiben für die Deutschen, die zu uns kommen, und daß das nicht eine theoretische, sondern eine aktuelle Frage ist, haben wir in diesen Tagen mehr als vielleicht in früheren Jahren empfunden. Ich freue mich auch über die große spontane Hilfsbereitschaft unserer Mitbürger.

Im übrigen finde ich, daß sich in dieser Pflicht, uns die Fähigkeit zu bewahren, die Deutschen aufzunehmen, die sich entscheiden, in Freiheit leben zu wollen, und die zu uns kommen, auch die Erkenntnis verdeutlicht, daß unsere Ordnung der Freiheit, die wir in der Bundesrepublik Deutschland seit 40 Jahren geschaffen, bewahrt und entwickelt haben, uns nicht allein gehört. Weil andere ihre Hoffnung, ihre Sehnsucht auf uns setzen, tragen wir Verantwortung auch für sie, und deswegen müssen wir um so behutsamer mit unserer freiheitlichen Ordnung hier in der Bundesrepublik Deutschland umgehen.

Wir dürfen nicht zulassen, daß Aussiedler und Übersiedler und Ausländer und Asylbewerber miteinander vermischt und miteinander vermengt werden.

(Beifall)

Denn dann, wenn wir dies tun oder dies zulassen, entsteht ein gefährliches Gebräu, aus dem Radikale von rechts und von links sich nähren können und sich nähren wollen. Deswegen ist der Begriff der Fremdenpolitik, den die Rot-Grünen in die politische Diskussion eingeführt haben, ein gefährlicher Begriff. Er vermischt, was nicht miteinander vermischt werden darf.

Im übrigen beweist sich hier auch – wir sehen es ja auch an dem, was der rot-alternative Senat in Berlin, seit er im Amt ist, tut –, daß sich die Radikalen von links und die Radikalen von rechts gegenseitig begünstigen, gegenseitig fördern und gegenseitig hochschaukeln. Sie berühren einander ja auch. Die Erkenntnis ist nicht neu, aber wir müssen das immer wieder sagen, weil wir nicht zulassen dürfen, daß zwischen Radikalen von links und Radikalen von rechts unterschieden wird.

(Beifall)

Natürlich, meine Freunde, sind alle Menschen gleich, und nach christlichem Verständnis – so steht es in unserem Antrag – haben alle Menschen unabhängig von Rasse oder Nationalität die gleiche Würde. Aber das heißt ja noch nicht, daß wir nicht für das Zusammenleben der Menschen Ordnungen bräuchten. Das Staatsangehörigkeitsrecht hat die Aufgabe, Ordnung zu schaffen. Für die Franzosen ist die Republik Frankreich zuständig, für die Polen die Volksrepublik Polen, für die Italiener Italien und für die Deutschen die Bundesrepublik Deutschland. Wer, meine Freunde, soll denn den Deutschen helfen, wenn nicht wir im freien Teil unseres Vaterlandes?

(Beifall)

Deshalb dürfen wir auf das Ordnungselement der Staatsangehörigkeit und auf das Beziehungsgeflecht, auf die Verbindungen von Rechten und Pflichten, die sich durch Staatsangehörigkeit und staatlichen Verbund ergeben, nicht verzichten, wenn wir eine Ordnung des friedlichen Zusammenlebens auch für die Zukunft sichern wollen.

Dies alles müssen wir bedenken, wenn wir unser Ziel verfolgen wollen, daß diese Bundesrepublik Deutschland ein ausländerfreundliches Land bleibt. Weil dies so ist, weil wir ein dichtbesiedeltes Land sind, weil wir eine Offenhaltungspflicht für alle Deutschen haben und weil wir bereits seit vielen Jahren einen hohen Anteil von 4,5 Millionen Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland haben, muß der Zuzug von Ausländern von außerhalb der Europäischen Gemeinschaft auch in Zukunft begrenzt bleiben; deswegen muß es beim Anwerbestopp bleiben.

(Beifall)

Es gibt Grenzen der Integrationsfähigkeit jeder Gesellschaft, die keiner übersehen darf, der sich wirklich verantwortlich für Ausländerfeindlichkeit fühlt.

Wir müssen ein Zweites bedenken, liebe Freunde: Wir sollten unseren Mitbürgern keine Angst machen, und wir sollten auch aufpassen, daß die Angstmacher keine Geschäfte machen können und keinen Erfolg haben. Deswegen sollten wir über Ausländer- und Asylpolitik nicht so viel streiten, auch nicht so viel reden, sondern mehr handeln. Taten und nicht nur Worte sind gefragt.

(Zustimmung)

Solange wir streiten, solange wir unfähig sind zu handeln, ist das Ergebnis bei vielen Bürgern, daß sie immer mehr Sorge haben, daß hier ein Problem besteht, mit dem die politisch Verantwortlichen offenbar nicht fertig werden und daß man deswegen Angst haben muß. Wieder würden wir den Radikalismus nähren. Der Streit würde in den Augen unserer Bürger die Bedeutung des Themas mehr betonen, als es der Wirklichkeit entspricht, und damit Ängste fördern. Damit würden wir wieder Nährboden für Rattenfänger liefern.

Liebe Freunde, wir haben uns in der Christlich Demokratischen Union lange auf die Behandlung des Themas der Ausländerpolitik auf einem Parteitag vorbereitet, weil wir gewußt haben, daß wir bei der Behandlung dieses Themas in zwei Richtungen Fehler machen könnten, nämlich daß wir auf der einen Seite diejenigen enttäuschen könnten, die sich dem einzelnen in Not geratenen, befindlichen Mitbürgern zuwenden wollen oder daß wir auf der anderen Seite diejenigen enttäuschen könnten, die von diesem Staat und den Verantwortlichen zu Recht verlangen, daß wir eine Ordnung bewahren, die ein friedliches Zusammenleben auch in Zukunft sichert. Wir sollten beide Gefahren bedenken.

Ich denke, daß wir mit dem Antrag, den Ihnen der Bundesvorstand heute vorlegt, beide Gefahren vermeiden können. Ich bitte Sie, auch in der Debatte über diesen Antrag, die wir jetzt führen wollen, beide Gefahren zu bedenken und beide Gefahren zu vermeiden.

Die Hauptpunkte, wie wir in diesem Antrag zur Ausländerpolitik ein gutes Miteinander von Deutschen und Ausländern sichern wollen, möchte ich Ihnen hier in wenigen Strichen zusammenfassend vorstellen.

Zunächst einmal sagen wir, daß für diejenigen, die auf Dauer in Deutschland leben wollen, das Integrationsziel der Erwerb der Staatsangehörigkeit ist und daß wir deswegen auch den Erwerb der Staatsangehörigkeit für diejenigen, die lange hier leben, erleichtern wollen

(Zustimmung)

und daß die Staatsangehörigkeit die Voraussetzung ist, um Rechte und Pflichten eines Staatsangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland zu erwerben. Deswegen gibt es mit uns kein kommunales Wahlrecht für Ausländer.

(Beifall)

Weil die Staatsangehörigkeit eine Ordnungsfunktion für das friedliche Zusammenleben der Menschen hat, muß auch Doppelstaatsangehörigkeit, also der Besitz mehrerer Staatsangehörigkeiten, die streng begrenzte Ausnahme bleiben.

(Zustimmung)

Liebe Freunde, wenn jeder beliebig viele Staatsangehörigkeiten erwerben könnten, bräuchten wir gar keine mehr. Dann hat die Staatsangehörigkeit ihren ordnenden, friedensstiftenden Sinn verloren. Deswegen muß sie die Ausnahme bleiben, die nur dann greifen kann, wenn auf andere Weise menschlich erträgliche Ergebnisse nicht zu erreichen sind.

Ein zweites: Ich habe schon gesagt: Wenn wir unserer Verantwortung für die Bewahrung eines friedlichen und freundlichen Miteinanders von Deutschen und Ausländern gerecht werden wollen, dann muß es beim Anwerbestopp bleiben, und dann muß der Zuzug weiterer Ausländer in die Bundesrepublik Deutschland begrenzt bleiben.

(Zustimmung)

Das dritte ist: An dieser Position darf dann auch das Grundrecht auf Asyl nicht vorbeiführen. Wir wollen, daß auch in Zukunft politisch Verfolgte in der Bundesrepublik Deutschland Asyl, Zuflucht finden können, und wenn wir dies wollen, dann müssen wir den massenweisen Mißbrauch dieses Grundrechts in der Zukunft wirksamer vermeiden, als es heute der Fall ist.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir können nicht alle Not und alles Elend, das es auf dieser Erde leider zuviel gibt, dadurch lindern oder lösen, daß wir alle auf der Welt, die in Not und Elend befindlich sind, in die Bundesrepublik Deutschland aufnehmen. Das kann nicht der Weg sein. Wir müssen – wir führen das in dem Antrag, in der Ziffer 19, aus – unsere Anstrengungen, wenn irgend möglich, noch verstärken, Not und Elend in der Welt zu bekämpfen, die Fluchtursachen zu beseitigen. Das ist eine Aufgabe der Entwicklungspolitik, das ist auch eine Aufgabe des Hohen Kommissars für Flüchtlinge der Vereinten Nationen. Wir unterstützen ihn, und wir sollten ihn auch weiterhin bei seinen Bemühungen unterstützen, Flüchtlingsströme in der Welt möglichst zu verhindern und auch Flüchtlinge in der Welt, wenn sie denn durch Bürgerkrieg und anderes fliehen müssen, nahe bei ihrem Heimatland unterzubringen, um die Chance zu erhalten, daß sie, wenn die Fluchtursachen beseitigt sind, bald in ihre Heimat zurückkehren können. Sie sollen nicht in ferne Kontinente transportiert werden.

Wir sollten beides tun: Wir sollten die Fluchtursachen durch möglichst viel energische Hilfe bekämpfen, und wir sollten mit unserer tatkräftigen Hilfe auch die Bemühungen der Vereinten Nationen unterstützen, Flüchtlingsprobleme in den Regionen, in denen sie entstanden sind, zu lösen.

Wenn wir den Mißbrauch unseres Asylrechts verhindern wollen, dann müssen wir zu schnelleren Entscheidungen kommen. Liebe Freunde, es macht keinen Sinn. Wir alle kennen die Verfassungslage. Wir alle wissen, wie schwierig, wie kompliziert unser Rechtswegstaat ist und geworden ist. Dennoch macht es keinen Sinn, daß wir im vergangenen Jahr 100 000 Asylbewerber oder ein paar mehr hatten, daß wir vier, fünf, sechs Jahre brauchen, bis entschieden ist, ob sie nun als Asylbewerber anerkannt werden können oder nicht, daß dann nur 5 % – in dieser Größenordnung muß der Anteil angesiedelt sein – tatsächlich als Asylbewerber anerkannt werden, aber daß

von den 95 oder 96 %, die nach fünf, sechs Jahren nicht als Asylbewerber anerkannt werden, nur ganz wenige tatsächlich abgeschoben werden. Natürlich weiß ich: Wenn man fünf, sechs Jahre braucht, dann wird es hinterher unendlich schwer, noch eine negative Abschiebung zu vollziehen. Deswegen habe ich die Bundesländer, die für die Abschiebungsentscheidungen zuständig sind, nie kritisiert. Wir müssen die Verfahren beschleunigen. Das ist der Schlüssel zur Lösung des Problems.

(Beifall)

Wir können die Verfahren beschleunigen. Wir haben mit allen elf Bundesländern gesprochen. Aller Skepsis zum Trotz ist es möglich geworden, daß die Innenministerkonferenz von Bund und Ländern im Mai einstimmig beschlossen hat, daß mit dem Zieldatum 1. Oktober, also in wenigen Wochen, in allen Bundesländern zentrale Ausländerbehörden eingeführt werden. Wir als Bundesverwaltung, als Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, werden jede dieser zentralen Ausländerbehörden der Bundesländer mit einer Außenstelle des Bundesamtes räumlich verbinden. Dann wird die Aktenversendung hin und her, dann werden all diese Verzögerungen im Verwaltungsverfahren ein Ende haben. Ich bin zuversichtlich, daß wir die Verwaltungsverfahren auf diese Weise wesentlich beschleunigen können.

(Zustimmung)

Wir müssen auch alle Möglichkeiten der Verfahrensbeschleunigung in den Gerichtsverfahren ausschöpfen. Der Bundesrat hat eine Gesetzgebungsinitiative eingebracht, und wir werden alle Möglichkeiten der Verfahrensbeschleunigung auch in den gerichtlichen Verfahren ausnutzen, prüfen und sorgfältig erwägen und uns dafür einsetzen, daß sie durchgesetzt werden.

Ich sage auch: Es ist doch im Interesse der betroffenen Menschen selbst, wenn sie nicht jahrelang im ungewissen bleiben, ob sie hierbleiben können oder nicht, sondern wenn sie rasch erfahren, daß sie nicht in der Bundesrepublik Deutschland bleiben können und nach ein paar Monaten die Bundesrepublik Deutschland wieder verlassen – das ist dann auch zumutbar; das kann dann auch vollzogen werden – oder ob sie auf absehbare Zeit hierbleiben können. Deswegen finde ich, rasche Entscheidungen sind auch und gerade im Interesse der Menschen, die zu uns kommen und sich auf das Grundrecht auf Asyl berufen.

Aber ich sage auch: Niemand soll sich Illusionen machen. Alle Verfahrensbeschleunigungen, alle raschen Entscheidungen haben am Ende keinen Sinn, wenn wir nicht dazu kommen, daß diejenigen, die abgelehnt worden sind, auch abgeschoben werden. Wir können uns die Verfahren sparen, wenn wir am Ende die Abgelehnten nicht auch abschieben.

(Beifall)

Ich kann nicht einsehen – um ein Beispiel zu nennen –, daß heute ein Pole, der zu uns kommt und politisches Asyl begehrt, nicht abgeschoben werden kann. Ich kann es nicht einsehen. Ich glaube nicht, daß wir im Interesse der Volksrepublik Polen handeln, wenn wir das Problem fünf Jahre hin- und herschieben und am Ende doch nicht entscheiden oder jedenfalls Entscheidungen nicht vollziehen. Nein, wir müssen rasch Klarheit schaffen und die getroffenen und zu treffenden Entscheidungen dann auch vollziehen.

Es kann auch nicht wahr sein, daß in Berlin die Roten und die Grün-Alternativen noch nicht einmal Drogenhändler und Straftäter abschieben, weil sie allen, ob sie einen

Anspruch haben oder nicht, ein Bleiberecht einräumen und sagen: Nicht einmal Straftäter schieben wir ab.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, so nährt man den Radikalismus auf der linken wie auf der rechten Seite.

(Vereinzelt Beifall)

Ich sagte, wir haben eine einzigartige Verfassungssituation in der Bundesrepublik Deutschland. Das weiß jeder. Jeder weiß, daß das nur mit der Entstehungsgeschichte unseres Grundgesetzes aus den Erfahrungen des Dritten Reiches zu erklären ist und so auch richtig zu erklären ist. Ich habe immer gesagt, wir sollten uns die Möglichkeiten, jetzt zu tun, was immer möglich und notwendig ist, nicht dadurch versperren, daß wir heute eine Grundgesetzkommunikation führen, die nicht zum Ergebnis führt. Ich sage aber auch – die Ziffer 18 unseres Antrags weist es aus –: In einem Europa der offenen Grenzen müssen Asylrecht und Asylpraxis der Mitgliedstaaten harmonisiert werden.

(Vereinzelt Beifall)

Sonst werden wir kein Europa der offenen Grenzen bekommen.

(Vereinzelt Beifall)

Niemand kann heute ausschließen – ich halte es sogar für wahrscheinlich –, daß wir eine Harmonisierung von Asylrecht und Asylpraxis in Europa nur unter einer entsprechenden Ergänzung oder Änderung unseres Grundgesetzes bekommen. Diese dürfen wir auch nicht ausschließen. Das ist nicht das Thema bis 1990. Aber es ist das Thema der Legislaturperiode von 1990 bis 1994. Ich denke schon, daß wir uns auch in der Bundesrepublik Deutschland fähig zeigen sollten, im Asylrecht zu einer Harmonisierung und zu einer Öffnung der Grenzen in Europa das Notwendige beizutragen. Das müssen wir auch bei der Verabschiedung unseres Antrags zur Ausländerpolitik klar sagen.

Liebe Freunde, wenn wir erreichen, daß wir schneller Klarheit darüber schaffen, wer nicht hierbleiben kann – und diejenigen abschieben – und wer hierbleiben kann, jedenfalls für eine gewisse Zeit, bis sich die Verhältnisse im Heimatland zum Besseren entwickelt haben, dann könnte das Arbeitsaufnahmeverbot überprüft werden. Aber erst dann, wenn wir die Beschleunigung haben. Das ist die Voraussetzung. Wir haben das Arbeitsaufnahmeverbot vor Jahren eingeführt, weil wir keinen anderen Weg mehr wußten – wollen wir uns doch nicht hinausreden –, um die Zuwanderung von vielen, die aus wirtschaftlichen Gründen kamen und sich auf Art. 16 berufen haben und deren Verfahren wir nicht rasch abgeschlossen haben, die wir nicht abgeschoben bekommen haben, zu bremsen, um die Attraktivität für diese Art von Umgehung oder Mißbrauch unseres Asylrechts ein Stück zu verringern. Wenn es uns heute oder morgen gelingt, schneller zu Entscheidungen zu kommen und diese Entscheidungen auch zu vollziehen, dann hat das Argument der abschreckenden Wirkung eines Arbeitsaufnahmeverbots seine Berechtigung verloren. Deswegen können wir es dann überprüfen.

Ich finde, es ist besser, wir schieben diejenigen, die nicht hierbleiben können, so rasch wie möglich ab und lassen die anderen arbeiten und einen Beitrag leisten, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

(Beifall)

Es ist besser für die betroffenen Menschen selbst, und es ist besser für das Verständnis unserer Mitbürger für die Probleme ausländischer Mitbürger, die hier in der Bundesrepublik Deutschland leben. So sichern wir Ausländerfreundlichkeit.

Mit der Begrenzung weiteren Zuzugs und mit dem Abbau des Mißbrauchs unseres Asylrechts, liebe Freunde, verbessern wir die Chancen für ein gutes Miteinander von Deutschen und Ausländern, so wie es als Ziel über unserem Antrag formuliert ist. Wir müssen, um dieses gute Miteinander von Deutschen und Ausländern, die hier leben – es sind viereinhalb Millionen, die meisten seit vielen Jahren in der Bundesrepublik Deutschland –, eine Fülle von Maßnahmen ergreifen, um die Integration zu verbessern, die Chancen für Schul- und Berufsausbildung zu verbessern und viele andere Dinge mehr, die im ersten und im zweiten Kapitel unseres Antrags im einzelnen aufgeführt sind. Ich verweise Sie darauf.

Wir wollen auch die aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen für die Ausländer verbessern, die hier leben, damit sie ein Stückweit mehr Klarheit und mehr Berechenbarkeit haben. Auch das weist der Antrag auf. Wir wollen auch in der Frage, welche Familienangehörigen, Ehegatten und Kindern, unter welchen Voraussetzungen nachziehen können, verbesserte Regelungen schaffen und damit mehr Klarheit und mehr Berechenbarkeit erreichen. Ich finde, daß auch das den Grundwerten der Christlich Demokratischen Union entspricht. Der Schutz von Ehe und Familie gilt nicht nur für Deutsche, sondern auch für Ausländer.

(Vereinzelt Beifall)

Ich sage im übrigen auch: Wer an ein friedliches Zusammenleben der Menschen denkt, der sollte immer im Auge haben, daß gerade bei Ausländern, die hier leben, die hier in einer schwierigeren Situation als Deutsche leben, die Familienbindung ein ungeheurer Wert zur Integration und zur Stabilisierung ist. Deswegen schlagen wir in diesem Antrag Regelungen für den Nachzug von Ehegatten und Kindern vor, die ein Stückweit mehr Klarheit und ein Stückweit mehr Rechtssicherheit für unsere ausländischen Mitbürger schaffen.

Liebe Freunde, wenn wir mit all dem die Voraussetzungen für ein ausländerfreundliches Klima in unserem Land verbessern, dann sollten wir – ich will das noch einmal sagen – versuchen, den Streit um dieses Thema zu begrenzen oder zu beenden. Wir haben uns bei der Formulierung dieses Antrags viel Mühe gegeben, einen breiten Konsens in der Partei zu finden. Wir haben die Beschlüsse des Bundesfachausschusses Innenpolitik von Ende vergangenen Jahres in die Formulierung dieses Antrags einbezogen. Ich möchte den Kollegen, die sich dafür viel Mühe gegeben haben, an dieser Stelle herzlich danken. Wir haben die Eckwerte, die Johannes Gerster mit seinen Kollegen von CSU und FDP für eine Novellierung des Ausländerrechts erarbeitet hat, in dieses Papier eingebracht. Ich möchte an dieser Stelle herzlich danken für das, was Johannes Gerster und seine Freunde in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an Arbeiten geleistet haben. Wir sind weit vorangekommen.

Wir müssen und wollen noch in dieser Legislaturperiode das Ausländerrecht novellieren. Wir müssen rechtliche Klarheit, Berechenbarkeit und Sicherheit schaffen. Dazu müssen wir das Ausländergesetz verabschieden. Ich will in der kommenden Woche den Referentenentwurf auf der Grundlage der Eckwerte, die die Kollegen erarbeitet haben, vorlegen. Ich denke, Herr Bundeskanzler, daß wir noch vor Weihnachten den Regierungsentwurf im Kabinett verabschieden sollten und verabschieden können.

Wir müssen genauso noch in dieser Legislaturperiode die Möglichkeiten der Verfahrensbeschleunigung im Asylverfahrensrechts auf der Grundlage der Initiative des Bundesrates vorantreiben und zu einer Verabschiedung und zu verfahrensbeschleunigenden Maßnahmen kommen. Wir brauchen beides: Klarheit und rechtliche Sicherheit für die Ausländer, die hier leben – denn das dient ihrer Stabilisierung und der Integration –, und Beschleunigung der Verfahren. Liebe Freunde, wenn wir das so machen, sichern wir Ausländerfreundlichkeit. Darüber ist in den letzten Monaten ja viel geredet worden.

Mir fällt bei der Frage, was man tun muß, um Ausländerfreundlichkeit – die alle, jedenfalls angeblich, wollen – wirklich zu erreichen, der Ratschlag von Nathan dem Weisen an seine Tochter ein – ich glaube, es ist im zweiten Aufzug –:

Begreifst du aber, wieviel leichter andächtig schwärmen als gut handeln ist?

Liebe Freunde, wir müssen handeln, gut und jetzt.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, es ist jetzt 10 nach 10. Mir ist gesagt worden, daß viele Kollegen und Kolleginnen aus dem Saal bestimmte Züge und Anschlußzüge erreichen müssen, so daß wir, wie es auch die Tagesordnung ausweist, um halb eins oder ein bißchen danach zum Ende kommen müssen.

Weil dies so ist, bitte ich herzlich, daß die Beiträge kurz gefaßt werden, damit wir auch noch möglichst viele von den sonstigen Anträgen hier behandeln können.

Deshalb schlage ich vor, daß wir die Redezeit von vornherein auf fünf Minuten begrenzen, damit möglichst viele Kollegen hier reden können.

(Beifall)

Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall.

Dann eröffne ich die allgemeine Aussprache und gebe als erstem dem Kollegen Ulf Fink das Wort, anschließend Herrn Uwe Greve, Herrn Norbert Blüm, Rolf Olderog, Dr. Köppinger und Barbara John. Ich wäre dankbar, wenn die Damen und Herren, da sie jetzt wissen, wann sie drankommen, möglichst frühzeitig zum Podium kämen. Mehr Wortmeldungen zur allgemeinen Aussprache liegen mir nicht vor. Anschließend werde ich dann die einzelnen Anträge aufrufen.

Jetzt aber Ulf Fink.

**Ulf Fink**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Es ist gut, daß wir heute über diese Vorlage des Bundesvorstandes zur Ausländerpolitik abstimmen können. Die Sozialausschüsse haben bereits auf dem letzten Bundesparteitag in Wiesbaden einen entsprechenden Antrag vorgelegt. Das, was jetzt vorgelegt worden ist, gibt eine gute Grundlage ab, denn es ist wichtig, die Ausländerpolitik möglichst weitgehend aus dem Streit herauszuhalten, indem man Klarheit und Sicherheit nach allen Seiten hin schafft. Dafür gibt diese Vorlage des Bundesvorstands eine gute Grundlage ab.

Wichtig ist, daß man den Ausländern, die nun schon viele Jahre hier sind und von denen die meisten hierbleiben wollen, eine gute und faire Eingliederungschance gibt. Deshalb sind die Veränderungen, die von der Antragskommission zum Thema Einbürgerung noch aufgenommen worden sind, ein wichtiger Schritt. Daß man bei klarer Definition der Anspruchsvoraussetzungen dann einen Anspruch dekretiert, ist ein wichtiger Punkt.

Dabei möchte ich ganz klar sagen, daß die weitere Formulierung hinsichtlich der kulturellen Beiträge, die die Ausländer in Deutschland leisten können, eine wichtige Ergänzung ist. Das ist das Gegenteil von demjenigen, was etwa GRÜNE unter einer multikulturellen Gesellschaft verstehen; die verstehen darunter ein Bleiberecht für sämtliche Menschen der Erde in Deutschland. Das kann nicht sein, das erzeugt erst die Ängste, die wir überhaupt nicht brauchen können. Deshalb geht der Vorstoß, den die GRÜNEN hier gemacht haben, in eine völlig falsche Richtung.

Ein zweites! Wir müssen dafür sorgen, daß die Ausländer ihre Ehegatten ohne diskriminierende Bedingungen nachholen können. Das ist jetzt in der Vorlage beinhaltet. Es gibt allerdings eine ergänzende Formulierung hinsichtlich Wohnraum und Sozialhilfe, die wir für überflüssig halten, weil sie zu weitgehend ist. Das wird ja bereits bei der Erteilung der Aufenthaltsberechtigung geprüft.

Dann gibt es einen weiteren Punkt, nämlich das Asylverfahren. Ich glaube, es ist richtig, sich mit allem Nachdruck dafür einzusetzen, daß bei Asylbewerbern, die zu Unrecht hier herkommen, die Verfahren schnell durchgeführt werden. Es darf hier keinen Mißbrauch des Asylrechtes geben mit der Konsequenz, daß Menschen lange Jahre hier sind und es dann in der Tat unter menschlichen Gesichtspunkten außerordentlich schwer ist, sie wieder abzuschieben.

Deshalb ist es wichtig, dafür zu sorgen, daß bei der möglichen Harmonisierung des Asylverfahrens auch eine Bestimmung da ist, die zeigt, in welche Richtung die Harmonisierung geht. Wir haben von seiten der Antragskommission aufgenommen, daß sie in Richtung der Genfer Konvention zu sehen ist. Das ist wichtig, damit keine Ängste entstehen, als ob mit einemmal ein Asylverfahren in Aussicht genommen würde, was diesen Gesichtspunkten nicht Rechnung trägt.

An dieser Stelle noch ein weiteres. Ich unterstreiche nachdrücklich, daß es eine der großen Aufgaben ist, dafür zu sorgen, daß Asylbewerber aus eigener Hände Arbeit auch wirklich leben können. Das ist ja eines der großen Vorurteile, die gegenüber Asylbewerbern da sind. Man sagt: Die sind bei uns, aber dafür, daß sie bei uns hier sein können, schaffen sie nichts. Dabei wird vergessen, daß wir ihnen ein Arbeitsverbot auferlegt haben: Die dürfen überhaupt nicht arbeiten.

Deshalb ist es ganz wichtig, daß hier eine neue Bestimmung vorgesehen ist, die folgendes vorsieht: Wir wollen dafür sorgen, daß mit der Beschleunigung der Asylverfahren auch das Arbeitsverbot überprüft wird. Ferner wollen wir erreichen, daß derjenige, der hierbleiben kann, der also keinen offensichtlich unbegründeten Asylantrag gestellt hat, auch von sofort an arbeiten kann. Mit einer solchen Regelung soll nachdrücklich der allgemeinen Diskriminierung entgegengetreten werden, wie sie beispielsweise von seiten der Republikaner gegenüber Asylbewerbern und Ausländern betrieben wird. Wir müssen dafür sorgen, daß solche Radikalen nicht länger ihre Parolen zu Lasten der Ausländer und der Asylbewerber verbreiten können.

Weil der Antrag ein wichtiger Schritt in diese Richtung darstellt, bitte ich, ihm eine breite Zustimmung zu geben.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Als nächster hat das Wort Uwe Greve, Landesverband Schleswig-Holstein.

**Uwe Greve:** Herr Vorsitzender! Liebe Parteifreunde! Wenn wir vor fünf oder sechs Jahren auf Parteitagen einen Antrag dieser Art behandelt und ihn auch politisch zur Wirkung gebracht hätten, dann wären uns mancher politische Ärger und vielleicht sogar der Aufstieg einer Partei erspart geblieben.

Manches von dem, was Herr Schäuble formuliert hat, erweckte in mir die Überlegung: an wen ist das eigentlich gerichtet? Der Grundsatz: Nicht soviel reden, sondern handeln, ist von denen, die hier im Plenum sitzen, eigentlich auch schon vor fünf Jahren formuliert worden.

(Beifall)

Deshalb bitte ich Sie herzlich – und gerade die Bundesregierung –, daß jetzt auch wirklich gehandelt wird, damit wir nicht in zwei Jahren wieder vor der gleichen Frage und noch größeren Problemen stehen

Ich habe zu diesem Thema nur zwei Punkte beizutragen, die das Vorausschauende hervorkehren sollen.

Der erste Punkt: Aus jahrhundertelanger Erfahrung wissen wir – und Geschichtsbeußtsein ist auf diesem Gebiet wirklich kein Schaden –, daß fremd-religiöse Minderheiten ungeheuer schwer integriert werden können, sondern daß sie sich durchgängig separieren. In diesen Monaten oder den nächsten Jahren stehen wir ja auch vor der Frage, ob und in welcher Form die Türkei Mitglied der Europäischen Gemeinschaft werden soll. Deshalb bitte ich schon jetzt, einmal den Gedanken zu protokollieren, inwieweit wir durch die Aufnahme fremd-religiöser Minderheiten vielleicht in Mitteleuropa übermorgen Probleme bekommen, wie sie heute im Libanon oder wie sie in Indien zwischen Hindus und Sikhs ausgekämpft werden, liebe Gäste.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb sage ich: heute und morgen müssen wir über diese Fragestellung nachdenken und nicht erst übermorgen. Wenn der Fehler nämlich einmal geschehen ist, ist es ungeheuer schwer, ihn wiedergutzumachen. Es kann sein, daß uns kommende Generationen für einen solchen Fehler einmal verfluchen, etwa, wenn Berlin so aussehen würde wie Beirut, wenn ich das einmal so hart sagen darf.

(Zuruf: Unsinn!)

Es gibt ein historisches Element: Menschen können unter Umständen, wenn sie unterschiedlicher Religiosität sind, über Jahrhunderte zusammenleben, und auf einmal stoßen soziale Gegensätze hinein. Diese sozialen Gegensätze führen dann zu ungeheuren Eruptionen, die wir uns in Mitteleuropa ersparen sollten. Deshalb hoffe ich, daß wir in dieser Frage eine zukunftssträchtige und auch eine nüchterne Entscheidung vorbereiten, und zwar jetzt und nicht zu spät.

Ein letzter Gedanke: Wir sind in der Öffentlichkeit hinsichtlich der Ausländerpolitik in der Defensive. Mit anderen Worten: In der Bundesrepublik Deutschland wie auch in der ausländischen Öffentlichkeit schwingt in den Medien das Wort von der Ausländerfeindlichkeit mit. Wir sollten deutlich machen – das gilt gerade auch für die Bundesregierung –, daß das umgekehrt in Deutschland – abgesehen von den zwölf Jahren des Dritten Reichs – niemals der Fall war. Deutschland ist, schon durch seine geographische Lage, immer ein Land gewesen, das von Nord, Süd, Ost und West ungeheuer viel an Menschen, an Geist und an Ideen hereinströmen ließ und das in diesem Sinne als Scharnier in Europa gedient hat.

Wer die Geschichte noch weiter zurückverfolgt, wer sich vor Augen führt, wie tolerant z. B. Preußen gegenüber auswärtigen Menschen gewesen ist, die aus verschiedensten Gründen nach Preußen eingewandert sind, der weiß, daß sich Deutschland auf diesem Gebiet nicht zu verstecken braucht. Ich wünschte mir, daß stärker hervorgehoben wird – auch von der Bundesregierung –, daß der deutsche Ursinn nicht in der Ausländerfeindlichkeit liegt. Im Gegenteil: Wir können uns im Rahmen der europäischen Völker durchaus sehen lassen mit dem, was auf diesem Gebiet in über tausend Jahren deutscher Geschichte geschehen ist. Hier ist keine große Ausländerfeindlichkeit, sondern immer eine ungeheure Integrationskraft vorhanden gewesen.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Als nächster hat das Wort Lothar Späth.

**Lothar Späth:** Meine Freunde! Ich möchte nur ganz wenige Bemerkungen machen. Wir wollen den baden-württembergischen Antrag, der im Grunde in verschiedenen Bereichen weitergehend ist, jetzt nicht im einzelnen zur Debatte stellen, und zwar einfach aus Organisations- und Zeitgründen. Es hat keinen Sinn, wenn wir jetzt in jedem Punkt in eine vergleichende Diskussion einträten.

Aber ich will einige Bemerkungen machen, die ich in dieser Debatte für wichtig halte. Das erste ist: Wir müssen aufpassen, daß wir nicht an einer Sache hängenbleiben, nämlich an dem Prinzip, daß das Asylproblem natürlich ein Zugangsproblem ist. In Stuttgart gab es jetzt die große Diskussion um den Asylbewerber, der die Polizisten umgebracht hat. Die Diskussion drehte sich um das Abschieben. Sofort wurde die Frage gestellt: Warum wurde er nicht abgeschoben?

Wir haben das alles zurückverfolgt. Der Mann ist staatenlos. Er ist Liberianer, aber Liberia sagt, er sei nicht Liberianer. In dem Augenblick, wo ein Staatenloser die Bundesrepublik betreten hat, können Sie machen, was sie wollen, aber einen Staatenlosen können Sie nicht abschieben. Der hat einen Paß als Staatenloser und bleibt hier. Wenn er morgen identifiziert wird, den Paß wegwirft und wieder erklärt, er sei staatenlos, dann bleibt er wieder hier.

All denen, die jetzt immer vom Abschieben reden, muß ich sagen: Es gibt eine bestimmte Gruppe, die Sie organisatorisch erfassen können, wenn sie kommen. Aber Sie können sie eben nicht abschieben. Alle, die unsere harte Politik in Baden-Württemberg angreifen, fragen immer: Warum schiebt ihr denn nicht ab? Ich kann im Zusammenhang mit dem Abschieben nur vor zwei Dingen warnen.

Das erste ist: Sie können eine Reihe von Leuten nicht abschieben, weil es im Moment kein Land gibt, das sie aufnimmt. Zweitens: Die Leute können alle untertauchen. Der Datenschutz verbietet sogar, daß das Sozialamt, wo sie das Geld holen, der Ausländerbehörde mitteilt, wo sie sind. Es gibt in Europa Fälle – ich will das Land nicht nennen –, die so aussehen, daß die Leute in dem Land, in dem sie politisch verfolgt werden, Urlaub machen. Sie können nicht abgeschoben werden, weil sie zur Zeit dort in Urlaub sind, wohin wir sie abschieben wollen und wo sie politisch verfolgt werden.

Ich sage das nicht in Richtung Ausländerhaß, sondern ich sage das, weil ein Teil unserer Leute verrückt wird, wenn sie beobachten, wie das Ganze abläuft. Wenn wir dafür nicht sichtbar klare Lösungen anbieten, dann werden es genau die Leute sein, die sagen: Wenn die Volksparteien das nicht lösen können, müssen wir ihnen einen gehörigen Denkmittel verpassen. Das haben wir bei der Europawahl gemerkt. Das ist

eines der zentralen Themen, bei dem wir die Leute nur zurückgewinnen können, wenn wir das Thema richtig besetzen und klarmachen, was wir eigentlich wollen. Dann erst glauben die Leute, daß wir die Lösungskompetenz haben.

(Beifall)

Da taucht natürlich das Dilemma auf: Wenn Sie nicht abschieben können und dann noch eine Arbeiterlaubnis erteilen, kommen die Leute in Scharen aus den Ländern, von denen man weiß, daß man dorthin im Moment eh niemanden abschieben kann.

Dann dürfen wir ein Zweites beim Abschieben nicht vergessen. Zur Forderung nach einem Jumbo, der zur Warnung mit Abgeschobenen startet, kann ich nur sagen: Gehen Sie einmal durch dieses Land und sammeln Sie die Leute ein. Wie gesagt, sie können alle untertauchen. Sie brauchen nur den Paß wegzuwerfen und im nächsten Land zu sagen, sie seien Asylant. Die können eine völlig neue Story erzählen. Sie haben ja keine Papiere.

Wenn Sie dann die Familie mit vier Kindern nach drei Jahren abschieben wollen – noch dazu, wenn der Vater gearbeitet hat –, dann müssen Sie einmal sehen, was sich auf dem Flughafen abspielt. Das müssen Sie dann den Leuten im Fernsehen fünfmal am Tag vorführen. Das gibt dann die große humane Reaktion im Zusammenhang mit einem Asylrecht, das jedem den Zugang gewährt, bei dem der Rausschmiß dann jedoch die eigentliche Aktion ist, die eben in der Bundesrepublik abläuft.

Die Verfahrensverkürzung und das, was damit zusammenhängt – alles in Ordnung. Die Zentralstelle – alles in Ordnung. Ich stimme allen Maßnahmen, die Wolfgang Schäuble vorschlägt, zu. Ich halte sie alle für richtig. Im übrigen darf ich einmal ganz bescheiden sagen: Alle die Anträge, über die jetzt diskutiert wird, sind jene Anträge, die Baden-Württemberg und Bayern vor vier, fünf Jahren im Bundesrat eingebracht haben und die im Bundesrat zum Teil verabschiedet worden sind.

(Beifall)

In Ordnung, macht es jetzt. Aber zwei Dinge müssen klar sein. Erstens: Es handelt sich um ein Zugangsproblem. Ich sehe nicht ein, warum wir nicht bei unserer Position bleiben sollen. Ich sage es noch einmal, weil wir diese baden-württembergische Position auch im Bundesrat vorgetragen haben und mit Bayern zusammen weiterhin vertreten: Wir wollen die Ergänzung des Grundgesetzes.

(Beifall)

Wir wollen kein Asylrecht, das auf europäischer Ebene nicht einigungsfähig ist. Wir haben doch die verrückte Situation: Wenn es heute eine Vereinbarung der europäischen Länder als Staatsvertrag gäbe, könnten wir diesen Vertrag nicht ratifizieren, weil wir nach unserem Grundgesetz noch nicht einmal einen Vertrag ratifizieren können, in dem steht: Wenn er in Frankreich abgewiesen ist, kann er in Deutschland nicht wieder von vorne anfangen.

Die Sorge, die die Leute haben, ist, daß der überall abgewiesen wird, aber wenn er von der Bundesrepublik abgewiesen wird, wird er in jenen Ländern nicht aufgenommen. Wenn er jedoch in anderen Ländern abgewiesen wird, kann er nach unserer heutigen Rechtslage in der Bundesrepublik von vorne anfangen.

Ich weiß, daß es keine Mehrheit für eine Änderung des Grundgesetzes gibt. Aber ich weiß, daß die Leute verstehen, wenn man ihnen sagt: Wir geben bei der Suche nach einer Harmonisierung des Asylrechts in Europa nicht nach. Da spielt die ganze

Kriminalitätsfrage eine Rolle, die Frage der offenen Grenzen in Europa, das Schengen-Abkommen. Für die Leute muß klar sein, daß wir alles täten, wenn wir als CDU allein entscheiden könnten. Wir müssen dafür werben, ein einheitliches Asylrecht zu bekommen. Dann kann uns auch niemand dauernd anklagen. Die Schweiz, Skandinavien, Frankreich als klassische Asylländer haben keine andere Rechtslage. Deshalb brauchen wir uns nicht in die Ecke stellen zu lassen bei dem Gedanken, daß wir das Asylrecht in Europa harmonisieren müssen. Vorher kriegen wir keine Lösung.

Deshalb sollte man bei allen Maßnahmen sagen: Das steht vor der Klammer. Das ist das Ziel der CDU. Das Grundgesetz muß ergänzt – nicht geändert – werden. Dann haben wir einen ersten Schritt, der Klarheit schafft. Darauf müssen wir alle Maßnahmen aufbauen.

(Beifall)

Ein zweiter Punkt: die Arbeitserlaubnis. Ich war einer der ersten, der – auch in Verhandlungen in Bonn – gesagt hat: Laßt die Leute arbeiten. Ich habe das unter dem Aspekt gesagt, daß die Leute furchtbar verärgert sind. Das gilt vor allem dann, wenn die Asylbewerber aufs Dorf zugewiesen werden: Der Bauer geht morgens aufs Feld, und der Asylbewerber sitzt am Dorfbrunnen, und zwar auch dann noch, wenn der Bauer vom Feld zurückkommt; die Oma spült in der Gaststätte, weil keine Arbeitskraft zu gewinnen ist, während der Asylbewerber in der Gaststube sitzt. Das sind zwei Beispiele, die unter anderem den ganzen Sturm auslösen. Es ist ja alles nur menschlich, was die Ursächlichkeit des Ärgers angeht.

Jetzt ist die einfachste Lösung: Dann laßt doch den in die Küche zum Spülen, und dann laßt uns doch den als Erntehelfer einsetzen. – Dabei haben wir ein Grundproblem. In dem Augenblick, in dem die Arbeitserlaubnis kommt, können Sie das nicht mehr so differenziert machen, wie wir uns das in unserem Ideal gerade vorstellen. Jetzt lassen Sie die Leute als Erntehelfer zu. Wieso lassen Sie sie dann nicht in die Gastronomie? Dieselben Leute, die furchtbar auf die Sache schimpfen, wenn sie eine Arbeitskraft brauchen, beschweren sich dann furchtbar, wenn sie ihn eingestellt, angelernt haben und sie ihn dann abschieben wollen. Und wieso ist der im Bau nicht brauchbar? Und jetzt stellen Sie sich noch vor, daß er ihn für 3,50 DM die Stunde bekommt. Was, glauben Sie, wie schnell wir die Diskussion haben, ob wir in Deutschland eine neue Sklavenarbeit einführen wollen. Wenn Sie ihn nach Tarif beschäftigen und er der gesamten Verwandtschaft nach Pakistan schreibt, man kann 2500 DM verdienen – es geht darum, daß die Gehälter von Staatssekretären dort etwa das Arbeitseinkommen bei uns ausmachen –: Wie wollen Sie diesen Leuten erklären, daß sie nicht kommen dürfen und daß sie nicht kommen sollen?

Wir sollten die Geschichte mit der Arbeitserlaubnis noch einmal ganz ernsthaft prüfen. Ich verstehe das Argument: abschieben oder arbeiten lassen, aber wenn Sie die große Gruppe derer, die am schwersten abzuschieben sind, auch noch mit einer Arbeitserlaubnis versehen, kommen Sie in ein ganz gewaltiges Dilemma. Ich sage es jetzt warnend: Wenn das Ding eingeführt ist, bekommen Sie es nicht mehr weg. Sie haben jetzt eine Situation, in der die Leute schwanken, weil sie Arbeitskräfte brauchen und sagen: Na Gott, wenn ich gar niemanden bekomme, dann bringt die halt. – Aber die Frage ist: Wie lösen wir denn das Problem, wenn 1992 das Europa ohne Grenzen kommt und aus den europäischen Ländern mit Freizügigkeit viele Leute zu uns kommen wollen? Was machen wir denn mit dem Assoziierungsabkommen mit der

Türkei, wenn wir die Arbeitserlaubnis im internationalen Bereich erteilen? Ich will nur noch einmal warnend sagen: Laßt euch da nicht auf eine einfache Bahn schieben. Wir bekommen dort unter Umständen gewaltige Probleme.

Ich bin der Meinung, wir sollten eines tun – ich gebe zu, das ist eine harte Geschichte –: die Kürzung der Sozialhilfe. Wir haben in Baden-Württemberg eigentlich vor, eines weiterhin zu betreiben. Bei einem Asylbewerber, der nicht arbeitet, bekommt die Gemeinde vom Land 80 % ersetzt. Wenn sie ihm 100 % zahlen will, weil der Oberbürgermeister entscheidet, die Landesregierung sei unhuman – nichts dagegen. Wir zahlen 80 %. Das wäre mein Vorschlag. Zweitens: In jeder Gemeinde gibt es im öffentlichen Bereich so viel zu tun. Das kann man auch ein bißchen ausweiten und beschreiben. Der Mittelstand ist heute nicht mehr so, daß er sauer ist, wenn der auf dem Bauhof arbeitet, weil er die Leute gar nicht mehr hat, um viele Dienstleistungen durchzuführen. Wenn wir es auf den öffentlichen Bereich beschränken und sagen würden, wenn er mindestens 4 Stunden am Tag arbeitet, dann bekommt er 100 % Sozialhilfe, und dann arbeitet er etwas für die Sozialhilfe, dann würden wir einen ähnlichen Effekt erzielen. Ich würde sogar weiter gehen. Wenn die Arbeit im öffentlichen Bereich Vollarbeit oder größere Teilzeitarbeit sein kann, dann kann man da ohne weiteres einen Zuschlag zur Sozialhilfe oder ein zusätzliches Entgelt – sagen wir einmal: Sozialhilfe als Grundzahlung plus 5 DM pro Stunde – machen. Ich glaube, wenn wir das Ding im öffentlichen Bereich abfangen, ist das weniger gefährlich, als wenn wir in die gnadenlose Arbeitsmarktdiskussion eintreten.

Ich füge hinzu: Wir haben jetzt eine gute Konjunktur und bringen die Übersiedler und Aussiedler unter. Aber was machen wir, wenn das alles eingeleitet ist und wir eines Tages konjunkturelle Probleme bekommen? In Europa ist der Strukturwandel nicht abgeschlossen. Wir werden uns noch wundern, was auf dem Arbeitsmarkt geschehen wird, wenn die Grenzen offen sind und der Portugiese hier das Sechsfache verdient und mit der Freizügigkeit als Arbeitsloser nach Lissabon zurück kann und die Arbeitslosenunterstützung aus Frankfurt oder Stuttgart höher ist als das, was sein Bruder als Gehalt hat, wenn er in Lissabon arbeitet. Das kommt alles noch.

Ich sage: Denkt daran, daß all die Entscheidungen, die wir jetzt mit der Arbeitserlaubnis und all den Dingen auch noch unter einem anderen Aspekt halten müssen, nämlich der europäischen Öffnung und einer veränderten Konjunkturlage. Sonst bekommen wir dieselbe Diskussion, die wir gehabt haben, als wir die Ausländer hereingeholt haben und die Leute anschließend gesagt haben: Wer hat sie denn hereingeholt?

Diese beiden Dinge halte ich für so wichtig, daß ich jetzt nicht Änderungsanträge stellen will. Die Formulierung, die Wolfgang Schäuble und die Kommission gefunden hat, geht. Ich habe auch gar nichts dagegen, wenn man Ausnahmen erteilt. Wenn der nun tatsächlich nicht mehr loszubekommen ist, dann ist es wirklich gescheiter, man integriert ihn und läßt ihn arbeiten. Meine Bitte ist nur: Achten Sie bei dieser Arbeitsgeschichte darauf, daß wir nicht in wenigen Jahren eine Öffnung gemacht haben, die wir dann nur ganz schwer korrigieren können, und uns dann die Leute vorwerfen, wir hätten dieses entscheidende Kernproblem nicht gelöst. Bleiben wir weiter dabei: Wir müssen an der Zugangseite etwas tun. Die europäische Einigung wäre ein guter Anlaß, über ein europäisches Asylrecht nachzudenken.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Als nächster hat Norbert Blüm das Wort.

**Dr. Norbert Blüm:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Teufel liegt im Detail. Deshalb bin ich sehr dankbar, daß Wolfgang Schäuble das Thema Asyl auch im Detail angeht und wir es nicht nur auf der Höhe der Prinzipien behandeln. Dennoch bin ich dafür, einmal einen Augenblick Luft zu holen und nachzudenken.

Ich glaube, daß im Verhältnis zu den ausländischen Mitbürgern auch das C in unserem Parteinamen getestet wird. Vor Gott sind alle Menschen gleich, da gibt es keine unterschiedlichen Klassen, die hat nur der Sozialismus. Für uns sind sie Mitbürger. Da lasse ich mich auch von Republikanern nicht in Versuchung führen. Wenn das C in unserem Parteinamen gelten soll, mutet es uns auch einiges zu. Ich habe das nie als reine Erbaulichkeit begriffen. Die ausländischen Arbeitnehmer sind unsere Mitbürger. Ich will auch einmal darauf hinweisen, daß manche von ihnen geholt, angeworben wurden; die Zeit ist sehr vergeßlich. Ich will auch darauf hinweisen, daß sie an manchen Orten Arbeitsplätze besetzen, für die sich deutsche Arbeitnehmer zu gut halten.

(Vereinzelt Beifall)

Ich sage dies, damit nicht eine Besinnung aufkommt, als sei es nur Barmherzigkeit, die hier im Spiel sei.

(Vereinzelt Beifall)

Ein Zweites. Der Mensch ist nicht nur Arbeitskraft. Wer sie nur unter diesem Aspekt betrachtet, der würde Karl Marx im Grab bestätigen. Zu meinem Verständnis gehört, daß der Mensch auf Familie angelegt ist, daß Kinder zu ihrem Vater und zu ihrer Mutter gehören, ob Ausländer oder nicht Ausländer. Wenn Familie für uns eine zentrale Kategorie ist, dann hört sie doch nicht an den Zollschranken auf.

(Beifall)

Ich bleibe allerdings auch der Meinung, daß wir den Anwerbestopp halten müssen. Das bezeichne ich nicht als ausländerfeindlich, denn würden wir ihn auflösen, würden wir Arbeitslosigkeit nur importieren. Arbeitslosigkeit ist immer schlimm, aber in der Fremde ist sie noch schlimmer als zu Hause.

Ich will auch aus Anlaß des nordrhein-westfälischen Kommunalwahlkampfes sagen: Wenn wir gegen das kommunale Wahlrecht für Ausländer sind, ist das nicht Ausländerfeindschaft, vielmehr ist das auch die Einladung zur Entscheidung für unsere ausländischen Mitbürger, ob sie hier Staatsbürger, dann mit allen Rechten und Pflichten, werden wollen oder ob sie das nicht werden wollen. Wahlrecht zu herabgesetzten Preisen kann es nicht geben.

(Beifall)

Ich finde im übrigen, daß es auch geradezu eine Abwertung unserer Kommunalpolitiker ist, das Wahlrecht für Ausländer für die Kommunalpolitik zu lassen, für das Land und den Bundestag nicht. Wir haben doch kein Dreiklassenwahlrecht. Das Wahlrecht für die Kommune ist so bedeutsam wie das für Land und Bundestag.

(Beifall)

Ich muß sagen: Wer es haben will, soll Staatsbürger werden, und dann mit allen Rechten und Pflichten, aber dazwischen gibt es nichts.

(Beifall)

Ich bin mit Wolfgang Schäuble der Meinung: Staatsbürgerschaft ist nicht irgendwie wie Vereinsmitgliedschaft, sie ist Schicksalsgemeinschaft. Staatsbürgerschaft ist nicht etwas, als wenn man in einen Omnibus einsteigt und wieder aussteigt, sondern es heißt, in guten und in schlechten Zeiten Schicksalsgemeinschaft zu bilden. Wir

laden die dazu ein, die mit uns das Schicksal teilen wollen, mit allen Rechten und Pflichten.

Auch zum Thema Aussiedler einige Bemerkungen. Ich wünsche mir eine Welt, in der die Menschen dort Heimat haben, wo sie sich zu Hause fühlen. Das Aussiedlerproblem ist doch ein klassischer Beweis, daß die Unfreiheit die Unordnung schafft. Also geht es darum, eine freie Welt zu haben, in der die Menschen nicht zum Aussiedeln und Umsiedeln gebracht werden. Aber wenn sie hier herkommen: Wir haben doch an der Tür gedrückt, daß sie aufgeht. Jetzt geht sie ein paar Zentimeter auf, da können wir sie doch nicht zuschlagen. Auch hier, damit wir nicht auf so einem hohen Roß sitzen: Durch die Brille eines Sozialpolitikers ist das geradezu eine Lebensrettung für die Rentenversicherung. 6 % der Aussiedler sind über 60 Jahre. In der hiesigen Wohnbevölkerung sind es 21 %. Um das auch noch einmal gegen diese Stammtischparolen einzuwenden: Die Rentenversicherung verdient nach Berechnungen von Fachleuten an den Aussiedlern zwischen 1995 und 2000 in der mittleren Variante 3,6 Milliarden DM. Ich meine: Wenn schon, denn schon.

Das ist mit Blick auf unsere geburtenschwachen Jahrgänge auch eine Verstärkung.

Zum Asyl ist vieles gesagt worden. Ich diskutiere es nicht auf der Höhe der abstrakten Prinzipien. Da bleibt es für mich unantastbar, auch angesichts unserer geschichtlichen Erfahrungen. Manche unserer Mitbürger hätten gar nicht überlebt, wenn sie nicht in schlimmen Zeiten im Ausland Unterschlupf gefunden hätten.

Ich grenze das zu jenem Bestreben ab, die Bundesrepublik zum weltweiten Sozialamt zu machen. Das fällt für mich nicht unter Asylrecht. Ich würde diese Erscheinung allerdings auch für die Widerlegung einer These nutzen, die gerade von der Opposition, vom DGB und den Grünen immer wieder vorgetragen wird: Wenn die Bundesrepublik Deutschland so miserabel wäre, wenn die Gesellschaft so elend wäre, wie sie von der SPD dargestellt wird, wenn die neue Armut überall ausbrechen würde, dann frage ich mich, warum Asylbewerber aus der ganzen Welt dann ausgerechnet in dieses Land kommen. Das ist doch eine klassische Widerlegung.

(Beifall)

Insofern ist das ein Dementi mit Füßen gegen die Parolen, ein Staat sei nicht wohlgeordnet. Kein sozialistisches Land der Welt hat Asylprobleme. Ich kenne keine Schlangen von Asylbewerbern in Moskau, Honecker hat keine Schlangen von Einreisewilligen. Das ist unser Problem, das Problem der Freiheit, unser Problem, daß damit auch alle jene Thesen widerlegt, die unseren Staat schlechtmachen.

Ich würde mit Wolfgang Schäuble sagen: Wenn wir das Problem der Abschiebung lösen und auch den Eintritt regulieren können, dann finde ich auch, daß wir die Arbeitserlaubnis lockern sollten, weil es in vielen Kommunen, in vielen Gemeinden auch ein Stück Ärgernis ist, wenn Asylbewerber gleichzeitig auch Kostgänger sind.

Der langen Rede kurzer Sinn: Ich bitte, das Thema auch unter dem Stichwort zu sehen, daß eine Partei, die das „C“ im Namen trägt, dies nicht zur Erbaulichkeit verkommen lassen darf, sondern im Alltag gegenüber unseren ausländischen Mitbürgern beweisen muß.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Als nächster hat Rolf Olderog, Landesverband Schleswig-Holstein, das Wort.

**Dr. Rolf Olderog:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es klang schon an: Wir haben in den vergangenen Jahren in unserer Ausländerpolitik kein sehr überzeugendes Bild geboten: zum einen deshalb, weil in der Koalition in Bonn die FDP, die sozialliberal eingestellten FDP-Bundestagsabgeordneten Hirsch, Baum und Lüder, dem früheren Innenminister Zimmermann jegliche konstruktive Zusammenarbeit verweigert haben, totale Blockade; zum anderen aber auch deshalb, meine Damen und Herren, weil wir als CDU oft mit zwei Zungen gesprochen haben: Da waren zum einen die Innenpolitiker mit dem damaligen Innenminister der gemeinsamen Überzeugung, daß der Zuzug von Ausländern konsequent begrenzt werden müßte, auch ein Arbeitsverbot leider unabdingbar sei – das war auch die Meinung der Fraktion, und das ist auch so in die Beschlüsse des Bundestages eingegangen –, und auf der anderen Seite waren Kollegen aus dem Bereich der CDA, die uns deswegen immer wieder öffentlich kritisiert haben. Das hat die Glaubwürdigkeit unserer Aussagen ein Stück beeinträchtigt. Ich hoffe, meine lieben Freunde, daß wir nach diesem Parteitag wieder zu einer einheitlichen Sprache zurückfinden.

Meine Damen und Herren, daß wir politisch Verfolgten, wirklich Verfolgten Asyl bieten, ist unumstritten; da sind wir uns alle einig. Aber im übrigen muß, denke ich, von diesem Parteitag aus deutlich werden, daß die CDU alles tut, den Zuzug von weiteren Ausländern aus anderen Kulturen konsequent zu begrenzen,

(Vereinzelt Beifall)

allerdings selbstverständlich mit der Möglichkeit ganz bestimmter humanitärer Ausnahmen.

Wir müssen uns bewußt machen, daß es auch für unser Volk Grenzen dessen gibt, was man an Integrationsleistung erbringen kann. – Und nach den Wahlen in Berlin und in Hessen haben wir ja auch über die Ursachen der Republikaner-Erfolge diskutiert. – Und schon vor der Welle des Stroms der Übersiedler und Aussiedler haben Umfragen immer wieder gezeigt, daß 80 % unserer Bevölkerung der Meinung sind, daß es zu viele Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland gibt.

Meine Damen und Herren, das Papier, das wir jetzt zu beschließen haben, ist ein Kompromißpapier. In einigen wichtigen Punkten ist es ja eine deutliche Änderung gegenüber dem, was wir früher vertreten haben. Insbesondere im Bereich des Familiennachzugs erfolgt ja eine sehr großzügige Lockerung.

Ich hätte mir gewünscht, daß einige Aussagen in diesem Papier noch etwas prägnanter ausgefallen wären. In jedem Fall, meine Damen und Herren, sollten wir den Abänderungsantrag von Ulf Fink und seinen Freunden ablehnen, der da lautet – so sein Vorschlag –: „Das deutsche Volk zeigt sich offen für die Aufnahme von Menschen fremder Nationalitäten.“ Meine Damen und Herren, das ist doch genauso mißverständlich oder noch mißverständlicher als das Wort von der multikulturellen Gesellschaft.

(Beifall – Zuruf: Pfui!)

Natürlich wissen wir alle – und ich auch –,

(Zuruf: Der weiß doch gar nichts!)

daß Ausländer eine kulturelle Bereicherung für unser Land bedeuten. Aber wir müssen natürlich auch die Probleme sehen – einige Kollegen haben es angesprochen –: Nationale Identität bedeutet Konsens der Bürger, bedeutet problemloses Nebeneinander und Miteinander der verschiedenen Gruppen und Teile der Bevölkerung.

Ethnische Minderheiten aber oder religiöse Minderheiten – das können wir doch jetzt in allen Teilen der Welt sehen – bedeuten Spannungen, bedeuten Konflikte, im schlimmsten Fall hin bis zum Bürgerkrieg. Daraus muß man doch auch gewisse Konsequenzen und Lehren ziehen.

Meine Damen und Herren, vielleicht ist es symptomatisch, daß ein Wort, das bisher in allen unseren Papieren dieser Art gestanden hat, fehlt. Ich nenne es mal, weil ich glaube, daß es eigentlich eine richtige Signalwirkung hatte. Es lautet: Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland und soll es auch nicht werden. – Es wäre gut, wenn das auch in diesem Papier noch so gestanden hätte.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich bin dafür, daß auf Dauer bei uns lebende Ausländer ein besonderes Angebot zum Erwerb der Staatsbürgerschaft erhalten. Ich denke dabei vor allem an die Kinder und Kindeskiner der Gastarbeiter, also die Ausländer der ersten und zweiten Generation, die wir zu uns geholt haben und die ja durch unser Land, durch unsere Schulen, durch unsere berufliche Bildung und durch unsere Kultur ganz entscheidend geprägt sind. Für sie gibt es ja gar keine Alternative mehr; dies ist ja ihre Heimat.

Aber hinsichtlich derjenigen, die sich als unberechtigte Asylbewerber aus Asien und aus Afrika in die Bundesrepublik Deutschland begeben haben, müssen wir, so denke ich, doch wohl konsequent daran festhalten, sie in ihre Heimat zurückzuführen, wenn immer das unter humanitären Bedingungen möglich ist. Ich glaube jedenfalls, daß es viel besser, vernünftiger und humanitärer ist, diese Menschen durch Wirtschaftshilfe in ihrem eigenen Land zu unterstützen, als sie in fremde Kulturen zu verpflanzen.

Meine Damen und Herren, ich möchte dann noch aufgreifen, was Bundesminister Blüm soeben vorgetragen hat. Die SPD, die Grünen und auch viele Vertreter der Kirchen kritisieren uns, weil wir die Verantwortung für eine ausländerfeindliche Politik trügen. Das können wir – wir brauchen uns da kein schlechtes Gewissen einreden zu lassen – mit den offiziellen Zahlen des Hohen Flüchtlingskommissars widerlegen. In einer ganzen Reihe von Jahren sind mehr als 50 % aller nach Westeuropa kommenden Flüchtlinge in die Bundesrepublik Deutschland gekommen. Sie war ihr Zielland. Und warum sind sie gekommen, meine Damen und Herren? – Doch nicht, weil wir ein ausländerfeindliches Land sind, sondern weil wir ein ausländerfreundliches Land sind: mit besseren Bedingungen für die Ausländer als jedes andere westeuropäische Land.

Schönen Dank.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Als nächster hat in der allgemeinen Aussprache Herr Dr. Köppinger das Wort. Dann kommen noch Frau John, Johannes Gerster, Kollege Martin und Heiner Geißler. Können wir uns darauf einigen, daß wir die allgemeine Aussprache dann als beendet ansehen und zu den einzelnen Vorschlägen kommen? Wären Sie damit einverstanden? – Ich sehe, daß das so ist.

Bitte, Sie haben das Wort, Herr Dr. Köppinger.

**Dr. Peter Köppinger:** Liebe Parteifreunde! Herr Olderog hat eben den Änderungsantrag der CDA angesprochen, in dem es heißt:

Das deutsche Volk zeigt sich offen für die Aufnahme von Menschen fremder Nationalitäten.

Bei diesem Änderungsantrag ging es uns nicht darum, etwas ganz Neues einzubringen. Wir wollten ein Mißverständnis, das im Antrag des Bundesvorstands steckt, ausräumen, ein Mißverständnis, das sicher Anlaß zu Kritik gegeben hätte. Im Antrag des Bundesvorstands, auf den Minister Schäuble hier einleitend eingegangen ist, heißt es nämlich:

Das deutsche Volk hat sich in seiner Geschichte immer offen gezeigt für die Aufnahme von Menschen fremder Nationalität.

Wir wissen, daß das nicht stimmt. Uns ging es darum, das Wort „immer“ zu streichen. Man sollte unseren Antrag hier also nicht so interpretieren, wie es getan wurde. Wir haben vor, gemeinsam zu einer Linie in der Ausländer- und Asylpolitik zu kommen.

Ich möchte auch deutlich sagen, daß wir uns als Sozialausschüsse immer eindeutig für die Beibehaltung des Anwerbestopps ausgesprochen haben, gerade weil es uns um ein ausländerfreundliches Klima geht. Wir haben uns auch gegen Bestrebungen gewehrt, die manchmal in der Wirtschaft erkennbar waren, diesen Anwerbestopp wieder aufzuheben.

Wir haben in unserem Antrag auf dem Wiesbadener Parteitag auch deutlich gesagt, daß wir strikte Zuzugsbegrenzungen dort für notwendig halten, wo auf Grund von unterschiedlichen Grundwertüberzeugungen und aggressiven, intoleranten Haltungen Konflikte zu erwarten sind. Ich möchte von daher den Vorwurf, daß wir hier utopische Positionen vertreten und der Union in der Ausländerpolitik in den Rücken gefallen seien, zurückweisen. Wir haben versucht, zu vereinbaren, was wir als eine christliche Partei vereinbaren müssen, nämlich die Notwendigkeit, eine praktische, konsequente und durchhaltbare Ausländerpolitik zu betreiben, mit dem Bestreben, trotzdem unseren christlichen Grundsätzen gerecht zu werden.

Ich möchte Wolfgang Schäuble für diesen Antrag, den er hier vorgelegt hat, ganz ausdrücklich danken. Es ist ein Dank, in den ich Johannes Gerster besonders einbeziehen möchte, der einen großen Teil der Vorarbeit geleistet hat, der das politische Feld für einen solchen Antrag mit seinen Eckwerten zur Novellierung des Ausländerrechts vorbereitet hat. Dieser Antrag, den Sie heute hier vorfinden, ist ein ganz wichtiger Schritt, denn er legt den Grundstein für eine sachgemäße Lösung, auf die sowohl die Ausländer, die hier leben, wie auch unsere deutschen Mitbürger einen Anspruch haben. Er ist ein wichtiger Schritt, denn er zeigt, wie ich schon sagte, daß politische Vernunft und unsere tiefen Überzeugungen von der Würde des Menschen, die wir gerade bei diesem Thema beachten müssen, miteinander vereinbar sind. Er ist auch deshalb ein wichtiger Schritt, weil mit der Lösung in den Ausländerfragen und Asylfragen den Republikanern der Wind aus den Segeln genommen wird, die vom Streit und von den Horrorgemälden in diesem Bereich profitiert haben.

Ich danke Wolfgang Schäuble auch deshalb, weil er den Mut gehabt hat, dieses Thema zum Gegenstand der Beratungen auf diesem Parteitag zu machen. Ich bin fest davon überzeugt, daß wir trotz aller Differenzen, die uns bei diesem Thema in der Sache vielleicht trennen, über dieses Thema anständig und verantwortlich miteinander diskutieren. Wir brauchen in der Union keine Angst vor einer solchen Diskussion zu haben, auch wenn es sachliche Differenzen gibt. Wir wissen, daß wir die Meinungsverschiedenheiten austragen können, ohne uns gegenseitig zu verletzen.

Ein letztes Wort zu Lothar Späth. Lothar Späth, ich glaube, wir sollten hier keine Scheingefechte führen. Wenn es um das Asylrecht geht, ist zugleich eine Ergänzung

des Grundgesetzes angesprochen. Mit den Formulierungen, die hier vorgegeben werden, wird doch schon ein großer Schritt in Richtung auf eine gemeinsame Position gemacht. Uns in der CDA und anderswo – auch im Bereich der Kirchen – geht es doch gar nicht darum, daß wir eine Harmonisierung des europäischen Asylrechtes vermeiden wollen. Im Gegenteil! Wir haben allerdings mit dem Vorwurf von verschiedenen Seiten zu kämpfen, daß die Ergänzung des Grundgesetzes im Zusammenhang mit Europa als Instrument für eine Aushöhlung unseres Asylrechts benutzt werden soll. Wenn wir dies vermeiden wollen, müssen wir eben klarstellen, daß diese Harmonisierung auf der Grundlage der Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonvention erfolgen soll. Das tun wir hier in diesem Antrag. Von daher können wir uns auf eine solche Ergänzung des Grundgesetzes, wie sie notwendig ist, zubewegen. Ich hoffe, daß wir dies bei der Einzelberatung an verschiedenen Punkten noch einmal verdeutlichen können. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Als nächste hat Frau John das Wort.

**Barbara John**: Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich mag meine Partei. Deswegen bin ich streng mit ihr. Sie soll eine gute Partei sein und soll den Bürgern Gestaltungsvorschläge für die Zukunft machen. Der Antrag, den wir hier beschließen, soll ein solcher Vorschlag sein. Ich stelle fest: Der Antrag ist gut, aber er ist nicht gut genug. Wir lösen damit nicht die Probleme, die sich inzwischen durch die Anwesenheit so vieler ausländischer Bürger in unserer Gesellschaft angestaut haben.

Meine Damen und Herren, der Antrag ist deshalb nicht gut genug – das ist nicht nur aus der heutigen Debatte, sondern auch aus vielen Debatten mit meinen Parteifreunden mein Eindruck –, weil wir in der Haltung zu ausländischen Bürgern in der Republik noch unsicher sind. Diese Unsicherheit ist in dem wieder deutlich geworden, was der Innenminister am Anfang über die Rangfolge von Übersiedlern, Aussiedlern und Ausländern gesagt hat. Herr Schäuble, es ist durchaus richtig: Natürlich müssen wir Unterschiede machen. Wir machen im rechtlichen Bereich die krassesten Unterschiede, die man sich vorstellen kann. Welche Schlußfolgerungen sind denn aber daraus zu ziehen? Kommt den Ausländern, die hier geboren sind, deren Vaterland die Bundesrepublik Deutschland ist, gewissermaßen der letzte Platz zu? Ich werde bei Diskussionen oft gefragt: Worin besteht denn der Unterschied zwischen einem deutschen Aussiedler und einem in Berlin geborenen jungen Türken? Er besteht oft darin, daß man mit dem türkischen Berliner deutsch reden kann. Ich will damit auf die Widersprüche hinweisen, die es bereits jetzt in der Politik gibt und die wir aushalten müssen. Während wir dem einen zu Recht gleich die deutsche Staatsbürgerschaft geben – das erleichtert den Betroffenen das Leben, wenn sie herüberkommen, obwohl sie natürlich von deutscher Sprache und Kultur zwangsläufig weit entfernt sind –, machen wir es den anderen, die hier geboren sind, ungeheuer schwer. Sie müssen den Drachen sozusagen erst fünfmal köpfen, bevor sie die Prinzessin heiraten dürfen. Das sind Widersprüche, die wir beseitigen müssen.

(Zustimmung)

Meine Damen und Herren, ich bin froh und dankbar, daß sich die Partei endlich ein Herz gefaßt hat, sich mit diesem Thema zu beschäftigen. Es ist aber kein Löwenherz, wie es bei der Partei einer starken Mitte vorhanden sein sollte. Dieser Antrag zeigt, daß

es sich um ein kleines, ängstliches Hasenherz handelt. Wir drücken uns vor den Entscheidungen, die wirklich zukunftsweisend und problemlösend sind.

Ich will zwei Beispiele nennen. Ich habe Anträge zu den entsprechenden Entscheidungen eingebracht. Sie sind von der Antragskommission abgelehnt worden. Sie werden auch von Ihnen im Plenum abgelehnt werden. Das allein ist nicht bitter. Man kann schließlich weiterdenken und versuchen, die Dinge weiter zu verbessern. Es geht um eine großzügige, offensive Einbürgerungspolitik und um rechtliche Regelungen, um Benachteiligungen und Diskriminierungen im öffentlichen Bereich zu vermeiden. Zu beiden Punkten legen wir keine wegweisenden Vorschläge vor. Ich will Ihnen unsere Vorschläge ganz kurz erläutern.

Wir sprechen hier dauernd von Ausländern. Dies trifft doch gar nicht mehr die Wirklichkeit in der Republik. Diese sogenannten Ausländer sind Menschen, die hier geboren sind. Sie leben in der dritten Generation bei uns. Wir haben die niedrigste Einbürgerungsquote unter allen vergleichbaren europäischen Ländern. 14 000 Ausländer werden bei uns im Jahr eingebürgert. Diese Zahl resultiert nicht nur aus dem Einbürgerungsrecht, aber auch aus den hohen Hürden dieses Rechtes. Allein 54 000 Kinder ausländischer Eltern werden pro Jahr in der Bundesrepublik geboren. Stellen Sie die 14 000 Einbürgerungen einmal den 54 000 ausländischen Kindern, die hier bei uns geboren werden, gegenüber. Meine Damen und Herren, wenn wir so weitermachen wie bisher, werden wir demnächst von Ausländern der 25. Generation sprechen. Das ist ein Widerspruch in sich.

(Vereinzelt Beifall – Glockenzeichen des Tagungspräsidenten)

– Herr Neumann, ich bin zwar kein Ministerpräsident, bitte aber um Gleichbehandlung. Geben Sie mir bitte noch zwei Minuten Redezeit.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Sie können diese zwei Minuten Redezeit gern bekommen. Es ist immer klug, wenn man in bestimmten Situationen Ausnahmen macht. Im Prinzip werden hier keine Ausnahmen gemacht. Das haben Sie auch bei Norbert Blüm gemerkt. Sie erhalten aber noch zwei Minuten Redezeit.

**Barbara John**: Danke.

Wir müssen in diesem Punkt viel offensiver sein. Die Ausländer, die wir als Ausländer bezeichnen, sind nichts als Inländer mit nichtdeutschem Paß. Der Ausländerstatus ist das größte Integrationshemmnis, das es heute gibt, ein viel größeres Hemmnis als die Sprachbarriere, die es bei den jungen Ausländern überhaupt nicht mehr gibt, oder als die fehlende oder mangelnde Schulausbildung.

Sie werden ausgegrenzt durch den Ausländerstatus, sie brauchen für das Land, in dem sie geboren sind, eine Aufenthaltserlaubnis, eine Arbeitserlaubnis, sie können nicht frei einen Beruf ergreifen. Sie müssen diese Ungleichheit überwinden können, und sie werden sie nur durch die volle rechtliche Gleichstellung überwinden können. Dies kann und muß nach unserer Vorstellung über die Einbürgerung geschehen. Wir werden die Zahl der Einbürgerungen nur erhöhen können, wenn wir großzügig die Doppelstaatsbürgerschaft zulassen.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist in diesem Antrag nicht der Fall.

Ein letzter Punkt: Diskriminierungen. Heiner Geißler hat bewegend über diese Sache mit dem teuflischen Wahlsport der Republikaner berichtet. Ich habe als Ausländerbeauftragter in Berlin dagegen Strafanzeige erstattet.

(Vereinzelt Beifall)

Es war vollkommen klar: das war Volksverhetzung. Was hat mir die Staatsanwaltschaft geschrieben? Wenn es jüdische Kinder gewesen wären, die da neben dem Drogentoten gezeigt worden wären mit der Lieduntermalung „Spiel mir das Lied vom Tod“, dann wäre es volksverhetzend, denn wir wissen alle, daß es Millionen von ermordeten jüdischen Kindern gab, aber es waren türkische Kinder, und es gibt diese Vorgänge nicht.

Meine Damen und Herren, das bedeutet, daß die geltenden Gesetze, die wir haben – Rassenhaß, Volksverhetzung, Beleidigung –, nicht ausreichend sind, um unsere Minderheiten in der Bundesrepublik zu stützen. Wir können sie nicht anwenden, und deshalb müssen wir neue Gesetze schaffen. Wir sind Signatarstaat der Konvention gegen Rassendiskriminierung, aber wir haben nationalstaatlich nichts dafür getan. Das können wir nicht zulassen, wir brauchen rechtliche Regelungen, um Minderheiten in der Öffentlichkeit vor Diskriminierungen zu schützen. Wir können sie nicht vor den Republikanern schützen, aber wir können sie vor deren volksverhetzenden Anklagen schützen. Das ist eine Aufgabe, der wir uns stellen müssen. Es muß kein Gesetz sein, es kann einfach darum gehen, bestehende Gesetze zu verschärfen.

Ich will zum Schluß kommen. Wenn wir den Antrag als Anfang für eine moderne und selbstbewußte Integrationspolitik betrachten, dann können wir heute mit dem Beschluß zufrieden sein, wenn wir aber mit diesem Antrag nur den Schlußpunkt setzen wollen und die Überlegungen, die ich Ihnen vorgetragen habe, als zu weitgehend empfinden, dann werden andere natürlich – das müssen sie dann auch – dieses Politikfeld bestellen; denn nicht zu entscheiden ist auch eine Entscheidung: die Entscheidung, die Probleme wachsen zu lassen und ihre Lösung anderen zu überlassen.

Danke.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsident: Vielen Dank. Als nächster hat Johannes Gerster das Wort, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

**Johannes Gerster**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Vorsitzender! Frau John hat gerade beklagt, daß wir die deutschen Aussiedler insoweit besser behandeln, als sie sofort Deutsche werden können, und diese Chance würden wir den Ausländern nicht bieten. Meine Damen, meine Herren, das ist allenfalls eine halbe Wahrheit. Tatsache ist, daß 1,8 Millionen Ausländer in diesem Land sämtliche Voraussetzungen erfüllen, um Deutsche werden zu können, und sie wollen bisher nicht Deutsche werden. Es gibt ein einziges Problem, das wir ja gerade mit diesem Antrag und dem Gesetz lösen wollen, daß die Einbürgerungsverfahren sehr kompliziert, sehr langwierig und auch sehr teuer sind. Aber genau diese Hürde wird heruntergefahren, so daß ich davor warnen möchte, generell etwa deutsche Aussiedler und Ausländer gegeneinander auszuspielen, aber auch nicht falsche Gleichungen zu setzen. Frau John, die stimmen tatsächlich nicht. Auch Ausländer können Deutsche werden, und zwar 1,8 Millionen.

(Vereinzelt Beifall)

Zweiter Punkt, meine Damen und Herren: Unser Grundgesetz, die Grundrechte, die gesamte staatliche Rechtsordnung bauen auf dem Prinzip auf, daß Menschen in diesem Land nicht diskriminiert werden dürfen. Weil dies so ist, vermag ich nicht einzusehen, warum wir für eine Gruppe der Bürger, die in diesem Lande leben, ein gesondertes Antidiskriminierungsgesetz brauchen. Würden wir ein derartiges Gesetz hier fordern, würden wir zugleich bescheinigen, daß unsere allgemeine Rechtsordnung nicht vor Diskriminierung schützt, aber genau dies ist nicht der Fall. Meine Damen, meine Herren, unsere Rechtsordnung, unser Grundgesetz ist auf Antidiskriminierung angelegt. Deswegen bedarf es keinerlei Sonderrechte für Ausländer, deswegen möchte ich ausdrücklich gegen diesen Antrag sprechen.

Die Ausländerpolitik ist auch deshalb so emotionalisierend, weil über die einzelnen Probleme zu wenig differenziert geredet wird. Ich behaupte, daß nur eine Politik der Mitte in der Lage ist, die sehr unterschiedlichen Probleme, die es im Bereich des Ausländer- und Asylrechts gibt, zu lösen. Das möchte ich an den beiden Extremen deutlich machen. Wer wie die Grünen den Eindruck erweckt, jeder Ausländer, aus welchem Staat der Welt auch immer, könne zu uns kommen und hier ein Niederlassungsrecht beanspruchen, überfordert die Integrationsfähigkeit und -willigkeit der Bürger und leistet der Rechtsradikalisierung unserer Bevölkerung Vorschub.

(Vereinzelt Beifall)

Wer auf der anderen Seite den Eindruck erweckt, man könne mit Parolen wie „Ausländer raus“ Probleme lösen, übersieht erstens, daß es klare Rechtspositionen für Ausländer gibt, die hierbleiben können – insofern ist die Forderung per se unsinnig –, was aber noch schlimmer ist, er beweist letztlich inhumane Gesinnung, unmenschliche Gesinnung gegenüber den Ausländern, die seit Jahren, zum Teil zwei, drei Jahrzehnten in unseren Gemeinwesen mitgewirkt, mitgearbeitet haben und/oder als politisch Verfolgte wirklich Anspruch haben, hierbleiben zu können.

Diese beiden Extreme bedeuten doch, daß man differenziert vorgehen muß. Die Regelung kann doch hier nur lauten: Die Bundesrepublik Deutschland ist ein offenes Land innerhalb der zwölf EG-Staaten. Hier gibt es die Freizügigkeit für Arbeitnehmer. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein offenes Land für wirklich politisch Verfolgte, die bei uns Aufnahme finden wollen, um sich gegen Gefahren zu schützen, die ihnen in anderen Ländern für Leib und Leben drohen. Das heißt aber auch, daß wir darüber hinaus den Anwerbestopp aufrechterhalten müssen, d. h. nicht zu einem generellen Einwanderungsland werden können.

Es bedeutet aber auch ein Zweites, und genau das soll auch mit dem Antrag verdeutlicht werden. Wenn wir auf Grund klarer Rechtsprinzipien Ausländer bei uns leben haben, die seit zehn und mehr Jahren hier leben, die auf Grund klarer Rechtspositionen auch hierbleiben können, dann ist es doch das einzig Vernünftige, diesen Menschen auf Dauer die volle Integration zu bieten, wobei zum Abschluß dieser Integration die Einbürgerung stehen muß.

Lassen Sie mich deswegen zu einer Bemerkung von Lothar Späth – ich will es an einem Beispiel deutlich machen – etwas sagen. Es macht doch keinen Sinn, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland viele, viele Ausländer haben, die zum Teil als Asylbewerber abgelehnt wurden, aber dennoch z. B. wegen der Genfer Flüchtlingskonvention nicht abgeschoben werden können, hier aber nicht arbeiten dürfen, daß

wir aber während der Saison in der Landwirtschaft – ich komme aus Rheinhessen – Tausende und Zehntausende Polen und Jugoslawen für drei Monate extra hereinholen, damit sie hier Arbeiten leisten, zu denen Deutsche nicht mehr bereit sind. Dabei wird völlig übersehen, daß natürlich auch von diesen Saisonarbeitern immer wieder welche hierbleiben und Asylanträge stellen und unser Asylproblem verschärfen. Ich halte es für vernünftiger, Ausländer, die ohnehin hier leben und nicht abgeschoben werden dürfen, arbeiten zu lassen, als Ausländer extra für Arbeiten hereinzuholen. Deshalb bin ich der Meinung, daß dieser Versuch, mit der Verkürzung und Beschleunigung des Asylverfahrens zugleich die Möglichkeit zu eröffnen, Ausländer früher arbeiten zu lassen, das einzig Richtige ist.

Denn viel Ausländerfeindlichkeit entsteht leider dann, wenn etwa ältere Mitbürger, die zeit ihres Lebens gearbeitet haben, mittags durch die Städte gehen und andere Rentner oder Pensionäre und im übrigen Ausländer sehen, denen sie dann unterstellen, sie würden sich auf Kosten ihrer Söhne und Töchter, die arbeiten, durchschlagen, und sie könnten sich, während die Söhne und Töchter arbeiten müssen, einen freien Tag machen. Je mehr es uns gelingt, mit der Verkürzung der Asylverfahren Ausländer auch am Arbeitsprozeß zu beteiligen, um so mehr werden wir auf Dauer auch einen wichtigen Grund für Ausländerfeindlichkeit abbauen.

Meine Damen, meine Herren, die letzte Bemerkung: Ich stimme all denen völlig zu, die sagen: Wenn wir ein Europa offener Grenzen bekommen, in dem auch Ausländer Freizügigkeit genießen, ist es sinnvoll, unsere Asylverfahren so zu harmonisieren, daß Ausländer, die z. B. in Frankreich ihr Asylverfahren betrieben haben und abgelehnt worden sind, sich dann, sollten sie in die Bundesrepublik Deutschland kommen, dieses Verfahren anrechnen lassen müssen. Denn auch Frankreich ist eine Demokratie und ein Rechtsstaat, und wir sollten nicht so tun, als wären wir gegenüber Frankreich die besseren Demokraten und die besseren Rechtsstaatler. Auch die führen ordentliche Verfahren durch!

Meine Damen und Herren, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dem Antrag eine breite Mehrheit geben könnten. Wir haben die Chance, auf einem politisch außerordentlich wichtigen Feld, auf dem mit viel Emotion und manchmal wenig Sachverstand Politik im Sinne der Polemik und der Demagogie gemacht wird, Regelungen zu treffen. Gehen wir an dieses wichtige Werk heran, indem wir als Partei der Mitte mit differenzierten Lösungen dazu beitragen, daß wir, die Probleme dieses Landes insoweit lösen, als wir Ausländern, die ohnehin hier bleiben, die Chance bieten, auf Dauer deutsche Staatsbürger zu werden und mit uns zusammen das Land zu gestalten, zugleich aber sicherstellen, daß dieses Land nicht durch unkontrollierten Zuzug überfremdet wird.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir kommen gleich zur Beratung über die einzelnen Anträge. Da wir dafür ein besonderes zusammenfassendes Verfahren vorschlagen, bitte ich diejenigen, die noch zu einem bestimmten Einzelantrag sprechen möchten, jetzt ihre Wortmeldung abzugeben.

Es spricht nun Herr Martin.

**Albrecht Martin**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Woran liegt es eigentlich, daß man sich als Mitglied der CDU in den letzten Jahren und bis

heute so schwertut, wenn man über diese Fragen im kirchlichen Bereich und mit Repräsentanten von Kirchen zu diskutieren hat, und woran liegt es, daß wir uns auch hier bei dieser Diskussion so schwertut?

Es geht – davon bin ich überzeugt – nicht um diese oder jene Einzelbestimmung. Norbert Blüm hat darauf aufmerksam gemacht, daß bei der Behandlung dieser Fragen, bei dem Versuch einer Lösung dieser Probleme, in ganz besonderer Weise die Frage nach unserem Verständnis als Christen gestellt ist. Ich darf vielleicht versuchen, diesen Gedanken ein kleines Stückchen weiterzuführen.

Woran liegt es also? In der Begegnung mit dem Problem der Asylbewerber, der Ausländer in der Fremde, spüren wir auf eine ganz besondere Weise, daß wir unter dem Druck von Verhältnissen stehen, von denen wir glauben oder wissen, daß sie eigentlich nicht bestehen sollten. Es sollte keine Verfolgung geben, es sollte keinen Hunger geben, es sollte keine Not geben, die Menschen veranlaßt, ihre Heimat zu verlassen. Aber das gibt es, und das gibt es gleichzeitig so, daß es für andere, die zu helfen versuchen, neue Probleme aufwirft. Denn wir wissen natürlich, daß auch die Tatsache, daß wir in einem ganz bestimmten Volk leben, daß wir in einer ganz bestimmten kulturellen Tradition leben, daß wir ganz bestimmte eigene Wertvorstellungen, eine eigene Geschichte und den Willen zu einem Leben in einer ganz bestimmten Form haben, für uns wertvoll ist. Es ist ja nicht so, daß das etwa um des Glaubens willen zu vernachlässigende Dinge wären, sondern wir dürfen uns dieser Verschiedenheit und dieser – auch nationalen – Identität durchaus freuen, aber eben in einer Weise, die sich nicht gegen den anderen richtet.

Wenn ich jetzt vor der Aufgabe stehe, dieses beides so zusammenzuordnen, daß daraus eine Ordnung wird, die für Christen verantwortbar ist, dann handelt es sich nicht um das Finden von Kompromissen im vordergründigen Sinne, sondern schlicht und einfach um diese Frage: Wie halten wir es aus, in einer Welt des Vorläufigen so zu handeln, daß sichtbar wird, daß wir darum wissen, wie es eigentlich sein sollte?

Das führt nie zu hundertprozentigen Lösungen, aber wir dürfen durchaus ein gutes Gewissen bei der vorläufigen begrenzten Lösung haben. Diesen Gesichtspunkt in der Diskussion auch mit der Kirche ernst zu nehmen halte ich für ganz wichtig, denn es könnte ja sein, daß in unseren Kirchen Strömungen stark werden, die ständig etwas vorwegnehmen wollen, was noch nicht ist. Darum bin ich für den Antrag und die Auslegung durch Wolfgang Schäuble so dankbar. Sie bilden, so meine ich, eine Basis dafür, die Diskussion auch unter Berücksichtigung dessen, was ich vortrug, neu zu führen. – Vielen Dank.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Als nächster hat Herr Dr. Heiner Geißler das Wort.

**Dr. Heiner Geißler:** Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Norbert Blüm hat zu Recht darauf aufmerksam gemacht, daß die Frage, über die wir heute vormittag entscheiden, etwas mit unserem Bild vom Menschen zu tun hat. Dieser Antrag über unser Verhältnis zu den ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern steht nach wie vor unter der Überschrift des christlichen Menschenbildes, ist also ein Teil des Gesamtprogramms, dessen Diskussion wir in Wiesbaden begonnen haben. Dazu will ich jetzt nichts sagen, weil Norbert Blüm das Wichtige hier bereits zur Sprache gebracht hat.

Aber es gibt auch unter dem Gesichtspunkt christlicher Verantwortung den Aspekt der Sachgerechtigkeit, und darauf möchte ich kurz zu sprechen kommen. Eines der zentralen Probleme unseres Landes und unseres Volkes ist – das wissen wir aus unserer Diskussion über die Entwicklung der Renten – die demographische Entwicklung. Die demographische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland wird von nicht unbedeutenden Beobachtern auch im internationalen Bereich als nahezu katastrophal bezeichnet. Wenn die Geburtenentwicklung bei uns so anhält – und das, was sich seit den 70er Jahren bei uns entwickelt, hat bereits Konsequenzen von einem Ausmaß, das wir nicht ernst genug nehmen können –, dann werden wir im Jahre 2030 nicht mehr rund 60 Millionen Deutsche sein, sondern mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nur noch 40 oder 42 Millionen.

Jetzt fragen mich Unternehmer, die vor allem das andere große Problem im Auge haben, das sich der Bundesrepublik Deutschland stellt, nämlich wie wir unsere Zukunft in der immer stärker werdenden Konkurrenz auf dem Weltmarkt – gegenüber dem nordamerikanischen Markt oder dem pazifischen Raum – sichern können: Wie können wir diese Konkurrenzsituation, da wir doch für unsere Zukunft immer mehr auf den Export angewiesen sind, mit einer demographischen Entwicklung, wie wir sie hier vorfinden, bewältigen?

Sie machen darauf aufmerksam, daß wir uns, wenn wir uns geistig nicht richtig auf diese Entwicklung vorbereiten, in die Situation begeben, daß z. B. Nordamerika und Kanada ihre Grenzen öffnen und die Möglichkeit anbieten, daß junge Leute aus anderen Ländern – einsatzbereit, hungrig, ohne groß auf soziale Absicherung und Besitzstände zu warten – die Wirtschaft dort vorantreiben. Durch ihren Einsatz in diesen Wirtschaftsbereichen oder auch in dem Pazifischen Raum schaffen sie die Grundlagen dafür, daß die Konkurrenz so groß wird für uns, daß wir in Schwierigkeiten geraten, die wir heute noch gar nicht absehen können.

Mir wird jetzt gesagt, daß in Bayern, Baden-Württemberg, aber auch in Nordrhein-Westfalen ein großes Defizit an deutschen Lehrlingen vorhanden sei und daß nach ausländischen jungen Leuten Ausschau gehalten werde, um ihnen Lehrverträge zu geben. Wenn es bei uns natürlich so ist – z. B. im Gegensatz zu Nordamerika –, daß Lehrlinge nur noch gewonnen werden können, wenn ihnen sozusagen – ich übertreibe jetzt – bereits der Pensionsvertrag mit dem Lehrlingsvertrag überreicht wird, dann wird damit deutlich, welche Unterschiede sich in der Leistungsbereitschaft, in der Einsatzbereitschaft bei der Jugend eines auf Export angewiesenen Industrielandes wie der Bundesrepublik Deutschland im Verhältnis zu anderen Räumen entwickeln werden, wenn wir diese Dinge nicht richtig sehen.

Es ist auf Europa hingewiesen worden. Die Grenzen werden sich öffnen. Natürlich wird die Freizügigkeit weiter zunehmen, nicht nur hinsichtlich der Chancen, die Deutsche in Frankreich und in Spanien und Italien haben, sondern umgekehrt auch hinsichtlich dessen, was Portugiesen und Griechen und andere bei uns an Chancen wahrnehmen können.

Was will ich damit sagen? Wenn unser Freund Olderog darauf aufmerksam gemacht hat, daß 80 % der Deutschen sagen: Wir haben zu viele Ausländer, und wenn wir diese Aussage mit der notwendigen Entwicklung konfrontieren, die wir in der Konkurrenz zu anderen Wirtschaftsbereichen, aber auch hinsichtlich der europäischen Öffnung vor

uns sehen, dann, meine ich, gehört es zur geistigen Führung der größten politischen Partei, die Deutschen durch richtige Information darauf vorzubereiten, daß die Entwicklung nicht so verlaufen wird, wie viele es für richtig halten, daß es nämlich in der Zukunft weniger Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland gibt, sondern daß wir ihnen sagen: Liebe Leute, Europa, die Weltmarktsituation wird dazu führen, daß wir in Zukunft zumindest genau so viele Ausländer in der Bundesrepublik haben werden wie heute. Die Wahrheit wird sein: Wir werden sogar mehr Ausländer bei uns haben. Wenn dies die Wahrheit ist, dann müssen wir die Bevölkerung auf das Zusammenleben mit nicht weniger, sondern mit mehr Ausländern vorbereiten.

(Zustimmung)

Ich finde, das ist eine geistige Leistung, die wir erbringen müssen.

Aus dem Grund glaube ich, daß wir Ausländerfeindlichkeit und das Aufkommen von Rechtsradikalismus oder Linksradikalismus bekämpfen müssen, indem wir den Menschen die Wahrheit sagen. Wir müssen ihnen auch klarmachen, daß wir nicht um unsere nationale Identität bangen müssen, wenn wir uns darauf einrichten, auch mit Menschen in Deutschland zu leben, die eine andere Herkunft, eine andere Muttersprache und die ein anderes Lebensgefühl haben. Das ist im übrigen in Deutschland nichts Neues.

Deswegen hat auch der Landesverband Baden Württemberg – ich habe das mit großer Freude gelesen – einen Antrag gestellt, der, sagen wir einmal, nicht so interpretiert werden kann, daß er eher in der politischen Richtung der Sozialausschüsse liege. Aber ich habe mit großem Interesse gelesen, daß die Baden-Württemberger z. B. in der allgemeinen Begründung sagen:

Wir haben viele dieser Menschen in den 50er und 60er Jahren in unser Land geholt. Sie haben bei uns nicht nur das Recht zu arbeiten, sondern auch ein Recht auf persönliche Entfaltung und Bewahrung ihrer kulturellen Identität.

Jetzt kommt ein entscheidender Satz:

Dies schließt ein harmonisches Nebeneinander deutscher und ausländischer Kulturen mit ein.

Das ist doch ganz selbstverständlich. Das haben wir als Volk und als Land der Mitte immer praktiziert, auch zu unserem Vorteil. Der Bundeskanzler hat vor ein, zwei Jahren völlig zu Recht gesagt: Das Zusammenleben mit Ausländern ist für uns Deutsche auch eine Bereicherung. – Dadurch verlieren wird doch nicht unsere nationale Identität.

Ich bin für das, was Wolfgang Schäuble gesagt hat, deswegen dankbar, weil er hier einen Antrag vorlegt, der zwei Erfordernisse erfüllt: Er ist tolerant im Sinne unseres christlichen Menschenbildes, und er bringt uns endlich dazu, was wir tun müssen, nämlich zu handeln.

Lieber Wolfgang Schäuble, du hast Lessing zitiert. Es ist richtig: Schwärmen ist die eine Sache, und Handeln ist die andere Sache. – Aber Lessing hat in Nathan dem Weisen auch die Drei-Ringe-Parabel gebracht. In dieser Drei-Ringe-Parabel, in der der Christ, der Moslem und der Jude im Mittelpunkt der Diskussion stehen – Erbe der deutschen Aufklärung –, wird deutlich gemacht, daß wir eine deutsche Tradition haben, die es uns ermöglicht, unter Bewahrung unserer nationalen Identität auch mit anderen Kulturen tolerant zusammenzuleben, als ein Volk der Mitte und als ein Volk,

das auch um seiner Zukunft willen darauf angewiesen ist, mit ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zusammenzuleben und zusammenzuarbeiten.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Als letzter Redner in der allgemeinen Aussprache hat Bundesinnenminister Schäuble das Wort.

**Dr. Wolfgang Schäuble**: Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Ich möchte zwei Dinge sagen. Das eine ist: Lothar Späth hat gesagt, alle diese Vorschläge seien gut oder man könne jedenfalls damit einverstanden sein. Aber es muß dabei bleiben: Wir brauchen zur Harmonisierung in der EG die Möglichkeit einer Grundgesetzänderung.

Liebe Freunde, damit kein Mißverständnis entsteht: In Ziffer 18 des Antrags heißt es unter der Überschrift: „Harmonisierung des Asylrechts in der EG“:

Soweit erforderlich, muß das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland so ergänzt werden, daß unser nationales Asylrecht dem Standard in der Europäischen Gemeinschaft entspricht.

Wir sind uns völlig einig. Mir liegt daran, daß hier keine Mißverständnisse entstehen, zumal auch Theo Waigel gestern mit seinen Worten genau dasselbe gesagt hat. Wir stimmen überein.

Das zweite ist: Hier ist gesagt worden, das sei ein Kompromiß. Frau John hat gesagt: Er ist gut, aber nicht gut genug. Der Rolf Olderog hat gesagt: Ich würde mir manches klarer wünschen.

Liebe Freunde, natürlich ist es ein Kompromiß. Wie sollen wir denn einen Konsens finden, wenn wir zum Kompromiß nicht fähig und bereit sind?

(Beifall)

Wie sollen wir uns einigen, wenn nicht auf der Basis eines Konsenses, für den ein Kompromiß notwendig ist? Wie sollen wir handlungsfähig sein, wenn wir uns nicht einigen? Also ist der Kompromiß die Voraussetzung für Handlungsfähigkeit.

Manchmal heißt es ja: Das Bessere ist des Guten Feind. Aber, liebe Freunde, gelegentlich kann man in der realen Politik auch die Sorge haben, daß das Gute nicht möglich wird, weil man das Bessere verwirklichen will. Ich finde, wir haben die Chance, das Gute jetzt zu tun. Das Bessere mag sich in der Zukunft einstellen, in die eine oder andere Richtung, wer weiß das heute schon? Wir haben jetzt die Chance eines Konsenses, und ich bitte herzlich, sie nicht zu zerreden, sondern sie zu nutzen und das zu tun, was alle gesagt haben, nämlich endlich zu handeln.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir können damit in die Einzelberatung des Antrags des Bundesvorstands eintreten. Sie finden diesen Antrag zusammen mit anderen Anträgen zur Ausländerpolitik in der Sammlung der Anträge zur Ausländerpolitik, die im Saal verteilt worden ist. Diese Sammlung ist jetzt die ausschließliche Beratungsgrundlage. Ich mache darauf aufmerksam, daß die Anträge aus Gründen der besseren Handhabung neu beziffert worden sind. Sie benötigen zur Beratung jetzt also nicht die dicke Antragsbroschüre.

Ich hatte vorhin gebeten, Wortmeldungen abzugeben. Hier liegen einige vor: von Frau John zu zwei Punkten, von Herrn Gallandt, von Herrn Dr. Köppinger zu zwei Punkten und von Herrn Krämer oder Krömer. Sind Sie damit einverstanden – weil vorhin ja

darum gebeten worden ist, die Wortmeldungen abzugeben –, die Rednerliste zu schließen? – Ich höre keinen Widerspruch. Wir werden so verfahren.

Zweitens möchte ich Ihnen vorschlagen, daß wir, weil wir die Grundsatzaussprache geführt haben, bei dem jetzigen Punkt, aber auch den nächsten Bereichen die Redezeit auf drei Minuten begrenzen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich höre keinen Widerspruch. Wir werden so verfahren.

Jetzt kommt ein wichtiger Punkt, der uns vieles vereinfacht. Zu den jetzt anstehenden Einzelberatungen liegen nur zu sechs verschiedenen Ziffern Wortmeldungen vor. Die wollen wir diskutieren. Es ist sinnvoll, dann über die Anträge abzustimmen. Zu allen anderen Ziffern liegen keine Wortmeldungen vor. Die Satzung bzw. die Geschäftsordnung läßt es zu, daß wir en bloc abstimmen. Wir können also über das, was die Antragskommission zu den verschiedenen Positionen vorgeschlagen hat, en bloc abstimmen. Wenn Sie dem zustimmen, könnten wir die Sache sehr vereinfachen. Denn ich nehme an, wenn jemand wirklich große Bedenken gehabt hätte, hätte er sich zu diesem Punkt zu Wort gemeldet.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will auch sagen, zu welchen Punkten Wortmeldungen vorliegen und über die wir dementsprechend einzeln abstimmen. Das sind die Anträge C 9, C 12, C 14, C 17, C 24 und C 25. Diese Punkte würden wir einzeln beraten. Über alle anderen Punkte, von C 1 bis C 38 mit Ausnahme der eben von mir genannten, würden wir en bloc abstimmen.

(Zuruf: Nein!)

– Gut. Ich lasse darüber abstimmen, ob wir so verfahren. Mir ist auch von unserem Juristen gesagt worden, daß das ein nicht ungewöhnliches Verfahren ist und daß es die Geschäftslage zuläßt. Sind Sie einverstanden, daß wir uns Klarheit darüber verschaffen, wie wir verfahren wollen? Damit wir nicht wie gestern abend Ärger bekommen: Wenn einer damit nicht einverstanden ist und das kurz begründen möchte, würde ich seinen Beitrag zur Geschäftsordnung zulassen. Großzügiger kann man nicht sein. – Das wird nicht gewünscht.

(Zuruf: Doch! Hier! Wir müssen die Möglichkeit haben, über die einzelnen Punkte abzustimmen! Es geht um Einzelabstimmung! Ich wünsche Einzelabstimmung!)

– Meine Damen und Herren, ehe wir hier in Schwierigkeiten kommen: Da zu den meisten Punkten sowieso keine Wortmeldungen vorliegen, werde ich zügig aufrufen. Denn sonst wird es nachher noch beanstandet. Der Antrag ist so wichtig, daß wir wegen formaler Dinge keinen Streit haben wollen. Einverstanden?

(Vereinzelt Beifall)

Dann kommen wir zu den einzelnen Anträgen. Ich bitte um Nachsicht, wenn ich dort, wo keine Wortmeldungen vorliegen, sehr zügig vorgehe.

Ich rufe die Ziffer 1 auf. Dazu gehört der Antrag C 1. Da keine Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Einmütig angenommen.

Ich rufe die Ziffer 2 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge C 2 und C 3. Fundstelle ist die Sammlung der Anträge zur Ausländerpolitik Seite 1. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer ist für den Vorschlag der Antragskommission? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ebenfalls so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 3 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehört der Antrag C 4. Wir kommen zur Abstimmung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – So beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 4 auf. Dazu gehören die Anträge C 5 und C 6. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Enthaltungen? – Gegenstimmen? – Mit Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 5 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehört der Antrag C 7. Wir kommen zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission. Wer ist dafür? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ebenfalls so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 6 auf. Dazu gehört der Antrag C 8. Die Empfehlung der Antragskommission liegt vor. Wer stimmt zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ebenfalls so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 7 auf. Dazu gehören die Anträge C 9 und C 10.

Dazu liegt eine Wortmeldung vor. Frau John, Sie haben das Wort.

**Barbara John**, Berlin: Meine Damen und Herren, ich habe mit anderen in einem Antrag darum gebeten, daß der Gesetzgeber aufgefordert wird, herabsetzende Praktiken gegenüber Minderheiten durch rechtliche Regelungen abzubauen.

Sie haben eben Herrn Gerster gehört, der gesagt hat, es gebe keinen Handlungsbedarf. Das Grundgesetz, in dem es heißt, niemand dürfe wegen seiner Rasse, Religion, Abstammung . . . , verbiete das ohnehin. Herr Gerster, Sie als erfahrener Rechtspolitiker und Innenpolitiker müßten wissen und wissen auch, daß das Grundgesetz nur und allein die Rechtsbeziehungen zwischen dem Staat und den Bürgern regelt, aber nicht Zivilbeziehungen.

Wenn wir solche rechtlichen Regelungen nicht schaffen, meine Damen und Herren, dann lassen wir tagtäglich zu, daß in Zeitungen, etwa bei Wohnungs- und Mietanzeigen, Klammerzusätze stehen: Keine Ausländer. Das lesen die hier geborenen Inländer mit nicht-deutschem Paß. Das lesen die jungen Ausländer dauernd. Es sind Nadelstiche, die sie verletzen. Wir tun nichts dagegen, um das abzubauen. Wir lassen auch zu, daß diese Leute in Discotheken nicht hineingelassen werden, weil sie dunkle Haare oder eine dunklere Hautfarbe haben. Auch das läßt sich mit den geltenden Gesetzen nicht verhindern. Wir lassen auch so herabsetzende Filme wie diesen Wahlsport zu.

Wir haben – ich habe das ausgeführt – keine rechtlichen Regelungen, die greifen. Sie kennen alle das berühmte Hetzbach-Urteil, wo ein Wirt in der Nähe von Frankfurt ein Schild ins Fenster gestellt hat: Keine Türken! Er ist nicht verurteilt worden. Er konnte nicht verurteilt werden. Es war keine Beleidigung. Es war keine Aufstachelung zum Rassenhaß. Es war keine Volksverhetzung. Herr Gerster, es ist keine Schande für die Bundesrepublik, daß wir solche Gesetze nicht haben. Auch andere Länder hatten sie nicht, weil sie noch keine Minderheiten hatten. Das ist eine neue Entwicklung. Das sind neue Fragen. Europäische Länder mit Minderheiten haben diese rechtlichen Regelungen.

Deswegen sollten wir uns entscheiden, sie auch zu bekommen. Sie sagen, Gesetze können nicht verhindern, daß dagegen verstoßen wird. Selbstverständlich nicht. Die Straßenverkehrsordnung verhindert auch nicht, daß dauernd Unfälle passieren. Aber Gesetze schaffen neues soziales Bewußtsein. Im Umgang mit Minderheiten müssen wir rücksichtsvoller und empfindsamer werden. Darum fordere ich und bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

(Vereinzelt Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat Johannes Gerster das Wort.

**Johannes Gerster**, Antragskommission: Meine Damen! Meine Herren! Die Antragskommission empfiehlt Ihnen aus gutem Grund die Überweisung dieses Antrags an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Nachdem Frau John klargestellt hat, daß in dem Bereich, den der Staat unmittelbar gesetzlich, verfassungsrechtlich regelt, kein Defizit besteht, es sich hier also allenfalls um privates Verhalten handelt, muß man natürlich wissen, daß ein Antidiskriminierungsgesetz nur greifen kann, wenn z. B. Strafvorschriften eingeführt werden.

Nun bestreite ich überhaupt nicht, daß es durch das Verhalten von Bürgern in diesem Land, von Deutschen, Diskriminierungen von Ausländern gibt. Das müssen wir bekämpfen, mit allen Mitteln bekämpfen.

Aber daß der Kampf durch Sonderstrafvorschriften Erfolg hat, wage ich zu bezweifeln. Es werden eher noch mehr Ressentiments geweckt.

Zweite Begründung: Wir machen jetzt ein Ausländergesetz, das vor allen Dingen die Grundlagen für die Ausländer, die hier leben – Einbürgerung und all diese Dinge –, regelt. Die Frage eines Antidiskriminierungsgesetzes ist nicht eine zwingende Sache des Ausländergesetzes, wo wir den Rechtsstatus der Ausländer gesondert regeln wollen.

Deswegen, finde ich, ist es eine gute Brücke, diese komplexen Fragen, die ich hier jetzt nicht ausführen kann – Antidiskriminierungsgesetz, ja oder nein; meine Meinung kennen Sie –, allenfalls noch einmal gründlich zu erörtern. Wir sollten aber jetzt nicht hier mit einem Schnellschuß kommen, der der Sache sicherlich nicht dient.

Ich bitte Sie, der Empfehlung der Antragskommission zu folgen.

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Ich lasse jetzt darüber abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen wurde der Empfehlung der Antragskommission gefolgt.

Ich rufe die Ziffer 8 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehört der Antrag C 11.

Keine Wortmeldungen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 9 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge C 12 und C 13.

Dazu liegt eine Wortmeldung von Herrn Gallandt, Schleswig-Holstein, vor.

**Nico Gallandt:** Liebe Parteifreunde! Meine Damen und Herren! Im letzten Satz des letzten Absatzes dieses Antrages heißt es:

Die Verpflichtung zur Abschiebung soll bei schweren Delikten als Nebenstrafe im Strafgesetzbuch verankert werden.

Der vorgesehene Begriff „schweres Delikt“ ist so zu hoch aufgehängt, weil zum Beispiel Eigentumsdelikte wie die ständig steigenden Wohnungseinbrüche hiervon nicht mehr erfaßt werden. Für die Gesellschaft ist aber diese Kriminalitätsform mit ihrem Anteil von weit über 50 % an der Gesamtkriminalität in Deutschland kaum mehr erträglich ausgeüfert.

Deshalb bitte ich, hinter dem Begriff der schweren Delikte einzufügen: „sowie wiederholter krimineller Auffälligkeit“.

Diese Änderung liegt auch im Interesse der rechtmäßig bei uns lebenden ausländischen Mitbürger. Die von neu aufkommenden Rechtsgruppen propagierte Ausländerfeindlichkeit – sie ist heute schon angesprochen worden – stößt überhaupt nur deswegen bei einigen Mitbürgern nicht auf Ablehnung, weil durch eine von der sozialliberalen Koalition geprägte überzogene Liberalitätsduselei die rechtlich schon heute bestehende Zulässigkeit der Ausweisung krimineller Ausländer so wenig Anwendung in der Justiz fand, daß Kriminelle, die es in dieser Bevölkerungsgruppe auch gibt, so intensiv in Erscheinung treten konnten, daß Teile der deutschen Bevölkerung diese Delikte pauschal in der Verantwortung unserer ausländischen Mitbürger sahen.

Die Bundeskriminalstatistik spricht hier in den letzten Jahren eine deutliche Sprache. Bei den ermittelten Tatverdächtigen ist der Ausländeranteil überproportional hoch gegenüber ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung. Nach beruflicher Erfahrung als Polizeibeamter resultiert dies jedoch nicht daraus, daß besonders viele Ausländer kriminell sind. Es gibt jedoch einen Teil notorisch Krimineller, die den besagten Fehlendruck durch ihr gemeinschädliches Verhalten hervorrufen. Es ist im Interesse unseres Gemeinwohls, des Gemeinfriedens und unserer ausländischen Mitbürger, daß diesen Kriminellen ihr Handwerk gelegt wird. Wenn sie die Warnung ihrer ersten Verurteilung und einiger Wiederholungen nicht verstehen, so müssen sie dieses Land eben verlassen.

Aus diesem Grunde bitte ich Sie, der Änderung zuzustimmen. – Danke.

(Beifall)

**Bernd Neumann,** Tagungspräsidium: Das Wort hat Johannes Gerster für die Antragskommission.

**Johannes Gerster,** Antragskommission: Meine Damen, meine Herren! Normalerweise müssen Anträge innerhalb einer bestimmten Frist schriftlich vorgelegt werden. Ich weiß nicht, ob man über diesen Änderungsantrag noch abstimmen kann. Ich würde Ihnen aber empfehlen, daß wir abstimmen, denn das ist ein sehr einfacher Tatbestand.

Dieser Begriff „schwere Delikte“ ist gewählt worden, um klarzumachen, daß zum Beispiel bei Bagatelldelikten von Ausländern keine Abschiebung erfolgt: zum Beispiel Kaufhausdiebstahl oder was auch immer. Es muß wirklich schon eine gewisse Schwere sein.

Ich hätte persönlich keine Bedenken – ich kann jetzt nur für mich reden, Herr Präsident –, daß wir sagen: „bei schweren Delikten und bei Delikten im Wiederholungsfall“. Dann ist das Anliegen aufgegriffen. Wir könnten vielleicht so beschließen.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Ich lasse jetzt über den Vorschlag der Antragskommission abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Erheben seiner Stimmkarte. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist so beschlossen.

Ich rufe die Ziffer 10 des Antrages des Bundesvorstandes auf. Dazu gehören die Anträge C 14 und C 15.

Eine Wortmeldung zu Antrag C 14 liegt von Herrn Dr. Köppinger vor. Sie haben das Wort.

**Dr. Peter Köppinger**: Liebe Parteifreunde! Ich glaube, es ist Wolfgang Schäuble gewesen, der eben darauf hingewiesen hat, daß wir es bei diesen Fragen des Familiennachzugs und ganz besonders des Ehegattennachzugs mit zentralen Fragen unserer Glaubwürdigkeit zu tun haben. Deshalb müssen wir hier uns besonders sorgfältig anschauen, was wir beschließen.

Wenn ein Mensch auf lange Zeit oder auf Dauer hier leben kann, wenn er also ein verfestigtes Aufenthaltsrecht hat, wieso können wir ihm dann verweigern, mit dem Menschen zusammenzuleben, den er liebt, mit dem er eine Lebensgemeinschaft eingegangen ist, mit dem er – wie wir Christen sagen – ein Sakrament geschlossen hat? Also damit das klar ist: Verfestigter Aufenthaltsstatus heißt, daß er seinen Lebensmittelpunkt hier hat. Er darf auf lange Sicht hier bleiben, in der Regel auf Dauer. Das hat er nur bekommen, weil er Arbeit und Wohnraum hatte, weil er keine Sozialhilfe bezogen hat.

Noch einmal: Wollen wir ihm also, wenn er krank wird oder arbeitslos geworden ist und deshalb eine bestimmte Zeit auf Sozialhilfe angewiesen ist, jetzt dieses Zusammenleben mit seinem Ehegatten verweigern? Da gibt es den Hinweis: Der könnte ja aus Deutschland raus und dort hingehen, wo der Ehegatte lebt. Aber was ist, wenn er dort keine Aufenthaltsgenehmigung bekommt, wenn der Staat sich dort genauso verhält, wie wir hier mit diesem Antrag wollen?

Ich appelliere ganz herzlich an Sie, das gut zu bedenken, was wir hier beschließen und dem Antrag C 15 zuzustimmen. Wer auf lange Sicht hier bleiben darf – das ist Konsequenz, das ist nicht nur christliche Konsequenz, das ist auch Konsequenz im Duktus dieses Antrags –, der soll alle Hilfen zur Integration haben. Dazu gehört vor allen Dingen auch, daß er mit dem Menschen zusammenleben darf, mit dem er die Ehe geschlossen hat. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission Johannes Gerster!

**Johannes Gerster**, Antragskommission: Meine Damen, meine Herren! Die Antragskommission empfiehlt Ihnen, diesen Antrag abzulehnen.

Es handelt sich – um es deutlich zu machen – um Ausländer der zweiten und dritten Generation. 67 % der Ausländer der zweiten und dritten Generation sind hier bereits geboren; das ist der berühmte Jugendliche, der berlinerisch und mainzerisch redet. Damit eines klar ist: Unser Interesse ist natürlich, gerade diese Ausländer auf Dauer bei uns zu integrieren. Deswegen soll ihnen auch in einem erleichterten Verfahren die

Einbürgerung angeboten und der Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft möglich gemacht werden. Dann kann er natürlich seinen Ehepartner ohnehin frei wählen.

Worum es jetzt hier geht, ist nicht der Fall, den Herr Köppinger geschildert hat, etwa daß ein jugendlicher Ausländer arbeitslos wird. Wenn er arbeitslos wird, bekommt er Arbeitslosenunterstützung oder Arbeitslosenhilfe. In diesem Fall wird er durch die vorgeschlagene Formulierung nicht gehindert, einen Ehepartner aus dem anderen Land nachziehen zu lassen, das heißt also, eine Frau oder einen Mann aus dem Ursprungsland der Eltern zu heiraten.

Für den jungen Ausländer sind also zwei Möglichkeiten gegeben: entweder kann er Deutscher werden oder er kann Ausländer bleiben, wobei im letzten Falle noch ein zusätzlicher Einwanderungsfall geschaffen werden kann. Ich finde, daß es durchaus legitim ist, wenn das letzte nur dann möglich sein soll, wenn er nicht aus der Sozialhilfe unterstützt wird.

Glauben Sie mir, es wird ein Sturm der Entrüstung durch das Land gehen, wenn wir diese Frage anders regeln würden. Dabei ist klar – ich sage es noch einmal –: Es handelt sich nur um den Fall der Sozialhilfe. Wer arbeitslos ist, kann dennoch seinen Partner aus einem anderen Land heiraten und nachziehen lassen. Es geht nur um diesen einen Fall.

Ich empfehle deswegen, der Empfehlung der Antragskommission zu folgen.

**Bernd Neumann**, Tagungspräsident: Ich lasse jetzt über den Vorschlag der Antragskommission abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist so angenommen.

Ich rufe Ziffer 11 des Antrages des Bundesvorstands auf. Dazu gehört Antrag C 16. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 12 des Antrages des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge C 17 bis C 22. Es liegt eine Wortmeldung vor, und zwar von Frau John. Bitte schön.

**Barbara John**: Meine sehr geehrten Damen! Meine Herren! Hier habe ich darum gebeten, daß wir von dem traditionellen deutschen Einbürgerungsrecht, das ein reines Abstammungsrecht ist, in einem Punkt abweichen, nämlich dann, wenn Kinder ausländischer Eltern hier geboren werden und wenn ein Elternteil bereits auch hier geboren ist. Es sind also Kinder mindestens der dritten Generation.

Das wäre die eleganteste, leichteste und integrationspolitisch wirksamste Form der Eingliederung. Denn was machen wir jetzt? Diese Kinder werden in Deutschland geboren. Sie wachsen – bisher 18 Jahre lang – mit dem Stigma, Ausländer zu sein, auf. Das beginnt schon, wenn sie in den Kindergarten kommen. Das setzt sich in der Schule, im Sportverein fort. Dann kann der Status jedesmal zur entscheidenden Weiche für eine Einteilung in diese oder jene Gruppe werden.

Wie oft kommen junge Ausländer zu mir und sagen: Ich wußte gar nicht, was ein Ausländer ist, und ich wußte auch gar nicht, daß ich zu ihnen gehöre; aber als ich zum erstenmal in einem Sportverein an einem Meisterschaftskampf nicht teilnehmen konnte, weil ich keinen deutschen Paß habe, wußte ich, daß ich auch ein Ausländer bin.

Deswegen: Warum verzichten wir in der Bundesrepublik eigentlich auf diese in Amerika bewährte Methode, die dort ja viel umfassender gehandhabt wird? Da gilt sie

für jedes Kind, das dort geboren ist, nicht erst in der dritten Generation. Warum sagen wir nicht: von Anfang an automatische Staatsbürgerschaft für die Kinder eines hier geborenen Elternteils. Das wäre ein integrationspolitisch wirksamer Fortschritt.

Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung.

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission hat das Wort Johannes Gerster.

**Johannes Gerster**, Antragskommission: Meine Damen! Meine Herren! Die Antragskommission empfiehlt Ihnen die Ablehnung dieses Zusatzantrages.

Man kann das Problem auch umgekehrt schildern, Frau John, nämlich so, daß z. B. das Kind türkischer Eltern durchaus als Türke erzogen wird, auch wenn die Eltern in Deutschland leben, und dieses Kind mit 18 Jahren dann überraschenderweise feststellt, daß es eigentlich Deutscher bzw. Deutsche ist. Die Frage ist, ob wir dem jungen Menschen einen Gefallen tun, wenn ihm gewissermaßen wie eine Glocke die deutsche Staatsbürgerschaft übergestülpt wird, oder ob es für ihn selbst nicht besser ist, wenn wir ihm – wie das in dem Antrag vorgeschlagen ist – das ist eine sehr weitreichende Regelung – ab dem 16. Jahr eine Einbürgerungsoption einräumen. Es heißt hier:

Für jugendliche Ausländer der zweiten und folgenden Generation ist eine Einbürgerungsoption, die eine berechenbare Einbürgerungsaussicht gewährt, innerhalb enger zeitlicher Grenzen zu schaffen. Voraussetzung: vorheriger achtjähriger Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland und soziale Integration.

Ich glaube, wir handeln im Interesse der Integration und im Interesse des Jugendlichen klüger, wenn wir ihm die Selbstbestimmung überlassen, ob er Deutscher werden will oder nicht. Deswegen empfehle ich die Ablehnung des Antrages, für den Frau John gesprochen hat, und die Annahme des Antrages, wie ihn die Antragskommission empfiehlt.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Ich lasse jetzt über den Vorschlag der Antragskommission abstimmen. Wer diesem Vorschlag zustimmt, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist so beschlossen, wie von der Antragskommission empfohlen.

Ich rufe Ziffer 13 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehört Antrag C 23. Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 14 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehört Antrag C 24. Hierzu liegt eine Wortmeldung von Herrn Krämer vor.

**Wilhelm Krämer**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich glaube, daß in den Anträgen C 24, C 25 zu Recht die Aussage getroffen worden ist, daß es zum grundgesetzlich garantierten Recht der Asylanten keine Alternative gibt. Lassen Sie mich aber auch von einer Bürgerinitiative in meiner Heimatregion berichten, die es schwer hat, für Asylanten etwas zu tun, obwohl das in der Vergangenheit in hervorragender Weise gestaltet worden ist.

Diese Bürger haben sich vieler Asylanten aus allen Ländern angenommen und die Familien mit Hilfen, Unterstützungen versehen.

Wir haben es jetzt mit einem Personenkreis zu tun, der unsere Bürger durch ständige kriminelle Handlungen verunsichert. Wir sind eine ländlich strukturierte Stadt; viele ältere Leute wohnen allein und sind tief verängstigt, in Sorge und in Not. Deshalb stellt sich die Frage, die wir auch dem Innenminister unseres Landes vorgetragen haben: Was kann man tun, um wirklich zu erreichen, daß ein harmonisches Miteinander möglich ist und daß auch in Zukunft die Bürger unserer Stadt, unserer Region für eine stärkere Integration der Asylanten, für ein besseres Miteinander mit ihnen werben?

Ich denke, daß diese Frage sehr aktuell ist. Ich fordere daher den Bundesinnenminister, Herrn Schäuble, auf – er hat es mir vorgestern auch zugesagt –, gemeinsam mit dem Innenminister des jeweiligen Landes – bei uns Nordrhein-Westfalen – nach Lösungen zu suchen, zumal diese Asylanten aus einem Lande kommen, das so große Freiheiten gewährt, daß kaum anzunehmen ist, daß das Asylrecht akzeptiert wird; zur Zeit jedenfalls nur 1 %.

Die Frage der Überprüfung des Asylrechts stellt sich, aber auch die Frage: Wie gestalte ich ein verantwortliches, ein vertrauensvolles Miteinander mit den Bürgern unserer Region? Mich macht es tief betroffen, wenn Polizeiwagen in den Bereichen fahren müssen, um beide Gruppierungen zu sichern. Ich weiß, daß die Bürger unserer Region ein soziales, ein integratives und ein verantwortliches Miteinander wollen. Deshalb bitte ich, daß die zentrale Bundesbehörde für Asylanten in Zirndorf gemeinsam mit den örtlichen Stellen alles tut, damit diese Problembereiche entschärft werden, damit unsere Bürger in allen Regionen – wie es sein sollte – für ein soziales, verantwortliches und integratives Miteinander werben können.

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Herr Krämer, ich gehe davon aus, daß Sie gleich den Antrag C 25 einbezogen haben.

Wir kommen zur Abstimmung über Ziffer 14. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 15 auf. Dazu gehören die Anträge C 25 und C 26. Wortmeldungen dazu liegen nicht vor.

Wir stimmen ab. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 16 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge C 27 und C 28. Keine Wortmeldungen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 17 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge C 29 und C 30. Dazu eine Wortmeldung von Herrn Köppinger. Ansonsten liegen mir zu den Einzelanträgen keine Wortmeldungen mehr vor.

**Dr. Peter Köppinger:** Liebe Parteifreunde! Die Klarstellung, daß wir nicht abschieben wollen, ja, nicht abschieben können, wenn der Asylantrag eines Flüchtlings abgelehnt worden ist, er aber unter den Bereich der Genfer Flüchtlingskonvention fällt, ist ganz, ganz wichtig. Denn ein Großteil des Elends unserer öffentlichen Asyldiskussion ist doch unter anderem durch das Mißverständnis entstanden, daß man immer dann abschieben könne und solle, wenn ein Asylantrag abgelehnt wird. Dieses Miß-

verständnis haben wir zum Teil auch selbst geschürt, indem wir diejenigen, die abgelehnt worden sind, als diejenigen bezeichnet haben, die das Asylrecht mißbrauchen, die keine politischen Flüchtlinge seien. Aber es gibt darunter – das wird hier klargestellt und ist ganz wichtig – eben viele Fälle der Genfer Flüchtlingskonvention, die politische Flüchtlinge sind und die wir deshalb nicht abschieben können.

Aber wenn der gesamte Antrag des Bundesvorstands, den Minister Schäuble hier eingebracht hat, auch als Beitrag zur Ehrlichkeit und Nüchternheit und konsequenten Information unserer Bevölkerung über die tatsächlichen Probleme verstanden werden soll, dann müssen wir hier dazu sagen, daß es nicht nur die Fälle der Genfer Flüchtlingskonvention sind, in denen eine Abschiebung nicht möglich ist, sondern es gibt auch andere Fälle. Es gibt auch andere Beispiele, bei denen wir auch in Zukunft, ganz gleich, ob die politische Linie hart oder liberal ist, oder wie immer wir das nennen wollen, nicht abschieben werden, zum Teil auch aus rechtlichen Gründen.

Ich will ein Beispiel bringen. Die Frau aus dem Iran, die sich für die Gleichberechtigung der Frauen einsetzt und deshalb im Iran mit Verfolgung rechnen mußte oder dort auch schon verfolgt worden ist, fällt nicht unter die Genfer Flüchtlingskonvention und die können wir auch in Zukunft nicht abschieben. Ich könnte eine ganze Reihe weiterer Beispiele bringen, aber dafür ist es hier zu spät, wir müssen zum Ende kommen.

Mein Petition ist, daß wir hier nicht wieder die Bevölkerung dadurch täuschen, daß wir sagen, alle diejenigen, die nicht unter die Genfer Flüchtlingskonvention fallen und denen wir kein Asylrecht geben, können abgeschoben werden. Es gibt eine ganze Reihe von Fällen, die nicht abgeschoben werden können. Deshalb brauchen wir hier eine ehrliche Formulierung, um die Bevölkerung aufzuklären. Ich plädiere dafür, daß wir den Antrag C 30 annehmen, das heißt, die Formulierung an dieser Stelle ergänzen.

Vielen Dank.

**Bernd Neumann.** Tagungspräsidium: Für die Antragskommission Erwin Teufel.

**Erwin Teufel,** Antragskommission: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wir glauben, daß alle schwerwiegenden Fälle, politische, rechtliche und humanitäre Gründe, in diesem Papier erfaßt sind und in einem Verwaltungs- und Rechtsverfahren berücksichtigt werden müssen. Wir haben uns als Antragskommission und in der Bundesvorstandsvorlage auch ganz klar dazu bekannt, daß keiner abgeschoben werden kann, der solche Gesichtspunkte geltend macht und unter die Genfer Flüchtlingskonvention fällt.

**Bernd Neumann,** Tagungspräsidium: Ich komme jetzt zur Abstimmung über die Empfehlung der Antragskommission. Wer ihr zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist so beschlossen, wie die Antragskommission es vorgeschlagen hat.

Ich rufe Ziffer 18 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehören die Anträge C 31 bis C 32. Wortmeldungen liegen nicht vor. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist so beschlossen.

Ich rufe Ziffer 19 des Antrags des Bundesvorstands auf. Dazu gehört Antrag C 33. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist so beschlossen.

Ich rufe die Anträge C 34 bis C 38 auf. Es sind die letzten. Die Antragskommission empfiehlt, diese Anträge gemeinsam zu behandeln. Die Antragskommission empfiehlt, diese Anträge an die CDU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Ich komme zur Abstimmung über diesen Vorschlag der Antragskommission. Wer zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Verfahren ist so zugestimmt worden.

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt zur Schlußabstimmung über den von uns in den letzten Stunden diskutierten Antrag zur Ausländer- und Asylpolitik. Wer dem Antrag mit den beschlossenen Korrekturen und Empfehlungen zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Ich darf sagen, herzlichen Glückwunsch an den Bundesinnenminister zur Vorlage. Sie ist vom Bundesparteitag der CDU einstimmig beschlossen worden.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich rufe Tagesordnungspunkt 15.1 auf:

### Beratung und Beschlußfassung der Anträge zur Änderung des Statuts der Finanz- und Beitragsordnung, sowie der Geschäftsordnung der CDU

Für die beantragte Änderung des Statuts der CDU ist nach § 41 Satz 3 des Statuts die absolute Mehrheit der stimmberechtigten Delegierten erforderlich. Für die Abstimmung über die Änderung des Statuts, der Finanz- und Beitragsordnung und der Geschäftsführung sind die Delegierten der Exil-CDU gemäß § 28 Abs. 3 und 5 nicht stimmberechtigt. Es war ja bekannt, daß dieses Thema im Anschluß an die Ausländerpolitik aufgerufen wird. Es liegen mir zu dem gesamten Komplex keine Änderungsanträge vor. Deshalb komme ich jetzt zu den jeweiligen Abstimmungen. Sie finden diese Anträge in der Antragsbroschüre auf den Seiten 293 bis 297 sowie in der Sammlung der Initiativanträge III.

Ich rufe Antrag D 1 auf. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist so beschlossen.

Ich rufe die Anträge D 2 und D 3 auf. Die Antragskommission empfiehlt, diese Anträge gemeinsam zu behandeln. Die Antragskommission empfiehlt Annahme des Antrags D 2. Keine Wortmeldungen. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist so beschlossen.

Ich rufe die Anträge D 4 und D 8 auf. Die Antragskommission empfiehlt, diese Anträge gemeinsam zu behandeln. Wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist mit Mehrheit so beschlossen.

Ich rufe die Anträge D 5 und D 6 auf. Die Antragskommission empfiehlt, diese Anträge gemeinsam zu behandeln. Sie empfiehlt Überweisung an den Bundesvorstand. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist so beschlossen.

Ich rufe die Anträge D 7 und D 9 auf. Die Antragskommission empfiehlt, diese Anträge ebenfalls gemeinsam zu behandeln. Sie empfiehlt Annahme in der Fassung der Antragskommission. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist so beschlossen.

Ich rufe Antrag D 10 auf. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Wer der Empfehlung der Antragskommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist so beschlossen.

Ich rufe Antrag D 11 auf. Die Antragskommission empfiehlt Ablehnung. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen ist es so beschlossen.

Ich rufe den Antrag D 12 auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wer der Empfehlung der Kommission zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist so beschlossen.

Ich rufe den letzten Antrag dieses Kapitels auf, den Antrag D 13. Die Antragskommission empfiehlt Annahme. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Auch dies ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß sich eine Gesamtabstimmung hier deshalb erübrigt, weil es unterschiedliche Bereiche waren. Das bezog sich auf das Statut und die Geschäftsordnung. Es ist doch richtig, daß wir hier jetzt keine Gesamtabstimmung vorzunehmen haben? –

Dann rufe ich nun den Tagesordnungspunkt 15.2 auf:

## Beratung und Beschlußfassung aller anderen Anträge

Das ist das gesamte Kapitel der Anträge E.

Meine Damen und Herren, da wir nur noch gut zehn Minuten Zeit haben, möchte ich Ihnen vorschlagen, daß wir – bis auf eine Ausnahme, zu der ich gleich komme – jetzt nicht einfach noch beginnen; denn wir können doch nicht mehr viel schaffen. Diese Anträge haben es verdient, korrekt und ordentlich diskutiert zu werden. Deswegen schlägt das Präsidium Ihnen vor, daß wir diese Anträge überweisen, und zwar auf die Bundesausschußsitzung, also auf den Kleinen Parteitag, der am 11. Dezember stattfindet. Dann haben wir ausreichend Möglichkeit, zu debattieren.

Wie ich bereits angedeutet habe, wollte ich Ihnen vorschlagen, eine kleine Ausnahme davon zu machen. Das betrifft den Antrag E 95. Man soll ja nie Sklave seiner Beschlüsse werden. Und wenn etwas Aktuelles zu melden ist und sogar noch eine Intention des Antragstellers berücksichtigt werden kann, dann sollten wir, finde ich, dies tun. Wie gesagt, es betrifft den Antrag E 95 der Delegierten Strickl, Würzbach, Prof. Dr. Kaltefleiter und weiterer 27 Delegierter.

Hier geht es darum, daß die Bundesregierung aufgefordert wird, im Hinblick auf das viele abschreckende, zu hohe Porto für Hilfspakete nach Polen etwas zu tun.

(Zustimmung)

Der Bundespostminister, der Kollege Dr. Schwarz-Schilling, hat gebeten, zu überlegen, ob es möglich sei – weil er was Positives dazu vermelden will –, das vorzuziehen. Mein Vorschlag wäre, daß wir dies machen.

Deswegen schlage ich zum Gesamtverfahren vor, alle Anträge – bis auf den Antrag E 95 – ordnungsgemäß an den Kleinen Parteitag, an den Bundesausschuß zu überweisen, der am 11. Dezember tagt. Wenn Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind, dann bitte ich Sie –

(Zurufe)

Ja, ich habe ja gefragt. – Zur Geschäftsordnung, Herr Kollege Jäger.

**Claus Jäger:** Herr Vorsitzender, Ihr Antrag, eine Ausnahme bei der Behandlung der Anträge unter E zu machen und sie jetzt nicht alle zu überweisen, hat von der Geschäftsfrage her sicher viel für sich. Aber er ist irgendwie ungerecht. Ich wende mich trotzdem nicht gegen ihn. Aber ich meine doch, daß Anträge, die zu diesem Parteitag vorgelegt worden sind und die sich mit der Frage des besseren Schutzes für ungeborene Kinder befassen, von ihrer Wichtigkeit her der Frage des Portos für Pakete nach Polen mindestens gleichwertig sind.

(Beifall)

Ich meine, daß da aufgepaßt werden muß, daß die Wertmaßstäbe bei uns nicht verschoben werden. Der Bundeskanzler hat in seiner Replik auf die Beiträge zu seinem Rechenschaftsbericht gesagt, daß dies der Punkt sei, zu dem er sagen müsse: Da sind wir noch nicht da, wo wir sein wollen. Das ist also ein Kritikpunkt, bei dem selbst unser Regierungschef und Parteivorsitzender die Notwendigkeit für Handlungsbedarf sieht.

Ich möchte deswegen, weil mir klar ist, daß diese Anträge jetzt in der kurzen Zeit nicht mehr ordnungsmäßig beraten werden können, darum bitten, daß diese Anträge auf dem Kleinen Parteitag dann mit Vorrang behandelt werden.

(Zustimmung)

Unter dieser Voraussetzung wäre ich damit einverstanden, so zu verfahren, wie der Präsident dieses Parteitages vorgeschlagen hat.

(Beifall)

**Bernd Neumann,** Tagungspräsidium: Verehrter Kollege Jäger, wir werden dies so vorbereiten, daß das auf der Tagung des Bundesausschusses vorrangig behandelt wird. Aber gerade weil das Thema „Schutz des ungeborenen Lebens“, meine Damen und Herren, so wichtig ist, wäre es zu schade, wenn wir es hier in fünf Minuten diskutieren. Nur den einen Antrag, bei dem es noch etwas zu vermelden gibt, haben wir aus aktuellen Gründen vorgezogen.

Das Wort zur Geschäftsordnung hat nun noch Herr Lennartz.

**Leo Lennartz:** Herr Präsident, vielen Dank. – Meine lieben Parteifreunde, jetzt habe ich hier drei Tage rumgegangen.

(Zurufe)

Ich habe meinen Wahlkampf in Euskirchen verlassen, habe mich bei meinen Leuten entschuldigt und gesagt: Macht weiter, ihr müßt jetzt verdecken, daß ich drei Tage nicht dabei bin. Ich habe mein Büro im Stich gelassen und mich – wie alle anderen auch – vorbereitet. Wir haben uns insbesondere auf die Anträge zu E vorbereitet, weil die Anträge zu A, B, C, wenn Sie das richtig sehen, ja keine unmittelbaren Auswirkungen haben. Das sind zum großen Teil Absichtserklärungen. Aber unter E hätten wir heute das eine oder andere bewegen können, meinerwegen die Sache mit dem Porto für Pakete.

Ich meine aber auch, wir hätten etwas in der Frage der Ausdehnung des Kindergeldes bewegen können. Und wir hätten etwas bewegen können in der Frage: Wie ist es denn

nun eigentlich mit der Ausführung der Beschlüsse von Wiesbaden? Und ich wollte dem Herrn Vorsitzenden da schon sagen, daß er mir nicht so leicht davonkommt, wenn er sagt: Da ist in dem ganzen Jahr leider nichts passiert. Aber wir haben ja auch nicht die Mehrheit, und mit einer anderen Koalition geht es ja erst recht nicht. – Da muß ich mich schon an das halten, was der Kollege Späth heute morgen gesagt hat: Auch wenn man nicht die Mehrheit hat, muß man seine Position klarmachen und für seine Position kämpfen. Und das verlange ich von dieser CDU: daß hier für die ungeborenen Kinder nicht nur gesprochen, sondern endlich auch gekämpft wird, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Das ist das Problem der Glaubwürdigkeit draußen im Lande. Meinen Sie denn, jemand würde unsere großen Papiere lesen? Wenn ich heute abend nach Hause komme, dann fragen mich die Leute: Wie war das mit dem Antrag betreffend das Kindergeld? Und dann fragen mich die Leute: Was hat der Kohl denn gesagt, wann geht es mit dem Beratungsgesetz denn weiter? Und dann werden die mich fragen: Wie geht das denn weiter mit dem Schutz des ungeborenen Kindes? Was ist denn mit § 219 d StGB? Warum ist denn zu der ganzen Frage des § 219 d StGB, die voriges Jahr in Wiesbaden nachdrücklich besprochen und beschlossen worden ist und im Protokoll steht – das kann ja jeder nachlesen –, im Embryonenschutzgesetz überhaupt nichts gesagt worden? Und wenn man das da nicht hineinpacken will, warum packt man es dann nicht in ein anderes Gesetz? Es war ja ausdrücklich die Änderung des § 219 d StGB verlangt worden. Und die Antragskommission sagt: Damit brauchen wir uns nicht zu befassen; das ist ja durch das Embryonenschutzgesetz schon erledigt. Entweder wissen sie es nicht, oder sie erzählen uns was Falsches. Und das sind Dinge, meine Damen und Herren, über die man reden müßte.

Ich sehe natürlich, daß wir hier mit der Zeit in Schwierigkeiten kommen. Aber ich habe den Eindruck: Beim Jüngsten Gericht werden wir uns alle einmal dafür verantworten müssen, wieviel Zeit wir auch auf Parteitagen vertan haben, wo wir uns rumgebalgt haben. Der ganze Abend gestern z. B. war doch an sich verlorene Zeit.

(Glocke des Präsidenten)

Ich bin sofort fertig. Aber ich glaube, es gibt keine Redezeitbeschränkung bei Anträgen zur Geschäftsordnung.

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Das war auch nur ein freundschaftlicher Hinweis.

**Leo Lennartz**: Da haben wir, wie gesagt, viel Zeit vertan. Ich würde herzlich an alle appellieren, daß wir es beim nächsten Mal besser machen.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, wir haben hier gerade noch einmal gesagt, daß wir dieses Thema in der nächsten Bundesausschußsitzung so behandeln, daß es ausführlich diskutiert werden kann und auch Beschlüsse gefaßt werden können. Ich glaube, das ist ein akzeptables Verfahren.

Ich lasse jetzt über meinen Vorschlag abstimmen, daß wir die Anträge – bis auf den Antrag E 95 – an die kommende Bundesausschußsitzung überweisen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Kartenzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das erste war die große Mehrheit.

Zu Antrag E 95 gebe ich jetzt kurz Herrn Minister Schwarz-Schilling das Wort.

**Dr. Christian Schwarz-Schilling:** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist sehr verständlich, daß in immer stärkerem Maße der Wunsch geäußert wird, möglichst eine Portobefreiung für Pakete nach Polen vorzunehmen. Die wenigsten wissen, welche Konsequenzen das hat. Über die Hälfte dieser Porti fließt den Polen als Devisen zu. Bei dem internationalen Ausgleich bekommt nämlich derjenige am meisten vom Porto, der die Paketverteilung vorzunehmen hat, weil bei ihm auch die größte Dienstleistung entsteht. Eine Portobefreiung würde also letztlich dazu führen, daß die Polen, die einen dringenden Bedarf an Devisen haben, die ihnen ansonsten zufließenden Devisen nicht erhielten. Das muß man wissen, wenn wir über einen solchen Antrag, wie er uns jetzt vorliegt, und darüber sprechen, was wir tun oder nicht tun wollen.

Bei der damaligen Portobefreiung war es also so, daß wir nicht nur für die im deutschen Bereich entstehenden Leistungen kein Geld verlangt haben, sondern auch den anderen Ländern noch Geld überweisen mußten, obwohl wir gar kein Porto eingenommen haben. Damals entstanden Ausgaben in der Größenordnung von 120 Millionen DM.

Ich möchte deswegen folgendes sagen. Wir wollen uns alle anstrengen, um in der besonderen Situation, in der sich Polen befindet, eine entsprechende Antwort zu finden. Es gibt Überlegungen in der Bundesregierung, eine Lösung in der Art zu finden, daß von den Paketversendern der Anteil übernommen wird, den wir an Polen – die Polen haben schließlich einen dringenden Bedarf an Devisen – und an die DDR, die für die Durchleitung der Pakete einen entsprechenden Anteil zu bekommen hat, bezahlen müssen. Unter Umständen könnten wir also auf den deutschen Anteil am Porto verzichten. Das würde bedeuten, daß der Versender bei einem Paket, das zwischen 10 und 15 kg wiegt und für das heute ein Porto von 40,40 DM zu zahlen wäre, noch 23,40 DM zu zahlen hätte. Damit wäre der Anteil für Polen und für die DDR abgedeckt. Wir müßten uns innerhalb der Bundesregierung die Frage vorlegen, wie wir den deutschen Anteil – es fallen ja Dienstleistungen an, die zu bezahlen sind – begleichen. Dieser Anteil würde vom Kunden, d. h. vom Versender ja nicht übernommen. Wir stellen Überlegungen dieser Art an. Allerdings müßte eine solche Regelung, wie ich sie gerade skizziert habe, auf eine bestimmte Zeit begrenzt werden, weil wir sonst gegen internationale Verträge verstoßen würden. Man könnte höchstens drei Monate so verfahren. Ich hoffe, daß wir über diesen Punkt in den nächsten 14 Tagen zu einer Einigung in der Bundesregierung kommen.

Ich wollte Ihnen nur sagen, daß wir in dieser Richtung denken. Wir können insofern auch mit der Empfehlung der Antragskommission zu dem vorliegenden Antrag einverstanden sein. – Ich danke Ihnen.

(Beifall)

**Bernd Neumann,** Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, ich schlage nicht vor, daß wir hierüber noch diskutieren. In der Empfehlung der Antragskommission zu Antrag E 95 heißt es ja auch, es werde empfohlen, Antrag E 95 anzunehmen und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen. Wenn die Dinge in dieser Weise ihren Lauf nehmen, werden wir das Anliegen in der Bundestagsfraktion sorgsam begleiten,

fördern und unterstützen. Sind Sie damit einverstanden? – Es erhebt sich kein Widerspruch.

Ich lasse dann darüber abstimmen, ob so verfahren werden kann, wie die Antragskommission vorschlägt. Wer damit einverstanden ist, gebe bitte ein Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Es ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir, bevor ich Tagesordnungspunkt 16 – Schlußwort des Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands – aufrufe, für das Präsidium einige Bemerkungen zu machen. Wir möchten zuerst und vor allem den Delegierten, die mit großer Konzentration und Disziplin in engagierter Weise diesen Parteitag mitgestaltet haben, sehr herzlich danken. Ich bedanke mich auch bei den Kolleginnen und Kollegen im Präsidium für die Führung dieses Bundesparteitages. Unser herzlicher Dank gilt allen Vertretern von Presse, Rundfunk und Fernsehen, die uns auf diesem Parteitag begleitet und im In- und Ausland über diesen Parteitag berichtet haben.

Großer Dank gebührt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in dieser Stadthalle, die in den letzten Monaten nahezu Tag und Nacht im Einsatz waren, damit die erforderlichen Renovierungsarbeiten rechtzeitig zum Parteitagbeginn abgeschlossen werden konnten.

(Beifall)

Wir haben seitens der Stadthalle wie auch seitens der gastgebenden Stadt eine großartige Unterstützung erfahren. Ich möchte das als jemand aus dem Bereich der Opposition hier in Bremen noch einmal deutlich sagen und mich für diese Unterstützung bedanken.

(Beifall)

Sodann danke ich in Ihrem Auftrag sehr herzlich allen Beamten der Bremer Polizei, die die mit diesem Parteitag verbundenen Sicherheits- und Schutzmaßnahmen hervorragend bewältigt haben.

(Beifall)

Ich danke den Helferinnen und Helfern der Feuerwehr und des Deutschen Roten Kreuzes für ihren Einsatz.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich – sicherlich in Ihrer aller Namen – auch bei den Firmen, die unentgeltlich sowohl für den Presseempfang als auch für den Bremer Abend die gastronomische Ausrichtung übernommen haben. Wir fassen dies auch als ein Stück Unterstützung der CDU Deutschlands in ihrer wichtigen Arbeit auf.

(Beifall)

In diesen Dank beziehe ich auch die Firmen ein, die sich für die kostenlose Verpflegung der Parteitagsteilnehmer zur Verfügung gestellt haben.

(Beifall)

Ferner möchte ich mich – dies darf ich als hiesiger Parteivorsitzender sagen – sehr herzlich bei den hauptamtlichen Mitarbeitern der CDU-Landesgeschäftsstelle sowie bei allen Mitgliedern und Freunden aus Bremen und den umliegenden Kreisverbänden – so viele sind wir hier ja nicht – sehr herzlich bedanken, die sich ehrenamtlich als Hilfskräfte und Ordner zur Verfügung gestellt haben.

(Beifall)

Zum Schluß danke ich auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Bundesgeschäftsstelle für ihre Arbeit bei der Vorbereitung und der Durchführung unseres

37. Bundesparteitag. An der Spitze dieses Teams stand unser Bundesgeschäftsführer Peter Radunski.

(Beifall)

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 16 auf:

## Schlußwort des Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

Das Wort hat unser Parteivorsitzender Helmut Kohl.

**Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl**, Vorsitzender der CDU (mit Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir am Ende dieses 37. Bundesparteitages noch ein kurzes Schlußwort.

Hinter uns liegen arbeitsreiche Tage, die jedem von uns viel abverlangten. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit – lassen Sie mich das noch zu dem letzten Diskussionsbeitrag von Herrn Lennartz sagen –, dies anzuerkennen. Wir hatten uns ein großes Programm vorgenommen, und wir haben es abgewickelt. Die zeitliche Begrenzung am heutigen Tage ergibt sich einfach aus der Notwendigkeit, daß viele unserer Delegierten einen sehr weiten Weg nach Hause haben. Sie müssen bis zu acht oder neun Stunden aufwenden, um von Bremen nach Hause zu gelangen. Die zeitliche Begrenzung am heutigen Tage war von vornherein ausgemacht, und wir haben uns daran zu halten.

Ich habe Ihnen aber versprochen – der Tagungspräsident hat es ebenfalls wiederholt gesagt –, daß die Anträge – das betrifft allerdings nicht Ihre Anträge, Herr Jäger –, die zum Teil erst in den allerletzten Tagen eingereicht wurden, auf der nächsten Sitzung des Bundesausschusses in gebührender Weise behandelt werden. Es wird über die einzelnen Themen also durchaus – entsprechend ihrem Gewicht – diskutiert werden können.

(Beifall)

Ich will noch einmal wiederholen: All die Anträge, die sich auf die Themen Familie, Kinder und Schutz des ungeborenen Lebens beziehen, werden mit ganz besonderem Nachdruck in unsere Diskussion aufgenommen.

(Beifall)

Das scheint mir eine Selbstverständlichkeit zu sein.

Das erste, was ich nunmehr sagen möchte, ist ein Wort des Dankes – auch an Sie, die Delegierten. Wer viele Parteitage mitgemacht hat, weiß: Wenn sich ein Parteitag der mitternächtlichen Stunde nähert, dann wird es immer etwas schwierig, auch im Umgang miteinander. Das ist übrigens keineswegs anders im Parlament. Nachtsitzungen waren nicht allzu häufig die großen Stunden der Parlamente. Vieles von dem, was später an Ärger entstand, hat seinen Grund auch in der späten Stunde. Wir können auf einem Parteitag einer solchen Entwicklung nicht ausweichen; die wenige Zeit, die uns zur Verfügung steht, muß optimal genutzt werden. Gerade weil ich weiß, was dies für eine – auch physische – Anstrengung bedeutet, danke ich allen ganz besonders herzlich, die zu einem reibungslosen Ablauf beigetragen haben – nicht zuletzt dem Tagungspräsidium. Hier nenne ich allen voran unseren Freund Bernd Neumann, der ein glänzender Tagungspräsident war.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir haben in diesen Tagen viel darüber gesprochen, daß wir jetzt in einen Zeitabschnitt von rund 15 Monaten mit wichtigsten Wahlentscheidungen in der Bundesrepublik eintreten. Wir dürfen gleichzeitig – und in diesen Stunden ist uns das in vielfältiger Weise bewußt gemacht worden – die Augen nicht gegenüber einer Entwicklung draußen in der Welt verschließen – einer Entwicklung, die uns Deutsche besonders berührt. Ernst Albrecht war in der vergangenen Nacht in seinem Bundesland und hat dort mit Übersiedlern gesprochen und diskutiert, die über Österreich nach Niedersachsen gekommen sind. Seine Darstellung bestätigt, was uns Dorothee Wilms in diesen Tagen hier berichtet hat: Es gibt Aufbruchstimmung unter diesen jungen Deutschen aus dem anderen Teil Deutschlands, von der wir alle eigentlich nur lernen, ein Stück übernehmen können.

(Beifall)

Lebensoptimismus, Bejahung der Zukunft wie auch ein Ja zum Wagnis des Lebens – ein Stück davon täte auch uns bei den schwierigen Auseinandersetzungen der nächsten Monate sehr gut.

Wir haben hier in Bremen über unseren Kurs gesprochen. Es kann bei niemandem einen Zweifel geben – weder bei den Delegierten noch bei unseren Zuschauern oder unseren Begleitern aus den Medien –, daß unser Parteitagsmotto „Starke Mitte – gute Zukunft“ das Thema der CDU Deutschlands ist. Das war so, und das bleibt so.

(Beifall)

Wir haben über unsere Organisation gesprochen, offen, kritisch, selbstkritisch. Wer die Frage stellt: „Ist die CDU eine diskutierende Partei?“, der sollte auch einmal die Frage stellen: Welche andere Partei in Deutschland vermag es, auf einem Bundesparteitag in solcher Weise eigene Probleme zu diskutieren und, wie ich finde, auch zu einer guten Lösung – jedenfalls, was die Beschlußlage betrifft – zu führen? Ich füge aber hinzu: Wir haben die Defizite angesprochen, doch jetzt lassen sie uns, bitte, nicht nach Hause gehen und sagen: Es ist alles schön beschlossen und steht in den Akten und Dokumenten des Parteitags – und im übrigen tun wir gar nichts. Was als Defizit angesprochen worden ist, muß als Defizit beseitigt werden. Das ist der Sinn dieses Parteitags, und das wollen wir tun.

(Beifall)

Wir haben Personalentscheidungen zu treffen gehabt, Wahlen, wie sie gemäß dem Statut unserer Partei alle zwei Jahre stattfinden. Es waren Wahlen, die dieses Mal sehr viel mehr dramatische Akzente hatten als bei früheren Gelegenheiten, auch aus der Sicht der Öffentlichkeit – Wahlen, die im Ergebnis von uns allen respektiert werden.

Meine Damen und Herren, ich will hier von mir aus in einem persönlichen Wort an Lothar Späth sagen: Ich bitte ihn auch für die Zukunft um eine gute Zusammenarbeit in einer Weise, die seiner Persönlichkeit gemäß ist und die für unsere Partei insgesamt gut ist. Ich hoffe, das wird so sein.

(Beifall)

Wir haben uns über wichtige inhaltliche Fragen unterhalten, und meine Bitte ist – vor allem gegenüber den Repräsentanten der Medien –, daß ungeachtet der Personalfragen und -diskussionen vor allem auch diese Themen herausgestellt werden.

Zum Thema „Umweltschutz“ – „Unsere Verantwortung für die Schöpfung“ – und zum Thema „Ausländer- und Asylpolitik“ haben wir sehr wichtige Beschlüsse gefaßt. Ich glaube, beide Themen haben in der Interpretation, die wir gegeben haben – auch in

der Art, wie darüber diskutiert wurde und wie dann schließlich Formulierungen gefunden wurden – deutlich gemacht, daß heute mehr denn je die Politik des Tages wie die Politik für die Welt von morgen von unseren grundlegenden Prinzipien ausgehen muß: von dem, was das „C“ für uns verpflichtend macht, dem christlichen Menschenbild, dem Sittengesetz. Man kann eben Schöpfung nicht nur unter rein ökonomischen Gesichtspunkten betrachten: In den wenigen Jahren bis zur Jahrtausendwende haben wir noch Chancen – und zugleich die Pflicht –, Erbe zu sichern, um es an die nächste Generation weiterzugeben, damit sie in einer intakten Schöpfung leben kann.

Zu unserer Verantwortung für die nächste Generation gehört auch, daß in der Bundesrepublik Deutschland nie mehr eine Ideologie die Macht ergreifen darf, die Ausländerfeindlichkeit auf ihre Fahnen schreibt – die dem Menschen, dem Nächsten, dem Nachbarn seine Würde abspricht. Daran haben wir uns in den vergangenen vierzig Jahren gehalten. Dies ist die Mahnung nicht zuletzt jenes 1. September 1939, dessen 50. Wiederkehr wir – gemeinsam mit vielen anderen Menschen und Völkern – vor kurzem gedachten. Wir sind und bleiben weltoffen.

(Beifall)

Wir sind und bleiben die Partei, die fähig und willens ist, aus der Geschichte zu lernen und daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

Mit einem Wort, liebe Freunde – bei allem, was quirlig, lebendig, unruhig, um es einmal freundlich auszudrücken, auf diesem Parteitag war –: Dieser Parteitag hat die ganze lebendige Kraft der Christlich Demokratischen Union Deutschlands bewiesen: einer Partei, die auf eine große Geschichte verweisen kann, die sich aber auf dieser Geschichte nicht ausruht, sondern nach vorne schaut, und das bedeutet, daß wir zusammen um die Mehrheit bei den kommenden wichtigen Wahlen kämpfen müssen, insbesondere bei der Bundestagswahl Ende 1990.

Es gibt viele Indizien dafür, daß wir nicht nur eine gute Chance haben, sondern daß wir diese Wahl gewinnen werden, wenn wir es gemeinsam wollen.

(Beifall)

Ich bin sicher: Wir alle wollen dies. Wir alle wissen, welche Verantwortung uns angesichts der Alternativen auferlegt ist, die sich in der Bundesrepublik für die nächsten Jahre abzeichnen.

Liebe Freunde, ganz einfach herzlichen Dank für Ihr Mittun. Meine Bitte an Sie alle ist: Tragen wir das, was wir hier erarbeitet haben, hinaus, sprechen wir mit unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern darüber, daß hier die Kraft der Mitte einmal mehr bewiesen hat, daß sie Zukunft verkörpert. Zukunft verkörpern, das heißt für uns immer auch, an unser Vaterland zu denken, Patriotismus im besten Sinne des Wortes zu leben, Verantwortung für Deutschland, die wir in diesen Tagen vielleicht mehr als sonst spüren, weil die erwartungsvollen Augen gerade so vieler junger Menschen, die aus der DDR zu uns kommen, auf uns gerichtet sind. Ihre Frage „Ist das unser Deutschland?“ wollen wir so aufnehmen, wie wir es am Ende unserer Parteitage immer getan haben, mit unserer Nationalhymne „Einigkeit und Recht und Freiheit“, denn darin ist alles beschrieben, was unser Sinnen und Trachten für die Zukunft unseres Vaterlandes bedeutet.

Die Anwesenden erheben sich und singen die Nationalhymne.

**Bernd Neumann**, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, der 37. Bundestag ist damit beendet.

(Schluß: 12.42 Uhr)



## Anhang I

### **Beschlußprotokoll** des 37. Bundesparteitages 11.–13. September 1989 – Bremen

#### Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlußfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der Stimmzählkommission
7. Grußworte
8. Abgabe der satzungsgemäß erforderlichen Berichte
  - 8.1 Bericht des Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB
  - 8.2 Bericht des Generalsekretärs der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Dr. Heiner Geißler MdB
  - 8.3 Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Alfred Dregger MdB
  - 8.4 Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP
  - 8.5 Bericht des Bundesschatzmeisters der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, Walther Leisler Kiep, und Vorlage des Rechenschaftsberichtes 1987 zur Erörterung (§ 23 Abs. 2 Parteiengesetz)  
Einführung: Bundesschatzmeister Walther Leisler Kiep
9. Aussprache zu den Berichten
10. Bericht der Rechnungsprüfer
11. Bericht der Mandatsprüfungskommission
12. Entlastung des Bundesvorstandes

13. Wahl des Bundesvorstandes
  - 13.1 Wahl des Bundesvorsitzenden
  - 13.2 Wahl des Generalsekretärs
  - 13.3 Wahl der 7 Stellvertretenden Bundesvorsitzenden
  - 13.4 Wahl des Bundesschatzmeisters
  - 13.5 Wahl der 20 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes
14. Wahl der Rechnungsprüfer
15. Beratung und Beschlußfassung der Anträge

Antrag des Bundesausschusses:  
„Moderne Parteiarbeit in den 90er Jahren“  
Einführung: Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB

Antrag des Bundesvorstandes:  
„Unsere Verantwortung für die Schöpfung“  
Einführung: Bundesminister Prof. Dr. Klaus Töpfer

Antrag des Bundesvorstandes:  
„Vorlage zur Ausländer- und Asylpolitik“  
Einführung: Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble MdB

  - 15.1 Beratung und Beschlußfassung der Anträge zur Änderung des Statuts, der Finanz- und Beitragsordnung sowie der Geschäftsordnung der CDU
  - 15.2 Beratung und Beschlußfassung aller anderen Anträge
16. Schlußwort des Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

**Zu TOP 2:** Folgendes **Tagungspräsidium** wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

**Tagungspräsident:**

Bernd Neumann MdB

**Beisitzer:**

Christoph Böhr MdL  
Manfred Carstens MdB  
Hansjürgen Doss MdB  
Jürgen Echternach MdB  
Roswitha Erlenwein MdBB  
Leni Fischer MdB  
Rudi Geil MdL  
Otti Geschka  
Wilfried Hasselmann MdL  
Dr. Renate Hellwig MdB  
Peter Jacoby MdL  
Peter Kudella MdBB  
Klaus Landowsky MdA  
Henning Lemmer  
Dr. Helmut Linssen MdL  
Albrecht Martin MdL  
Laurenz Meyer  
Ingrid Roitzsch MdB  
Helmut Sauer MdB  
Dr. Rudolf Sprung MdB  
Erwin Teufel MdL  
Roswitha Verhülsdonk MdB  
Dieter Völkner  
Dr. Horst Waffenschmidt MdB  
Elke Wülfing

**Zu TOP 3:** Die vorstehende **Tagesordnung** wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig angenommen.

Außerdem wurde einstimmig beschlossen, folgende Einreichungsfristen festzulegen:

Für Kandidatenvorschläge für die Wahl zum Bundesvorstand:

**Montag, 11. September 1989, 14.30 Uhr,**

für alle Anträge, außer zur Ausländer- und Asylpolitik:

**Montag, 11. September 1989, 17.00 Uhr,**

für Anträge zur Ausländer- und Asylpolitik:

**Dienstag, 12. September 1989, 17.00 Uhr.**

**Zu TOP 4:**

Die vom Bundesvorstand eingesetzte **Antragskommission** wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt einstimmig bestätigt:

**Vorsitzender:**

Dr. Heiner Geißler MdB

**Stellv. Vorsitzender:**

Peter Radunski

**Weitere Mitglieder:**

Ursula Benedix-Engler	Dr. Paul Laufs MdB
Christoph Böhr MdL	Albrecht Martin MdL
Gerhard Braun	Prof. Dr. Werner Münch MdEP
Birgit Breuel MdL	Dr.-Ing. Dieter Murmann
Dr. Berthold Budell MdL	Günter Niederbremer MdBB
Manfred Carstens MdB	Elmar Pieroth MdA
Ulf Fink MdA	Prof. Dr. Günter Rinsche MdEP
Dirk Erik Fischer MdB	Ingrid Roitzsch MdB
Leni Fischer MdB	Dr. Wolfgang Schäuble MdB
Ludwig Gerstein MdB	Christian Schede
Johannes Gerster MdB	Hans Terlinden
Otti Geschka	Erwin Teufel MdL
Dr. Reinhard Göhner MdB	Christa Thoben MdL
Kurt-Dieter Grill MdL	Prof. Dr. Klaus Töpfer
Lothar Hegemann MdL	Roswitha Verhülsdonk MdB
Dr. Renate Hellwig MdB	Dr. Horst Waffenschmidt MdB
Dr. Ottfried Hennig MdB	Matthias Wissmann MdB
Barbara John	Jürgen Wohlrabe MdA
Dr. Franz-Josef Jung MdL	Werner Zeyer
Peter Jungen	

**Zu TOP 5:**

In die **Mandatsprüfungskommission** wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

**Vorsitzender:**

Andreas Penning

**Beisitzer:**

Ulrich Stechele  
Karl Rauber  
Karl Schumacher

**Zu TOP 6:** In die **Stimmzählkommission** wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

**Vorsitzender:**

Hans-Joachim Woelke

**Weitere Mitglieder:**

Udo Abel	Willi Kierdorf
Winfried Adams	Karl F. Kinting
Carl Andresen	Rudolf Klem
Norbert Arnold	Marlies Kohnle-Gros
Anton Auer	Aribert Kopnarski
Klemens Baumgärtner	Hans-Jürgen Kuhl
Detlev Bendel	Hans-Gerd Lelickens
Hans Bender	Günther Lenk
Hubert Benning	Josef Lipke
Bernd Bentz	Annette Maltry
Matthias Biergans	Reinhold Meisel
Helmut Blümel	Norbert Metz
Georg Brokelmann	Roland Mitschke
Günter Brummundt	Jochen Pöppel
Heinz Budde	Christian Sönksen
Rose Maria Choitz	Jürgen Schick
Uwe Dietrich	Hans Schuler
Manfred Dittmann	Günter Schulze
Heinz Doll	Helmuth Schwartz
Heinz-Jürgen Engberding	Stefan Stinner
Franz Feldmann	Klaus Thomas
Karl-Heinz Fokken	Hans-J. Treuer
Rudi Fuchs	Lothar Weicherding
Michael Fuisting	Paul Westeppe
Frieder Fundis	Franz Wiemann
Rainer Hascher	Paul Wildanger
Ottmar Jusa	Hermann Josef Wolff
Wolf-Joachim Kühne	Werner Wolff
Udo Kamperdick	Manfred Wynands
Ulrich Keiluweit	Jochen von Allwörden

**Zu TOP 8.1./9:** Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB, zustimmend zur Kenntnis.

**Zu TOP 8.2./9:** Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Generalsekretärs, Dr. Heiner Geißler MdB, zustimmend zur Kenntnis.

**Zu TOP 8.3./9:** Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU- Fraktion im Deutschen Bundestag, Dr. Alfred Dregger MdB, zustimmend zur Kenntnis.

**Zu TOP 8.4./9:** Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Günter Rinsche MdB, zustimmend zur Kenntnis.

- Zu TOP 8.5./9:** Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Bundesschatzmeisters, Walther Leisler Kiep, zustimmend zur Kenntnis.
- Zu TOP 8.5./9:** Der Bundesparteitag nahm den Rechenschaftsbericht 1987 nach Erörterung (§ 23 Abs. 2 Parteiengesetz) zustimmend zur Kenntnis.
- Zu TOP 10:** Der Bundesparteitag nahm den Bericht der Rechnungsprüfer zustimmend zur Kenntnis.
- Zu TOP 11:** Die Mandatsprüfungskommission des 37. Bundesparteitages erstattete folgenden **Bericht:**

„Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!  
Liebe Parteifreunde!

Die von Ihnen eingesetzte Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft. Wir konnten dabei feststellen, daß alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind. Die entsprechenden Wahlprotokolle einschließlich der Erklärungen der jeweils zuständigen Parteigerichte liegen vollständig bei den Akten der Bundesgeschäftsstelle.

Nach § 28 unseres Statuts besteht der Bundesparteitag aus 750 voll stimmberechtigten Delegierten der Landesverbände. Die Exil-CDU entsendet 30 nicht voll stimmberechtigte Delegierte.

Die Mandatsprüfungskommission hat eine Erklärung des Leiters der Abteilung Verwaltung der Bundesgeschäftsstelle entgegengenommen, daß alle Landesverbände die nach § 22 Abs. 2 des Statuts für die Anerkennung des Stimmrechts erforderlichen Beiträge an die Bundespartei abgeführt haben. Nach unseren Feststellungen waren um 19.30 Uhr von den 750 voll stimmberechtigten Mitgliedern des Bundesparteitages 750 anwesend.

Von den 30 Delegierten der Exil-CDU sind traditionell alle 30 anwesend.

Der Bundesparteitag ist beschlußfähig. – Danke schön.

gez. Andreas Penning

gez. Ulrich Stechele

gez. Karl Rauber

gez. Karl Schumacher“

Der Bundesparteitag nahm den Bericht der Mandatsprüfungskommission zustimmend zur Kenntnis.

- Zu TOP 12:** Der Bundesparteitag erteilte dem Bundesvorstand auf Antrag der Rechnungsprüfer in offener Abstimmung bei einigen Gegenstimmen und mehreren Stimmenthaltungen Entlastung für die Rechnungsjahre 1987 und 1988. Die Mitglieder des Bundesvorstandes haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

**Zu TOP 13:** Wahl des Bundesvorstandes

**Zu TOP 13.1.: Wahl des Bundesvorsitzenden**

Es wurde gewählt:

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	738
Enthaltungen:	20
Ungültig:	—
Gültige Stimmen:	718
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	360
Ja:	571
Nein:	147

**Zu TOP 13.2.: Wahl des Generalsekretärs**

Es wurde gewählt:

Volker Rühle MdB

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	746
Enthaltungen:	38
Ungültig:	4
Gültige Stimmen:	704
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	353
Ja:	628
Nein:	76

**Zu TOP 13.3.: Wahl der 7 Stellvertretenden Bundesvorsitzenden**

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	731
Enthaltungen:	—
Ungültig:	1
Gültige Stimmen:	730
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	366

Es wurden gewählt:

1. Dr. Norbert Blüm MdB	594
2. Dr. Ernst Albrecht MdL	438
3. Dr. Gerhard Stoltenberg MdB	424
4. Prof. Dr. Rita Süßmuth MdB	423
5. Dr. Heiner Geißler MdB	418
6. Christa Thoben MdL	389
7. Dr. Walter Wallmann MdL	385

**Wahlergebnis der nicht gewählten Kandidaten:**

1. Dr. Lothar Späth MdL	357
2. Eberhard Diepgen MdA	311

**Zu TOP 13.4: Wahl des Bundesschatzmeisters**

Es wurde gewählt:

Walther Leisler Kiep

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	599
Enthaltungen:	57
Ungültig:	1
Gültige Stimmen:	541
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	271
Ja:	397
Nein:	144

**Zu TOP 13.5.: Wahl der 20 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes**

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	715
Enthaltungen:	—
Ungültig:	4
Gültige Stimmen:	711
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	356

Es wurden gewählt:

1. Prof. Dr. Klaus Töpfer	678
2. Dr. Wolfgang Schäuble MdB	660
3. Eberhard Diepgen MdA	648
4. Dr. Hanna-Renate Laurien MdA	628
5. Erwin Teufel MdL	601
6. Dr. Bernhard Vogel MdL	586
7. Birgit Breuel MdL	560
8. Wilfried Hasselmann MdL	547
9. Dr. Horst Waffenschmidt MdB	512
10. Dr. Renate Hellwig MdB	510
11. Barbara Schäfer MdL	507
12. Matthias Wissmann MdB	472
13. Roswitha Verhülndonk MdB	469
14. Elmar Pjeroth MdA	460
15. Dr. Bernhard Worms MdL	460
16. Dr. Christian Schwarz-Schilling MdB	449
17. Leni Fischer MdB	445
18. Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf MdB	401
19. Christoph Böhr MdL	401
20. Alexander Graf von Schwerin	397

**Wahlergebnis der nichtgewählten Kandidaten:**

1. Ulf Fink MdA	370
2. Stefan Schwarz	289

**Zu TOP 14:** Zu Rechnungsprüfern für die Jahre 1989 bis 1991 wurden in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig gewählt:

Dr. Franz Möller MdB

Ferdinand Tillmann MdB

**Zu TOP 15:**

Der Bundesparteitag faßte nach eingehender Aussprache über den Antrag des Bundesausschusses

**„Moderne Parteiarbeit in den 90er Jahren“**

in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut des Antrages des Bundesausschusses sowie der dazu gehörenden Anträge des Bundesvorstandes, der Landes- und Kreisverbände der CDU sowie der Bundesvereinigungen ist in der Broschüre „Anträge und Empfehlungen der Antragskommission des 37. Bundesparteitages“ oder zusammen mit den Initiativanträgen von mindestens 30 Delegierten in der „Sammlung der Initiativanträge und Empfehlungen der Antragskommission III“ abgedruckt.)

- Annahme der Anträge A 1 und A 3 in der Fassung der Antragskommission
- Ablehnung der Anträge A 2, A 4, A 5 und A 6

**Präambel****Ziffer 1:**

- Annahme der Anträge A 7 bis A 9, A 11, A 13, A 17, A 23 und A 25 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge A 10, A 12, A 16, A 18 bis A 20 und A 425
- Ablehnung der Anträge A 14, A 15, A 21, A 22, A 24, A 26 und A 426

**Ziffer 2:**

- Annahme der Anträge A 27, A 29, A 31 und A 39 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge A 33, A 35 und A 427
- Ablehnung der Anträge A 28, A 30, A 32, A 34, A 36 bis A 38, A 40 und A 41

**I. Repräsentanz in staatlichen Vertretungskörperschaften****Ziffer 3:**

- Annahme der Anträge A 42 bis A 44 in der Fassung der Antragskommission
- Ablehnung der Anträge A 45 bis A 48 und A 428

**Ziffer 4:**

- Annahme von Antrag A 49

#### **Ziffer 5**

- Annahme der Anträge A 50, A 62 und A 65 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung von Antrag A 64
- Erledigung von Antrag A 59 durch Beschlußfassung zu Ziffer 10
- Überweisung von Antrag A 58 an die CDU-Landtagsfraktionen und an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Ablehnung der Anträge A 51, A 52 bis A 57, A 60, A 61 und A 63 sowie A 66

#### **Ziffer 6:**

- Annahme der Anträge A 67, A 69 und A 72
- Überweisung des Antrages A 68 an die CDU-Landtagsfraktionen und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Ablehnung der Anträge A 70 und A 71

#### **Ziffer 7:**

- Annahme der Anträge A 73, A 75, A 76 und A 78 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge A 81, A 84, A 87 und A 88
- Erledigung von Antrag A 80 durch Beschlußfassung zu Ziffer 5
- Überweisung des Antrages A 83 an die CDU-Landtagsfraktionen und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Ablehnung der Anträge A 74, A 77, A 79, A 82, A 85 und A 86

#### **Ziffer 8:**

- Annahme der Anträge A 89, A 90 und A 93 in der Fassung der Antragskommission
- Erledigung von Antrag A 91 durch Beschlußfassung zu Ziffer 7
- Ablehnung der Anträge A 92, A 94 bis A 96

#### **Ziffer 9:**

- Ablehnung der Anträge A 97 bis A 99, A 101 und A 429
- (Behandlung von Antrag A 100 zusammen mit Antrag A 173)

#### **Ziffer 10:**

- Annahme der Anträge A 102 bis A 104, jeweils 1. Absatz, in der Fassung der Antragskommission
- Erledigung von Antrag A 111
- Ablehnung der Anträge A 102 bis A 104, jeweils 2. Absatz, A 105 bis A 110, A 112 und A 430

## **II. Aktive und informierte Mitgliedschaft als Basis einer Volkspartei**

### **Ziffer 11:**

- Annahme der Anträge A 113 und A 115
- Ablehnung der Anträge A 114, A 116 und A 117

### **Ziffer 12:**

- Annahme der Anträge A 118 bis A 120 in der Fassung der Antragskommission
- (Behandlung von Antrag A 431 zusammen mit den Anträgen E 1, E 3 und E 89)
- Erledigung von Antrag A 431 durch Annahme der Anträge E 1 und E 3 in der Fassung der Antragskommission
- Überweisung von Antrag A 431 an die Kommission „Deutschland 2000“ als Material
- Ablehnung von Antrag A 432

### **Ziffer 13:**

- Annahme der Anträge A 121 bis A 123, A 128, A 130 und A 132 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung von Antrag A 124
- (Behandlung der Anträge A 125, A 129 und A 131 bei Ziffer 35)
- Überweisung von Antrag A 433 an den Bundesvorstand
- Ablehnung der Anträge A 126, A 127 und A 133

### **Ziffer 14:**

- Annahme der Anträge A 134 bis A 138 in der Fassung der Antragskommission
- Ablehnung von Antrag A 139

### **Ziffer 15:**

- Annahme der Anträge A 140 und A 141

### **Ziffer 16:**

- Annahme der Anträge A 142 und A 144 in der Fassung der Antragskommission
- Überweisung von Antrag A 143 an die Ministerpräsidenten der CDU-regierten Bundesländer
- Ablehnung der Anträge A 145 bis A 147

## **III. Bürgernahe Formen der Parteiarbeit**

### **Ziffer 17:**

- Annahme von Antrag A 148
- Erledigung von Antrag A 150 durch Beschlußfassung zum Antrag A 153
- Ablehnung der Anträge A 149 und A 151

**Ziffer 18:**

- Annahme der Anträge A 152 und A 153 in der Fassung der Antragskommission

**Ziffer 19:**

- Annahme der Anträge A 154 und A 155
- dadurch Erledigung der Anträge A 156 und A 157

**Ziffer 20:**

- Annahme der Anträge A 158 und A 159
- dadurch Erledigung von Antrag A 161
- Ablehnung von Antrag A 160

**Ziffer 21:**

- Annahme der Anträge A 162, A 163, A 165 und A 167 in der Fassung der Antragskommission
- Erledigung von Antrag A 164 durch die Vorschrift des § 26 der Geschäftsordnung der CDU

**Ziffer 22:**

- Annahme der Anträge A 166, A 168 und A 170 bis A 172 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung von Antrag A 169

**Ziffer 23:**

- Annahme der Anträge A 100, A 173, A 174, A 176 und A 178 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung von Antrag A 177
- Ablehnung von Antrag A 175

**Ziffer 24:**

- Annahme der Anträge A 179 und A 183
- Ablehnung der Anträge A 180 bis A 182, A 184 und A 185

**IV. Organisation als Voraussetzung für erfolgreiche Parteiarbeit**

**Ziffer 25:**

- Annahme der Anträge A 186 (Absatz 1 bis 3) bis A 188, A 191, A 193 bis 195 und A 434 in der Fassung der Antragskommission
- Erledigung von Antrag A 190
- Ablehnung der Anträge A 186 (Absatz 4), A 189 und A 192

**Ziffer 26:**

- Annahme von Antrag A 196

**Ziffer 27:**

- Annahme der Anträge A 197 und A 198
- (Behandlung der Anträge A 199 und A 201 bei Ziffer 33)
- Ablehnung von Antrag A 200 und A 435

**Ziffer 28:**

- Annahme der Anträge A 202 bis A 206 in der Fassung der Antragskommission

**Ziffer 29:**

- Annahme der Anträge A 207, A 208, A 210 und A 212 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung von Antrag A 209
- Ablehnung von Antrag A 211

**Ziffer 30:**

- Annahme der Anträge A 213, 1. Spiegelstrich, Absatz 1, und 3. Spiegelstrich, A 215, A 226, A 227, A 230, A 232, A 234 und A 436 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge A 213, 2. Spiegelstrich, A 216, A 218, A 219, A 221, A 222, A 224, A 228, A 229, E 9 und E 11
- Ablehnung der Anträge A 213, 1. Spiegelstrich, Absatz 2, A 214, A 217, A 220, A 223, A 225, A 231 und A 233

**Ziffer 31:**

- Annahme der Anträge A 235, A 248, 2. Absatz, A 257, 1. Satz, und A 259 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge A 240, A 248, 1. Absatz, und A 250
- Ablehnung der Anträge A 236 bis A 239, A 241 bis A 247, A 249, A 251 bis A 256, A 257, 2. Satz, A 258, A 260, A 261 und A 437

**Ziffer 32:**

- Annahme von Antrag A 262
- Überweisung von Antrag A 265 als Material an die Vorsitzenden der CDU-Landesverbände
- Ablehnung der Anträge A 263, A 264, A 266 bis A 268 und A 438

**Ziffer 33:**

- Annahme der Anträge A 269, A 270, A 274 und A 280 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge A 199, A 201 und A 277, Satz 1
- Ablehnung der Anträge A 271 bis A 273, A 275, A 276, A 277, Satz 2, A 278, A 279 und A 281

**Ziffer 34:**

- Annahme von Antrag A 282
- Ablehnung von Antrag A 283 und A 439

**Ziffer 35:**

- Annahme von Antrag A 129
- Ablehnung der Anträge A 125, A 131, A 284 bis A 289 sowie E 6 und E 14

**Ziffer 36:**

- Annahme der Anträge A 290 bis A 294 (ohne den letzten Satz) in Verbindung mit einem Zusatzantrag der Frauen-Union der CDU, A 296, A 300, A 303 und A 306, Satz 2, in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung von Antrag A 304
- Erledigung von Antrag A 305 durch Beschlußfassung zu Ziffer 28
- Ablehnung der Anträge A 295, A 297 bis A 299, A 301, A 302 und A 307

**V. Finanzen****Ziffern 37 bis 44:**

- Annahme des Antrages A 424 in der Fassung der Antragskommission (Absätze 1 bis 3)
- Überweisung der Anträge A 308 bis A 420 sowie A 440 bis A 442 an die Bundesvorstandskommission als berichtspflichtiges Material
- dadurch Erledigung des Kapitels V. Finanzen einschließlich der Empfehlungen

**VI. Schlußfolgerungen****Ziffer 45:**

- Annahme von Antrag A 421
- Ablehnung von Antrag A 422

In der Schlußabstimmung wurde der Antrag

„Moderne Parteiarbeit in den 90er Jahren“

bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen mit großer Mehrheit angenommen.

Die endgültige Fassung des beschlossenen Antrages ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 37. Bundesparteitag.

Zu TOP 15:

Der Bundesparteitag faßte nach eingehender Aussprache über den Antrag des Bundesvorstandes

### „Unsere Verantwortung für die Schöpfung“

in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut des Antrages des Bundesvorstandes sowie der dazu gehörenden Anträge der Landes- und Kreisverbände der CDU sowie der Bundesvereinigungen ist in der Broschüre „Anträge und Empfehlungen der Antragskommission des 37. Bundesparteitages“ oder zusammen mit den Initiativanträgen von mindestens 30 Delegierten in der „Sammlung der Initiativanträge und Empfehlungen der Antragskommission II“ abgedruckt.)

#### **Präambel**

- Annahme der Anträge B 1 bis B 4 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung von Antrag B 8
- Ablehnung der Anträge B 5 bis B 7

Unsere Verantwortung für die Schöpfung

#### **Ziffer 1:**

- Annahme der Anträge B 9, B 11 und B 14 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 10 und B 13, B 15 bis B 17
- (Behandlung von Antrag B 19 bei Ziffer 3)
- Ablehnung von Antrag B 18

#### **Ziffer 2:**

- Annahme der Anträge B 20 und B 22 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung von Antrag B 23
- Ablehnung von Antrag B 21

#### **Ziffer 3:**

- Annahme der Anträge B 24, B 26 und B 31 bis B 33 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 19, B 25, B 29 und B 30
- Ablehnung der Anträge B 27 und B 28

#### **Ziffer 4:**

- Annahme von Antrag B 34
- Erledigung der Anträge B 36 und B 37 durch Beschlußfassung zu Ziffer 3
- Ablehnung von Antrag B 35

#### **Ziffer 5:**

- Annahme der Anträge B 38 und B 44 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 40, B 43 und B 45
- Ablehnung der Anträge B 39, B 41, B 42 und B 46

## **Lebensraum Natur**

### **Ziffer 6:**

- Annahme der Anträge B 47, B 48, B 51, B 53 bis B 55, B 184 und B 204 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 50 und B 52
- Ablehnung von Antrag B 49

### **Ziffer 7:**

- Annahme der Anträge B 56, B 58, B 59, B 63, B 65 und B 69 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 62, B 64 und B 66
- Erledigung der Anträge B 60 und B 61 durch Beschlußfassung zu Ziffer 6
- (Behandlung von Antrag B 57 und B 85 zusammen mit dem Antrag E 28, von Antrag B 67 zusammen mit Antrag E 27)

### **Ziffer 8:**

- Annahme der Anträge B 70 und B 71 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 74 bis B 79
- Ablehnung von Antrag B 73
- (Behandlung von Antrag B 72 bei Ziffer 23)

### **Ziffer 9:**

- Annahme der Anträge B 80 bis B 82, B 84, B 87, B 88 und B 233 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 91, B 92, B 95, B 96 und B 290
- Ablehnung der Anträge B 83, B 86, B 89, B 90 und B 94
- Erledigung von Antrag B 85 und B 93 durch Beschlußfassung zu Ziffer 7

### **Ziffer 10:**

- Annahme der Anträge B 97, B 99, B 104 und B 105 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 100, B 102, B 103, B 107 und B 109
- Ablehnung der Anträge B 101, B 106, B 108, B 110 und B 111
- (Behandlung von Antrag B 98 bei Ziffer 23)

### **Ziffer 11:**

- Annahme der Anträge B 112, B 113, B 116, B 118 bis B 121 und B 123 bis B 127 in der Fassung der Antragskommission
- Ablehnung von Antrag B 117

**Ziffer 12:**

- Annahme von Antrag B 128
- dadurch Erledigung der Anträge B 129 und B 130

**Ziffer 13:**

- Annahme der Anträge B 131 bis B 133 in der Fassung der Antragskommission
- Ablehnung von Antrag B 134

**Ziffer 14:**

- Annahme der Anträge B 135 bis B 137 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 138 und B 139
- Ablehnung von Antrag B 140

**Ziffer 15:**

- Annahme der Anträge B 141 und B 146 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 142 und B 144
- Ablehnung der Anträge B 143, B 145 und B 147 bis B 149

**Umweltschutz als Bürgerpflicht****Ziffer 16:**

- Annahme der Anträge B 150, B 151 und B 154 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 156 bis B 159, B 161 und B 162
- Ablehnung der Anträge B 153, B 155 und B 160
- (Behandlung von Antrag B 152 zusammen mit Antrag B 636)

**Ziffer 17:**

- Annahme von Antrag B 163
- dadurch Erledigung der Anträge B 165 und B 166
- Ablehnung der Anträge B 164 und B 167 bis B 169

**Ziffer 18:**

- Annahme der Anträge B 170 und B 171 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 173, B 176 und B 177
- Ablehnung der Anträge B 174, B 175, B 178 und B 179
- Erledigung von Antrag B 172 durch Beschlußfassung zu Ziffer 17

**Ziffer 19:**

- Annahme der Anträge B 180, B 181 und B 183 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung von Antrag B 185
- (Behandlung von Antrag B 184 bei Ziffer 6)
- Ablehnung der Anträge B 182 und B 637

**Ziffer 20:**

- Annahme von Antrag B 186
- dadurch Erledigung der Anträge B 187 und B 188
- Ablehnung der Anträge B 189 und B 190

**Ziffer 21:**

- Annahme der Anträge B 191 und B 222 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 194 bis B 196 und B 198
- (Behandlung der Anträge B 192 bei Ziffer 62, von B 193 bei Ziffer 63 sowie von B 197 bei Ziffer 25)

**Ziffer 22:**

- Annahme der Anträge B 199, B 200, B 202 und B 203 in der Fassung der Antragskommission
- Ablehnung von Antrag B 201
- (Behandlung von Antrag B 204 bei Ziffer 6)

**Ziffer 23:**

- Annahme der Anträge B 205 bis B 210 und B 213 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 72 und B 98
- Ablehnung von Antrag B 212
- (Behandlung von Antrag B 211 bei Ziffer 25)

**Ziffer 24:**

- Annahme der Anträge B 214 bis B 216 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 217 bis B 219

**Ziffer 25:**

- Annahme der Anträge B 220, B 223, B 228, B 229, B 232, B 234 und E 36 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 197, B 221, B 224, B 235, B 240, B 241, B 245 und B 247
- Ablehnung der Anträge B 225 bis B 227, B 230, B 231, B 237 bis B 239, B 242 bis B 244, B 246, B 248 und B 249
- (Behandlung der Anträge B 236 und B 250 bei Ziffer 62, des Antrages B 222 bei Ziffer 21, des Antrages B 233 bei Ziffer 9)

## **Schutz und Erhaltung einer lebenswerten Umwelt: Globale Herausforderung für Umweltpartnerschaft**

### **Ziffer 26:**

- Annahme der Anträge B 251, B 252, B 254, B 256, B 259 und B 266 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 257, B 260, B 264, B 265, B 267 und B 268
- Ablehnung der Anträge B 253, B 258 und B 263
- (Behandlung von Antrag B 255 bei Ziffer 28, von Antrag B 261 bei Ziffer 31)

### **Ziffer 27:**

- Annahme der Anträge B 269, B 270, B 276 und B 280 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung von Antrag B 273
- Ablehnung der Anträge B 271, B 272, B 274, B 275, B 277 bis B 279, B 281 bis B 287

### **Ziffer 28:**

- Annahme von Antrag B 288
- dadurch Erledigung der Anträge B 255, B 294, B 297, B 298, B 302 und B 303
- Ablehnung der Anträge E 35, B 291 bis B 293, B 296, B 300 und B 304
- (Behandlung von Antrag B 290 bei Ziffer 9, von Antrag B 289 bei Ziffer 40, von Antrag B 295 bei Ziffer 29, von Antrag B 299 bei Ziffer 30, von Antrag B 301 bei Ziffer 36)

### **Ziffer 29:**

- Annahme von Antrag B 305
- dadurch Erledigung der Anträge B 295, B 308 und B 310
- Ablehnung der Anträge B 306, B 307 und B 309

### **Ziffer 30:**

- Annahme der Anträge B 311 und B 299 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung von Antrag B 312

### **Ziffer 31:**

- Annahme von Antrag B 313
- dadurch Erledigung der Anträge B 314, B 315 und B 261

Umweltpolitik in Europa

### **Ziffer 32:**

- Annahme von Antrag B 316
- dadurch Erledigung der Anträge B 317 und B 318

**Ziffer 33:**

- Annahme der Anträge B 319 und B 321 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 320, B 322 bis B 324, B 328 bis B 330
- Ablehnung der Anträge B 326 und B 327
- Überweisung von Antrag B 325 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

**Ziffer 34:**

- Annahme der Anträge B 331, B 333, B 335 und B 337 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 332, B 334, B 336 und E 34

**Ziffer 35:**

- Annahme der Anträge B 338 und B 339 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 340 und B 341

**Ziffer 36:**

- Annahme der Anträge B 342, B 343, B 346, B 347 und B 352 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 346, B 349, B 350 und B 354 bis B 357
- Ablehnung der Anträge B 344, B 345, B 348, B 351, B 353 und B 358

**Ziffer 37:**

- Annahme von Antrag B 359
- Ablehnung der Anträge B 360 bis B 365

**Energieversorgung und Umwelt****Ziffer 38:**

- Annahme der Anträge B 366, B 367, B 369 und B 372 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 368, B 370 und B 373
- Ablehnung von Antrag B 374
- (Behandlung von Antrag B 371 bei Ziffer 39)

**Ziffer 39:**

- Annahme der Anträge B 375 und B 377 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 379, B 381 und B 385
- Ablehnung der Anträge B 371 und B 384
- (Behandlung der Anträge B 376, B 378, B 380 und B 383 bei Ziffer 45, von Antrag B 386 bei Ziffer 44, von Antrag B 387 bei Ziffer 48)

**Ziffer 40:**

- Annahme der Anträge B 388, B 390 und B 393 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 389, B 394 und B 397
- Ablehnung von Antrag B 391
- (Behandlung von Antrag B 395 bei Ziffer 45, von Antrag B 396 bei Ziffer 44)

**Ziffer 41:**

- Annahme der Anträge B 399 und B 403 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung von Antrag B 402
- Ablehnung der Anträge B 400 und B 401

**Ziffer 42:**

- Annahme der Anträge B 404, B 406, B 407, B 412 und B 413 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 408 bis B 411 und B 415 bis B 417
- Ablehnung der Anträge B 405 und B 417

**Ziffer 43:**

- Annahme der Anträge B 418, B 420, B 421, B 423 und B 430 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 425, B 427, B 429 und B 431
- Ablehnung der Anträge B 422, B 424 und B 426
- (Behandlung von Antrag B 419 bei Ziffer 44, von Antrag B 428 bei Ziffer 55)

**Ziffer 44:**

- Annahme der Anträge B 432, B 435 und B 438 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge E 33, B 386, B 396, B 419, B 435, B 437, B 440 und B 442
- Ablehnung der Anträge B 433, B 434, B 436, B 439, B 441 und B 443 bis B 445

**Verantwortliche Nutzung der Kernenergie****Ziffer 45:**

- Annahme von Antrag B 446
- dadurch Erledigung der Anträge B 376, B 378, B 380, B 383, B 395, B 458 und B 460
- Ablehnung der Anträge B 447 bis B 457 und B 459

**Ziffer 46:**

- Annahme der Anträge B 461 bis B 463 in der Fassung der Antragskommission
- Ablehnung von Antrag B 464

**Ziffer 47:**

- Annahme der Anträge B 465, B 466, B 470 und B 510 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 471 und B 472
- Ablehnung der Anträge B 466 bis B 469 und B 473

**Ziffer 48:**

- Annahme der Anträge B 474 und B 478 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 475, B 477 bis B 479 und B 481
- Ablehnung der Anträge B 376, B 387, B 480, B 482 bis B 484

**Ziffer 49:**

- Annahme der Anträge B 485 und B 486 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 487 bis B 489
- Ablehnung der Anträge B 486, B 490 und B 491

**Ziffer 50:**

- Annahme der Anträge B 492 und B 494 in der Fassung der Antragskommission
- Erledigung von Antrag B 499
- Ablehnung der Anträge B 493, B 495 bis B 498 und B 500

**Ziffer 51:**

- Annahme von Antrag B 501
- dadurch Erledigung der Anträge B 503 und B 504
- Ablehnung der Anträge B 502 und B 505

**Ziffer 52:**

- Annahme der Anträge B 506 und B 509 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 507, B 511, B 512 und B 515 bis B 517
- (Behandlung von Antrag B 510 bei Ziffer 47)
- Ablehnung der Anträge B 508, B 513, B 514, B 518 und B 519

**Verkehr und Kommunikation - Umweltverträgliche Erweiterung unserer Lebensräume**

**Ziffer 53:**

- Annahme der Anträge B 520 und B 526 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 523 und B 525
- Ablehnung der Anträge B 521, B 522 und B 524

**Ziffer 54:**

- Annahme der Anträge B 527, B 530, B 535, B 538 und B 540 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 531, B 534, B 536, B 537, B 539 und B 541 bis B 543
- Ablehnung der Anträge B 528, B 529, B 532 und B 533

**Ziffer 55:**

- Annahme der Anträge B 544 bis B 546, B 550, B 554, B 556 und B 563 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 428, B 547, B 548, B 551, B 553, B 557 bis B 562, B 565 bis B 567, B 569 und B 573
- Ablehnung der Anträge B 549, B 555, B 564, B 568, B 571 und B 572
- Überweisung von Antrag B 638 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

**Ziffer 56:**

- Annahme der Anträge B 574 bis B 576 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 577 bis B 579

**Herausgeforderte Chemiepolitik: Von der Entstehung bis zur Entsorgung****Ziffer 57:**

- Annahme von Antrag B 580
- dadurch Erledigung von Antrag B 581
- Ablehnung von Antrag B 582

**Ziffer 58:**

- Annahme der Anträge B 583 bis B 585 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung von Antrag B 586

**Ziffer 59:**

- Annahme der Anträge B 587 und B 588 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 589 bis B 591

**Ziffer 60:**

- Annahme der Anträge B 592 und B 595 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 593, B 594 und B 596 bis B 600

**Ziffer 61:**

- Annahme der Anträge B 601, B 604 und B 607 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 603 bis B 605 und B 611
- Ablehnung der Anträge B 602 und B 608 bis B 610

**Ziffer 62:**

- Annahme der Anträge B 613 und B 192 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 12, B 614 bis B 619, E 31, E 32 und E 37 bis E 39

**Ziffer 63:**

- Annahme der Anträge B 620, B 626 und B 628 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung der Anträge B 621, B 623 bis B 625, B 627, B 628, B 631 bis B 636, B 192 und B 193
- Ablehnung der Anträge B 622 und B 630

In der Schlußabstimmung wurde der Antrag

**„Unsere Verantwortung für die Schöpfung“**

ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die endgültige Fassung des beschlossenen Antrages ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 37. Bundesparteitages.

**Zu TOP 15:**

Der Bundesparteitag faßte nach eingehender Aussprache über den Antrag des Bundesvorstandes zur

**„Ausländer- und Asylpolitik“**

in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge des Bundesvorstandes sowie der dazu gehörenden Anträge der Landes- und Kreisverbände der CDU sowie der Bundesvereinigungen ist in der Broschüre „Anträge und Empfehlungen der Antragskommission des 37. Bundesparteitages“ oder zusammen mit den Initiativanträgen von mindestens 30 Delegierten in der „Sammlung der Initiativanträge und Empfehlungen der Antragskommission zur Ausländerpolitik“ abgedruckt.)

**I. Wir wollen ein gutes Miteinander von Deutschen und Ausländern**

**Ziffer 1:**

- Annahme von Antrag C 1

**Ziffer 2:**

- Annahme der Anträge C 2 und C 3 in der Fassung der Antragskommission

**Ziffer 3:**

- Annahme von Antrag C 4

**Ziffer 4:**

- Annahme der Anträge C 5 und C 6

**Ziffer 5:**

- Annahme von Antrag C 7

**Ziffer 6:**

- Annahme von Antrag C 8

## **II. Wir wollen die Integration der hier lebenden Ausländer verbessern**

### **Ziffer 7:**

- Annahme von Antrag C 9
- Überweisung von Antrag C 10 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

## **Qualifizierte Schul- und Berufsausbildung**

### **Ziffer 8:**

- Annahme von Antrag C 11

## **Verbesserung der aufenthaltsregelnden Bestimmungen**

### **Ziffer 9:**

- Annahme der Anträge C 12 und C 13

## **Schutz von Ehe und Familie**

### **Ziffer 10:**

- Annahme von Antrag C 14 in der Fassung der Antragskommission
- Ablehnung von Antrag C 15

### **Ziffer 11:**

- Annahme von Antrag C 16

## **Einbürgerung erleichtern**

### **Ziffer 12:**

- Annahme der Anträge C 17 bis C 19 und C 22 in der Fassung der Antragskommission
- Ablehnung der Anträge C 20 bis C 22

### **Ziffer 13:**

- Annahme von Antrag C 23

## **III. Politisch Verfolgte genießen Asylrecht; Mißbrauch des Asylrechts verhindern**

### **Ziffer 14:**

- Annahme von Antrag C 24

### **Ziffer 15:**

- Annahme von Antrag C 25 in der Fassung der Antragskommission
- dadurch Erledigung von Antrag C 26

### **Ziffer 16:**

- Annahme von Antrag C 27
- Ablehnung von Antrag C 28

### **Ziffer 17:**

- Annahme von Antrag C 29
- Ablehnung von Antrag C 30

## **Harmonisierung des Asylrechts in der EG**

### **Ziffer 18:**

- Annahme der Anträge C 31 und C 32 in der Fassung der Antragskommission

## **Fluchtursachen beseitigen**

#### **Ziffer 19:**

- Annahme von Antrag C 33

In der Schlußabstimmung wurde der Antrag zur

#### **„Ausländer- und Asylpolitik“**

ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die endgültige Fassung des beschlossenen Antrages ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 37. Bundesparteitag.

Ferner beschloß der Bundesparteitag in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen einstimmig, die Anträge C 34 bis C 38 an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu überweisen.

#### **Zu TOP 15.1:**

#### **Der Bundesparteitag faßte nach eingehender Aussprache über die Anträge zur Änderung des Statuts, der Geschäftsordnung und der Finanz- und Beitragsordnung der CDU**

in offener Abstimmung folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge des Bundesvorstandes sowie der dazu gehörenden Anträge der Landes- und Kreisverbände der CDU ist in der Broschüre „Anträge und Empfehlungen der Antragskommission des 37. Bundesparteitages“ oder in der „Sammlung der Initiativanträge und Empfehlungen der Antragskommission III“ abgedruckt.)

- Überweisung von Antrag D 1 an den Bundesvorstand
- Annahme von Antrag D 2
- dadurch Erledigung von Antrag D 3
- Ablehnung der Anträge D 4 und D 8
- Überweisung der Anträge D 5 und D 6 an den Bundesvorstand
- Annahme der Anträge D 7 und D 9 in der Fassung der Antragskommission
- Ablehnung von Antrag D 10
- Ablehnung von Antrag D 11
- Annahme von Antrag D 12
- Annahme von Antrag D 13

Die satzungsmäßig erforderlichen Mehrheiten wurden jeweils erreicht.

Die endgültige Fassung der beschlossenen Anträge ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 37. Bundesparteitages.

**Zu TOP 15.2.:** Der Bundesparteitag faÙte in offener Abstimmung über die sonstigen Anträge folgende Beschlüsse:

(Der Wortlaut der Anträge der Landes- und Kreisverbände der CDU sowie der Bundesvereinigungen ist in der Broschüre „Anträge und Empfehlungen der Antragskommission des 37. Bundesparteitages“ oder zusammen mit den Initiativanträgen von mindestens 30 Delegierten in der „Sammlung der Initiativanträge und Empfehlungen der Antragskommission III“ abgedruckt.)

- Annahme von Antrag E 95 und Überweisung dieses Antrages an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- Annahme von Antrag E 96 in der Fassung der Antragskommission
- Überweisung aller vom 37. Bundesparteitag nicht behandelten E-Anträge an den Bundesausschuß zu dessen nächster Sitzung am 11. Dezember 1989 in Berlin

Die endgültige Fassung der angenommenen Anträge ergibt sich aus dem Anhang zur Niederschrift des 37. Bundesparteitages.



## Unsere Verantwortung für die Schöpfung

Die Schöpfung bewahren – die Zukunft gewinnen: dies ist Auftrag und Ziel unserer Politik. Dementsprechend hat die CDU in der Regierungsverantwortung gehandelt. Dies macht uns jedoch nicht selbstgerecht und selbstzufrieden, sondern verpflichtet zu weiterer Konsequenz im Handeln.

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands hat die besondere Verpflichtung, die Natur und die Umwelt zu schützen, zu gestalten und zu nutzen und damit das Werk des Schöpfers für uns, unsere Kinder und Kindeskinde zu erhalten und Ökologie und Ökonomie in einer Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft miteinander zu versöhnen.

Wichtige Erfolge wurden erreicht: In der Luftreinhaltung stellen wir die erhebliche Verminderung großräumiger Luftbelastung fest. Wir haben eine neue Sicherheitskultur des Umweltschutzes in der Wirtschaft durchgesetzt und vervollständigen sie jetzt. Unsere Flüsse und Seen sind sauberer geworden. In der Abfallwirtschaft setzen wir erfolgreich unser Konzept von Vermeiden und Verwerten fort. Der erfolgreichen Durchsetzung vorsorgenden Umweltschutzes und seiner Umsetzung im wirtschaftlichen Bereich über integrierten Umweltschutz dient auch die jetzt verabschiedete Umweltverträglichkeitsprüfung.

## Unsere Verantwortung für die Schöpfung

1. Wir stehen in der Schöpfung, wir sind Teil der Schöpfung, wir haben Verantwortung zu übernehmen für die Vielfalt der Schöpfung, die nicht nur nach Nützlichkeit und Verwertbarkeit beurteilt werden darf. Pflanzen und Tiere sind Mitgeschöpfe, nicht bloße Werkzeuge des Menschen. Wir sind daher verpflichtet, die Natur auch um ihrer selbst willen und nicht nur als Lebensgrundlage des Menschen zu schützen. Die Sorge um die Vielfalt ist aber auch Ausdruck unserer Achtung vor der Schöpfung und Verpflichtung aus der christlichen Wertordnung, die Grundlage unserer Politik ist. Diese Überzeugung verknüpft den Respekt vor der Schöpfung mit dem Auftrag, die Erde bewohnbar und fruchtbar zu halten und sie vor Raubbau zu bewahren. Nicht Ausbeutung, sondern ein Denken in Kreisläufen und über Grenzen hinweg muß unser Handeln leiten. Konservativ heißt: Schöpfung bewahren, um so die Gestaltung der Zukunft zu ermöglichen.

2. Erhaltung und Weiterentwicklung der Schöpfung verlangen die Solidarität über Generationen und Grenzen hinweg. Dies fordert die Solidarität zwischen Nord und Süd ebenso wie die Zusammenarbeit zwischen Ost und West. Wir sind uns der globalen Risikogemeinschaft beim Umgang mit der Schöpfung bewußt. Dieser Risikogemeinschaft muß weltweite Umweltpartnerschaft ebenso entsprechen wie ein ökologischer Generationenvertrag, der die möglichen Folgen unseres Handelns für die Zukunft zur Grundlage heutiger Entscheidungen macht.

3. Wissenschaft und Technik sind ein Ergebnis der uns Menschen eigenen Freiheit. Unser Handeln in Freiheit wird über die globale Zukunft entscheiden, die in unseren Händen liegt. Auch hier gilt: Freiheit ist ohne Verantwortung nicht denkbar. Wir müssen daher immer wieder dafür Sorge tragen, daß technischer Fortschritt human, sozial und ökologisch vertretbar, in seinen Folgen abschätzbar und verantwortbar gestaltet und für die Lösung der uns gestellten Probleme genutzt werden kann.

Die Überbevölkerung der Erde in einer Welt mit begrenzten Rohstoffreserven führt zu großen Problemen. Nur mit Hilfe von verantworteter Wissenschaft und umweltgerechter Technik haben wir die Chance, die Erde als Lebensraum zu erhalten.

Unser Lebensstil, unser materieller Wohlstand, unsere soziale Sicherheit, unser Überleben sind vor allem durch die Leistungen von Wissenschaft und Technik möglich geworden.

4. In Teilen unserer Gesellschaft ist das Gefühl der Bedrohung durch Technik an die Stelle des Gefühls der Bedrohung durch Naturgewalten früherer Generationen getreten. Es entsteht der Wunsch, in die vermeintliche Geborgenheit eines Lebens im Frieden mit der Natur zurückzukehren, auszusteigen aus einer komplexen, konfliktbehafteten und daher als Last empfundenen Wirklichkeit mit all ihren Folgewirkungen für unsere Umwelt. Eine solche Flucht vor der Verantwortung und der damit verbundene Anstieg wären jedoch nicht tragbar.

Nach wie vor bleibt es eine Herausforderung für uns, den Menschen vor Naturkatastrophen oder der Bedrohung seiner Gesundheit durch Krankheitserreger und Seuchen zu schützen. Auch dies ist nur mit Wissenschaft und Technik möglich.

5. Lösungen liegen aber nicht nur in der Weiterentwicklung der Technik, sondern auch in einer Änderung der Lebensgestaltung der Menschen. Wir respektieren die individuelle Entscheidung jener, die mit Askese und Verzicht auf die Umweltprobleme reagieren. Die Begrenztheit unserer Ressourcen, vom Rohstoff bis zum Deponieraum, verpflichtet uns, unser eigenes Verhalten zu überdenken und zu ändern. Gerade in einer scheinbar unbegrenzten Wohlstandsgesellschaft sind Bescheidenheit und Sparsamkeit als Tugenden einzufordern. Wir müssen anders leben, damit andere überleben.

Der Respekt vor der individuellen Entscheidung und die Notwendigkeit einer Verhaltensänderung des einzelnen entlassen den Staat nicht aus seiner Verpflichtung für eine humane und ökologische Zukunftsgestaltung. Angesichts der vor uns liegenden weltweiten Probleme dürfen wir nicht vor den Grenzen des Wachstums resignieren. Wir brauchen ein verantwortungsbewußtes Wachstum, das nur über das kontrollierte Wagnis technologischer Entwicklung gewonnen werden kann.

## Lebensraum Natur

6. Natur ist nicht Steinbruch unseres Wohlstandes, sondern Geschenk Gottes, das an künftige Generationen weiterzugeben wir verpflichtet sind. Menschliches Handeln hat eine unverwechselbare Kulturlandschaft entstehen lassen. Diese vielfältige Landschaft ist den Menschen Heimat, bietet Lebensräume für Pflanzen und Tiere. Wo diese Vielfalt der Kulturlandschaft verlorengeht, gehen auch Lebensräume für Tiere und Pflanzen und damit ein Stück Heimat verloren.

Viele Arten sind, wie in den „Roten Listen“ dokumentiert, aufgrund intensiver Nutzung der Landschaft durch Industrie und Landwirtschaft verlorengegangen.

Ökologische Vernunft, Respekt vor der Vielfalt der Schöpfung sind immer langfristige Existenzsicherung des Menschen.

7. Die CDU setzt sich dafür ein, den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen als Staatsziel in das Grundgesetz aufzunehmen. Dadurch wird die besondere Verantwortung des Staates wie des Einzelnen für den Schutz der Überlebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen deutlich gemacht. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

wird aufgefordert, die entsprechende Initiative im Bundestag zügig zum Abschluß zu bringen.

8. Der Mensch darf und muß für sich und seine Bedürfnisse die Natur nutzen. Dies muß aber mit Behutsamkeit geschehen, eingebunden in ein ganzheitliches Denken, das um die Naturkreisläufe weiß und sie respektiert. Nicht isoliert betriebener Naturschutz auf inselartigen Restflächen, sondern die Vernetzung von Flächen ist Ziel unserer Politik zum Schutz der Natur. Die CDU unterstützt den Aufbau eines regionenübergreifenden Biotopverbundsystems, das aus flächen- und linienhaften Landschaftsteilen besteht.

9. Naturschutz ist nicht nur staatliche Aufgabe. Naturschutz ist die Pflicht eines jeden Bürgers. Wer immer nur auf das entsprechende Handeln des anderen oder des Staates wartet, wird seiner eigenen Verantwortung nicht gerecht. Der Einsatz für Natur und Umwelt bietet auch neue Möglichkeiten für die Mitarbeit in Verbänden, Vereinen und Bürgerinitiativen. Das eröffnet neue Chancen für die Bindung des Einzelnen an seine Heimat und läßt Verantwortung für Schöpfung konkret werden. Wiederherstellung, Schutz und Pflege der Natur- und Kulturlandschaft sind in Zusammenarbeit mit den Verbänden, Vereinen und Initiativen aktiv zu gestalten. Dem Einsatz dieser Gruppen ist der Schutz vieler wichtiger Lebensräume zu verdanken.

Die CDU setzt sich für die verstärkte Einbindung ihres Sachverstandes ein. Die Einbeziehung muß so früh wie möglich erfolgen, so daß eine Offenheit der Entscheidung noch gegeben ist und damit die Genehmigungsverfahren nicht verlängert werden.

Die CDU will die Arbeit der Naturschutzverbände mehr als bisher fördern, damit sie ihren Auftrag zur Mitwirkung an staatlichen Naturschutzmaßnahmen, zur fachgerechten Betreuung von Naturschutzgebieten und zur naturkundlichen Information und Bildung sachgerecht wahrnehmen können.

10. Natur ist zu erhalten. Ein täglicher Flächenverbrauch von über 100 Hektar darf nicht einfach hingenommen werden. Die CDU fordert deshalb zu prüfen, inwieweit die Inanspruchnahme von Natur durch eine Abgabepflicht reduziert und abgabepflichtig gemacht werden kann. Das durch die Abgabe erzielbare Aufkommen ist zweckgebunden für Maßnahmen des Umwelt- und Naturschutzes zu verwenden. Unbeschadet davon sollen die Gemeinden durch Bauleitpläne und die Genehmigungspraxis sicherstellen, daß möglichst flächensparend gebaut wird.

Flächenrecycling muß unterstützt werden. Dazu gehört auch die Renaturierung von bebauten Flächen, von Bach- und Flußläufen. Umweltverträglichkeitsprüfungen müssen in Zukunft im Sinne der entsprechenden EG-Richtlinie durchgeführt werden.

11. Die CDU setzt sich dafür ein, daß jeder Gesetzentwurf Informationen über die Auswirkungen auf Natur und Umwelt enthält.

Die Strafvorschriften im Umweltrecht sind laufend zu aktualisieren und müssen hinsichtlich des Strafrahmens stets abschreckenden Charakter haben.

12. Die CDU fordert die Bundesregierung auf, eine Nationale Umweltstiftung ins Leben zu rufen. Diese Stiftung soll die zahlreichen Anstrengungen der verschiedensten Umweltstiftungen, Verbände und Gruppen bündeln und koordinieren. Darüber hinaus soll die Stiftung finanziell so ausgestattet sein, daß sie

- Stipendien für junge Wissenschaftler vergibt, die sich mit bislang kaum erforschten Gebieten des Umwelt- und Naturschutzes wie z. B. dem Lebensraum Wattenmeer beschäftigen,
- jährlich einen nationalen Umweltpreis auslobt,
- das umweltfreundlichste und energiesparende Haushaltsgerät jährlich auszeichnet,
- jährlich ein umweltfreundliches Industrieunternehmen auszeichnet und
- umfangreiche Aufklärungskampagnen zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen durchführen kann.

In der Stiftung sollen Vertreter der Bundesregierung, des Bundestages, Wissenschaftler, Umweltexperten und Umweltgruppen vertreten sein.

13. Land- und Forstwirtschaft sind auf einen schonenden und sparsamen Umgang mit Boden und Wasser angewiesen. Wir wollen nicht gegen, sondern mit den Landwirten die Natur erhalten, weil über 80 Prozent der Flächen von Land- und Forstwirten bewirtschaftet werden und weil wir die Vielfalt der Kulturlandschaft erhalten oder wiederherstellen wollen.

Die CDU will die Landwirtschaft als Partner des Naturschutzes. Das setzt voraus, daß die Landwirtschaft einen Nachteilsausgleich erhält, wenn aufgrund gebietsbedingt erhöhter Umwelanforderungen wirtschaftliche Nachteile entstehen.

Wenn aber in Naturschutz- oder anderen Sondergebieten aus Vorsorgegründen darüber hinausgehende erhöhte Umwelanforderungen oder Bedingungen gestellt werden, so sind die sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Nachteile zu entschädigen. Wir treten dafür ein, die für jeden Landwirt geltenden Regeln der ordnungsgemäßen und umweltverträglichen Landwirtschaft innerhalb des gemeinsamen Marktes möglichst EG-einheitlich zu regeln.

Die EG-Agrarpolitik muß stärker auf eine umweltverträgliche bäuerliche Landwirtschaft ausgerichtet werden. Agrarpolitische Rahmenbedingungen müssen zur Erhaltung der bäuerlichen Landwirtschaft mit den Zielen von Gewässer-, Boden- und Naturschutz in Einklang gebracht werden.

Bei der Durchführung von Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege ist freiwilligen Vereinbarungen Vorrang vor Geboten oder Verboten zu geben. Wo immer die Pflege und Gestaltung von Naturschutzgebieten, Biotopen oder sonstigen Maßnahmen erforderlich ist, sollten anstelle der öffentlichen Hand diese durch Land- und Forstwirte durchgeführt werden; ihre Leistungen sind zu entlohnen.

Die CDU will neue Formen der Entlohnung für landeskulturelle Leistungen. Modellversuche mit Naturschutzgenossenschaften könnten hier einen neuen Weg weisen. Bestehende Instrumentarien sind auszubauen und umzustrukturieren.

14. Die Bedürfnisse des Menschen nach Ruhe, Geborgenheit und zwischenmenschlichen Kontakten, aber auch nach einer insgesamt lebenswerten Umwelt müssen gerade im Wohnumfeld verwirklicht werden. Kontakt mit dem Nachbarn und mit der Natur sind Voraussetzung dafür, daß der Mensch seinen Wohnort als Heimat erfährt. Ob eine Stadt lebenswert ist, hängt ganz besonders auch davon ab, wie sie Natur in das Geflecht von Wohnen und Arbeiten, Versorgen und Freizeitgestalten einbinden kann. Stadtlandschaften und Gewerbegebiete müssen ökologisch durchdrungen werden. Eine umweltgerechte Stadtplanung soll ein System von Grünflächen schaffen, die möglichst im Verbund stehen und mit denen des Umlandes netzartig verbunden sind.

Die CDU wird sich für eine Offensive „Natur in der Stadt“ einsetzen, die, von vielen Bürgern, Verbänden und Vereinen getragen, Umweltbelastungen der Vergangenheit beseitigen und neue Chancen schaffen kann. Das bedeutet weder Grünanstrich, sondern neue ökologische Anforderungen an städtisches Wohnen durch Initiativen im öffentlichen und privaten Bereich, wie etwa durch

- Dach- und Fassadenbegrünung,  
Rückbau der Flächenversiegelung,
- Baumpflanzungen,
- Schaffung von naturnahen Wasserflächen und Rückhaltebecken,
- groß- und kleinräumige Verkehrsberuhigungen,
- ökologisch gestaltete Grünanlagen.

Die Wohnqualität ist entscheidend davon abhängig, inwieweit die Luft- und Lärmbelastung und der Flächenverbrauch durch den motorisierten Verkehr reduziert werden können. Die CDU spricht sich für den Ausbau von verkehrsberuhigten Zonen und für mehr „Tempo 30“-Zonen aus.

Unsere Gemeinden sollen nicht nur schöner, sondern auch umweltfreundlicher werden. Deshalb fordert die CDU, in regelmäßigen Abständen einen Wettbewerb „Umweltfreundliche Gemeinde“ auszuschreiben, bei dem Gemeinden, die den Umweltschutz als kommunale Schwerpunktaufgabe praktizieren und neue Wege beschreiten, ausgezeichnet werden. Der Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“ soll entsprechend mit einbezogen werden.

Bund, Länder und Gemeinden müssen mit gutem Beispiel vorangehen: Nicht nur „1 Prozent Natur am Bau“ als Alibi, sondern umweltbewußtes Planen und Bauen als durchgängiges Prinzip müssen die öffentlichen Hände leiten.

15. Die CDU wird sich für die Verwirklichung eines Zukunftsprojekts „umweltfreundliche Gemeinde“ einsetzen, in dem bereits bestehende Erfahrungen und Techniken genutzt, getestet und weiterentwickelt werden sollen. Dieses Modellvorhaben soll beispielhaft zeigen, daß eine mit moderner Technik nach Umweltgesichtspunkten gestaltete Gemeinde funktions- und lebensfähig ist. Dieses Vorhaben soll Chancen und Grenzen ökologischer Gestaltungsmöglichkeiten ausloten. Ein solches Modellvorhaben wird öffentlich ausgeschrieben, so daß sich interessierte Gemeinden bewerben können.

16. Die CDU unterstützt die Arbeiten der EG-Kommission an einem „Grünbuch Stadt“.

Die Sanierung von Altlasten und ein umfassender Bodenschutz sind unumgängliche Aufgaben gerade für die Erneuerung unserer Gemeinden und die Perspektiven alter Industrieregionen. Zur Bewältigung dieser Aufgabe ist das Verursacherprinzip durchzusetzen. Nur wo das Verursacherprinzip nicht zum Erfolg kommen kann, ist eine gemeinsame Anstrengung von Bund, Ländern und Gemeinden notwendig.

17. Die Bürger wollen ihre Freizeit in eigener Verantwortung, nach eigenen Wünschen und Bedürfnissen gestalten. Sie wollen sich auch in ihrer Freizeit an der Schönheit der Natur erfreuen, wollen sich in sauberer Luft erholen und in klarem Wasser baden.

Dies setzt voraus, daß Konflikte vieler Freizeitbeschäftigungen mit Belangen des Natur- und Umweltschutzes vermieden oder weitgehend vermindert werden.

Die CDU tritt dafür ein, daß ökologisch wertvolle Gebiete, Regenerationsflächen, Zufluchtgebiete für die Tierwelt, Wasserschutzgebiete, Nationalparks und Naturschutzgebiete grundsätzlich nicht durch solche Freizeitbeschäftigungen genutzt werden dürfen, die die Natur schädigen.

18. Eine gesunde Umwelt fördert den Fremdenverkehr. Je besser der Umwelt- und Naturschutz, desto besser sind in vielen Fällen die Grundlagen für den Fremdenverkehr.

Umweltschonender Fremdenverkehr ist zu fördern. Dazu gehören u.a. die Information der Bürger, die Einrichtung und Betreuung von Informationszentren in Naturparks und Naturschutzgebieten und in der Freizeitlandschaft insgesamt.

19. Lärm ist eine Umweltbelastung, die als solche bisher nicht im ausreichenden Maße berücksichtigt wurde. Lärmemissionen sowohl im Arbeits- aber auch im Lebens- und Wohnbereich der Menschen müssen reduziert werden, um gesundheitliche Schäden zu vermeiden. Deshalb sind Lärmschutzinvestitionen zu fördern.

### **Umweltschutz als Bürgerpflicht**

20. Wir brauchen den Einsatz aller für die Umwelt. Wir wollen die eigene Motivation aller Bürger, ob als Verbraucher oder Produzent, ob in Freizeit und Sport, ob als Hobbygärtner oder in der Nachbarschaft. Umweltfreundliches, umweltbewußtes Verhalten setzt Information voraus. Je besser die Bürger über die Auswirkungen ihres Handelns auf die Umwelt informiert sind, umso eher werden sie sich auch umweltbewußt verhalten. Dazu können auch die Umweltberatungsstellen der Kommunen beitragen.

Verbraucher sollten bei der Auswahl von Konsumgütern diejenigen bevorzugen, die sich durch umweltfreundliche Produktion und umweltfreundliche Verpackung auszeichnen.

Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß den Verbrauchern durch entsprechende Kennzeichnung allgemeine Informationen über die Inhaltstoffe von Produkten und die Abbaubarkeit chemischer Substanzen im Naturhaushalt vermittelt werden. Der Warentest muß zum Umwelttest weiterentwickelt werden. Eine Umweltinformationszentrale, bei der Verbraucherverbände, die Stiftung Warentest und das Umweltbundesamt zusammenarbeiten, ist zu errichten.

21. Mehr Anreize für umweltgerechtes Verhalten eröffnen einen breiten Raum für Kreativität auf kommunaler Ebene, bei Städten und Gemeinden, bei den Kirchen, bei Vereinen und vielen anderen. Umweltwettbewerbe und Gemeinschaftsaktionen für die Betreuung von Bachläufen oder Naturschutzgebieten, Sammelaktionen für die Wiedergewinnung von Wertstoffen aus Abfällen, Informationsaktionen über die weltweiten Dimensionen unserer Umweltverantwortung - dies sind nur einige Beispiele für die Vielfalt der Initiativen.

Die CDU als die Partei, die den Einzelnen immer wieder in die Pflicht nimmt und nicht nur auf den Staat vertraut, muß diese Kreativität in besonderer Weise herausfordern und anerkennen. Dazu können kommunale Umweltwettbewerbe, die den Bürger zum Mitmachen anregen, einen wichtigen Beitrag leisten.

Um den Dialog mit Verbänden, Vereinen und Initiativen vor Ort zu erleichtern und zu unterstützen, wird die CDU bei den Vorständen auf Kreis- und Ortsebene Umweltbeauftragte berufen. Ein regelmäßiger Informationsaustausch wird durch Umweltfachkongresse gewährleistet.

22. Umweltbewußtsein muß geschult werden. Bereits in der Schule, aber auch in der beruflichen Bildung müssen ökologische Zusammenhänge vermittelt werden. Die eigene Verantwortung für die Umwelt als ethische Verpflichtung muß Unterrichtsprinzip sein. In den Hochschulen muß die Umweltverträglichkeit technischer Prozesse oder sozialen Verhaltens als Informations- und Entscheidungskriterium ebenso vermittelt werden. Für ökologische Zusammenhänge gilt aber auch die Verpflichtung zu lebenslangem Lernen. Den Medien, vor allem Rundfunk und Fernsehen, kommt hier eine besondere Verantwortung zu.

## **Von der Reparatur zur Vorsorge durch eine ökologische und soziale Marktwirtschaft**

23. Umweltpolitik bedarf der bewußten staatlichen Entscheidung für den Schutz der Umwelt. Die Soziale Marktwirtschaft hat nach dem Krieg materielle Not überwunden und die Bundesrepublik Deutschland zur führenden Industrienation mit dem am besten ausgebauten System der sozialen Sicherung gemacht. Dem System zentraler staatlicher Planung und Lenkung wurde eine Absage erteilt.

Die Soziale Marktwirtschaft wirkt in Richtung zu einem sparsamen Umgang mit Ressourcen. Insoweit beugt sie im Vergleich zur zentralen Verwaltungswirtschaft umweltschädlichem Verhalten vor und bietet daher die effizientesten Lösungsmöglichkeiten.

24. Leistungsfähigkeit und Innovationskraft der Sozialen Marktwirtschaft müssen verstärkt in den Dienst der Umwelt gestellt werden. Der Staat muß den rechtlichen Rahmen schaffen, in dem die Kreativität des einzelnen für den weiteren ökologischen Aufbruch verstärkt mobilisiert wird. Markt und Paragraphen, Anreize und Gebote, müssen die Triebkräfte dynamischer Umweltpolitik in einer Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft sein. Dies ist unverwechselbares Markenzeichen unserer Umweltpolitik.

25. Anreize zu umweltgerechtem Verhalten ergänzen die strikte Anwendung des Verursacherprinzips und unterstützen das Vorsorgeprinzip. Jeder muß die Kosten tragen, die aus seinem Verhalten als Produzent oder Konsument resultieren. Wir wollen die Vollkostenkalkulation unseres Wohlstandes. Produktionszuwächse müssen auch für einen umweltgerechten Wohlstand aufgewendet werden. Hypotheken in der Umwelt werden nicht zugelassen. Wer die Kosten des gegenwärtigen Wohlstandes auf die Natur abwälzt, lebt über seine Verhältnisse, läßt sich seinen Wohlstand von künftigen Generationen bezahlen. Dies verletzt den ökologischen Generationenvertrag und begrenzt die Entwicklungsmöglichkeiten in der weltweiten Umweltpartnerschaft. Vorsorgende Umweltpolitik, nicht nachträgliche Reparatur leitet unser Handeln.

26. Gesetzlicher Rahmen und marktwirtschaftliche Anreize sind die entscheidenden Säulen unserer Umweltpolitik. Der gesetzliche Ordnungsrahmen ist von der CDU-geführten Bundesregierung neu geschaffen bzw. grundlegend verbessert worden. Er wird weiter ausgebaut und, wo nötig, enger gefaßt. Auf der Grundlage dieses Ordnungsrechtes hat die Bundesrepublik Deutschland unbestritten eine umweltpolitische Spitzenstellung in Europa und weltweit erreicht. Die konsequente Umsetzung des Verursacherprinzips hat unsere Wirtschaft in vielen Bereichen stärker gefordert, als dies bei ihren internationalen Konkurrenten der Fall ist. Auf diese Herausforderung hat unsere Wirtschaft mit umweltfreundlicher Technologie geantwortet. Damit wurde eine entscheidende Voraussetzung dafür geschaffen, den Wirtschaftsstandort Bundesrepublik Deutschland auf Dauer zu sichern. Kurzfristige Nachteile im internationalen Wettbewerb werden durch mittel- und langfristige Vorzüge und Entwicklungschancen ausgeglichen. Die Zukunft gehört umweltfreundlichen Produkten und der umweltfreundlichen Technik.

Zur Erhaltung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Bundesrepublik Deutschland zur Erhaltung seiner Finanzkraft und seines hohen sozialen Niveaus ist es erforderlich, daß Genehmigungsverfahren für Neuanlagen und die Modernisierung von Altanlagen beschleunigt werden.

27. Um mehr Umweltschutz erreichen zu können, brauchen wir ein neues Verständnis von Wirtschaft und Umwelt. Umweltschutz muß von der Wirtschaft als Herausforderung verstanden werden. Die CDU will die Kreativität und das Eigeninteresse der Wirtschaft für den Umweltschutz nutzen, will die Kraft des Marktes für die Erhaltung der Umwelt aktivieren.

Effektiver und glaubwürdiger Umweltschutz verlangt von der Wirtschaft, daß sie die bestehenden Vorschriften, Normen und Auflagen nicht nur dem Buchstaben nach, sondern dem Geist der Gesetze nach einhält. Die Umweltüberwachung muß durch weitgehend betreiberunabhängige Kontrollverfahren unter Einbeziehung des gesamten Fortschritts der Meß-, Übertragungs-, Aufzeichnungs- und Auswertungstechnik sichergestellt werden. Es ist auch im eigenen langfristigen Interesse der Unternehmer, wenn sie mehr Umweltschutz von sich aus verwirklichen.

Das bei Arbeitnehmern, Unternehmern und Managern wesentlich gestiegene Umweltbewußtsein muß aber noch deutlicher in umweltbewußtes Handeln durch eine umweltorientierte Unternehmensführung übergeleitet werden. Es ist auch im eigenen langfristigen Interesse der Unternehmer, wenn sie mehr Umweltschutz von sich aus verwirklichen.

Beschaffung, Produktion, Vertrieb und Abfallbeseitigung müssen umweltgerecht geplant und gestaltet werden. Eine insgesamt überzeugende Umweltbilanz eines Unternehmens muß offensiv genutzt werden. Durch Einführung bzw. eine Verbesserung der Stellung und der Qualifikation der Betriebsbeauftragten für Umweltschutz können diese – zusammen mit umweltbewußter agierenden Unternehmern – zum Motor eines modernen umweltorientierten Managements in unserer Wirtschaft werden.

28. Vor allem die mittelständische Wirtschaft hat im Umweltbereich, angeregt durch die Umweltpolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in den letzten Jahren mehr als 450 000 Arbeitsplätze neu geschaffen oder erhalten. Gerade die mittelständischen Unternehmen zeichnen sich durch hohe Flexibilität und Anpassungsfähigkeit aus. Die

Wirtschaft hat den Beweis erbracht, daß eine engagierte, vorsorgende Umweltpolitik mit einer stabilen wirtschaftlichen Entwicklung in Einklang gebracht werden kann. Investitionen in die Umwelt schaffen und erhalten Arbeitsplätze. Voraussetzung ist aber: wirtschaftliche Stabilität darf nicht verlorengehen.

Weitere marktwirtschaftliche Anreize zur umweltfreundlicheren Umgestaltung von Produktion und Produkten werden zu einer zusätzlichen sowohl betriebswirtschaftlich als auch ökologisch wichtigen Modernisierung der deutschen Wirtschaft durch die stärkere Integration des Umweltschutzes in den Produktionsprozeß und zur Schaffung weiterer umweltbedeutsamer Arbeitsplätze führen.

Bund und Länder sind aufgerufen, in gemeinsamer Verantwortung umweltbedeutende Infrastrukturinvestitionen wie z.B. für den Bereich der Nord- und Ostsee oder des öffentlichen Personenverkehrs, deren Notwendigkeit unbestritten ist, zu beschleunigen. Die Kommunen werden aufgefordert, Beschäftigungsmöglichkeiten im Umweltsektor für Sozialhilfempfänger verstärkt zu nutzen. Maßnahmen im Umweltbereich sollen bei der Inanspruchnahme von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und von Mitteln für die Beseitigung der Langzeitarbeitslosigkeit berücksichtigt werden.

29. Marktwirtschaftliche Anreize sind der beste Weg, damit die Dynamik des technischen Fortschritts gezielt zur Verbesserung des Umweltschutzes angeregt und genutzt wird:

- Steuerliche Förderung und Investitionshilfen sind bewährte Instrumente zur Hilfe bei Investitionsentscheidungen. So wollen wir, daß der § 7 d Einkommensteuergesetz nicht entfällt. Er muß so umgestaltet werden, daß integrierte Techniken und damit vornehmlich auch die Investitionen kleiner und mittlerer Unternehmen für die Umweltentlastung gefördert werden können. Ebenso muß § 82 a Einkommensteuer-Durchführungsverordnung (erhöhte Absetzungen von Herstellungskosten und Sonderbehandlung von Erhaltungsaufwand für bestimmte Anlagen und Einrichtungen von Gebäuden) weiter bestehen.
- Anreize für umweltgerechtes Verhalten in Produktion und Konsum können auch durch eine ökologisch geleitete Gestaltung des Steuersystems ausgelöst werden. Dieser Tatsache sind wir bereits in der Vergangenheit durch konkrete Entscheidungen gerecht geworden: bei der Durchsetzung bleifreien Benzins ebenso wie bei Einführung des geregelten Drei-Wege-Katalysators und Nachrüstung von Altfahrzeugen.

Die Umstellung der KFZ-Steuer auf eine emissionsbezogene Steuer, die neben Stickoxiden (NO<sub>x</sub>) und Kohlenwasserstoffen (HC) auch Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) und Rußpartikel einbezieht, ist dafür ebenfalls erforderlich. Generell muß überall dort die Möglichkeit einer umweltbezogenen Fortentwicklung des Steuersystems bedacht werden, wo technische Spielräume bestehen und diese durch marktwirtschaftliche Anreize flexibler und effizienter ausgenutzt werden können als durch Grenzwerte.

- Abgaben als marktwirtschaftliche Instrumente müssen umweltfreundliches Verhalten belohnen und umweltfeindliches Verhalten bestrafen. Lenkungsabgaben sind vor allem dort erforderlich, wo Verbote nicht möglich und nachträgliche Beseitigungen nicht verantwortbar sind, so z.B. beim Flächenverbrauch. Wir wollen jedoch keine Inflation von Abgaben.

Für Steuern und Abgaben in der Umweltpolitik gilt für uns: Im Vordergrund steht der Anreiz für umweltfreundliches Verhalten, nicht dagegen das Aufkommen. Umweltbezogene Besteuerung darf nicht zum Vehikel einer Erhöhung der Staatsquote werden. Das Steuersystem muß nach möglichen Hindernissen für Umweltentlastungen durchforstet werden (z.B. Gleichstellung von aktiver und passiver Solartechnik). Einnahmen aus diesen Umweltabgaben sind zweckgebunden für den Umweltschutz zu verwenden.

- Um die Verbraucher zur größtmöglichen Schonung der Ressource Wasser anzuhalten, insbesondere um den Verbrauch des besonders schutzwürdigen Grundwassers auf das absolut notwendige Minimum zu beschränken, ist die bundesweite Erhebung eines Wasserentnahmeentgelts nach baden-württembergischen Vorbild notwendig.
- Durch Benutzervorteile erhält der Verbraucher für umweltfreundliches Verhalten einen „Bonus“, z.B. Fahrerlaubnis für einen Pkw mit geregelterm Drei-Wege-Katalysator bei Smog-Alarm.
- Das neu zu schaffende Umwelthaftungsrecht, d.h. die Einführung einer verschuldensunabhängigen Gefährdungshaftung, für die auch eine Deckungsvorsorge erbracht werden muß, wird die Betreiber der von dieser Regelung erfaßten Industrieanlagen veranlassen, die Sicherheit ihrer Anlagen weiter zu verbessern, um damit die finanziellen Belastungen aus den Versicherungspflichten zu vermindern.
- Marktwirtschaftliche Steuerung muß die Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft durch freiwillige Selbstverpflichtungen nutzen. Diese umweltpolitischen Kooperationslösungen haben in vielen Bereichen zu Erfolgen – schnellere und ausreichende Durchsetzung umweltpolitischer Zielsetzungen – geführt. Deshalb sollte dieser Weg in erfolversprechenden Bereichen auch weiter beschritten werden.

### **Schutz und Erhaltung einer lebenswerten Umwelt: Globale Herausforderung für Umweltpartnerschaft**

30. Die Ergebnisse der weltweiten Klimaforschung lassen keinen Zweifel mehr: Unsere Erdatmosphäre ist bedroht und muß geschützt werden. Spurengase wie Kohlendioxid, Methan, FCKW, Kohlenwasserstoffe und Distickstoffoxid sind für die zunehmende Erwärmung der Erde verantwortlich: Die Nutzung der fossilen Energieträger Kohle, Mineralöl und Gas und die damit verbundenen Emissionen sind Hauptursachen des sogenannten Treibhauseffekts. Dieser stellt eine globale Bedrohung mit umwälzenden Auswirkungen auf das menschliche Leben dar. Bei einer globalen Erwärmung sind ein Abschmelzen des Polareises und ein Anstieg des Meeresspiegels sowie ein Vordringen der Trockenzonen voraussehbar. Weltweit würden Küstenregionen überflutet, von denen derzeit direkt oder indirekt etwa die Hälfte der Weltbevölkerung abhängt. Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer stehen vor einer der gewaltigsten Herausforderungen, denen sich die Menschheit je gegenüber sah. Diese Bedrohung gebietet konsequentes Handeln in weltweiter Umweltpartnerschaft:

- Erarbeitung und Abschluß internationaler Vereinbarungen zum Schutz der Erdatmosphäre mit eindeutigen zeitlichen und mengenmäßigen Zielsetzungen. Diese Vereinbarungen sind durch Protokolle über CO<sub>2</sub>, Methan und andere Spurengase zu ergänzen.
- Die Überzeugungskraft für international solidarisches Handeln ist von der Konsequenz unseres eigenen Handelns abhängig. Die Luftreinhaltepolitik hat bei Kohlekraftwerken und den vielen anderen Feuerungsanlagen zu einer deutlichen Minderung des Schadstoffausstoßes von Schwefeldioxid (SO<sub>2</sub>) und NO<sub>x</sub> geführt. Eine Verminderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 50 % bei uns mag heute als utopisch bezeichnet werden. Diese Utopie von heute muß aber die Realität von morgen sein. Die hochentwickelten Industrieländer mit ihrem hohen Pro-Kopf-Verbrauch an Energie müssen hier vorangehen. Gerade sie müssen Maßnahmen zur rationalen und klimaverträglichen Energieverwendung ergreifen: Dabei ist auch die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Abgabe zu prüfen.

Den Menschen in den Entwicklungsländern Energiesparverhalten abzuverlangen, ohne bei uns entscheidend voranzugehen, wäre zynisch.

- Die Industriestaaten haben die Pflicht, im eigenen Bereich und für die Dritte Welt Formen der Energienutzung zu entwickeln, die ökologisch vertretbar und für die Entwicklungsländer einsetzbar sind, um Hunger und Armut zu überwinden. Hierbei ist nicht zuletzt an die Förderung der Lieferung energiespendender Technologien zu denken. Solange in den Ländern der Dritten Welt die elementaren Lebensbedürfnisse nicht in einem Mindestumfang befriedigt werden können, wird wirksamer Umweltschutz nicht zu verwirklichen sein.
- Exportverbot für Pflanzenschutzmittel, die in der Bundesrepublik Deutschland aus Gründen des Gesundheits- oder Umweltschutzes verboten sind, in Drittländer.

31. So wie wir und andere westeuropäische Länder nach dem Krieg mit dem Marshall-Plan Hilfe zur Selbsthilfe für den Wiederaufbau erhalten haben, bedarf es heute weltweit einer ähnlichen großen Kraftanstrengung. Wenn wir die Umwelt weltweit auch für uns und unsere Nachkommen schützen wollen, muß ein ökologischer „Marshall-Plan“ realisiert werden. Nur wenn die hochentwickelten Staaten den Entwicklungsländern massive Hilfestellung für ökologisch wirksame Maßnahmen zukommen lassen und diese Länder solche Maßnahmen mit großen Eigenanstrengungen auch realisieren, ist es möglich, weltweite Umweltkatastrophen wie im Bereich des Klimas zu vermeiden. Ein ökologischer „Marshall-Plan“ muß sich auch auf die osteuropäischen Staaten erstrecken: Es ist auch ökonomisch unsinnig, in der Bundesrepublik Deutschland aus öffentlichen und privaten Schadstoffquellen die letzten Schadstoffprozent „herauszuholen“, wenn mit wesentlich weniger Aufwand die Umwelt dieser Länder und damit zugleich auch unsere Luft und unsere Gewässer wesentlich verbessert werden.

Die Bundesregierung muß deshalb aus ihrer weltweiten Umweltverantwortung über die bisherigen positiven Ansätze hinaus wirksame Schritte mit ihren westlichen Partnern in der OECD unternehmen, um diesen ökologischen „Marshall-Plan“ zur Vermeidung der Klimakatastrophe und zur schnellstmöglichen Realisierung der FCKW-Nulllösung, zur Rettung der Tropenwälder und zur West-Ost-Umweltschutzkooperation zu initiieren und durchzusetzen. Ihr deutlich gestiegener weltpolitischer und weltwirtschaftlicher Einfluß wird ihr diese große Aufgabe in unser aller Interesse und in dem unserer Kinder und Kindeskinde erleichtern.

32. Weltweit ist auch die Bedrohung des Menschen, die von den Fluorchlorkohlenwasserstoffen auf die Ozonschicht ausgehen. Mehr als 1 Million Tonnen werden weltweit von diesen Stoffen produziert und verwendet – in Spraydosen, in Kühlschränken, bei Schaumstoffen und bei Lösemitteln.

Weltweite Umweltpartnerschaft beim Schutz der Ozonschicht bedeutet konkret:

- Das Protokoll von Montreal muß so verschärft werden, daß weltweit bis zum Ende des kommenden Jahrzehnts FCKW nicht mehr produziert und verbraucht werden dürfen.
- Dabei verlangt Solidarität mehr als Appelle und wohlfeile Forderungen. Umweltpartnerschaft schließt die Verlagerung der Umweltbelastungen von Nord nach Süd aus. Die Länder der Dritten Welt erwarten zu Recht von uns alternative und umweltfreundliche Produkte und Verfahrenstechniken ohne unzumutbare Kosten.
- Wiederum gilt: Forderungen und Erwartungen an andere werden um so glaubwürdiger, je klarer eigenes Handeln ist.

In der Bundesrepublik Deutschland ist daher bis spätestens 1995 Produktion und Verbrauch von FCKW einzustellen. Was bei den Spraydosen innerhalb von 2 Jahren möglich war, nämlich zu über 90 Prozent auf FCKW zu verzichten, kann und muß bei den anderen Verwendungsgebieten bis 1995 erreicht werden. Wir begrüßen, daß die CDU-geführte Bundesregierung so entschieden hat. Was in der Bundesrepublik Deutschland nötig ist, sollte auch in anderen Ländern möglich sein.

33. Weltweiter Verantwortung bedarf es beim Schutz und der Erhaltung der tropischen Regenwälder. Der Raubbau an diesen Wäldern, etwa durch Brandrodungen, verstärkt unmittelbar die CO<sub>2</sub>-Emissionen und damit den Treibhauseffekt. Durch diese flächenmäßig unvorstellbaren Verluste wird der Luft über die Photosynthese bedeutend weniger CO<sub>2</sub> entzogen.

Tropische Regenwälder sind für das Weltklima unersetzbar. Sie sind aber auch unschätzbare Reservoirs für eine noch unerforschte Vielfalt von Tier und Pflanze. Sie sind vor allem auch Heimat für Menschen, die nur dort ihre Lebensformen verwirklichen können. Auch für sie gilt, daß Menschenrechte nicht teilbar sind.

Wir müssen den tropenwaldbesitzenden Ländern den ökonomischen Zwang abnehmen, der sie zu einem Handeln gegen die Natur und gegen ihre eigenen mittel- und langfristigen Interessen zwingt:

- Bei unserer Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt müssen Umwelt- und Naturschutz durchgängig und konsequent berücksichtigt werden.
- Schuldenerlaß gegen Naturerhaltung ist konkrete internationale Solidarität, ist Umweltpartnerschaft zu beiderseitigem Nutzen. Bundeskanzler Helmut Kohl hat dieses Vorgehen als erster auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Toronto angemahnt und das Thema auf den Weltwirtschaftsgipfel von Paris gebracht. Die Bundesregierung hat dieses Instrument bereits genutzt. Wir arbeiten an einer international abgestimmten Aktion der Industrieländer.
- Die Erhaltung der Regenwälder verlangt aber auch bei uns ein verändertes Verhalten:
  - Importbeschränkungen für Hölzer aus tropischen Primärwäldern;

- Hilfe für diese Länder, damit sie durch eine umweltverträgliche Forstwirtschaft ohne bleibende Schädigungen der Regenwälder andere Entwicklungsmöglichkeiten erschließen, d.h. Entwicklung von standortspezifischen land- und forstwirtschaftlichen Nutzungsformen und deren Umsetzung.
- Der Tropenwald-Aktionsplan der Ernährungsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) ist als internationales Orientierungs- und Koordinierungsinstrument eine erste Grundlage, die unter ökologischen Gesichtspunkten ergänzt und weiterentwickelt werden muß.

34. Die globale Herausforderung für diese Umweltpartnerschaft kann nicht isoliert gesehen werden. Entscheidend ist eine klare Umweltaußenpolitik. Diese Umweltaußenpolitik bedarf ebenso einer institutionellen Absicherung, wie sie bei der Weltwirtschaftspolitik bereits verwirklicht ist.

Der Weltwirtschaftsgipfel muß durch ein Gipfeltreffen zu Umweltfragen ergänzt oder entsprechend erweitert werden.

Wir setzen uns für einen Umweltrat der Vereinten Nationen ein. Dieser muß die vorhandenen Institutionen, etwa die UNEP, einbeziehen und wirkungsvoll neu ordnen. Diese Institution muß handeln können - zur Vermeidung aktueller Katastrophen ebenso wie zur Umweltvorsorge. Der Umweltrat braucht einen Fonds, aus dem Sofortmaßnahmen finanziert und Anreize für langfristige Umweltvorsorge geschaffen werden können.

Wir wollen einen „Nobel-Preis“ für die Umwelt. Dieser soll durch die Staaten der Europäischen Gemeinschaft finanziert werden.

35. Umweltschutz muß bei allen künftigen Entwicklungshilfeprogrammen und -projekten als Querschnittsaufgabe verankert sein. Im Rahmen eines internationalen Lastenausgleichs für den Umweltschutz müssen die Staaten der Dritten Welt durch finanzielle und fachliche Unterstützung und durch Ausbildungshilfen in die Lage versetzt werden, ihre Politik stärker an den ökologischen Notwendigkeiten zu orientieren. Auch bei Entwicklungshilfeprojekten sollen Umweltverträglichkeitsprüfungen durchgeführt werden.

36. Entscheidende Bedeutung für eine umweltgerechte Entwicklungspolitik kommt der Weltbank zu. Die Bundesrepublik Deutschland darf ihre Zustimmung zu Krediten der Weltbank nur geben, wenn eine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt und das Projekt in Kenntnis aller Umweltwirkungen verantwortet werden kann. Dies gilt auch für Maßnahmen der Hilfsorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Gemeinschaft.

## **Umweltpolitik in Europa**

37. Umweltaußenpolitik muß sich in Europa beispielhaft bewähren. Nationales politisches Handeln ist gerade für den Schutz der Umwelt aus politischen, ökologischen und ökonomischen Gründen auf europaweite Lösungen angewiesen. Luft und Wasser kannten noch nie nationale oder ideologische Grenzen. Produkte und chemische Substanzen werden im gemeinsamen Binnenmarkt der Zwölf nicht mehr durch Grenzbarrieren vom eigenen Markt ferngehalten. Wir brauchen Wettbewerbsgleichheit durch gleiche Umweltschutzstandards auf hohem Niveau. Umweltdumping, also die Abwälzung betrieblicher Kosten auf die Umwelt, darf es nicht geben.

38. Die Europäische Gemeinschaft muß auch eine Umweltgemeinschaft werden. Eine Harmonisierung auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner des Umweltschutzes wird eine Ablehnung der europäischen Idee ebenso provozieren wie Mehrbelastungen für Landwirtschaft oder Industrie, die aus einer verantwortlichen Umweltpolitik bei uns erwachsen, bei anderen jedoch nicht vergleichbar entstehen. Natürlich muß in den Regionen, in denen die Umweltbelastung aufgrund der Bevölkerungsdichte und der Industriestruktur höher ist, mehr getan werden. Die Voraussetzungen dafür sind mit der Einheitlichen Europäischen Akte seit 1987 gegeben. Das sprunghaft ansteigende Umweltbewußtsein in ganz Europa rechtfertigt auch unsere Überzeugung, daß sich immer stärker ein hohes Niveau umweltpolitischer Vorsorge in Europa durchsetzen wird.

In Europa muß eine neue, umweltverträgliche Industriekultur konkret Gestalt annehmen. Umweltgerechtes Wirtschaften und die größte Sicherheit im Umgang mit modernen Techniken hat Vorrang vor kurzfristigem Wachstumserfolg. Diese Industriekultur muß zum Markenzeichen werden, dem andere nacheifern.

Wir begrüßen die Pläne für eine gemeinsame europäische Umweltagentur. Diese Institution muß einen Überblick über den Zustand der Umwelt in Europa ermitteln, frühzeitige Umweltgefahren aufzeigen und Handlungsprogramme vorlegen. Ein Standort in der Bundesrepublik Deutschland ist dafür vorzuschlagen.

Die CDU setzt sich für die Gründung einer Europäischen Umweltakademie ein. Diese soll die Anstrengungen beim Umweltschutz auf EG- und gesamteuropäischer Ebene bündeln und aufeinander abstimmen. Sie soll Forschungsaufträge an junge Wissenschaftler vergeben. Darüber hinaus soll sie bei Bürgern und Industrie das Bewußtsein für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen stärken. Die Nationale Umweltstiftung kann Vorbild für die Europäische Akademie sein.

Wir setzen uns für mehr Vollzugskontrollen gemeinsamer europäischer Umweltrichtlinien in allen Ländern der Europäischen Gemeinschaft ein.

Wir erwarten einen Bericht über die Konsequenzen des gemeinsamen Binnenmarktes für die Umwelt. Vor dem Hintergrund der europäischen Integration muß die Produktinformation, soweit möglich, europaweit vorangetrieben werden.

39. Europa darf nicht auf das der Zwölf in der Europäischen Gemeinschaft reduziert werden. Das Schlüsselwort der Umweltpolitik in der Europäischen Gemeinschaft heißt Harmonisierung auf hohem Niveau, aber auch Wettbewerb um die beste Antwort auf die umweltpolitischen Herausforderungen. Das Schlüsselwort für die umweltpolitische Zusammenarbeit mit unseren östlichen Nachbarn heißt Hilfe zur Selbsthilfe. Wir sehen: Wo die wirtschaftliche Leistungskraft fehlt, wird in besonderer Weise an der Vorsorge für die Umwelt gespart. Über die Luft sind wir aber unmittelbar mit den Emissionen der Braunkohlekraftwerke in der DDR und CSSR verbunden. Über die Elbe und Werra erhalten wir mangels entsprechender Kläranlagen Schadstoff-Frachten, z.B. aus Chemiekombinaten. Die Ostsee verbindet uns mit den umweltpolitischen Defiziten in Polen und der UdSSR. Wir begrüßen, daß in bilateralen Verträgen die Grundlage umweltpolitischer Zusammenarbeit zwischen Ost und West geschaffen wurde. Wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit zwischen Ost und West müssen gerade im Umweltschutz ausgebaut und in konkreten Projekten Wirklichkeit werden. Wir sind bereit, Technologietransfer und Investitionen zur

Umwelentlastung zu unterstützen. Es ist allemal besser, umwelttechnologisches Know-how freiwillig auszuführen, als Schadstoffe unfreiwillig einzuführen.

40. Auch in Ost-Europa wächst die Erkenntnis, daß wir unsere Erde nur gemeinsam bewohnbar halten können. Die beiden Staaten in Deutschland sind im Herzen Europas in besonderer Weise gefordert, ihre Zusammenarbeit im Umweltschutz weiter zu verstärken. Die konkreten Fortschritte in der Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten sind Prüfstein der begonnenen umweltpolitischen Kooperation zwischen Ost und West. Im deutsch-deutschen Umweltschutz wurden bereits konkrete Projekte auf den Weg gebracht. Die Vereinbarung mit der DDR über die weitere Gestaltung der Beziehungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes wurde am 8. September 1987 unterzeichnet. Umweltprojekte schaffen über die unmittelbare Entlastung der Umwelt hinaus Chancen für eine dauerhafte Normalisierung der Beziehungen der beiden deutschen Staaten in einem gemeinsamen europäischen Haus. Die beiden Staaten in Deutschland müssen weiter in enger Zusammenarbeit in Polen und CSSR die Umweltbelastungen reduzieren, die besonders in Nordböhmen und in Oberschlesien bedrohliche Ausmaße annehmen und zu einer ernststen Gefährdung des dichtbesiedelten Mitteleuropa werden.

Neuem Denken muß vermehrt neues Handeln folgen. Voraussetzung für eine langfristige Umweltkooperation ist die Bereitschaft zu umfassendem Informationsaustausch. Auf dieser Grundlage kann die gemeinsame Suche nach Antworten im deutsch-deutschen Verhältnis das Tor zu einer grenzenlosen Umweltpolitik in ganz Europa aufstoßen.

41. Internationale Solidarität in Europa und darüber hinaus ist auch unumgänglich beim Schutz der Meere, der Polargebiete und der Alpen.

Es muß jetzt verstärkt gehandelt werden. Weltweit bedeutet dies:

Die Meeresschutzkonvention muß wirksam eingesetzt werden, damit die Meere nicht als Deponien mißbraucht werden. Der Schutz der Antarktis und der vorgelagerten Meere muß durch entsprechende internationale Abkommen gewährleistet werden. Diese Region muß in ihrer besonderer Eigenart und in ihrer ökologischen Funktion vor industrieller und militärischer Nutzung besonders geschützt werden.

National haben wir gehandelt und sind entscheidend weitergekommen:

- Das 10-Punkte-Programm der Bundesregierung zum Schutz von Nord- und Ostsee ist ohne Abstriche zügig umzusetzen. Dünnsäure, Abfälle und Schadstoffe gehören nicht in die Nordsee und die Verbrennung von Giftmüll nicht auf die hohe See.
- International muß weiter darauf hingewirkt werden, daß die Nordsee zum Sondergebiet erklärt wird.
- Kommunale Kläranlagen müssen zügig die dritte Reinigungsstufe erhalten, so daß Nährstoffe nicht mehr in die Gewässer gelangen. Im Bereich der Kläranlagen sollte auch auf privatwirtschaftliche Lösungen zurückgegriffen werden.
- Die Anforderungen an Abwässer aus der Industrie sind so zu verschärfen, daß in die Gewässer keine Stoffe mehr gelangen, die zu schädlichen Belastungen führen.
- Die Anreizwirkung der Abwasserabgabe muß durch die zusätzliche Berücksichtigung von Phosphor und Stickstoff als Abgabeparameter und durch die Erhöhung des Abgabesatzes verstärkt werden. Entscheidend ist aber auch die volle Anrechnung der Abgabe auf Investitionen. Wir wollen Investitionen zur Gewässerentlastung, kein Abgabeaufkommen.

- Die Einleitungsbescheide der Industrieunternehmen sollten künftig veröffentlicht werden.

Wir wissen: Dies macht weiterhin an vielen Stellen den nationalen Alleingang deutscher Umweltpolitik in Europa erforderlich.

42. Im Interesse der Umwelt und aus Sorge um den Menschen muß in den nächsten Jahren der Schutz der Alpen besondere Priorität erfahren. Es muß darum gehen, die Schadstoffe in der Luft zu reduzieren, um damit die Schädigungen der Bergwälder zu stoppen und die touristische Erschließung neuer Alpengebiete mit Straßen, Skipisten, Liften und Seilbahnen zu beenden. Darüber hinaus sind Rückbaumöglichkeiten zu prüfen. Schädigungen des Bergwaldes und die Versiegelung der Natur nehmen den Menschen in den Alpengebieten den natürlichen Schutz vor Naturereignissen wie Lawinen, Hangrutschen, Muren und Überschwemmungen.

In einer Konferenz der Alpenländer muß eine internationale Konvention zum Schutz der Alpen erarbeitet werden.

Weitere verstärkte Anstrengungen zur Reinhaltung der Luft, vor allem bei Kraftfahrzeugen durch Verringerung des Transitverkehrs durch die Alpenländer, sind unverzichtbar. Beim Güterverkehr müssen Maßnahmen zur Verlagerung von Lkws auf die Schiene verstärkt werden (Huckepack-Verkehr). Aufforstungsaktionen, vor allem in Waldschadensgebieten, und Schutzwaldsanierung sind stärker als bisher durchzuführen. Die Renaturierungsmöglichkeiten müssen konsequent genutzt werden.

### **Energieversorgung und Umwelt**

43. Die Zunahme des Treibhauseffektes macht deutlich: Die Energieversorgung einer drastisch wachsenden Weltbevölkerung steht im Mittelpunkt der Umweltbelastungen, denen wir uns weltweit, aber auch kontinental und national gegenübersehen. Energie als Rohstoff und aller Rohstoffe war und ist Voraussetzung für die Steigerung des Wohlstandes, aber auch für kulturelle und gesellschaftliche Fortschritte. Jede Gewinnung, Umwandlung und Nutzung von Energien beansprucht aber auch die Umwelt.

Heute beanspruchen 20 Prozent der Weltbevölkerung in den Industriestaaten 80 Prozent der jährlich verbrauchten Energie und 80 Prozent der Bevölkerung in den Entwicklungsländern lediglich 20 Prozent. Der durchschnittliche Energieverbrauch beträgt daher in den Industriestaaten das 16-fache der Entwicklungsländer. Die Angleichung des Wohlstandes kann daher nicht einseitig über die Vervielfachung des Energieverbrauchs in den ärmeren Ländern erfolgen. Drastische Maßnahmen zur Verringerung des Energieverbrauchs in den Industriestaaten sind gleichermaßen gefordert, wenn unsere Mahnungen an die Dritte Welt zur Schonung der Umwelt glaubwürdig sein sollen.

Wir müssen die Inanspruchnahme von Natur und Umwelt bei der Energienutzung auf ein Maß begrenzen, das die natürlichen Grundlagen unseres Lebens auf Dauer erhält. Die Umweltkosten müssen in den Preisen der Energieträger ihren Niederschlag finden. Eine konsequente Verfolgung des Verursacher- und Vorsorgeprinzips trägt zur Verwirklichung einer umweltverträglichen Energieversorgung bei. Dies ist der richtige Weg in einer Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft.

44. Eine umweltpolitisch verantwortbare Energiepolitik verbinden wir mit überzeugenden Antworten auf vier Aufgabenstellungen:

- die sparsame und effiziente Nutzung der Energieträger;
- die Verminderung der Umweltbelastungen aus der Nutzung fossiler Energieträger;
- die Entwicklung, Erprobung und Nutzung neuer und erneuerbarer Energieträger und Energiesysteme mit dem Ziel, einen möglichst hohen Anteil an der Energieerzeugung zu erreichen;
- die verantwortliche Nutzung der Kernenergie.

45. Sparsame und effiziente Energienutzung bewirkt unmittelbar Ressourcenschonung, vermindert Emissionen und vermeidet Umweltbelastungen. Die Nutzung von Energie dient zusammen mit der Nutzung anderer Produktionsfaktoren über die Bereitstellung von Wärme, Kraft, Licht und Kommunikation zur Schaffung von Gütern und Dienstleistungen. Die Koppelung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch ist kein Naturgesetz. Seit Mitte der siebziger Jahre konnte die Energieproduktivität so gesteigert werden, daß heute mit etwa dem gleichen Primärenergieverbrauch ein um 30 Prozent höheres Sozialprodukt erwirtschaftet wird. Diesen Weg müssen wir konsequent weitergehen.

Der effiziente und sparsame Umgang mit Energie gewinnt angesichts der drohenden Klimakatastrophe eine noch größere Bedeutung. Erforderlich ist eine energiepolitische Offensive, um die Potentiale der rationellen Energieumwandlung und -nutzung weiter auszuschöpfen und mit Kreativität und verstärkten Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen neue Möglichkeiten für eine rationelle Energieverwendung zu erschließen.

46. Kohle, Öl und Gas dürfen nicht nur als Energieträger gesehen werden. Sie sind gleichzeitig Rohstoffe. Bei der Entscheidung über den Einsatz von Energieträgern sind wir verpflichtet, auch an kommende Generationen zu denken. Diese müssen die Chance haben, die fossilen Energieträger der höherwertigen Verwendung als Rohstoff zuzuführen. Außerdem ist es ein Gebot der Verantwortung, nur begrenzt verfügbare fossile Energieträger als Rohstoff und Energiequelle den Ländern der Dritten Welt mitzuüberlassen.

47. Die Umweltbelastung muß durch Techniken vermieden werden, die alle Minderungsmöglichkeiten ausschöpfen, von der Förderung bis zum Schornstein. Emissionen an der Quelle werden durch neue Technologien, wie z.B. die zirkulierende Wirbelschicht, vermieden. Auf diesem Gebiet hat die Bundesrepublik Deutschland durch die konsequente Politik der CDU-geführten Bundesregierung weltweit einen Spitzenplatz erreicht.

Wir nutzen erprobte Techniken, die eine Reduktion von SO<sub>2</sub> und NO<sub>x</sub>-Emissionen um 80 – 95 Prozent ermöglichen. Neue Kraftwerksprozesse können durch eine bessere Brennstoffausnutzung auch zu einer nennenswerten Reduktion der CO<sub>2</sub>-Erzeugung beitragen.

Die Bundesrepublik Deutschland muß ihre Vorreiterrolle bei der Einführung und Entwicklung sauberer Kohletechnologien weiter ausbauen. Deshalb setzt sich die CDU für die Auflegung eines Programms zur Förderung von schadstoffärmerer Kohleverbrennung ein. Beim Abbau von staatlichen Kohlebeihilfen soll ein Teil der Finanzmittel für die Entwicklung und Einführung umweltfreundlicher Technologien der Kohleverbrennung verwendet werden.

Diese modernen Kohletechnologien müssen aber auch in anderen Ländern, vor allem in den osteuropäischen Ländern und in energieintensiven Schwellenländern, zum Einsatz kommen. Eine Steigerung der Energieproduktivität führt weltweit zu wesentlich größeren Emissionsminderungen, als alleiniges Zurückfahren der Kohlenutzung in der Bundesrepublik Deutschland.

48. Unsere Verantwortung für die kommenden Generationen und für die Menschen in der Dritten Welt erfordert es auch, neue Energiequellen zu erschließen und neue Energiesysteme zu entwickeln, um einen weltweit weiter wachsenden Energiebedarf umwelt- und klimaverträglich befriedigen zu können.

Die Bundesrepublik Deutschland steht an der Spitze bei der Erforschung und Entwicklung neuer Energiequellen. Diese Spitzenstellung muß gehalten und weiter ausgebaut werden. Sie ist eine selbstverständliche Verpflichtung für ein technologisch führendes Land und ein Gebot ökologischer Verantwortung und ökonomischer Vernunft.

Die Bedeutung regenerativer Energiequellen wie Sonne (aktiv und passiv), Wind, Wasser, Biomasse und Umgebungswärme beurteilen wir nicht nur nach ihren Nutzungsmöglichkeiten für uns, sondern auch nach ihren Wirkungen auf die Umwelt. Gerade in Ländern der Dritten Welt mit anderen klimatischen Bedingungen können diese Techniken überlebensnotwendig sein. Diese Techniken müssen von uns für diese Länder weiterentwickelt und verfügbar gemacht werden. Aber auch wir müssen die Möglichkeiten dieser Energiequellen konsequent nutzen und durch kontinuierliche Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen die Nutzungsmöglichkeiten erweitern. Deshalb müssen die Forschungsausgaben für erneuerbare Energien schrittweise gesteigert werden.

49. Massive und kontinuierliche Unterstützung der Forschung, Entwicklung und Markteinführung sind maßgeblich für unsere Beurteilung regenerativer Energien. Konzentrierte Forschungsanstrengungen haben uns die friedliche Nutzung der Kernenergie möglich gemacht – Konzentration interdisziplinärer Forschung muß auch die Nutzung neuer Energieträger und ihre großtechnische Nutzung beschleunigen.

Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft ein EUROSOLAR-Zentrum zur gemeinsamen Erforschung, Entwicklung und Anwendung der Sonnenenergie eingerichtet wird.

Die CDU fordert die Novellierung des Energiewirtschaftsgesetzes, in dem die Ziele der Sicherheit und Preisgünstigkeit um das Ziel des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen ergänzt werden muß. Darüber hinaus fordert die CDU, daß die Einspeisung von Strom aus regenerativen Quellen (z.B. Wind, Wasser, Sonne und Biomasse) angemessen vergütet wird.

Um einen gleichmäßigeren Stromverbrauch zu gewährleisten, muß eine neue Stromtarifordnung entwickelt werden, die durch Anreize auch das Energiesparen stärker fördert.

### **Verantwortliche Nutzung der Kernenergie**

50. Angesichts eines Energiebedarfs, der weltweit allein aufgrund des Bevölkerungswachstums weiterhin ansteigen wird, müssen alle verantwortbaren Quellen zur Energiegewinnung genutzt werden. Wir wissen: Es gibt absolute Sicherheit ebenso wenig wie eine Energienutzung ohne Risiken. Jede Energiequelle hat ihre spezifischen

Kosten und Risiken, aber auch ihre jeweiligen Vorteile. Der Einsatz der Kernenergie leistet einen Beitrag zur Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Die Kernenergie kann nicht allein die Lösung des Klimaproblems sein; jedoch gibt es keine Lösung ohne Kernenergie, solange eine umweltverträgliche Alternative nicht verfügbar ist. Wer jetzt aus der Kernenergie aussteigen will, gefährdet unser Klima. Wir müssen CO<sub>2</sub>-freie Alternativen entwickeln und damit eine Energieversorgung ohne Kernenergie erst noch erfinden; nur insoweit kann die Kernenergie als Übergangstechnologie verstanden werden.

51. Die Kernenergie gehört zu den weltweit genutzten Energieträgern. In 35 Staaten wird in weit über 400 Kernkraftwerken Strom auf der Grundlage der Kernspaltung erzeugt. Bei der Nutzung der Kernenergie gibt es kein Argument, das schwerer wiegt als Sicherheit.

52. Die Energiegewinnung aus der Kernspaltung ist über viele Jahre als ein Ergebnis technisch-wissenschaftlichen Forschens bewundert worden. An die Stelle der Bewunderung ist heute eine nüchterne Beurteilung der damit verbundenen Möglichkeiten und der verpflichtende Zwang zur eindeutigen Beherrschung der Sicherheitsrisiken getreten. Diese sachliche Beurteilung allein wird unserer Verantwortung gerecht. Der Ausstieg aus dieser Technik würde unserer Verpflichtung in der internationalen Sicherheitspartnerschaft und den ökologischen Erfordernissen nicht gerecht werden. Gerade ein industriell und technologisch führendes Land wie die Bundesrepublik Deutschland muß auch die Verantwortung für die Nutzung schwieriger Techniken tragen. Dazu gehört auch die Weiterentwicklung der nach wie vor vielversprechenden Hochtemperaturreaktortechnik. Ländern der Dritten Welt, in denen die Bevölkerung in den nächsten Jahren weiter stark wachsen wird, müssen die einfacheren, angepaßten Energietechniken länger erhalten bleiben, da ihre Erfahrungen im Umgang mit schwierigen Techniken noch nicht entwickelt sind.

53. Kernspaltung ist das Ergebnis technisch-wissenschaftlichen Forschens. Das dabei gewonnene Wissen ist auch mit einem Ausstieg nicht rücknehmbar. Ein Ausstieg aus der Kerntechnik wäre jedoch ein Ausstieg aus dem Einfluß auf internationale Sicherheitsstandards. Das Engagement für weltweit mehr Sicherheit bei der Kernenergienutzung wäre dann undenkbar.

Verantwortliche Nutzung von Kernenergie setzt Sicherheit des Betriebs voraus und macht die umweltverträgliche Beseitigung der spezifischen Abfallstoffe unumgänglich erforderlich. Schwach-, mittel- und hochradioaktive Abfallstoffe müssen auf Dauer so von der Umwelt abgeschlossen werden, daß sie für Mensch und Natur keine Gefährdungen darstellen. Die Bundesrepublik Deutschland hat mit dem integrierten Entsorgungskonzept und der darin vorgesehenen europäischen Zusammenarbeit eine weltweit führende Rolle bei der Bewältigung radioaktiver Abfallstoffe übernommen. Unsere nationale Verantwortung für den gesamten Brennstoffkreislauf bleibt erhalten.

54. Bei der Nutzung dieser Energiequelle leben wir seit langem in einer internationalen Risikogemeinschaft. Unsere Verantwortung liegt darin, durch konsequent betriebene Sicherheitsforschung und Sicherheitstechnik dieser Risikogemeinschaft die Sicherheitspartnerschaft auf höchstem Niveau gegenüberzustellen. Die Bundesrepublik Deutschland hat seit Jahrzehnten diese Sicherheitskultur entwickelt und in den

eigenen Kernkraftwerken umgesetzt. Unsere Verpflichtung besteht im unbedingten Einsatz für den sicheren Umgang mit dieser Technik, bei uns und weltweit. Wir stellen uns der internationalen Sicherheitspartnerschaft beim Umgang mit der Kernenergie, um ein international gleichwertig hohes Sicherheitsniveau zu erreichen. Solange die Kernenergie weltweit genutzt wird, können wir uns nicht aus unserer Verantwortung heraushehlen. Auch dies ist Teil unserer Umweltaußenpolitik.

Deshalb ist auf eine Änderung des Euratom-Vertrages mit dem Ziel hinzuwirken, das Unfallrisiko bei Kernkraftwerken in Folge technischen und menschlichen Versagens kontinuierlich weiter zu senken, die Sicherheit im Hinblick auf die Gefahr radioaktiver Strahlung und nuklearer Abfallentsorgung einschließlich Transport, Wiederaufbereitung und Endlagerung ständig zu verbessern und für kerntechnische Anlagen betreiberunabhängige Fernüberwachungen einzurichten sowie die Einhaltung von Kontrollauflagen Kriterium für die Zuverlässigkeit des Betreibers werden zu lassen.

55. Zur Sicherheitskultur gehört, daß in voller Offenheit über diese Technik, über Störfälle in Kernkraftwerken und über Verfehlungen von Menschen bei der Nutzung dieser Technik berichtet wird. Sachgerechte Information über Kerntechnik, Störfälle und Verfehlungen sind entscheidend für den Erhalt und die Rückgewinnung von Vertrauen in die verantwortliche Nutzung der Kernenergie. Sie sind aber auch Bedingung für die immer wieder neue, vorbehaltlose Überprüfung bisher entwickelter Sicherheitsstandards.

Sicherheit muß im Umgang mit moderner Technik, insbesondere mit der Kerntechnik, stets als dynamischer Prozeß verstanden werden. Sicherheit und Sicherheitstechnik sind weiterentwicklungs- und verbesserungsfähig. Wir treiben diese Entwicklung durch eine konsequente, breit angelegte Reaktorsicherheitsforschung voran. Diese schließt die Entwicklung von Reaktortypen und Reaktorkonzepten mit qualitativ anderen, etwa passiven und naturgesetzlich-inhärenten Sicherheitsmerkmalen ein.

56. Auf die Möglichkeit menschlichen und technischen Versagens, die bei keiner Technologie, also auch bei der Kernenergie, ausgeschlossen werden kann, antworten wir mit den mehrfachen und unabhängigen Sicherheitssystemen der Technik. Nie endende, immer wieder neuen Erkenntnissen angepaßte Ausbildung und Schulung der Menschen muß integraler Bestandteil sein.

Wir stellen uns gleichzeitig aber auch vor die vielen Arbeitnehmer in der Kernenergie-wirtschaft, die mit hoher fachlicher Qualität und menschlicher Integrität die Sicherheit von Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland an die Weltspitze gebracht haben.

Der Entwurf, die Entwicklung, die Einführung und der Betrieb von Sicherheitssystemen findet im Dialog zwischen Hersteller, Betreiber und Aufsichtsbehörden statt. Kenntnisstand auf gleichem Niveau ist Grundvoraussetzung. Die Weiterentwicklung dieses Kenntnisstandes und seine Anwendung bei allen drei Beteiligten gleichermaßen ist zu gewährleisten.

57. Kernenergie darf nicht als Alibi für den Verzicht auf Sparsamkeit, auf Forschung und auf finanzielle Förderung erneuerbarer Energieträger dienen. Wir fördern mit Nachdruck alle alternativen Energiequellen, auch die Wasserstofftechnologie. Die Grundentscheidung und der darauf aufgebaute Stand an Sicherheit machen für uns Kernenergie verantwortbar. Diese Entscheidung entläßt uns aber nicht aus der

Verpflichtung, mit großem Nachdruck auch neue technische Antworten auf den Energiehunger der Welt zu finden. Die Verbindung von Kohle und Kernenergie ist intensiv zu verfolgen.

## **Verkehr und Kommunikation – Umweltverträgliche Erweiterung unserer Lebensräume**

58. Die Erhöhung der Mobilität der Bevölkerung gehört zu den markantesten Veränderungen des gesellschaftlichen Lebens in unserem Lande. Moderne Verkehrsmittel und Kommunikationssysteme haben den Menschen neue Freiräume geöffnet, haben uns Erfahrungen und Begegnungen über Grenzen hinweg ermöglicht. Verkehrsmittel haben räumliche Arbeitsteilungen möglich gemacht, sie bilden die Grundlage der Lebensgestaltung vieler Menschen in unserem Lande. Diese Chancen wollen wir erhalten und, wo notwendig, umweltverträglich ausbauen.

Wir wissen: Jeder moderne Verkehrsträger erfordert Energie, verursacht Lärm und Schadstoffbelastungen der Luft. Jeder Verkehrsträger beansprucht Fläche und verbraucht Natur. Diese Auswirkungen müssen frühzeitig erfaßt und mit Natur und Umwelt verträglich gemacht werden.

59. Verkehr und Kommunikation sind umweltverträglich zu organisieren. Durch Bildtelefon und Datenübertragungssysteme kann vielfach Verkehr ersetzt werden, ohne daß das Bedürfnis nach Kommunikation eingeschränkt werden müßte. Es sind die Verkehrsträger zu fördern, die Gesundheit, Flächen, Luft und Energie am wenigsten beanspruchen. Dies bedeutet konkret: Zumindest der Zuwachs des Güterverkehrs sollte auf die Schiene oder das Wasser und nicht auf die Straße gelangen. Der LKW ist besonders geeignet, die Zubringer- und Verteilerdienste abzuwickeln. Grundsätzlich gilt, jeder Verkehrsträger muß so weit wie möglich die Kosten seiner Verkehrswege, aber auch die Kosten der von ihm verursachten Umweltbelastungen tragen. Das heißt:

- Neue Schienentrassen auch für Hochgeschwindigkeitszüge müssen in europäischer Abstimmung umweltverträglich gebaut werden. Dies hat Vorrang vor dem Ausbau des nationalen und innereuropäischen Luftverkehrs.
- Der öffentliche Personennahverkehr ist auszubauen, Anreize sind weiterzuentwickeln. Attraktive und preiswerte Bahn- und Busangebote sind sozialverträglicher Umweltschutz. Kreativität ist gefragt: Die Möglichkeiten reichen von Umwelt-Abonnement über Sammeltaxi und Rufbus bis hin zur Förderung von Fahrgemeinschaften, etwa durch die Anerkennung auch der Kilometerpauschale für Mitfahrer. Dem nichtmotorisierten Verkehr gebührt mehr Beachtung: der Bau naturnaher Fuß- und Fahrradwege gehört dazu.

60. Jeder Verkehrsträger muß so umweltfreundlich wie nur irgend möglich sein. Dies gilt für PKW und LKW, für Bahn und Schiff, aber auch für das Flugzeug. Das bedeutet konkret:

- Bei der Einführung des schadstoffarmen Autos sind wir durch Maßnahmen der CDU-geführten Bundesregierung entscheidende Schritte vorangekommen. Der Anteil von Autos mit geregelterm Drei-Wege-Katalysator an den Neuzulassungen beträgt bereits über 67 Prozent. Dieser Weg muß konsequent weiterverfolgt werden.

Ab 1991 muß der geregelte Drei-Wege-Katalysator nach Möglichkeit in der gesamten Europäischen Gemeinschaft, auf jeden Fall aber in der Bundesrepublik Deutschland, Pflicht werden.

Hierbei sind alle europarechtlich verfügbaren Maßnahmen zu nutzen: von steuerlichen Förderungen über Benutzervorteile bis hin zur Aktivierung des umweltbewußten Verbrauchers. Wenn sich eine EG-einheitliche Regelung nicht durchsetzen läßt, wird die Bundesrepublik Deutschland dieses Problem im Alleingang lösen. Dies gilt auch für den Diesel-PKW: Die US-Grenzwerte müssen durchgesetzt werden.

- Die Umrüstung auf eine bessere Abgasreinigung durch Katalysator bei Altfahrzeugen muß durch einen einmaligen Betrag gefördert werden.
- Die Verringerung von Schadstoffemissionen muß bereits beim Kraftstoff und nicht erst beim Motor beginnen.

Weitere Maßnahmen sind:

- Entscheidende Verbesserung der Abgasreinigungstechniken für LKW sowohl bei gasförmigen Emissionen, wie z.B. Stickoxide und Kohlenwasserstoffe, wie auch bei Rußpartikeln.
- Wirksame Kontrolle der Geschwindigkeitsbegrenzung bei LKW durch technische Maßnahmen.
- Für den Transport von gefährlichen Gütern sind weitere verschärfte Auflagen und Kontrollen erforderlich.
- Entwicklung neuer Antriebstechniken und neuer Energiequellen, besonders auch unter dem Gesichtspunkt der Minderung der CO<sub>2</sub>-Emissionen.
- Förderung des Wasserstoffmotors, des Motors mit Pflanzenöl, des Elektromotors. Da speziell der Wasserstoffmotor, aber auch der Elektromotor, weitgehend ohne negative Auswirkungen auf die Natur betrieben werden kann, ist ein Modellprojekt zu fördern und eine Energie- und Umweltbilanz zu erstellen.
- Bei der Verwendung von Kraftstoffen aus nachwachsenden Rohstoffen wird nur so viel CO<sub>2</sub> frei, wie vorher während des Wachstums der Pflanze aus der Umgebungsluft entnommen wurde. Deshalb soll die Beimischung von Ethanol oder Rapsöl als Zusatz zum Kraftstoff zur Substitution fossiler Energieträger erforscht, erprobt und bewertet werden. Bei einer 5%igen Beimischung in den Benzinkraftstoff würde 1 Million Tonnen Ethanol benötigt. Das entspricht einer Anbaufläche von ca. 5 % der Ackerfläche und bietet gleichzeitig Chancen für die Landwirtschaft.
- Gezielte Entwicklung von Fahrzeugen mit niedrigerem spezifischen Energieverbrauch.
- Höhere Ansprüche an die Lärmvermeidung, aber auch an den Lärmschutz bei bestehenden Verkehrsstrassen.
- Förderung des Trassenrecyclings.
- Neue Lösungen für den ruhenden Verkehr.
- Einführung einer Abgassonderuntersuchung für Dieselfahrzeuge und Katalysatorfahrzeuge.

61. Wir wollen nicht am Automobilverkehr ersticken. Wir wollen auch keine zubetonierte, zerschnittene Landschaft: Wir brauchen Vorsorge, damit Verkehr nach wie vor Freiräume eröffnet, und nicht Umwelt belastet und Natur zerstört. Es müssen auch neue Straßen gebaut werden können, wenn Wohngebiete von den negativen Folgen des Individualverkehrs zu befreien sind und die Straßen nach sorgfältiger Abwägung der unterschiedlichen Belange umweltverträglich gebaut werden können.

Jeder Stau, der abgebaut wird, ist ein Beitrag zum Umweltschutz. Straßenbau muß umweltverträglich erfolgen. Ein umweltgerechter Ausbau des Straßennetzes ist jedoch nicht zum Nulltarif zu haben.

Umweltverträglichkeit muß auch bei den anderen Verkehrsträgern durchgesetzt werden: von der zusätzlichen Sicherheit gerade der Verkehrsmittel, die dem Transport von Gefahrstoffen dienen, bis hin zu leiseren Flugzeugmotoren und verringerten Emissionen.

Langfristig wollen wir, wo immer möglich, „erzwungene“ Mobilität abbauen. Nicht die räumliche Trennung der Lebensfunktionen „Wohnen“ und „Arbeiten“ ist unser Ziel, sondern eine, soweit wie möglich, räumliche Verbindung dieser Funktionen und damit eine Verminderung des Verkehrsbedarfes.

## **Herausgeforderte Chemiepolitik: Von der Entstehung bis zur Entsorgung**

62. Naturwissenschaftliche Forschung hat es uns ermöglicht, durch chemische Synthese neue Stoffe zu entwickeln. Diese neuen Substanzen eröffnen Chancen für Leben – als Wirkstoffe in Medikamenten, als Werkstoffe, die unabhängiger machen von den begrenzten Rohstoffen der Welt, oder als Stoffe, die höhere Erträge in der Landwirtschaft ermöglichen und damit eine Antwort auf den Hunger in der Welt geben. Chemische Analyse und Synthese, biologische Forschung und Nutzung sind Chancen der Kreativität des Menschen, seines forschenden Suchens nach Lösungen, die über die natürlichen Eigenschaften der materiellen Welt hinausgewachsen sind.

63. Mit den Chancen neuer Substanzen untrennbar verbunden, ist der vorsorgende, verantwortliche Umgang mit ihnen. Rückwirkungen auf die Gesundheit des Menschen und auf die Umwelt können vielfältig möglich sein: Sie reichen von Umweltbelastungen bei der Produktion über mögliche gesundheitliche Auswirkungen der Produkte und Substanzen bis zu den Abfallstoffen. Über die Nahrungskette und den Stoffkreislauf ist der Mensch in diese Risiken ebenso unmittelbar eingebunden wie die Lebensgemeinschaft der Tiere und Pflanzen.

Umweltschädigungen bedrohen nicht nur den Menschen, sie gehen auch von ihm aus. Die Selbstschädigung des Menschen durch unkritischen und übermäßigen Arzneimittelverbrauch und die unsachgemäße Entsorgung nicht genutzter Medikamente sind Zeichen mangelnden Umweltbewußtseins.

Das naturwissenschaftliche Forschungspotential der Industrie und des Staates muß vermehrt der Vermeidung von Umweltbeeinträchtigung und der Sanierung von Altlasten dienstbar gemacht werden. Moderne Umweltschutztechnologie ist weltweit eine qualitative Wachstumsbranche der Zukunft.

64. Verantwortliche Politik heißt auch hier vorsorgende Ermittlung und konsequenter Abbau dieser Risiken. Auf diese Herausforderung haben wir bereits geantwortet:

- mit dem Chemikaliengesetz, das die Überprüfung neuer Stoffe vorschreibt und bis zum Verbot gefährlicher Stoffe Kontrollmöglichkeiten eröffnet;
- mit rechtlichen Vorkehrungen gegen Gefahrstoffe, die insbesondere auch den Schutz des Menschen am Arbeitsplatz gewährleisten müssen.

Wir müssen darauf achten, die bereits in der Produktion chemischer Substanzen liegenden Risiken weiter zu verringern und deshalb auf dem richtigen Weg der Störfallverordnung und des Immissionsschutzgesetzes weitergehen. Die Sicherheit der Produktionsabläufe und der industriellen Anlagen selbst ist Voraussetzung, Störfälle überhaupt zu vermeiden und ihre möglichen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt zu begrenzen. Trotz bereits großer Umweltschutzinvestitionen in der Vergangenheit ist es notwendig, die Belastung von Luft und Gewässer weiter zu reduzieren. Beides dient dazu, unser Land als Wirtschaftsstandort langfristig zu erhalten.

65. Die Grundlage muß durch eine zügige Überprüfung der Vielzahl von alten chemischen Substanzen bezüglich ihrer Wirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt nachhaltig ergänzt und verbessert werden. Die Altstoffkonzeption der Bundesregierung ist dafür ein wichtiger Ansatz. Die Aufarbeitung alter Stoffe muß beschleunigt werden. Das Chemikalienrecht wird neu gestaltet. Die Überprüfung der Stoffe muß zur Qualität einer stoffbezogenen Umweltverträglichkeitsprüfung ausgebaut werden, die von der Produktion über den Gebrauch bis hin zum Abfall das gesamte Risiko eines Stoffes mit seinem Nutzen, aber auch mit alternativen Stoffen vergleicht. Erste Schritte zur Vermeidung chlororganischer Endprodukte sind getan. Dies zeigen die Produktionseinstellungen für PCP und PCB in der Bundesrepublik Deutschland.

Neben dem Verbot gefährlicher Stoffe muß die Möglichkeit geschaffen werden, einzelne umweltrelevante Stoffe auch mit spezifischen Abgaben zu verteuern, damit sie weniger eingesetzt werden. Überall dort, wo es für einen gleichen Zweck umweltfreundlichere Produkte gibt, muß der Einsatz des Ersatzstoffes durch wirtschaftlichen Anreiz oder durch staatliche Vorgabe gefördert oder gesetzlich geregelt werden.

66. Die einzelnen Stoffe, Substanzen und Produkte müssen stets über ihren ganzen „Lebenszyklus“ hinweg bewertet werden. Bereits bei der Produktion muß Klarheit darüber gewonnen werden, welche wiederverwertbaren Rohstoffe und Abfallstoffe entstehen, wie sie vermieden oder wiederverwertet oder wie sie ohne Beeinträchtigung der Umwelt entsorgt werden können. Bei der Entscheidung für Produkte und Produktionsprozesse muß bereits vom Abfall her gedacht werden. Stärker als bisher muß von der Möglichkeit Gebrauch gemacht werden, bestimmten Produkten und Verfahren die Genehmigung zu verweigern, wenn sie zu nicht beherrschbaren Abfallstoffen führen. Der Staat und die Kommunen dürfen im Abfallbereich nicht zum Ausfallbürgen werden. Vor der Erteilung einer Betriebsgenehmigung muß der zukünftige Betreiber die Umweltverträglichkeit seines Produktes und der bei der Herstellung und bei der Entsorgung anfallenden Abfallstoffe nachweisen. Zur Finanzierung der vor uns liegenden Aufgaben bei der Altlastensanierung wird ein Altlastenfonds gebildet, an dem sich Bund, Länder, Gemeinden und Industrie entsprechend ihrer Zuständigkeit beteiligen.

67. „Weg von der Wegwerfgesellschaft“ ist unser Ziel. Die Wiederverwertung bietet

noch viele Chancen für Kreativität und das Mithandeln unserer Bürger: von der Kompostierung der Grünabfälle über die vielfältigen Erfassungssysteme bis hin zu den Angeboten zur getrennten Sammlung von Wertstoffen wie Glas, Papier, Metall und von Problemstoffen im Haushalt. Wiederverwertung wird zudem gefördert durch Rücknahmeverpflichtungen der Industrie, wie wir sie z.B. bei halogenierten Lösemiteln für unumgänglich halten. Diese werden durch Pflichtpfand vorangebracht. Der umweltbewußte Bürger muß durch richtige und verständliche Kennzeichnung von Produkten verstärkt in der Wahrnehmung seiner Verantwortung unterstützt werden.

Eine Entsorgung von Kleinmengen von umweltproblematischen Stoffen muß für Bürger und Kleinbetriebe kostengünstig und ohne Formalitäten möglich sein.

68. Wir sind der Vermeidung und der Wiederverwertung verpflichtet. Wir brauchen aber auch umweltverträgliche Anlagen zur Abfallentsorgung. Die Industriegesellschaft braucht Deponien sowie Anlagen für die chemische und physikalische, aber auch thermische Behandlung. Sie sind Einrichtungen für den Umweltschutz, denn sie können mit moderner Technik umweltverträglich gebaut und betrieben werden. Es ist unverantwortlich, wenn vor Ort der politische Mut zur Durchsetzung dieser Anlagen fehlt. Die Konsequenz ist, daß die Abfälle und damit die schlechten Risiken unseres Wohlstandes exportiert und häufig unter schlechteren Umweltbedingungen vergraben und vergessen werden. Die Dritte Welt und die Länder Osteuropas dürfen nicht als Abfalleimer der Wohlstandsgesellschaft der Industrieländer mißbraucht werden. Ein Exportverbot in die Länder der Dritten Welt ist festzuschreiben.

# Moderne Parteiarbeit in den 90er Jahren

## Präambel

1. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands hat als große deutsche Volkspartei in Bund, Ländern und Gemeinden die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland entscheidend geprägt.

Die Mitglieder der CDU haben durch ihr Engagement in der Partei, als deren Funktionsträger sowie als Mandatsträger in Gemeinden, Kreisen und Städten, als Abgeordnete in Landtagen, Bürgerschaften und Abgeordnetenhaus, im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament unserem Gemeinwesen gedient. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, daß nach dem Zusammenbruch aller staatlichen Ordnung die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland fest verankert wurde und unser Land in einer beispiellosen Entwicklung zu Wohlstand, sozialer Sicherheit, Frieden und internationalem Ansehen fand.

Als Volkspartei ist die CDU politische Heimat für Männer und Frauen aus allen Gruppen und Schichten unseres Volkes. Sie vereinigt christlich-soziale, liberale und konservative politische Überzeugungen. Als Volkspartei hat die CDU immer eine konsequente Politik der Mitte gestaltet; diesem Erbe ist und bleibt sie verpflichtet.

Politik der Mitte bedeutet, auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes

- Bewährtes zu schützen und zugleich neue Perspektiven politischen Handelns zu entwickeln;
- unterschiedliche Standpunkte durch gemeinsame Werte und Ziele zu verbinden;
- Belange des Gemeinwohls gegen Gruppeninteressen durchzusetzen;
- eine freie, eigenverantwortliche Lebensgestaltung nach dem Prinzip der Subsidiarität zu ermöglichen;
- eine wechselseitige, solidarische Verantwortlichkeit zwischen dem einzelnen und der Gemeinschaft einzufordern, die gleich weit entfernt ist vom ungebundenen Individualismus und vom Kollektivismus;
- die Durchsetzung des Rechts zu garantieren, welches Freiheit auch für den Schwächeren möglich macht und die Freiheit nach innen und außen zu schützen;
- in der Sozialen Marktwirtschaft, die sich dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichtet weiß, Leistung und soziale Gerechtigkeit, Wettbewerb und Solidarität, Eigenverantwortung und soziale Sicherung miteinander zu verknüpfen;
- Verlässlichkeit im westlichen Bündnis mit Dialogbereitschaft mit den Ländern Mittel- und Osteuropas zu verbinden. Von dieser Grundlage aus folgen wir dem Gebot der Präambel zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, die nationale und staatliche Einheit Deutschlands zu wahren und wiederherzustellen sowie als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen;
- Engagement gegen die Verletzung von Menschenrechten, besonders durch linke und rechte Diktaturen, aufzubringen;
- die Probleme der Menschen in den Entwicklungsländern zu sehen und Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten.

Eine geradlinige und zuverlässige Politik der Mitte ist auch in Zukunft Voraussetzung

für die Stabilität unserer Demokratie. Die CDU kämpft entschieden dafür, daß das Schicksal unseres Landes nicht von Radikalen – weder rechten noch linken – bestimmt wird. Politischer Extremismus würde die Demokratie und den inneren Frieden zerstören, Wohlstand und soziale Sicherheit gefährden und uns international isolieren.

Die CDU lehnt jede Vereinbarung über eine politische Zusammenarbeit und jede Koalition mit links- und rechtsradikalen Parteien wie z.B. den Kommunisten, den Grünen/Alternative Liste, den Republikanern, den Nationaldemokraten und der Deutschen Volksunion ab.

Dies gilt für die Bundes-, Landes- und Kommunalebene.

Die Landesverbände der CDU werden aufgefordert, die Einhaltung dieses Beschlusses sicherzustellen.

An eine Volkspartei sind hohe Anforderungen gestellt: Sie muß über Integrationskraft, Offenheit, Fähigkeit zur Partnerschaft – auch zwischen Mann und Frau –, Wille zur Solidarität, Bereitschaft zum Kompromiß und über Toleranz gegenüber den Überzeugungen Andersdenkender verfügen. Von ihr sind politische Tugenden wie Gerechtigkeitssinn, Uneigennützigkeit, Standfestigkeit, Glaubwürdigkeit, Zuverlässigkeit sowie Kraft und Mut auch zu unpopulären Entscheidungen verlangt. Sie ist bürgernah oder sie ist keine Volkspartei.

An diesen Maßstäben müssen sich sowohl die Politik der CDU als auch deren Funktions- und Mandatsträger messen lassen. Die Programmatik der Partei, der Stil des Auftretens ihrer Vertreter und das Handeln in Regierungsverantwortung oder Opposition können nicht losgelöst voneinander betrachtet werden. Diesem hohen Anspruch hat sich die CDU immer wieder neu zu stellen.

Das vorliegende Programm soll die Parteiarbeit der CDU in den 90er Jahren neu strukturieren, um so eine bürgernahe und moderne Parteiarbeit zu gewährleisten.

Die darin enthaltenen Ansprüche stellen für die Gremien der CDU sowie für ihre Vereinigungen eine Selbstverpflichtung dar, deren fortlaufende Kontrolle zur Verwirklichung der Zielvorgaben unerlässlich ist.

Als Volkspartei ist die CDU in besonderer Weise befähigt, den kulturellen, technologischen, gesellschaftlichen und politischen Wandel in der Bundesrepublik Deutschland human zu gestalten, Konflikte, Spannungen und Interessengegensätze auszugleichen und zukunftsgerechte Lösungen zu erarbeiten. Als moderne, sozial aufgeschlossene und bürgernahe Volkspartei der Mitte ist die CDU die Partei der Zukunft.

2. Um den Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden, muß die CDU ständig überprüfen, ob

- die Auswahlverfahren für ihre Repräsentanten in den Vertretungskörperschaften
- die Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft
- die Formen ihrer Parteiarbeit und
- die Strukturen ihrer Organisation

den Bedürfnissen einer Volkspartei entsprechen.

Seit Ende der 60er Jahre, insbesondere aber in den 70er Jahren, hat die CDU Deutschlands eine schlagkräftige Organisation aufgebaut, die bis in die kleinste Gemeinde reicht. Am Beispiel des Aufbaus der Senioren-Union zeigt sich die Fähigkeit der Partei, auf neue gesellschaftliche Herausforderungen zu reagieren.

In den 90er Jahren stellen sich neue Herausforderungen. Gesellschaftliche Veränderungen sind ebenso aufzugreifen wie ein gewandeltes Politikverständnis; die neuen Möglichkeiten der Massenkommunikation müssen für eine erfolversprechende Parteiarbeit nutzbar gemacht werden. Insbesondere gilt es, den seit Anfang der 80er Jahre zu beobachtenden Vertrauensschwund der Bürger gegenüber den Parteien zu überwinden.

Insbesondere Frauen, Jugendliche und Arbeitnehmer müssen durch neue Formen der Parteiarbeit besser angesprochen werden.

Fünf Problemfelder sind offenkundig:

- Die Parteien werben zwar ständig um den zu einer umfassenden politischen Beteiligung bereiten Bürger; dem Bürger, der nur problem- oder nur projektbezogen oder nur zeitlich befristet mitarbeiten will, unterbreiten sie nur wenige Angebote zur Mitarbeit.
- Die vielfältigen neuen Möglichkeiten der Kommunikation müssen genutzt werden, um den Bürger wirksamer anzusprechen.
- Die Anliegen der Bürgerschaft werden den parlamentarischen Gremien nicht immer ausreichend vermittelt.
- Die Parteien beschäftigen sich häufig mehr mit sich selbst als mit den Problemen der Menschen; sie vermitteln den Bürgern immer weniger die Inhalte der Politik.
- Die Mitgliederzahlen gehen zurück.

Der 36. Bundesparteitag der CDU in Wiesbaden hat deshalb beschlossen, die Organisationsstrukturen der Partei zu überprüfen und Vorschläge für eine bürgernahe und moderne Parteiarbeit zu entwickeln.

## **I. Repräsentanz in staatlichen und kommunalen Vertretungskörperschaften**

### **Situationsbeschreibung**

3. Das repräsentativ-parlamentarische System in der Bundesrepublik Deutschland hat sich in den 40 Jahren seines Bestehens bewährt. Es ist eine wesentliche Voraussetzung dafür gewesen, die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland zu verankern und zu festigen; das repräsentative parlamentarische System ermöglicht Fortschritt und Entwicklung und bewahrt gleichzeitig die Stabilität der politischen Ordnung. Die CDU als größte deutsche Volkspartei trägt eine besondere Verantwortung für diese repräsentative Demokratie.

Angesichts schwieriger und komplexer politischer Entscheidungsaufgaben der staatlichen Organe und der Parlamente in einem hochorganisierten und hochdifferenzierten politischen Gemeinwesen wie der Bundesrepublik Deutschland ist die repräsentative Demokratie auch in Zukunft am ehesten geeignet, sachgerechte und am Gemeinwohl orientierte politische Lösungen zu erbringen.

Die Leistungsfähigkeit der repräsentativen Demokratie wird in der Öffentlichkeit zu wenig gewürdigt, vor allem der in Städten und Gemeinden von ehrenamtlichen Stadt- und Gemeinderäten oft unter Einsatz eigener finanzieller Mittel und mit dem Verzicht auf Freizeit erbrachte Dienst am Gemeinwesen.

Unabhängige, bürgernahe, mit der Lebenswirklichkeit der Bürger vertraute Abgeordnete, die aus allen Schichten des Volkes kommen, bieten die beste Gewähr dafür, daß sich die Bürger durch die Parlamente repräsentiert fühlen. Unterrepräsentiert in unseren Volksvertretungen sind heute junge und alte Menschen, Frauen, Arbeitnehmer aus den gewerblichen und technischen Berufen, Selbständige, Kunst- und Kulturschaffende.

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland enthält in Artikel 21 den Auftrag an die Parteien, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken. Zu den Aufgaben, die die Verfassung den Parteien übertragen hat, gehört die Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber für die Parlamente.

### **Empfehlungen:**

4. Die Arbeit in den Parlamenten ist eine wichtige Bewährungsprobe für die CDU. Hier vor allem wird der Nachweis der politischen Leistungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit erbracht.

Den Gremien der Partei, denen die Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten zufällt, und den Parteivorständen ist ein hohes Maß an Verantwortung auferlegt. An dieser Verantwortung haben sich die Diskussion zur Person der Kandidatinnen und Kandidaten sowie deren Auswahl zu messen. Über die Kandidatenauswahl muß jeweils ein Reservoir an neuen Kräften erschlossen werden. Kandidatenaufstellung bedeutet ebenso Kontinuität wie Erneuerung bis hin zum notwendigen Wechsel der Führungskräfte..

5. Dem Trend zum Berufspolitiker muß entgegengewirkt werden. Bürger aus allen Schichten der Bevölkerung müssen ein Mandat ausüben können, ohne auf die Berufsausübung zu verzichten. Es muß wieder attraktiv werden, dem Gemeinwesen auf Zeit zu dienen. Eine Kommission soll zu diesem und den damit zusammenhängenden Themen – z.B. den Inkompatibilitätsregelungen – Vorschläge erarbeiten.

Die Qualität der Parlamentsarbeit ist zu verbessern. Dies hängt entscheidend von der Qualität der Kandidatinnen und Kandidaten ab. Hier sind zwei Aspekte zu berücksichtigen:

- Die Bedeutung einer innerparteilichen Bewährung ist ausdrücklich anzuerkennen. Bewährung in der Parteiarbeit ist ein gutes Mittel, politische Fähigkeiten zu erlernen und zu erproben. Gerade deshalb ist die innerparteiliche Führungsauslese zu verbessern.
- Zwischen Führungspositionen der Gesellschaft und politischen Führungspositionen muß eine größere Durchlässigkeit angestrebt werden.

Die Leistungsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie und das Ansehen der CDU in der Öffentlichkeit werden maßgeblich von der Qualität ihrer Amts- und Mandatsträger geprägt. Deshalb ist auf die Auswahl sachkundiger, bürgernaher und persönlich integrier Kandidatinnen und Kandidaten, die als Parlamentarier die im Volke vorhandenen politischen und sozialen Anschauungen, Interessen und Zielvorstellungen integrieren und politisch in die Tat umsetzen können, besonders zu achten.

Die Amts- und Mandatsträger der Volkspartei CDU müssen die Vielfalt der beruflichen, sozialen und landsmannschaftlichen Gruppen und der Generationen widerspiegeln und so den Volksvertretungscharakter der Parlamente stärken.

6. Eine Parlamentsreform soll bessere Möglichkeiten schaffen, die parlamentarische Arbeit mit Beruf, Familie und Freizeit zu vereinbaren. Bundestag, Landtage und die kommunalen Parlamente müssen ihre Arbeitsmethoden überprüfen, ihre Arbeitszeiten rationeller einsetzen, nennenswert kürzen oder in zusammenhängenden Tagungswochen zusammenfassen. Darüber hinaus sind die organisatorischen Arbeitsbedingungen der Abgeordneten so zu verbessern, daß dem einzelnen Mandatsträger die Möglichkeit eröffnet wird, sein Mandat neben seinem eigentlichen Beruf ausüben zu können.

Dies eröffnet Parlamentariern bessere Möglichkeiten zum Engagement in Gesellschaft und Partei.

Soweit Mandatsträger und Parteigremien Einfluß auf Termingestaltung haben, sollen sie Sonntage von Verpflichtungen freihalten, um selbst den nötigen Freiraum für Familie und Erholung zu haben.

7. Die Kandidatinnen und Kandidaten der CDU müssen ein überzeugendes Verhältnis zwischen den Generationen aufweisen:

- Für die Fraktionen aller Parlamente sind mehr junge Menschen aufzustellen. Von Repräsentanten der jungen Generation kann zum Zeitpunkt der Aufstellung nicht alles an Fähigkeiten erwartet werden, was die erfahrenen Bewerberinnen und Bewerber auszeichnet. Mit jungen Kandidatinnen und Kandidaten sollen auch andere Sichtweisen und Akzente bewußt aufgenommen werden.
- Die Lebensleistung und die Erfahrung älterer Menschen ist stärker durch die Mitarbeit in den Parlamenten für das Gemeinwohl zu nutzen.
- Für die Fraktionen aller Parlamente sind mehr Frauen aufzustellen. Die Ablehnung einer Quote durch die CDU ist nur dann glaubwürdig, wenn entsprechend den Beschlüssen des Wiesbadener Parteitages mehr Frauen die Möglichkeit der Kandidatur und der Mitarbeit in verantwortlichen Positionen eröffnet wird. An die Qualifikation der Kandidatinnen dürfen keine anderen Maßstäbe angelegt werden als an die männlicher Kandidaten. Die Tätigkeit als Hausfrau und Mutter ist bei Kandidatenaufstellungen als gleichwertig zur Erwerbsarbeit zu würdigen.

Kandidatinnen und Kandidaten aus den Bereichen der Arbeitnehmerschaft der Selbständigen und des Mittelstandes sind auf aussichtsreichen Plätzen der Kandidatenliste zu berücksichtigen. Sie sollen aktiv im Berufsleben stehen und mit der Lebenswirklichkeit der gesellschaftlichen Gruppe, der sie angehören, vertraut sein. Die Repräsentanten dieser gesellschaftlichen Gruppierungen müssen zwar deren Interessen überzeugend formulieren und ihren Sachverstand einbringen können, darüber hinaus aber in der Lage und bereit sein, im Parlament über eigene Interessenbindungen hinaus die am Gemeinwohl orientierte Politik der CDU zu vertreten. Einseitige Interessenvertreter können nicht Kandidatin oder Kandidat der CDU sein.

8. Die politische Glaubwürdigkeit der CDU hängt von ihrer politischen Arbeit und von ihren Kandidatinnen und Kandidaten ab. Persönliche Glaubwürdigkeit bietet dem Bürger die Gewähr, daß die politische Aussage auch verwirklicht wird. Daher müssen die Bewerberinnen und Bewerber in der Lage sein, das Profil der CDU durch ihre Person zu prägen.

Der persönlich vorbildliche Einsatz des Politikers ist entscheidend für das Ansehen der Demokratie. Die öffentliche Meinung widmet dem demokratischen Verhalten des Politikers mit Recht immer mehr Aufmerksamkeit. Demokratisches Verhalten ist Grundbedingung für eine erfolgreiche Kandidatur. Politisches Handeln wird von der Bevölkerung dann als demokratisch anerkannt, wenn der Politiker seine Meinung mutig, klar und zielbewußt öffentlich vertritt und gleichzeitig die Meinung des Andersdenkenden achtet. Die Auseinandersetzung in der Sache zeigt politische Alternativen auf und ist ein Lebenselement der Demokratie.

Bei der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten muß sichergestellt sein, daß an deren persönlichen Integrität kein begründeter Zweifel möglich ist. Sie müssen sich gesellschaftliche Anerkennung durch Bewährung im Beruf, in Familien- und Erziehungsarbeit oder in ehrenamtlicher Tätigkeit erworben haben. Wer sich wegen Mißbrauch eines öffentlichen Amtes strafbar gemacht hat, soll auf eine Kandidatur als Abgeordneter oder als Mitglied einer kommunalen Vertretungskörperschaft verzichten. Die Kandidatinnen und Kandidaten müssen darüber hinaus in der Lage sein, zuzuhören, ihre politischen Vorstellungen in der Öffentlichkeit verständlich zu begründen und zu formulieren und in den Massenmedien darzustellen.

9. Das bisherige, überwiegend repräsentativ-demokratische Verfahren der Aufstellung von Kandidatinnen und Kandidaten hat sich bewährt. Das Kandidatenaufstellungsverfahren soll nicht bundeseinheitlich, sondern entsprechend der regionalen und örtlichen Bedürfnisse geregelt werden und den Parteimitgliedern möglichst starke Mitwirkungsmöglichkeiten einräumen, z.B. durch Mitgliederversammlungen, Mitgliederbefragungen und offene Delegiertenversammlungen. Um eine politische Mitwirkung möglichst vieler zu gewährleisten, muß eine sachlich ungerechtfertigte Anhäufung von Ämtern und Mandaten ausgeschlossen werden.

## **II. Aktive und informierte Mitgliedschaft als Basis einer Volkspartei**

### **Situationsbeschreibung**

10. Zwischen 1969 und 1982 – in den Jahren der Opposition – hat sich die Mitgliederzahl der CDU fast verdreifacht. Während die Mitgliederzahlen noch bis 1984 anwuchsen, ist seit dieser Zeit ein gegenläufiger Trend feststellbar. Der durch Austritte und Sterbefälle verursachte Rückgang wird durch Neuzugänge nicht ausgeglichen.

Besorgniserregender als der Mitgliederrückgang sind die Verschiebungen in der Mitgliederstruktur. Mehr als 50 Prozent der CDU-Mitglieder sind älter als 50 Jahre. Weitere 25 Prozent sind älter als 40 Jahre. Lediglich 3,9 Prozent gehören der Altersgruppe der 25- bis 29jährigen an, und nur 2,8 Prozent sind jünger als 25 Jahre. Der Anteil der 16- bis 20jährigen liegt bei einem Prozent.

Der Anteil der weiblichen Mitglieder beträgt 22,5 Prozent. Das Durchschnittsalter dieser Mitglieder liegt bei 52,1 Jahren. Besonders unterrepräsentiert in der Mitgliedschaft sind Berufsgruppen, die für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft die zentrale Wachstumsgruppe bilden. Hierzu gehören insbesondere der technische Bereich und die privaten Dienstleistungen.

Die Bilanz der Neuaufnahmestatistik für 1988 zeigt zwar eine günstigere Tendenz; hier liegt das Durchschnittsalter bei 42,7 Jahren; bei Frauen bei 45,1 Jahren. Auf die Gruppe der 25- bis 29jährigen entfallen neun Prozent der Neueintritte (Frauen 6,3 Prozent). Der Frauenanteil bei Neueintritten beträgt fast ein Drittel (31,8 Prozent).

Anlaß zur Sorge geben die Strukturdaten vieler Ortsverbände. Es gibt Ortsverbände, die keine weiblichen und keine Mitglieder unter 25 Jahren – teilweise sogar keine Mitglieder unter 30 Jahren – haben. Immer weniger Menschen sind bereit, sich auf längere Zeit an eine Organisation oder gar eine Aufgabe zu binden und regelmäßige Verpflichtungen einzugehen.

## Empfehlungen

11. Die CDU muß eine zukunfts offene, lebendig diskutierende Partei sein, die Regierungskompetenz ausstrahlt, ohne die notwendige kontroverse Diskussion zu scheuen. Dabei kommt es darauf an, daß in der Diskussion innerhalb der Partei eine intensive und von möglichst vielen getragene politische Willensbildung sichtbar wird.

Die CDU braucht vor allem die ständige programmatische Diskussion, die Weiterentwicklung ihrer Positionen zu grundsätzlichen und aktuellen Fragen. Ziel muß es sein, wichtige Themen in die parteiinterne Diskussion hineinzutragen und Lösungsalternativen zu erarbeiten. Dabei soll externer Sachverstand genutzt werden. Termine von Programmkommissionen und Fachausschüssen sollen möglichst so gelegt werden, daß sie mit den beruflichen Verpflichtungen der Parteimitglieder vereinbart werden können.

12. Um dem Anspruch einer Volkspartei gerecht zu werden, ist auf längere Sicht der Altersaufbau und die soziale Struktur der Mitgliedschaft durch neue Impulse in der Mitgliederwerbung zu verändern. Andernfalls wird in absehbarer Zeit eine ausgewogene Struktur in der Partei nicht mehr vorhanden sein.

Vor allem Neumitgliedern, deren Bereitschaft zur Mitarbeit besonders groß ist, sollen konkrete Angebote zur Mitarbeit gemacht werden. Sie sollen nicht nur schriftlich eingeladen, sondern durch die Mandats- und Funktionsträger persönlich angesprochen und zur Mitarbeit angespornt werden. Besondere Begrüßungs- und Informationsveranstaltungen für Neumitglieder sollten auf Kreisebene durchgeführt werden. Es gilt, die Neumitglieder in den Grundkonsens der Partei einzubinden.

13. Die Mitgliedschaft in der CDU darf sich nicht darauf beschränken, durch finanzielle Beiträge die politische Arbeit der CDU zu unterstützen.

Sie muß für das einzelne Mitglied den Effekt haben, daß es genauer und detaillierter über politische Vorgänge informiert ist als Mitbürger, die auf die Massenmedien angewiesen sind. Die periodischen Informationsmaterialien, die die CDU herausgibt, müssen dem besonderen Informationsbedürfnis des Mitglieds Rechnung tragen und entsprechend ausgebaut werden. Vorhandene Parteimedien wie der wöchentlich erscheinende UfD für Mandats- und Funktionsträger sowie das Deutsche Monatsblatt sind entsprechend zu gestalten, um die Argumentationsfähigkeit der Mitglieder zu stärken. Dabei ist auf eine ordentliche journalistische Arbeit zu achten. Um die schnelle Verbreitung von Informationen und die Diskussion von Problemlösungen unter CDU-Mitgliedern zu ermöglichen, sind die Parteimedien stärker als bisher zu Diskussionsforen auszubauen.

Die Mitgliedschaft in der CDU muß tatsächliche Mitwirkungsmöglichkeiten an politischen Entscheidungen eröffnen. Mitglieder wollen nicht nur Beschlüsse von Gremien der Partei nachvollziehen; sie wollen mitbeteiligt sein an politischen Entscheidungsprozessen. Das gilt auch für Entscheidungen auf Regierungs- und Fraktionsebene. Deshalb muß es der Partei gelingen, rechtzeitig und ohne unmittelbaren Entscheidungsdruck Sachfragen auf die Tagesordnung der Parteidiskussion zu setzen, die in einer ersten Phase offen diskutiert werden können.

Die Möglichkeit, an politischen Entscheidungsprozessen aktiv beteiligt zu sein, ist ein Vorrecht, das sich aus der Mitgliedschaft ergibt. Deshalb ist deutlich zu unterscheiden zwischen den Veranstaltungen, in die Bürger und Sachverständige außerhalb der

Partei einbezogen werden (z.B. Anhörungen und Foren) und den Mitgliedern vorbehaltene Veranstaltungen zur Herbeiführung einer politischen Entscheidung. Die CDU diskutiert mit allen Bürgern – entschieden wird von den Mitgliedern.

Die Möglichkeit, an politischen Entscheidungsprozessen aktiv beteiligt zu sein, wird vom Mitglied vor allem dort real erfahren, wo es in seinen lokalen Lebensbezügen ganz persönlich betroffen ist. Die Mitglieder müssen aber auch stärker an der Vorbereitung bundes- und europapolitischer Entscheidungen mitwirken können.

14. Der Anteil an Frauen, jungen Menschen und gewerblichen Arbeitnehmern in der CDU muß erhöht werden. Besonders anzusprechen sind bei der Mitgliederwerbung die unterproportional vertretenen Berufsgruppen aus dem technischen und dem privaten Dienstleistungsbereich sowie aus den sozialen Diensten.

Mitgliederwerbeaktionen sollen mit der Diskussion aktueller politischer Themen verbunden sein. Dazu ist erforderlich:

- Die Partei stellt aktuelle Themen und Grundsatzfragen in den Mittelpunkt ihrer Arbeit.
- Parteiveranstaltungen werden für die Mitarbeit interessierter und sachkundiger Bürger geöffnet.
- Die Partei muß auch Dienstleistungen für politisch interessierte und kontaktsuchende Bürger erbringen.
- Die Partei bemüht sich stärker als bisher um eine Verbindung zwischen den Funktions- und Mandatsträgern und den gesellschaftlichen Gruppen im vorpolitischen Raum.
- Die Partei führt verstärkt gemeinsame Veranstaltungen mit anderen Gruppierungen durch.
- Die Partei stellt sich gegenüber den Bürgern durch eine effektive und bürgerbezogene Öffentlichkeitsarbeit dar.

Die CDU muß auch alle Chancen nutzen, politisch interessierten Menschen durch kurzfristige Angebote Einblicke in die Partei zu geben, ohne sie schon verpflichtet zu wollen. Es müssen Formen entwickelt werden, die nach einer befristeten Zeit die Möglichkeit der Mitarbeit wieder freistellen. So kann die Hemmschwelle für interessierte, aber die Verbindlichkeit (noch) scheuende Menschen herabgesetzt werden.

15. Viele Menschen interessieren sich für die Arbeit einer Partei zunächst aufgrund persönlicher Qualifikation und Interessenlage. Ihre Zustimmung machen sie davon abhängig, inwieweit sie bestimmte, gerade sie betreffende Themen, in einer Partei wiederfinden.

Eine kontinuierliche Beteiligung der Mitglieder sorgt für eine bessere – auch emotionale – Bindung an die Partei. Dazu ist erforderlich:

- Ein Angebot interessanter politischer Themen mit persönlichem Bezug, um Chancen für eine praktische Mitarbeit zu eröffnen.
- Ein Angebot zur aktiven Politikgestaltung durch Übernahme von Mandaten oder Parteifunktionen im Bereich der vorgegebenen Interessensgebiete.

16. Moderne Parteiarbeit kann nicht darauf verzichten, daß möglichst viele Mitglieder bereit und in der Lage sind, die politischen Ziele der CDU im Gespräch und durch andere Formen des Engagements überzeugend zu vertreten.

Die ständige Fort- und Weiterbildung ist zu einer wesentlichen Voraussetzung einer überzeugenden politischen Arbeit geworden. In jedem Orts- und Kreisvorstand sollte ein Vorstandsmitglied für die Bildungsarbeit zuständig und verantwortlich sein.

An erster Stelle muß die Qualifizierung des Mitglieds durch Information stehen. Das Mitglied muß in der Lage sein, politische Vorgänge in ihren Zusammenhängen zu erfassen und Argumente des politischen Gegners zu widerlegen. Wo notwendig und gewünscht, muß das Mitglied die Möglichkeit haben, sich rasch detaillierte Informationen zu beschaffen. Diesem Ziel müssen die Informationsmaterialien dienen, die den unteren Parteigliederungen insbesondere von den zuständigen Landesparteien bzw. der Bundespartei gegen Erstattung der Kosten zur Verfügung gestellt werden.

Ebenso sind alle hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und alle Funktions- und Mandatsträger zur ständigen Fortbildung verpflichtet.

### **III. Bürgernahe Formen der Parteiarbeit Situationsbeschreibung**

17. Die Arbeit der Parteien – vor allem die Themenauswahl bei politischen Veranstaltungen – entspricht nicht immer der Interessenlage und dem Freizeitverhalten der Bürger; sie läßt teilweise auch Aktualität vermissen. Vielfältige neue Möglichkeiten der Begegnung mit dem Bürger bleiben ungenutzt. Die Parteien öffnen sich zu wenig dem Gespräch mit dem Bürger. Die politische Meinungsbildung am Arbeitsplatz wird unterschätzt. Die Zusammenarbeit mit Presse, lokalem Hörfunk und Fernsehen ist verbesserungsfähig. Kontinuierlich erscheinende eigene Zeitungen oder Bürgerinformationen sind die Ausnahme, nicht die Regel.

#### **Empfehlungen:**

18. Die CDU muß im Alltag der Menschen präsent sein. Mehr Bürgernähe muß erstes Ziel aller Anstrengungen zur Verbesserung der Parteiarbeit sein. Bürgernähe setzt voraus, daß die CDU an den Begegnungsstätten in der Arbeitswelt und in der Freizeit ansprechbar ist. Über die modernen Kommunikationsmittel müssen auch gezielte persönliche Ansprachen ermöglicht werden.

Viel stärker als in der Vergangenheit muß die Partei zukünftig Aufgaben wahrnehmen, die sich nicht ausschließlich im engeren Sinn des Wortes als „politisch“ bezeichnen lassen. Immer mehr Mitbürger erwarten von einer Partei, daß diese auch Begegnungsmöglichkeiten eröffnet, die nicht oder nicht völlig durch politische Themen geprägt sind; sie wollen frei und zwanglos mit Gleichgesinnten zusammentreffen können. Das Angebot der Partei muß deshalb heute auch in bewußte Konkurrenz treten zu anderen Freizeitangeboten und dabei nicht zuletzt ein Gefühl der Zusammengehörigkeit stärken.

19. Die CDU muß den Weg zum Bürger gehen, ein breites Angebot vielfältiger neuer Veranstaltungsformen entwickeln und diese Vielfalt auch nutzen. Veranstaltungen müssen themenbezogen und aktuell sein. Zentrale Großveranstaltungen sind nur attraktiv, wenn ein Spitzenpolitiker von überregionaler Bedeutung die Veranstaltung inhaltlich trägt und ausfüllt. Die Regelveranstaltung der CDU vor Ort ist die kleine, an Themen und Zielgruppen orientierte Diskussionsveranstaltung.

Politische Veranstaltungen müssen wesentlich stärker als bisher die Seh- und Hörgewohnheiten der Bürger berücksichtigen, wie sie vor allem durch Fernsehen und Hörfunk geprägt werden. Auch in der Parteiarbeit muß der Einsatz moderner Medien verstärkt werden.

Die vielfältigen Möglichkeiten, Politik interessant und informativ zu vermitteln, müssen genutzt werden. Eine Viertelstunde Talk-Show und eine Viertelstunde Politiker-Rede können mehr erreichen als eine 40-minütige Rede. Politische Veranstaltungen sollten durch kulturelle, unterhaltsame Beiträge aufgelockert werden.

Neben der größeren Veranstaltung mit mehreren solchen Elementen kommt dem politischen Kleingruppengespräch (z.B. „politischer Stammtisch“) große Bedeutung zu. Hier kann dem Bedürfnis des Bürgers nach individueller Diskussion Rechnung getragen werden. Gute Erfahrungen werden mit Nachbarschaftstreffen gemacht, an denen Mandatsträger teilnehmen.

20. Die traditionelle Veranstaltungs-Praxis ist zu überprüfen. Die CDU muß mehr offene Veranstaltungen anbieten. Die Veranstaltungszeiten sind zielgruppenadäquat zu wählen, da sich berufliche und private Verhaltensweisen geändert haben. Einladungen zu Veranstaltungen müssen auch individuelle Gruppenbedürfnisse berücksichtigen. Um Frauen und Männern die Teilnahme an Veranstaltungen der CDU zu erleichtern, sind Möglichkeiten zur – ehrenamtlichen – Betreuung der Kinder in dieser Zeit zu organisieren.

21. Entscheidungen in den Fraktionen, den Parlamenten, den kommunalen Vertretungskörperschaften, den Ausschüssen oder der Verwaltung müssen – unter Beachtung der rechtlichen Vorschriften – durch die öffentliche und offene Diskussion in der Partei begleitet und so Entscheidungsprozesse offengelegt werden. So können Entscheidungsgründe besser vermittelt und dem Bürger mehr Information und Mitwirkung ermöglicht werden. Diese Aufgabe hat die Partei nicht nur in Wahlkampfzeiten, sondern während der gesamten Legislaturperiode.

Sitzungen von Parteigremien sollen stärker zur Diskussion und Vorbereitung politischer Entscheidungen genutzt werden. Die Arbeit kann so vor allem in den Städten und Gemeinden politisch aktueller gestaltet und der politische Gestaltungsanspruch der Partei sichtbar gemacht werden.

Inhaltliche Themen müssen zukünftig im Mittelpunkt von Parteitagen stehen. Auf der Tagesordnung sollen regelmäßig Berichte über die Umsetzung von Parteitagsbeschlüssen und eine Aussprache dazu stehen. Falls Beschlüsse noch nicht umgesetzt sein sollten, muß der Vorstand eine Begründung dafür geben.

Die innerparteilichen Mitwirkungs- und Kontrollmöglichkeiten gegenüber Funktions- und Mandatsträgern müssen verbessert werden. Sie sind den Parteigliederungen regelmäßig rechenschaftspflichtig. Den Beisitzern in den Vorständen ist ein festes Aufgabengebiet zuzuordnen, über das sie auf Wahlparteitagen Bericht erstatten müssen.

22. Der Stärkung der Betriebsarbeit kommt ein besonderes Gewicht zu. Die CDU will keine Parteipolitisierung der Betriebe. Aber insbesondere am Arbeitsplatz und in den Betrieben finden politische Diskussionen, Informationen und politische Meinungsbildung ständig statt. Die CDU muß auf ihre Mitglieder in den Betrieben und Verwaltungen zugehen, sie unterstützen, informieren und fortbilden. Mitglieder der CDU sollen auf Ämter in den Gewerkschaften vorbereitet und zur Übernahme von Vertretungsfunktionen für die Arbeitnehmer in den Betrieben und in der Verwaltung ermuntert und bei und nach Wahlen unterstützt werden. Der ständige Dialog mit den Arbeitnehmervertretern in den Betrieben (Vertrauensleute, Betriebsräte, Personalräte,

Arbeitnehmersvertreter in den Aufsichtsräten) ist eine selbstverständliche Pflicht aller Mandatsträger der CDU.

Die Betriebsarbeit darf sich nicht allein auf Großbetriebe beziehen, sondern muß auch mittelständische Unternehmen einbeziehen. Besondere Bedeutung kommt dem wachsenden Dienstleistungsbereich einschließlich der sozialen Dienste zu. Der Charakter der CDU als Volkspartei muß auch dadurch zum Ausdruck kommen, daß sie eine ausreichende Anzahl von Mitgliedern und Amts- und Mandatsträgern hat, die in der Arbeitnehmerschaft und ihren betrieblichen Vertretungen verwurzelt sind und in der Lage sind, die Anliegen der Arbeitnehmer in die Parteiarbeit einzubringen und die Politik der CDU in einer für die Arbeitnehmer verständlichen Sprache zu vermitteln.

23. Mandats- und Funktionsträger, Kandidaten und die Mitglieder sollen sich in Kirchen, Vereinen und Verbänden engagieren. Sie dienen damit nicht nur einem reichen gesellschaftlichen Leben, sondern zeigen auch, daß die Mitglieder der CDU sich an dieser Arbeit aktiv beteiligen.

Die CDU anerkennt das Engagement von Parteifreunden, die in gesellschaftlichen Gruppen tätig sind. Wer wegen seiner Verpflichtungen im vorpolitischen Raum weniger intensiv an der parteiinternen Arbeit teilnehmen kann, darf bei der Kandidatenauswahl für Ämter und Mandate nicht benachteiligt werden.

Dem Gespräch mit den Kirchen und Glaubensgemeinschaften, ihren Einrichtungen und Verbänden kommt eine besondere Bedeutung für die CDU zu. Durch regelmäßige Gespräche mit den Kirchen und den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen kann die Gesprächsfähigkeit der CDU mit ihrem gesellschaftlichen Umfeld verbessert werden.

Bürgernähe sollte grundsätzlich auch dort gesucht werden, wo die CDU traditionell bislang weniger engagiert war: in freien Initiativen und Bürgergruppen. Nicht in jedem Fall kann sich die CDU hinter die Ziele und Absichten von Bürgerinitiativen stellen. Sie soll dies aber dort tun, wo ein berechtigtes Bürgerinteresse auch deshalb in Bürgerinitiativen einmündet, weil Verwaltungen und Parteien solche Interessenssituationen nicht frühzeitig aufgespürt und aufgegriffen oder das Gespräch darüber nicht rechtzeitig geführt haben.

24. Moderne Parteiarbeit muß die Entwicklung der Gesellschaft zu einer Informations- und Kommunikationsgesellschaft berücksichtigen. Ein problemloser Datenaustausch zwischen den Gliederungen der Partei ist unter Berücksichtigung der Belange des Datenschutzes zu ermöglichen. Die CDU muß sich gezielt der vielfältigen Möglichkeiten moderner Kommunikationsformen bedienen. Parteieigene Zeitungen sind auf Dauer nur erfolgreich, wenn sie in Technik, Aktualität und Aufmachung den im Handel befindlichen Zeitungen entsprechen. Wo Gliederungen der Partei eigene Zeitungen produzieren und verteilen, sollten sie die professionelle Hilfestellung von Parteizentralen in Anspruch nehmen können. Dabei ist vor allem auf die durchschnittlichen Lesegewohnheiten der Bürger Rücksicht zu nehmen. Solche zentralen Hilfen brauchen die Vielfalt an Publikationen nicht zu schmälern. Auch die Möglichkeiten der elektronischen Kommunikation müssen ausgebaut werden.

Angesichts einer starken Lokalisierung der Publizistik – z.B. durch lokalen Rundfunk – muß die Pressearbeit vor Ort verstärkt werden. Zwischen den lokalen Redaktionen und der CDU muß ein ständiger Kontakt gepflegt werden. Dazu gehören Presseerklä-

rungen und Redaktionsbesuche. In diese Kontaktpflege sind nicht nur die traditionellen Abonnements- und Kaufzeitungen, sondern auch neue Produkte wie Anzeigenblätter, Stadtzeitungen sowie lokaler Rundfunk (Hörfunk und Fernsehen) einzubeziehen.

Neue Wahlkampfformen, z. B. Wahlkampfzeitungen, eröffnen neue Ansprachemöglichkeiten. Der Mittelaufwand für derartige Zeitungen sollte durch Einsparungen bei anderen Wahlkampfaktivitäten alter Art gesichert werden. Die CDU muß alle geeigneten Formen moderner Werbestrategien im politischen Bereich einsetzen. Dies gilt auch für Brief- und Telefonaktionen.

#### **IV. Organisation als Voraussetzung für erfolgreiche Parteiarbeit Situationsbeschreibung**

25. Organisationsstufen der CDU sind:

- (1) die Bundespartei,
- (2) die Landesverbände,
- (3) die Kreisverbände,
- (4) die Stadt-/Gemeindeverbände bzw. Stadtbezirksverbände.

Einzelne Landesverbände haben als weitere Organisationsform zwischen Kreis- und Landesverband den Bezirksverband. Die Regelung der jeweiligen Zuständigkeit von Landes- und Bezirksverband ist Aufgabe des Landesverbandes.

Für die spezielle Einwirkung auf gesellschaftliche Gruppen gibt es als organisatorische Zusammenschlüsse die Vereinigungen mit dem Ziel, das Gedankengut der CDU in ihren Wirkungskreisen zu vertreten und zu verbreiten sowie die besonderen Anliegen und den Sachverstand der von ihnen repräsentierten Gruppen in der Politik der CDU zu wahren (Statut § 39.1).

Die CDU verfügt auf Kreis-, Landes- und Bundesebene über hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die die gewählten ehrenamtlichen Funktionsträger in ihrer politischen Arbeit unterstützen.

26. Die Landesverbände sind nach dem Statut (§ 16) die Organisationen der CDU in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland.

Sie bestimmen die Richtlinien der politischen und organisatorischen Arbeit in dem jeweiligen Bundesland. Für alle politischen Maßnahmen - soweit sie nach dem Grundgesetz und den jeweiligen Landesverfassungen zu den Aufgaben der Länder gehören - sind sie verantwortlich. Dazu zählen u. a. die Formulierungen der Leitlinien in der Landespolitik und die Vorbereitung und Durchführung der Landtags- und Kommunalwahlen. In Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden beschließen sie Grundsätze für die Kommunalpolitik.

27. Die Entwicklung der CDU in den 70er Jahren zu einer Mitglieder- und Programmpartei wäre ohne eine schlagkräftige Organisation und eine effizient arbeitende Bundesgeschäftsstelle nicht möglich gewesen.

Für die 90er Jahre muß die Organisationsform der Bundesgeschäftsstelle weiterentwickelt werden.

Dabei stehen drei Zielsetzungen im Vordergrund:

- Änderung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit unter Berücksichtigung der neuen technischen Möglichkeiten;
- Änderung der Organisation aufgrund der neuen elektronischen Kommunikationsmittel;

– Beseitigung des finanzwirtschaftlichen Ungleichgewichts:

Die Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben hat seit Anfang der 80er Jahre zu einem strukturellen finanzwirtschaftlichen Ungleichgewicht geführt, das eine strukturelle Überprüfung der Einnahmen- und Ausgabenverteilung innerhalb der gesamten Partei verlangt.

28. Die Vereinigungen haben eine Doppelfunktion, die eine wesentliche Stärke der Union ausmacht. Sie repräsentieren ihre Gruppen, in denen sie Politik treiben, und sie verwurzeln die Partei in ihren Gruppen. Sie formulieren eigene politische Programme, wobei sie in den Grundwerten mit der CDU übereinstimmen. Für ihre Tätigkeit brauchen sie eine gewisse Eigenständigkeit. Gleichzeitig müssen sie ihre Aufgaben, sowohl ihre Gruppe als auch die Partei zu vertreten, in Einklang bringen. Dies zu erreichen, ist eine wichtige Aufgabe der Vorstände der Vereinigungen, aber auch der Parteiführungen auf allen Organisationsstufen. Werden die Vereinigungen zu stark in die Partei integriert, verlieren sie sowohl ihre Sprecher- als auch ihre Repräsentationsfunktion für wichtige Gruppierungen. Entfernen sie sich zu weit von der Partei, verlieren sie ihren Einfluß in der CDU und gefährden ihr Mandat, für die CDU zu sprechen.

Entscheidend ist, daß eine Vereinigung ihre parteiorganisatorische Legitimation von der Gesamtpartei erhält, und daß die Gesamtpartei die Trägerin des politisch-parlamentarischen Mandats der CDU ist.

Die derzeitige Struktur und die Arbeitsweise der Vereinigungen der CDU entspricht nicht immer den Anforderungen. Der Mitgliederstand ist zu gering. Die intensive Einwirkung auf die Berufs- und Altersgruppen, die dem spezifischen Aufgabenkreis der Vereinigungen entsprechen, fehlt oft. Es ist aber auch eine Aufgabe der örtlichen Partei, die Arbeit der Vereinigungen zu unterstützen.

### **Empfehlungen**

29. Die Gliederung der Partei in Organisationsstufen hat sich grundsätzlich bewährt. Bei einer Neuordnung der Organisation ist eine flächendeckende und gleichwertige Versorgung der Parteigliederungen in allen Regionen der Bundesrepublik Deutschland mit modernsten Hilfsmitteln der Organisation und Kommunikation anzustreben. Bereits vorgenommene Zentralisierungen sollen beibehalten werden. Ziel ist es, leistungsfähige Parteistrukturen auf lokaler Ebene zu schaffen, durch die eine größere Bürgernähe hergestellt, die öffentliche Wirksamkeit verbessert und ein wirtschaftlicher Einsatz finanzieller Mittel gewährleistet wird. Die Arbeit der Stadt- und Gemeindeverbände ist verstärkt zu unterstützen. Notwendig ist dabei die sinnvolle Verbindung der hauptamtlichen Arbeit (Geschäftsstelle) mit der ehrenamtlichen Parteiarbeit (z.B. Bürgertreff/Bürgerbüro).

30. Es ist erforderlich, die Funktion der Kreisgeschäftsstelle neu zu beschreiben:

– Kreisgeschäftsstellen sind Kommunikations- und Dienstleistungszentren, hauptamtlich besetzt und mit modernen Kommunikationstechniken ausgestattet. Sie sind z.B. zuständig für die Betreuung von Parteigremien, für politische Informationen und die Organisation von Wahlkämpfen sowie die Verwaltung der Mitgliederkartei.

– Ein Dienstleistungsabend wird auch in CDU-Geschäftsstellen eingeführt.

31. Ziel dieser Neuorganisation der Geschäftsstellen muß sein, die Kreisgeschäftsführerin bzw. den Kreisgeschäftsführer weitgehend von verwaltungstechnischen Tätigkeiten zu entlasten und den Hauptteil der Aufgaben in der Betreuung und Förderung der politischen Arbeit des Kreisvorstandes, der Stadt-/Gemeindeverbände bzw. Stadtbezirks- und Ortsverbände, der Vereinigungen sowie der kommunalen Fraktionen zu sehen.

Die Kreisgeschäftsführerin bzw. der Kreisgeschäftsführer leitet die Geschäftsstelle und ist für deren ordnungsgemäßen Arbeitsablauf verantwortlich. Sie sind Vorgesetzte aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle; sie motivieren und koordinieren die Arbeit aller hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Kreisgeschäftsführerin bzw. der Kreisgeschäftsführer muß verantwortlich dafür sorgen, daß

- die anfallende Verwaltungsarbeit reibungslos erledigt wird,
- die Ausgaben der Geschäftsstellen im Rahmen des Haushaltsplanes bleiben,
- Wahlkämpfe optimal organisiert werden,
- eine effektive und zielorientierte Öffentlichkeitsarbeit der Partei betrieben wird,
- eine erfolgreiche Mitgliederwerbung durchgeführt wird.

Mit diesen Aufgaben steht die Kreisgeschäftsführerin bzw. der Kreisgeschäftsführer an der Schnittstelle von Politik und Administration. Dies ist eine nicht hoch genug einzuschätzende Koordinations- und Managementaufgabe auf politischer Grundlage, die besondere Anforderungen an seine Qualifikation stellt.

Die Einstellung der Geschäftsführer erfolgt im Einvernehmen mit dem zuständigen Kreisverband durch den jeweiligen Landesverband. Vorgesetztenfunktion haben die Kreisvorsitzenden und der Geschäftsführer des anstellenden übergeordneten Gebietsverbandes. Voraussetzung für eine Einstellung sind eine abgeschlossene Berufsausbildung und eine mindestens dreijährige Berufserfahrung. Auch für wissenschaftlich qualifizierte Bewerber gilt eine mindestens dreijährige berufliche Bewährung.

Anstellungsvoraussetzung für hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Partei ist eine gründliche sechsmonatige parteiinterne Ausbildung in der Probezeit. In dieser Zeit **müssen** sie die Bundespartei, die Landespartei sowie einen oder mehrere Kreisverbände kennenlernen. Sie werden dabei in folgende Bereiche eingearbeitet:

- Veranstaltungsorganisation,
- Kommunikationstechniken,
- praktische Öffentlichkeitsarbeit (Mitgliederwerbung, Publikationswesen usw.),
- Programmarbeit sowie
- Finanzierungs-, Rechts- und Steuerfragen.

Für Kreisgeschäftsführer werden auf Landes- und Bundesebene Fortbildungsmaßnahmen zu den vorgenannten Bereichen angeboten.

32. Die Landesverbände sind die Schaltstelle zwischen den Gliederungen der Partei. Sie erfüllen generell – insbesondere in Wahlkämpfen – eine Dienstleistungsfunktion gegenüber den nachgeordneten Verbänden. Zu ihren Aufgaben zählt auch die Umsetzung der Arbeit der Bundespartei. Die personelle und technische Ausstattung der Landesgeschäftsstellen muß diesen Erfordernissen entsprechen. Die Landesgeschäftsstelle hat die Dienstaufsicht über die Kreisgeschäftsführerinnen und

Kreisgeschäftsführer. Ihr soll auch die Dienstaufsicht über die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Vereinigungen im Landesverband obliegen.

33. Bei der Bundespartei muß dem finanzwirtschaftlichen Ungleichgewicht durch eine Organisationsreform begegnet werden. Der Grundgedanke ist eine Reform der Organisation und Aufgabenverteilung im Verbund der auf der Organisationsstufe des Bundes arbeitenden Institutionen. Dies ermöglicht eine Entlastung der Bundesgeschäftsstelle. Darüber hinaus sind technische Aufgaben auf Wirtschaftsbetriebe der Partei zu verlagern sowie Verwaltungsabläufe zu rationalisieren. Durch eine gezielte Verlagerung von Aufgaben und die damit verbundenen neuen Personalstrukturen muß die Bundesgeschäftsstelle in neuer Form mit etwa 25 Prozent weniger Personalkosten auskommen. Darüber hinaus ist durch eine Überprüfung der Verwaltungsabläufe der Bundesgeschäftsstelle durch einen Unternehmensberater oder Wirtschaftsprüfer die Möglichkeit weiterer Einsparungen zu prüfen. Bei der Vorbereitung und Durchführung von Maßnahmen sind die Mitarbeiter zu beteiligen und ihre Interessen angemessen zu berücksichtigen.

Auch in den Bereichen wissenschaftliche Arbeit, politische Bildung und Durchführung von Fachtagungen können Umverlagerungen und Neuorganisationen dazu führen, daß die politische Arbeit der Bundesgeschäftsstelle konzentriert wird auf Kommunikation, Wahlkampf, Organisation und inhaltliche Programmarbeit. Gerade in diesen Bereichen erfüllt die Bundesgeschäftsstelle eine wichtige und unverzichtbare Servicefunktion für die Landes- und Kreisverbände. Die neuen elektronischen Kommunikationsmöglichkeiten eröffnen dazu neue Ansatzpunkte. Das setzt allerdings eine entsprechende apparative Ausstattung auf allen Organisationsstufen der Partei voraus.

34. Um den neuen Aufgaben gerecht zu werden, hat die Bundesgeschäftsstelle der 90er Jahre „redaktioneller“ zu arbeiten, das heißt, sie muß sich im Wettstreit um Meinungsführerschaft in der Mediengesellschaft bewähren. Deshalb ist die Zusammenarbeit mit Presse, Hörfunk und Fernsehen eine zentrale Aufgabe der Bundesgeschäftsstelle; die inhaltliche Vorbereitung und die Umsetzung für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ist wesentlicher Bestandteil dieser Arbeit.

Bisherige Arbeiten, z.B. umfangreiche Beantwortung von Briefen, fachliche Auskünfte aller Art, tagespolitisch programmatische Arbeit sowie die Betreuung der Bundesfachausschüsse müssen gestrafft werden. Das gleiche gilt für die Aufgabenbereiche der Betreuung der Verbände sowie für die Betreuung einzelner politischer Bereiche. Der satzungsmäßigen Ordnung für die Bundesfachausschüsse der CDU ist wieder Geltung zu verschaffen; dies gilt insbesondere für die Zusammensetzung und die Höchstmitgliederzahl.

35. Die Bundespartei leistet mit ihren Publikationen einen wichtigen Beitrag zur politischen Information der Mitglieder. Der wöchentlich erscheinende UID für Mandats- und Funktionsträger ist entsprechend zu gestalten. Das Deutsche Monatsblatt ist einzustellen. Eine neue ansprechende Mitgliederzeitung, die Hintergrundinformationen und Argumentationshilfen enthält, wird geschaffen.

36. Die Vereinigungen müssen sich stärker auf ihre eigentliche Aufgabe besinnen und ihre Außenwirkung in die von ihnen repräsentierten Zielgruppen erheblich verbessern. Hierzu ist erforderlich:

- Die Arbeit der Vereinigungen muß in die Parteiarbeit integriert sein. Die aktive Arbeit für eine Vereinigung der Partei sollte immer auch Arbeit für die CDU sein.
- Die Mitgliedschaft in allen Vereinigungen soll ohne Mitgliedschaft in der Partei möglich sein; eine Parteimitgliedschaft soll jedoch angestrebt werden. Mitglieder der Vereinigungen können nicht Mitglied einer mit der CDU konkurrierenden Partei sein. Die Mitgliedschaft in den Vereinigungen bedarf – soweit dieses nicht ohnehin schon praktiziert wird – künftig einer eigenständigen Willenserklärung. Dies ist für alle Vereinigungen ab 1. Januar 1995 verbindlich. Mitgliederdaten werden bei der zentralen Mitgliederkartei geführt und verwaltet.
- Die Frauen-Union wird als Vereinigung aufgelöst. Auf dem Bundesparteitag 1994 wird ein Konzept über eine eigenständige Frauenarbeit in der CDU vorgelegt. In den Vereinigungen muß das Bewußtsein lebendig sein, daß die Partei weitaus mehr als eine Dachorganisation der Vereinigungen ist.
- Die Kreisvorsitzenden und Kreisvorstände der CDU müssen sich auch als Sachwalter der Vereinigungen verstehen und verantwortlich dafür eintreten, daß auch Frauen, junge Menschen und Arbeitnehmer gezielter in die Partei einbezogen werden. Umgekehrt haben die Vereinigungen in ihrer Arbeit das Gesamtinteresse der Partei zu beachten. Die Geschäftsführung der Vereinigungen soll auf Kreisebene durch die Kreisgeschäftsstellen der Partei erfolgen.

## **V. Finanzen**

37. Der 37. Bundesparteitag spricht sich für eine grundsätzliche Verbesserung der Finanzausstattung der Bundespartei aus, um mittelfristig ein finanzwirtschaftliches Gleichgewicht erreichen zu können.

38. Der Bundesparteitag beauftragt den Bundesvorstand, durch eine Kommission, in die Beauftragte aller CDU Landesverbände berufen werden, die Probleme einer gerechten Aufgaben- und Finanzverteilung innerhalb der Gesamtpartei sowie den Finanzbedarf der Bundespartei untersuchen zu lassen. Die Kommission soll ihren Bericht und ihre Empfehlungen bis zum 1. Februar 1990 vorlegen.

39. Der Bundesparteitag stimmt einer Anhebung des Beitragsanteils der Bundespartei ab 1. Januar 1990 von 1,— DM auf 1,25 DM pro Mitglied und Monat zu.

## **VI. Schlußfolgerungen**

40. Wie für jede Institution gilt auch für eine Partei, daß die Organisation dienende Funktion zur Erfüllung der Aufgaben hat. Die organisatorischen Strukturen der CDU als Volkspartei sind in den vergangenen 40 Jahren unter unterschiedlichen Bedingungen als Regierungs- und Oppositionspartei gewachsen und weiterentwickelt worden. Heute geht es darum, diese Organisationsstrukturen den gewandelten Rahmenbedingungen anzupassen. Es ist vorauszusehen, daß Interessen unterschiedlicher Art sich – wie auch in der Vergangenheit – einer notwendigen Innovation und Modernisierung widersetzen werden. Die entscheidende Frage lautet: Schafft sich die CDU die organisatorischen Voraussetzungen, um auch in Zukunft als Volkspartei die dominierende politische Kraft Deutschlands zu sein? In einer Wettbewerbsgesellschaft, wie es die Bundesrepublik Deutschland ist, gibt es Erfolg nur auf der Grundlage ständiger Innovation.

## **Beschluß Nr. C1**

### **I. Wir wollen ein gutes Miteinander von Deutschen und Ausländern**

1. In der Bundesrepublik Deutschland leben heute etwa 4,5 Millionen Ausländer. Mehr als die Hälfte von ihnen wohnt und arbeitet hier seit über zehn Jahren. Eine Million sind Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren; von ihnen sind drei Viertel hier geboren und aufgewachsen. Die große Mehrzahl der in unserem Land lebenden Ausländer will auf Dauer hier bleiben. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist immer dafür eingetreten, diese Menschen in unser wirtschaftliches, soziales und kulturelles Leben einzugliedern.

2. Das deutsche Volk hat sich in seiner Geschichte offen gezeigt für die Aufnahme von Menschen fremder Nationalität. Diese haben sich bei uns im Laufe der Zeit integriert und sind Deutsche geworden. Wer von den bei uns lebenden Ausländern Deutschland als Zukunft für sich und seine Kinder sieht, dessen Weg führt zur deutschen Staatsangehörigkeit. Mit dem Erwerb der Staatsangehörigkeit wird die rechtliche Zugehörigkeit zu unserer staatlichen Gemeinschaft dokumentiert; Rechte und Pflichten werden gleichermaßen übernommen. Deshalb wird sich die Christlich Demokratische Union Deutschlands darum bemühen, die auf Dauer bei uns lebenden Ausländer nicht nur im menschlichen, sondern auch im rechtlichen Sinn zu Mitbürgern zu machen.

3. Nach christlichem Verständnis haben alle Menschen, unabhängig von Rasse oder Nationalität, die gleiche Würde. Die Christlich Demokratische Union Deutschlands setzt sich deshalb für die Wahrung und Verwirklichung der Menschenwürde und des Rechts auf Heimat weltweit sowie für Solidarität, Verständnis und Hilfe gegenüber Fremden ein.

Unser Ziel ist ein gutes Miteinander von Deutschen und den bei uns lebenden Ausländern. Nicht nur der Staat und seine Einrichtungen, sondern die gesamte Gesellschaft sind hier gefordert. Kirchen, Gewerkschaften, Verbände und andere gesellschaftliche Gruppen können für ein friedliches Zusammenleben zwischen Deutschen und Ausländern einen wichtigen Beitrag leisten.

4. Die ausländischen Arbeitnehmer haben mit ihrer Arbeit zum Ausbau des Sozialstaates, zu Einkommenssteigerungen und zu Arbeitszeitverkürzungen beigetragen. An vielen Stellen der Wirtschaft sind sie auch heute kaum ersetzbar. Auch angesichts der Veränderungen des Altersaufbaus der deutschen Bevölkerung kann auf die Beschäftigung der hier lebenden ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Kinder nicht verzichtet werden.

Durch ihre Lebensweise und Lebensauffassung haben die Ausländer vielen Deutschen Anstöße zur Bereicherung von kulturellem Leben und Freizeitverhalten gegeben. Sie haben wesentlich zur Öffnung der deutschen Bevölkerung für die Kulturen der umliegenden europäischen Länder beigetragen und in manchen Fällen die Wahrnehmung von Problemen in unserer Gesellschaft beschleunigt.

5. Die CDU will ein ausländerfreundliches Klima in unserem Land erhalten. Wir stehen in politischer Gegnerschaft zu allen, die Fremdenangst schüren, diskriminierende Parolen verbreiten und an Neidinstinkte appellieren. Unser Verhältnis zu den bei uns lebenden Ausländern muß von den gleichen Wertmaßstäben geprägt sein, die wir

für das Zusammenleben der Deutschen untereinander als verbindlich ansehen. Die CDU wird Initiativen fördern, die das Verständnis zwischen Deutschen und Ausländern weiter verbessern und Ausländern die Integration erleichtern.

6. Wir können nicht alle Ausländer bei uns aufnehmen, die noch zu uns kommen wollen. Die Integrationskraft unserer Gesellschaft, der Arbeitsmarkt und die Begrenztheit der Ressourcen lassen dies nicht zu. Es darf nicht übersehen werden, daß die soziale und kulturelle Integrationsfähigkeit einer jeden Gesellschaft begrenzt ist; das Zusammenleben von Menschen, die aus sehr unterschiedlichen Kulturen kommen, verschiedenen Religionen angehören und unterschiedliche Wertvorstellungen mitbringen, stellt an die Anpassungsbereitschaft und die Toleranz ganz erhebliche Anforderungen. Außerdem können unser soziales Netz, unsere vielfältig differenzierten Bildungseinrichtungen mit freiem Zugang, eine ausreichende Versorgung mit Wohnraum sowie eine umfassende von Staat und Gesellschaft getragene Daseinsvorsorge nicht einer unbeschränkten Zahl von Menschen zur Verfügung gestellt werden. Wer darauf keine Rücksicht nimmt, fördert zumindest unbewußt Ausländerfeindlichkeit und soziale Konflikte und erreicht damit das Gegenteil einer Ausländerpolitik, die am christlichen Verständnis vom Menschen orientiert ist.

Deshalb muß ein weiterer Zuzug von Ausländern begrenzt bleiben; der Anwerbestopp soll bestehen bleiben.

*Von diesem Grundsatz unberührt bleiben der Nachzug enger Familienangehöriger unter bestimmten Voraussetzungen sowie die freie Wahl des Arbeitsplatzes und das Aufenthaltsrecht für alle Bürger der Europäischen Gemeinschaft. Die Freizügigkeit in der EG darf aber nicht dazu führen, daß erhebliche Zuwanderungen in die wirtschaftlich stärkeren Regionen Europas erfolgen. Notwendig ist deshalb eine wirksame Regionalpolitik, die vor allem die strukturschwachen Regionen in der EG fördert.*

## **II. Wir wollen die Integration der hier lebenden Ausländer verbessern**

7. Die Grundwerte unserer Politik, wie sie im Grundsatzprogramm festgelegt sind, verpflichten uns zur Integration derjenigen ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in Gesellschaft, Staat, Arbeitswelt und Kultur – bis hin zur Einbürgerung –, die seit langem bei uns leben und auf Dauer hier Heimat finden wollen. Dabei müssen wir Rücksicht nehmen auf die schwierige menschliche Situation von Ausländern, die im Spannungsfeld zwischen zwei Kulturen leben. Jeder soll die Möglichkeit haben, nach seinen eigenen kulturellen und religiösen Vorstellungen zu leben; niemand darf zur Aufgabe seiner nationalen Identität gezwungen werden. Die Ausländer müssen ihrerseits bereit sein, sich in die Gemeinschaft aller Bürger einzugliedern, d.h. sie müssen unsere Rechtsvorschriften und Lebensformen achten sowie die Menschenwürde und die Wertordnung unserer Verfassung respektieren.

Vor allem im Hinblick auf die Ausländer der zweiten und dritten Generation, die hier aufgewachsen sind und überwiegend auf Dauer bei uns bleiben wollen, gibt es zu einer konsequenten Integrationspolitik keine Alternative.

### **Qualifizierte Schul- und Berufsausbildung**

8. Wesentliche Voraussetzung für ein Gelingen der Integration ist eine qualifizierte Schul- und Berufsausbildung. Besonderer Wert muß vor allem darauf gelegt werden, daß die deutsche Sprache beherrscht wird. Mehr als bisher soll bei ausländischen Eltern dafür geworben werden, ihren Kindern – auch den Mädchen – eine Nutzung, der

vielfältigen Möglichkeiten unseres Bildungsangebotes zu ermöglichen. Dabei können den Schulunterricht begleitende Maßnahmen jungen Ausländern helfen. Besondere Schulungs- und Fortbildungsmaßnahmen sollen sicherstellen, daß möglichst jeder junge Ausländer den Abschluß einer Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf erreichen kann.

### **Verbesserung der aufenthaltsregelnden Bestimmungen**

9. Die Integration der bei uns lebenden Ausländer wird oftmals behindert durch die Unsicherheit über ihren rechtlichen Status; eine langfristige Lebensplanung ist für viele unmöglich.

Die CDU fordert deshalb, daß Ausländer mit zunehmender Dauer ihres rechtmäßigen Aufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland einen verfestigten Rechtsanspruch auf Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erhalten, der ihnen eine langfristige Lebensplanung ermöglicht.

Ermessensspielräume von Ausländerbehörden und Gerichten sind durch Gesetz klar zu umschreiben.

Hier aufgewachsenen Ausländern der zweiten und dritten Generation ist grundsätzlich auf Dauer ein Aufenthaltsrecht zu gewähren.

Nachgezogene Ehepartner sollen bei längerem Bestand der Ehe, bei Tod des Partners oder bei Scheidung nach einem Mindestaufenthalt beider Ehepartner von drei Jahren in der Bundesrepublik Deutschland ein eigenständiges Aufenthaltsrecht erhalten. Sie erhalten eine Arbeitserlaubnis, wenn sie an integrationsbezogenen Maßnahmen (z.B. Sprachkurse, Berufsvorbereitung) teilgenommen haben.

Die Regelungen über die Aufenthaltsbeendigung von straffällig gewordenen Ausländern sind zu verbessern. Die Verpflichtung zur Abschiebung soll bei schweren Delikten und bei Delikten im Wiederholungsfall als Nebenstrafe im Strafgesetzbuch verankert werden.

### **Schutz von Ehe und Familie**

10. Der Schutz von Ehe und Familie gilt auch für Ausländer.

Ausländer der ersten Generation können ihre Ehegatten nachholen, wenn sie sich hier rechtmäßig aufhalten, der Lebensunterhalt durch eigene Erwerbstätigkeit gesichert und für ausreichenden Wohnraum gesorgt ist.

Ausländern der zweiten und dritten Generation ist der Nachzug von Ehegatten ohne Wartefrist zu gestatten, wenn der hier lebende Ehepartner einen verfestigten Aufenthaltsstatus hat, der Lebensunterhalt ohne Inanspruchnahme von Sozialhilfe gesichert und für ausreichenden Wohnraum gesorgt ist.

Eltern, die ihre Kinder nachziehen lassen wollen, sollen veranlaßt werden, dies möglichst bald, spätestens aber bis zum 16. Lebensjahr zu unternehmen. Im wohlverstandenen Interesse der ausländischen Kinder ist eine Altersgrenze für das Nachholen von Kindern sinnvoll, damit sie hier eine Zukunftsperspektive haben.

11. Ausländischen Jugendlichen, die ganz oder überwiegend hier aufgewachsen sind sowie deutsche Schulen besucht haben und als Minderjährige mit ihren Eltern in deren Herkunftsland zurückgekehrt sind, soll eine befristete Rückkehrmöglichkeit eröffnet werden.

## **Einbürgerung erleichtern**

12. Wir wollen die volle rechtliche Gleichstellung der Ausländer. Dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn die Ausländer bereit sind, die deutsche Staatsangehörigkeit mit allen Rechten und Pflichten zu erwerben. Eine Einbürgerung kann nur am Ende eines Integrationsprozesses stehen; sie ist für uns auch der Schlüssel zur Erlangung des Wahlrechtes.

Wir wollen daher die Einbürgerung der Ausländer erleichtern, die seit langem bei uns leben. Die Möglichkeit zur Einbürgerung soll an bestimmte konkrete Voraussetzungen gebunden werden. Bei Vorliegen der Einbürgerungsvoraussetzungen besteht ein Anspruch auf Einbürgerung.

Im einzelnen fordern wir:

- Die Mindestaufenthaltszeit für einen Einbürgerungsantrag soll auf acht Jahre herabgesetzt werden.
- Für jugendliche Ausländer der zweiten und folgenden Generation ist eine Einbürgerungsoption, die eine berechenbare Einbürgerungsaussicht gewährt, innerhalb enger zeitlicher Grenzen zu schaffen. Voraussetzung: vorheriger achtjähriger Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland und soziale Integration.
- Für diese Jugendlichen kann das Prinzip der Familieneinheitlichkeit aufgegeben werden. Auch sollen sie bereits ab dem 16. Lebensjahr (mit Zustimmung der Eltern) einen Antrag auf Einbürgerung stellen können. Dies ermöglicht es ihnen z.B., zum Vorbereitungsdienst des öffentlichen Dienstes zugelassen zu werden.
- Die Einbürgerungsgebühren sind deutlich zu senken.
- Eine Doppelstaatsangehörigkeit soll dann hingenommen werden, wenn der Ausländer aus objektiven Gründen seine bisherige Staatsangehörigkeit nicht oder nur unter besonders schwierigen und schikanösen Bedingungen aufgeben kann.

13. Für die Europäische Gemeinschaft befürworten wir eine europaweite bundesstaatliche Ordnung. Im Rahmen einer solchen Entwicklung ist auch ein eigenes, die nationalen Grenzen übergreifendes Bürgerrecht anzustreben. Ein solches europäisches Bürgerrecht, das auch das Wahlrecht einschließt, kann aber erst verwirklicht werden, wenn wesentliche Fortschritte auf dem Weg zur politischen Union erreicht worden sind.

## **III. Politisch Verfolgte genießen Asylrecht; Mißbrauch des Asylrechts verhindern**

14. Die CDU bekennt sich zum grundgesetzlich garantierten Recht auf Asyl für politisch Verfolgte. Asyl können aber nur diejenigen erhalten, die tatsächlich aus politischen, rassischen oder religiösen Gründen staatlichen Verfolgungsmaßnahmen mit Gefahr für Leib und Leben oder Beschränkungen ihrer persönlichen Freiheit ausgesetzt sind.

Das Recht auf Asyl darf nicht durch Mißbrauch ausgehöhlt und gefährdet werden. Deshalb muß ein Mißbrauch des Asylrechts mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verhindert werden.

15. Damit der Rechtsanspruch auf Asyl für diejenigen erhalten bleibt, die tatsächlich verfolgt werden und aus ihrer Heimat fliehen mußten, fordert die CDU:

- Asylbewerber, die bereits in einem anderen Staat eine Aufnahme gefunden haben, die sie vor Verfolgung oder Abschiebung schützt, müssen durch die Grenzbehörden zurückgewiesen werden können.

– Verwaltungsverfahren müssen ebenso wie die gerichtlichen Verfahren erheblich beschleunigt werden, damit die Entscheidungen über Asylanträge möglichst zeitnah erfolgen. Diesem Ziel dienen die dezentrale Durchführung von Verfahren, die Verbesserung der Zusammenarbeit und eine bessere personelle Ausstattung von Behörden und Gerichten in Bund und Ländern.

– Anträge von Asylbewerbern aus Ländern, in denen eine Verfolgung erkennbar nicht stattfindet, sollen mit Vorrang bearbeitet werden.

16. Eine fühlbare Beschleunigung der Verwaltungs- und Gerichtsverfahren ermöglicht auch eine Überprüfung des Arbeitsverbots für Asylbewerber. Die CDU tritt auch im Interesse der Betroffenen dafür ein, daß die Asylbewerber möglichst bald Gewißheit darüber erhalten, ob sie hierbleiben können oder nicht. Diejenigen, die bei uns bleiben, sollen ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können. Darüber hinaus soll die durch das Bundessozialhilfegesetz gegebene Möglichkeit, auch Asylbewerber zu gemeinnütziger Arbeit heranzuziehen, verstärkt genutzt werden.

17. Der Aufenthalt rechtskräftig abgelehnter Asylbewerber in der Bundesrepublik Deutschland muß konsequent und unverzüglich beendet werden, sofern im Einzelfall nicht Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonvention entgegenstehen.

### **Harmonisierung des Asylrechts in der EG**

18. In einem Europa der offenen Grenzen müssen Asylrecht und Asylpraxis der Mitgliedstaaten harmonisiert werden. Ziel der Harmonisierung sollen die Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonvention sein. Soweit erforderlich, muß das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland so ergänzt werden, daß unser nationales Asylrecht dem Standard in der Europäischen Gemeinschaft entspricht. Erste Schritte zu einer Angleichung des Asylrechts müssen sein,

– jedem Asylbewerber das Recht auf Prüfung eines Asylantrages in einem der EG-Mitgliedstaaten zu gewährleisten und

– die Einreichung paralleler oder einander folgender Asylanträge in verschiedenen EG-Mitgliedstaaten zu vermeiden.

### **Fluchtursachen beseitigen**

19. Das Asylrecht ist nicht das geeignete Instrument zur Linderung der wirtschaftlichen Not in anderen Ländern der Erde. Die Beseitigung der Ursachen ist langfristig die einzige befriedigende Lösung der Fluchtprobleme. Die Not von Millionen Menschen ist eine ständige Herausforderung an unser politisches Selbstverständnis als Christliche Demokraten. Wir setzen uns deshalb für umfassende internationale Maßnahmen ein, damit die Menschenrechte weltweit gewahrt und Hunger und Not in den betroffenen Regionen nachhaltig bekämpft werden können.

## **Beschlüsse über Änderungen des Statuts, der Geschäftsordnung und der Finanz- und Beitragsordnung**

### **Beschluß Nr. D2**

§ 6 Abs. 1 Ziffer 5 der Geschäftsordnung soll folgende Fassung erhalten: „5. Die jeweiligen Vorstände der CDU-Bezirks- und Kreisverbände“.

### **Beschluß Nr. D7**

Der Bundesvorstand wird beauftragt, sich für eine Änderung des Parteiengesetzes dahingehend einzusetzen, daß die Amtsperioden von Vorständen der Partei und ihrer Gebietsverbände, der Vereinigungen und Sonderorganisationen sowie der jeweiligen Delegierten von bisher zwei auf zukünftig drei Jahre erweitert werden.

### **Beschluß Nr. D12**

In § 38 (Bundesvereinigungen) Statut werden die Ziffern 2. und 7. wie folgt geändert:

„2. Frauen-Union der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU),

7. Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung in der CDU/CSU - Union der Vertriebenen und Flüchtlinge -;“

### **Beschluß Nr. D13**

§ 5 Abs. 3 Geschäftsordnung der CDU (GO-CDU) wird wie folgt neu gefaßt:

„(3) Anträge des Bundesvorstandes sollen in der Regel den CDU-Landes-, **Bezirks-** und Kreisverbänden sowie den Vereinigungen auf Bundesebene **mindestens zwei Monate** vor Beginn des Bundesparteitages zugesandt werden.“

## Sonstige Beschlüsse

### Beschluß Nr. E30

Bundesregierung und Bundestagsfraktion werden beauftragt, den Beschluß zur Umwelt- und Energiepolitik „Unsere Verantwortung für die Schöpfung“ umzusetzen und dafür einen Zeitplan vorzuschlagen.

### Beschluß Nr. E95

Hiermit fordert der Bundesparteitag der CDU die Bundesregierung auf zu veranlassen, daß das – viele abschreckende zu hohe – Porto für Hilfspakete nach Polen spürbar verringert wird.

So wird einerseits die engagierte und vielfältige private Hilfsbereitschaft unterstützt und gefördert und andererseits die Forderung unseres Bundeskanzlers auch auf diesem Gebiet in die Praxis umgesetzt „Die Polen brauchen jetzt nicht gute Worte, sondern schlicht handfeste Unterstützung.“

### Beschluß Nr. E96

In diesen Tagen kehren Tausende von Menschen der DDR den Rücken. Sie verlassen ihre Heimat, weil die DDR-Führung sie ihnen systematisch zur Fremde gemacht hat. Sie lassen dabei ihre Freunde zurück, manche sogar ihre Familien. Sie wollen nur noch eines: weg aus der DDR. Ihr Ziel ist die Freiheit. Dafür nehmen sie in Kauf, noch einmal von vorn anfangen zu müssen.

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands heißt unsere Landsleute aus der DDR in der Bundesrepublik Deutschland herzlich willkommen. Unter diesen Menschen sind besonders viele Jugendliche, die aus Sehnsucht nach freier Lebensplanung und -gestaltung ihre Heimat verlassen haben. Sie alle brauchen unsere besondere Unterstützung und Zuwendung.

Die Freiheit muß ihre Stärke dadurch beweisen, daß Bürger, gesellschaftliche Gruppen und der Staat alles tun, um den Landsleuten aus der DDR die Eingliederung in unser politisches, wirtschaftliches und gesellschaftliches Leben zu erleichtern.

Die CDU ist die Partei der Freiheit und der deutschen Einheit. Der CDU-Parteitag ruft alle Parteimitglieder auf, unseren Landsleuten bei der Aufnahme in jeder Weise behilflich zu sein. Die CDU wird auf allen Ebenen, vor allem in den Orts- und Kreisverbänden, Willkommensaktionen durchführen, um zu einer raschen Eingliederung in unsere Gesellschaft beizutragen. Patenschaften vor Ort sollen unseren Landsleuten aus der DDR den neuen Start in der Bundesrepublik Deutschland erleichtern. Dazu wollen wir die organisatorischen Voraussetzungen schaffen. In jedem Ortsverband soll ein Ansprechpartner benannt werden.

Wir appellieren an alle Bürger, an alle gesellschaftlichen Gruppen, Verbände und Vereine, Patenschaften zu übernehmen, Sachspenden zu organisieren, Wohnungen und Arbeitsplätze anzubieten und zu vermitteln. Die Hilfsmöglichkeiten sind vielfältig und tragen dazu bei, neue Freunde zu finden und sich willkommen zu fühlen. Stadt- und Gemeinderäte, Kreistage, Landtage und der Deutsche Bundestag sollen unseren neuen Mitbürgern zusätzliche Möglichkeiten zur politischen Information anbieten. Bei der Arbeitsplatz- und Wohnungssuche muß die Unterstützung des Staates und der Wirtschaft schnell und unbürokratisch erfolgen.

Wir Bürger der Bundesrepublik Deutschland dürfen in dieser Situation nicht durch Gleichgültigkeit und Wohlstandsegoismus versagen. Die Anziehungskraft unserer freiheitlichen Ordnung wird daran gemessen werden, mit welchem Maß an Mitmenschlichkeit wir unsere Landsleute aus der DDR aufnehmen.

Die CDU fordert die DDR-Führung auf, ihren bisherigen Kurs zu ändern. Der Wunsch der Menschen nach Freiheit läßt sich auf Dauer nicht unterdrücken. Nur wenn die DDR-Führung Freiheit zuläßt, Selbstbestimmung gewährt und die Menschenrechte achtet, schafft sie Lebensverhältnisse, die die Menschen nicht mehr zwingen, ihre Heimat zu verlassen.

Die CDU dankt den vielen freiwilligen Helferinnen und Helfern, die in unermüdlichem Einsatz unseren Landsleuten in den ersten Stunden und Tagen beistehen.

Sie dankt auch den Betrieben, die durch Freistellung der Helfer deren Einsatz ermöglichen.

Ein besonderer Dank gilt unseren Nachbarn in Österreich und Ungarn.



## NAMENSVERZEICHNIS

Albrecht 77  
Arnold 172, 228  
Asche 253  
Austermann 253

Biedenkopf 87, 182, 249, 297  
Blens 301  
Blüm 78, 231, 349, 368  
Böhr 67, 196, 276  
Braun 80  
Brok 108  
Buchkremer 180, 209  
Burggraf 288

Carstens 11ff.  
Chruscz 303

Diepgen 73, 204  
Doss 190  
Dregger 140  
Dübel 70

Echternach 61ff.  
Erlenwein 222ff., 297ff.

Fasco 135, 274, 291  
Felleisen 105  
Fink 92, 361  
Fischer, Dirk 189, 233, 329, 339  
Fischer, Leni 231ff., 331  
Frings 272, 341

Gallandt 273, 385  
Geil 137ff., 328ff.  
Geißler 38, 378  
Gerstein 227, 229  
Gerster 340, 375, 384ff.  
Geschka 168ff.  
Glaser 296  
Göhner 180ff., 222  
Görgens 307  
Greve 363  
Grill 187, 198, 290, 315, 322

Halft 109, 285  
Hans 65  
Hansen 178  
Hasselmamm 93  
Hebestreit 324, 335  
Hegemann 309ff.  
Hellwig 97, 103ff.  
Helmrich 103, 202  
Herrmann 99, 318, 327, 328, 334  
Heßler 338  
Hieke 95  
Hoff 293  
Hüppe 212

Jacoby 313ff.  
Jäger 96, 350, 393  
Johannknecht 334  
John 373, 383, 387  
Jung 299ff., 318  
Jungen 195, 235

Kansy 192  
Kauder 301  
Kerssenbrock 89, 191  
Kiep 55, 347  
Kipp 74  
Kleinhammer 291, 307, 318  
Klinkhammer 337  
Koch 319, 323  
Köppinger 320, 371, 386, 389  
Kohl 5, 17, 111, 124, 125, 240, 279, 311, 342, 345, 353, 397  
Krämer 388  
Krott 173  
Kudella 199ff.  
Kues 100, 300

Landowsky 200  
Lange 203  
Laumann 352  
Laurien 302, 322, 344f.  
Lemmer 187ff.  
Lennartz 393  
Lenz 329  
Liebing 108  
Limbach 338  
Linszen 209, 248ff., 319, 324ff.  
Lippold 213  
Lorenz 106  
Luger 305

Martin 167, 377  
Mattis 230  
Mayer-Vorfelder 268  
Mehaignerie 139  
Merkel 306  
Mertens 322, 324  
Meyer 267ff.  
Mock 36  
Müller 232, 251

Neumann, 8ff., 14ff., 35ff., 62f., 119ff., 132ff., 214ff., 240ff., 344ff.  
Noack 64, 320

Olderog 370

Penning 119  
Peters 101  
Pfeffermann 304  
Pieroth 102, 186  
Pinger 198, 213  
Pohl 282, 288, 313  
Polenz 263

Quensell 307

Rachel 258  
Radunski 265, 328  
Rau 170  
Rauen 337  
Riesenhuber 174  
Rinsche 148  
Rönsch 223  
Rühe 125, 199, 286

Sager 277  
Salchow 181, 195, 227f.  
Sauer 287ff.  
Schäuble 354, 381  
Scharrenbroich 294, 334  
Schauerte 274, 319, 325  
Schede 110, 204  
Schneider 336  
Schreier 110  
Schuler 236  
Schwade 281, 296  
Schwank 287, 295  
Schwarz, Heinz 284  
Schwarz, Stefan 138, 261, 278, 339  
Schwarz-Schilling 395  
Schwerin 260

Sirringhaus 255  
Soénius 270  
Späth 90, 364  
Sprung 180ff.  
Stern 85, 267  
Stoltenberg 84  
Stritzl 104  
Süssmuth 82, 124, 248, 275, 345f.

Teufel 131, 390  
Töpfer 153, 193, 211, 224, 238  
Thoben 230  
Tremmel 66, 177

Verhülsdonk 85ff  
Vetter 168  
Vollbrecht 336

Waffenschmidt 123  
Wagner 308  
Waigel 214  
Wallmann 75  
Wedemeier 11  
Wilms 121  
Wolfgang 107  
Wülfing 266, 281ff.

Zeyer 284, 297ff.



